Freie und Hansestadt
Hamburg

Finanzbericht 2004

Allgemeiner Vorbericht zum Haushaltsplan-Entwurf 2004
Finanzplan 2003 - 2007

INHALTSVERZEICHNIS

0 VORWORT 9

1 ÜBERBLICK 10

1.1 Finanzpolitische Ziele und Maßnahmen 10

1.2 Übersichtstabellen 12

2 FINANZPOLITISCHE LAGE 18

2.1 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen 18

2.2 Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung 2003 23

2.3 Ursachen der Einnahmeverschlechterungen und ihre Bewertung 24

2.4 Struktur des bundesstaatlichen Finanzausgleichs nach Artikel 107 des Grundgesetzes 32

2.5 Festhalten am nationalen Stabilitätspakt 40

2.6 Ausblick: Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung 42

2.7 Reform der Gemeindefinanzen 43

3 VORBELASTUNGEN FÜR DIE FINANZPOLITISCHEN HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN 49

3.1 Vorbelastungen aus Vorjahren: die Entwicklung des Hamburger Haushalts bis 2003 49

3.2 Vorbelastung durch Schulden 51

3.3 Vorbelastung durch Personalausgaben 52

3.4 Tarif- und Besoldungsentwicklung 62

3.5 Vorbelastungen durch Bundesleistungsgesetze 63

3.6 Besonderheiten des Stadtstaates Hamburg 64

3.7 Beschränkte Beeinflussbarkeit der Ausgaben 69

3.8 Steigende Ausgaben bei struktureller Einnahmeverschlechterung 69

4 VERANTWORTUNGSBEWUSSTE FINANZPOLITIK – ZIELE UND IHRE UMSETZUNG IM HAUSHALTSPLAN-ENTWURF 2004 UND IN DER FINANZPLANUNG 2003 BIS 2007 71

4.1 Auftrag für die Finanzpolitik: Das Leitbild: Metropole Hamburg – Wachsende Stadt 71

4.2 Finanzierung der Schwerpunktbereiche Innere Sicherheit, Bildung und Verkehr 74

4.3 Ziel: Ausgleich des Betriebshaushalts im Jahr 2006 77

4.4 Ziel: Schrittweise Senkung der Nettokreditaufnahme 81

4.5 Ziel: Stärkung der öffentlichen Investitionen 83

4.6 Methoden zur Umsetzung der Ziele: Qualitäten statt Quoten 84

4.7 Möglichkeiten des Handelns: Maßnahmen zur Umsetzung der Ziele 85

4.8 Überrollung: Begrenzung der Zuwachsraten der Ausgaben 89

4.9 Aufgabenkritik und gezielte Effizienzsteigerung 90

4.10 Ergänzende Maßnahmen: e-Government, Haushaltsmodernisierung, Energie- und Gebäudemanagement 95

4.11 Weitere Effizienzpotenziale: Zusammenarbeit in der Metropolregion und mit Nachbarländern 98

4.12 Beitrag der öffentlichen Unternehmen zur Konsolidierung 99

4.13 Liegenschaften und ihr Beitrag zur Erfüllung des Auftrags 102

4.14 Entflechtung von fachlich-politischer Steuerung und Durchführungsaufgaben 103

4.15 Zuwendungen 103

4.16 Verantwortung des Bundes für das Gelingen der Konsolidierung 110

5 EINNAHMEN- UND AUSGABENENTWICKLUNG 111

5.1 Einnahmen- und Ausgabenentwicklung nach Arten 111

5.2 Ausgabenentwicklung nach Einzelplänen 130

6 ENTWICKLUNG IN AUSGEWÄHLTEN AUFGABENFELDERN DER MITTELFRISTIGEN AUFGABEN- UND INVESTITIONSPLANUNG 2003-2007 (2008) 135

6.1 Innere Sicherheit 135

6.2 Bildung 138

6.3 Verkehr 144

6.4 Wirtschaft und Arbeit 147

6.5 Strom- und Hafenbau 148

6.6 Soziales 149

6.7 Kultur 154

6.8 Bau und Wohnen 155

6.9 Umwelt und Gesundheit 157

6.10 Bürgernahe Verwaltung 160

7 ZEITTAFEL ZUM HAUSHALTSPLAN-ENTWURF 2004 164

8 GLOSSAR 165

8.1 Wesentliche haushaltsrechtliche Vorschriften / Grundsätze für die Aufstellung von Haushaltsplan und Finanzplan 165

8.2 Begriffe 166

9 ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS 172

10 VERZEICHNIS DER ANLAGEN 175

11 ANHANG 176

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1	Gesamtübersicht zum Finanzplan 2003-2007 in Mio. EUR	12
Tabelle 2	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %	13
Tabelle 3	Haushaltskennzahlen in %	14
Tabelle 4	Bereinigte Gesamtausgaben nach Einzelplänen 2001-2004	14
Tabelle 5	Bereinigte Betriebsausgaben nach Einzelplänen 2001-2004	15
Tabelle 6	Investitionen nach Einzelplänen 2001-2004 (in Mio. EUR)	15
Tabelle 7	Steuern und Finanzausgleich	16
Tabelle 8	Veränderung der bereinigten Betriebsausgaben der Jahre 2003-2005 von Finanzplan 2001-2005 zu Finanzplan 2003-2007 in Mio. EUR	17
Tabelle 9	Gesamtwirtschaftliche Entwicklung des Bundesgebietes 2002 bis 2007 (jahresdurchschnittliche Veränderungen gg. Vorjahr in %)	20
Tabelle 10	Gesamtwirtschaftliche Entwicklung Hamburgs in den Jahren 2002 bis 2007 (jahresdurchschnittliche Veränderungen gg. Vorjahr in %)	22
Tabelle 11	Ergebnisse der Mai-Schätzung 2003 für die Hamburg verbleibenden Steuern (nach Länderfinanzausgleich) in Mio. EUR	23
Tabelle 12	Steuer-, Staats- und Abgabenquote 1960-2003 (jeweils Anteile am BIP in %)	26
Tabelle 13	Personalausgaben in Wirtschaftsplänen und bei Zuwendungsempfängern 2004 in Mio. EUR	55
Tabelle 14	Länderanspruch gegenüber dem Bund aus dem Familienleistungs-ausgleich in Mrd. EUR	63
Tabelle 15	Aufgabenkritische Beiträge der Einzelpläne 2003-2006 in Tsd. EUR (aufwachsend)	91
Tabelle 16	Neue Einsparungen aufgrund ausgewählter aufgabenkritischer Maß-nahmen in den Jahren 2004 und 2005 in Tsd. EUR (aufwachsend)	92
Tabelle 17	Verbesserungen bei den öffentlichen Unternehmen in Mio. EUR	101
Tabelle 18	Die jeweils größten Zuwendungsempfänger pro Einzelplan 2003	106
Tabelle 19	Entwicklung der übrigen laufenden Einnahmen insgesamt	112
Tabelle 20	Übrige laufende Einnahmen nach Arten	113
Tabelle 21	Bedeutende spezielle Investitionseinnahmen in Mio. EUR	114
Tabelle 22	Fortschreibung des Schuldenstandes für die Jahre 2003-2007 (ohne WK) in Mio. EUR	115
Tabelle 23	Aufteilung der Schulden nach Arten in Mio. EUR	116
Tabelle 24	Aufteilung der Schulden nach Laufzeiten in Mio. EUR	116
Tabelle 25	Entwicklung der Pro-Kopf-Verschuldung 1997-2007	116
Tabelle 26	Vergleich der Personalausgaben in Mio. EUR	118
Tabelle 27	Übersicht zu Versorgungsverpflichtungen der Freien und Hansestadt Hamburg außerhalb des Kernbereichs des Haushalts (Stand am Ende des Geschäftsjahres 2002)	120
Tabelle 28	Zinsausgaben	124
Tabelle 29	Zinsprognose in % p. a.	125
Tabelle 30	Schuldendiensthilfen in Mio. EUR	125

Tabelle 31	Entwicklung der Sach- und Fachausgaben in Mio. EUR	125
Tabelle 32	Globale Mehr-/Minderausgaben in Mio. EUR	126
Tabelle 33	Investitionen nach Arten (in Mio. EUR)	127
Tabelle 34	Bereinigte Betriebsausgaben nach Einzelplänen	131
Tabelle 35	Investitionen nach Einzelplänen in Mio. EUR	133
Tabelle 36	Investitionen im Bereich Ersatzbeschaffung von Polizeifahrzeugen in Mio. EUR	135
Tabelle 37	Investitionen im Bereich Modernisierung von Streifenbooten in Mio. EUR	135
Tabelle 38	Investitionen im Bereich Erwerb von Spezialgeräten in Mio. EUR	135
Tabelle 39	Einsatzzahlen 1998-2002	136
Tabelle 40	Personal- und Mitteleinsatz für die Feuerwehr, 1998-2007	137
Tabelle 41	Zahl der Schülerinnen und Schüler in staatlichen allgemeinbildenden Schulen 1997-2007	138
Tabelle 42	Zahl der Schülerinnen und Schüler in staatlichen beruflichen Schulen 1997-2007	139
Tabelle 43	Kompetenzzentrum Handwerk - Anteile am Investitionsvolumen	140
Tabelle 44	Investitionsschwerpunkte in den Bereichen Schule und Sport in Tsd. EUR	141
Tabelle 45	Investitionen Epl. 3.2 in Tsd. EUR	142
Tabelle 46	Ausbildungsförderung für Studierende in Hamburg 1996-2002	144
Tabelle 47	Betriebsleistungen und Fahrgastzahlen 1997-2002 in Mio. EUR	145
Tabelle 48	Zuschüsse Hamburgs für Verkehrsleistungen des HVV 2003-2007 in Mio. EUR	146
Tabelle 49	Investitionen im Bereich Verkehr in Mio. EUR	146
Tabelle 50	Investitionsschwerpunkte für Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum in Mio. EUR	148
Tabelle 51	Investitionsschwerpunkte Strom- und Hafenbau in Mio. EUR	148
Tabelle 52	Sach- und Fachausgaben Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit 2003-2007 in Mio. EUR	149
Tabelle 53	Sach- und Fachausgaben Förderung der Erziehung in der Familie 2003-2007 in Mio. EUR	150
Tabelle 54	Sach- und Fachausgaben für Kindertagesbetreuung in Mio. EUR	150
Tabelle 55	Hilfen nach SGB VIII 2004-2007 in Mio. EUR	151
Tabelle 56	Sach- und Fachausgaben Hilfen zur Erziehung 2003-2007 in Mio. EUR	151
Tabelle 57	Strukturdaten Soziale Hilfen 1998-2002	152
Tabelle 58	Entwicklung der Sach- und Fachausgaben für soziale Hilfen 2003-2007 in Mio. EUR	152
Tabelle 59	Entwicklung Asylbewerber, Aussiedler und Bürgerkriegsflüchtlinge 1998-2002	153
Tabelle 60	Prognose Asylbewerber, Aussiedler und Bürgerkriegsflüchtlinge 2003-2006	154
Tabelle 61	Förderung des Wohnungsbaus 1997-2002 (Bewilligungen durch die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt)	155
Tabelle 62	Finanzaufwand Wohnungsbauförderung 2002-2007 in Mio. EUR	156
Tabelle 63	Investitionen im Bereich Stadterneuerung in Mio. EUR	156
Tabelle 64	Investitionen im Bereich Hochwasserschutz in Mio. EUR	157

Tabelle 65	Krankenhausinvestitionen nach dem HmbKHG und Erweiterungsbau BNI 2004-2008 in Mio. EUR	158
Tabelle 66	Sach- und Fachausgaben für Naturschutz und Landschaftspflege 2003-2007 in Mio. EUR	158
Tabelle 67	Investitionen für Naturschutz und Landschaftspflege 2004-2008 in Mio. EUR	159
Tabelle 68	Sach- und Fachausgaben für den Umweltschutz 2003-2007 in Mio. EUR	159
Tabelle 69	IuK-Ersatzinvestitionen in Mio. EUR	161
Tabelle 70	Investitionsausgaben im Bereich IuK-Technik in Mio. EUR	162
Tabelle 71	IuK-Investitionsfolgekosten für die über die IuK-Gesamtplanung finanzierten IuK-Investitionen in Mio. EUR	163

VERZEICHNIS DER ÜBERSICHTEN IM TEXT

Übersicht 1	Annahmen der Bundesregierung zur Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bis zum Jahr 2007	21
Übersicht 2	Stufen der Steuerverteilung und des Finanzausgleichs	32
Übersicht 3	Bundesstaatlicher Finanzausgleich nach Artikel 107 des Grundgesetzes im Jahr 2002	37
Übersicht 4	Ministerpräsidentenkonferenz am 26. Juni 2003 zur Föderalismusreform	42
Übersicht 5	Einrichtungen nach § 15 und Landesbetriebe nach § 26 LHO	54
Übersicht 6	Disponibilität von Ausgaben	69
Übersicht 7	Finanzpolitische Herausforderungen und Lösungen durch Entscheidungen des Senats 2001-2003	85
Übersicht 8	Verfassungsrechtliche Kreditobergrenze	86
Übersicht 9	Haushaltsnotlage	86
Übersicht 10	Fortführung der verantwortungsbewussten Konsolidierung (aufwachsend in Mio. EUR)	88
Übersicht 11	Abgeschlossene Maßnahmen aus „Jesteburg I“ (Auswahl)	93
Übersicht 12	Struktur der Zuwendungen im Haushaltsplan 2003 in Tsd. EUR	105

VERZEICHNIS DER ABBILDUNGEN

Grafik 1	Durchschnittliches Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts 1997-2002 in % p.a.	18
Grafik 2	Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland 1971-2007 (in %; ab 2003 Prognose des BMWA)	20
Grafik 3	Hamburg verbleibende Steuern 2003 und 2004 (nach Schätzzeitpunkten) in Mio. EUR	24
Grafik 4	Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt und Steuereinnahmen 1991-2007 (Index 1991=100)	25
Grafik 5	Entwicklung der Steuerquote 1991-2007 (Anteil der gesamtstaatlichen Steuereinnahmen am Bruttoinlandsprodukt)	26
Grafik 6	Körperschaftsteuer (nach Erstattungen) im Bundesgebiet Ist und Schätzung 1994-2007 in Mio. EUR	28
Grafik 7	Gewerbesteuer (vor Zerlegung) im Bundesgebiet Ist und Schätzung 1994-2007 in Mio. EUR	29
Grafik 8	Umsatzsteuer im Bundesgebiet Ist und Schätzung 1994-2007 in Mio. EUR	30
Grafik 9	Lohnsteuer (nach Abzug Kindergeld) im Bundesgebiet Ist und Schätzung 1994-2007 in Mio. EUR	31
Grafik 10	Landessteuern in Hamburg Ist und Schätzung 1994-2007 in Mio. EUR	32
Grafik 11	Entwicklung der Finanzierungssalden 1993-2003 in Mio. EUR	51
Grafik 12	Schulden der Länder (einschließlich Gemeinden) pro Einwohner 2002 in EUR	52
Grafik 13	Vollzeitkräfte im Kernhaushalt der Länder und Gemeinden je 1.000 Einwohner nach Ländern	56
Grafik 14	Prognose der Versorgungsausgaben Hamburgs (ohne lineare Steigerungen) in Mio. EUR, ohne Neueinstellungen	58
Grafik 15	Steuereinnahmen pro Einwohner der Länder und Gemeinden (vor Länderfinanzausgleich) im Jahr 2001 in EUR	64
Grafik 16	Steuereinnahmen pro Einwohner der Länder und Gemeinden (nach Länderfinanzausgleich) im Jahr 2001 in EUR	65
Grafik 17	Bereinigte Ausgaben pro Einwohner im Jahr 2001 in EUR	66
Grafik 18	Sozialhilfeausgaben der Länder und Gemeinden pro Einwohner im Jahr 2001 in EUR	66
Grafik 19	Ausgaben der Länder und Gemeinden für öffentliche Sicherheit und Ordnung je Einwohner 1999 in EUR	67
Grafik 20	Personalausgaben pro Einwohner im Jahr 2001 in EUR	67
Grafik 21	Zinsausgaben pro Einwohner im Jahr 2001 in EUR	68
Grafik 22	Hamburg verbleibende Steuern und große Ausgabenblöcke 2000-2005 (Index 2000 = 100)	70
Grafik 23	Finanzierungssalden im Betriebshaushalt aus der Perspektive der Finanzplanung 2002 - 2006 (in Mio. EUR)	77
Grafik 24	Finanzierungssalden im Betriebshaushalt 1997-2007 (in Mio. EUR)	79
Grafik 25	Finanzierungssalden im Gesamthaushalt 1997-2007 (in Mio. EUR)	80
Grafik 26	Finanzierungsdefizitquoten (Anteil des Finanzierungsdefizits an den bereinigten Gesamtausgaben) 1997-2007 in %	81

Grafik 27	Nettokreditaufnahme 1997-2007 (in Mio. EUR)	82
Grafik 28	Zins-Steuer-Quote (Anteil der Zinsausgaben an den Hamburg verbleibenden Steuern) 1997-2007 in %	83
Grafik 29	Investitionsausgaben 1998-2008 (in Mio. EUR)	84
Grafik 30	Veränderungsraten der bereinigten Betriebsausgaben und der bereinigten Gesamtausgaben 1997-2007 (in %)	89
Grafik 31	Veränderungsraten der bereinigten Betriebsausgaben 2003 bis 2005 in %	90
Grafik 32	Hamburger Steuereinnahmen 2004 nach Steuerarten vor Länderfinanzausgleich in Mio. EUR (Soll: 7.207 Mio. EUR)	112
Grafik 33	Verschuldung Hamburgs (Haushalt und WK) 1997-2007 in Mio. EUR	117
Grafik 34	Schulden pro Einwohner (Haushalt und WK) 1997-2007 in EUR	117
Grafik 35	Struktur des Stellenbestandes 2004	124
Grafik 36	Investitionsobergrenze (Summe der jeweiligen Planjahre) in Mio. EUR	128
Grafik 37	Investitionsreserve (Summe der jeweiligen Planjahre) in Mio. EUR	129
Grafik 38	Bereinigte Gesamtausgaben 2004 nach Einzelplänen (9.579,6 Mio. EUR)	130
Grafik 39	Investitionsausgaben 2004 nach Einzelplänen (974,8 Mio. EUR)	133

0 Vorwort

Der Senat legt der Bürgerschaft hiermit den Finanzbericht 2004 vor.

Der Finanzbericht bietet eine zusammenhängende Einführung und Erläuterung der wesentlichen Grundzüge des Haushaltsplan-Entwurfs 2004 – eingebunden in eine Darstellung der mittelfristig erwarteten bzw. geplanten Entwicklung bis 2007. Darin sind die Ergebnisse der Steuerschätzung vom Mai 2003 ebenso berücksichtigt wie der Jahresabschluss des Haushalts 2002.

Mit der Vorlage dieses Finanzberichts erfüllt der Senat zugleich gesetzliche Pflichten[1]:

- Der Haushaltswirtschaft von Bund und Ländern ist eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen, in der darzustellen ist, welche Ausgaben mittelfristig vorgesehen werden, wie diese Ausgaben gedeckt werden sollen und wie sich diese vorgesehene Entwicklung des Haushalts in die erwartete mittelfristige gesamtwirtschaftliche Entwicklung einfügt.
- Diese Finanzplanung ist dem Parlament zusammen mit dem Entwurf des Haushaltsplans zur Kenntnisnahme vorzulegen und zu erläutern.

In Ergänzung zu dem von der Bürgerschaft zu beschließenden Haushaltsplan lassen sich die Finanzplanung und der erläuternde Finanzbericht als mittelfristig angelegtes finanzpolitisches Programm des Senats charakterisieren, das dessen Zielsetzungen auf der Basis der bei Beschluss des Haushaltsplan-Entwurfs 2004 im Senat am 25.6.2003 vorliegenden Grundlagen und Erkenntnisse zusammenhängend abbildet.

Der Finanzbericht macht die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben transparent. Deshalb beziehen sich alle im Finanzbericht genannten Veränderungsraten auf den von der Bürgerschaft am 11.12.2002 beschlossenen Haushaltsplan 2003. Soweit bis zum Stichtag 25.6.2003 im Laufe des Haushaltsvollzuges Veränderungen aufgetreten sind, insbesondere durch die der Bürgerschaft parallel zugeleiteten Drucksache 17/0818 “Haushaltsplan 2003; Unterrichtung der Bürgerschaft nach § 10 Abs. 2 Landeshaushaltsordnung (LHO) über erhebliche Änderungen der Haushaltsentwicklung im Haushaltsjahr 2003 und Änderung von Haushaltsansätzen“ oder durch überplanmäßige Ausgaben und Einnahmen, sind diese in Fußnoten hervorgehoben. Dieses Verfahren erlaubt die transparente Darstellung von Veränderungen im Laufe des Haushaltsvollzugs, weil sie stets auf dieselbe Basis des beschlossenen Haushalts 2003 bezogen sind.

Mit dem Finanzbericht beantwortet der Senat die Bürgerschaftlichen Ersuchen 17/659 „Hamburgs Zukunft neu gestalten“ und 17/1115 „Fortgang des Modernisierungsprozesses im Intendanzbereich“.

[1] § 31 Landeshaushaltsordnung (LHO) in Verbindung mit § 50 des Haushaltsgrundsätzegesetzes (HGrG) vom 19. August 1969 sowie §§ 9 und 14 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967.

1 Überblick

1.1 Finanzpolitische Ziele und Maßnahmen

Im Folgenden findet sich eine schlagwortartige Übersicht der im Finanzbericht näher beschriebenen finanzpolitischen Ziele und der vom Senat zu ihrer Umsetzung abgeschlossenen, eingeleiteten oder geplanten Maßnahmen. Sie alle dienen letztlich der Sicherung der finanziellen Basis für das Wachstum Hamburgs und die Finanzierung der Schwerpunktbereiche Bildung, Innere Sicherheit und Verkehr sowie der verantwortungsbewussten Konsolidierung in den kommenden Jahren.

1. Einnahmen sichern durch

- ***Verwirklichung der Gemeindefinanzreform:*** Sicherung bzw. Wiederherstellung einer verlässlichen Finanzierungsgrundlage für die Freie und Hansestadt Hamburg, die als Stadtstaat zugleich eine der größten Kommunen ist;
- ***Stärkung des Wirtschaftsstandortes Hamburg:*** Firmen- und Holdingsitze sollen nach Hamburg geholt oder zum Ausbau ihres hiesigen Sitzes angeregt werden, um dadurch auch die Steuerbasis zu stärken;
- ***Leitbild: Metropole Hamburg - Wachsende Stadt****:* Erhöhung des Anteils der nach Länderfinanzausgleich in Hamburg verbleibenden Steuereinnahmen durch wachsende Einwohnerzahlen – mit Schwerpunkt bei mittelständischen Strukturen und Leistungsträgern;
- ***Profilstärkung:*** Konzentration auf mit Hamburgs Standortvorteilen besonders verbundene Unternehmens- und Forschungsstrukturen (Cluster-orientierte Wirtschaftspolitik);
- ***Verbesserte Ausschüttung der öffentlichen Unternehmen:*** Optimierung der Beteiligungssteuerung und weiter verbesserte Gewinnausschüttungen sowie Senkung der Verlustausgleiche.

2. Ausgabenwachstum begrenzen und Ausgleich des Betriebshaushalts durch

- ***Umfassende und ressortübergreifende Aufgabenkritik:*** gezielte Strukturverbesserung in Höhe von 75 Mio. EUR im Jahr 2003 und 70 Mio. EUR im Jahr 2004 durch ein Bündel von Maßnahmen zur Effizienzsteigerung und Aufgabenkritik; Fortsetzung des Prozesses der Aufgabenkritik auch in den Jahren 2005 und 2006 mit aufwachsender Strukturverbesserung von weiteren 75 Mio. EUR durch Verschlankung der Verwaltung, Kürzung bei den Zuwendungen und Aufgabenabbau/Leistungsreduzierung;
- ***Einsparungen im Personalbereich:*** u.a. Nutzung der Öffnungsklausel im Beamtenrecht;
- ***Verantwortungsbewusste Konsolidierung als ständige Aufgabe:*** Optimierung und Effizienzsteigerung dauerhaft zur Schaffung von finanzieller Beweglichkeit und Nachhaltigkeit nutzen;
- ***Public-Private-Partnership:*** Nutzung von externem Know-How und zusätzlichen Ressourcen aus der Privatwirtschaft;
- ***Reduzierung des Anstiegs der Zinsausgaben:*** Einsatz von Vermögensveräußerungen zur schrittweisen Senkung der Netto-Kreditaufnahme.

3. Finanzierung der Schwerpunktbereiche Innere Sicherheit, Bildung und Verkehr

- Festhalten am Grundsatz der Bestandsfinanzierung
- siehe im Übrigen 2. „Ausgabenwachstum begrenzen“

4. Stärkung der öffentlichen Investitionen durch

- moderaten **Anstieg der Investitionen** auf 1 Mrd. EUR im Jahr 2008;
- Umsteuerung der Investitionen entsprechend dem Leitbild „Wachsende Stadt".

5. Senkung der Neuverschuldung durch

- ***Vermögensveräußerungen:*** Verkäufe von nicht unmittelbar zum Staatshandeln benötigtem Vermögen und Beteiligungen sollen weitgehend der Reduzierung der Kreditaufnahme und damit der Begrenzung des Anstiegs der Zinsausgaben in den Folgejahren dienen;
- ***Begrenzung der Kreditfinanzierung von Investitionen***: Erwirtschaftung von Überschüssen aus dem Betriebshaushalt ab 2006 mit dem Ziel, die Investitionen in Höhe der (kalkulatorischen) Abschreibungen aus dem Betriebshaushalt zu finanzieren und dadurch die Netto-Neuverschuldung abzusenken.

6. Stärkung der dezentralen Kosten- und Leistungsverantwortung und **Modernisierung des Haushalts** durch

- ***Eigenverantwortung für fachressortbezogene Budgets:*** Weiterentwicklung des Budgetgedankens verbunden mit stärkerer Produkt- und Wirkungsorientierung; besondere Verantwortung der Fachressorts als Zuwendungsgeber;
- ***Weiterentwicklung der Produktinformationen:*** Bürgerschaft erhält dadurch zentrales Informations- und Controllinginstrument bei dezentraler Ressourcenverantwortung;
- ***Erhöhung der Kostentransparenz****:* Weiterer Ausbau von Kosten- und Leistungsrechnung sowie Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens (Doppik) in geeigneten Bereichen;
- ***Dezentrale Veranschlagung der Versorgungsausgaben*** zur Erhöhung der Transparenz (ab Haushalt 2004);
- ***Vorlage eines Doppelhaushalts 2005/2006*** für Planungssicherheit und zur Absicherung des Konsolidierungskurses;
- ***Zentrale Rahmenvorgaben und Controlling:*** Unterstützung dezentraler Verantwortung durch zentrale Koordination und ressortübergreifende Schwerpunktbildung;
- ***Neuausrichtung des Beteiligungsmanagements:*** Auf wesentliche Vorgaben beschränkte Steuerung der öffentlichen Unternehmen; Besetzung von Unternehmensführung und Aufsichtsgremien auch mit sachkundigen und berufserfahrenen externen Führungskräften; Verantwortung der Organe der öffentlichen Unternehmen (Vorstand, Aufsichtsrat) einfordern und Bürokratie abbauen.

7. Verantwortung des Bundes einfordern, insbesondere

- bei der **Reform der Gemeindefinanzen**;
- bei der strukturellen **Reform von Leistungsgesetzen**;
- beim **Abbau von Subventionen**;
- bei der **Einschränkung von Mischfinanzierungen**.

1.2 Übersichtstabellen

Hinweis: Die Zeilen der Tabelle 1 werden im Abschnitt 5.1 erläutert.

Tabelle 1 Gesamtübersicht zum Finanzplan 2003-2007 in Mio. EUR [a)]

		Ist	Haushalts-plan	HHPlan-Entwurf	Planjahre der Finanzplanung		
		2002	2003[b)]	2004	2005	2006	2007
Einnahmen							
1	Hamburg verbleibende Steuern	6.655,8	6.787,1	6.807,0	6.916	7.480	7.787
1.1	Steuern vor Finanzausgleich	6.829,4	6.987,1	7.207,0	7.316	7.910	8.237
2	Übrige laufende Einnahmen	1.363,8	1.295,6	1.273,5	1.276	1.299	1.298
3	**Bereinigte Betriebseinnahmen**	**8.019,6**	**8.082,7**	**8.080,5**	**8.192**	**8.779**	**9.085**
4	Spezielle Investitionseinnahmen	202,6	117,5	130,1	145	142	137
5	**Bereinigte Gesamteinnahmen**	**8.222,2**	**8.200,2**	**8.210,6**	**8.337**	**8.921**	**9.222**
6	Finanzausgleich	173,7	200,0	400,0	400	430	450
7	Vermögensmobilisierung und Entnahmen aus Rücklagen / Stöcken	1.381,9	761,6	617,7	536	147	104
7.1	dar.: zur Red. der Nettokreditaufnahme		98,1	94,7	130	147	104
8	Haushaltstechnische Verrechnungen	14,9	14,3	14,4	14	14	14
9	Krediteinnahmen	812,6	800,0	750,0	700	650	600
10	**Gesamteinnahmen**	**10.605,3**	**9.976,1**	**9.992,7**	**9.987**	**10.162**	**10.390**
Ausgaben							
11	Personalausgaben	3.355,7	3.422,3	3.460,6	3.553	3.650	3.743
11.1	Aktivbereich inkl. Nebenleistungen	2.431,6	2.457,5	2.469,6	2.516	2.576	2.634
11.2	Versorgungsbereich inkl. Nebenleistungen	924,1	964,9	991,0	1.037	1.074	1.109
12	Schuldendienst und -hilfen	1.144,9	1.151,3	1.141,3	1.163	1.219	1.292
12.1	Zinsen	1.032,7	1.036,7	1.036,2	1.057	1.114	1.187
12.2	Tilgung im öffentlichen Bereich	13,2	11,0	7,6	9	8	8
12.3	Schuldendiensthilfen	99,0	103,6	97,5	98	98	98
13	Sach- und Fachausgaben	4.007,6	4.001,9	4.024,3	4.041	4.090	4.123
13.1	Sozialhilfe / AsylbLG	1.085,9	1.077,2	1.077,6	1.085	1.093	1.101
13.2	sonstige gesetzliche Leistungen	945,6	967,4	982,3	967	966	963
13.3	übrige Sach- und Fachausgaben	1.976,1	1.957,2	1.964,4	1.989	2.031	2.059
14	Globale Mehr- und Minderausgaben	0,1	9,1	– 21,5 [c)]	– 158 [d)]	– 220 [d)]	– 222 [d)]
15	**Bereinigte Betriebsausgaben**	**8.508,2**	**8.584,6**	**8.604,7**	**8.599**	**8.739**	**8.936**
16	Investitionen [e)]	1.076,9	1.015,7	974,8	975	980	990
17	**Bereinigte Gesamtausgaben**	**9.585,1**	**9.600,2**	**9.579,6**	**9.574**	**9.719**	**9.926**
18	Finanzausgleich	173,7	200,0	400,0	400	430	450
19	Zuführung an Rücklagen	845,0	11,4	11,4	11	11	11
20	Haushaltstechnische Verrechnungen	1,5	1,7	1,7	2	2	2
21	Deckung v. Fehlbeträgen aus Vorjahren		162,9				
22	**Gesamtausgaben**	**10.605,3**	**9.976,1**	**9.992,7**	**9.987**	**10.162**	**10.390**
23	Finanzierungssaldo (Z. 5 abzgl. Z. 17)	– 1.362,9	– 1.400,0	- 1.369,0	– 1.237	– 798	– 704
23.1	Betriebshaushalt (Zeile 3 abzgl. Zeile 15)	– 488,6	– 501,9	– 524,3	– 407	41	149
23.2	Investitionen (Zeile 4 abzgl. Zeile 16)	– 874,3	– 898,1	– 844,7	– 830	– 838	– 853

a) Differenzen durch Rundungen
b) Von der Bürgerschaft am 11.12.2002 beschlossener Haushaltsplan 2003 ohne zwischenzeitliche Änderungen (insbesondere Drs. 17/3036 „Unterrichtung der Bürgerschaft nach § 10 Abs. 2 LHO“ und Drs. 17/2434 „Fusion der Hamburgischen Landesbank und der Landesbank Schleswig-Holstein“)
c) Gedeckt durch Senatsbeschluss vom 21. und 24.6.: Kürzung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes der Beamten (Einsparung: 48 Mio. EUR 2004)
d) Gedeckt durch Senatsbeschluss vom 27.5.: Aufteilung der globalen Minderausgabe (aufwachsend bis 2006):
- Jesteburg II (75 Mio. EUR),
- Absenkung Personal (115 Mio. EUR) und
- Mehrausschüttungen der Öffentlichen Unternehmen (25 Mio. EUR)
e) Die hohen Investitionen 2002 erklären sich durch
1. Sonderinvestitionsprogramm 2002 (50 Mio. EUR)
2. Über den Plan hinaus eingegangene Einnahmen für Investitionen (105 Mio. EUR)

Die Investitionen 2003 müssen um Ausgaben im Zusammenhang mit dem Flutopfersolidaritätsgesetz bereinigt werden. Unter Berücksichtigung dieser Punkte ergibt sich folgende Investitionsreihe (in Mio. EUR):

2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
921,9	944,6	974,8	975	980	990	1.000

Tabelle 2 Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

		Haushalts-plan		HHPlan-Entwurf		Planjahre der Finanzplanung		
		2003/Ist 2002		2004		2005	2006	2007
1	Hamburg verbleibende Steuern	2,0		0,3		1,6	8,2	4,1
2	Übrige laufende Einnahmen	– 5,0		– 1,7		0,2	1,8	– 0,1
3	**Bereinigte Betriebseinnahmen**	**0,8**		**0,0**		**1,4**	**7,2**	**3,5**
4	**Bereinigte Gesamteinnahmen**	**– 0,3**		**0,1**		**1,5**	**7,0**	**3,4**
5	Personalausgaben	2,0		1,5	a)	2,7	2,7	2,6
5.1	Aktivbereich inkl. Nebenleistungen.	1,1		1,0	a)	2,0	2,3	2,3
5.2	Versorgung inkl. Nebenleistungen	4,4		2,9	a)	4,4	3,7	3,3
6	Zinsen	0,4		0,0		2,0	5,4	6,5
7	Schuldendiensthilfen	4,6		- 5,9		0,0	0,0	0,0
8	Sach- und Fachausgaben	- 1,0	c)	1,1	a) c)	0,4	1,2	0,8
8.1	Sozialhilfe / AsylbLG	– 0,8		1,9	b)	0,7	0,7	0,7
8.2	sonstige gesetzliche Leistungen	- 1,5	c)	1,5	b) c)	– 1,6	0,0	– 0,3
8.3	übrige Sach- und Fachausgaben	- 1,0		0,5	a) b)	1,3	2,1	1,4
9	**Bereinigte Betriebsausgaben**	**0,5**	c)	**0,6**	c)	**– 0,1**	**1,6**	**2,3**
10	Investitionen	– 12,3	c)	3,0	c)	0,0	0,5	1,0
11	**Bereinigte Gesamtausgaben**	**– 1,0**	c)	**0,9**	c)	**– 0,1**	**1,5**	**2,1**

a) Bereinigt um die Ausgliederung der Zentralen Personaldienste (ZPD) in einen Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO
b) Bereinigt um haushaltssystematische Veränderungen insbesondere bisher als Sozialhilfe gekennzeichneter sonstiger gesetzlicher Leistungen
c) Bereinigt um die Ausgaben in Zusammenhang mit dem Flutopfersolidaritätsgesetz

Tabelle 3 Haushaltskennzahlen in %

		2002	2003	2004	2005	2006	2007
Anteilswerte an den … : - bereinigten Gesamtausgaben							
12	Personalausgaben-Quote	35,0	35,6	36,1	37,1	37,6	37,7
13	Zinslast-Quote	10,8	10,8	10,8	11,0	11,5	12,0
14	Investitions-Quote	11,2	10,6	10,2	10,2	10,1	10,0
15	Steuerdeckungs-Quote	69,4	70,7	71,1	72,2	77,0	78,5
16	Kreditfinanzierungs-Quote	8,5	8,3	7,8	7,3	6,7	6,0
17	Finanzierungsdefizit-Quote	- 14,2	- 14,6	– 14,3	–12,9	– 8,2	– 7,1
- Hamburg verbleibenden Steuern							
18	Personal-Steuer-Quote	50,4	50,4	50,8	51,4	48,8	48,1
19	Zins-Steuer-Quote	15,5	15,3	15,2	15,3	14,9	15,2
- bereinigten Betriebseinnahmen							
20	Schuldendienst-Einnahmen-Quote	13,0	13,0	12,9	13,0	12,8	13,2

Hinweis: Die Bedeutung der Kennziffern wird im Glossar (Abschnitt 8) erläutert.

Tabelle 4 Bereinigte Gesamtausgaben nach Einzelplänen 2001-2004 (in Mio. EUR)

Epl.	Bezeichnung	2001	2002	2003	2004
		Ist	Ist	Soll[a)]	Plan
1.0	Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof	28,5	29,3	30,4	34,8
1.1	Senat und Senatsämter	107,2	113,2	113,9	124,8
1.2-1.8	Bezirksämter	791,0	797,5	324,6	369,2
2	Justizbehörde	412,6	446,4	408,6	457,7
3.1	BBS	1.843,3	1.869,4	1.813,5	1.979,8
3.2	BWF	696,9	748,8	744,4	783,3
3.3	Kulturbehörde	189,0	193,5	206,2	222,1
4	BSF	1.416,1	1.413,7	1.582,9	1.569,2
6	BBV	624,2	645,7	782,4	783,2
7	BWA	455,2	413,4	380,1	388,6
8.1	Behörde für Inneres	715,8	730,1	747,0	882,7
8.2	BUG	355,1	367,9	368,4	393,0
9.1	Finanzbehörde	326,4	336,1	355,1	387,7
	Zwischensumme	7.961,1	8.104,9	7.857,5	8.376,1
9.2	Allg. Finanzverwaltung	1.405,2	1.480,3	1.742,6	1.203,5
	Summe	9.366,3	9.585,2	9.600,2	9.579,6

a) Gemäß Bürgerschaftsbeschluss vom 11.12.2002

Tabelle 5 Bereinigte Betriebsausgaben nach Einzelplänen 2001-2004 (in Mio. EUR)

Epl.	Bezeichnung	2001 Ist	2002 Ist	2003 Soll[a)]	2004 Plan	davon KRV[b)]
1.0	Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof	28,2	29,1	30,0	34,3	3,9
1.1	Senat und Senatsämter	97,7	103,2	106,0	121,7	8,5
1.2-1.8	Bezirksämter	760,3	771,5	323,3	367,9	35,2
2	Justizbehörde	380,1	396,1	387,3	428,7	34,3
3.1	BBS	1.684,9	1.722,2	1.698,9	1.835,5	128,4
3.2	BWF	589,8	612,8	613,0	647,7	36,8
3.3	Kulturbehörde	169,2	172,0	180,0	184,2	2,3
4	BSF	1.388,8	1.384,8	1.558,0	1.544,3	8,4
6	BBV	391,6	391,8	570,3	585,1	14,8
7	BWA	235,3	235,4	205,2	222,3	11,3
8.1	Behörde für Inneres	677,3	696,8	709,7	845,1	111,1
8.2	BUG	234,1	227,3	243,0	264,2	16,4
9.1	Finanzbehörde	287,6	289,5	289,4	321,0	24,6
	Zwischensumme	6.925,0	7.032,5	6.914,0	7.402,0	436,1
9.2	Allg. Finanzverwaltung	1.402,7	1.475,8	1.670,6	1.202,7	-436,1
	Summe	8.327,7	8.508,2	8.584,6	8.604,7	0,0

a) Gemäß Bürgerschaftsbeschluss vom 11.12.2002
b) Nachrichtlich: im Jahr 2004 werden die Versorgungsausgaben (KRV) erstmals dezentral bei den Einzelplänen veranschlagt

Tabelle 6 Investitionen nach Einzelplänen 2001-2004 (in Mio. EUR)

Epl.	Bezeichnung	2001 Ist	2002 Ist	2003 Soll[a)]	2004 Plan
1.0	Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof	0,4	0,2	0,4	0,4
1.1	Senat und Senatsämter	9,5	10,0	7,9	3,0
1.2-1.8	Bezirksämter	30,7	26,0	1,3	1,2
2	Justizbehörde	32,4	50,3	21,3	29,0
3.1	BBS	158,3	147,2	114,7	144,4
3.2	BWF	107,1	136,0	131,4	135,6
3.3	Kulturbehörde	19,7	21,5	26,2	37,9
4	BSF	27,3	28,9	24,9	24,9
6	BBV	232,6	253,9	212,1	198,1
7	BWA	219,9	178,0	174,9	166,3
8.1	Behörde für Inneres	38,5	33,3	37,3	37,6
8.2	BUG	121,0	140,6	125,4	128,9
9.1	Finanzbehörde	38,8	46,7	65,8	66,7
	Zwischensumme	1.036,1	1.072,4	943,5	974,1
9.2	Allg. Finanzverwaltung	2,5	4,5	72,1	0,8
	Summe	1.038,6	1.076,9	1.015,6	974,9

a) Gemäß Bürgerschaftsbeschluss vom 11.12.2002

Hinweis: Die Entwicklung der bereinigten Betriebsausgaben und der Investitionen nach Einzelplänen 2004/2003 wird in Abschnitt 5.2 näher erläutert.

Tabelle 7 Steuern und Finanzausgleich

	2002	2003		2004	
	Ist	Erwartung gemäß Steuer-Schätzung Mai 2003	Veränderung 2003/2002 Soll/Ist	Haushaltsplan-Entwurf gemäß Schätzung Mai 2003 *)	Veränderung 2004/2003
	Mio. EUR		in %	Mio. EUR	in %
1. Lohnsteuer[a,c)] vor Zerlegung	3.683	3.778	3,9	3.795	0,5
abzgl. Zerlegung	1.362	1.415	3,9	1.432	1,2
nach Zerlegung	2.276	2.363	3,8	2.363	0,0
2. Veranl. Einkommensteuer[a,b)]	478	431	– 9,7	506	17,3
3. Nicht veranl. St. v. Ertrag[a,b)]	363	239	– 34,2	277	15,9
4. Zinsabschlag[a)] vor Zerlegung	159	151	– 4,8	154	1,9
zuzgl. Zerlegung	69	64	– 7,1	59	– 7,8
nach Zerlegung	228	215	– 5,5	213	– 1,0
5. Körperschaft-St. vor Zerlegung [a,b)]	355	450	26,8	675	50,0
abzgl. Zerlegung	304	250	– 17,7	225	– 10,1
nach Zerlegung	51	200	292,7	450	125,2
6. Eink.- u. Körperschaft-St.[a,b,c)]					
<Summe 1. - 5. > vor Zerlegung	4.992	5.049	1,1	5.407	7,1
abzgl. Zerlegung	1.597	1.601	0,3	1.598	– 0,2
nach Zerlegung	3.395	3.448	1,6	3.809	10,5
7. Umsatz- u. Einfuhrumsatzsteuer	1.185	1.060	– 10,6	1.130	6,6
Hierunter: Fonds Dt. Einheit	– 73	– 72	.	– 64	.
8. Landessteuern, davon:	532	544	2,2	557	2,4
Vermögensteuer	13	13	– 2,9	6	– 54,0
Erbschaftsteuer	137	145	6,1	150	3,4
Grunderwerbsteuer	141	155	10,0	160	3,2
Kfz-Steuer	130	125	– 3,9	135	8,0
Lotteriesteuer	71	76	6,4	76	0,0
Totalisatorsteuer	5	5	0,0	5	0,0
and. Renn-, Sportwettsteuer	1	1	67,6	1	0,0
Feuerschutzsteuer	14	7	– 50,9	7	0,0
Biersteuer	20	17	– 14,9	17	0,0
9. Gemeindesteuern, darunter:	1.717	1.655	– 3,6	1.711	3,4
Gewerbesteuer[a)]	1.262	1.200	– 4,9	1.250	4,2
Gemeindeanteil Umsatzsteuer	112	105	– 6,2	105	0,0
Grundsteuern	327	334	2,1	340	1,8
Hundesteuer	3	3	19,6	3	0,0
Spielgerätesteuer	11	11	0,0	11	0,0
Zweitwohnungsteuer	2	2	– 16,9	2	0,0

		2002	2003		2004	
		Ist	Erwartung gemäß Steuer-Schätzung Mai 2003	Veränderung 2003/2002 Soll/Ist	Haushaltsplan-Entwurf gemäß Schätzung Mai 2003 *)	Veränderung 2004/2003
		Mio. EUR		in %	Mio. EUR	in %
10.	Gesamtsteuereinnahmen[a,b,c)] <Summe 6. - 9. > vor Zerlegung	8.427	8.308	– 1,4	8.805	6,0
	abzgl. Zerlegung	1.597	1.601	0,3	1.598	– 0,2
	nach Zerlegung	6.829	6.707	– 1,8	7.207	7,4
11.	Beitrag (–) / Zuweisung (+) im Länderfinanzausgleich	– 174	– 170	.	– 400	.
12.	Hamburg verbleibende Steuern	6.656	6.537	– 1,8	6.807	4,1

Differenzen in den Summen durch Runden der Einzelwerte
a) ohne Bundesanteile b) nach Abzug der Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen
c) nach Abzug der an das BMF zu erstattenden Kindergeldvergütungen

Tabelle 8 Veränderung der bereinigten Betriebsausgaben der Jahre 2003-2005 von Finanzplan 2001-2005 zu Finanzplan 2003-2007 in Mio. EUR

	2003	2004	2005
Finanzplan 2001-2005 (Mitte 2001)	8.553	8.782	8.973
Finanzplan 2002-2006 (Mitte 2002)	8.555	8.660	8.829
Finanzplan 2003-2007 (Mitte 2003)	8.585	8.605	8.599
Veränderung zw. Finanzplan 2001-2005 zu Finanzplan 2003-2007	32	– 177	– 374

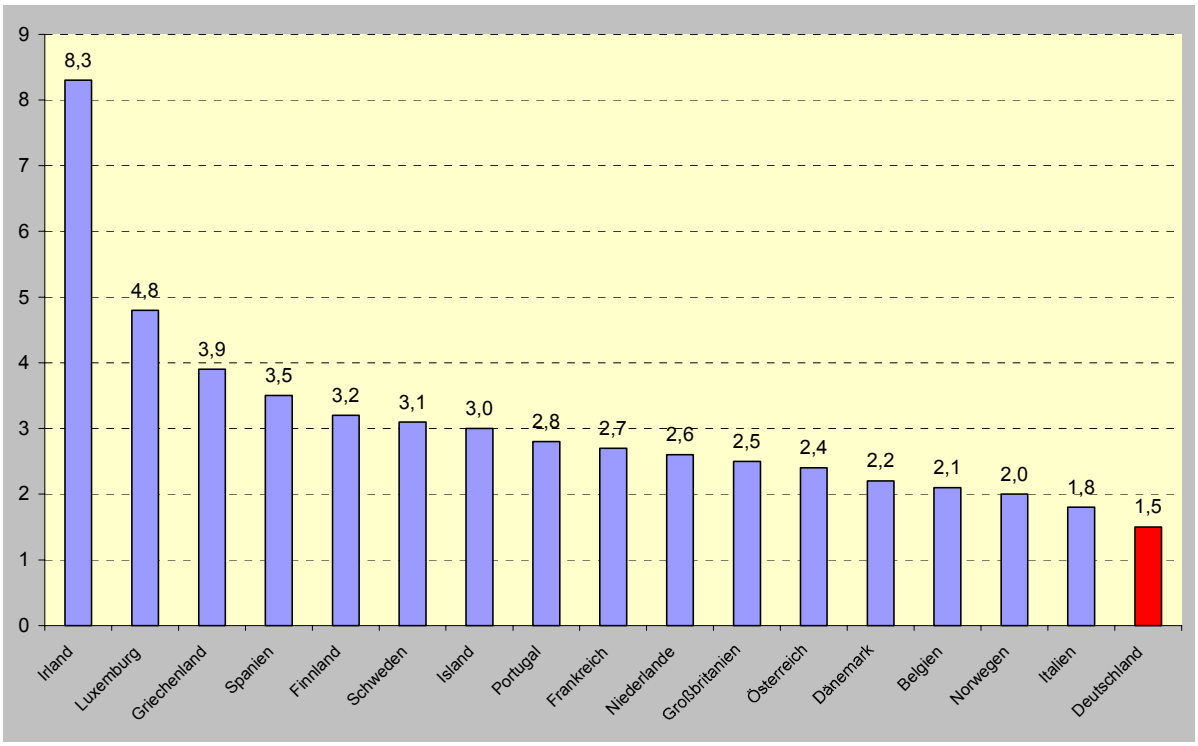
2 Finanzpolitische Lage

2.1 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1.1 Konjunkturelle Lage und Perspektiven im Frühjahr 2003

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer Phase lang anhaltender Wachstumsschwäche. Mit einem jahresdurchschnittlichen Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1,5% in den letzten fünf Jahren ist Deutschland nunmehr Wachstumsschlusslicht in Europa:

Grafik 1 Durchschnittliches Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts 1997-2002 in % p.a.



Seit Ende des Jahres 2000 ist die deutsche Wirtschaft durch einen Wechsel von rezessiven bzw. stagnierenden Phasen und verhaltenen Erholungsphasen gekennzeichnet. Nachdem im Jahr 2002 das reale Bruttoinlandsprodukt kaum gestiegen ist, zeichnet sich für das Jahr 2003 bundesweit eine ähnliche Entwicklung ab. Die Kapazitätsauslastung der gewerblichen Wirtschaft ging kontinuierlich zurück, und die Konjunkturschwäche wirkte sich immer stärker auf den deutschen Arbeitsmarkt aus. Nachdem die gesamtwirtschaftliche Leistung im ersten Quartal 2003 saisonbereinigt zurückgegangen und der Euro-Kurs stärker als erwartet angestiegen ist, haben die Wirtschaftsforschungsinstitute erneut ihre Konjunkturprognose nach unten korrigiert. Nach einer Stagnation im laufenden Jahr rechnen die Institute mit einem Wachstum im nächsten Jahr von rd. 1,5 %, höchstens jedoch von 1,8 %.

Von dieser Entwicklung konnte Hamburg sich nicht abkoppeln, auch wenn das Wirtschaftswachstum in den letzten beiden Jahren leicht über dem Bundesdurchschnitt lag. Im Winterhalbjahr 2002/03 stagnierte die gesamtwirtschaftliche Leistung weitgehend, der Geschäftsklima-Index der Handelskammer sank auf den tiefsten Stand seit Anfang 1996, und die Umsatzerwartungen wurden nochmals nach unten korrigiert. Entsprechend nahm die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer im ersten Quartal des Jahres weiter ab, während aufgrund der hohen Gewerbeanmeldungen im Vorjahr die Zahl der Selbständigen weiter zunahm.

Die konjunkturelle Entwicklung in Hamburg hängt wesentlich davon ab, ob es in der Bundesrepublik im Laufe des Jahres zu einer konjunkturellen Wende und zu einer stetigen Erholung kommt. Die Überwindung der derzeitigen Zurückhaltung von Investoren und Verbrauchern ist andererseits aber auch davon abhängig, ob die Wirtschafts- und Finanzpolitik des Bundes eindeutige Wachstumssignale aussendet. Risiken bestehen hinsichtlich der derzeitigen Höherbewertung des Euro und der Auswirkungen auf die Exporteure.

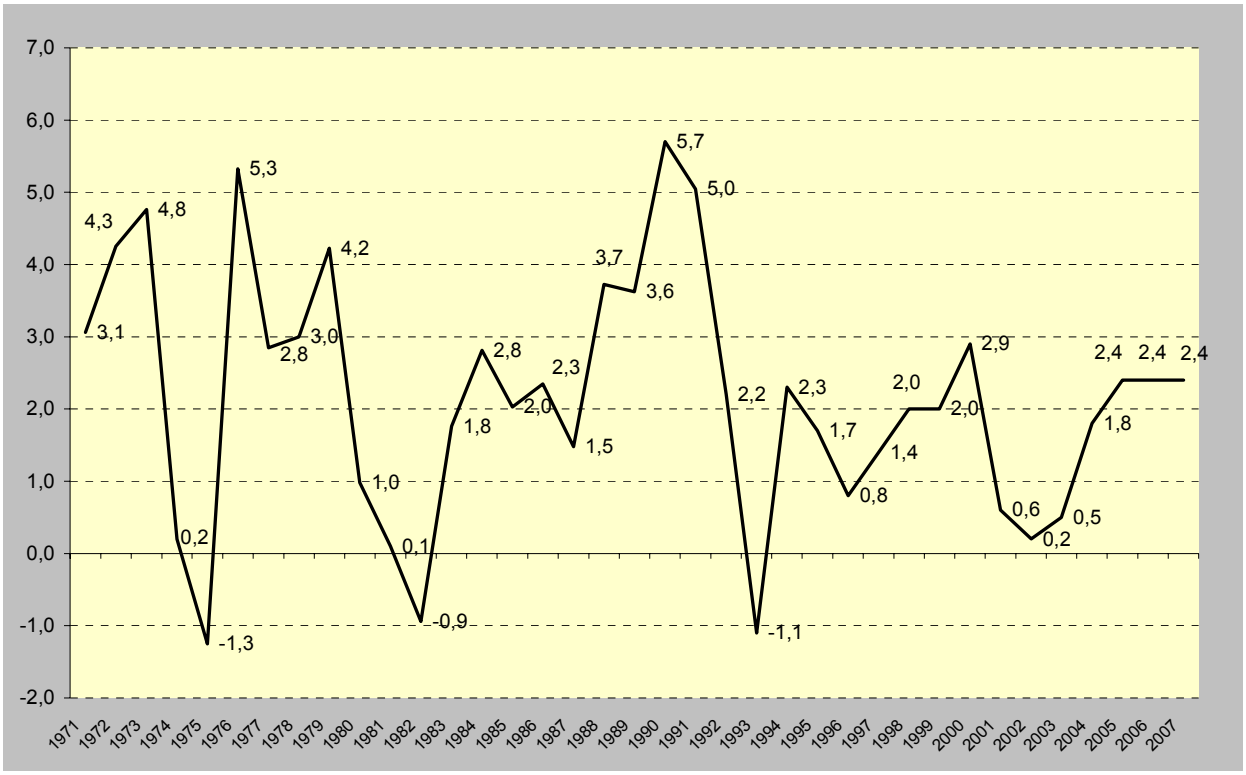
Unter der Voraussetzung der von den Wirtschaftsforschungsinstituten erarbeiteten Frühjahrsprognose für das Bundesgebiet dürfte die Hamburger Wirtschaft in 2004 wieder spürbar an Fahrt gewinnen. Impulse kommen dabei von der erwarteten Belebung des Außenhandels und von der wieder anziehenden Nachfrage nach unternehmensorientierten Dienstleistungen. Unter dieser Voraussetzung ist in 2004 mit einem leicht höheren Wirtschaftswachstum in Hamburg im Vergleich zum Vorjahr zu rechnen. Eine Stabilisierung der Beschäftigungszahl ist erst im weiteren Konjunkturverlauf zu erwarten.

2.1.2 Mittelfristige Entwicklungsaussichten im Bundesgebiet

Die mittelfristigen Aussichten für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland hängen entscheidend davon ab, ob es gelingt, den strukturellen Herausforderungen zu begegnen. Mit der Globalisierung und der Osterweiterung der Europäischen Union nimmt der Wettbewerb zwischen den Unternehmen und den Standorten zu. Kosten und Innovationen sind gleichermaßen entscheidend. Andererseits ist ohne grundlegende Reformen durch den Bundesgesetzgeber und Überwindung der aktuellen Wachstumsschwäche mit steigenden Abgabenbelastungen durch Sozialversicherungsbeiträge und Steuern zu rechnen. Steigende Arbeitskosten und sinkende Nettoeinkommen wären die Folge mit negativen Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung. Gelingt es, diese strukturellen Probleme zu überwinden, ergeben sich Chancen aus der Globalisierung und der zunehmenden europäischen Integration.

Vor diesem Hintergrund liegen die mittelfristigen Projektionen für das Wirtschaftswachstum im Bundesgebiet zwischen 1½ % und 2 %. Damit würde sich die Abflachung des Wachstumspfades weiter fortsetzen.

Grafik 2 **Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland 1971-2007 (in %; ab 2003 Prognose des BMWA)**



Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) erwartet für den Projektionszeitraum 2003 bis 2007 ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von knapp 2%. Entsprechend des moderaten Wirtschaftswachstums bleiben die Beschäftigungsaussichten gedämpft. Für die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer wird – bei anhaltender Zunahme der Teilzeitarbeit – eine jahresdurchschnittliche Zunahme von etwa einem Viertel Prozent erwartet.

Tabelle 9 **Gesamtwirtschaftliche Entwicklung des Bundesgebietes 2002 bis 2007 (jahresdurchschnittliche Veränderungen gg. Vorjahr in %)**

	2002/1997	2007/2002	Darunter			
			2003		2004	
Schätzung durch	Ist	BMF	Institute	BMF	Institute	BMF
Schätzmonat		Mai 2003	April 2003	Mai 2003	April 2003	Mai 2003
Bruttoinlandsprodukt						
Real	+ 1,5	knapp + 2	+ 0,5	+ ¾	+ 1,8	+ 2
Nominal	+ 2,4	+ 3	+ 1,5	+ 2	+ 2,8	+ 3
Bruttolohn- und -gehaltssumme						
Insgesamt	+ 2,3	+ 2 ½	+ 1,1	+ 1	+ 2,2	+ 2
Je Arbeitnehmer	+ 1,5	+ 2 ¼	+ 2,2	+ 2	+ 2,2	+ 2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	+ 1,8	+ 4	+ 1,0	+ 4	+ 4,6	+ 6
Erwerbstätige	+ 0,8	+ ½	– 1,0	– 1	+ 0,0	+ 0
Darunter: Beschäftigte Arbeitnehmer	+ 0,8	+ ¼	– 1,1	– 1	+ 0,0	– 0

In der Sitzung des Finanzplanungsrates am 2.7.2003 hat der Bundesfinanzminister nochmals die Annahmen dargestellt, die der Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bis zum Jahr 2007 zugrundegelegt wurden (vgl. Übersicht 1). Diese Annahmen zeigen, dass die Realisierung der Wachstumsperspektiven an eine Reihe sowohl außen- als auch binnenwirtschaftlicher Voraussetzungen geknüpft ist.

Übersicht 1 Annahmen der Bundesregierung zur Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bis zum Jahr 2007

1. **Weltkonjunktur und internationales Umfeld**

- **Weltwirtschaft**: deutliche Belebung im Verlauf 2003 (Auflösung des Attentismus bei Investoren und Verbrauchern nach dem Ende des Irak-Konfliktes)
- **Welthandelsvolumen**: Rückkehr auf mittelfristigen Expansionspfad (5-6 % p.a.)
- **Finanzmarktstabilität**: keine größeren Devisen- und Finanzmarktturbulenzen
- **Realer Außenwert des Euro**: mittelfristig weitgehend stabil
- **Monetäre Bedingungen**: Sicherung des EZB-Preisziels bei günstigem Zinsniveau
- **Energie- und Ressourcenangebot**: keine Engpässe, weitgehend stabiler Rohölpreis
- **Global Governance**: Intensivierung der internationalen wirtschaftspolitischen Koordinierung

2. Binnenwirtschaft

- **Makroökonomischer Policy-Mix im Euro-Raum**: stabilitätsorientierte Lohnabschlüsse im gesamten Euro-Raum und Konsolidierung der öffentlichen Finanzen; geldpolitische Handlungsräume für Ausschöpfung des Potenzialwachstums und stärkere, inflationsfreie Wachstumsdynamik werden genutzt.
- **Rasche und vollständige Umsetzung der Agenda 2010**:
  - **Finanzpolitik**: Balance zwischen Konsolidierung, konjunkturellen Impulsen und steuerlicher Entlastung (Festhalten am mittelfristigen Konsolidierungsziel, Stärkung zukunftsorientierter Ausgaben, insbesondere im kommunalen Bereich, Fortsetzung der Steuerreform mit den Entlastungsschritten 2004 und 2005, Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren);
  - **Bildung, Technologie- und Forschungspolitik**: Stärkung des langfristigen Wachstumstrends durch Bildungsreform, Forschungs- und Entwicklungs- sowie Innovationsförderung;
  - **Flexibilisierung der Arbeitsmärkte**: Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission, Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Lockerung des Kündigungsschutzes, Begrenzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, Senkung der Lohnnebenkosten über Reform der Sozialversicherungen (Rente, Gesundheit)
  - **Förderung von Selbständigkeit und Eigeninitiative**: Gründungsoffensive, Verbesserung der Finanzierung von Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU), Handwerksreform.

3. Ergebnis

Unter den genannten Voraussetzungen verbessern sich die binnen- und außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung bei Preisstabilität. Es wird daher erwartet, dass im Projektionszeitraum 2003-2007

- das **BIP** um real knapp 2 % p.a. steigt (damit würde das Wirtschaftswachstum um rd. ¼ Prozentpunkte über dem Wachstum der Jahre 1997-2002 liegen);
- die **Beschäftigung** deutlich ausgeweitet wird (+ 500 Tsd. Erwerbstätige);
- die Zahl der registrierten **Arbeitslosen** bei weiter zunehmendem Erwerbspersonenangebot um etwa 160 Tsd. auf 3,9 Mio. zurückgehen wird.

2.1.3 Mittelfristige Entwicklungsperspektiven für Hamburg

Die Entwicklungsaussichten werden von Forschungsinstituten und Unternehmen als günstig eingestuft. Entsprechend schnitt Hamburg in diversen Vergleichen der Bundesländer und der Städte hinsichtlich der Attraktivität und der Wirtschaftsleistung besonders gut ab. Chancen ergeben sich mittelfristig für die Stadt insbesondere aus

- der Zunahme des Welthandels und der zunehmenden Bedeutung des Ostseeraumes mit nachhaltigen Impulsen für den Logistikstandort;
- dem Wandel zur Informations- und Wissensgesellschaft mit tendenziell steigender Nachfrage nach Medien- und IT-Dienstleistungen;
- den hohen Investitionen der Flugzeugindustrie in die Produktion des A380 und positiven Ausstrahlungen auf Zulieferer und Dienstleister der Region;
- der stetigen Zunahme der Nachfrage nach den in Hamburg stark vertretenen unternehmensorientierten Dienstleistungen sowie
- der steigenden Bedeutung der Stadt als Einkaufs-, Touristen- und Erlebnisstadt.

Der Senat unterstützt diese Entwicklungen und setzt auf eine langfristige Stärkung des Wirtschaftsstandortes. Dazu dienen z.B.

- der konsequente Ausbau des Logistikstandortes, wie z.B. im Rahmen des Container-Terminals Altenwerder;
- die Unterstützung der Medienwirtschaft;
- verbesserte Verkehrsanbindungen und Ausbau des Flughafens;
- die Entwicklung der HafenCity und Schaffung von Büroflächen für 20.000 Beschäftigte;
- die Stärkung des Luftfahrtstandortes durch Infrastrukturmaßnahmen und Qualifizierungsoffensiven;
- die Stärkung des Mittelstandes und Unterstützung der steigenden Zahl von Existenzgründern in Hamburg.

Bei vorsichtiger Bewertung und unter Voraussetzung der beschriebenen Bundesentwicklung rechnet die Behörde für Wirtschaft und Arbeit (BWA) für den gesamten Projektionszeitraum bis 2007 mit einem jährlichen Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von rd. 2 %. Die Beschäftigung wird sich dabei ähnlich wie im Bundesgebiet entwickeln.

Tabelle 10 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung Hamburgs in den Jahren 2002 bis 2007 (jahresdurchschnittliche Veränderungen gg. Vorjahr in %)

	2002/1997	2007/2001	Darunter	
			2003	2004
Schätzung durch	Ist	BWA	BWA	BWA
Schätzmonat		Mai 2003	Mai 2003	Mai 2003
Bruttoinlandsprodukt*				
Real	+ 1,5	+ 2	+ ½	+ 2 ¼
Nominal	+ 2,4	+ 3	+ 2	+ 3 ¼
Bruttolohn- und -gehaltssumme				
Insgesamt	+ 2,0	+ 2 ½	+ 1	+ 2 ¼
Je Arbeitnehmer	+ 1,3	+ 2	+ 2 ¼	+ 2 ¼
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	+ 3 *	+ 4	+ 3	+ 6 ½
Erwerbstätige	+ 0,8	+ ½	– 1	+ 0
Darunter: Beschäftigte Arbeitnehmer	+ 0,7	+ ¼	– 1 ¼	+ 0

* Daten liegen vom Statistischen Landesamt für den Gesamtzeitraum noch nicht vor. Fehlende Jahresdaten wurden geschätzt.

2.2 Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung 2003

Der bundesweite Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ hat im Rahmen der Mai-Steuerschätzung 2003 auf Basis der Annahmen der Bundesregierung zur Wirtschaftsentwicklung (vgl. Abschnitt 2.1.2) prognostiziert, dass die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden für das Jahr 2004 mit Steuermindereinnahmen in Höhe von insgesamt 34,3 Mrd. EUR gegenüber der Mai-Schätzung 2002 zu rechnen haben. Davon entfallen 20,2 Mrd. EUR (rd. 60 %) auf die Länder und Gemeinden.

Für die Jahre 2005 und 2006 betragen die Mindererwartungen 39,6 bzw. 43,8 Mrd. EUR, wovon wiederum etwa 60 % (23,1 bzw. 25,6 Mrd. EUR) auf die Länder und Gemeinden entfallen.

Auf Grundlage der bundesweiten Steuerschätzung hat die Mai-Steuerschätzung 2003 für Hamburg gegenüber der Mai-Schätzung 2002 ebenfalls gravierende Steuermindererwartungen ergeben:

Tabelle 11 Ergebnisse der Mai-Schätzung 2003 für die Hamburg verbleibenden Steuern (nach Länderfinanzausgleich) in Mio. EUR

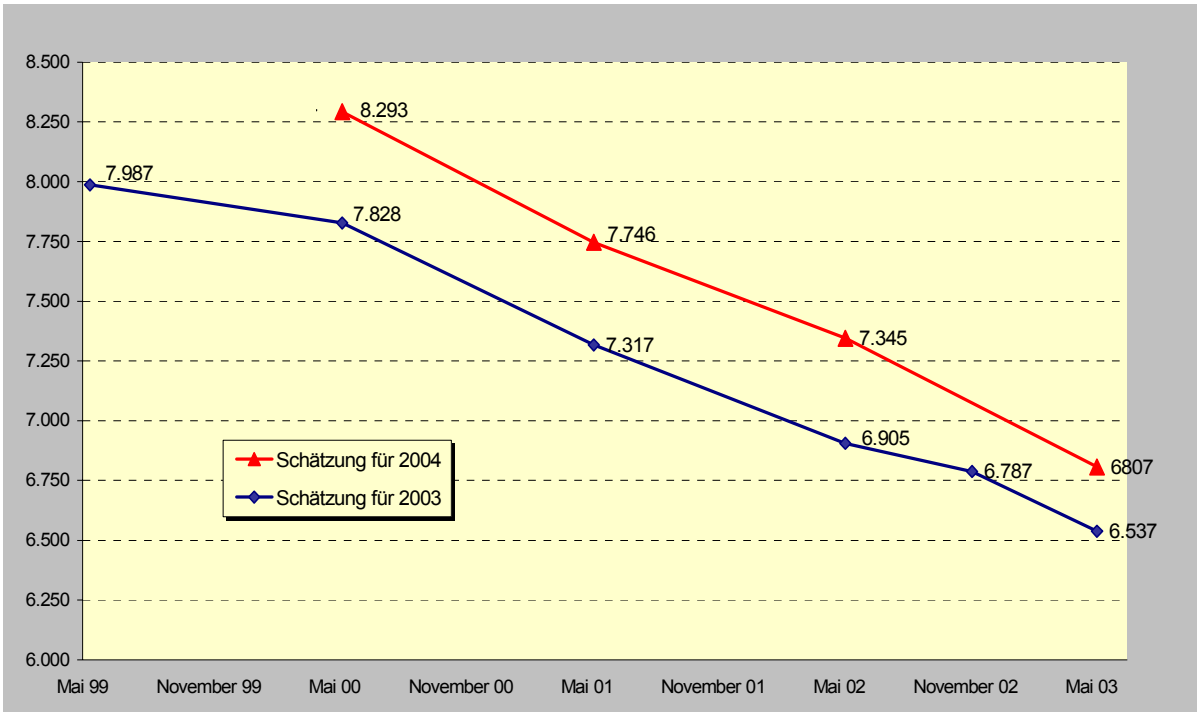
	2003	2004	2005	2006	2007
Mai-Schätzung 2002	6.905	7.345	7.439	7.977	-- *
Mai-Schätzung 2003	6.537	6.807	6.916	7.480	7.787
Differenz	– 368	– 538	– 523	– 497	

* Die Mai-Steuerschätzung 2002 reichte nur bis 2006

Gegenüber der Mai-Steuerschätzung 2002, die Grundlage für die Mittelfristige Finanzplanung 2002-2006 war, weist die Schätzung vom Mai 2003 für die Jahre 2003 bis 2006 strukturell knapp 500 Mio. EUR pro Jahr weniger Steuereinnahmen für Hamburg aus. Schwerpunkt sind – wie in den vorausgegangenen Steuerschätzungen – Mindereinnahmeerwartungen bei den Gemeinschaftsteuern, insbesondere Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer.

Die Folge immer neuer Steuermindereinnahmen der vergangenen Jahre hat sich damit in zunehmender Schärfe fortgesetzt. Insgesamt ergibt sich eine Korrektur der Einnahmeerwartungen für das Jahr 2003 seit den ersten Schätzungen im Jahr 1999 um über 1,4 Mrd. EUR. Das entspricht rd. 22 % der jetzt für 2003 erwarteten Steuereinnahmen. Für die Periode 2003 bis 2007 betragen die Mindererwartungen gegenüber der Mai-Schätzung 2002 insgesamt rd. 1,9 Mrd. EUR. Die nachstehende Grafik 3 zeigt, dass die Einnahmeerwartungen für 2003 und 2004 in den vergangenen Jahren mit jeder Schätzung deutlich zurückgenommen werden mussten. Dies verdeutlicht anschaulich die Dramatik dieser Entwicklung.

Grafik 3 **Hamburg verbleibende Steuern 2003 und 2004 (nach Schätzzeitpunkten) in Mio. EUR**



Die Einnahmeerwartungen liegen für 2004 weiterhin unter dem Niveau der Steuereinnahmen des Jahres 2000. Diese anhaltende Stagnation der Steuereinnahmen ist sowohl in der Geschichte Hamburgs als auch der Bundesrepublik einmalig.

Für die öffentlichen Haushalte bedeutet dies, dass zur Finanzierung der sich aufgrund von Preis-, Tarif- und Besoldungserhöhungen sowie Zinssteigerungen erhöhenden Ausgaben deutlich weniger Einnahmen als im Jahr 2000 zur Verfügung stehen. Finanzpolitisch bewegt sich der Staat damit am Rande seiner Handlungsfähigkeit. Im Jahr 2002 mussten der Bund und mehrere Länder die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts erklären, um auf diesem Wege die durch die Verfassung vorgegebene Obergrenze zur Aufnahme von neuen Krediten überschreiten zu dürfen.

2.3 Ursachen der Einnahmeverschlechterungen und ihre Bewertung

2.3.1 Entkoppelung von Wirtschaftsleistung und Steuereinnahmen; sinkende Steuerquote

Ursache für die drastischen Einbrüche der Einnahmeerwartungen ist in erster Linie die wirtschaftliche Entwicklung und damit die verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik des Bundes, die alle Länder, die Städte und Gemeinden sowie den Bund vor fast unlösbare Probleme bei dem Versuch der Aufstellung ausgeglichener Haushalte stellt.

Nachdem sich das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2002 um lediglich 0,2 % verbesserte, wurden inzwischen auch die Prognosen für 2003 deutlich nach unten korrigiert. So rechnen die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Frühjahrsgutachten 2003 nur noch mit einem Wirtschaftswachstum von 0,5 %. Die Stagnation der vergangenen Jahre setzt sich somit weiter fort.

Das Bundesministerium der Finanzen hat die der Bundessteuerschätzung vom Mai 2003 zugrunde liegende Wachstumsprognose des nominalen Bruttoinlandsprodukts für 2003 in den vergangenen Monaten mehrmals nach unten korrigiert, zuletzt von 1¾ % auf 1½ %. Real erwartet das BMF ¾ %, liegt also sogar über den Erwartungen der Forschungsinstitute.

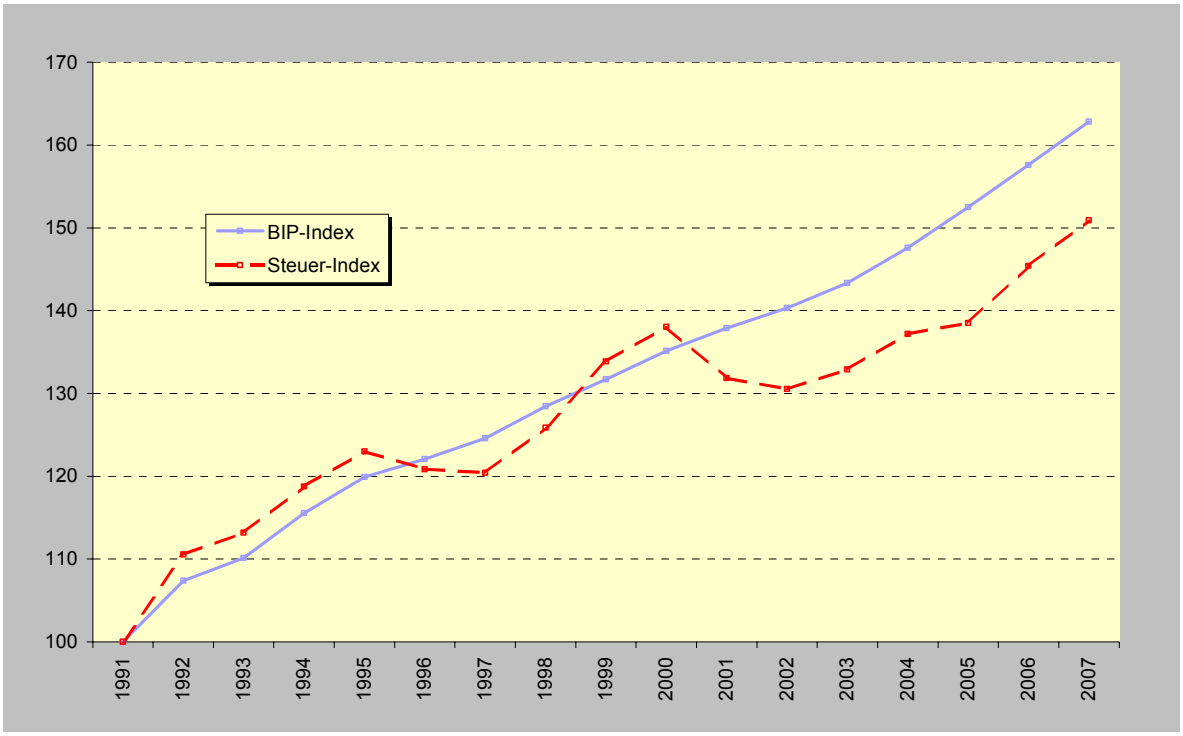
Hier liegt ein weiteres, durch die aktuelle Steuerschätzung nicht abgedecktes Risiko.

Die Negativentwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt macht sich v.a. bei der Lohnsteuer bemerkbar, und zwar mit Mindereinnahmen für Hamburg gegenüber der Mai-Schätzung 2002 von – 230 Mio. EUR für 2003 und von sogar – 493 Mio. EUR für 2004 vor Zerlegung. Dagegen sind sowohl in Hamburg als auch im Bund leichte Erholungseffekte bei der Körperschaft- steuer bemerkbar; allerdings liegen die Gesamteinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen aus der Körperschaftsteuer auch nach der Mai-Steuerschätzung 2003 für 2004 immer noch um über 40 % unter dem Niveau des Jahres 2000, dem letzten Jahr vor der Änderung der Unternehmensbesteuerung. Selbst bis zum Jahr 2007 – dem letzten Schätzjahr der aktuellen Steuerschätzung – wird der Wert des Jahres 2000 immer noch nicht erreicht und nach heutiger Vorausschau noch um rd. 17 % unterschritten.

Bei einer Analyse von Wirtschaftswachstum und Entwicklung der Steuereinnahmen zeigt sich jedoch, dass die aktuelle Einnahmeschwäche des Staates nicht nur konjunkturell bedingt, sondern in hohem Maße auch struktureller Natur ist.

Wie die nachstehende Grafik zeigt, folgte die Entwicklung der Steuereinnahmen in Deutschland – mit Ausnahme der Jahre 1996 -1998 – bis zum Jahr 2000 in etwa der des nominalen Bruttoinlandsproduktes. Im Jahr 2001 ist erstmals eine deutliche Abkopplung der beiden Größen voneinander festzustellen, die sich nach den Ergebnissen der Steuerschätzung vom Mai 2003 auch in den Folgejahren fortsetzen wird. Im Gegensatz zu früheren kurzzeitigen Abweichungen handelt es sich jetzt also um eine strukturelle Niveauverschiebung der Steuereinnahmen nach unten. Diese ist mit Einnahmeverlusten für Bund, Länder und Gemeinden von über 250 Mrd. EUR für 2001 bis 2007 verbunden.

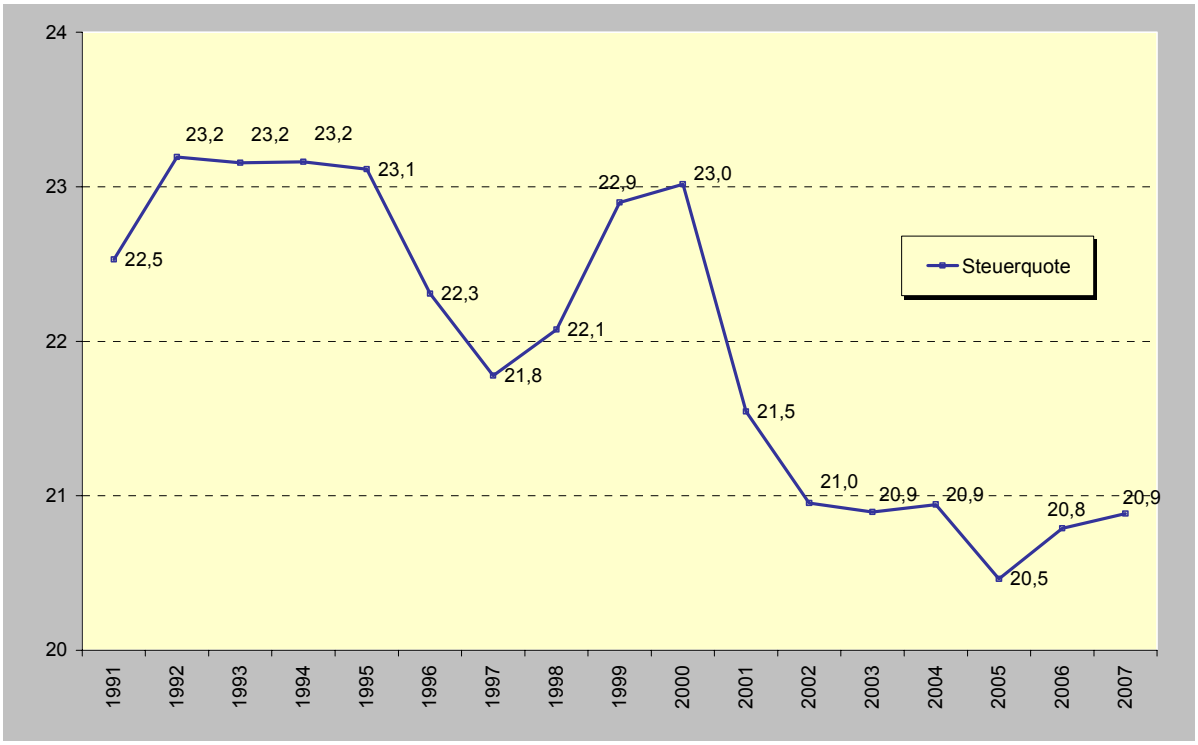
Grafik 4 **Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt und Steuereinnahmen 1991-2007 (Index 1991=100)**



Gleichzeitig ist die Steuerquote, die von 1991 bis 2000 zwischen rd. 22 % und 23 % schwankte, auf historische Tiefststände von teilweise deutlich unter 21 % gesunken. Damit die Entwicklung der Steuereinnahmen der des nominalen BIP folgt, bedarf es aber einer Steuerquote von rd. 22,5 %. Die Abkoppelung der Steuereinnahmen vom BIP-Wachstum hat

– bezogen auf das Planjahr 2004 – eine strukturelle Einnahmelücke von bundesweit rd. 35 Mrd. EUR zur Folge. Für Hamburg umfasst die Lücke strukturelle Mindereinnahmen von 0,5 Mrd. EUR.

Grafik 5 **Entwicklung der Steuerquote 1991-2007 (Anteil der gesamtstaatlichen Steuereinnahmen am Bruttoinlandsprodukt)**



2.3.2 Steigende Abgabenquote

Trotz der historisch niedrigen Steuerquote ist aber das verfügbare Einkommen der Bürger nicht gestiegen (siehe Anhang I) und die Betriebe empfinden die Abgabenbelastung als zu hoch. Ursache hierfür ist die Entwicklung der Abgaben (= Steuern und Sozialversicherungsbeiträge). Die Belastung mit Abgaben ist in den vergangenen Jahren kaum gesunken und liegt weiterhin auf deutlich zu hohem Niveau. Sie führt damit zu die Wirtschaft übermäßig belastenden Lohnnebenkosten. Für die Bewertung von Handlungsnotwendigkeiten kommt es daher in erster Linie auf die Abgabenbelastung an, die durch die Abgabenquote dargestellt wird.

Tabelle 12 **Steuer-, Staats- und Abgabenquote 1960-2003 (jeweils Anteile am BIP in %)** [1)]

	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung [1)2)]			statistik		OECD-Abgrenzung	
	Steuerquote	Abgaben-quote [3)]	Staatsquote	Steuerquote	Abgaben-quote [3)]	Steuerquote	Abgaben-quote [3)]
1960	23,0	33,4	32,9	22,6	32,2	-	-
1965	23,5	34,1	37,1	23,1	32,9	23,1	31,6
1970		35,6	39,1	22,4	33,5	22,5	32,5
1980	24,5	40,7	47,9	24,3	39,7	24,6	37,5
1990	23,6	40,5	44,5	22,7	38,5	22,3	35,7
1995	22,5	41,3	49,3	23,1	41,2	23,3	38,2

	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung [1)2)]			Abgrenzung der Finanzstatistik		OECD-Abgrenzung	
	Steuerquote	Abgabenquote [3)]	Staatsquote	Steuerquote	Abgabenquote [3)]	Steuerquote	Abgabenquote [3)]
1996	22,9	42,3	50,3	22,3	40,9	22,3	37,4
1997	22,6	42,3	49,3	21,8	40,4	21,8	37,0
1998 [4)]	23,1	42,4	48,8	22,1	40,2	22,1	37,1
1999 [4)]	24,2	43,2	48,8	22,9	40,8	23,0	37,8
2000 [4)]	24,6	43,2	48,4	23,0	40,7	23,1	37,9
			45,9 [5)]				
2001 [4)]	23,0	41,5	48,3	21,6	39,1	21,7	36,4
2002 [6)]	22 1/2	41	48 1/2	21	38 1/2	-	-
2003 [6)]	23	41 1/2	48	21	39	-	-

Quelle: Bundesministerium der Finanzen: Datensammlung zur Steuerpolitik, Ausgabe 2003
1) 1960-1990 nur alte Bundesländer
2) einschließlich Sondersteuern der Jahre 1970-1974
3) ab 1991 in der Abgrenzung des EVSG 1995
4) vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2002
5) einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung
6) Schätzung; Stand: November 2002

Zur Entwicklung des verfügbaren Einkommens vgl. die in Anlage 3.2 wiedergegebenen Tabellen des BMF.

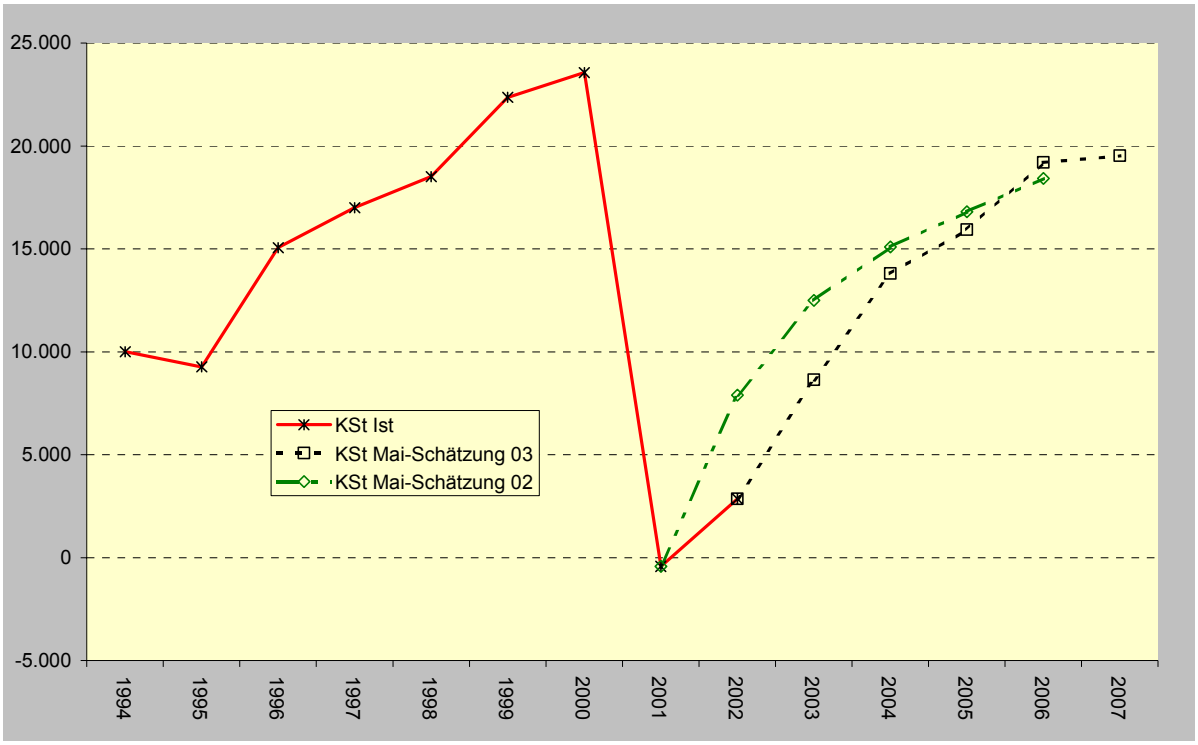
2.3.3 Bundesweite Entwicklung ausgewählter Steuerarten

Im Folgenden werden für die aufkommensstärksten Steuerarten die Ist-Ergebnisse für den Zeitraum 1994 bis 2002 sowie die Ergebnisse der Mai-Steuerschätzungen 2002 und 2003 dargestellt. Außerdem werden mögliche Ursachen für etwaige Mindererwartungen benannt. Der Anteil dieser Steuerarten an den Hamburger Steuereinnahmen insgesamt beträgt rd. 72 % (vgl. auch Abschnitte 2.2 bis 2.4 und 5.1.1).

Körperschaftsteuer

Das Körperschaftsteueraufkommen (Kassenaufkommen nach Abzug der Investitionszulagen und der Erstattungen des Bundesamtes für Finanzen) hat sich – nachdem im Jahr 2001 noch ein Erstattungsüberhang aufgetreten ist – im Jahr 2002 leicht stabilisiert. Das Aufkommen belief sich auf knapp 2,9 Mrd. EUR.

Grafik 6 **Körperschaftsteuer (nach Erstattungen) im Bundesgebiet Ist und Schätzung 1994-2007 in Mio. EUR**



Für das Jahr 2003 wird ein weiterer Anstieg des Aufkommens auf rd. 8,6 Mrd. EUR erwartet. Dieser Erwartung liegen folgende Annahmen zugrunde:

- Die in der zweiten Jahreshälfte anziehende Konjunktur wird zu höheren Gewinnerwartungen der Unternehmen und einer zeitnahen Anpassung der Vorauszahlungen führen.
- Im Rahmen des Vermittlungsverfahrens zum Steuervergünstigungsabbaugesetz konnte die zielgerichtete Einführung von Maßnahmen zur Stabilisierung des Körperschaftsteueraufkommens erreicht werden. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang die Nichtanerkennung der Mehrmütterorganschaft sowie die Einführung eines dreijährigen Moratoriums hinsichtlich der Erstattung von Körperschaftsteuer-Altguthaben.

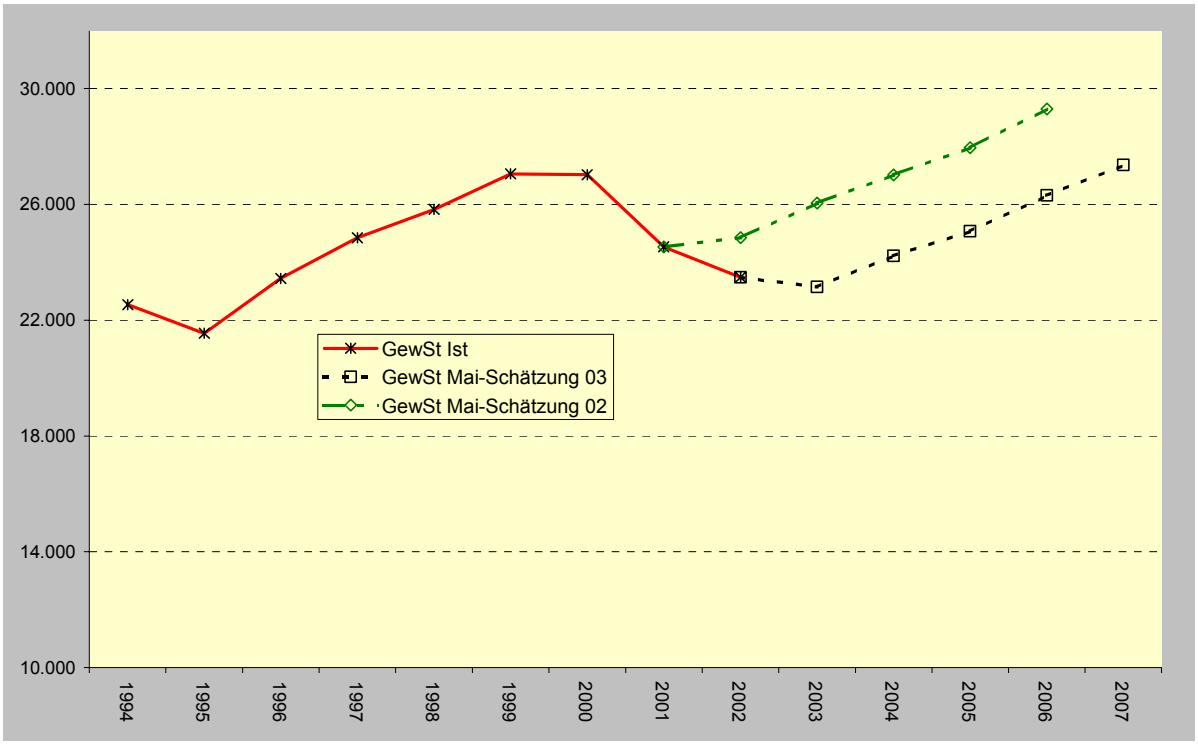
Die Erwartungen für die Folgejahre gehen von sich weiter verbessernden Konjunkturdaten aus. Darüber hinaus sollen sich mehrere Steuerrechtsänderungen auswirken, zu deren Umsetzung sich die Bundesregierung in einer Protokollerklärung zur „Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz“ verpflichtet hat. Dieser so genannte „Korb II“ beinhaltet weitere Maßnahmen zur Stabilisierung des Körperschaftsteueraufkommens, die insbesondere darauf gerichtet sind, das erhebliche Gestaltungspotenzial zu vermindern.

Es ist jedoch zu beachten, dass auch nach Einführung dieser Maßnahmen die körperschaftsteuerliche Bemessungsgrundlage nach wie vor gestaltungsanfällig bleibt und zahlreiche Unternehmen noch hohe Verlustvorträge geltend machen können. Die Schätzung des Aufkommens für die Jahre 2004 bis 2007 erscheint insofern mit Risiken behaftet.

Gewerbesteuer

Das Gewerbesteueraufkommen hat sich im Jahr 2002 trotz der niedrigen Vorjahresbasis um 4,3 % vermindert. Es beläuft sich damit in etwa auf dem Niveau des Jahres 1996. Für das Jahr 2003 wird ein weiterer Rückgang erwartet. Die Mindereinnahmen beruhen vornehmlich auf den schlechten konjunkturellen Rahmenbedingungen.

Grafik 7 **Gewerbesteuer (vor Zerlegung) im Bundesgebiet Ist und Schätzung 1994-2007 in Mio. EUR**



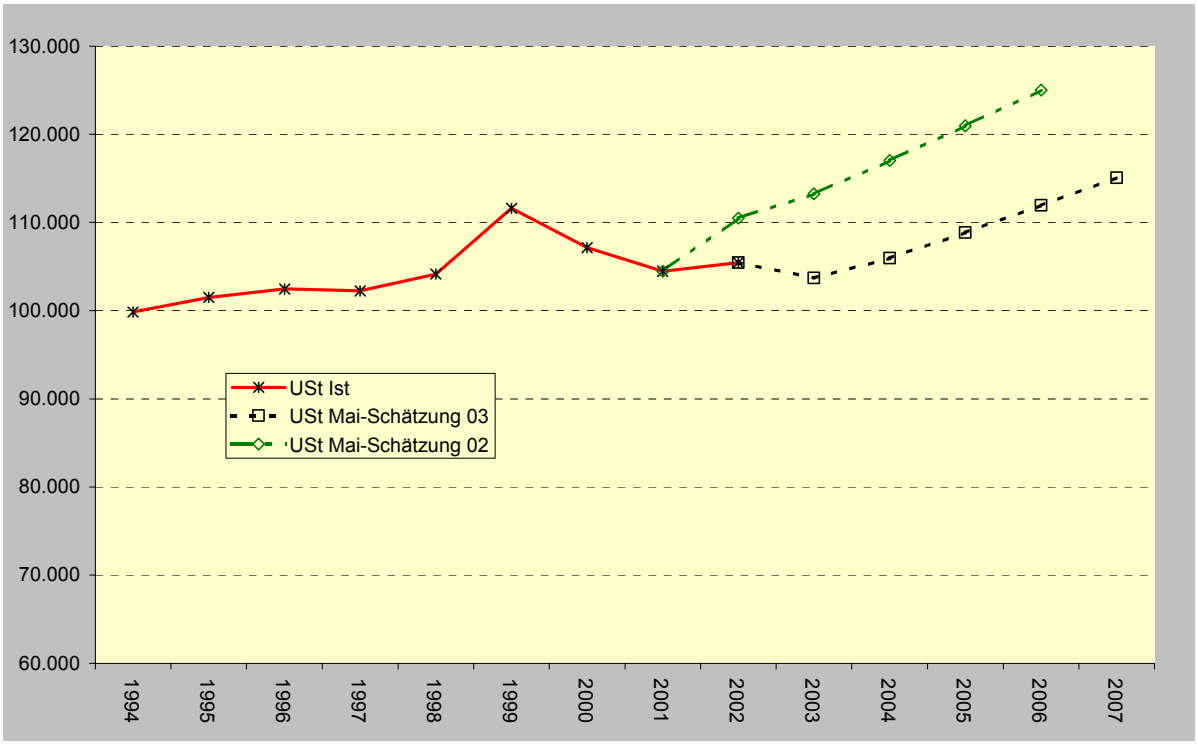
Außerdem ist der Grafik zu entnehmen, dass mit der Mai-Steuerschätzung 2003 die Prognosewerte für die Folgejahre nochmals deutlich abgesenkt worden sind. Gegenüber der Mai-Steuerschätzung 2001 ergibt sich nunmehr eine Schätzabweichung für das Jahr 2004 von rd. 9,0 Mrd. EUR und für das Jahr 2005 von ca. 10,2 Mrd. EUR.

Zur Modernisierung der Gewerbesteuer im Rahmen der Gemeindefinanzreform siehe Abschnitt 2.7.

Umsatzsteuer

Die Einnahmen aus der Umsatzsteuer sind im Jahr 2002 erstmals sei dem Jahr 1999 wieder leicht angestiegen, ohne jedoch die bei der Mai-Schätzung 2002 erwartete Größenordnung zu erreichen. Für das Jahr 2003 wird sodann wieder von einem Rückgang des Aufkommens ausgegangen. Des weiteren ist festzustellen, dass für den gesamten Prognosezeitraum eine deutliche Niveauverschiebung nach unten eingetreten ist.

Grafik 8 **Umsatzsteuer im Bundesgebiet**
Ist und Schätzung 1994-2007 in Mio. EUR



Das anhaltend niedrige Aufkommensniveau ist vor allem auf folgende Umstände zurückzuführen:

- Verlagerung von steuerpflichtigem Konsum in den steuerfreien Bereich, die insbesondere durch den Anstieg der Mieten verursacht worden ist
- Erhöhung der Sparquote durch extreme Zurückhaltung der Konsumenten
- Zunahme von Schwarz- und Karussellgeschäften.

Zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetruges ist in Hamburg – einem Beschluss der Finanzministerkonferenz entsprechend – eine Sonderprüfgruppe eingerichtet worden, die im Wesentlichen die Aufgaben der bisher beim Bundesamt für Finanzen etablierten „Arbeitseinheit Umsatzsteuer-Sonderprüfung“ übernommen hat.

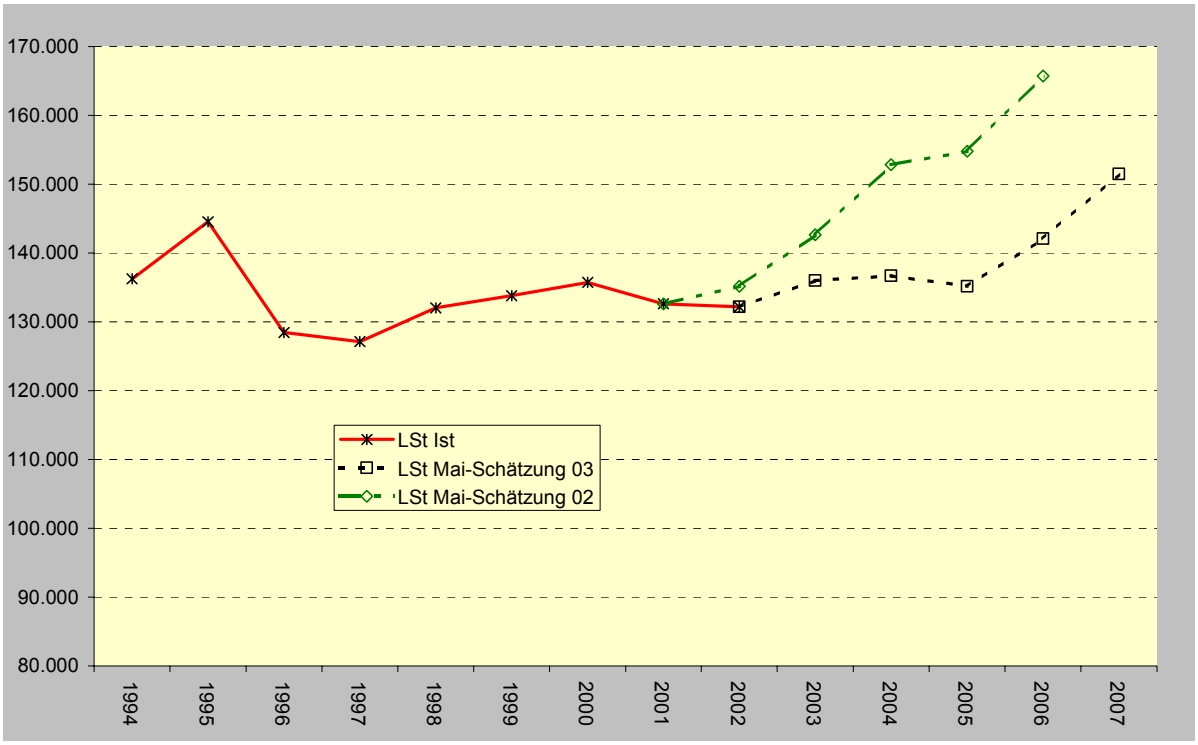
Diese eng mit der „zentralen Koordinierungsstelle“ des Bundesamtes für Finanzen und gegebenenfalls auch mit der Steuerfahndung zusammenarbeitende Umsatzsteuersonderprüfgruppe ist beim Finanzamt Hamburg-Hansa angesiedelt. Ihre Tätigkeit erstreckt sich auf die länderübergreifenden und grenzüberschreitenden Betrugsfälle für den gesamten Zuständigkeitsbereich der Freien und Hansestadt Hamburg. Dadurch wird ein Konzept zur effektiven Bekämpfung des Umsatzsteuerbetruges durch erfolgreiche Koordinierung der Prüfungsmaßnahmen über die Ländergrenzen hinweg umgesetzt.

Weitere Maßnahmen zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs sind auf der Ebene der Finanzminister und -senatoren der Länder verabredet.

Lohnsteuer

Das Lohnsteueraufkommen hat sich im Jahr 2002 aufgrund der schlechten Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt weiter rückläufig entwickelt (– 0,3 %).

Grafik 9 **Lohnsteuer (nach Abzug Kindergeld) im Bundesgebiet Ist und Schätzung 1994-2007 in Mio. EUR**



Der Rückgang im Jahr 1996 ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass das seitdem stark angehobene Kindergeld aus dem Lohnsteueraufkommen entrichtet wird. Die Mai-Schätzung 2003 geht für die Jahre 2003 bis 2007 von Kindergeldzahlungen in Höhe von jährlich etwa 34,4 Mrd. EUR aus.

Die erheblichen Abweichungen zwischen den Mai-Schätzungen 2002 und 2003 beruhen insbesondere für die Jahre 2003 und 2004 auf den deutlich nach unten korrigierten – vom Bundesministerium der Finanzen vorgegebenen – Annahmen über die Anzahl der Beschäftigten und die Lohnsteigerungen. Hierdurch tritt im Weiteren ein Basiseffekt auf, der dazu führt, dass die Schätzabweichungen für die Jahre 2005 und 2006 auf 19,6 bzw. 23,7 Mrd. EUR anwachsen.

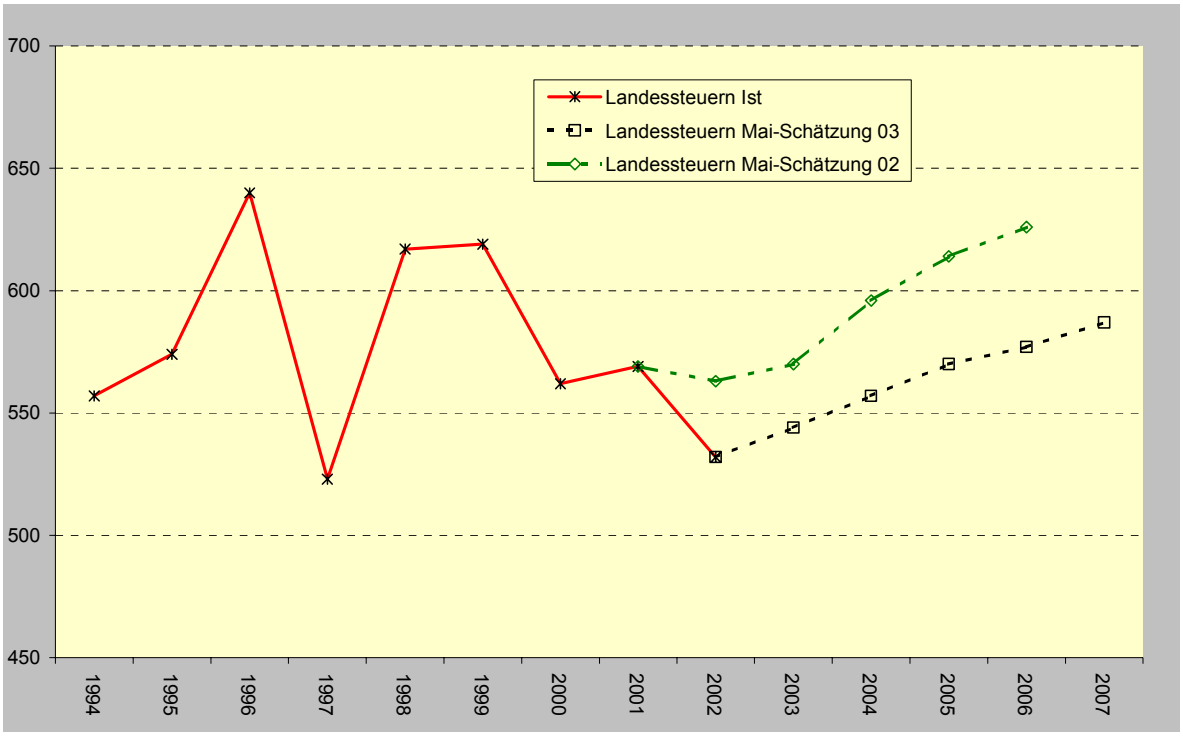
2.3.4 Entwicklung der Landessteuern in Hamburg

Die Hamburger Einnahmen aus Landessteuern (insbesondere Erbschaft-, Grunderwerb-, Kraftfahrzeug-, Vermögen-, Bier-, Feuerschutz- und Lotteriesteuer) haben sich im Jahr 2002 insgesamt leicht rückläufig entwickelt. Dies beruht im Wesentlichen auf einem geringeren Grunderwerb- und Kraftfahrzeugsteueraufkommen. Im Vergleich zu den Werten bei den Gemeinschaftssteuern halten sich die Mindereinnahmen allerdings in Grenzen.

Der auffällig starke Rückgang im Jahr 1997 ist maßgeblich auf die Abschaffung der Vermögensteuer zurückzuführen. Die hieraus resultierenden Mindereinnahmen konnten erst im Jahr 1998 durch die Erhöhungen bei der Erbschaft- und Grunderwerbsteuer teilweise kompensiert werden.

Ferner ist Grafik 10 zu entnehmen, dass nach den Ergebnissen der letzten Mai-Steuerschätzung das Aufkommensniveau der Jahre 1998 und 1999 bis zum Jahr 2007 nicht mehr zu erzielen sein wird. Hauptursache hierfür dürfte neben den derzeit sehr niedrigen Börsenkursen auch das hohe – und zuletzt verstärkt in den Fokus der steuerlichen Berater geratene – Gestaltungspotenzial bei der Erbschaftsteuer sein.

Grafik 10 **Landessteuern in Hamburg**
Ist und Schätzung 1994-2007 in Mio. EUR



Zur Struktur der Hamburger Steuereinnahmen nach Steuerarten vgl. im Übrigen Abschnitt 5.1.1.

2.4 Struktur des bundesstaatlichen Finanzausgleichs nach Artikel 107 des Grundgesetzes

Die Verteilung des Steueraufkommens unter den Ländern, der angemessene Ausgleich unterschiedlicher Finanzkraft der Länder im Länderfinanzausgleich und ergänzende Zuweisungen an leistungsschwache Länder durch Bundesergänzungszuweisungen stellen eine Abfolge mehrerer, aufeinander aufbauender Stufen dar; erst das Zusammenwirken aller dieser Stufen führt zum Ergebnis des finanzwirtschaftlichen Verteilungs- und Ausgleichsprozesses:*

Übersicht 2 **Stufen der Steuerverteilung und des Finanzausgleichs**

1. *Horizontale Steuerverteilung*
   a. Verteilung der Steuern nach dem örtlichen Aufkommen
   b. Steuerzerlegung
   c. Verteilung der Umsatzsteuer unter den Ländern
2. *Horizontaler Finanzausgleich*
   Länderfinanzausgleich
3. *Vertikaler Finanzausgleich*
   Bundesergänzungszuweisungen
   a. Allgemeine Bundesergänzungszuweisungen
   b. Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen

* Den hier aufgeführten drei Stufen vorgelagert ist als erste Stufe der bundesstaatlichen Steuerverteilung und des Finanzausgleichs die *vertikale Steuerverteilung* zwischen Bund und Ländern, die in den Art. 106, 106 a GG geregelt ist.

2.4.1 Horizontale Steuerverteilung

2.4.1.1 Prinzip des örtlichen Aufkommens

Das Aufkommen der Landessteuern und der Länderanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer stehen den einzelnen Ländern im Grundsatz insoweit zu, als die Steuern von den Finanzbehörden in ihrem Gebiet vereinnahmt werden (örtliches Aufkommen).

2.4.1.2 Steuerzerlegung

Abweichend vom Prinzip des örtlichen Aufkommens sieht das Grundgesetz eine Zerlegung der Lohn- und Körperschaftsteuer vor. Grundgedanke bei Einführung dieser Regelung im Jahr 1970 war es, betriebsorganisatorisch und erhebungstechnisch bedingte Verzerrungen zwischen örtlichem Aufkommen und regionaler Wertschöpfung zu korrigieren. Mit dieser Zielsetzung wird seit seiner Einführung 1993 auch der Zinsabschlag zerlegt.

Zerlegung der Lohnsteuer

Die Lohnsteuer steht in vollem Umfang dem Wohnsitzland des Arbeitnehmers zu. Fallen Wohnsitzland und Land der Arbeitstätte auseinander, wird die vom Arbeitgeber an das Finanzamt seines Sitzlandes für den Arbeitnehmer abgeführte Lohnsteuer an das Wohnsitzland überwiesen. Dies gilt sowohl für Berufspendler, die nicht im Arbeitstättenland wohnen als auch für die Fälle der zentralen Lohnabrechnung, in denen der Arbeitgeber die Lohnsteuer seiner Arbeitnehmer ohne Beachtung von Wohnsitz und Arbeitsstätte insgesamt an das für ihn zuständige Finanzamt abführt.

Hamburg muss im Rahmen der Zerlegung einen hohen Anteil der vereinnahmten Lohnsteuer an andere Länder abführen, wobei die Verpflichtungen ständig gestiegen sind. Bei Einführung der Zerlegung 1970 hat Hamburg rd. 27 v. H. und nach Gegenrechnung der Ansprüche rd. 20 v. H. des Lohnsteueraufkommens an andere Länder abgeführt. Im Jahre 2002 waren dies rd. 2,4 Mrd. EUR (brutto), was einem Anteil von rd. 37 v. H. des örtlichen Lohnsteueraufkommens entspricht. Der Anstieg der Zerlegungsverpflichtungen ist sowohl auf die starke Zunahme der in Hamburg arbeitenden Pendler, vor allem aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen, als auch auf die Ausweitung der zentralen Lohnabrechnung zurückzuführen.

Soweit im Rahmen der zentralen Lohnabrechnung die in Hamburg vereinnahmte Lohnsteuer für Arbeitnehmer, die weder in Hamburg arbeiten noch wohnen, abgeführt werden muss, ist dies nicht zu beanstanden. Dagegen ist die volle Abführung der Lohnsteuer für Berufspendler an das Wohnsitzland unter allokativen Aspekten aus Hamburger Sicht wegen der hohen Pendlerzahlen problematisch, da auch das Arbeitsstättenland für diese Beschäftigten öffentliche Infrastruktur und Dienstleistungen zur Verfügung stellt. Eine Teilung der von Berufspendlern entrichteten Lohnsteuer auf das Arbeitsstätten- und Wohnsitzland wäre daher angemessen. Das Bundesverfassungsgericht hat die jetzige Regelung als verfassungskonform angesehen. Fiskalisch ist von Bedeutung, dass sich die Zerlegungsverluste Hamburgs im Rahmen des Länderfinanzausgleichs beträchtlich reduzieren.

Zerlegung der Körperschaftsteuer

Die Körperschaftsteuer eines Unternehmens mit Betriebsstätten in mehreren Ländern wird zwischen den Ländern aufgeteilt.

Da in Hamburg viele Unternehmen mit Betriebsstätten in anderen Ländern ihren Sitz haben, sind die Zerlegungsverpflichtungen Hamburgs höher als die Ansprüche gegenüber anderen Ländern. Die Höhe der Zerlegung ist abhängig von der von den Unternehmen gezahlten Körperschaftsteuer und damit starken Schwankungen unterworfen. Das Aufkommen an Körperschaftsteuer verharrte im Jahr 2002 insgesamt auf extrem niedrigem Niveau. Gleichwohl sind die Zerlegungsverpflichtungen Hamburgs wegen negativer Zerlegungseffekte von Steuermindereinnahmen in anderen Ländern erheblich gestiegen. Die Zerlegungsverpflichtung Hamburgs im Jahr 2002 betrug rd. 304 Mio. EUR nach 176 Mio. EUR im Vorjahr (jeweils Landesanteil).

Zerlegung des Zinsabschlages

Der Zinsabschlag wird von den Banken einbehalten und an das für sie zuständige Finanzamt abgeführt. Dieses Verfahren hat zur Folge, dass gut ein Drittel des Aufkommens in Frankfurt (Main) anfällt und nur Hessen Zerlegungsbeträge an die anderen Länder abführen muss. In Ermangelung konkreter Statistiken wird der Zinsabschlag bisher an Hand von Näherungsdaten auf die einzelnen Länder verteilt. Ab dem Jahre 2002 bemessen sich die Zerlegungsanteile nach der Höhe des auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer angerechneten Zinsabschlags.

2.4.1.3 Verteilung der Umsatzsteuer unter den Ländern

Die Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer erfolgt ohne Bezug zum örtlichen Aufkommen. Der Länderanteil an der Umsatzsteuer wird zu mindestens 75 v. H. nach der Einwohnerzahl und als *Ergänzungsanteile* zu höchstens 25 v. H. nach der Steuerkraft der Länder verteilt. Die Ergänzungsanteile sind für die Länder vorgesehen, deren Einnahmen aus den Landessteuern, dem Länderanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuerumlage je Einwohner unter 92 v. H. des Länderdurchschnitts liegen. Übersteigen diese Minderbeträge insgesamt 25 v. H. des Länderanteils an der Umsatzsteuer, so werden sie zur Feststellung der Ergänzungsanteile entsprechend gekürzt. Der nach Verteilung der Ergänzungsanteile verbleibende Länderanteil an der Umsatzsteuer wird nach Maßgabe der Einwohnerzahl auf die Länder verteilt.

Danach ist die Steuerverteilung unter den Ländern abgeschlossen, d. h. das rechtlich Eigene an Steuereinnahmen jeden Landes steht fest.

Die Umsatzsteuerverteilung bewirkt bereits eine erhebliche Annäherung der Finanzkraftverhältnisse der Länder und kann damit als Vorstufe des Länderfinanzausgleichs angesehen werden. Durch die Einbeziehung der ostdeutschen Länder in den bundesstaatlichen Finanzausgleich seit 1995 kommt der Umsatzsteuerverteilung eine weitaus größere Bedeutung zu als in der Vergangenheit. Das Volumen der Ergänzungsanteile zur Heranführung der Länder an 92 v. H. der länderdurchschnittlichen Einnahmen belief sich im Jahr 2002 auf rd. 10,4 Mrd. EUR. Mit rd. 9,7 Mrd. EUR entfiel der überwiegende Teil davon auf die ostdeutschen Länder.

2.4.2 Länderfinanzausgleich (horizontaler Finanzausgleich)

Aufgabe und Zielsetzung

Der Länderfinanzausgleich hat das Ziel, die unterschiedliche Finanzkraft der Länder angemessen auszugleichen. Er vollzieht sich in Form von Zahlungen der ausgleichspflichtigen Länder an die ausgleichsberechtigten Länder. Zur Ermittlung der Ansprüche und Verpflichtungen im Länderfinanzausgleich werden die Steuereinnahmen der einzelnen Länder unter Berücksichtigung weiterer Abgaben und Lasten sowie eines Teils der Gemeindesteuern (Finanzkraftmesszahl) mit der länderdurchschnittlichen Finanzkraft (Ausgleichsmesszahl) verglichen. Ein Land mit überdurchschnittlicher Finanzkraft ist ausgleichspflichtig, ein Land mit unterdurchschnittlicher Finanzkraft ist ausgleichsberechtigt.

Ermittlung der Finanzkraftmesszahl

Einbezogen in die Ermittlung der Finanzkraft der Länder werden fast alle Steuereinnahmen der Länder sowie die bergbaurechtliche Förderabgabe und das Gemeindesteueraufkommen, letzteres allerdings zur Hälfte und – vereinfacht ausgedrückt – mit normierten Hebesätzen bei den Realsteuern.

Zur Abgeltung von Sonderbelastungen, die sich aus der Unterhaltung und Erneuerung der Seehäfen ergeben, werden bei vier Ländern Beträge von insgesamt rd. 153 Mio. EUR, darunter Hamburg mit knapp 73 Mio. EUR, von den Steuereinnahmen abgesetzt.

Ermittlung der Ausgleichsmesszahl

Die Ausgleichsmesszahl wird (getrennt für Länder- und Gemeindesteuern) ermittelt, indem

die länderdurchschnittlichen Steuereinnahmen je Einwohner mit der Einwohnerzahl des jeweiligen Landes multipliziert werden. Um dem im Vergleich zu Flächenländern höheren Finanzbedarf der Stadtstaaten Rechnung zu tragen, wird die Einwohnerzahl von Berlin, Bremen und Hamburg bei der Ermittlung der durchschnittlichen Ländersteuern mit 135 v. H. gewertet. Hinsichtlich der Gemeindesteuern wird eine nach der Einwohnerzahl und Siedlungsdichte abgestufte Einwohnerwertung berücksichtigt, um den steigenden Finanzbedarf der Gemeinden bei wachsender Größe und Bevölkerungsdichte Rechnung zu tragen.

Berechnung der Ausgleichszuweisungen und -beiträge

Die Ausgleichspflicht oder -berechtigung eines Landes ergibt sich aus der Differenz zwischen Finanzkraftmesszahl und Ausgleichsmesszahl. Die Fehlbeträge werden bis 92 v. H. der Ausgleichsmesszahl in voller Höhe, von 92 bis 100 v. H. der Ausgleichsmesszahl zu 37,5 v. H. ausgeglichen.

Die Ausgleichsbeiträge der finanzstarken Länder bemessen sich nach einem gestaffelten Abschöpfsystem. Dabei wird die Finanzkraft zwischen 100 v. H. und 101 v. H. zu 15 v. H., zwischen 101 v. H. und 110 v. H. zu 66 v. H. und über 110 v. H. zu 80 v. H. zum Ausgleich herangezogen. Die so ermittelten Beträge werden mit dem Vomhundertsatz zur Aufbringung der Ausgleichszuweisungen herangezogen, der erforderlich ist, damit die Summe der Ausgleichsbeiträge mit der Summe der Ausgleichszuweisungen übereinstimmt.

Der Länderfinanzausgleich wird danach durch drei Garantieklauseln abgeschlossen, die jedem Land ein bestimmtes Niveau an Ländersteuereinnahmen gewähren, eine Überbelastung vermeiden und die Einhaltung der Finanzkraftreihenfolge unter den ausgleichspflichtigen Ländern sicherstellen sollen. Die Wirkung dieser Garantieklauseln stellt sich, gemessen am Gesamtvolumen des Länderfinanzausgleichs, als gering dar; gleichwohl konnte Hamburg hiervon in der Vergangenheit wiederholt in zweistelliger Millionenhöhe Besserstellungen erfahren.

2.4.3 Bundesergänzungszuweisungen (vertikaler Finanzausgleich)

Aufgabe und Zielsetzung

Als letztes Element der Steuerverteilung und des Finanzausgleichs kann der Bund leistungsschwachen Ländern Zuweisungen zur Deckung ihres allgemeinen Finanzbedarfs (Ergänzungszuweisungen) gewähren. Im Rahmen der Neuordnung des Finanzausgleichs im Jahre 1993 (Solidarpakt I) wurde das Volumen der Bundesergänzungszuweisungen erheblich ausgeweitet. 2002 betrug das Gesamtvolumen rd. 15,8 Mrd. EUR gegenüber etwa 2,2 Mrd. EUR im Jahr 1993 und 3,7 Mrd. EUR im Jahr 1994. Die Bundesergänzungszuweisungen unterscheiden sich als allgemeine und als Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen.

Hamburg erhält als nicht leistungsschwaches Land keine Bundesergänzungszuweisungen.

2.4.3.1 Allgemeine Bundesergänzungszuweisungen

Zur ergänzenden Deckung ihres allgemeinen Finanzbedarfs werden leistungsschwachen Länder Zuweisungen in Form von finanzkraftbezogenen *Fehlbetrags-Bundesergänzungszuweisungen* gewährt, indem die nach Durchführung des Länderfinanzausgleiches verbleibenden Fehlbeträge zu 90 v. H. durch den Bund ausgeglichen werden. Das Volumen betrug im Jahr 2002 etwa 3,2 Mrd. EUR.

2.4.3.2 Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen

Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen wegen überdurchschnittlich hoher Kosten politischer Führung und der zentralen Verwaltung

Neun kleine leistungsschwache Länder erhalten wegen ihrer überproportionalen Kostenbelastung bei der politischen Führung und der zentralen Verwaltung Zuweisungen von insgesamt rd. 786 Mio. EUR jährlich.

Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen zum Abbau teilungsbedingter Sonderbelastungen sowie zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft

Diese Bundesergänzungszuweisungen mit einem jährlichen Volumen von rd. 10,5 Mrd. EUR (einschließlich der Mittel des ab 2002 aufgehobenen Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost) sind mit ein zentrales Element der Finanzierung der sechs ostdeutschen Länder.

Übergangs-Bundesergänzungszuweisungen zum Ausgleich überproportionaler Belastungen

Empfänger dieser degressiv ausgestalteten Zuweisungen sind fünf finanzschwache westdeutsche Länder, die durch den Einbezug der ostdeutschen Länder ab 1995 in den Länderfinanzausgleich besonders stark belastet wurden. Das Gesamtvolumen belief sich im Jahr 2002 auf rd. 206 Mio. EUR und verringert sich im Jahr 2003 auf etwa 138 Mio. EUR.

Sonder-Bundesergänzungszuweisungen zum Zwecke der Haushaltssanierung

Ab 1994 wurde den Ländern Bremen und Saarland, die verfassungsgerichtlich das Vorliegen einer extremen Haushaltsnotlage anerkannt bekommen hatten, Sanierungszuweisungen bis 1998 in Höhe von jährlich 1,7 Mrd. EUR gezahlt, zusammen also rd. 8,7 Mrd. EUR. Anfang 1999 wurden letztmalig weitere Mittel in Höhe von zusammen 6,5 Mrd. EUR bis zum Jahre 2004 gewährt. Die Sanierungszuweisungen von 1994 bis 2004 haben somit ein Gesamtvolumen von rd. 15,2 Mrd. EUR.

Übersicht 3 Bundesstaatlicher Finanzausgleich nach Artikel 107 des Grundgesetzes im Jahr 2002

Steuerverteilung unter den Ländern		
Prinzip des örtlichen Aufkommens		
Steuerzerlegung		– brutto –
– Lohnsteuer	nach dem Wohnsitzprinzip	± 7,3 Mrd. EUR (Hamburg –2,4 Mrd. EUR)
– Körperschaftsteuer	nach dem Betriebsstättenprinzip	± 3,5 Mrd. EUR (Hamburg – 0,6 Mrd. EUR)
– Zinsabschlag	nach Vomhundertsätzen entsprechend des auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer angerechneten Zinsabschlags	± 2,3 Mrd. EUR (Hamburg + 0,1 Mrd. EUR)
Verteilung der Umsatzsteuer (USt) unter den Ländern	mindestens 75 v. H. nach der Einwohnerzahl	53,9 Mrd. EUR (Hamburg 1,1 Mrd. EUR)
	steuerkraftbezogen höchstens 25 v. H. als Ergänzungsanteile	10,4 Mrd. EUR
Länderfinanzausgleich (LFA)		
Beiträge von ausgleichspflichtigen Ländern →	± 7,4 Mrd. EUR (Hamburg – 0,2 Mrd. EUR)	→ Zuweisungen an ausgleichsberechtigte Länder
Bundesergänzungszuweisungen (BEZ)		
Fehlbetrags-BEZ	finanzkraftbezogen an leistungsschwache Länder	3,2 Mrd. EUR
Sonderbedarfs-BEZ		
– Kosten politischer Führung und der zentralen Verwaltung	an neun leistungsschwache kleine Länder	0,8 Mrd. EUR
– Abbau teilungsbedingter Sonderbelastungen sowie zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft	an die sechs leistungsschwachen ostdeutschen Länder	10,5 Mrd. EUR
– Übergangs-BEZ	an fünf leistungsschwache westdeutsche Länder	0,2 Mrd. EUR
– Sanierungs-BEZ	an Bremen und Saarland	1,0 Mrd. EUR

2.4.4 Die Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs ab 2005 durch den Solidarpakt II von 2001

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 11. November 1999 war der Gesetzgeber u. a. gefordert, die verfassungsrechtlichen Verteilungs- und Ausgleichsprinzipien der Artikel 106 und 107 des Grundgesetzes in einem neu zu schaffenden Maßstäbegesetz durch allgemeine, abstrakte, langfristig gültige Maßstäbe zu konkretisieren und im Anschluss daran

in einer Neufassung des Finanzausgleichsgesetzes für den Zeitraum ab 2005 die detaillierten Verteilungs- und Ausgleichsfolgen zu regeln.

Der Gesetzgeber ist den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts nachgekommen: das Maßstäbegesetz ist im Juli 2001, die Neufassung des Finanzausgleichsgesetzes als Bestandteil des Solidarpaktfortführungsgesetzes im Dezember 2001 verabschiedet worden.

Im Vergleich zum geltenden Recht sind ab dem Jahr 2005 folgende Veränderungen im bundesstaatlichen Finanzausgleich vorgesehen, dessen Geltung bis zum Jahr 2019 festgeschrieben wurde:

Verteilung der Umsatzsteuer zwischen Bund und Ländern

Vom Aufkommen der Umsatzsteuer erhält der Bund wie zuvor 5,63 v. H. für Zwecke der Rentenversicherung. Vom verbleibenden Aufkommen entfallen weiterhin 2,2 v. H. auf die Gemeinden. Das danach restliche Aufkommen verteilt sich zwischen Bund und Ländern – unter den gegebenen Einnahmen- und Ausgabenverhältnissen – im Verhältnis von 49,6 v. H. zu 50,4 v. H. Zusätzlich erhält der Bund von den Ländern einen jährlichen Festbetrag an der Umsatzsteuer von rd. 1,3 Mrd. EUR.

Verteilung der Umsatzsteuer unter den Ländern

Die Neuregelung sieht bei den Ergänzungsanteilen eine Auffüllung der Minderbeträge in der ersten Stufe bis 97 v. H. des Länderdurchschnitts zu 95 v. H. und in der zweiten Stufe zwischen 97 und 100 v. H. des Länderdurchschnitts zu 95 v. H. bis 60 v. H. vor, d. h. künftig erhalten alle Länder mit unterdurchschnittlichen Steuereinnahmen Ergänzungsanteile.

Länderfinanzausgleich

Kernelemente des neuen Länderfinanzausgleichs sind:

- Die kommunale Finanzkraft wird mit einem Anteil von 64 v. H. (bisher 50 v. H.) einbezogen.
- Die bisherige Einwohnerwertung für Stadtstaaten in Höhe von 135 v. H. wird beibehalten.
- Es wird eine kommunale Einwohnerwertung für drei dünnbesiedelte Länder (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt) eingeführt.
- Die Tarifgestaltung wird erneuert. Fehlbeträge werden in der ersten Stufe bis 80 v. H. des Länderdurchschnitts zu 75 v. H., in der zweiten Stufe von 80 bis 93 v. H. des Länderdurchschnitts zu 75 bis 70 v. H. und in der dritten Stufe von 93 bis 100 v. H. des Länderdurchschnitts zu 70 bis 44 v. H. ausgeglichen.
- Die Ausgleichsbeiträge der finanzstarken Länder werden in der ersten Stufe von 100 v. H. bis 107 v. H. des Länderdurchschnitts zu 44 v. H. bis 70 v. H., in der zweiten Stufe von 107 v. H. bis 120 v. H. des Länderdurchschnitts zu 70 v. H. bis 75 v. H. und in der dritten Stufe über 120 v. H. des Länderdurchschnitts zu 75 v. H. abgeschöpft, wobei der Mechanismus zum Ausgleich der Summen der Ausgleichszuweisungen und der Ausgleichsbeiträge unverändert bleibt. Die bisherigen Garantieklauseln entfallen. Neu wird die durchschnittliche Abschöpfung für jedes Geberland auf 72,5 v. H. gedeckelt. Etwaige Ausfälle werden von den Geber- und Nehmerländern jeweils zur Hälfte getragen, und zwar unter Berücksichtigung der Reihenfolge ihrer Finanzkraft.
- Gegenüber dem Vorjahr überdurchschnittliche Steuermehreinnahmen bzw. unterdurchschnittliche Steuermindereinnahmen aus Einkommen- und Körperschaftssteuer sowie den Landessteuern je Einwohner werden zu 12 v. H. ausgleichsfrei gestellt („Prämienmodell“).
- Fünf Ländern, darunter Hamburg, werden außerhalb des Länderfinanzausgleichs Finanzhilfen nach Artikel 104 Abs. 4 a des Grundgesetzes für Hafenlasten in Höhe von rd. 38 Mio. EUR jährlich gewährt. Auf Hamburg entfallen von diesem Betrag knapp 21 Mio. EUR.

Bundesergänzungszuweisungen

- Durch Fehlbetrags-Bundesergänzungszuweisungen werden 77,5 v. H. der nach Durchführung des Länderfinanzausgleichs verbleibenden Fehlbeträge an 99,5 v. H. der länderdurchschnittlichen Finanzkraft ausgeglichen.
- Für die Kosten politischer Führung werden vorerst für zehn Länder Bundesergänzungszuweisungen in Höhe von rd. 517 Mio. EUR jährlich gewährt.
- Der Bund stellt den ostdeutschen Ländern zum Abbau teilungsbedingter Sonderlasten (Infrastrukturlücke, unterproportionale kommunale Finanzkraft) für weitere 15 Jahre insgesamt rd. 105,3 Mrd. EUR in degressiver Verteilung auf die einzelnen Jahre zur Verfügung. Die Länder erhalten diese Mittel in Form von Sonderbedarfsergänzungszuweisungen des Bundes zur aufbaugerechten Verfügung und übernehmen die politische Verantwortung für den Erfolg der Mittelverwendung. Gleichzeitig entfällt das Investitionsförderungsgesetz, dessen Mittel ab 2002 als Ergänzungszuweisungen zur Verfügung gestellt werden. Die Regierungschefs der ostdeutschen Länder erklären, dass damit nach einer Generation, d. h. ab 2020, ein teilungsbedingter infrastruktureller Nachholbedarf nicht mehr geltend gemacht wird.

Fonds „Deutsche Einheit“

Ab 2005 ist der Fonds „Deutsche Einheit“ in den Finanzausgleich integriert. Für die Jahre 2005 bis 2019 übernimmt der Bund die Annuitäten. Eine Restschuld in Höhe von bis zu rd. 6,5 Mrd. EUR Ende 2019 übernimmt der Bund vollständig. Wenn der Bund nachweist, dass der Restbetrag auf Grund der tatsächlichen Zinsentwicklung den vereinbarten Betrag übersteigt, erhält er von den westdeutschen Ländern und Berlin (West) einen Ausgleich in Höhe von 53,5 v. H. des übersteigenden Betrages.

2.4.5 Zahlungsströme im Länderfinanzausgleich

Das Volumen des Länderfinanzausgleichs – d.h. das Finanzvolumen, das von den zahlungspflichtigen Ländern an die empfangsberechtigten Länder fließt – betrug für das Jahr 2002 rd. 7,4 Mrd. EUR gegenüber 7,6 Mrd. EUR im Jahr 2001. Zurückzuführen ist der Rückgang u. a. auf die verminderten Steuereinnahmen der Länder und Gemeinden.

Die Finanzkraft Hamburgs war in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen; sie erreichte im Jahr 2000 auch bedingt durch Sondereffekte mit rd. 116 v. H. des Länderdurchschnitts ihren vorläufigen Höhepunkt. Erwartungsgemäß hat sich die Finanzkraft Hamburgs in den Jahren 2001 und 2002 mit rd. 109 v. H. bzw. rd. 106 v. H. wieder stärker dem Länderdurchschnitt angenähert. Diese Entwicklung hat zu einer entsprechenden Entlastung im Länderfinanzausgleich geführt. Für das Ausgleichsjahr 2002 musste Hamburg einen Beitrag in Höhe von rd. 173 Mio. EUR gegenüber rd. 391 Mio. EUR im Vorjahr leisten. Nach dem Ergebnis der Steuerschätzung vom Mai 2003 wird erwartet, dass sich die Finanzkraft Hamburgs im Jahr 2003 in etwa auf dem Vorjahresniveau bewegen wird. Für die Folgejahre wird von steigenden Beiträgen Hamburgs ausgegangen.

2.4.6 Ausblick

Hamburg leistet im Rahmen des Artikel 107 des Grundgesetzes sowohl bei der Steuerzerlegung als auch im Länderfinanzausgleich erhebliche Beiträge. Diese beliefen sich im Jahr 2002 auf rd. – 2,9 Mrd. EUR (brutto saldiert) an Zerlegungsbeträgen – wovon der überwiegende Teil auf die Lohnsteuerzerlegung entfiel – und auf etwa – 173 Mio. EUR im Länderfinanzausgleich.

An dieser Stelle zeigt sich, dass das zentrale Strukturprinzip sämtlicher Ausgleichsmechanismen tendenziell eher zugunsten der Flächenländer wirkt: Die Bezugsgröße des Einwohners setzt sich – nicht nur angesichts der jüngsten Vereinbarungen zur Fortführung des Solidarpakts – im Gegensatz zu wirtschafts- und damit zentralitätsbezogenen Faktoren immer stärker durch. Damit gewinnt die Entwicklung der Einwohnerzahl der Freien und Hansestadt

Hamburg zunehmend an verteilungspolitischem Gewicht.

Künftige Risiken im bundesstaatlichen Finanzausgleich können sich möglicherweise aus der für September 2003 zu erwartenden Klage des Landes Berlin auf Feststellung des Vorliegens einer extremen Haushaltsnotlage vor dem Bundesverfassungsgericht und dessen Entscheidung ergeben.

2.5 Festhalten am nationalen Stabilitätspakt

Im Rahmen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion haben die Mitgliedsländer nach Vorschlag und auf Drängen Deutschlands stabilitätspolitische Pflichten übernommen, die im Protokoll über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit als Bestandteil des EU-Vertrages vom 7.2.1992 festgelegt sind. Danach darf das öffentliche Defizit 3 % und der öffentliche Schuldenstand 60 % des Bruttoinlandsproduktes zu Marktpreisen nicht übersteigen.

Die innerstaatliche Umsetzung dieser sog. Fiskalkriterien nach dem Vertrag von Maastricht („Maastricht-Kriterien“) blieb zwischen Bund und Ländern trotz jahrelanger Verhandlungen umstritten. Auch angesichts der Regelungserfordernisse im Bereich des Länderfinanzausgleichs trat das Thema in den Hintergrund.

Erst nachdem sich die Bundesregierung zur Abwendung eines „blauen Briefes“ wegen drohender Nichteinhaltung des Defizitkriteriums zu einem nahezu ausgeglichenen Haushalt 2004 verpflichtet hatte, konnten mit der Sondersitzung des Finanzplanungsrates am 21.3.2002 bedeutende Fortschritte erzielt werden: einvernehmlich wurde die Notwendigkeit der Umsetzung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes anerkannt und ein Nationaler Stabilitätspakt befürwortet. Zur Sicherstellung der Einhaltung der deutschen Verpflichtungen aus dem europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt waren sich die Mitglieder des Finanzplanungsrates einig, dass bei der Gestaltung künftiger Haushalte für die Jahre 2003 und 2004 der Bund seine Ausgaben im Vergleich zu 2002 um durchschnittlich ½ % pro Jahr vermindern wird und Länder und Gemeinden ihr jährliches Ausgabenwachstum auf jeweils 1 % im Jahresdurchschnitt begrenzen werden.

Auf Betreiben der Länder wurde § 51 a in das Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) eingefügt, wonach Bund und Länder eine Rückführung der Nettoneuverschuldung mit dem Ziel ausgeglichener Haushalte anstreben und der Finanzplanungsrat die Vereinbarkeit der Haushaltsentwicklung mit den Stabilitätskriterien erörtert. Diese Regelung gilt seit 1.7.2002.

Damit ist für die innerstaatliche Umsetzung der Stabilitätskriterien ein institutioneller Rahmen geschaffen, in dem Bund, Länder und Gemeinden künftig ihre Haushaltspolitik aufeinander abstimmen und einer gemeinsamen Empfehlungspraxis unterwerfen können. Für diese in der nächsten Zukunft auszugestaltende Praxis ist von Bedeutung, dass sich – wenngleich befristet bis 2005 – Bund und Länder erstmals auf eine Aufteilung des zulässigen öffentlichen Defizits im Verhältnis 45:55 (Bund einschl. Sozialversicherungsträger : Länder) geeinigt haben. Damit ist auf Länderseite ein erster quantitativer Rahmen auch für entsprechende Aufteilungen der Defizite der Länder untereinander gegeben.

Gegenüber der Sondersitzung des Finanzplanungsrates vom März vergangenen Jahres hat sich die Situation der öffentlichen Haushalte nochmals drastisch verschlechtert. Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich in der schwersten Finanzkrise ihrer Geschichte. Nachdem Deutschland bereits im vergangenen Jahr das 3%-Defizitlimit des Maastricht-Vertrages überschritten hat, wird dies aller Voraussicht nach auch im Jahr 2003 der Fall sein.

Der Finanzplanungsrat hat am 2.7.2003 bekräftigt, dass Bund, Länder und Gemeinden sich weiterhin zum Stabilitätspakt bekennen. Sie wollen im Jahr 2004 das 3%-Kriterium einhalten und die bisher gemeinsam gefassten Beschlüsse im Rahmen des § 51a HGrG zur Erreichung ausgeglichener Haushalte in kurzer Zeit erfüllen.

Vor diesem Hintergrund haben die Länderfinanzminister darauf hingewiesen, dass die Länder und Gemeinden ihrer Verpflichtung zur Begrenzung des Ausgabenzuwachses nachgekommen sind. Der Vorsitzende der Finanzministerkonferenz gab dazu in der Sitzung des

Finanzplanungsrates am 2. Juli 2003 folgende Erklärung ab:

„In der Sitzung des Finanzplanungsrates am 27. November 2002 war vereinbart worden, dass die Länder in der heutigen Sitzung ihre Beiträge zur Erreichung des Zieles eines ausgeglichenen Staatshaushalts 2006 und ihre Strategien zur Erreichung ausgeglichener Landeshaushalte darlegen. Die Länder haben mich gebeten, hierzu für die Ländergesamtheit wie folgt zu berichten:

- Die Länder stellen fest, dass sie ihrer Verantwortung zur Einhaltung der Defizithöchstgrenze des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes bisher nachgekommen sind. Ausgehend von der einvernehmlich im Finanzplanungsrat am 21. März 2002 vereinbarten Verteilung des zulässigen Defizits im Verhältnis von 45 : 55 zwischen Bund (einschließlich Sozialversicherungsträger) einerseits und Ländern (einschließlich Gemeinden) andererseits hat die Länderebene im Jahre 2002 ein anteiliges Defizit in Höhe von weniger als 3 v.H. erreicht und war damit an der Überschreitung des Referenzwertes um 0,6 v.H.-Punkte nicht beteiligt.
- Die Länder bekräftigen ihre Verantwortung, die Bestimmungen des Maastricht-Vertrages und des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes auch künftig einzuhalten. Sie werden die im Finanzplanungsrat gegebene Zusage einhalten, das Ausgabenwachstum der Länderhaushalte 2003 und 2004 im Jahresdurchschnitt auf insgesamt 1 v.H. zu begrenzen. Sie werden die Politik einer strengen und konsequenten Begrenzung der Ausgaben auch in den Folgejahren fortsetzen. Nach der neuesten Länderumfrage und der darauf basierenden Status quo-Projektion der ZDL wird danach auch im gesamten Finanzplanungszeitraum bis 2007 eine Begrenzung des Ausgabenzuwachses der Ländergesamtheit auf durchschnittlich 1 v.H. erreicht. Dabei können sich für die einzelnen Jahre Abweichungen von diesem Durchschnittswert ergeben. Ebenso wird es Differenzierungen zwischen den einzelnen Ländern geben; die einzelnen Länder werden je nach ihrer haushaltswirtschaftlichen Situation und den finanzpolitischen Erfordernissen die Durchschnittsrate der Ländergesamtheit teils über-, teils aber auch unterschreiten.
- Der dargestellten strikten Ausgabebegrenzung zum Trotz ist das Defizit der Länder – bei durchaus vorhandenen Konsolidierungserfolgen der Länder – insgesamt immer noch zu hoch. So wie ein (nahezu) ausgeglichener Staatshaushalt im Jahre 2006 inzwischen nicht mehr erreichbar ist, wird - jedenfalls unter Status quo-Bedingungen - ein Ausgleich der Länderhaushalte insgesamt mittelfristig nicht realisierbar sein. Wegen ihrer vergleichsweise ungünstigen Haushaltsstruktur fällt den Ländern der Abbau ihrer Finanzierungsdefizite schwerer als dem Bund. Aus heutiger Sicht könnten die Defizite der Ländergesamtheit unter Status quo-Bedingungen – ausgehend von einem Ist-Betrag von knapp 30 Mrd. € im Jahre 2002 – bis zum Jahre 2007 auf einen Betrag von rd. 17 Mrd. € zurückgeführt werden. Ein schnellerer Abbau setzt – beim Bund wie bei den Ländern – besondere Anstrengungen und tiefe Einschnitte voraus, die vor allem bei den konsumtiven Staatsausgaben und den Subventionen vorzunehmen sind. Diese Maßnahmen übersteigen die Möglichkeiten der einzelnen Länder. Sie können nur gemeinsam von Bund und Ländern in Angriff genommen werden. Dabei ist am Solidarpakt II festzuhalten.
- Als zentrales Problem der Länderhaushalte wie der öffentlichen Haushalte insgesamt treten immer mehr die durch das Zusammentreffen ungünstiger struktureller wie konjunktureller Faktoren geprägte gesamtwirtschaftliche Wachstumsschwäche und die in deren Gefolge auftretenden Steuerausfälle hervor. Die entscheidende Voraussetzung für einen nachhaltigen Abbau der öffentlichen Defizite besteht daher in einer Wiedergewinnung wirtschaftlicher Dynamik. Der Schlüssel hierzu liegt bei der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Deren Aufgabe ist es, insbesondere durch eine tiefgreifende Reform der sozialen Sicherungssysteme sowie des Arbeitsmarktes Wettbewerb und Flexibilität zu fördern, Effizienzreserven zu mobilisieren, Lohnnebenkosten zu senken und auf diese Weise unverzichtbare Grundlagen für nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum und - in dessen Gefolge - für eine Belebung des Wachstums der Steuereinnahmen zu legen. Die Konsolidierungsanstrengungen der Länder wie der öffentlichen Haushalte insgesamt würden konterkariert, wenn die von der Bundesregierung projizierten gesamtwirtschaftlichen Wachstumsziele

erneut verfehlt würden. Insofern steht die Einhaltung der 3 v.H.-Grenze für das anteilige Defizit der Länderebene im Jahre 2003 ebenso unter Vorbehalt wie der von den Ländern angestrebte kräftige Abbau in den Folgejahren."

2.6 Ausblick: Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung

Die Regierungschefs von Bund und Ländern haben am 20.12.2001 die Überprüfung der bundesstaatlichen Ordnung im Hinblick auf die Zweckmäßigkeit und Effizienz der Aufgabenerfüllung und die Zuordnung der politischen Verantwortlichkeiten beschlossen.

Unter dem Vorsitz des Ersten Bürgermeisters der Freien und Hansestadt Hamburg hat die Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder am 27. März 2003 „Leitlinien" verabschiedet und die direkten Gespräche mit dem Bund über eine „Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung" eröffnet. In dem die Finanzen betreffenden Abschnitt haben sich die Länder auf eine Reihe von gemeinsamen Verhandlungszielen verständigen können. Hervorzuheben sind unter finanziellen Aspekten folgende Punkte:

- Die Mischfinanzierungstatbestände sollen deutlich reduziert werden. Dabei müssen Volumen und Proportionen der Finanzausstattung der Länder langfristig erhalten bleiben.
- Die Gemeinschaftsaufgabe Aus- und Neubau von Hochschulen und Hochschulkliniken soll abgeschafft werden. Dagegen soll die Verbesserung des Küstenschutzes auch künftig als Mischfinanzierung fortgeführt werden.
- Die Gemeinschaftsaufgabe Bildungsplanung soll – unter Beibehaltung einer Koordinierung unter den Ländern – künftig entfallen.
- Die Forschungsförderung soll auch in Zukunft als Mischfinanzierung fortgeführt werden.

In der hamburgischen Landesvertretung in Berlin haben sich am 26. Juni 2003 die Ministerpräsidenten und der Bundeskanzler mit dem Thema Föderalismusreform befasst und weitreichende Vereinbarungen getroffen:

Übersicht 4 Ministerpräsidentenkonferenz am 26. Juni 2003 zur Föderalismusreform

Einig waren sich Bund und Länder darin, dass **Zuständigkeiten, Aufgaben und Finanzverantwortlichkeiten** klarer als bisher getrennt und verteilt werden müssen. Beide Seiten betonten, dass die politischen Entscheidungsverfahren entflochten und vereinfacht werden müssten. Vor allem sollen die Gesetzgebungsbefugnisse der Länder dort gestärkt werden, wo die Länder mehr Gestaltungsrechte als bisher benötigen, etwa bei regionalen Fragen. Bestimmte Gesetzgebungsbereiche sollen deshalb aus der Zuständigkeit des Bundes an die Länder übertragen werden. Außerdem sollen die Länder durch verfassungsrechtliche Zugriffsrechte und Öffnungsklauseln die Möglichkeit bekommen, von vorhandenen Regelungen des Bundesrechts durch Landesgesetze abzuweichen.

Bund und Länder waren sich einig, die **Rahmengesetzgebung** aufzulösen. Nach übereinstimmender Ansicht hat sich die Verflechtung zwischen bundesrechtlichen Rahmenregelungen und ausfüllendem Landesrecht nicht bewährt. Was bisher in den Bereich der Rahmengesetzgebung gefallen ist, wird stattdessen jetzt der Bundesgesetzgebung zugewiesen. Die Landesgesetzgebung soll verfassungsrechtliche Zugriffsrechte erhalten. Gesetzgebungsverfahren sollen deutlich vereinfacht und beschleunigt werden. Dieser Schritt wurde auch gerade deshalb für sinnvoll erachtet, weil Rahmenregelungen heute vor allem auf europäischer Ebene getroffen werden. Auf diese Weise soll die Umsetzung von Europarecht erleichtert werden.

Außerdem soll die **Zahl der zustimmungspflichtigen Bundesgesetze** verringert werden. Allerdings werden gerade die Gesetze, die für die Länder mit besonderen Belastungen verbunden sind, etwa was Kosten oder Infrastruktur angeht, weiterhin zustimmungspflichtig bleiben.

Im Bereich der **Mischfinanzierungen** soll die Eigenständigkeit der Länder gestärkt werden. Mischfinanzierungen sollen überprüft und verringert werden.

Der Bundeskanzler und die Regierungschefs der Länder beabsichtigen, mit dem Bundestag das Vorgehen abzustimmen und begrüßen, dass der Bundestag die Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung eingehend beraten will.

Hinsichtlich des Finanzausgleichs haben sich Bund und Länder im Rahmen des Solidarpaktes II für den Zeitraum bis einschließlich 2019 festgelegt. Prägendes Motiv des Finanzausgleichs wird in diesem Zeitraum die Unterstützung der ostdeutschen Länder bleiben, die weiterhin die maßgeblichen Transfervolumina beanspruchen (im Jahr 2002: Umsatzsteuerergänzungsanteile 9,7 Mrd. EUR, Länderfinanzausgleich 5,8 Mrd. EUR, Bundesergänzungszuweisungen 12,8 Mrd. EUR).

2.7 Reform der Gemeindefinanzen

2.7.1 Kommission, Arbeitsgruppen und Arbeitskreise

Am 27.3.2002 wurde die Einsetzung einer Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen beschlossen. Der Kommission gehören Vertreter des Bundes, der Länder, der kommunalen Spitzenverbände, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Gewerkschaften an. Der Vorsitz liegt bei den Bundesministern der Finanzen und für Wirtschaft und Arbeit .

Die Kommission hatte den Auftrag, sich mit den strukturellen Problemen des kommunalen Finanzsystems auf der Einnahmen- und Ausgabenseite zu befassen. Bis Mitte 2003 sollten auf der Basis einer Bestandsaufnahme konkrete Lösungsvorschläge zu den Problemen des kommunalen Finanzsystems erarbeitet und bewertet werden. Dabei hatte die Kommission auf die Vermeidung von Aufkommens- bzw. Lastenverschiebungen zwischen dem Bund auf der einen und den Ländern und Kommunen auf der anderen Seite zu achten. Im Mittelpunkt der Kommissionsarbeit standen die Zukunft der Gewerbesteuer und die finanziellen Folgen einer effizienteren Gestaltung der unterschiedlichen sozialen Transfersysteme Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für die Gebietskörperschaften.

Für die beiden „Säulen“ wurden jeweils eine Arbeitsgruppe „Kommunalsteuern“ (Mitglied für Hamburg der Staatsrat der Finanzbehörde) und eine Arbeitsgruppe „Arbeitslosenhilfe/Sozialhilfe“ gebildet.

2.7.2 Kommunalsteuern

Im Mittelpunkt der Arbeitsgruppe „Kommunalsteuern“ steht die Zukunft der Gewerbesteuer. Die Arbeitsgruppe hat den Auftrag, eine Bestandsaufnahme zur Gewerbesteuer vorzunehmen und der Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen konkrete Lösungsvorschläge zu unterbreiten und zu bewerten. Diese Aufgabenstellung schließt die Behandlung weiterer Themen des Gemeindesteuersystems einschließlich anderer Gemeindesteuern – insbesondere der Grundsteuer – ein.

Die Arbeitsgruppe hat für spezielle Bereiche den Arbeitskreis (AK) „Quantifizierung“ (Mitglied für Hamburg der Amtsleiter Steuerverwaltung) und den Arbeitskreis „Administrierbarkeit“ (Vorsitz: Finanzbehörde Hamburg, Amtsleiter der Steuerverwaltung) gebildet. Der Arbeitskreis „Quantifizierung“ (unter Mitwirkung des Unterarbeitskreises „Regionalisierung“) hat die Auswirkungen der in Frage kommenden Modelle auf die

- öffentlichen Haushalte (fiskalische Effekte) einschließlich der Auswirkungen auf unterschiedliche Gemeindetypen,
- Steuerpflichtigen (insbesondere Be- und Entlastungen, Verteilungswirkungen) beziffert.

Der Arbeitskreis „Administrierbarkeit“ hat die Auswirkungen einer Systemumstellung im kommunalen Besteuerungsverfahren auf die Verwaltung der Länder und der Kommunen

untersucht.

Die abschließenden Gesamtergebnisse der Arbeitsgruppe „Kommunalsteuern“ ergeben sich aus ihrem Bericht vom 20. Juni 2003. Auf der Grundlage des damit vorliegenden Datenmaterials sowie der Ergebnisse des Arbeitskreises „Administrierbarkeit“ zu den Auswirkungen einer eventuellen Systemumstellung auf die Verwaltung der Länder und Kommunen wird die Bundesregierung nunmehr im Sommer 2003 einen Gesetzentwurf vorlegen.

Die Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen konnte sich nicht auf ein gemeinsames Modell für die Reform der Kommunalsteuern verständigen und hat deshalb in der abschließenden Sitzung am 3. Juli 2003 folgende Eckpunkte verabredet:

- Durchgreifende Reform der Gemeindefinanzen zum 1.1.2004 mit dem Ziel der Verstetigung der kommunalen Steuereinnahmen
- Auf der Einnahmeseite eine modernisierte Gewerbesteuer mit Verbreiterung der Bemessungsgrundlage
- Arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger und Arbeitslosenhilfeempfänger werden in Verantwortung der Bundesanstalt für Arbeit im Zusammenwirken mit den Kommunen durch ein Arbeitslosengeld II unterstützt
- Entlastungswirkungen für die Kommunen werden im Gesetzgebungsverfahren geklärt
- Es wird von einer großen Zahl der Mitglieder der Kommission ein Sofortprogramm gefordert, wie es die CDU/CSU geführten Länder im Bundesrat eingebracht haben, weil eine Reform der Gewerbesteuer im Jahr 2004 nicht finanzwirksam werden kann.

Die Mitglieder der Kommission sollen im Verlauf des Gesetzgebungsverfahren eingebunden bleiben. Der AK Quantifizierung soll für weitere Berechnungen herangezogen werden.

Der Kommission lagen zwei sich unvereinbar gegenüber stehende Modelle zur abschließenden Beratung am 3.7.2003 vor: Das Zuschlagsmodell des Bundesverbandes der Industrie (BDI) und des Verbandes der chemischen Industrie (VCI) einerseits und das Modell der kommunalen Spitzenverbände.

2.7.2.1 Das BDI/VCI-Zuschlagsmodell

Der Vorschlag des BDI/VCI sieht vor, die Gewerbesteuer und den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer abzuschaffen. Im Gegenzug sollen die Gemeinden ein Zuschlagsrecht bei der Einkommen- und der Körperschaftsteuer erhalten. Um die tarifliche Gesamtsteuerbelastung in etwa der gegenwärtigen Höhe zu halten, sollen zudem der Basis-Einkommensteuersatz gesenkt und der Körperschaftsteuersatz erhöht werden.

Der kommunalen Einkommen- und Gewinnsteuer sollen alle juristischen und natürlichen Personen mit sämtlichen Einkünften unterliegen. Zuschlagsberechtigte Gemeinde ist grundsätzlich die Wohnsitzgemeinde des Steuerpflichtigen. Nur für die ersten drei Einkunftsarten des Einkommensteuergesetzes, das sind die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, die Einkünfte aus Gewerbebetrieb und die Einkünfte aus selbständiger Arbeit, ist diejenige Gemeinde zuschlagsberechtigt, in der die Betriebsstätte des Unternehmens belegen ist (sog. Betriebsstättengemeinde). Sofern das Unternehmen mehrere Betriebsstätten unterhält, wird das Unternehmensergebnis auf die beteiligten Gemeinden zerlegt.

2.7.2.2 Das Kommunalmodell

Das Modell der kommunalen Spitzenverbände konzentriert sich auf einen Vorschlag zur Reform der Gewerbesteuer.

Das Modell knüpft an die bestehende Gewerbesteuer an und erweitert die steuerliche Bemessungsgrundlage in subjektiver und objektiver Hinsicht.

Die Erweiterung in subjektiver Hinsicht erfolgt durch die Einbeziehung der Freiberufler in die Steuerpflicht, mit der Folge, dass auch die Gewerbesteueranrechnung nach § 35 EStG auf diese Gruppe anzuwenden ist. Die Erweiterung in objektiver Hinsicht erfolgt durch eine er-

weiterte Hinzurechnung von gezahlten Zinsen, Mieten/Pachten und Leasingraten. Der hinzuzurechnende Teil entspricht dem in der Zahlung enthaltenen Finanzierungsanteil. Bei den genannten Hinzurechnungen soll ein Freibetrag in Höhe von 25 Tsd. EUR abgezogen werden, damit die Steuerbelastung insbesondere der Existenzgründer und kleineren Unternehmen gemildert wird.

Als kompensatorische Elemente werden die Steuermesszahlen der Gewerbesteuer gesenkt und durch differenzierte Steuermesszahlen für Personen- und Kapitalgesellschaften ersetzt.

2.7.2.3 Bewertung der Modelle

BDI/VCI

Der Vorschlag, die Gewerbesteuer durch einen Zuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer zu ersetzen, widerspricht in vielfacher Hinsicht der Interessenlage der Freien und Hansestadt Hamburg. Gegen den Vorschlag des BDI/VCI sprechen im Wesentlichen folgende Gründe:

1. Das Zuschlagsmodell führte zu einer Verschiebung der Kommunalfinanzierung von den Unternehmen zu den Arbeitnehmern. Der Beitrag der gewerblichen Wirtschaft (Kapitalgesellschaften und Personenunternehmen) zur kommunalen Steuerbasis verminderte sich von derzeit ca. 47 %-Punkten auf ca. 30 %-Punkte; im Gegenzug erhöhte sich der Beitrag der Arbeitnehmer von derzeit ca. 47 %-Punkten auf ca. 64 %-Punkte. Diese Verschiebung, die nicht zu verwechseln ist mit der durchschnittlich gleich bleibenden tarifären Gesamtbelastung der Steuerzahlergruppen, bedeutete für die Kommunen Folgendes:
   - Das Band zwischen Kommune und Wirtschaft würde empfindlich geschwächt. Zum einen wäre der von den Unternehmen zu leistende Kommunalzuschlag kein angemessenes, fühlbares Äquivalent für die Inanspruchnahme kommunaler Leistungen und zum anderen wäre es für die Kommunen wirtschaftlicher, Wohngebiete anstelle von Gewerbegebieten auszuweisen.
   - Das Kernstadt-Umland-Problem würde erheblich verschärft. Kernstädte, die in hohem Maße unternehmens-/gewerbesteuerfinanziert sind, könnten die aus dem sinkenden Steuerbeitrag der Unternehmen resultierenden Einnahmeausfälle nur über entsprechend hohe Zuschlagssätze zur Einkommensteuer kompensieren. Dies aber verstärkte den Abwanderungsdruck in das Umland, die Abwanderung erhöhte den Einnahmeausfall, der Einnahmeausfall verstärkte den Kompensationsdruck. Inzwischen vorliegende Berechnungen zeigen, dass Hamburg zum Erhalt seines Aufkommens einen erheblich höheren Zuschlagssatz benötigen würde, als die Umlandgemeinden. Infolge dieses Problems wäre die Gesamt-Einkommensteuerbelastung der Hamburger Einwohner um ca. 10-14 v.H. höher als die der Einwohner in den Umlandgemeinden.
2. Trotz Abschaffung einer ganzen Steuer führte der Vorschlag des BDI/VCI sowohl für die Verwaltung (Finanzämter) als auch für die Unternehmen und Bürger zu einem höheren Verwaltungsaufwand als die gegenwärtige Gewerbesteuer. Nach dem Bericht des Arbeitskreises „Administrierbarkeit“ vom 16. Juni 2003 wären die Verwaltungsanforderungen insbesondere für die Steuerverwaltung derart tiefgreifend, dass das Modell keinesfalls kurzfristig umgesetzt werden könnte. Anzustreben ist vielmehr eine Vereinfachung des Verwaltungsvollzuges. Die Hamburger Steuerverwaltung ist angesichts des geltenden Steuerrechts bereits an die Grenzen der Belastbarkeit gekommen.

Kommunalmodell

Das Kommunalmodell entspricht wesentlich mehr den Hamburger Interessen. Dafür sprechen folgende Überlegungen:

1. Das kommunale Steueraufkommen würde stabilisiert und verstetigt. In objektiver Hinsicht gelänge dies durch die Stärkung der ertragsunabhängigen Elemente (genauer: durch die stärkere Betonung der die Finanzierungsneutralität der Gewerbesteuer sicherstellenden Elemente) sowie in subjektiver Hinsicht durch die Einbeziehung der Freiberufler.
2. Existenzgründer und der Mittelstand würden durch großzügige Freibetragsregelungen

geschont.

3. Die derzeitigen Gewerbesteuer-Hauptzahler würden bei aufkommensneutraler Ausgestaltung durch eine Senkung der Steuermesszahlen entlastet. Damit führte das Modell im Gegensatz zu dem Vorschlag des BDI/VCI zu einer geringeren tarifären Gesamtsteuerbelastung der Unternehmen als nach gegenwärtigem Recht. Nach unseren Erkenntnissen verringerte bereits eine Messzahlensenkung von gegenwärtig 5 auf 4 vom Hundert die Gesamtbelastung einer Kapitalgesellschaft um ca. 2 %-Punkte von gegenwärtig etwas über 38 %-Punkte auf etwas über 36 %-Punkte. Dies stärkte nicht nur die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen, sondern würde wohl auch trotz der verstärkten Einbeziehung ertragsunabhängiger Elemente durchschnittlich finanzierte Unternehmen eher entlasten.
4. Die finanzierungsneutrale Ausgestaltung der Kommunalsteuer würde den finanzverfassungsrechtlich vorgegebenen Realsteuercharakter stärker betonen (vgl. Art. 106 GG) und das Band zwischen Kommune und Wirtschaft festigen. Die Steuer wäre ein genaueres Äquivalent für die von den Unternehmen in Anspruch genommenen kommunalen Leistungen. Denn die Leistungsinanspruchnahme unterscheidet nicht danach, ob ein Betrieb eigen- oder fremdfinanziert ist. Deshalb ist auch der ertragsteuerliche Gewinn eines Unternehmens für realsteuerliche Zwecke nur ein bedingt tauglicher Parameter. Denn eigenfinanzierte Betriebe erzielen einen um ersparte Fremdfinanzierungszinsen höheren Gewinn als fremdfinanzierte Betriebe und umgekehrt. Die von den Betrieben in Anspruch genommenen gemeindlichen Leistungen unterscheiden sich hingegen nicht. Die Leistungsinanspruchnahme ist insoweit finanzierungs- und gewinnunabhängig.
5. Durch die Anrechnungsmöglichkeit nach § 35 EStG wird die Einbeziehung der Freiberufler für diese weitgehend kompensiert.
6. Das Modell der kommunalen Spitzenverbände bringt gegenüber der bisherigen Gewerbesteuererhebung keine grundsätzlichen Änderungen in der Verwaltung der Gewerbesteuer durch die Finanzämter. Sie beansprucht schon bisher nur einen verhältnismäßig geringen Personalbedarf. Die Einbeziehung der Freien Berufe in den Kreis der gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen wird einerseits die Fallzahlen und damit den Anwendungsbereich des § 35 EStG erhöhen. Anderseits treten durch Wegfall der Notwendigkeit der Abgrenzung der Freien Berufe von den Gewerbetreibenden und der Dauerschulden von den laufenden Verbindlichkeiten Vereinfachungen ein.

2.7.2.4 Leitsätze für die Position der FHH zur Reform der Kommunalsteuern:

Hamburg hat seine Position in folgenden Leitsätzen niedergelegt :

1. Die Vereinbarkeit mit Artikel 28 Abs. 2 Grundgesetz (GG), d.h. die Garantie einer wirtschaftskraftbezogenen Gemeindesteuer mit Hebesatzrecht, muss gewährleistet bleiben. Der Sachzusammenhang beider Elemente ist unabdingbar.
2. Das spezifische, auf Dauer angelegte Interessenband zwischen örtlicher Wirtschaft und Stadt muss gestärkt werden.
3. Der fiskalische Anreiz, Wirtschaftsbetriebe in Hamburg zu halten und neu anzusiedeln, darf nicht zu Gunsten des Faktors eines „Wohnsitz-Einwohners“ geschwächt werden.
4. Die gemeindlichen Steuereinnahmen bedürfen der Verstetigung. Die Zuverlässigkeit der dauerhaften Bereitstellung kommunaler Infrastrukturleistungen muss ihre Entsprechung in der Verlässlichkeit des gemeindlichen Steueraufkommens finden. Dies bedeutet auch die Einbeziehung ertragsunabhängiger Komponenten.
5. Die Konjunkturreagibilität der kommunalen Steuereinnahmen muss vermindert werden, indem sie strukturell gegenüber kurzfristigen konjunkturellen Einflüssen, denen das einzelne Unternehmen ausgesetzt ist, möglichst unempfindlich gestaltet wird.
6. Die Steuerbasis muss hinreichend breit sein, damit einerseits für die einzelne Gemeinde unzuträgliche Abhängigkeiten von einzelnen großen Betrieben vermieden werden können und andererseits eine größere Belastungsgerechtigkeit erzielt werden kann. Insbe-

sondere müssen deshalb steuermindernde Gestaltungsmöglichkeiten – unabhängig der in anderen Gesetzen zu regelnden Tatbestände – wirksam eingeschränkt werden.

7. Die Reform der Kommunalfinanzen darf keinesfalls zu neuerlichen Verwerfungen im Stadt-Umland-Verhältnis führen. Ein weiteres Ausbluten der Kernstädte durch fiskalische Umverteilung zugunsten suburbaner Bereiche ist nicht hinnehmbar. Dies gilt in besonderer Weise für die Stadtstaaten, die gleichzeitig die größten deutschen Metropolen sind, denen kein Korrekturmechanismus in Gestalt eines kommunalen Finanzausgleichs zu Gebote steht. Erforderlich ist vielmehr eine Stärkung der urbanen Wirtschaftsstandorte.
8. Es darf hinsichtlich ihrer Quellen keine Verschiebung der Kommunalfinanzierung von den Unternehmen hin zu den Arbeitnehmern geben. Ferner ist auszuschließen, dass eine große Zahl von Einkommensteuerzahlern im Zuge einer Kommunalsteuerreform steuerliche Mehrbelastungen hinnehmen muss.
9. Die Administrierbarkeit des Gemeindesteuersystems muss ebenso gewährleistet bleiben wie die Informiertheit der Gemeinde über ihre Steuerquellen. Anzustreben ist darüber hinaus eine Vereinfachung des Verwaltungsvollzuges.

2.7.3 Neuordnung der Arbeitslosen-/Sozialhilfe

Die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe ist das weitere zentrale Reformanliegen, das im Rahmen der Gemeindefinanzreform bewältigt werden soll. Vor allem die großen Städte sehen sich mit dem Problem einer steigenden Zahl von sog. Langzeitarbeitslosen konfrontiert, die oft auch als Bedarfsgemeinschaft auf die Unterstützung durch Sozialhilfe angewiesen sind. Bundesweit wird geschätzt, dass von den 2,7 Millionen Sozialhilfeempfängern (in Hamburg gut 110.000) etwa 0,9 bis 1,3 Millionen als erwerbsfähig gelten müssen.

Mit der Zusammenführung der Hilfesysteme im Rahmen einer Bundeszuständigkeit bei der Bundesanstalt für Arbeit verbinden die Städte die Erwartung einer strukturellen Entlastung ihrer Sozialetats und einer erheblich verbesserten Betreuung und Vermittlungsleistung durch eine insoweit reformierte Bundesanstalt. Bundesweit ließe sich für die Gemeinden durch die Zusammenführung eine Entlastung um bis zu rd. 10 Mrd. EUR darstellen, wobei allerdings mögliche Kompensationsansprüche des Bundes noch nicht formuliert sind. Eine mögliche Teilentlastung in Höhe von 1,5 Mrd. EUR wird bundesseitig mit der Forderung nach besseren Kinderbetreuungsmöglichkeiten zu Lasten der Gemeinden belegt.

Nachteilig wäre für Hamburg eine Lösung im Sinne einer „Kommunalisierung“, bei der die Gemeinden zusätzlich die Zuständigkeit für die Arbeitslosenhilfebezieher erhielten. Bei dieser Lösung entfiele nicht nur der Rückhalt der bundesweit organisierten Vermittlungsinstanz in Gestalt der Bundesanstalt. Fraglich wäre zudem auch die dauerhafte und hinreichende finanzielle Kompensation.

Der Senat tritt deshalb für ein einheitliches bundesfinanziertes Leistungsrecht für alle Langzeitarbeitslosen in der Zuständigkeit der Bundesanstalt für Arbeit ein. Die Hamburg hierdurch entstehenden Entlastungen müssen zur Stärkung der Investitionskraft Hamburgs in vollem Umfang erhalten bleiben.

Der wachsende Kreis der Langzeitarbeitslosen erfordert eine Arbeitsmarktpolitik, die im Zusammenhang mit den wirtschaftspolitischen Steuerungsinstrumenten (Transfer-, Geld-, Zins-, Währungs- und Steuerpolitik sowie Lohnnebenkosten) formuliert werden muss und deshalb in die Zuständigkeit des Bundes gehört.

Die Kommunalisierung der Langzeitarbeitslosigkeit würde dagegen

- das von der Hartz-Kommission erklärte Ziel, die Hilfen für alle Arbeitslosen aus einer Hand zu gewähren, Schnittstellen und Verschiebebahnhöfe zu vermeiden, verfehlen. Die Kommunalisierung der Langzeitarbeitslosigkeit würde vielmehr zu Arbeitsämtern erster und zweiter Klasse führen. Die dadurch bedingte Stigmatisierung der Langzeitarbeitslosen in der Zuständigkeit der Kommunen würde ihre Integration in den Arbeitsmarkt zusätzlich erschweren.

- Den Langzeitarbeitslosen stünden die Integrationsmaßnahmen des Sozialgesetzbuches III nicht mehr zur Verfügung. Zur Zeit kommen Arbeitslosenhilfeempfängern noch Leistungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zugute. Ihnen steht noch die überregionale Vermittlung der Bundesanstalt für Arbeit zur Verfügung. Eine Kommunalisierung der Langzeitarbeitslosigkeit würde die Vermittlung im Wesentlichen auf den hamburgischen Wirkungskreis begrenzen.
- Mit der Kommunalisierung der Langzeitarbeitslosigkeit hätten die Kommunen die politische Verantwortung für die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Die notwendigen personellen und organisatorischen Ressourcen hierfür sind nicht vorhanden und würden auch kurz- und mittelfristig nicht bereit gestellt werden können. Die Bereitstellung von – wie gefordert – überwiegend gemeinnützigen zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten würde gleichwohl Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt, insbesondere im Handwerk und Gewerbe, gefährden und zu zusätzlichem Konfliktstoff auf kommunaler Ebene führen.
- Die Erwartung, eine Aufgabenübertragung auf Hamburg ginge mit einer verfassungsrechtlich abgesicherten Finanzierung durch den Bund einher, ist angesichts langjähriger Erfahrung mit Aufgabenverlagerungen seitens des Bundes auf die Kommunen überaus zweifelhaft. Hamburg müsste sowohl das Risiko der Aufgabenverlagerung als auch das steigender Arbeitslosenzahlen tragen.

Die Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen hat sich im Ergebnis gegen die Kommunalisierung und für eine umfassende Bundeszuständigkeit ausgesprochen.

Aus den Zeitplanungen sowohl zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung als auch zur Reform der Gemeindefinanzen ergibt sich, dass Entscheidungen im Herbst 2003 anstehen. Der Senat wird sich zu gegebener Zeit mit den Themen befassen und die Bürgerschaft unterrichten.

3 Vorbelastungen für die finanzpolitischen Handlungsmöglichkeiten

3.1 Vorbelastungen aus Vorjahren: die Entwicklung des Hamburger Haushalts bis 2003

Die finanzpolitischen Handlungsmöglichkeiten sind aufgrund der in Abschnitt 2.2 beschriebenen Entwicklung der Steuereinnahmen und der Entwicklung der vergangenen Jahre sowie der gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten vorbelastet. Der Senat hat dazu bereits im Finanzbericht 2002 (neu) eine umfassende Bestandsaufnahme vorgelegt, die im Finanzbericht 2003 um die Jahre 2001 und 2002 ergänzt wurde. Insoweit wird Bezug genommen.

3.1.1 Fehlbetrag aus dem Haushaltsabschluss 2001

Die problematische Entwicklung des Hamburger Haushalts zeigt sich besonders an den Zahlen für das Jahr 2001:

- Im von der Bürgerschaft im Dezember 2000 beschlossenen Haushaltsplan betrug die Lücke im Betriebshaushalt bereits – 235,5 Mio. EUR.
- Nach der November-Steuerschätzung 2001 musste der Haushaltsplan 2001 aktualisiert werden; er wies nunmehr ein Defizit im Gesamthaushalt von –1.449,9 Mio. EUR auf, davon – 559,9 Mio. EUR im Betriebshaushalt.
- Das Ist-Ergebnis 2001 ergab schließlich weitere Steuermindereinnahmen von rd. 138 Mio. EUR gegenüber dem aktualisierten Haushaltsplan. Das Defizit im Betriebshaushalt betrug im Haushaltsergebnis nunmehr rd. – 708,1 Mio. EUR, das Gesamtdefizit rd. – 1.568,9 Mio. EUR.

Als Differenz zwischen tatsächlich eingegangenen Einnahmen und tatsächlich geleisteten Ausgaben (§ 25 Abs. 1 LHO) schloss das Haushaltsjahr 2001 mit einem Fehlbetrag von rd. 162,9 Mio. EUR ab. Nach § 25 Abs. 3 LHO musste dieser Fehlbetrag spätestens in den Haushalt 2003 eingestellt werden und erhöht damit den aufgrund der Entwicklung der Steuereinnahmen ohnehin bereits beträchtlichen Finanzierungsbedarf 2003.

3.1.2 Abschluss 2002

Auch im Haushaltsjahr 2002 war die Entwicklung durch eine schrittweise Verschlechterung bei den Steuereinnahmen geprägt:

- Im von der Bürgerschaft im April 2002 beschlossenen Haushaltsplan betrug die Lücke im Betriebshaushalt – 226,7 Mio. EUR.
- Nach der Mai-Steuerschätzung 2002 musste der Haushaltsplan aktualisiert werden; dabei musste insbesondere die veranschlagte globale Minderausgabe (sog. Bodensatz) um 50 Mio. EUR korrigiert werden; der Betriebshaushalt wies nun ein Defizit von – 312,9 Mio. EUR auf.
- Die November-Steuerschätzung 2002 erbrachte sowohl für 2002 (– 260 Mio. EUR) als auch für das Jahr 2003 (– 226 Mio. EUR) deutliche Steuermindererwartungen.

Das Ist-Ergebnis 2002 ergab schließlich eine leicht bessere Steuerentwicklung als im November 2002 prognostiziert. Darüber hinaus konnten im Betriebshaushalt unter Berücksichtigung von außer- und überplanmäßig zuwachsenden Einnahmen Minderausgaben erzielt werden. Dennoch stieg das Defizit im Betriebshaushalt gegenüber der ursprünglichen Veranschlagung deutlich auf – 488,6 Mio. EUR. Das Gesamtdefizit beträgt rd. – 1.362,9 Mio. EUR.

Im Gegensatz zu 2001 schließt das Haushaltsjahr 2002 ohne Fehlbetrag und damit ohne

Vorbelastung der folgenden Haushaltsjahre ab.

3.1.3 Neue Steuereinnahmeeinbrüche belasten den Haushalt 2003

Mit dem Haushalt 2003 wurde der Kurs der Konsolidierung und der gleichzeitigen politischen Schwerpunktbildung fortgesetzt. In den politischen Schwerpunktbereichen wurden u.a. durch Schaffung neuer Ganztagsschulen, Ausfinanzierung des Lehrerstellenplans, Erhöhung der Zuschüsse für Privatschulen sowie zusätzliche Ausbildungsklassen für Polizei und Feuerwehr Akzente gesetzt. Die erste Rate von 75 Mio. EUR Entlastungen des Betriebshaushalts wurde vollständig erbracht.

Aufgrund der Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung 2002 sowie der November-Steuerschätzung 2002 musste dennoch – neben dem veranschlagten Fehlbetrag aus dem Jahr 2001 (s.o.) – bereits im beschlossenen Haushaltsplan ein Defizit im Betriebshaushalt von 501,9 Mio. EUR finanziert werden.

Parallel zum Haushaltsplan-Entwurf 2004 legt der Senat der Bürgerschaft eine Unterrichtung nach § 10 Abs. 2 LHO (Drs. 17/3036) über wesentliche Änderungen der Haushaltsentwicklung im Jahr 2003 vor, mit der zwingende Anpassungen des Haushaltsplans vorgenommen werden sollen:

- Verringerung der Einnahmeerwartungen bei den Steuern (– 250 Mio. EUR) aufgrund des Ergebnisses der Mai-Steuerschätzung 2003 (Epl. 9.2),
- Mehrbedarfe bei der Kindertagesbetreuung in Höhe (rd. – 19 Mio. EUR) u.a. durch Abrechnungsrückstände und unabweisbare Kostensteigerungen (Epl. 3.1),
- Mehrbedarfe bei der Bewirtschaftung von Schulen (insgesamt – 6,5 Mio. EUR) aufgrund von Preissteigerungen, v.a. bei der Energie (Epl. 3.1),
- Mehrbedarfe bei der Ausbildungs- und Aufstiegsfortbildungsförderung (insgesamt rd. – 1,4 Mio. EUR) aufgrund weiterhin steigender Fallzahlen (Epl. 3.1),
- Mehrbedarfe bei den Lehr- und Lernmitteln (– 2,0 Mio. EUR) (Epl. 3.1),

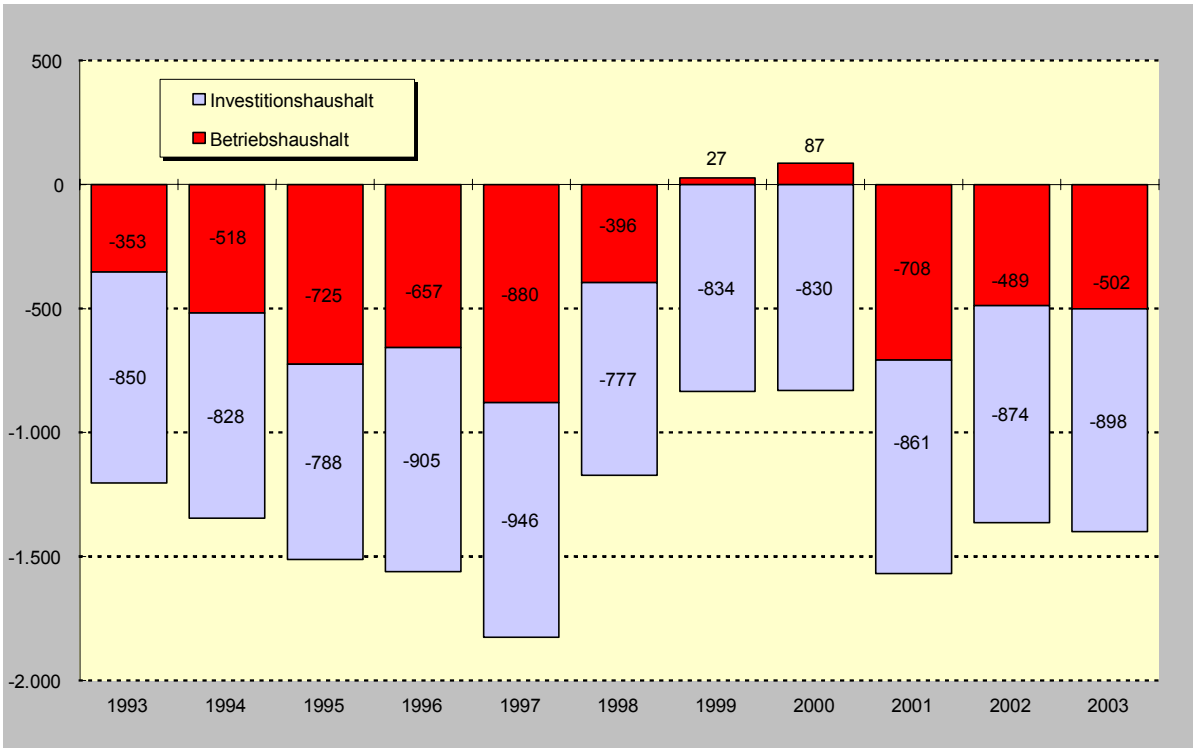
Weitere notwendige Anpassungen des Haushaltsplans 2003, die in gesonderten Einzeldrucksachen der Bürgerschaft parallel vorgelegt werden, betreffen Mehrbedarfe beim Maßregelvollzug (Epl. 8.2) in Höhe von rd. – 5,5 Mio. EUR (Drs. 17/3035) und beim Defizitausgleich der Hamburg für Spiele 2012 GmbH (Epl. 3.1) in Höhe von rd. – 2,0 Mio. EUR (Drs. 17/2905).

Darüber hinaus waren haushaltstechnische Anpassungen beim „Innovationsfonds Wachsende Stadt“ erforderlich (haushaltsneutrale Umschichtung der dafür vorgesehenen Mittel von 5 Mio. EUR vom Investitions- in den Betriebshaushalt, Epl. 1.1).

Saldiert mit Haushaltsentlastungen Hamburgs von Zahlungen an den Fonds „Aufbauhilfe“ nach dem Flutopfersolidaritätsgesetz um + 29 Mio. EUR ergibt sich eine Verschlechterung im Betriebshaushalt von – 273,2 Mio. EUR.

Die Entwicklung der Finanzierungssalden im Gesamt- bzw. Betriebshaushalt in den letzten 11 Jahren ist in der nachfolgenden Graphik dargestellt. Sie macht deutlich, dass sich das Niveau der Finanzierungsdefizite sowohl im Gesamthaushalt als auch im Betriebshaushalt in den Jahren 2001 bis 2003 durch die nachhaltige Verschlechterung bei den Steuereinnahmen wieder in der Größenordnung der Jahre 1994-1997 bewegt.

Grafik 11 Entwicklung der Finanzierungssalden 1993-2003 in Mio. EUR



Im Jahr 2002 betrug die Finanzierungsdefizitquote Hamburgs – 12,8 %. Fast 13 % der Gesamtausgaben konnten also nicht durch normale laufende Einnahmen finanziert werden, sondern mussten durch Kreditaufnahme, durch Erlöse aus Vermögensverkäufen und durch Entnahmen aus dem Grundstock für Grunderwerb gedeckt werden.

Weil die November-Steuerschätzung 2002 für die Jahre 2002 und 2003 zusammen Steuermindererwartungen von – 486 Mio. EUR ergeben hatte und für die weitere mittelfristige Entwicklung von strukturellen Mindererwartungen in mindestens dieser Größenordnung auszugehen war, mussten die im Jahr 2002 realisierten Erlöse aus Vermögensmobilisierung zur Finanzierung der Defizite im Betriebshaushalt 2002 eingesetzt und zur Risikovorsorge der allgemeinen Rücklage zugeführt werden. Die vom Senat vorgesehen strukturellen Einsparungen bei den Zinsen durch Reduzierung der Kreditaufnahme in Höhe von rd. 1 Mrd. EUR konnten angesichts dieser Steuerausfall-Sonderlast nicht realisiert werden. Allerdings konnten die Zinsausgaben aufgrund des Zinsniveaus gesenkt werden, so dass – zusammen mit Verbesserungen bei den öffentlichen Unternehmen – das Ziel 75 Mio. EUR einzusparen, erreicht wurde. Die Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung 2003 haben diese Entscheidung bestätigt.

3.2 Vorbelastung durch Schulden

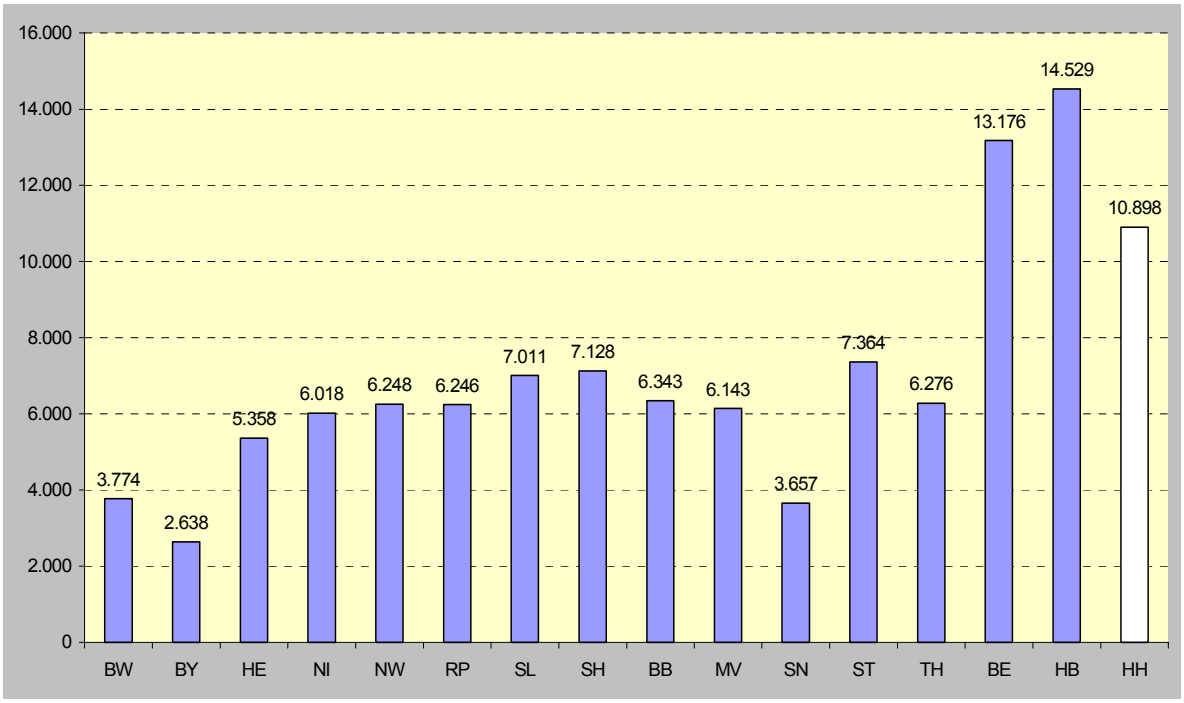
Aus der nahezu ausschließlich kreditären Finanzierung der Investitionen in den letzten Jahren hat sich ein schnell wachsender Schuldenstand im Haushalt ergeben. Betrug die Verschuldung 1990 noch 10,8 Mrd. EUR, so wird sie Ende 2003 um 12,5 Mrd. EUR auf 23,3 Mrd. EUR angewachsen sein. Damit hat sich die Verschuldung des Haushalts in 12 Jahren mehr als verdoppelt. Einbezogen ist auch die Verschuldung der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt (WK). [2] Insgesamt bestehen bei der WK per 31.12.2002 Verbindlichkeiten in

[2] Die WK finanziert ihre Geschäftstätigkeit insbesondere aus Darlehensrückflüssen und Fremdmitteln. Bei den Fremdmitteln handelt es sich überwiegend um Mittel, die die WK auf dem Kapitalmarkt aufnimmt. Daraus ergeben sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Diesen Verbindlichkeiten stehen insbesondere Forderungen der WK an Kunden aus Hypothekendarlehen in Höhe von

Höhe von 3.415 Mio. EUR, davon 2.678 Mio. EUR gegenüber Kreditinstituten.

Grafik 12 zeigt, dass Hamburgs Pro-Kopf-Verschuldung (ohne WK) deutlich höher liegt als in den Flächenländern, die Stadt allerdings unter den drei Stadtstaaten die geringste Pro-Kopf-Verschuldung aufweist. Die Entwicklung der Schulden der vergangenen Jahre ist im Finanzbericht 2002 (neu) ausführlich dargestellt worden. Insoweit wird Bezug genommen.

Grafik 12 Schulden der Länder (einschließlich Gemeinden) pro Einwohner 2002 in EUR



3.3 Vorbelastung durch Personalausgaben

3.3.1 Zum Zusammenhang von Personal, Stellen und Geld

Personal

Der Staat nimmt seine Aufgaben gegenüber dem Bürger durch Personal wahr, das Sicherheit und Ordnung durchsetzt, Recht spricht, lehrt und ausbildet, Aufträge erteilt, soziale und Ausgleichszahlungen leistet, Steuern einnimmt etc.

Die Aufgaben werden unmittelbar durch eigene Beschäftigte erledigt oder durch Dritte im Auftragsverhältnis oder über sog. Zuwendungen finanziert. Über das Eigenpersonal der Freien und Hansestadt Hamburg, die Anzahl der Beschäftigten, deren Status, Alter, Geschlecht, Teilzeitbeschäftigungen, Krankenstand, Inanspruchnahme von Altersteilzeit etc. wird die Bürgerschaft durch einen jährlich fortgeschriebenen Personalbericht unterrichtet (vgl. Drs. 17/2872).

Für den Haushalt sind Personalausgaben nur die unmittelbaren Ausgaben für das Eigenpersonal einschließlich der Versorgungsempfänger, nicht aber die Ausgaben für das Personal Dritter, das über den Haushalt finanziert wird. Wirtschaftet eine Einrichtung der Freien und Hansestadt Hamburg nach einem Wirtschaftsplan, sind deren Personalausgaben für die Betrachtung des Haushalts keine unmittelbaren Ausgaben, sondern Aufwendungen des Wirtschaftsplans. Wenn also im Finanzbericht von Personalausgaben die Rede ist, sind damit die Personalausgaben im engeren Sinne (Hauptgruppe 4 = Personalausgaben) gemeint, die

4,752 Mrd. EUR gegenüber.

im Kernhaushalt nachgewiesen werden. Eine zusammenfassende Übersicht über die Ausgaben der Hauptgruppe 4 enthält Anlage 1.8 mit weiterführenden Erläuterungen.

Stelle

Eine Stelle ermächtigt zur Beschäftigung einer Vollzeitkraft, soweit für deren Finanzierung Haushaltsmittel veranschlagt sind. Die Stelle enthält eine nach Arbeitsvorgängen differenzierte Aufgabenbeschreibung, benennt die zu erreichenden Ziele mit den eingeräumten Kompetenzen und stellt die hierarchischen Über- und Unterstellungsverhältnisse dar. Aus diesen Komponenten leitet sich die Wertigkeit der Stelle sowie deren Zuordnung zum Beamten- oder Tarifbereich ab. Stellen für Beamte werden als *Plan*stellen bezeichnet und wegen der langfristigen Folgewirkungen des lebenslangen „Vertrages mit Versorgungszusage“ von der Bürgerschaft bewilligt. Für den Tarifbereich können die Behörden Stellen selbst schaffen, soweit dies wirtschaftlich und zweckmäßig ist. Stellen und Planstellen können die Behörden nutzen und besetzen, soweit dafür additiv eine Ausgabeermächtigung in Geld zur Verfügung steht, denn letztlich wird der Haushalt in Einnahmen und Ausgaben in der gemeinsamen Währungseinheit des Geldes beschlossen.

Die Stellen für die Beschäftigten der Freien und Hansestadt Hamburg werden in einem Stellenplan zusammengefasst, der Bestandteil des Haushaltsplans ist. Bei einem weitestgehend ausfinanzierten Stellenplan ist die Stellenzahl kleiner als die Beschäftigtenzahl, weil in einer Stelle mehrere Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse geführt werden können.

Einzelheiten zum Stellenplan-Entwurf 2004 sind in Abschnitt 5.1.7.3 dargestellt.

Geld und Personalausgabenbudgets

Während eines Jahres werden zuvor besetzte Stellen aus den unterschiedlichsten Gründen (z.B. Verrentung, Frühpensionierung, Beurlaubung, Versetzung, Kündigung, Zeitablauf eines Arbeitsvertrages) frei oder bedürfen bis zur Nachbesetzung keiner Finanzierung mehr. Eine sofortige Nachbesetzung gelingt wegen der Zeitdauer vorauslaufender Ausschreibungs-, Auswahl- und Besetzungsverfahren regelmäßig nicht. Mithin ist es wegen dieser immer wieder zwangsläufig eintretenden Vakanzen im Sinne einer sparsamen Haushaltswirtschaft nicht nötig, für 100 % der Stellen auch 100 % Budgetvolumen in Geld vorzuhalten. Dementsprechend sind nicht alle Stellen ausfinanziert.

Die stellengebundenen Personalausgaben für die aktiv Beschäftigten des Kernhaushalts werden in Personalausgabenbudgets mit vollständiger Deckungsfähigkeit zusammengefasst. So können Schwankungen intern ausgeglichen und Prioritäten im Budgetvollzug gesetzt werden. Auf der Ebene eines Einzelplans sind diese Budgets in einem Kontenrahmen für Dienstbezüge (KRD) zusammengefasst. Für die Aufgabenbereiche des Neuen Steuerungsmodells (NSM-Bereiche) werden die Personalausgaben zusammen mit den Sach- und Fachausgaben in einer Titelgruppe veranschlagt und bewirtschaftet. Damit besteht im Budgetvollzug ein Höchstmaß an Flexibilität. In die Personalausgabenbudgets werden kalkulatorische Zuschläge für Versorgung und Beihilfe eingerechnet (Beamte 34 %, Tarifbereich 9 %), um für die Behörden die statusspezifischen Folgewirkungen der Beschäftigung finanzierungswirksam werden zu lassen. Zugleich wird erreicht, dass die Beschäftigung der unterschiedlichen Statusgruppen (Beamte, Angestellte, Arbeiter) gleich teuer wird. Scheinbare Einsparungen durch die Bevorzugung sozialversicherungsfreier und dadurch kostengünstigerer Beamter – die erst in der periodenfremden Zukunft Versorgungsausgaben verursachen – werden so vermieden. Die kalkulatorischen Zuschläge werden gegen die tatsächlichen Ausgaben verrechnet.

Die Zahlungsverpflichtungen des Arbeitgebers oder Dienstherrn für die aufsteigenden Gehälter differieren innerhalb derselben Vergütungs- oder Besoldungsgruppe einer Stelle – in Abhängigkeit vom Alter, nachrangig vom Familienstand – um bis zu 40 %. Um die kalkulierbaren Schwankungen von Mehr- und Minderbedarfen durch Alterseffekte nicht zum Budgetproblem der Behörden werden zu lassen, werden diese Effekte, die sich per Saldo zwischen allen Behörden über einen längeren Zeitraum in etwa ausgleichen, personenindividuell berechnet und in den jeweiligen Kapiteln der Budgets im Vorwege berücksichtigt.

Soweit (lineare) Anpassungseffekte für das Planjahr noch nicht feststehen (wie für den Besoldungs-/Versorgungsbereich für die Kalenderjahre 2003 und 2004), werden diese zentral im Einzelplan 9.2 veranschlagt und den Behörden und Ämtern bedarfsorientiert zugewiesen. Für den Tarifbereich (Angestellte und Arbeiter) standen die tariflichen Anpassungen bei der Veranschlagung bereits bis Januar 2005 fest, sie sind daher in den dezentralen Budgets enthalten.

Personalausgaben in Wirtschaftsplänen und bei Zuwendungsempfängern

Einnahmen und Ausgaben werden in einem Wirtschaftplan veranschlagt, damit rechtlich unselbstständige Einrichtungen der Freien und Hansestadt Hamburg in einem „Globalbudget" wirtschaften, das nur hinsichtlich seines Gesamtergebnisses im Saldo von Einnahmen und Ausgaben, nicht aber hinsichtlich der Einzelpositionen verbindlich ist – im Unterschied zur kameralen Bewirtschaftung nach Einzeltiteln. Soweit die Einrichtungen Leistungen des Haushalts für ihren betrieblichen Aufwand erhalten, erfolgt die Veranschlagung in Titeln der Hauptgruppe 6 (= Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen).

- Wirtschaftspläne nach §§ 15 (2) und 26 (1) LHO

  Im Rahmen der bundesweiten Flexibilisierung arbeiten z.B. alle staatlichen Hochschulen nach Wirtschaftsplänen (vgl. Übersicht 5). Diese Wirtschaftspläne werden in Hamburg nach § 15 (2) LHO netto veranschlagt und benötigen zum Ausgleich ihrer Budgets Zuweisungen aus dem Haushalt, die regelhaft deutlich mehr als 50 % des Gesamtaufwandes betragen. Die Wirtschaftsführung und Rechnungslegung erfolgt bisher nach kameralen, nicht nach kaufmännischen Grundsätzen.

  Einrichtungen mit Wirtschaftsplänen nach § 26 (1) LHO – Landesbetriebe – sind ebenfalls rechtlicher Bestandteil der Freien und Hansestadt Hamburg. Sie erwirtschaften regelhaft deutlich mehr als die Hälfte ihres Aufwandes durch Eigenerträge, haben eine kaufmännische Buchführung und bilden auch Pensionsrückstellungen (z.B. Hamburgische Münze).

  Diese Einrichtungen sind *keine* Zuwendungsempfänger, weil sie rechtlich Bestandteil der Verwaltung sind.

Übersicht 5 Einrichtungen nach § 15 und Landesbetriebe nach § 26 LHO

Einrichtungen nach § 15 LHO:

- Wirtschaftsplan der Behörde für Bau und Verkehr - Landesbau
- Universität Hamburg
- Staats- und Universitätsbibliothek
- HWP - Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik
- Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg
- Hochschule für Bildende Künste
- Hochschule für Musik und Theater
- Technische Universität Hamburg-Harburg
- Hygiene-Institut Hamburg
- Bernhard-Nocht-Institut
- Autobahn- und Tunnelbetrieb der Behörde für Bau und Verkehr/Tiefbauamt
- Wassergütestelle Elbe
- Landesfeuerwehrschule

Landesbetriebe nach § 26 LHO:

- Zentrale Personaldienste
- Landwirtschaft der Jugend- und Frauenvollzugsanstalt Hahnöfersand
- Hamburger Volkshochschule

- Landesbetrieb Erziehung und Berufsbildung
- Musikhalle
- Philharmonisches Staatsorchester
- Winterhuder Werkstätten
- Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung
- Hamburgische Münze
- Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen
- Landesbetrieb Verkehr

Eine Gesamtübersicht der Einrichtungen der Freien und Hansestadt Hamburg, die nach Wirtschaftsplänen nach §§ 15 (2) und 26 (1) LHO arbeiten, enthält auch Anlage 5.1.

- Zuwendungen/Kostensatzbereiche

  Weitere bedeutsame Aufgaben, an deren Erledigung der Staat ein erhebliches Interesse hat, werden über Zuwendungsempfänger, im Auftragsverhältnis über sog. Pflege- und Kostensatzbereiche mit tarifabhängigen Verrechnungssätzen oder nach spezifischen gesetzlichen Vorschriften (z.B. Privatschulen) abgewickelt. Auch bei diesen Einrichtungen dominieren die Personalaufwendungen. Vergleiche auch Drs. 17/1330 „Zuwendungen; erster empfängerbezogener Bericht“ und Anlage 4.1, die zusammenfassende Übersichten zum Zuwendungsbericht enthält (siehe auch Abschnitt 4.15).

- Finanziertes Personalkostenvolumen

  Für Wirtschaftspläne nach §§ 15, 26 LHO sowie Zuwendungsempfänger und Kostensatzbereiche werden 2004 Personalaufwendungen in Höhe von rd. 1,56 Mrd. EUR über Leistungen des Haushalts finanziert. Diese Aufwendungen sind, haushaltstechnisch gesehen, keine Personal-, sondern Sach- und Fachausgaben.

  99,9 % dieser Leistungen entfallen auf die nachfolgenden Einzelpläne:

Tabelle 13 Personalausgaben in Wirtschaftsplänen und bei Zuwendungsempfängern 2004 in Mio. EUR

Einzelplan [ohne 9.2] mit Schwerpunkt Aufgabenbereich:	Personalkosten in HGr. 6
04.0 Rehabilitation, Altenpolitik, Pflege und Betreuung	544
03.2 Hochschulen, UKE	442
03.1 Kindertagesbetreuung	320
03.3 Theater und Musik	112
08.2 Gesundheit	61
07.0 Wirtschaft	34
06.0 Geoinformation und Vermessung	16
01.1 Zentrale Personaldienste	13
08.1 Feuerwehr	9

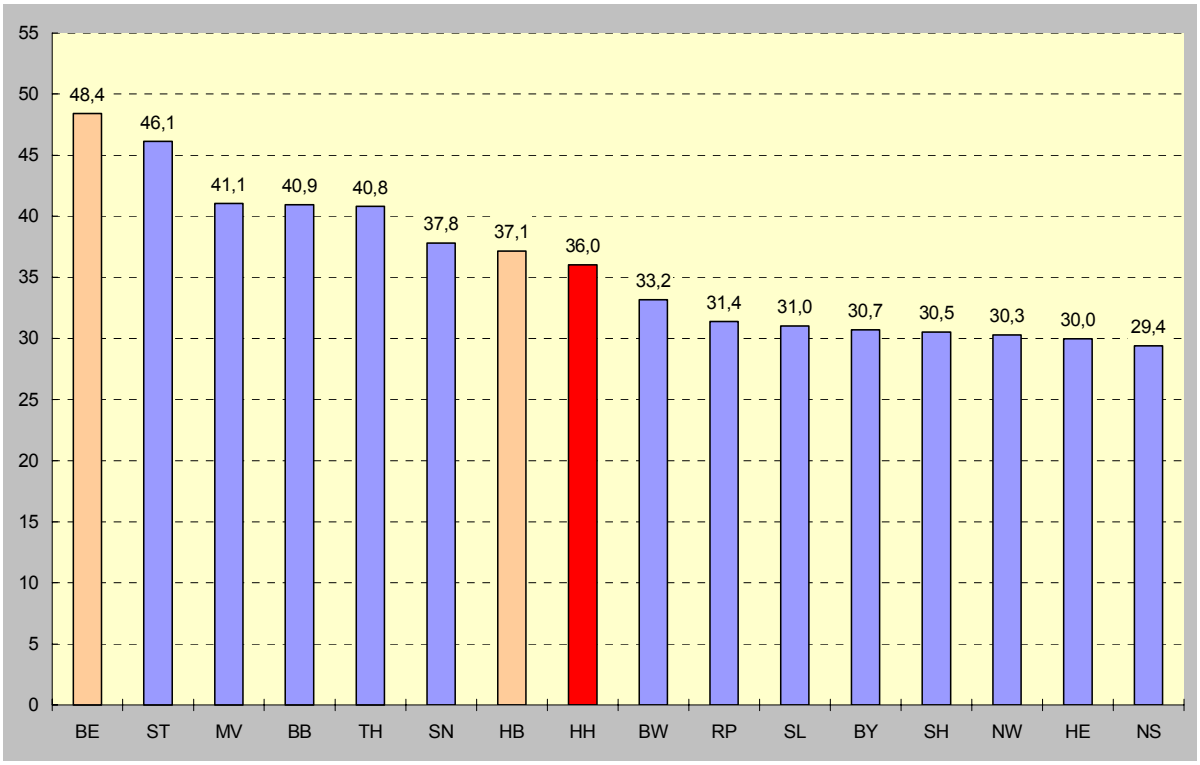
3.3.2 Ländervergleich Vollzeitkräfte je Einwohner

Die Ausgabenstrukturen der Gebietskörperschaften werden maßgeblich vom Personalaufwand bestimmt. Vergleiche werden dadurch erschwert, dass Aufgaben durch Eigenpersonal oder durch beauftragte Dritte wahrgenommen werden können oder Kosten unterschiedlich ermittelt (z.B. kalkulatorische Kosten, Vorsorge für Pensionsrückstellungen), verbucht oder verrechnet werden können. Selbst wenn eine Vereinheitlichung gelingen sollte, können nicht einfach Beschäftigtenzahlen miteinander verglichen werden, vielmehr muss der unterschiedliche Beschäftigungsumfang von Teilzeitbeschäftigungen in das Äquivalent von Vollzeitkräften umgerechnet werden. Ein solcher Vergleich wurde hier für den Kernbereich des Haus-

halts angestellt (vgl. Grafik 13).

Hamburg nimmt im Ländervergleich – denen die dazugehörigen Gemeinden hinzugerechnet wurden – hinsichtlich der Anzahl der Bediensteten je Einwohner einen Mittelplatz ein. Neben den beiden weiteren Stadtstaaten Bremen und Berlin „leisten“ sich nur die neuen Bundesländer einen höheren Personaleinsatz im Kernhaushalt. Allerdings kommen in diesem Vergleich die strukturelle Besonderheiten der Stadtstaaten mit ihren Verflechtungen und Leistungen für das Umland gegenüber einem Flächenstaat nur unzureichend zum Ausdruck. Siehe zu den Besonderheiten der Stadtstaaten auch Abschnitt 3.6.

Grafik 13 Vollzeitkräfte im Kernhaushalt der Länder und Gemeinden je 1.000 Einwohner nach Ländern



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, R 6, 2001, eigene Berechnung

Seit 1995 bis zum Erhebungsdatum hat ein gezielter, konsolidierungsbedingter Personalabbau im Volumen von rd. 8 % – vorrangig und deutlich überproportional in den Verwaltungsbereichen – stattgefunden. Die Projektion der langfristigen Versorgungsausgaben (s. Grafik 14) erlaubt einen Blick zurück in die Vergangenheit, denn etwa 30 Jahre nach Einstellung setzen bei Beamten die Versorgungsverpflichtungen ein. Auch dieser Rückblick zeigt, dass in Hamburg Ausweitungen des Beschäftigungsumfanges in Vollzeitäquivalenten im langfristigen Rückblick im Kernhaushalt – abgesehen vom Bildungsbereich – faktisch nicht stattgefunden haben. Dagegen wurden im Bildungsbereich kräftige Ausweitungen mit Rückwirkungen auf die späteren Versorgungsaufwendungen vorgenommen.

In der vorstehenden Betrachtung könnte das Ergebnis für Hamburg jedoch – bedingt durch die haushaltssystematische Ausgrenzung der formal rechtlich selbständigen und (oder) mit kaufmännischer Buchführung wirtschaftenden Einrichtungen – in der ländereinheitlichen Definition „Kernhaushalt“ zu günstig ausfallen. Es kann durchaus sein, dass in einem Land eine Aufgabe im „Kernhaushalt“ erledigt wird mit der Folge, dass dieses Personal mitzählt. In einem anderen Land oder einem Gemeindeverband jedoch könnten Aufgaben der Ver- und Entsorgung, der Jugendpflege, der Volksbildung, der Kultur, der Gesundheitspflege etc. durch eine GmbH oder eine Anstalt öffentlichen Rechts, eine Stiftung o.ä. wahrgenommen werden mit der Folge, dass dieses Personal nicht mitgerechnet wird. Hamburg hat jedenfalls eine jahrzehntelange Tradition, Aufgaben nicht über den kameralen Haushalt, sondern durch

hierfür geeignetere Träger und Zuwendungsempfänger wahrnehmen zu lassen (z.B. Büchereiwesen, Theater).

Zum Personaleinsatz je Einwohner – unter Einbeziehung staatlich beeinflusster oder von diesem beauftragter Unternehmungen – ist die vorstehende Übersicht nicht ausreichend belastbar, sie verdeutlicht aber hinreichend, inwieweit es gelungen ist, Aufgaben nicht oder zumindest nicht unmittelbar durch staatliches Personal wahrnehmen zu lassen. Mit den bundesweit verfügbaren Statistiken ist ein noch stärker belastbarer „Befund“ für die unter Berücksichtigung der Stadtstaatlichkeit relativ günstige Position Hamburgs zurzeit nicht eindeutig herstellbar.

3.3.3 Pensionsverpflichtungen

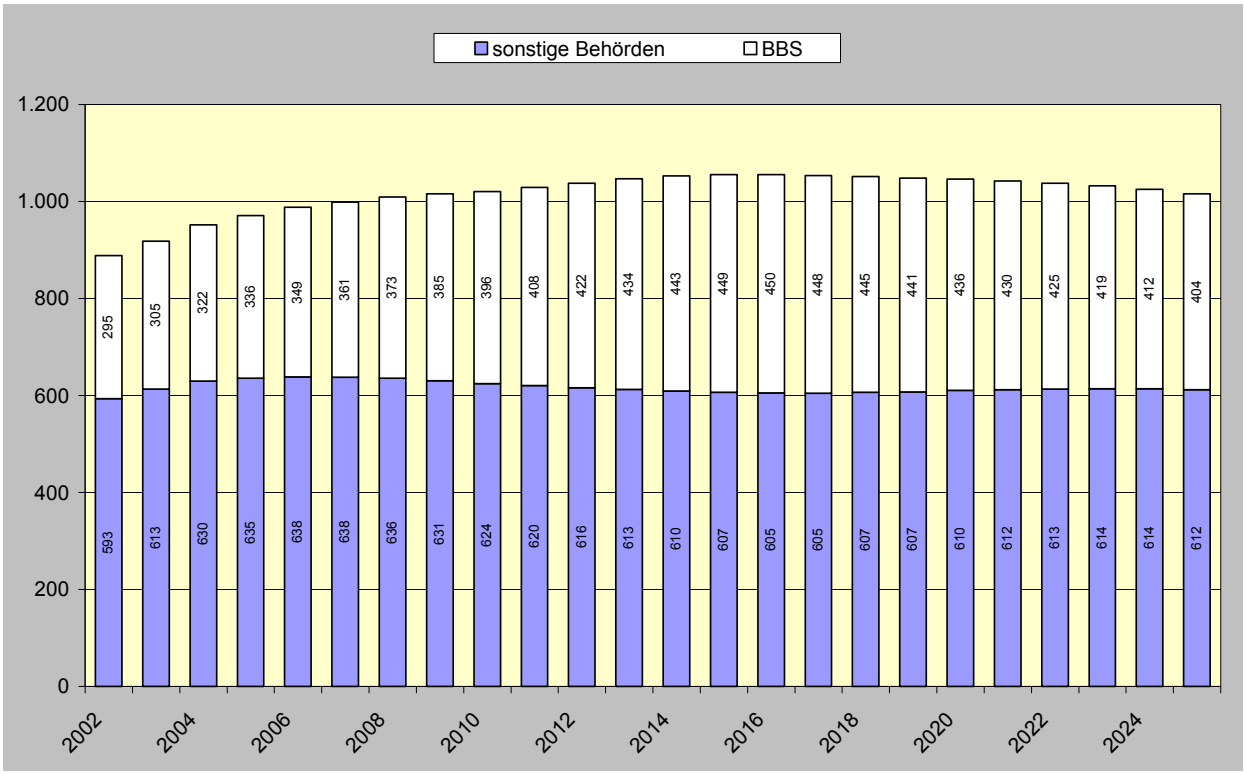
Entgegen den sonst handelsrechtlich üblichen Verpflichtungen, eine Rückstellung für die anstehenden Versorgungsleistungen betrieblicher Altersversorgung zu bilden, ist dies haushaltsrechtlich bei einem kameralen Haushalt nicht erforderlich. Die steigenden Versorgungsansprüche sind neben dem unausgeglichenen Betriebshaushalt und der ständig steigenden Schuldenlast ein weiteres Problem, das künftige Handlungsoptionen einschränkt.

Auch wenn die Verpflichtung zur vollständigen Abdeckung der Versorgungsverpflichtungen über eine entsprechende Rückstellung nicht besteht, gibt es doch durch bisher gebildete Sondervermögen Ansätze, trotz der problematischen Haushaltslage Vorsorge für den Anstieg der Versorgungsleistungen zu treffen.

Steigende Versorgungsverpflichtungen

Wie in den Vorjahren (vgl. Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft Drucksache 17/1404: Entwicklung der Versorgungsausgaben; Bericht über Stand und Ergebnisse des Instruments zur Prognose zukünftiger Versorgungsausgaben im öffentlichen Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg sowie Finanzbericht 2003) liegt eine Langfristprojektion bis 2040 vor, die je nach den unterschiedlichen Annahmen über die Entwicklung der relativen Sterbewahrscheinlichkeiten geringfügig differiert. Über die Entwicklung im Einzelnen bis 2023 – die späteren Zeiträume hängen vom aktuellen und künftigen Einstellungsverhalten ab – wird die Bürgerschaft wiederum durch eine gesonderte Drucksache unterrichtet werden.

Grafik 14 Prognose der Versorgungsausgaben Hamburgs (ohne lineare Steigerungen) in Mio. EUR, ohne Neueinstellungen



In Grafik 14 wird deutlich, dass die im Prognosezeitraum nahezu um bis zu 20 % aufwachsenden Verpflichtungen, etwa 20 Mio. EUR p.a., faktisch ausschließlich Folge der zusätzlichen Einstellungen im Lehrerbereich in den 70er Jahren sind, die jetzt – zusammen mit ihren Hinterbliebenen – durch die Versorgung „hindurchwachsen". Eine entsprechende Verengung der Handlungsspielräume im Betriebshaushalt bis zur Erreichung des Gipfels ist zu erwarten.

Für die übrigen Aufgabenfelder verharren die prognostizierten Verpflichtungen quasi auf einem konstanten Niveau, das um 600 Mio. EUR schwankt.

Bisher fehlende Verantwortlichkeit der Fachressorts für Versorgung

Überwiegend werden die Versorgungsverpflichtungen von Gebietskörperschaften ressortneutral einem zentralen Aufgabenbereich zugeordnet. Das galt für Hamburg uneingeschränkt bis 1997. Bis dahin wurden alle Versorgungsaufwendungen für das Eigenpersonal Hamburgs und deren Hinterbliebene zentral im Einzelplan 9.2 „Allgemeine Finanzverwaltung" im Kapitel 9750 „Versorgung" veranschlagt und nachgewiesen. Mit der 1997 eingeführten dezentralen Verantwortlichkeit für die stellengebundenen Personalausgaben wurden etwa ¾ der Versorgungsaufwendungen über ein Zuschlagverfahren den dezentralen Einrichtungen – allerdings nur in Abhängigkeit von den Aufwendungen für die aktuell aktiv Beschäftigten – zugeordnet. Durch die statusspezifischen Zuschläge [Beamte 34 % für Versorgung (30 %) und Beihilfe (4 %), Angestellte und Arbeiter 9 % für die Zusatzversorgung] wurde einerseits erreicht, dass die aktiv Beschäftigten für die Behörden in der Budgetbelastung gleich teuer sind und aus den für Beamte nicht abzuführenden Sozialabgaben keine Kostenvorteile für deren Beschäftigung erwachsen. Andererseits wurde die Kostentransparenz erhöht und verdeutlicht, dass etwa in Höhe der Zuschläge Zuführungen zu Pensionsrückstellungen erforderlich wären, um hieraus eine Vollfinanzierung der künftigen Verpflichtungen zu gewährleisten. Nachteilig war jedoch, dass die tatsächlichen, ressortspezifischen Kostenfolgen früherer Beschäftigung noch nicht abgebildet werden konnten.

Ressortspezifische Zuordnung der Versorgung ab 2004

Mit dem Haushaltsvoranschlag für 2004 ist es jedoch gelungen, auch die Kostenfolgen früherer Beschäftigung aufgabenspezifisch abzubilden. Dies ist dadurch möglich, dass personen-

spezifische Angaben für die Versorgungsprognose auch über das jeweils letzte Beschäftigungskapitel des Versorgungsberechtigten vorliegen. Aufbauend auf einer status- und kapitelspezifischen Prognose wurden den heutigen Kapiteln die aus den jeweils seinerzeitigen Kapiteln herrührenden Versorgungsverpflichtungen zugeordnet und statusspezifisch veranschlagt.

Der Haushaltsansatz kann negativ sein, wenn die Höhe der Zuschläge, die ja vom Volumen der heute Aktiven abhängt, größer ist als der Gesamtbedarf. Das ist immer dann der Fall, wenn heute in einem Aufgabenbereich (Kapitel) deutlich mehr Bedienstete beschäftigt werden als früher (z.B. Gesamtschulen, bei neu geschaffenen Kapiteln). Typisch für negative Ansätze ist mithin, dass ein Kapitel keine oder nur eine sehr junge Historie hat, folglich aus diesem Kapitel wenig oder gar keine Personen in den Ruhestand getreten sind bzw. bis zum Ende 2004 treten werden.

Für die Prognose ist das (historische und für die heutige Behördenstruktur bestmöglich aktualisierte) Kapitel maßgeblich, aus dem heraus der Übergang von der aktiven Beschäftigungsphase in die Versorgung erfolgte. Wurde jedoch das Kapitel aufgehoben, wurde das Zentralkapitel des Einzelplans als Nachfolger und Budgetträger ausgewählt. Es kann so in Einzelfällen auf der Kapitelebene zu Verzerrungen zu Lasten des jeweiligen Zentralkapitels im Einzelplan kommen, die zunächst innerhalb des Einzelplans, spätestens jedoch innerhalb des Einzelplan übergreifenden Kontenrahmen für Versorgung (KRV) ausgeglichen werden.

Kontenrahmen für Versorgung (KRV) sichert ressortübergreifenden Ausgleich

Da die Eintrittswahrscheinlichkeit einer Prognose mit der Größe der Zahl zunimmt – bzw. abnimmt, je kleiner die Grundgesamtheit ist und Rundungsdifferenzen eine Rolle spielen –, wurde der Kontenrahmen Versorgung („KRV“) als Ausgleichsmechanismus geschaffen. Kennzeichnend für einen Kontenrahmen ist, dass die in ihm veranschlagten Ausgaben vollständig gegenseitig deckungsfähig sind (§ 20 LHO).
Für die Verwaltungspraxis folgt daraus, dass das jeweilige Fachressort bzw. der jeweilige Einzelplan für die Einhaltung des Prognosewerts vordergründig nicht verantwortlich ist bzw. bei negativen Abweichungen auf der Einzelplanebene Deckungsmittel nicht finanzieren muss. Andererseits können Unterschreitungen des KRV auf der Kapitel- oder Einzelplanebene nicht zur Deckung fachspezifischen Mehrbedarfs herangezogen werden. Ausgleichsmechanismus von Über- und Unterschreitungen über alle Einzelpläne ist damit der gesamte KRV, der notfalls – und soweit noch Mittel verfügbar sind – auch noch aus Zentraltiteln verstärkt werden kann.

Mit der dezentralisierten Veranschlagung ist für die Behörden keine unmittelbare Budgetverantwortung verbunden, weil sie die entstandenen Versorgungsaufwendungen nicht mehr unmittelbar beeinflussen können. Steuerbar und von den Behörden kurzfristig beeinflussbar ist jeweils nur der Umfang aktiv Beschäftigter. Erkennbar werden jetzt jedoch regelhaft die aufgabenbezogenen Wechselwirkungen aus der Altersstruktur. Während z.B. für die Schulkapitel der Finanzierungsbedarf durch Verjüngung des Personalkörpers sinkt, steigt der Bedarf für die Versorgung.

In dem KRV werden auch die Beihilfeleistungen (xxxx.446.93) für die Versorgungsempfänger veranschlagt, und zwar entsprechend ihrem langjährigen Mittelwert mit 11 Prozent[3] des Gesamtbedarfs an Versorgungsbezügen.

Im Zentralkapitel 9750 „Versorgung“ verbleibt mithin nur eine Restgröße für Aufgabenbereiche, die nicht individuell zuzuordnen sind, bzw. in der Versorgungsprognose unberücksichtigt bleiben (Waisenrenten, Erstattung an andere Dienstherrn, Abgrenzungszahlungen zu verselbstständigten Bereichen).

---

[3] Der gegenüber den aktiv Beschäftigten (4 %) deutlich höhere Prozentwert ergibt sich im Wesentlichen aus den gegenüber den Dienstbezügen niedrigeren Versorgungs- und Hinterbliebenenbezügen sowie dem gegenüber der aktiven Dienstzeit grundsätzlich höheren Beihilfesatz. Erst danach wirkt sich die höhere Morbidität aus.

Einfluss des KRV auf die Steigerungsraten in den Einzelplänen

Weil die Versorgungsbezüge erstmals zusammen mit den Beihilfen im Versorgungsbereich vollständig dezentral in den Einzelplänen (Kontenrahmen für Versorgung) veranschlagt werden, wird die künftige Entwicklung der Versorgungsausgaben dadurch einzelplanspezifisch deutlich und nicht mehr im Einzelplan 9.2 nachgewiesen. Für den Gesamthaushalt ergeben sich hieraus keine Veränderungen in den Steigerungsraten, wohl aber unterschiedliche Auswirkungen für die Einzelpläne.

Sonstige Verpflichtungen

Zu den in Grafik 14 gezeigten Verpflichtungen hinzuzurechen sind – soweit die jeweiligen Eigenerträge nicht ausreichen sollten – die Versorgungsverpflichtungen bei Anstalten öffentlichen Rechts und Landesbetrieben; hier gibt es (Stand: 2002) nicht passivierte Verpflichtungen von rd. 1,0 Mrd. EUR, insbesondere beim Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE), dem Landesbetrieb Krankenhäuser (LBK) sowie pflegen & wohnen (p&w).

Versorgungsrücklage analog § 14 a BBesG

Durch hamburgisches Gesetz vom 30. November 1999 hat die Freie und Hansestadt Hamburg die *Versorgungsrücklage der Freien und Hansestadt Hamburg* – entsprechend der Regelung im Bundesbesoldungsgesetz – für die Beamtenversorgung gebildet. Sie wird seit 1999 aus einer Verminderung der linearen Anpassungen um 0,2 Prozentpunkte gespeist. Hierbei handelt es sich also nicht um die vorsorgliche Rückstellung eines „Arbeitgeberanteils“, sondern um einen Eigenbeitrag der Beamten. Dem Sondervermögen fließen die sich so durch die Verminderung der Besoldungs- und Versorgungsanpassungen des laufenden Jahres und der Vorjahre ergebenden Beträge zu. Nach der für Hamburg bisher geltenden Regelung des § 14 a BBesG werden zugleich die Bezüge auf diese Weise bis 2014 um insgesamt 3 % abgesenkt worden sein. Das Sondervermögen darf nur zur Entlastung von Versorgungsaufwendungen für den Beamten-/Richterbereich verwendet werden, und zwar erst ab 1. Januar 2014 schrittweise über einen Zeitraum von mehreren Jahren.

Das Versorgungsänderungsgesetz 2001 ist für den Bund und die Länder am 1.1.2002 in Kraft getreten. Dadurch sollen zur Kostendämpfung die Reformmaßnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung wirkungsgleich und systemgerecht auf die Beamtenversorgung übertragen und das bisherige System modifiziert werden. Kernpunkte sind:

- Parallel zur ersten Stufe der Rentenreform wird der Anstieg der Versorgungsbezüge in acht Schritten in den Jahren von 2003 bis 2010 um rd. 4,33 % und damit einhergehend der Höchstversorgungssatz von derzeit 75 % auf 71,75 % abgesenkt.
- Für diesen Zeitraum wird die weitere Rücklagenaufstockung um 0,2 % p.a. ausgesetzt und der bisher erreichte Stand von 0,6 % jährlich zugeführt. Andererseits wird der Aufbau der Versorgungsrücklage im Zeitraum 2003 bis 2010 durch Zuführung der Hälfte der Ersparnisse aus der Abflachung verstärkt.
- Die aktiven Beamten werden in die gesetzliche Förderung einer privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge einbezogen.
- Parallel zur zweiten Stufe der Rentenreform erfolgt ein weiterer Aufbau der Versorgungsrücklage (0,2 % p.a.) von 2011 bis 2017. Das Versorgungsniveau soll hierdurch um zusätzliche 1,4 % abgeflacht werden.

Die Rechtsänderung führt zu einem Fondsbestand in 2010 von voraussichtlich 253 Mio. EUR bei einer ab 2004 reduzierten Zinserwartung von 4 % (- 2%-Punkte).

Sondervermögen Zusatzversorgung

Auf Grund des Gesetzes zur Änderung ruhegeldrechtlicher Vorschriften leisten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Freien und Hansestadt Hamburg seit dem 1.8.1999 monatlich einen Beitrag in Höhe von derzeit 1,25 % ihres steuerpflichtigen Bruttoarbeitsentgelts zu den Versorgungsausgaben. Diese Beiträge werden dem Sondervermögen *Zusatzversorgung der Freien und Hansestadt Hamburg* zugeführt, das durch Gesetz vom 14.7.1999 er-

richtet wurde. Die Mittel des Sondervermögens sind nach einer fünfjährigen Ansparphase frühestens ab Juli 2004 kontinuierlich zur Entlastung von Zusatzversorgungsaufwendungen einzusetzen. Im Haushaltsplan-Entwurf 2004 werden keine Mittel aus dem Sondervermögen zur Finanzierung von Zusatzversorgungsleistungen eingesetzt.

Das Volumen des Sondervermögens Zusatzversorgung wird aufgrund der Verselbstständigung des UKE (Reduzierung der Zuführung sowie Abführung der Beteiligung am Sondervermögen 2004 an das UKE) und bei einer ab 2004 reduzierten Zinserwartung von 4% statt bisher 6 % per Ende 2010 voraussichtlich 141 Mio. EUR betragen.

Zusätzlicher Versorgungsfonds

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zur zusätzlichen Finanzierung der Altersversorgung seiner Beschäftigten neben der Versorgungsrücklage durch Gesetz vom 19.12.2000 einen *zusätzlichen Versorgungsfonds für die Altersversorgung der Bediensteten der Freien und Hansestadt Hamburg* gebildet. Die Entnahme der Mittel ist zweckgebunden und kann erst ab dem Jahr 2010 nach Maßgabe des Haushaltsplans erfolgen. Die Rücklage wird ab dem 1.1.2000 aus den jährlichen Zuführungen und den daraus erzielten Erträgen gebildet. Die Höhe der Zuführungen bestimmt sich nach den Beträgen, die als Versorgungszuschläge von Dritten vereinnahmt werden, sowie nach dem jährlichen Liquiditätsgewinn, der sich aus der einmaligen Verbeamtung von 1.100 zuvor angestellten Lehrerinnen und Lehrern ergibt, sowie nach weiteren Beträgen, die von der Bürgerschaft mit dem jeweiligen Haushaltsplan gesondert festgesetzt werden. Ferner werden dem Fonds bei Landesbetrieben nicht mehr benötigte Pensionsrückstellungen zugeführt.

Das Volumen des Versorgungsfonds wird bei höheren als bisher erwarteten Zuführungen, jedoch bei reduzierter Renditeerwartung von 4 %, per Ende 2010 voraussichtlich 115 Mio. EUR betragen.

Sondervermögen Versorgungsfonds für die Altersversorgung der Abgeordneten der Bürgerschaft

Die Bürgerschaft hat am 17. Dezember 2002 das Gesetz über einen „Versorgungsfonds für die Altersversorgung der Abgeordneten der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg“ rückwirkend zum 1. Januar 2002 beschlossen. Die Höhe der jährlichen Zuführungen zum Sondervermögen ergibt sich aus der Gesamtsumme der monatlich angefallenen Beträge, auf die die Abgeordneten nach § 10 Absatz 1 des Hamburgischen Abgeordnetengesetzes verzichtet haben. Die Verzichte berechnen sich nach einem Anteil von 50 % des aktuellen Rentenversicherungsbeitragssatzes bezogen auf das Abgeordnetenentgelt. Das Sondervermögen dient dem Zweck, im Wege der Rücklagenbildung zur späteren Finanzierung bzw. Entlastung der künftigen Versorgungsleistungen der Abgeordneten beizutragen und damit langfristig den Haushalt zu entlasten.
Näheres zum Sondervermögen ergibt sich aus der Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft mit der Drucksache 17/2802.

Die (an sich notwendige) Bildung weiterer Rücklagen konkurriert angesichts geringer finanzieller Handlungsräume mit den Zielen „Ausgleich des Betriebshaushalts“ bzw. „Absenkung der Neuverschuldung“. Im Zusammenhang mit der Einführung der kaufmännischen Buchführung „Doppik“ in der Hamburger Verwaltung wird aufzuzeigen sein, welche Möglichkeiten zur Lösung des Zielkonfliktes bestehen.

3.3.4 Beschäftigungssicherung

Die vom Senat beschlossenen tiefgreifenden Strukturreformen in der Hamburger Verwaltung (z.B. deutliche Reduzierung der Ämter und Hierarchieebenen in den Behörden, Effizienzsteigerung im Gebäudemanagement durch Zusammenfassung der Hochbaudienststellen mit dem Ziel der schrittweisen Kapazitätsreduzierung und späteren Privatisierung sowie eine

Vielzahl weiterer aufgabenkritischer Entscheidungen) werden durch die damit verbundenen Aufgabenverlagerungen und Neuzuschnitte von Aufgabenbereichen auch weitreichende personalwirtschaftliche Konsequenzen haben. Dieses wird dazu führen, dass Personal in nicht unerheblichem Umfang von seinen bisherigen Aufgaben entbunden wird und – ggf. nach entsprechender Qualifizierung – auch anderen Aufgaben zugeführt werden muss, die weiterhin vom öffentlichen Dienst wahrgenommen werden.

Betriebsbedingte Entlassungen im Zusammenhang mit den vorgesehenen Umstrukturierungen wird es nach den Intentionen des Senats im öffentlichen Dienst nicht geben. Voraussetzung hierfür ist u.a., dass die Steuerung und Nutzung der Potenziale insbesondere des internen Arbeitsmarktes erheblich verstärkt werden. Dementsprechend sind die Behörden und Ämter gehalten, sich bei personalwirtschaftlichen Entscheidungen vorrangig auf den internen Arbeitsmarkt zu konzentrieren.

3.3.5 Ergebnisse der Bewirtschaftung der Personalausgabenbudgets 2002

Die von den Behörden dezentral bewirtschafteten Personalausgabenbudgets schlossen insgesamt mit einem Überschuss von 10,5 Mio. EUR ab (positive Bereiche + 21,3 Mio. EUR, negative Bereiche –10,7 Mio. EUR).

Alle Überschreitungen bei den Personalausgaben konnten ausgeglichen werden, und zwar

- entweder durch entsprechende Minderausgaben bei den budgetierten Sach- und Fachausgaben noch im Haushaltsjahr 2002 (rd. 10,5 Mio. EUR)
- oder durch Anrechnung auf die Personalausgabenbudgets des Folgejahres 2003 im Wege eines Verlustvortrages (rd. 4,6 Mio. EUR).

Die Verlustvorträge wurden erforderlich bei den Bezirken mit 4,2 Mio. EUR (bis auf das Bezirksamt Wandsbek, das als einziges Bezirksamt ein positives Ergebnis erzielt hat) und bei der Behörde für Soziales und Familie mit 0,4 Mio. EUR. Diese Beträge belasten 2003 die Bewirtschaftung dieser Behörden und müssen durch zusätzliche Einschränkungen erbracht werden.

Erwirtschaftete Überschüsse konnten in Höhe von 12,1 Mio. EUR als Personalausgabenreste ins Jahr 2003 übertragen werden, den größten Anteil daran haben die Polizei mit 5,3 Mio. EUR und die Justizbehörde mit 2,9 Mio. EUR.

3.4 Tarif- und Besoldungsentwicklung

Der Tarifabschluss zu den Vergütungen und Löhnen vom Januar 2003 sieht lineare Anpassungen in mehreren Stufen von nominal insgesamt 4,4 % in 2003 (2,4 %) und 2004 (zwei lineare Anhebungen von je 1 %) vor und hat eine Laufzeit bis 31. Januar 2005.

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder hat zwischenzeitlich die geltenden Zuwendungstarifverträge zum 30.6.03 und die Urlaubsgeldtarifverträge zum 31.7.03 gekündigt. Sowohl bei den Zuwendungstarifverträgen als auch bei den Urlaubsgeldtarifverträgen tritt durch die Kündigung die Nachwirkung gemäß Tarifvertragsgesetz ein. Das bedeutet, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit zu den jeweiligen Kündigungsterminen wirksamen Arbeits- und Ausbildungsverhältnissen haben trotz Kündigung grundsätzlich weiterhin Anspruch auf die Leistungen. Für neu abzuschließende Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse, die nach dem 30.6.03 wirksam werden, besteht kein tariflicher Rechtsanspruch auf die Sonderzuwendung ab 2003 und auf das Urlaubsgeld ab 2004.

Das Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2003/2004 ist am 11. Juli 2003 von Bundestag und Bundesrat beschlossen worden. Damit verbunden ist eine lineare Anhebung der Dienst- und Versorgungsbezüge um insgesamt 4,4 % in drei Stufen in den Jahren 2003 (2,4 %) und 2004 (zwei lineare Anhebungen von je 1 %) durch inhalts- und wirkungsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses 2003, wobei die dort vereinbarten Entlastungsmaßnahmen (Kostenkompensation) durch eine Verschiebung der Zahlungszeitpunkte um jeweils drei Monate nachgebildet werden. Die Besoldungsgruppe B 11 (und über hamburgische Regelun-

gen auch die Besoldungsgruppe B 10) nimmt in 2003 und 2004 an den Erhöhungen nicht teil.

Die Bürgerschaft hat am 26.6.2003 das Gesetz zur Neuordnung des Zusatzversorgungsrechts beschlossen, das am 1.8.2003 in Kraft tritt. Damit verbunden ist die Überführung aller unter das 1. Ruhegeldgesetz fallenden Bediensteten und Versorgungsempfänger in das novellierte 2. Ruhegeldgesetz und dessen Umbenennung in Hamburgisches Zusatzversorgungsgesetz. Materiell wird das bisherige Gesamtversorgungsprinzip (beamtenähnliche Versorgung) aufgegeben und das so genannte Betriebsrentenmodell angewendet, das eine staatliche Förderung einer privaten Zusatzrente („Riester-Förderung“) eröffnet, die den unter das 1. Ruhegeldgesetz fallenden Bediensteten bisher verwehrt gewesen ist. Mit der Neuordnung fällt auch die praktizierte lineare Anpassung des Ruhegeldes an die Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst weg. Statt dessen sieht das Gesetz eine jährliche Anpassung zum 1. Juli um 1% vor.

Die Tarifentwicklung für den Arbeitnehmerbereich steht bis Anfang 2005 fest. Nominal wurden die Anpassungen in mehreren Stufen mit insgesamt 4,4 % angegeben. Gegenüber dem Vorjahr sind Steigerungen mit 1,74 Prozent dezentral berücksichtigt worden.

3.5 Vorbelastungen durch Bundesleistungsgesetze

Die Belastungen Hamburgs durch Bundesgesetze, die seit 1.1.1999 wirksam wurden und insbesondere im Finanzbericht 2002 (neu) dargestellt wurden, wirken unvermindert in der Größenordnung von rd. 1 Mrd. EUR fort. Dabei hat die Verschiebung der zweiten Stufe der Steuerreform keine Entlastung für den Haushalt bringen können, da ihr sowohl die Mehrausgaben für die Fluthilfe als auch die konjunkturell verhaltene Gesamtwirkung entgegen standen.

Als Folge des Hochwassers im August 2002 hat sich Hamburg im Länderkreis erfolgreich für eine nachhaltige Lösung auf Basis einer Pflichtversicherung für Elementarschäden eingesetzt, um künftige Belastungen des Staatshaushaltes zu vermeiden. Die Landesfinanzminister haben dazu am 5. Juni 2003 auf Initiative Hamburgs Eckpunkte beschlossen. Die Ministerpräsidenten der Länder haben daraufhin am 26. Juni 2003 die Erwartung formuliert, bis zum November d. J. eine entscheidungsreife Sachvorlage zu erhalten.

Im Bund-Länder-Verhältnis ist festzustellen, dass der ungünstige Konjunkturverlauf und insbesondere die nach wie vor anhaltende Krise am Arbeitsmarkt zu einer wachsenden Belastung der Sozialversicherungssysteme und infolgedessen auch des Bundeshaushaltes beitragen. Insofern erscheint die Schieflage bei den Deckungsquoten von Bund und Ländern zu Lasten letzterer gegenwärtig zwar etwas gemildert; jedoch ist abzusehen, dass sich mittelfristig wieder ein deutlich schlechteres Verhältnis für die Länder einstellen wird.

Zudem ist darauf hinzuweisen, dass die Länder allein hinsichtlich des Familienleistungsausgleichs folgende Ansprüche gegenüber dem Bund vortragen können:

Tabelle 14 Länderanspruch gegenüber dem Bund aus dem Familienleistungsausgleich in Mrd. EUR

1996-2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
9,9	2,7	2,6	2,5	2,2	2,0	1,7

Quelle: nach Angabe der Zentralen Datenstelle der Landesfinanzminister (ZDL)

Durch die besonders die Länderebene treffenden Steuerausfälle hat sich nach Auffassung der Länder im Bund/Länder-Verhältnis die zu Lasten der Länder bestehende Schieflage nochmals verschärft. Es ist davon auszugehen, dass sich ohne einen Ausgleich für die Länder die Defizitschere mittelfristig noch weiter öffnet. Die Ursachen der wachsenden Schieflage liegen in den von Grund auf unterschiedlichen Haushaltsstrukturen von Bund und Ländern. Sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite der Haushalte ist der Bund strukturell im Vorteil und hat dadurch objektiv die besseren Möglichkeiten, seine Haushaltsprobleme zu lösen.

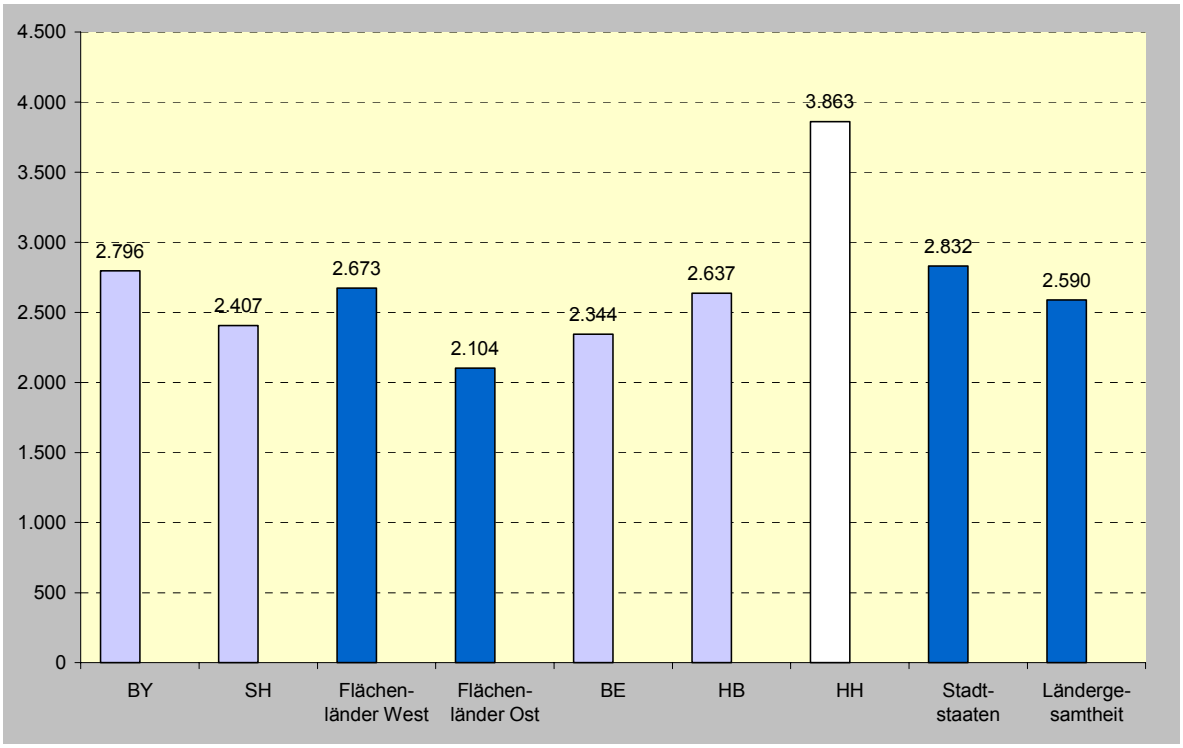
Die Zentrale Datenstelle der Länder, die im Auftrag der Finanzministerkonferenz tätig wird, weist jährlich in einer umfangreichen Analyse die Schieflage zu Lasten der Länder nach. Der Bund bestreitet die Zahlen unter Hinweis auf methodische Differenzen bei der Berechnung der Deckungsquoten.

3.6 Besonderheiten des Stadtstaates Hamburg

Bei der Bewertung der finanzpolitischen Handlungsmöglichkeiten sind auch die Besonderheiten der Stadtstaatlichkeit Hamburgs zu berücksichtigen.[4]

Auf der Einnahmeseite weisen die Stadtstaaten als Ballungsräume tendenziell höhere Einnahmen pro Kopf auf, da die dichte Besiedlung gleichzeitig Anziehungspunkt für Unternehmen und hochqualifizierte Arbeitskräfte ist und daher mit einer überdurchschnittlichen Wertschöpfung verbunden ist.

Grafik 15 Steuereinnahmen pro Einwohner der Länder und Gemeinden (vor Länderfinanzausgleich) im Jahr 2001 in EUR



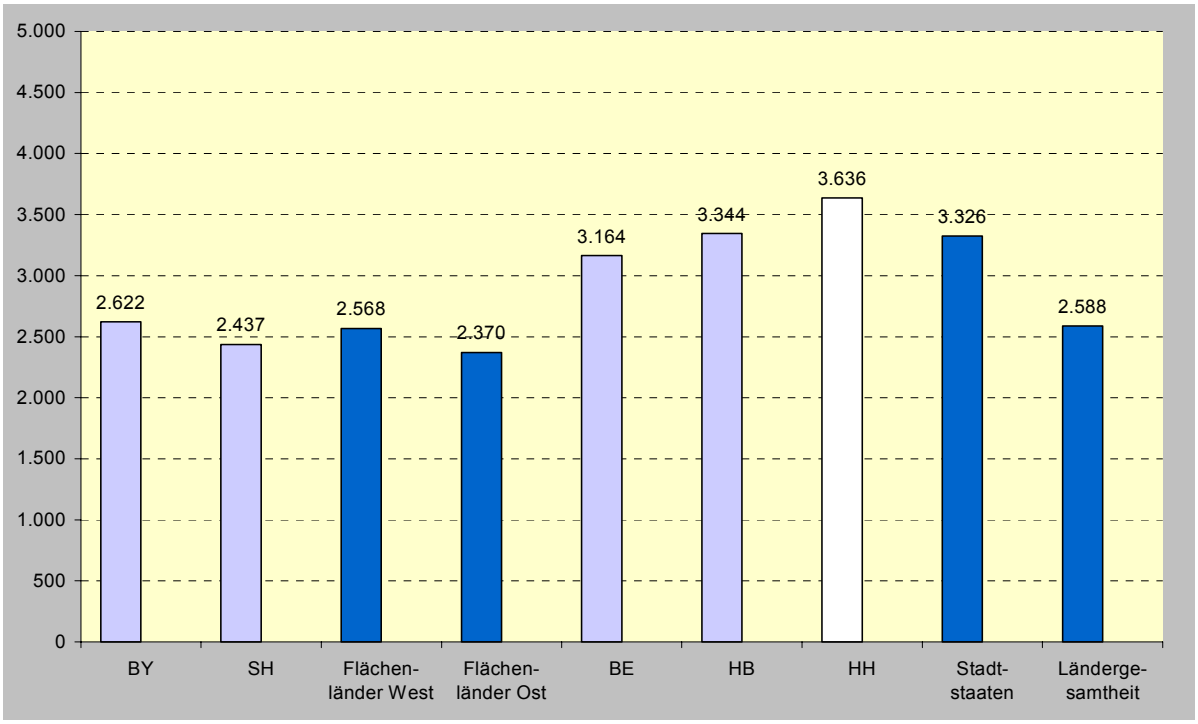
Grafik 15 zeigt, dass die Steuereinnahmen pro Einwohner der Stadtstaaten um rd. 9 % über dem Durchschnitt aller Bundesländer liegen. Dabei ist dieser Wert stark von der Position Hamburgs geprägt: Hamburg nimmt selbst innerhalb der Gruppe der Stadtstaaten aufgrund seiner hohen wirtschaftlichen Leistungskraft eine Sonderstellung ein. Die Steuereinnahmen pro Einwohner Hamburgs liegen nicht nur um rd. 49 % über dem Länderdurchschnitt, sondern übertreffen auch deutlich die Einnahmekraft der westdeutschen Flächenländer und Bayerns, dagegen weisen die beiden anderen Stadtstaaten eine lediglich durchschnittliche Steuerkraft auf.

Allerdings überzeichnet Grafik 15 die Finanzstärke Hamburgs. Die Verteilung der Ausgleichbeträge im Länderfinanzausgleich glättet die Unterschiede in der Pro-Kopf-Ausstattung (vgl.

[4] In den folgenden Grafiken werden Einnahmen und Ausgaben der Länder und Gemeinden verglichen. Neben den Stadtstaaten und den Durchschnittswerten für die Ländergesamtheit sowie die Flächenländer West und Ost werden Bayern und Schleswig-Holstein als Beispiele herangezogen. Die Daten für die Flächenländer enthalten auch die kommunale Ebene. Quellen: ZDL, Statistisches Bundesamt, Statistisches Landesamt, eigene Berechnungen.

Grafik 16). Von 3.863 EUR pro Einwohner verbleiben Hamburg nach Länderfinanzausgleich noch 3.636 EUR. Dagegen steigt die Pro-Kopf-Ausstattung der ostdeutschen Flächenländer (+ 13 %) sowie in besonderem Maße diejenige Berlins (+ 35 %), das im Jahr 2001 Finanzausgleichsbeträge von rd. 3,2 Mrd. EUR erhalten hat.[5]

Grafik 16 Steuereinnahmen pro Einwohner der Länder und Gemeinden (nach Länderfinanzausgleich) im Jahr 2001 in EUR



Auf der Ausgabenseite ist hervorzuheben, dass Stadtstaaten sowohl die Aufgaben eines Landes als auch einer Kommune wahrnehmen. Dazu gehören sowohl ministerielle und planerische Tätigkeiten als auch z.B. der Erhalt und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur sowie die Aufgaben der sozialen Sicherung. Die strukturellen Besonderheiten der Stadtstaaten führen zu entsprechenden Zusatzbelastungen der öffentlichen Finanzen, die sich insbesondere aus folgenden Einflussfaktoren ergeben:

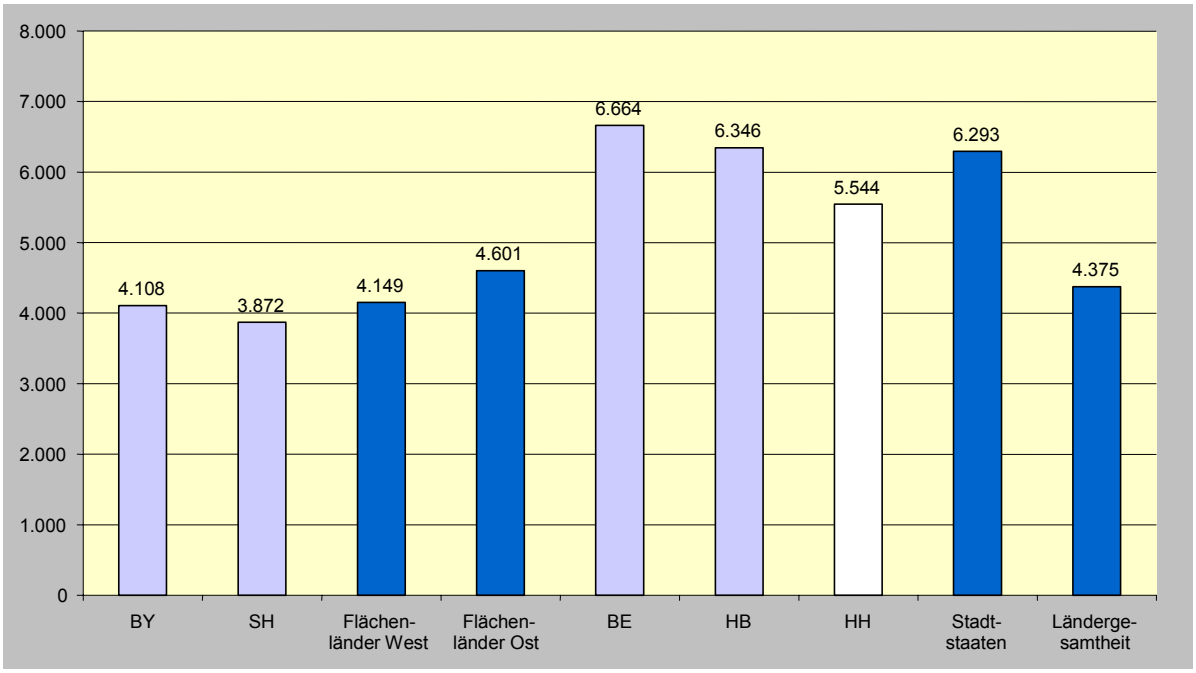
- *Agglomerationsbedingte Lasten*: Die mit der hohen Verdichtung verbundenen Kosten (höhere Kriminalität, höhere Arbeitslosen- und Sozialhilfequote) können nicht wie in Flächenländern durch Leistungen des kommunalen Finanzausgleichs kompensiert werden.
- *Zentrale Infrastrukturleistungen:* Stadtstaaten bieten Infrastrukturleistungen insbesondere in den Bereichen Kultur, Bildung, Wissenschaft und Verkehr an, die in nicht unbeträchtlichem Maße auch von den Bewohnern des Umlandes genutzt werden (z.B. Staatsoper, Theater, Universität u.a.).
- *Pendlerproblematik:* Infolge der Suburbanisierung gehen den Stadtstaaten mit den Einwohnern auch Steuereinnahmen verloren, da die Lohnsteuer nach dem Wohnsitzprinzip berechnet wird. Gleichzeitig nutzen die Pendler jedoch weiterhin die von der Stadt bereitgestellte Infrastruktur.

Im Ergebnis weisen die Stadtstaaten mit rd. 6.300 EUR ein deutlich höheres Niveau der Pro-Kopf-Ausgaben auf als die Flächenländer und der Durchschnitt der Ländergesamtheit (rd. 4.400 EUR), wobei Hamburg mit 5.500 EUR unter den drei Stadtstaaten noch am günstigs-

[5] Die Einnahmen Berlins werden darüber hinaus weiter erhöht durch Leistungen aus dem Solidarpakt und Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) wegen überdurchschnittlich hoher Kosten politischer Führung und der zentralen Verwaltung. Inklusive dieser Hilfen (2001: rd. 2,1 Mrd. EUR) steigen die Pro-Kopf-Werte für Berlin auf 3.924 EUR und übersteigen damit sogar das Niveau Hamburgs.

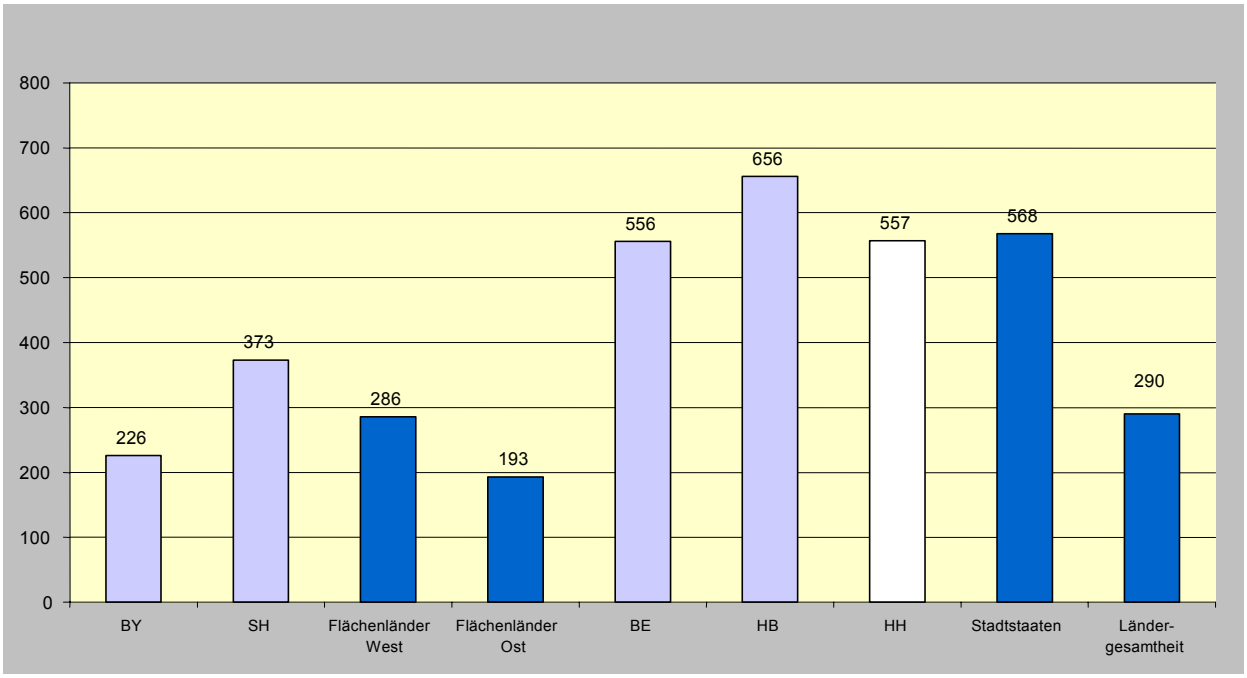
ten abschneidet (+ 27 % gegenüber Länderdurchschnitt, vgl. Grafik 17). Dabei sagt der reine Zahlenvergleich natürlich noch nichts darüber aus, ob eine überdurchschnittliche Pro-Kopf-Ausgabe tatsächlich auf zwangsläufige Mehrbelastungen oder etwa auf eine ineffiziente Aufgabenwahrnehmung zurückzuführen ist.

Grafik 17 Bereinigte Ausgaben pro Einwohner im Jahr 2001 in EUR

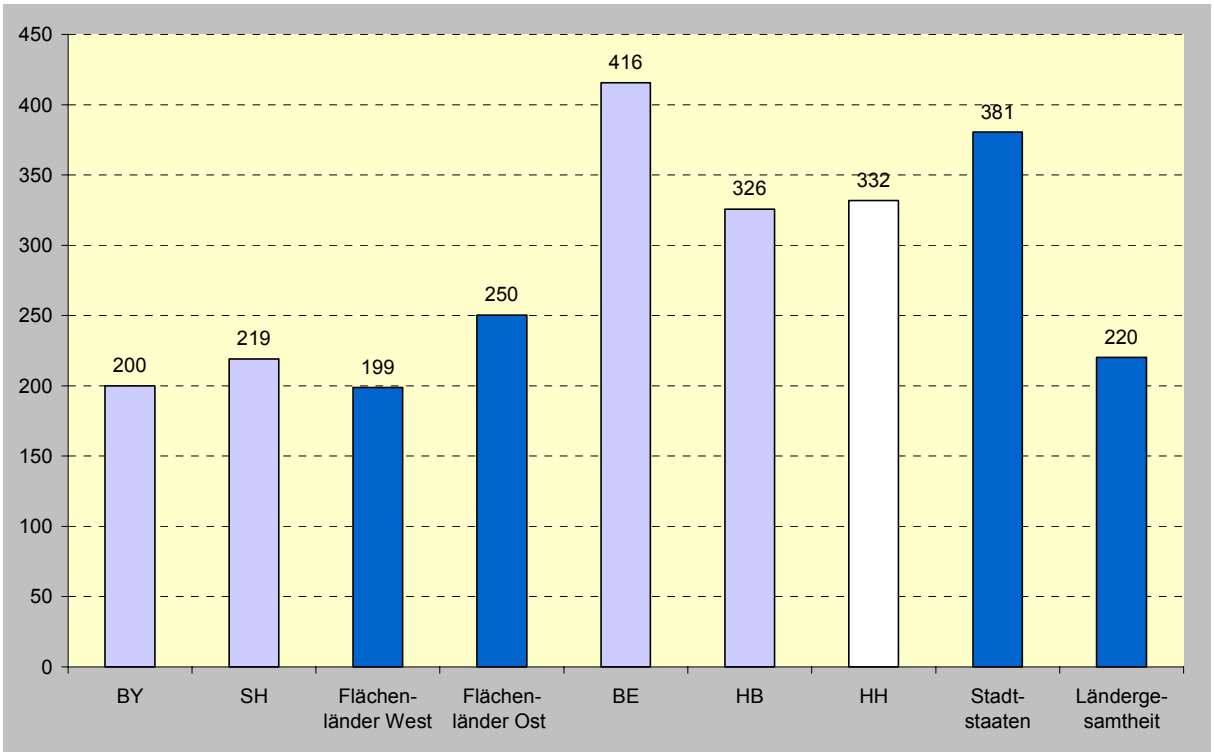


Besonders gravierend sind die im Vergleich zu den Flächenländern hohen Pro-Kopf-Ausgaben im Bereich der Sozialhilfe und der Inneren Sicherheit. Dies wird anhand der folgenden beiden Grafiken deutlich. Die Sozialhilfeausgaben pro Einwohner lagen im Jahr 2001 in den Stadtstaaten mehr als doppelt so hoch wie in den Flächenländern. Eine ähnliche Ausgabenrelation ergibt sich auch für den Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Grafik 18 Sozialhilfeausgaben der Länder und Gemeinden pro Einwohner im Jahr 2001 in EUR

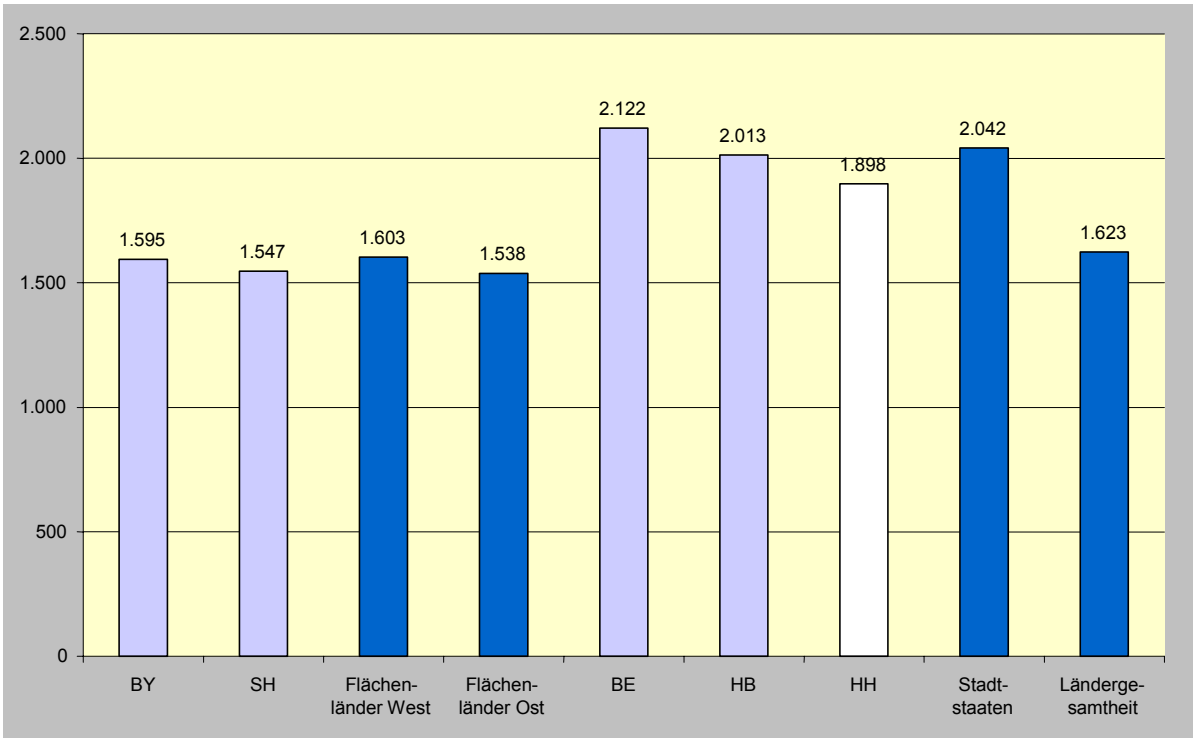


Grafik 19 Ausgaben der Länder und Gemeinden für öffentliche Sicherheit und Ordnung je Einwohner 1999 in EUR



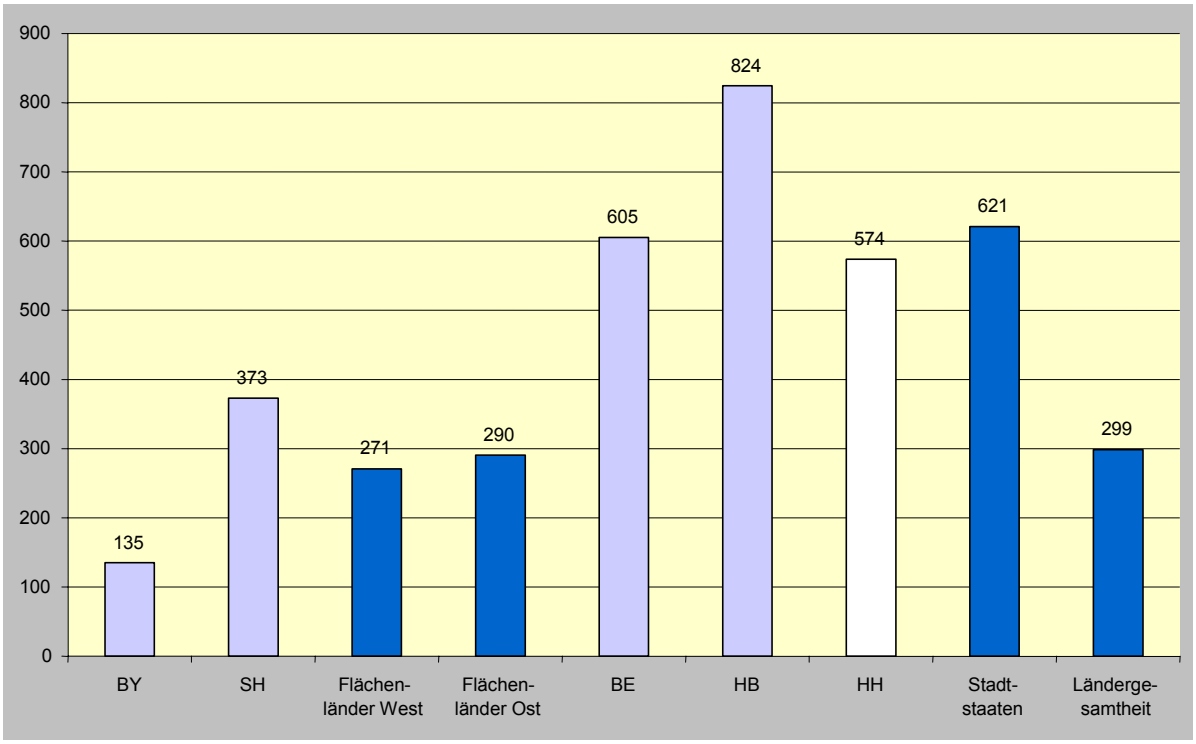
Betrachtet man große Ausgabenblöcke im Betriebshaushalt, fällt auf, dass bei den Personalausgaben die Ausgaben der Stadtstaaten pro Kopf um rd. 25 % über denen des Länderdurchschnitts liegen (vgl. Grafik 20). Dabei schneidet Hamburg wiederum unter den Stadtstaaten mit + 17 % relativ am günstigsten ab, während Berlin die höchsten Personalausgaben pro Kopf zu verzeichnen hat.

Grafik 20 Personalausgaben pro Einwohner im Jahr 2001 in EUR



Noch gravierender sind die Unterschiede allerdings bei den Zinsausgaben (vgl. Grafik 21). Die Stadtstaaten zusammen müssen pro Kopf mehr als das Doppelte für die Bedienung ihrer Verschuldung ausgeben als der Länderdurchschnitt. Hamburg liegt mit 574 EUR pro Einwohner um 90 % über dem Länderschnitt und gar um rd. 340 % über der Zinsbelastung Bayerns. Diese Zahlen weisen darauf hin, dass ein Großteil der aktuellen Haushaltskrise der Stadtstaaten auf die Haushaltsentwicklung der Vergangenheit mit einem zu hohen Ausgabenniveau und Problemen auf der Einnahmeseite zurückzuführen sind, die wiederum in Verbindung mit wirtschaftlichen und demographischen Strukturentwicklungen zu sehen sind.

Grafik 21 Zinsausgaben pro Einwohner im Jahr 2001 in EUR



Im Länderfinanzausgleich wird die besondere Eigenart der Stadtstaaten im Verhältnis zu allen übrigen Ländern mit der Wertung des Einwohners mit dem Faktor 1,35 berücksichtigt. Ob dies zusammen mit den dichtebedingten Mehreinnahmen der Stadtstaaten jedoch ausreicht, um die Mehrausgaben zu finanzieren, bleibt insbesondere auch vor dem Hintergrund der fortschreitenden Suburbanisierung fraglich. Hamburg ist von dieser Entwicklung besonders stark betroffen:

- Im vergangenen Jahrzehnt stieg die Zahl der Fortzüge ins Umland von 18.900 im Jahr 1991 auf 26.600 im Jahr 1999 kontinuierlich an. Zuletzt lag sie bei 22.900 im Jahr 2001. Der Umlandwanderungssaldo lag in diesem Zeitraum bei rd. – 9.000 jährlich.
- Von den in Hamburg sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben 36 % (278.000) ihren Wohnsitz nicht in der Hansestadt. Die Zahl der Auspendler beträgt dagegen nur 78.000. Somit ergibt sich ein Einpendlersaldo von 200.000.

Um die sich aufgrund der stadtstaatlichen Besonderheiten Hamburgs ergebende weitere Einengung der finanziellen Spielräume abzumildern, muss Hamburg bestrebt sein, die Attraktivität der Stadt für potentielle Umlandwanderer weiter zu steigern. Ziel des Senats ist es daher, Hamburg zu einer wachsenden und pulsierenden Metropole mit internationaler Ausstrahlung zu entwickeln. Dabei soll die Stadt gleichermaßen attraktiv für Arbeiten, Wohnen und Freizeit werden. Günstige Wohnbauflächen sollen v.a. für junge Familien mit Kindern bereit gestellt und dadurch die Umlandwanderung reduziert werden.

Auf der Ausgabenseite zeigen die o.g. Zahlen, dass – auch wenn ein großer Teil der über-

durchschnittlichen Pro-Kopf-Ausgaben Hamburgs auf unabweisbare Ursachen zurückzuführen ist – ein diszipliniertes Ausgabenverhalten notwendig ist und der Prozess der Aufgabenkritik und Effizienzsteigerung fortgesetzt werden muss.

3.7 Beschränkte Beeinflussbarkeit der Ausgaben

Die Ausgaben des Hamburger Haushalts sind aufgrund der dargestellten Vorbelastungen und aufgrund rechtlicher Rahmenbedingungen nur begrenzt kurzfristig beeinflussbar. Die Länderfinanzminister und -senatoren haben im Übrigen gegenüber dem Bundesfinanzminister darauf hingewiesen, dass der Bund aufgrund der unterschiedlichen Haushaltsstrukturen größere Handlungsmöglichkeiten auf der Ausgabenseite besitzt als die Länder und Gemeinden, deren Haushalte insbesondere weitaus stärker durch Personalausgaben und bundesgesetzlich fixierte Leistungsansprüche geprägt sind.

Für Hamburg belegen dies folgende Zahlen:

Übersicht 6 Disponibilität von Ausgaben

Von den Betriebsausgaben 2003 sind gebunden	
• Personalausgaben	39,9 %
• Zinsen und Schuldendiensthilfen	13,4 %
• Gesetzliche Leistungen	23,9 %
zusammen	77,2 %
Von den übrigen 23 % (rd. 1,9 Mrd. EUR) entfallen auf	
• Bauunterhaltung, Bewirtschaftung v. Gebäuden	304 Mio. EUR
• Informations- und Kommunikationstechnik (IuK)	90 Mio. EUR
• Gemeinschaftsfinanzierte Einrichtungen	76 Mio. EUR
• Öffentliche Unternehmen (Verlustausgleiche, Entgelte)	175 Mio. EUR
• Museen, Theater, Kulturförderung	169 Mio. EUR
• Hochschulen und UKE	453 Mio. EUR

3.8 Steigende Ausgaben bei struktureller Einnahmeverschlechterung

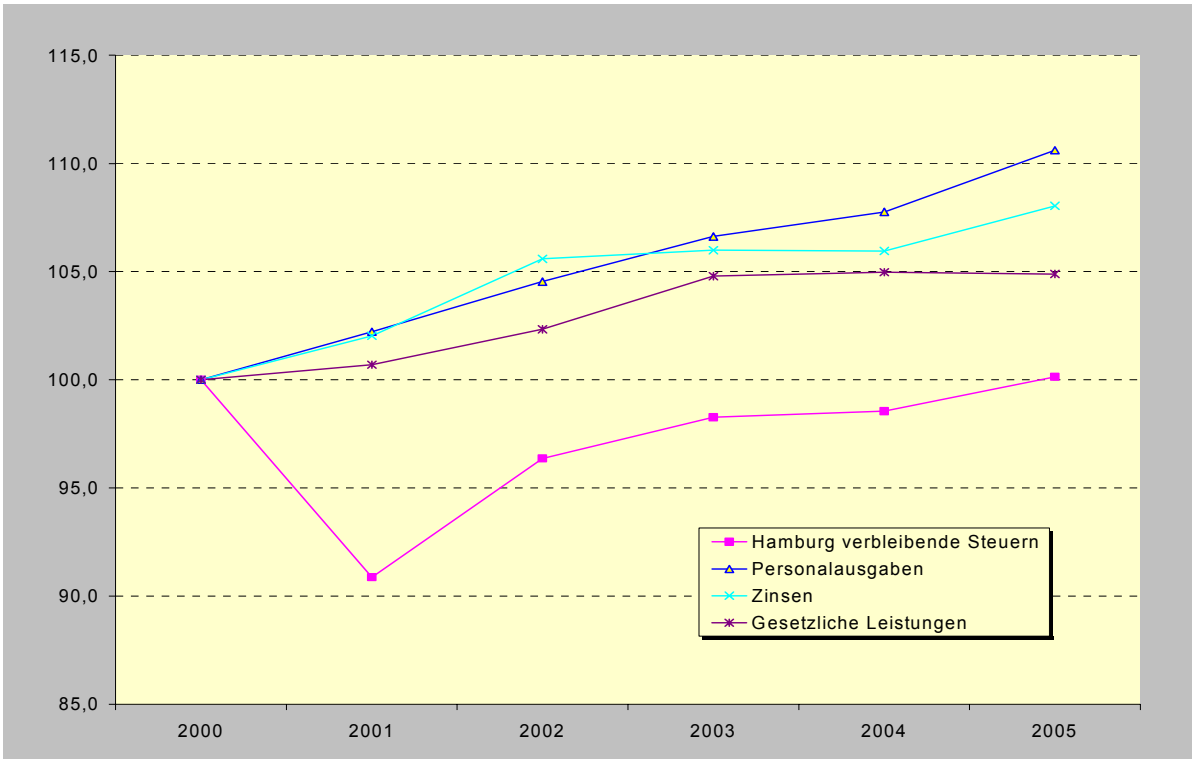
Auch wenn die Mehrzahl der Ausgaben nur begrenzt beeinflussbar ist, so muss doch festgestellt werden, dass die Zuwachsraten der Vergangenheit zu hoch waren. Bund, Länder und Gemeinden haben die Steigerung ihrer Ausgaben bis zum Jahr 2000 in zu großem Umfang an den Zuwachsraten der Einnahmen orientiert, die aus heutiger Sicht auf Dauer unrealisierbar sind. Diese strukturelle Fehlentwicklung bei den Ausgaben und die somit erforderliche Rückführung der Zuwachsrate auf einen realistischen Ansatz liegt in der Verantwortung zunächst der jeweiligen Gebietskörperschaft. Soweit die Zuwachsraten durch Bundesgesetze bedingt sind, ist in erster Linie der Bund auch hierfür in der Pflicht.

Für Hamburg zeigt Grafik 22 anschaulich die Problematik der Entwicklung: Während bei den Steuereinnahmen insbesondere mit dem Einbruch der Einnahmen 2001 eine Basisverschiebung nach unten statt gefunden hat und die Hamburg verbleibenden Steuern erst im Jahr 2005 das Niveau des Jahres 2000 wieder erreicht haben werden, steigen die großen, durch gesetzliche Ansprüche, Tarif- und Besoldungsrecht sowie die Schuldenlast der Vergangenheit (Zinsen) weitgehend festgelegten Ausgabenblöcke 2000-2005 deutlich an:

- die Personalausgaben um 11,0 %
- die Zinsausgaben um 7,5 %
- die gesetzlichen Leistungen um 6,5 %.

Diese Aufgabenblöcke machen rd. 75 % des Hamburger Haushalts aus. Die Herausforderung besteht darin, durch Gegensteuern bei den Ausgaben das Ausgabeniveau dem strukturell gesunkenen Einnahmeniveau anzupassen. Auf dieser Erkenntnis setzt der „Jesteburg-Prozess“ an, indem strukturelle, aufgabenkritische Maßnahmen zur Senkung der Ausgaben umgesetzt werden (Einzelheiten s. Abschnitt 4.9)

Grafik 22 Hamburg verbleibende Steuern und große Ausgabenblöcke 2000-2005 (Index 2000 = 100)



4 Verantwortungsbewusste Finanzpolitik – Ziele und ihre Umsetzung im Haushaltsplan-Entwurf 2004 und in der Finanzplanung 2003 bis 2007

4.1 Auftrag für die Finanzpolitik: Das Leitbild: Metropole Hamburg – Wachsende Stadt

Finanzpolitik dient dem gesamtstädtischen Auftrag, der mit dem Leitbild „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ beschrieben ist. [6]

Ziel des Senats ist es, Hamburg zu einer wachsenden und pulsierenden Metropole mit internationaler Ausstrahlung zu entwickeln. Dabei darf sich Hamburg nicht auf seiner guten Ausgangsposition im innerdeutschen Vergleich ausruhen. Dynamische Metropolen wie Kopenhagen, Barcelona, Wien oder auch Seattle und Toronto sind der Maßstab, an dem sich die Hansestadt messen lassen muss.

Diese Großstädte haben durch gezielte Wachstumsstrategien die Voraussetzungen für die Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen und damit von Wohn-, Arbeits- und Lebensqualität sowie ihre internationale Bekanntheit in nachdrücklicher Weise erhöht, so dass überdurchschnittliche wirtschaftliche Wachstumsraten und eine Zunahme der Einwohnerzahlen die Folge gewesen sind.

Wirtschafts- und Einwohnerwachstum wirken sich letztlich auch positiv auf Hamburgs öffentliche Einnahmen aus: Ausgehend von Erfahrungswerten der Finanzbehörde kann bei einer Erhöhung des Wirtschaftswachstums um real einen Prozentpunkt von etwa 100 Mio. EUR an Entlastungen für den Haushalt ausgegangen werden. Darüber hinaus bringt jeder zusätzliche Einwohner der Freien und Hansestadt Hamburg durchschnittlich rd. 3.000 EUR pro Jahr an Mehreinnahmen unter Berücksichtigung des Länderfinanzausgleichs. In dieser Summe enthalten sind die Einkommen- und die Umsatzsteuer, welche in erster Linie durch Wanderungsbewegungen betroffen sind. Hinsichtlich weiterer steuerlicher Auswirkungen dürften sich nach den Modellrechnungen der Finanzbehörde im Regelfall keine oder nur geringfügige Netto-Effekte auf der Einnahmeseite ergeben.

Um mittel- bis langfristig in die Spitzengruppe europäischer Metropolen vorzustoßen, hat der Senat ein umfassendes, alle Politikfelder einbeziehendes Gesamtkonzept entworfen. Schon nach einem guten Jahr sind erste Erfolge der Strategie sichtbar.

Das Leitbild: Metropole Hamburg – Wachsende Stadt verfolgt im Wesentlichen vier Ziele:

- ***Ziel 1: Ausbau der Metropolfunktion – national und international***

Hamburg hat mit der EU-Osterweiterung und nach der Wiedervereinigung Deutschlands eine zweite Chance, zentrale Drehscheibe für Ost- und Mitteleuropa zu werden. Dies ist von hoher Bedeutung für internationale Konzerne bei der Auswahl ihres Europasitzes. Ziel des Senats ist es daher, Hamburg zu einer unverwechselbaren Marke internationalen Maßstabs zu entwickeln und attraktive Rahmenbedingungen für internationale Konzerne zu schaffen. Daneben muss Hamburg aber auch national seine Metropolfunktion noch stärker wahrnehmen. Dabei ist der Sprung über die Elbe von grundlegender Bedeutung. Im Süden Hamburgs liegen bisher noch weitgehend ungenutzte Potenziale verborgen, die durch eine Entwicklung der Achse von der Innenstadt über die HafenCity nach Wilhelmsburg fruchtbar gemacht werden können. Bei all dem ist die verstärkte Kooperation mit dem Umland eine notwendige Voraussetzung, um die Metropolfunktion Hamburgs nachhaltig zu stärken.

Diesem Ziel dienen u.a. die folgenden Investitionen:

---

[6] Siehe ausführlich Rede des Präses der Finanzbehörde Dr. Wolfgang Peiner vor dem Überseeclub am 2.4.2003; Mitteilungen des Überseeclubs, Heft 2, Hamburg 2003.

- Internationale Gartenschau 2013 in Wilhelmsburg und auf der Veddel.
- Bau einer der modernsten deutschen Leichtathletikhallen.
- Ermöglichung der Fußball-WM 2006 durch finanzielle Beteiligung bei der sicherheitsbezogenen Infrastruktur.
- Weiterentwicklung Hamburgs als Kulturmetropole, hierfür stehen von 2004 bis 2008 über 116 Mio. EUR als Investitionsmittel zur Verfügung. Dazu gehören u.a. der Umbau der Deichtorhallen in ein Haus der Fotografie für die Sammlung F.C. Gundlach und die Sicherung der international beachteten Marinesammlung Tamm durch gemeinsame Finanzierung von Wirtschaft und Stadt.

- ***Ziel 2: Überdurchschnittliches Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum***

Hamburgs Wohlstand gründet sich auf die Erfolge von Handel und Gewerbe. Nur mit einer wirtschaftsfreundlichen Politik kann es gelingen, den Wohlstand der Stadt auch langfristig zu sichern und im Wettbewerb der internationalen Metropolen zu bestehen. Ziel muss es sein, wieder überdurchschnittliche Wachstumsraten zu erzielen. National wurde dieses Ziel in den vergangenen Jahren zwar erreicht, international ist Hamburg jedoch ins europäische Mittelmaß abgeglitten. Hier möchte der Senat eine Trendumkehr erreichen. Aufbauend auf den Stärken Hamburgs sollen dazu wirtschaftliche Zukunftsfelder gezielt gefördert werden.

Zentraler Punkt bei den Investitionen in diesem Bereich ist der Ausbau von strategischen Kompetenz-Clustern in den Bereichen Life-Science, IT und Medien, Hafen und Logistik sowie Luftfahrt und China.

- Der Ausbau des Life-Science-Clusters Hamburg ist ein zentraler Punkt. Hamburg unterstützt diesen Bereich in der Planperiode allein durch den Umbau des UKE in einem ersten Bauabschnitt mit Gesamtkosten von 265 Mio. EUR. Zusammen mit den übrigen Krankenhausinvestitionen wird die Stadt bis 2008 mehr als 875 Mio. EUR investieren. Eine weitere, strukturbildende Maßnahme im Bereich Life-Science ist die Gründung der Koordinierungsagentur i-Med, die im Schwerpunkt der innovativen Medizin Projekte in Public-Private-Partnership fördern wird.
- Der Kompetenz-Cluster IT und Medien wird weiterhin eine wichtige Rolle für die Beschäftigungssituation und die Rekrutierung von qualifiziertem Nachwuchs in der Stadt spielen. In diesem Bereich werden u.a. Mittel für den Umbau der ehemaligen Klinik Finkenau in einen Kunst- und Mediencampus bereitgestellt.
- Die Entwicklungsperspektiven des Hafens werden durch weitere Umstrukturierungen und Modernisierungen gezielt verbessert, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit und damit die große Zahl der mit dem Hafengeschehen verbundenen Arbeitsplätze in der Metropolregion zu erhalten. In die Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Hafens als logistisches Zentrum Nordeuropas investiert die Stadt von 2004 bis 2008 mehr als 530 Mio. EUR. Zur Erreichung dieses Ziels gehören hoch qualifizierte Fachkräfte. Der Kooperationsvertrag zur Gründung einer „Hamburg School of Logistics“(HSL), die in Public-Private-Partnership finanziert und in Nachbarschaft der Technischen Universität Harburg (TUHH) angesiedelt werden soll, ist am 9.7.2003 unterzeichnet worden. Mit Mitteln des Innovationsfonds "Wachsende Stadt" wird die Startphase der HSL finanziell unterstützt.
- Produktion und Endlinienfertigung des A380 in Hamburg eröffnen der Luftfahrt-Branche als Wachstumsmotor für ganz Norddeutschland neue Perspektiven. Zur Stärkung und zum Ausbau des Luftfahrtstandortes Hamburg werden Projekte der Luftfahrtforschung und -technologie mit rund 11 Mio. EUR gefördert.
- Zur Förderung des Mittelstandes wird durch das geplante Kompetenzzentrum des Handwerks ein neuer Schwerpunkt gesetzt, der bundesweite Ausstrahlung haben wird. Von den Gesamtkosten von rd. 50 Mio. EUR wird die Stadt Hamburg ein Viertel übernehmen. Insgesamt wird der Senat in der Referenzperiode ca. 95 Mio. EUR in Projekte zur Wirtschaftsförderung investieren.

- Die bereits vorhandene starke Positionierung Hamburgs als Tor von und nach China wird durch die Vernetzung der Hamburger China-Akteure in den Bereichen Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft, Kultur und Medizin im Rahmen des China-Clusters gezielt weiter ausgebaut. Hierfür werden auch Mittel aus dem Innovationsfonds „Wachsende Stadt“ bereitgestellt.

- ***Ziel 3: Erhöhung der Einwohnerzahl***

Ein überdurchschnittliches Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum wird Hamburg auch attraktiv machen für kreative Köpfe und hochqualifizierte Arbeitskräfte aus dem In- und Ausland. Die Einwohnerzahl wird in der Folge steigen. Gerade die positive Bevölkerungsentwicklung der vergangenen beiden Jahre zeigt, wie attraktiv Hamburg ist und welche Potenziale auch künftig bestehen. Damit ist Hamburg gut positioniert für die demographischen Herausforderungen der kommenden Jahre (alternde Gesellschaft und steigende Sterbeüberschüsse), die für die Bundesrepublik Deutschland insgesamt sowie für die Mehrzahl der deutschen Großstädte einen Bevölkerungsrückgang bedeuten werden. Inmitten dieses insgesamt schrumpfenden Bundesgebietes wird es jedoch auch einige Wachstumsinseln geben. Mit seiner Wachstumsstrategie sieht der Senat für Hamburg gute Chancen, in Zukunft zu einer dieser Wachstumsinseln zu gehören.

Mit den Beschlüssen der Senatskommission für Stadtentwicklung vom 3. April 2002 zu den beiden Sofortprogrammen „Wohnbauflächen für die Wachsende Stadt“ und „Gewerbeflächen für die Wachsende Stadt“ sowie insgesamt 17 Folgeaufträgen hat der Senat eine umfassende Agenda zur Erhöhung der Verfügbarkeit attraktiver Flächen für Wohnen und Gewerbe, zur Wohnungsbauförderung und zur Verbesserung des Flächenmanagements auf den Weg gebracht (siehe dazu auch Abschnitt 4.13.1).

Ausgewählte Investitionen aus diesem Sektor sind:

- Erschließungsmaßnahmen für den Wohnungsbau sowie für Industrie- und Gewerbeflächen einschließlich Reaktivierung von Brachen für insgesamt 147 Mio. EUR.
- Instandhaltung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sowie Verbesserung von Lenkung und Organisation des Verkehrsflusses für insgesamt 623 Mio. EUR in der Referenzperiode.

Die HafenCity bringt Hamburg wieder zurück an die Elbe und leitet den Brückenschlag nach Süden ein. Nachdem mit den Kibbelsteg-Brücken und dem SAP-Gebäude zunächst wichtige Einzelvorhaben realisiert werden konnten, starten in diesem Jahr die ersten großen zusammenhängenden Bauabschnitte. Zur Anbindung der HafenCity an das Schnellbahnnetz hat der Senat bereits zu Beginn des Jahres 2003 den Bau einer U-Bahn beschlossen. Eingebunden wird der Streckenabschnitt in eine neue U-Bahnlinie U 4 (Bramfeld – Steilshoop – Barmbek – Berliner Tor – Hauptbahnhof (Süd) – Rathaus – HafenCity). Es besteht die Option einer späteren Weiterführung in Richtung Wilhelmsburg – Harburg. Der Baubeginn ist für 2006, die Fertigstellung für 2011 vorgesehen. Die Gesamtkosten für den Ausbau des U-Bahn-Netzes durch Anschluss der HafenCity und Verlängerung nach Steilshoop, der noch in der Planperiode beginnt, betragen 550 Mio. EUR.

- ***Ziel 4: Sicherung der Lebensqualität und der Zukunftsfähigkeit Hamburgs***

Bewohner sowie Besucher Hamburgs schätzen an der Stadt besonders den prägenden Charakter als grüne Metropole am Wasser und ihre hohe Lebensqualität. Ein Wachstum Hamburgs soll nicht auf Kosten dieser Standortvorteile gehen. Wachstum und Sicherung der Lebensqualität sind kein Widerspruch. Hamburg ist mit 2.251 Einwohnern je km^2 einer der am dünnsten besiedelten Ballungsräume der Welt. Aufgrund des Strukturwandels sind in den vergangenen Jahren viele Flächen frei geworden. Diese Konversionsflächen (z.B. von Post, Telekom, Bahn, Bundeswehr oder öffentlichen Unternehmen) bilden Potenziale für zukünftige Gewerbe- und Wohnbauflächen. Eine Stärkung der Sport-, Kultur- und Familienangebote soll darüber hinaus die Attraktivität Hamburgs erhöhen. Durch eine bessere Qualität der

Schulen und der wissenschaftlichen Ausbildung wird die Zukunftsfähigkeit Hamburg gesichert.

Der bei den Hochschulen eingeleitete Umstrukturierungsprozess wird zu einer Qualitätssteigerung des Wissenschaftsstandortes führen. Ausgehend von den im Januar 2003 vorgelegten Empfehlungen der Expertenkommission unter der Leitung von Dr. Klaus von Dohnanyi hat der Senat im Juni 2003 eine Leitentscheidung über die Eckpunkte der zukünftigen Entwicklung der Hamburger Hochschulen getroffen. Mit dem Umsetzungsprozess gemeinsam mit den Hochschulen und zum Teil mit Hilfe von externen Moderatoren wird unmittelbar begonnen.

Folgende Investitionen decken diesen Bereich ab:

- Für investive Maßnahmen im Hochschulbereich sowie zur Modernisierung der Forschungslandschaft werden von 2004 - 2008 über 474 Mio. EUR (ohne UKE-Investitionen) zur Verfügung gestellt.
- Die Bereiche Schule und Kindertagesbetreuung bilden mit einem Gesamtansatz von 614 Mio. EUR weiterhin einen Schwerpunkt der hamburgischen Investitionspolitik. Das Sonderinvestitionsprogramm Schulen für die Bereiche Ganztagsschulen und Gebäudesanierung hat dabei einen Umfang von insgesamt (einschließlich Bundesmitteln) 50 Mio. EUR. Privatschulen werden mit zusätzlich 5 Mio. EUR noch stärker als bisher gefördert.
- Die für die Innere Sicherheit wichtigen Investitionen der Behörde für Inneres und der Justizbehörde im Planungszeitraum machen mehr als 245 Mio. EUR aus. Schwerpunkte sind dabei die Errichtung der neuen Justizvollzugsanstalt Billwerder sowie die Ausrüstung der Polizei mit modernen Fahrzeugen. Darüber hinaus wird mit dem Einstieg in ein komplettes Erneuerungsprogramm für die Dienstpistolen der Polizei ein besonderer Akzent gesetzt.
- Energiesparinvestitionen von Betrieben werden im Rahmen des Programms Unternehmen für Ressourcenschutz bezuschusst.
- Im Bereich Naturschutz und Landschaftspflege werden zusammen mehr als 64 Mio. EUR investiert, Schwerpunkte sind dabei die Verbesserung des Wohnumfelds, von Grünanlagen und Spielplätzen.
- Zur Verbesserung des Services für Bürgerinnen und Bürger setzt der Senat verstärkt auf die Vorzüge der Informations- und Kommunikationstechniken, des so genannten e-Governments und investiert in diesen Bereich mehr als 287 Mio. EUR in den Jahren 2004 bis 2008. U.a. wird das Projekt „HamburgService: Erreichbarkeit der Hamburger Verwaltung unter einer Telefonnummer“ im nächsten Jahr starten.

4.2 Finanzierung der Schwerpunktbereiche Innere Sicherheit, Bildung und Verkehr

Abgeleitet aus dem Leitbild „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ sind die Schwerpunktbereiche, deren Finanzierung die finanzpolitischen Maßnahmen sicherstellen.

4.2.1 Haushalt 2002: Realisierung der politischen Schwerpunkte

Mit dem Haushalt 2002 sind umfangreiche politische Schwerpunktsetzungen insbesondere in den Bereichen Polizei, Justiz, Schulen und Hochschulen sowie bei den Investitionen vorgenommen worden, um den Wählerauftrag trotz der schlechten finanziellen Rahmenbedingungen umzusetzen. Dazu gehören:

- Innere Sicherheit: insbesondere Verstärkung der polizeiliche Präsenz und Einsatzkraft durch 250 Angestellte im Polizeidienst sowie 280 beamtete Nachwuchskräfte (19,3 Mio. EUR).
- Bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie im Strafvollzug wurden die noch nicht erbrachten Sparverpflichtungen aus dem Konsolidierungsprogramm 1994-2001 im Perso-

nalbereich aufgehoben. Darüber hinaus erhielt die Staatsanwaltschaft 25 neue Stellen (einschließlich Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger und Servicepersonal; rd. 6,3 Mio. EUR).

- Der Wissenschafts- und Medienstandort Hamburg wurde durch die Einrichtung einer Film- und Medienakademie und eine Qualitätsoffensive in den Hochschulen gestärkt (4 Mio. EUR).
- Qualitätssteigerung und Erneuerung im Schulwesen: Zum 1.2.2002 konnten 180 junge Lehrerinnen und Lehrer, darunter alle nach Leistung und Fächerkombination geeigneten Absolventinnen und Absolventen des Staatlichen Studienseminars, eingestellt werden. Damit wurden die notwendigen Nachwuchskräfte für Hamburg gesichert. Die Kapazität des Staatlichen Studienseminars wurde um 50 Stellen erweitert (rd. 6,8 Mio. EUR).

Die zur Finanzierung dieser Schwerpunktsetzungen erforderlichen Mittel wurden erbracht durch

- Steuerungsgewinne bei der Sozialhilfe (5 Mio. EUR),
- Effizienzgewinne bei der staatlichen Arbeitsmarktförderung (10 Mio. EUR),
- Reduzierung von Zuwendungen (8 Mio. EUR) sowie
- weitere Minderausgaben durch Schwerpunktsetzungen und Effizienzsteigerung.

Mit den Maßnahmen in den Bereichen Polizei, Bildung, Hochschulen und Justiz einerseits und den Deckungsbeiträgen in den genannten Bereichen andererseits nahm der Senat eine deutliche Schwerpunktsetzung vor.

Im investiven Bereich legte der Senat ein einmaliges 50 Mio. EUR-Sonderprogramm zur Beseitigung des Instandsetzungsstaus bei öffentlicher Infrastruktur auf. Es umfasste die Kernbereiche Straße, Schule, Wissenschaft, Kultur sowie notwendige Baumaßnahmen im Hafen. Dieses Sonderprogramm zur Substanzverbesserung der öffentlichen Infrastruktur wurde durch Vermögensumschichtung finanziert: 50 Mio. EUR wurden dafür dem Grundstock für Grunderwerb entnommen.

4.2.2 Haushalt 2003

Die Finanzierung der Schwerpunktebereiche wurde auch im Haushalt 2003 fortgesetzt:

- „Junglehrerprogramm“: für zwei Jahre Einstellung von zusätzlich 100 Referendaren,
- Schaffung von jährlich drei neuen Ganztagsschulen,
- Bereitstellung von 10 Mio. EUR von 2003 bis 2005 für die Privatschulen zum Ausbau der sozialen Schulinfrastruktur und zum Aufbau moderner Informations- und Kommunikationsinfrastruktur,
- Erhöhung der Investitionen im Bereich Hochschulen und Wissenschaft insbesondere durch den ersten Abschnitt des Masterplans UKE,
- Aufstockung der Berufungsfonds für die Neueinstellung von Professoren,
- Vorziehen der Neukonzeption für die Justizvollzugsanstalt Billwerder und Erweiterung des dafür vorgesehenen Neubaus,
- Erhöhung der Personalstärke der Polizei durch zusätzliche Ausbildungsklassen,
- eine zusätzliche Ausbildungsklasse für die Feuerwehr.

4.2.3 Haushalt 2004

Trotz der äußerst schwierigen Haushaltslage hat der Senat auch mit dem Haushaltsplan-Entwurf 2004 und der mittelfristigen Finanzplanung 2003-2007 die Schwerpunktbildung für die Bereiche Bildung, Innere Sicherheit und Verkehr fortgesetzt, die mit dem Wählerauftrag vom September 2001 verbunden ist:

Schwerpunkt Bildung

- 100 weitere Lehrerstellen werden wie geplant ausfinanziert.
- 5 Mio. EUR mehr an Finanzhilfen für Schulen in freier Trägerschaft, um deren Kostendeckungsgrad auf 65 Prozent zu heben.
- Erhöhung der Ansätze für Lehr- und Lernmittel um 5 Mio. EUR. Die Ansatzerhöhungen dienen zum Ausgleich der ursprünglich vorgesehenen Beteiligung der Eltern an den Kosten der Schulbücher.
- Die Systemumstellung bei den Kindertagesstätten wird mit einmalig 5 Mio. EUR begleitet.
- Die Schulen erhalten 5 Mio. EUR mehr gegenüber dem Haushalt 2003 für die Bewirtschaftung der Schulen, insbesondere für gestiegene Energiekosten.

Schwerpunkt Innere Sicherheit

- Beschaffung eines digitalen Sprech- und Datenfunksystems für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (6,3 Mio. EUR).
- Ersatz von Hubschraubern (7,2 Mio. EUR).
- Beschaffung von Fahrzeugen (8 Mio. EUR) und von Spezialgeräten (2 Mio. EUR) für die Polizei sowie von Feuerlösch- und Rettungsfahrzeugen (7 Mio. EUR).
- Neubau der Justizvollzugsanstalt in Billwerder (21,0 Mio. EUR) und Modernisierung der bestehenden Vollzugsanstalten (6,2 Mio. EUR).
- Ausbau des Städtischen Ordnungsdienstes
- Verschärfung des Waffenrechtes
- Verstärkung der Elbtunnelfeuerwehr
- Zusätzliche Mittel für die Terrorismusbekämpfung
- Zusätzliche Mittel zur Abgeltung von Überstunden bei der Vollzugspolizei .

Verkehr:

- Moderate Erhöhung und Verstetigung der Ausgaben für die Unterhaltung öffentlicher Straßen und Wege auf hohem Niveau (7,5 Mio. EUR).
- Vorbereiten von Verbesserungen des ÖPNV (z.B. durch Fahrzeugfinanzierung für die S-Bahn-Verlängerung Neugraben-Stade, durch Umbau ZOB Bergedorf und durch Planung der U 4 HafenCity-Bramfeld).
- Für die Anpassung und Umgestaltung des Jungfernstiegs sind insgesamt 4 Mio. EUR, davon 1 Mio. EUR in 2004 und 3 Mio. EUR in 2005 bereitgestellt; es wird im Sinne der Public Private Partnership darüber hinaus mit privater Finanzierung in einer Größenordnung von rund 11 Mio. EUR gerechnet.
- 2004 ist der erste Spatenstich für die Ortsumgehung Finkenwerder. Der Haushalt 2004 sieht hierfür 0,5 Mio. EUR und 15 Mio. EUR Verpflichtungsermächtigung vor.
- Für die Grundinstandsetzung von Straßen sind 2004 14 Mio. EUR eingeplant.
- Für die Verbesserung des Verkehrsflusses auf den Hauptverkehrsstraßen unter Einsatz Computer gestützter Verkehrsleitsysteme bei der Steuerung der Lichtsignalanlagen („Grüne Welle“) werden ab 2004 jährlich 1 Mio. EUR zusätzlich bereitgestellt.
- Zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit von Verkehrsknoten im Bereich des Ring 2 sind die Mittel für den Straßenaus- und -umbau 2004 um 0,5 Mio. EUR und ab 2005 um jährlich 1 Mio. EUR aufgestockt worden.
- Als wichtige Stadtteil verbindende Maßnahme wird der Ausbau des Ölmühlenweges mit

1,8 Mio. EUR ausgestattet.

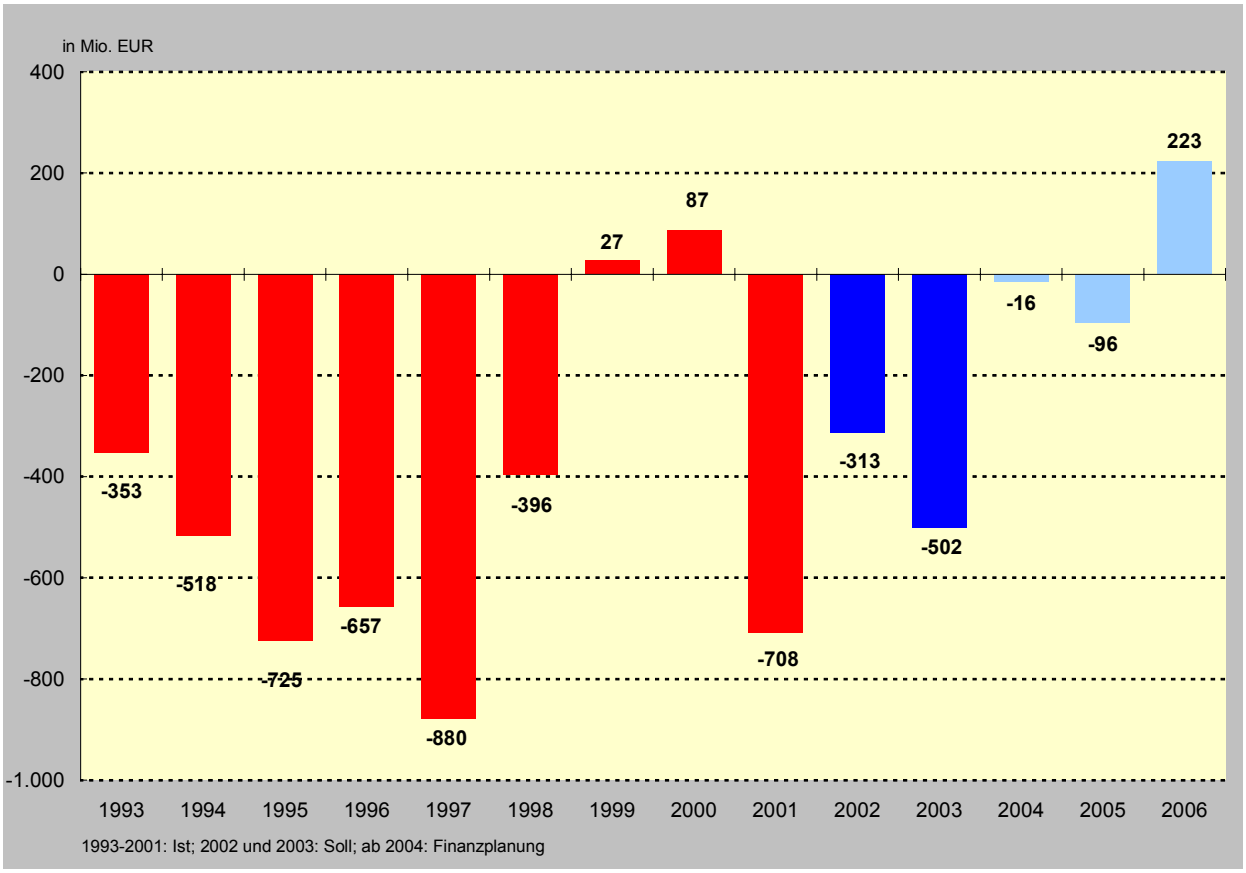
Einzelheiten enthalten auch die Abschnitte 5.1 und 5.2.

4.3 Ziel: Ausgleich des Betriebshaushalts im Jahr 2006

Verantwortungsbewusste Konsolidierung ist eine ständige Aufgabe und nicht befristbar. Sie ist unabhängig von Wahlterminen. Mit der mittelfristigen Finanzplanung 2003 bis 2007 werden die Zahlen abgebildet, denen strukturelle Entscheidungen vor allem durch aufgabenkritische Einsparungen zugrunde liegen.

Ziel des Senats war der Ausgleich des Betriebshaushalts 2004. Schon frühzeitig hatte der Senat dafür die Weichen gestellt und mit entsprechenden Rahmenvorgaben von Februar 2002 aufgabenkritische Einsparungen von insgesamt 225 Mio. EUR bis 2004 beschlossen. In der Mittelfristigen Finanzplanung 2002-2006 waren die strukturelle Überrollung des Vorjahreshaushalts sowie die aufgabenkritischen Einsparungen in voller Höhe berücksichtigt. Grafik 23 zeigt, dass aus damaliger Perspektive der Betriebshaushalt 2004 noch ein leichtes Defizit von –16 Mio. EUR aufwies. Der Ausgleich des Betriebshaushalts 2004 war also im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung möglich. Ohne die Steuer-Mindererwartungen 2004 von – 538 Mio. EUR durch die Mai-Steuerschätzung 2003 ergäbe sich ein leichter Überschuss im Betriebshaushalt.

Grafik 23 **Finanzierungssalden im Betriebshaushalt aus der Perspektive der Finanzplanung 2002 - 2006 (in Mio. EUR)**



Gegenüber dieser Ausgangslage hat die Mai-Steuerschätzung 2003 eine gravierende Verschlechterung der Rahmenbedingungen ergeben. Gegenüber der Mai-Schätzung 2002 wurden strukturelle Verschlechterungen der Hamburg verbleibenden Steuereinnahmen von jährlich rd. – 500 Mio. EUR geschätzt. Der Ausgleich des Betriebshaushalts im Jahr 2004 wäre

nur durch nicht zu rechtfertigende drastische Gegenmaßnahmen möglich gewesen, die sich prozyklisch und damit krisenverschärfend ausgewirkt hätten. Andererseits ist es unerlässlich, die Ausgabenentwicklung an das nachhaltig gesunkene Niveau der Steuereinnahmen anzupassen, sollte nicht der Weg in die selbstverschuldete Haushaltsnotlage beschritten werden.

Der Senat hatte daher beschlossen,

- ebenso wie in den Jahren 2003 und 2004 auch in den Folgejahren die Vorjahresansätze zu überrollen
- und den Betriebshaushalt durch weitere strukturelle Verbesserungen in den Jahren 2005 und 2006 in Höhe von insgesamt 215 Mio. EUR zusätzlich zu entlasten.

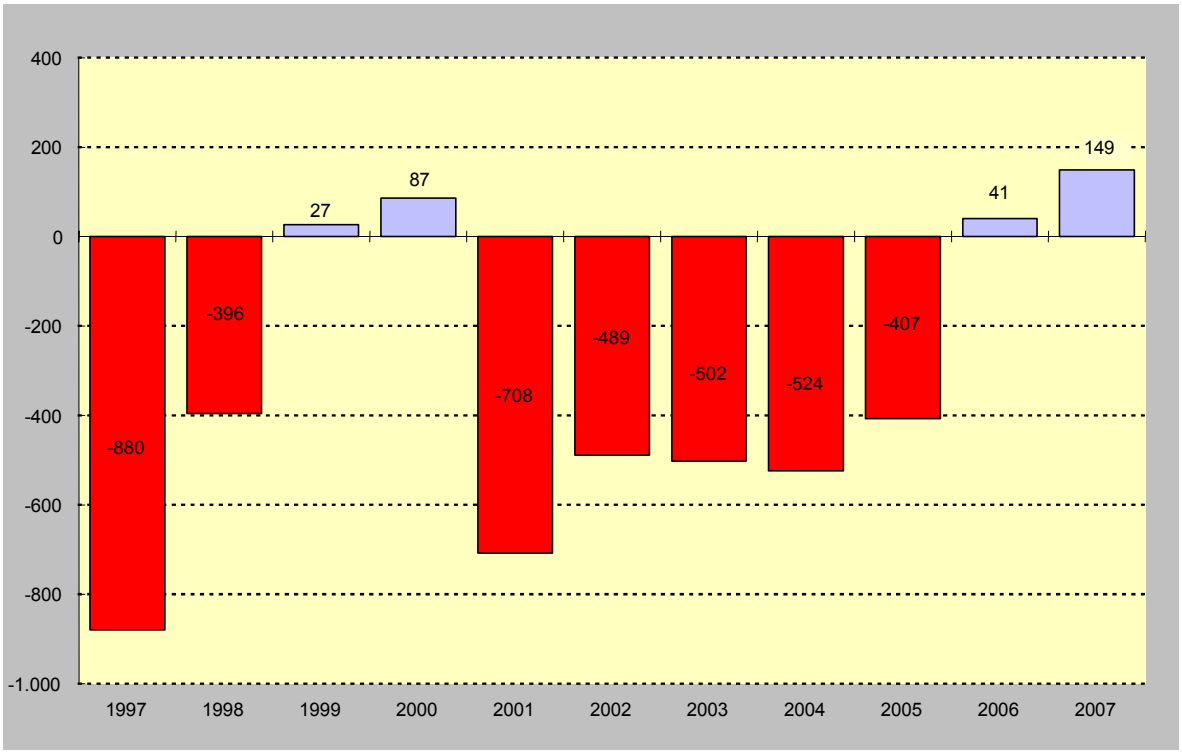
Damit ist der notwendige Ausgleich des Betriebshaushalts im Jahr 2006 – zwei Jahre später als ursprünglich vorgesehen – erreichbar.

Der Haushaltsplan-Entwurf 2004 und die Mittelfristige Finanzplanung 2003-2007 berücksichtigen diese Senatsbeschlüsse wie folgt:

- Mit Ausnahme der Ausgabenblöcke, bei denen unabweisbare Mehrbedarfe veranschlagt werden mussten (insbesondere Personalausgaben aufgrund von Tarif- und Besoldungsanpassungen und steigender Zahl der Versorgungsempfänger sowie den Zinsen und einiger gesetzlicher Leistungen), konnte die strukturelle Überrollung des Vorjahreshaushalts weitgehend eingehalten werden.
- Die aufgabenkritischen Maßnahmen aus „Jesteburg I“ für das Jahr 2003 wirken fort. Die für das Jahr 2004 vorgesehene zweite Rate der Maßnahmen in Höhe von 70 Mio. EUR (75 Mio. EUR abzüglich der nicht weiter verfolgten Elternbeteiligung an den Kosten für Schulbücher) ist ebenfalls veranschlagt (vgl. Abschnitt 4.9.2)
- Die vom Senat angestrebten weiteren (dritten) 75 Mio. EUR Verbesserungen konnten im Umfang von rd. 45,7 Mio. EUR durch verbesserte Unternehmensergebnisse erbracht werden. Die angestrebte strukturelle Zinseinsparung in Höhe von 33 Mio. EUR – durch Einsatz der 2002 realisierten Vermögensmobilisierungen zur Senkung der Kreditaufnahme – konnte dagegen nicht realisiert werden, weil die hierfür vorgesehenen Mittel aufgrund der drastisch verschlechterten Wirtschaftslage und Steuerentwicklung zur Finanzierung der Betriebshaushalte 2002 bis 2004 eingesetzt werden müssen (Steuerausfall-Sonderlast). Diese nicht realisierten strukturellen Zinseinsparungen werden allerdings durch das aktuelle günstige Zinsniveau ausgeglichen.

Grafik 24 zeigt, dass der Betriebshaushalt im Jahr 2006 mit einem Plus von rd. 41 Mio. EUR ausgeglichen werden und damit ein erster Beitrag zur Finanzierung von Investitionen und zur Senkung der Nettokreditaufnahme aus dem Betriebshaushalt geleistet werden kann. Im Jahr 2007 kann dieser Beitrag nach jetzigem Planungsstand auf 149 Mio. EUR steigen.

Grafik 24 Finanzierungssalden im Betriebshaushalt 1997-2007 (in Mio. EUR)



2003 beschlossener Haushaltsplan ohne zwischenzeitliche Änderungen (insbesondere Drs. 17/3036 „Unterrichtung der Bürgerschaft nach § 10 Abs. 2 LHO“)

Bei dieser Perspektive sind jedoch Haushaltsrisiken zu berücksichtigen:

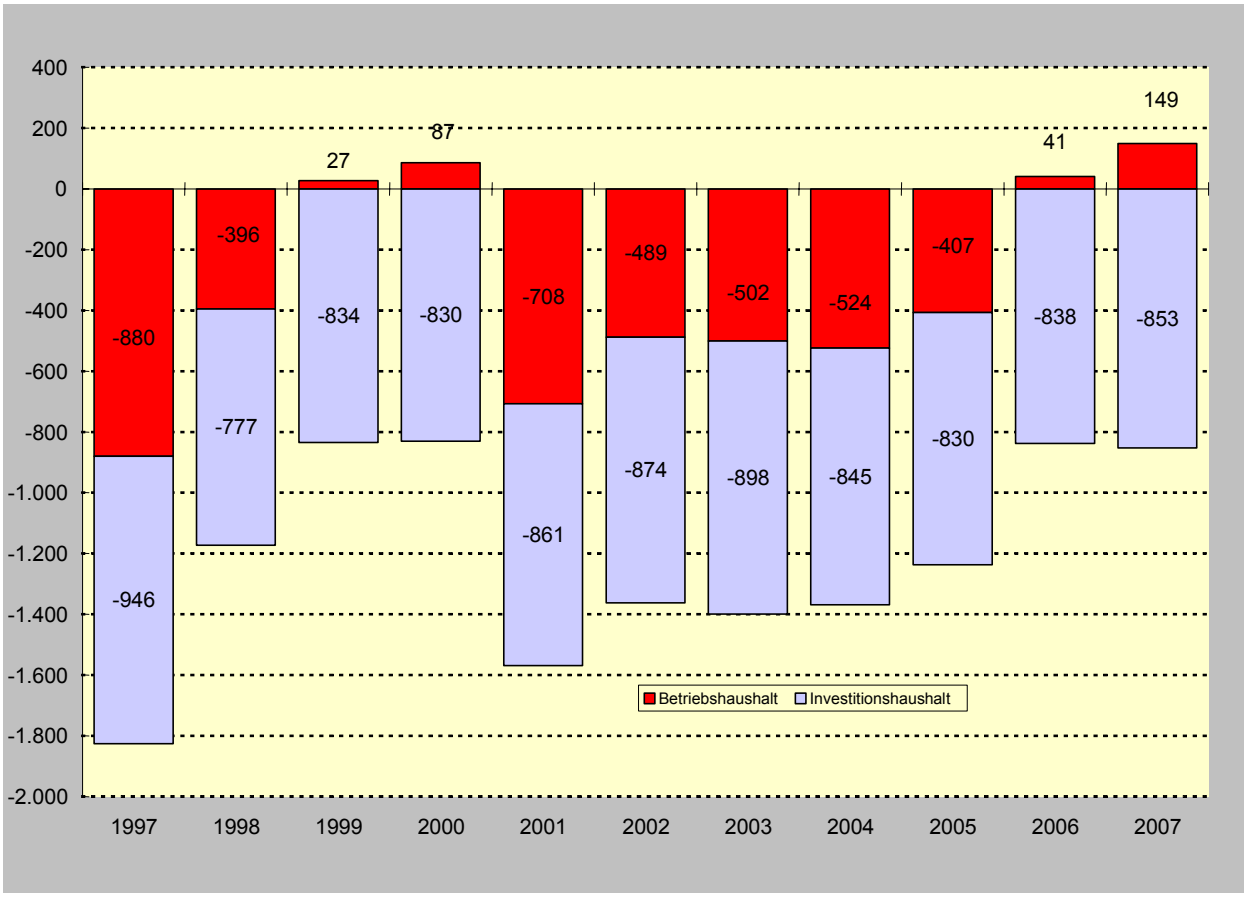
- Den Einnahmeerwartungen der Mai-Steuerschätzung 2003 liegen – ebenso wie bei der November-Schätzung 2002 – wiederum optimistische Annahmen der Bundesregierung zugrunde (vgl. Abschnitt 2.1).
- Ebenso sind keine weiteren, über die bereits beschlossenen Entlastungen hinausgehenden Steuerentlastungen unterstellt. Würde das Vorziehen der Steuerreformstufe 2005 auf 2004 ohne solide Gegenfinanzierung für Länder und Gemeinden umgesetzt, bedeutete dies für Hamburg eine Erhöhung des Defizits im Betriebshaushalt in der Größenordnung von rd. 300 Mio. EUR. Eine Gegenfinanzierung durch abrupte Ausgabensenkung oder Einnameerhöhung ist Hamburg ebenso wie den Ländern und Gemeinden generell nicht möglich.
- Ein hinter den Erwartungen zurückbleibendes Wirtschaftswachstum würde sich aber nicht nur auf der Einnahmeseite (Steuern) des Haushalts, sondern auch auf der Ausgabeseite auswirken. So ist der im Haushalt veranschlagte Mittelbedarf bei der Sozialhilfe wesentlich bestimmt durch die Anzahl der Hilfeempfänger. In Hamburg ist es aufgrund intensiver Steuerungsbemühungen zur Vermeidung bzw. schnellen und nachhaltigen Überwindung von Hilfebedürftigkeit gelungen, Fallzahlenanstiegen maßgeblich entgegenzuwirken. Haupteinflussfaktor für die künftige Entwicklung der Empfängerzahlen bleiben aber die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit ihrer Vielzahl konkreter Auswirkungen, z.B. auf die Arbeitslosigkeit. Hinzu kommt, dass aktuell – z.B. mit der Einführung des Grundsicherungsgesetzes oder der geplanten Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe – umfassende Reformvorhaben zur strukturellen Neuausrichtung des Hilfesystems begonnen werden. Für derartige Maßnahmen ist im Einzelnen zurzeit noch nicht sicher abschätzbar, in welcher genauen Höhe finanzielle Be- oder Entlastungen auf den Ressourcenbedarf in Hamburg durchschlagen.
- Die Tarif- und Besoldungsentwicklung steht bis Ende 2004 fest. Tarif- und Besoldungsanpassungen für die Folgejahre müssen die drastisch verschlechterten Rahmenbedingun-

gen der öffentlichen Haushalte berücksichtigen. Unangemessen hohe Tarif- und Besoldungsanpassungen müssten angesichts des hohen Anteils der Personalausgaben durch gegensteuernde Maßnahmen bei den Personalausgaben kompensiert werden

- Für die Zinsausgaben werden zwar in der Planung bereits moderat steigende Zinssätze unterstellt (vgl. Abschnitt 5.1.8). Gleichwohl kann nicht ausgeschlossen werden, dass es zu einem stärkeren Zinssatzanstieg kommt. Dies würde angesichts des Volumens der jährlichen Bruttokreditaufnahme (ca. 2,7 Mrd. EUR) zu spürbaren Mehrbedarfen bei den Zinsen führen. Ein dauerhaft höheres Zinsniveau würde sich aufgrund der Kumulationswirkung insbesondere mittelfristig erheblich auswirken.

Die Finanzierungsdefizite im Gesamthaushalt (Betriebshaushalt plus Investitionen) bleiben im Betrachtungszeitraum außerordentlich hoch.

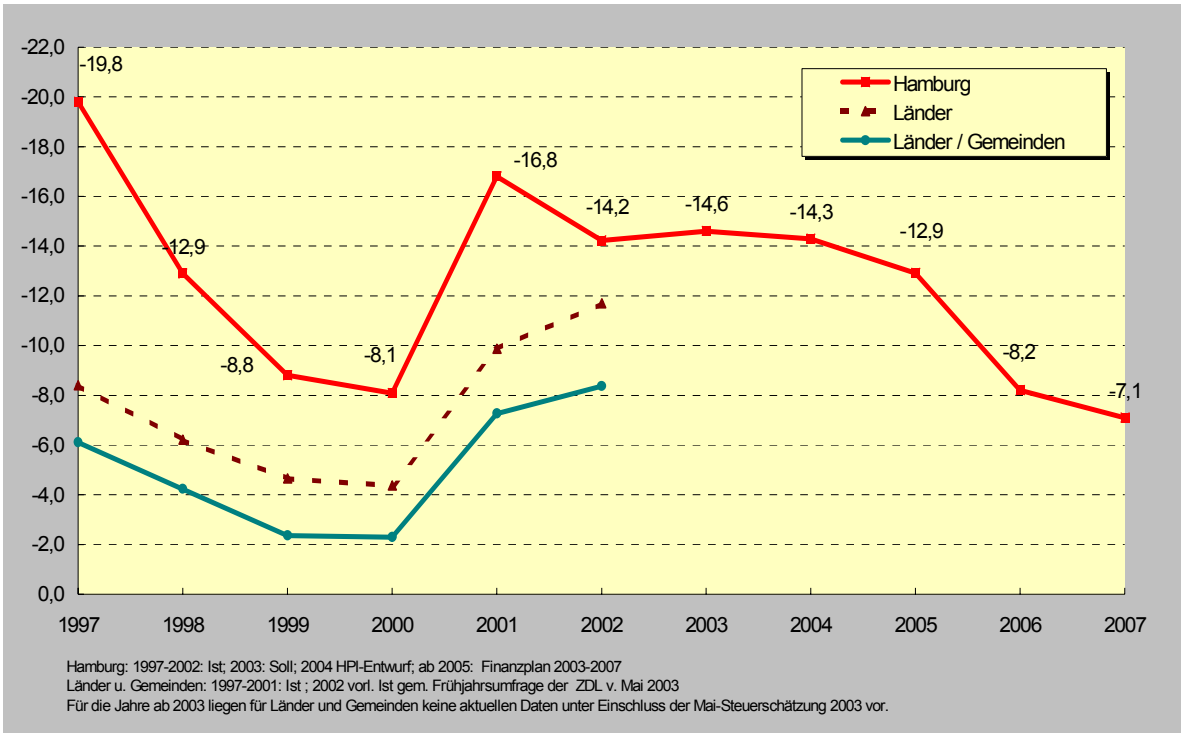
Grafik 25 Finanzierungssalden im Gesamthaushalt 1997-2007 (in Mio. EUR)



2003 beschlossener Haushaltsplan ohne zwischenzeitliche Änderungen (insbesondere Drs. 17/3036 „Unterrichtung der Bürgerschaft nach § 10 Abs. 2 LHO“ und Drs. 17/2434 „Fusion der Hamburgischen Landesbank und der Landesbank Schleswig-Holstein“)

Grafik 26 zeigt, dass die Finanzierungsdefizitquote Hamburgs im Jahr 2003 – 14,2 % beträgt. Die Finanzierungsdefizitquote wird in den kommenden Jahren nach gegenwärtigem Planungsstand auf – 7,1 % sinken.

Grafik 26 **Finanzierungsdefizitquoten (Anteil des Finanzierungsdefizits an den bereinigten Gesamtausgaben) 1997-2007 in %**



2003 beschlossener Haushaltsplan ohne zwischenzeitliche Änderungen (insbesondere Drs. 17/3036 „Unterrichtung der Bürgerschaft nach § 10 Abs. 2 LHO“ und Drs. 17/2434 „Fusion der Hamburgischen Landesbank und der Landesbank Schleswig-Holstein“)

4.4 Ziel: Schrittweise Senkung der Nettokreditaufnahme

In der Vergangenheit wurden Investitionen fast ausschließlich durch die Aufnahme neuer Kredite finanziert, und alte Kredite wurden durch neue abgelöst. Dies ist zwar gemäß Art. 115 GG, Art. 72 (1) Hamburgische Verfassung sowie § 18 LHO rechtlich zulässig, führt aber zu einem ständig ansteigenden Schuldenberg und in der Folge auch zu erhöhten Zinszahlungen im Betriebshaushalt. Die finanziellen Handlungsmöglichkeiten verengen sich damit zunehmend, weil das Wachstum der Steuereinnahmen nicht mit dem Anstieg der Zinsausgaben Schritt hält.

Ziel des Senats ist es, diese Verschuldensspirale zu durchbrechen und dadurch wieder „Luft zum Atmen“ im Haushalt zu gewinnen. Ein erster Schritt in diese Richtung wurde bereits mit dem Haushalt 2002 genommen. Trotz schwieriger finanzpolitischer Rahmenbedingungen konnte die Nettokreditaufnahme von rd. 823 Mio. EUR im Vorjahr auf rd. 812,6 Mio. EUR gesenkt werden. Bis zum Jahr 2007 ist eine weitere schrittweise Reduzierung auf dann nur noch 600 Mio. EUR vorgesehen.

Als Zwischenziel wird angestrebt, etwa die Hälfte der Investitionen aus Überschüssen des Betriebshaushalts zu finanzieren. Damit wird auch dem Umstand Rechnung getragen, dass Investitionsgüter durch Abnutzung an Wert verlieren, Abschreibungen jedoch im kameralistisch aufgestellten Haushalt nicht berücksichtigt werden. Der Rechnungshof hat mit seinem Jahresbericht 1994 Berechnungen vorgelegt, wonach der Zeitwert aller kreditär finanzierten Investitionen seit 1970 bis 1992 lediglich etwa 45 % der fortbestehenden Verschuldung beträgt. So entstehen Lasten für zukünftige Generationen, welche nicht mehr durch entsprechende Vermögenswerte gedeckt sind. Die Ergebnisse des Rechnungshofs von 1994 decken sich mit aktuellen Berechnungen der Finanzbehörde, wonach etwa die Hälfte der Investitionen der Deckung von Ersatzbedarfen dient.

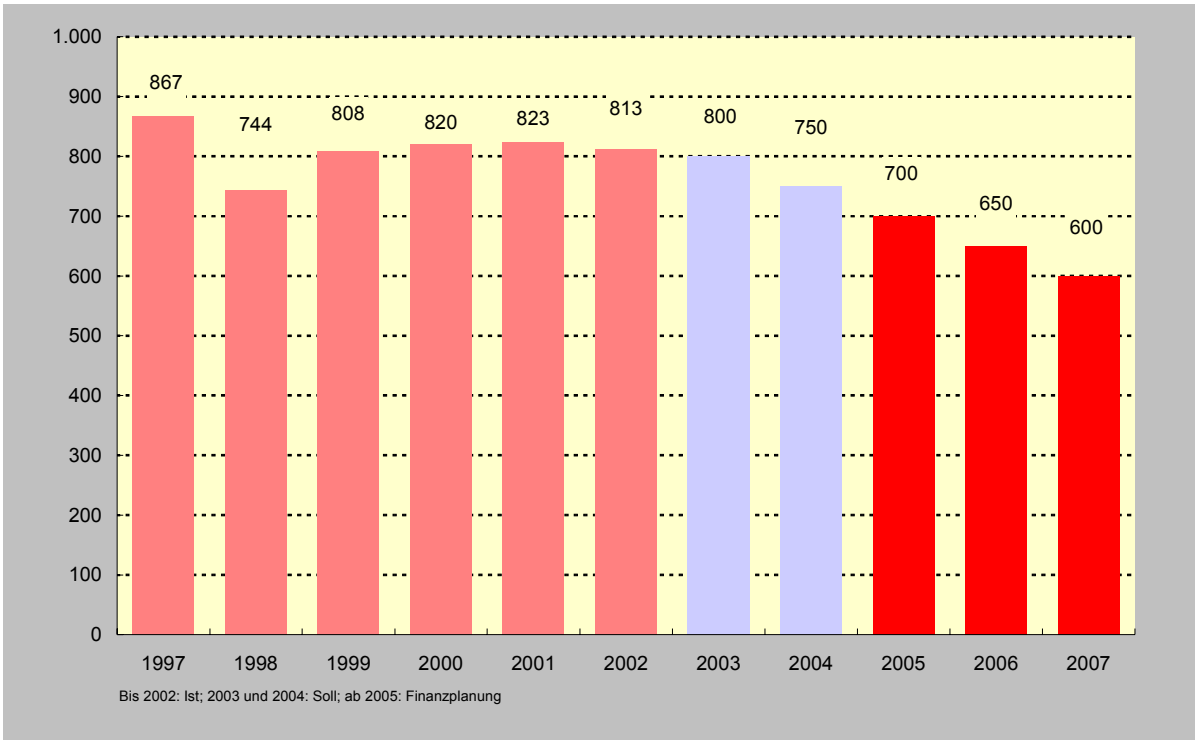
Neben dem dringend notwendigen Ausgleich des Betriebshaushalts muss die Kreditaufnah-

me verringert werden, um einen weiteren ungebremsten Anstieg der Schulden und der Zinsausgaben zu verhindern.

Mit dem Haushaltsabschluss 2002 konnte die Absicht, einen Teil des Erlöses bereits realisierter Vermögensmobilisierungen (HEW- und FHG-Anteil) zur Reduzierung der Deckungskreditaufnahme und damit zur Senkung der Zinsausgaben in den Folgejahren einzusetzen, wegen der Entwicklung der Steuereinnahmen nicht realisiert werden. Gleichwohl konnte die Nettokreditaufnahme leicht unter dem Wert des Jahres 2001 gehalten werden.

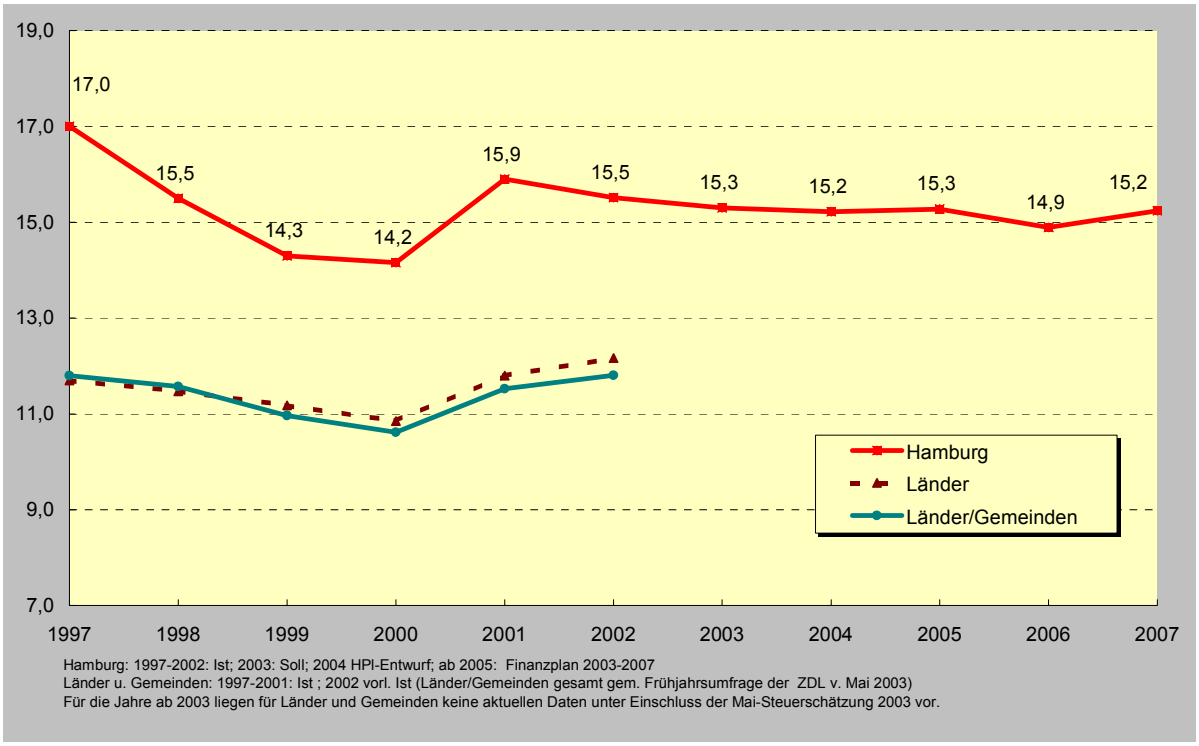
In den Folgejahren wird das erklärte Ziel, die Nettokreditaufnahme weiter zu senken, in der schrittweisen Reduzierung um rd. 200 Mio. EUR bis zum Ende der Planperiode deutlich. Es ist allerdings darauf hinzuweisen, dass es nach der Planung erst 2006 gelingen wird, Überschüsse aus dem Betriebshaushalt zur Reduzierung der Neuverschuldung aufzuwenden. Bis dahin muss die Absenkung der Neuverschuldung über die Mobilisierung von Vermögenspositionen realisiert werden. Insgesamt müssen dazu in den Jahren 2003 bis 2007 rd. 574 Mio. EUR eingesetzt werden. Soweit mit diesen Vermögensveräußerungen gleichzeitig auch Einnahmeverluste (z.B. Ausfall von Dividendenzahlungen) im Haushalt verbunden sind, verringern sich die in der Finanzplanung bereits berücksichtigen Haushaltsverbesserungen entsprechend.

Grafik 27: Nettokreditaufnahme 1997-2007 (in Mio. EUR)



Trotz der Reduzierung der Nettokreditaufnahme und trotz mittelfristig steigender Steuereinnahmen wird der Anteil der Hamburg verbleibenden Steuern, den Hamburg für Zinszahlungen ausgeben muss, aufgrund der auch zukünftig weiter steigenden Gesamtverschuldung bei rd. 15 % liegen (vgl. Abschnitt 5.1.6). Die Belastung des Haushalt durch die Finanzierung von Ausgaben der vergangenen Jahrzehnte bleibt zwar relativ konstant, aber auf einem – auch im Bundesvergleich – zu hohen Niveau.

Grafik 28 **Zins-Steuer-Quote (Anteil der Zinsausgaben an den Hamburg verbleibenden Steuern) 1997-2007 in %**



Hamburg: 1997-2002: Ist; 2003: Soll; 2004 HPI-Entwurf; ab 2005: Finanzplan 2003-2007
Länder u. Gemeinden: 1997-2001: Ist ; 2002 vorl. Ist (Länder/Gemeinden gesamt gem. Frühjahrsumfrage der ZDL v. Mai 2003)
Für die Jahre ab 2003 liegen für Länder und Gemeinden keine aktuellen Daten unter Einschluss der Mai-Steuerschätzung 2003 vor.

4.5 Ziel: Stärkung der öffentlichen Investitionen

Investitionen sind ein treibender Motor für das langfristige Wachstum von Volkswirtschaften – das gilt gleichermaßen für private wie für öffentliche Investitionen. Neben einer Stärkung der Kapitalbasis ermöglichen Investitionen in die öffentliche Infrastruktur Kostensenkungen und Produktivitätssteigerungen in der privaten Produktion.

Aus diesem Grund und zum Voranbringen notwendiger Vorhaben des Leitbildes „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ hat der Senat entschieden, die Investitionsobergrenze zunächst – trotz schwieriger finanzpolitischer Rahmenbedingungen – auf hohem Niveau zu verstetigen und in den Jahren 2007 und 2008 schrittweise auf 1 Mrd. EUR anzuheben. Damit setzt der Senat bewusst ein Zeichen des Aufbruchs. Dies bedeutet eine kontinuierliche Erhöhung des Investitionsniveaus.

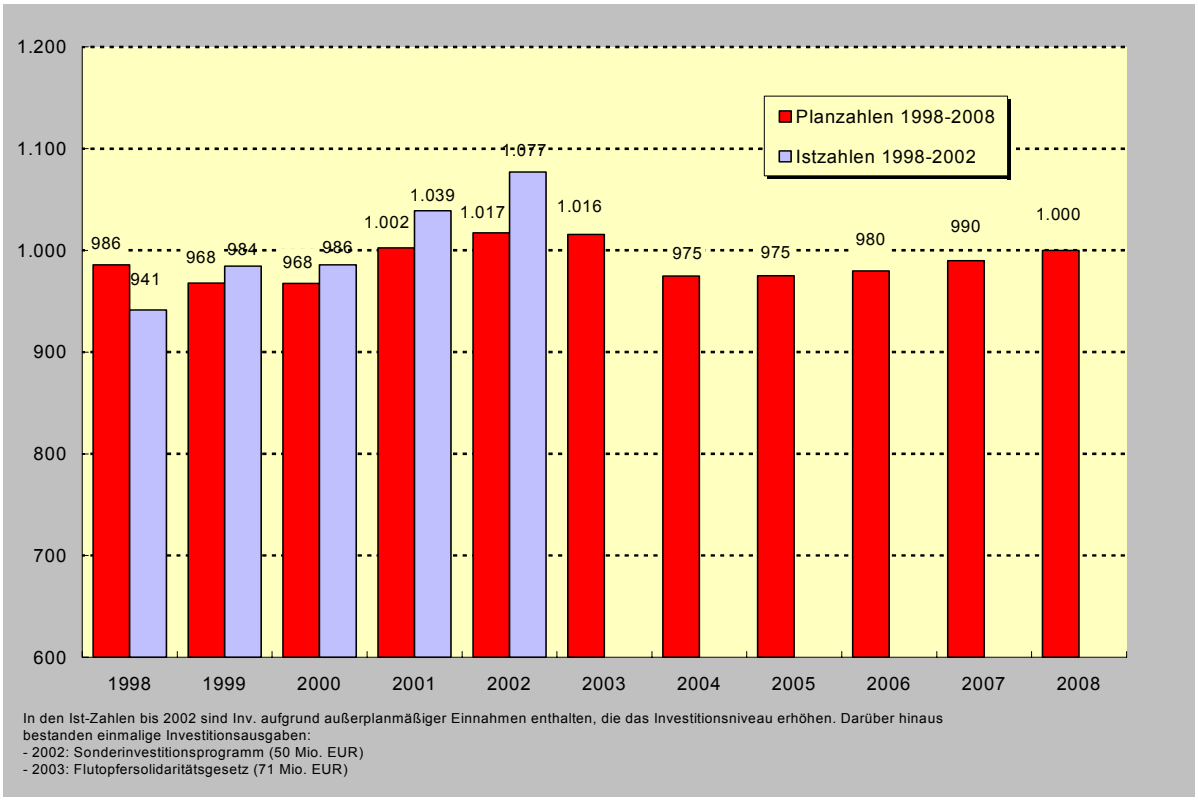
In Grafik 29 sind die Plan- und Istzahlen der Investitionen 1998-2008 dargestellt. Zur Bewertung der Ist-Zahlen ist zu berücksichtigen, dass in ihnen über- und außerplanmäßig zuwachsende Einnahmen enthalten sind, die unterjährig den Ausgaben zuwachsen und so gegenüber den Planzahlen zu einer Erhöhung der Investitionsausgaben führen können. Der Spitzenwert in 2002 ist darüber hinaus durch das Sonderinvestitionsprogramm von 50 Mio. EUR, der Wert für 2003 durch das Flutopfersolidaritätsgesetz überzeichnet. Ohne diese Einmaleffekte betragen die Investitionen 2002 rd. 922 Mio. EUR und 2003 rd. 945 Mio. EUR.

Es ist außerdem daran zu erinnern, dass in den Jahren 1999 bis 2001 durch Senatsentscheidungen in Zusammenhang mit der Neuorganisation des Gebäudemanagements oder der veränderten Finanzierung des Neubaus des AK Barmbek die jährliche Investitionsobergrenze um insgesamt rd. 30 Mio. EUR abgesenkt wurde. So betrug die Investitionsobergrenze im Finanzplan 2001-2006 (s. Finanzbericht 2002 v. Mitte 2001) für die Jahre 2003 ff. nur noch 943 Mio. EUR. Dabei handelte es sich nicht um eine materielle Verringerung des Investitionsvolumens.

Aus der Erhöhung des Investitionsvolumens können Leitprojekte wie die Messe-Erweiterung, das Internationale Schifffahrts- und Meeresmuseum Tamm, die Leichtathletikhalle oder die Neugestaltung des Jungfernstiegs können finanziert werden. Sie sind nur einige Beispiele für

Investitionen, die Hamburgs nationale und internationale Anziehungskraft steigern werden.

Grafik 29 Investitionsausgaben 1998-2008 (in Mio. EUR)



2003 beschlossener Haushaltsplan ohne zwischenzeitliche Änderungen (insbesondere Drs. 17/2434 „Fusion der Hamburgischen Landesbank und der Landesbank Schleswig-Holstein“).

4.6 Methoden zur Umsetzung der Ziele: Qualitäten statt Quoten

Mit dem Ende des Konsolidierungsprogramms 1994-2001 war die Methode der überwiegend quotierten Einsparvorgaben für Behörden und Ämter an ihre Grenzen gelangt. Die Durchsetzung von Einsparungen ging nicht über abgesteckte Ressortgrenzen hinaus und es wurden kaum ressortübergreifende aufgabenkritische Maßnahmen ergriffen. Darüber hinaus stieg gerade zum Ende des Konsolidierungsprogramms die Zahl der Ausnahmeregelungen.

Eine durchgreifende, ressortübergreifende aufgabenkritische Konsolidierung muss dagegen als Gemeinschaftsleistung aller Beteiligten aufgefasst werden. Statt Quotenorientierung muss Qualitätsorientierung herrschen. Das bedeutet, Konsolidierung muss als Aufgabenkritik öffentlicher Leistungen und Strukturen begriffen werden und es muss eine ökonomische Gesamtbetrachtung der Wirkungen für die Stadt, ihre Bürger und Betriebe statt einer ausschließlichen Betrachtung der reinen Kassenwirkungen erfolgen.

Die Verantwortung der jeweiligen Verwaltungsebene (exekutive Ebene) muss dabei Ernst genommen werden. Aufgabe des Senats ist es, strategische Vorgaben („top-down“) zu beschließen, die die Behörden und Ämter umsetzen. Das Staatsrätekollegium fungiert in diesem Prozess als zentrales Controllinggremium.

Die Ausrichtung an Qualitäten bestimmt auch die Orientierung der Aufgabenkritik an Ordnungskriterien und nicht nur an der Kassenwirksamkeit:

- Bürokratieabbau, Steigerung von Effektivität und Effizienz durch moderne, betriebswirtschaftliche Steuerungsinstrumente und Anwendung gleicher Maßstäbe,
- flache, leistungsfähige Organisationsstrukturen,
- Entflechtung: Trennung der fachlich-politischen Steuerung durch Fachbehörden von Durchführungsaufgaben (im Zweifel Bezirksebene),

- „One face to the customer“ („ein Ansprechpartner für den Kunden“): fallabschließende Bearbeitung bei einer Stelle,
- Stärkere Arbeitsteilung zwischen Staat und Privaten,
- Anreizsysteme für effizientes Handeln,
- e-Government flankiert und verändert Organisationsstrukturen.

4.7 Möglichkeiten des Handelns: Maßnahmen zur Umsetzung der Ziele

4.7.1 Herausforderungen und Lösungen

Übersicht 7 Finanzpolitische Herausforderungen und Lösungen durch Entscheidungen des Senats 2001-2003

Nov. 2001:	Steuerschätzung prognostiziert für 2002 erhebliche Steuerausfälle
Feb. 2002:	Rahmenvorgaben des Senats für die Haushalte 2003 und 2004: Überrollung und aufgabenkritische Einsparungen
April 2002:	Verabschiedung des Haushalts 2002: Sofortmaßnahmen zur Realisierung der Schwerpunktbereiche Innere Sicherheit, Bildung, Verkehr, Investitionssonderprogramm
Mai 2002:	Steuerschätzungen prognostizieren weitere Steuerausfälle
	Beschluss aufgabenkritische Einsparungen („Jesteburg I“)
Nov. 2002	Steuerschätzung prognostiziert höhere Steuerausfälle gegenüber Mai-Steuerschätzung
Dez. 2002	Verabschiedung Haushalt 2003: vollständige Umsetzung aufgabenkritischer Maßnahmen im Umfang von 75 Mio. EUR Einsparung und Kompensation der Einnahmenausfälle; „Steuerausfall-Sonderlast“
Mai 2003:	Steuerschätzung prognostiziert weitere Steuerausfälle
	Beschluss der Eckwerte für die Haushalte bis 2006
Juni 2003:	Beschluss des Haushaltsplan-Entwurfs 2004: Umsetzung weiterer aufgabenkritischer Maßnahmen im Umfang von 70 Mio. EUR zur Einsparung und Stabilisierung der Einnahmeausfälle
	Beschluss weiterer aufgabenkritischer Maßnahmen bis 2006 im Umfang von 75 Mio. EUR Einsparung, festzulegen im Doppelhaushalt 2005/2006

4.7.2 Rahmenvorgaben für die Haushalte 2003 und 2004: Überrollung und Aufgabenkritik

Nachdem bereits die November-Steuerschätzung 2001 für die Jahre 2001 und 2002 deutliche Steuermindererwartungen (– 244 Mio. EUR für 2001 und – 226 Mio. EUR für 2002) erbracht hatte und zu Beginn des Jahres 2002 davon auszugehen war, dass ein erheblicher Teil dieser Mindererwartungen als Basiseffekt auch in den Folgejahren fortwirken würde, traf der Senat im Februar umgehend Entscheidungen als Rahmenvorgaben für die Aufstellung der Haushalte 2003 und 2004. Ziel war es, den Ausgleich des Betriebshaushalts im Jahr 2004 zu erreichen und die Neuverschuldung schrittweise zurückzuführen. Neben einer sofortigen Stellenbesetzungssperre für Bewerberinnen und Bewerber außerhalb der hamburgischen Verwaltung (mit Ausnahme der Schwerpunktbereiche) beschloss der Senat

- die strukturelle Überrollung des Haushalts 2002 auf 2003 und 2004,
- dauerhafte Einsparungen in Höhe von 3 x 75 Mio. EUR („Jesteburg I“), davon
  - 150 Mio. EUR Aufgabenkritik in zwei Schritten,

- 75 Mio. EUR Haushaltsverbesserung durch deutliche Senkung der Kreditaufnahme 2002 zur Reduzierung der Zinslast und verbessertes Ausschüttungsverhalten der öffentlichen Unternehmen.

4.7.3 Verzicht auf Konsolidierung unzulässig

Mit weiteren strukturellen Mindereinnahmen von rd. 500 Mio. EUR jährlich, die die Mai-Steuerschätzung 2003 ergeben hat, rückte ein Ausgleich des Betriebshaushalts in weite Ferne und wäre nicht innerhalb des nächsten Zehnjahreszeitraums möglich, wenn nicht mit Maßnahmen auf der Ausgabenseite gegengesteuert würde.

In diesem Fall könnten die Haushaltsdefizite bei weitem nicht allein durch Mobilisierung von Vermögen gedeckt werden. Ohne gegensteuernde Maßnahmen auf der Ausgabenseite müsste daher voraussichtlich die Nettokreditaufnahme über die verfassungsmäßige Obergrenze der Investitionsausgaben hinaus erhöht und zu diesem Zwecke die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts mehrere Jahre in Folge erklärt werden. Dies ist verfassungsrechtlich nicht möglich, weil damit die geforderte Perspektive für die Einhaltung der Grenze für die Neuverschuldung nicht nachvollziehbar begründet werden kann. Eine solche Perspektive wäre mit einem enormen Anstieg der Verschuldung Hamburgs verbunden. Hamburg würde eine deutliche Erhöhung der Zinsausgaben in Kauf nehmen und dadurch die ohnehin geringen finanziellen Handlungsmöglichkeiten völlig einengen. Nichtstun und Verzicht auf Konsolidierungsmaßnahmen würde also eine Erdrosselung künftiger Generationen durch den Ausverkauf städtischen Vermögens und eine immer stärkere Verschuldungsspirale bedeuten.

Übersicht 8 Verfassungsrechtliche Kreditobergrenze

Artikel 115 Grundgesetz:

- „Die Einnahmen aus Krediten dürfen die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten; Ausnahmen sind nur zulässig zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts."

§ 18 (1) Landeshaushaltsordnung:

- „Einnahmen aus Krediten dürfen nur bis zur Höhe der Summe der Ausgaben für Investitionen in den Haushaltsplan eingestellt werden; Ausnahmen sind nur zulässig zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts."

Schließlich ist Hamburg bereits jetzt durch den nationalen Stabilitätspakt verpflichtet, mittelfristig ausgeglichene Haushalte ohne Neuverschuldung vorzulegen. Zukünftig drohende Sanktionszahlungen würden die Haushaltslage zusätzlich verschlechtern. Am Ende einer solchen Abwärtsspirale stünde zwangsläufig die Feststellung eines Haushaltsnotstands und die völlige Aufgabe eigenständiger Handlungsmöglichkeiten. Auf Hilfe durch Bundesergänzungszuweisungen – wie die heutigen Haushaltsnotlagenländer Bremen und Saarland – könnte Hamburg nicht hoffen und deshalb auch nicht mit Erfolg vor dem Bundesverfassungsgericht klagen. Denn Voraussetzung für Hilfen des Bundes und der Länder ist, dass die Haushaltsnotlage nicht selbstverschuldet ist. Davon kann keine Rede sein, wenn zumutbare Maßnahmen unterblieben sind. Der Weg, durch höhere Neuverschuldung die Defizite zu decken, ist daher verfassungswidrig und wird nicht zur Entlastung des Haushalts führen.

Übersicht 9 Haushaltsnotlage

§ 12 Abs. 4 Maßstäbegesetz:

- „Soweit Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen als ein Instrument zur Sanierung des Haushaltes eines Landes aufgrund einer extremen Haushaltsnotlage in Betracht kommen, setzt ihre Gewährung angesichts der nur in Ausnahmefällen gegebenen Hilfeleistungspflicht der bundesstaatlichen Gemeinschaft zusätzlich voraus, dass das betreffende Land ausreichende Eigenanstrengungen unternommen hat, um eine drohende

Haushaltsnotlage abzuwenden oder sich aus ihr zu befreien.“„Hilfen zur Haushaltssanierung sind mit strengen Auflagen und einem verbindlichen Sanierungsprogramm zu verknüpfen.“

4.7.4 Haushaltsrechtlich zulässige Handlungsoptionen

Die Umsetzung der finanzpolitischen Ziele muss der deutlichen Verschlechterung der Einnahmesituation aufgrund der Steuerschätzung vom Mai 2003 angepasst werden.

Dazu gibt es grundsätzlich zwei Möglichkeiten:

- Szenario I: sofortiger und vollständiger Ausgleich des ab 2004 erwarteten Defizits im Betriebshaushalt durch Leistungseinschnitte auf der Ausgabenseite, die die Änderung fast aller gesetzlichen und vertraglichen Grundlagen notwendig macht.
- Szenario II: Fortführung der verantwortungsbewussten Konsolidierung durch Überrollung und aufgabenkritische Einsparungen.

Dabei steht für alle Wege fest: Ohne die verantwortliche Einbeziehung des Bundes kann keine Konsolidierung gelingen. Hamburg wird die Verantwortung des Bundes einfordern und im Bundesrat konstruktiv an Änderungen mitwirken, soweit diese auch zu kassenwirksamen Entlastungen führen.

4.7.4.1 Szenario I: Ausgleich des Defizits durch drastische Leistungseinschnitte mit prozyklischer Wirkung für die Konjunktur

Eine ausschließliche und sofortige Bewältigung der Defizite auf der Ausgabenseite würde dort ein Volumen von eben dem Ausmaß erfordern, das den Steuermindereinnahmen gegenüber der Mai-Steuerschätzung 2002 entspricht, also rund 500 Mio. EUR pro Jahr. Dies entspricht etwa den jährlichen bereinigten Betriebsausgaben der Behörde für Bau und Verkehr.

Konsolidierungsmaßnahmen in dieser Größenordnung können nicht mehr allein durch die Überrollung der Vorjahresansätze aufgefangen werden. Hinzu kommen müssten drastische Einschnitte größeren Ausmaßes, für die es an den gesetzlichen und vertraglichen Grundlagen fehlt. Das bedeutet u.a.:

- deutliche Absenkung von Standards,
- flächendeckende Schließung öffentlicher Einrichtungen (z.B. Theater, Museen, Bäder, Bücherhallen),
- Streichung fast aller nicht bundesgesetzlich festgelegten Zuwendungen ,
- keine Wiederbesetzung freiwerdender Stellen auf Dauer,
- vollständige Abschaffung von Weihnachts- und Urlaubsgeld, sowohl im Beamten- als auch im Tarifbereich.

Auch die bisherigen Schwerpunktbereiche Innere Sicherheit, Bildung und Verkehr müssten unterschiedslos in gleichem Maße zu den Einsparungen voll herangezogen werden.

Auf diese Weise könnte – rechnerisch – der Ausgleich des Betriebshaushalts bereits 2004 erreicht werden. Angesichts der gleichzeitig zu erwartenden erheblichen Einsparmaßnahmen des Bundes und im Bereich der Sozialversicherungssysteme bestünde bei diesem Szenario jedoch die Gefahr, dass die gesamtwirtschaftliche Abwärtsspirale weiter verstärkt würde.

4.7.4.2 Szenario II: Verantwortungsbewusste Konsolidierung mit Maßnahmenmix

Da das vollständige Ausgleichen des Defizits im Betriebshaushalt 2004 durch Ausgabenkürzungen für die Stadt mit negativen Folgen bis hin zu deutlichem Image-Verlust und Abwanderung von Menschen und Unternehmen verbunden sein dürfte, sollte eine „Konsolidierung mit Augenmaß“ gewählt werden, die gleichwohl die finanziellen Handlungsnotwendigkeiten nicht verkennt. Auf der Grundlage der Daten aus der Mai-Steuerschätzung 2003 hält der

Senat das Ziel eines ausgeglichenen Betriebshaushalts im Jahr 2006 für erreichbar.

Dafür ist ein Mix unterschiedlicher Maßnahmen erforderlich, der zumutbare Opfer von allen verlangt:

- Überrollung der Vorjahresansätze – wie in den Jahren 2003 und 2004 – auch in 2005 und 2006,
- Zusätzliche aufgabenkritische Einsparungen („Jesteburg II“) inklusive Einsparungen bei den Zuwendungen (u.a. durch Erhöhung der Kostendeckungsgrade) und „Beweislastumkehr“ für die Begründung und die Weitergewährung von Zuwendungen,
- Einfrieren der Personalausgaben im gleichen Umfang bei Beamten und Angestellten, z.B. durch die Reduzierung von Weihnachts- und Urlaubsgeld, temporäre Wiederbesetzungssperren,
- Einnahmeerhöhungen, z.B. bei Ausschüttungen der öffentlichen Unternehmen, bei Gebühren für die Nutzung öffentlicher Einrichtungen und Verkehrsmittel,
- Vermögensmobilisierung zur Finanzierung von Investitionen für richtungsweisende Projekte zur Realisierung des Leitbildes der „Wachsenden Stadt“ und zur Senkung der Nettoneuverschuldung,
- Bundesratsinitiativen zum Subventionsabbau u.a., Änderungen von Bundesgesetzen, die zu Mehrausgaben bei Ländern und Kommunen führen (z.B. Entlastungen bei der Sozialhilfe und anderen Leistungsgesetzen sowie im Rahmen der Änderungen im Steuerrecht – „Korb II-Verabredung zwischen Bund und Ländern“; Verbindliche Umsetzung des sog. Konnexitätsprinzips – „wer bestellt, der bezahlt“).

Mit diesem Mix an Maßnahmen vermeidet der Senat eine für die wirtschaftliche Entwicklung schädliche prozyklische Finanzpolitik und setzt seine bisherige verantwortungsbewusste Politik für die Stadt konsequent fort. Das Bundesland Hamburg wird damit seiner Verantwortung gerecht und stärkt das Vertrauen in eine auf Wachstum gerichtete Finanzpolitik. Zugleich wird deutlich, dass ohne Mitwirkung des Bundes die Abwärtsspirale, in der sich die deutsche Wirtschaft befindet, nicht gestoppt werden kann.

Im Ergebnis wird dieses Maßnahmenbündel bis zum Jahr 2006 zu strukturellen Entlastungen von rd. 215 Mio. EUR führen (siehe folgende Übersicht 10). Für die Auswirkungen bundespolitischer Initiativen sind hier bewusst keine Beträge angesetzt, da deren Umsetzung nicht allein in Hamburger Hand liegt.

Übersicht 10 Fortführung der verantwortungsbewussten Konsolidierung (aufwachsend in Mio. EUR)

	2005	2006
I. Verantwortbarer Beitrag des öffentlichen Dienstes:		
Einfrieren der Personalausgaben	115	115
II. Verantwortbarer Beitrag der öff. Unternehmen		
Erhöhte Gewinnausschüttungen bzw. verringerte Verlustausgleiche.	*	25
III. Verantwortliche Reduzierung der Verwaltung		
Fortsetzung der Aufgabenkritik inkl. Zuwendungen, Kostensenkungen öff. Einrichtungen und Privatisierung	40	75
IV. Verantwortung des Bundes		
Aktive Einflussnahme z.B. bei Gemeindefinanzreform, Steuerrecht, Verwaltungsvereinfachung		
Gesamtvolumen	**155**	**215**

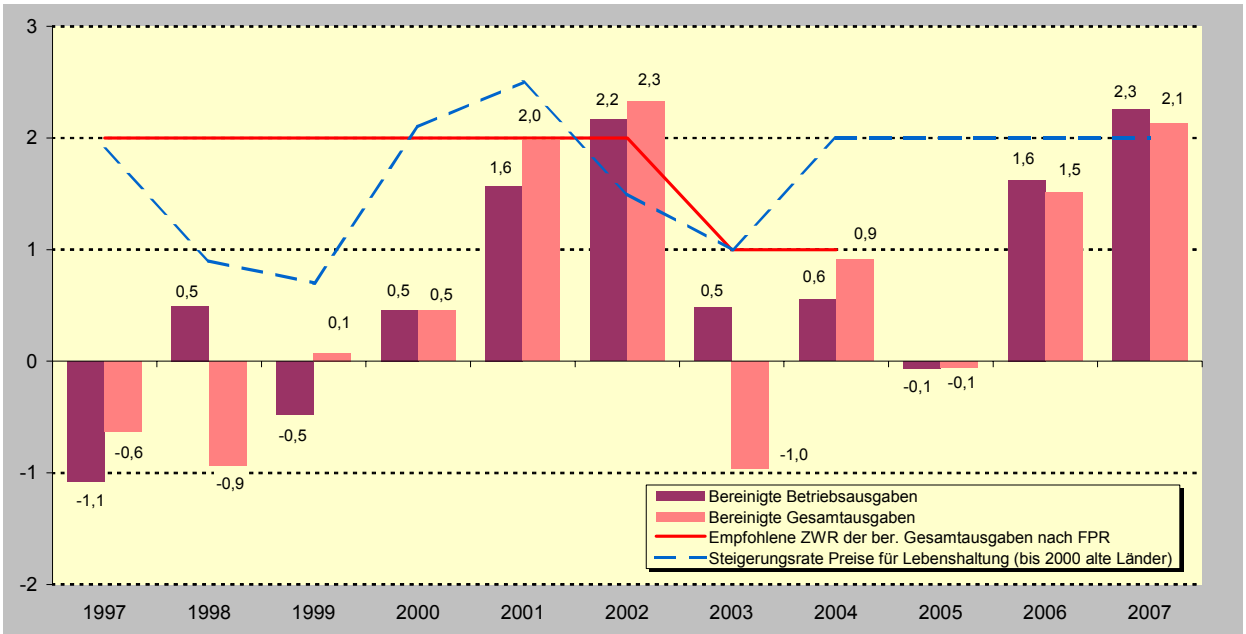
* In 2005 kein Beitrag, da HGV-Verlustausgleich ohnehin schon auf „0“ ist und nicht weiter gesenkt werden kann.

4.8 Überrollung: Begrenzung der Zuwachsraten der Ausgaben

In seiner Sondersitzung am 21.3.2002 hat sich der Finanzplanungsrat mit den Anforderungen an die Haushalte der Gebietskörperschaften befasst, die sich aus der Verpflichtung der Bundesregierung ergeben, im Jahr 2004 einen öffentlichen Gesamthaushalt „close to balance“ – also mit einem Defizit nicht höher als 0,5 % des Bruttoinlandsproduktes – vorzulegen (vgl. Abschnitt 2.5). In diesem Zusammenhang haben sich die Länder verpflichtet, die Ausgaben in den Jahren 2003 und 2004 nicht stärker als 1 % im Jahresdurchschnitt zu erhöhen.

Grafik 30 zeigt, dass Hamburg diese Verpflichtungen mit dem Haushalt 2004 erfüllt. Gegenüber dem Ist 2002 sinken die bereinigten Gesamtausgaben im Jahr 2003 um – 1,0 %.[7] Gegenüber 2003 steigen die bereinigten Gesamtausgaben um 0,9 %. Gegenüber dem Basisjahr 2002 liegen die Gesamtausgaben in 2004 um – 0,1 % niedriger und damit deutlich unter der Vorgabe des Finanzplanungsrates von jahresdurchschnittlich maximal 1 %.

Grafik 30: Veränderungsraten der bereinigten Betriebsausgaben und der bereinigten Gesamtausgaben 1997-2007 (in %)



Bis 2002: Ist; 2003 und 2004: Soll; ab 2005: Finanzplanung
Für die Jahre 2005ff. hat der Finanzplanungsrat (FPR) noch keine Empfehlung ausgesprochen.

2003 beschlossener Haushaltsplan ohne zwischenzeitliche Änderungen (insbesondere Drs. 17/3036 „Unterrichtung der Bürgerschaft nach § 10 Abs. 2 LHO“ und Drs. 17/2434 „Fusion der Hamburgischen Landesbank und der Landesbank Schleswig-Holstein“)

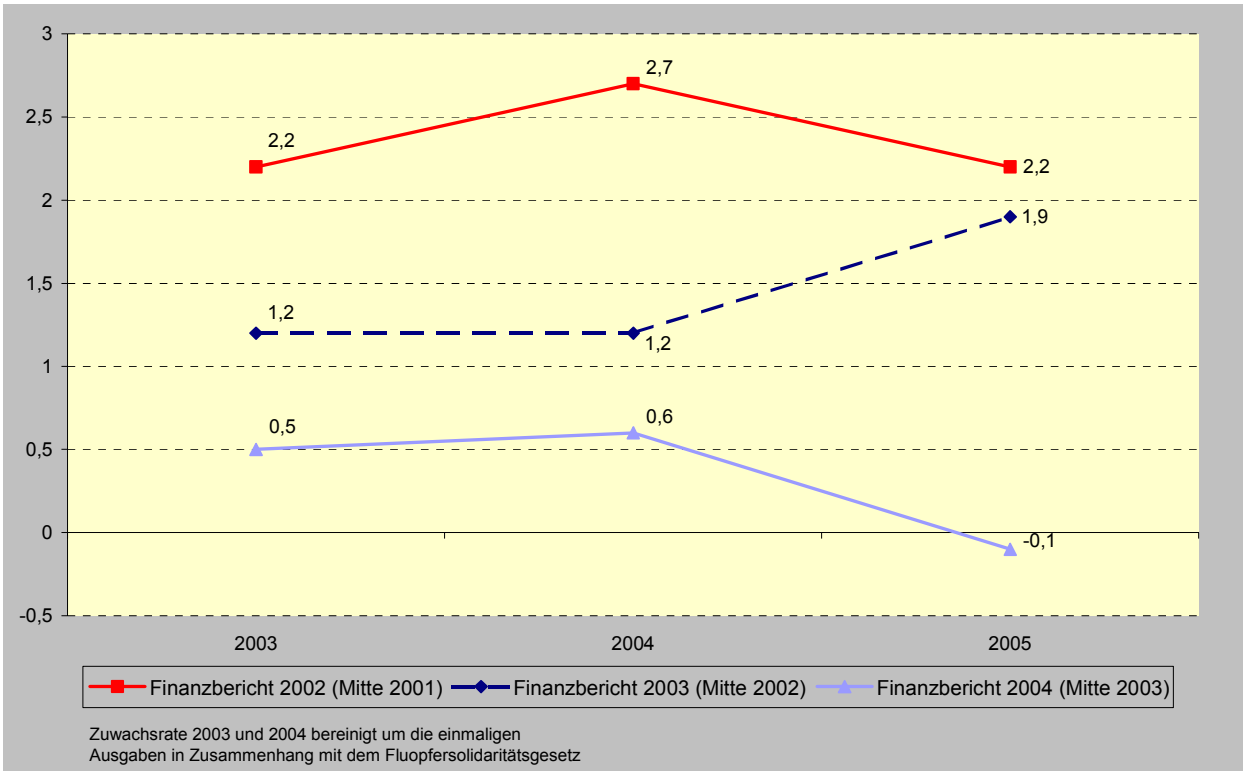
In der Entwicklung der Zuwachsraten macht sich das Prinzip „Überrollung der Vorjahresansätze minus Aufgabenkritik“ bemerkbar. Unter Berücksichtigung von Preis- und Tarifsteigerungen sinken die Ausgaben real. Dass dieser Leitgedanke nicht zu einem Abwachs – also einem auch nominalen – Rückgang der Ausgaben führt, liegt an den unabweisbaren Anstieg von Ausgaben in den großen Ausgabenblöcken Personal (Tarif- und Besoldungsanpassungen, wachsende Zahl der Versorgungsempfänger), den Zinsen (jährliche Neuverschuldung) und den gesetzlichen Leistungen (Fallzahlentwicklungen, Rechtsänderungen).

In den Jahren 2006 und 2007 liegen die Zuwachsraten der bereinigten Gesamtausgaben nach gegenwärtigem Planungsstand wieder über 1 % jährlich. Für diese Jahre hat der Finanzplanungsrat keine Empfehlung beschlossen.

[7] Dabei ist die Veränderungsrate um den einmaligen Sondereffekt der Ausgaben in Zusammenhang mit dem Flutopfersolidaritätsgesetz bereinigt worden.

Grafik 31 zeigt, dass die Zuwachsraten im Betriebshaushalt im Vergleich der Mittelfristigen Finanzplanungen der letzten drei Jahre besonders für die Jahre 2003-2005 (2005 = letztes Planjahr der Finanzplanung 2001-2005 von Mitte 2001) deutlich gesenkt werden konnten.

Grafik 31 Veränderungsraten der bereinigten Betriebsausgaben 2003 bis 2005 in %



Die Beschränkung des Zuwachses im Betriebshaushalt verdeutlicht die erhebliche Konsolidierungsleistung der Jahre 2003 bis 2006. Die Zuwachsrate im Betriebshaushalt konnte durch die konsequente Umsetzung der Jesteburger Beschlüsse zu den aufgabenkritischen Maßnahmen und die strukturwirksame Überrollung auf + 0,6 % im Jahr 2004 begrenzt werden und soll in den folgenden Jahren weiter gesenkt werden.

4.9 Aufgabenkritik und gezielte Effizienzsteigerung

4.9.1 Aufgabenkritische Einsparungen

Der Methodenwechsel „Qualitäten statt Quoten“ führte zur ressortübergreifenden und vom Senat gemeinschaftlich beschlossenen aufgabenkritischen Maßnahmen, die im Ergebnis das erforderliche Einsparvolumen für den Ausgleich des Betriebshaushalts im Jahr 2006 sicherstellen.

Nachfolgend wird die Berichterstattung über die Umsetzung von in Jesteburg vereinbarten Maßnahmen („Jesteburg I“), die mit den Finanzberichten 2002 (neu) und 2003 und der Beantwortung mehrerer Bürgerschaftlicher Ersuchen (17/645, 17/659 und 17/1639) begonnen wurde, fortgesetzt. Darüber hinaus wird das Bürgerschaftliche Ersuchen 17/1115 („Fortgang des Modernisierungsprozesses im Intendanzbereich“) beantwortet. Schließlich wird die Fortsetzung der verantwortungsbewussten Konsolidierung des Senats mit den Beschlüssen vom 21. Juni 2003 („Jesteburg II“) dargestellt.

4.9.2 Aufgabenkritische Einsparungen 2003 und 2004

Der Senat hatte als Vorgabe zur Aufstellung der Haushalte 2003 und 2004 beschlossen,

strukturelle Haushaltsverbesserungen im Betriebshaushalt in Höhe von insgesamt mindestens 150 Mio. EUR durch aufgabenkritische Maßnahmen zu erzielen. Diese Verbesserung sollte in zwei gleichen Schritten von 75 Mio. EUR in den Haushaltsjahren 2003 und 2004 erfolgen. Zur Finanzierung einer verbesserten Ausstattung der Schulen mit Lehr- und Lernmitteln ist in der Zwischenzeit entschieden worden, der BBS einen Einsparbetrag von 5 Mio. EUR zu erlassen. Dadurch reduziert sich die aufgabenkritische Einsparsumme im Jahr 2004 auf 70 Mio. EUR und im gesamten Betrachtungszeitraum auf 145 Mio. EUR.

Zur Umsetzung der Einsparungen sind für die Jahre 2003 und 2004 bereits erhebliche Anstrengungen in behördenübergreifendem Zusammenwirken unternommen worden. Die ersten 75 Mio. EUR für 2003 sind vollständig konkretisiert worden. Der Weg, nachhaltige Einsparungen durch gezielte aufgabenkritische Maßnahmen zu erreichen, hat sich als richtig erwiesen. Nicht zuletzt angesichts der erneuten Senkung der Steuereinnahme-Erwartungen mit der Mai-Steuerschätzung 2003 zeigt sich, dass die Identifizierung und Nutzung von aufgabenkritischen Einsparpotenzialen eine Daueraufgabe sein muss.

In der Mittelfristigen Finanzplanung 2002-2006 war für das Jahr 2004 noch eine globale Minderausgabe von rd. 50,1 Mio. EUR zentral eingestellt, die den verbleibenden Handlungsbedarf anzeigte. Durch die Meldung weiterer aufgabenkritischer Maßnahmen konnten seitdem zusätzlich rd. 17,1 Mio. EUR den Einzelplänen zugeordnet werden. Der zum Zielvolumen von 145 Mio. EUR noch verbleibende Betrag von rd. 33,0 Mio. EUR verringert sich in den nächsten Jahren weiter durch die aufwachsenden Einsparungen. Für die Zwischenfinanzierung stehen die Einsparungen im Bereich der Personalausgaben (Senkung der Sonderzuwendungen) zur Verfügung. Insoweit kann die zunächst als globale Minderausgabe im zentralen Einzelplan 9.2 eingestellte Summe von rd. 33 Mio EUR vollständig kompensiert werden. (Siehe dazu auch die Antwort des Senats auf die Kleine Anfrage 17/2994).

Die Absetzungen in den Einzelplänen 2003-2006 gehen aus Tabelle 15 hervor:

Tabelle 15 Aufgabenkritische Beiträge der Einzelpläne 2003-2006 in Tsd. EUR (aufwachsend)

Einzelplan		2003	2004	2005	2006
1.0	Bürgerschaft, RH, Verfassungsgericht	29	58	58	58
1.1	Senat und Senatsämter	241	546	546	546
1.2-1.8	Bezirke	6.827	8.812	9.139	8.893
2	Justizbehörde	4.509	6.057	7.639	8.519
3.1	Behörde für Bildung und Sport	13.347	21.689	21.689	21.689
3.2	Behörde für Wissenschaft und Forschung	1.502	1.542	1.542	1.542
3.3	Kulturbehörde	37	75	75	75
4	Behörde für Soziales und Familie	23.802	34.556	37.356	37.356
6	Behörde für Bau und Verkehr	10.411	15.218	27.642	27.642
7	Behörde für Wirtschaft und Arbeit	3.181	5.509	4.909	4.909
8.1	Behörde für Inneres	4.706	7.189	8.725	11.203
8.2	Behörde für Umwelt und Gesundheit	2.675	3.921	4.821	4.821
9.1	Finanzbehörde	2.373	5.224	6.228	7.428
9.2	Allgemeine Finanzverwaltung	1.527	1.646	1.646	1.646
Zwischensumme		75.167	112.041	132.014	136.326
Zielzahl		75.000	145.000	145.000	145.000
Globale Minderausgabe Epl. 9.2		0	32.959	12.986	8.674
Kompensation durch Senken der Sonderzuwendung („Zwischenfinanzierung“)					
Ergebnis		75.000	145.000	145.000	

Die zentral veranschlagte globale Minderausgabe sowie die noch bestehenden globalen Minderausgaben in den Einzelplänen 8.1 und 8.2 in Höhe von insgesamt rd. 2,1 Mio. EUR für 2004 werden noch bis zu den Haushaltsberatungen der Bürgerschaft konkretisiert werden.

Eine große Zahl aufgabenkritischer Maßnahmen ist bereits im Jahr 2003 begonnen worden und wirkt sich mit aufwachsenden Beträgen auch in den Folgejahren aus. Zu nennen sind einzelplanübergreifende Maßnahmen wie die Arbeitszeitverlängerung für Beamte oder die Kürzung bei den Intendanzkosten sowie effizienzsteigernde Einzelmaßnahmen (z.B. in den Bereichen Sozialhilfe und Arbeitsmarktpolitik). Daneben kommen für das Haushaltsjahr 2004 neue Maßnahmen hinzu. Eine Auswahl neuer Maßnahmen findet sich in Tabelle 16.

Tabelle 16 Neue Einsparungen aufgrund ausgewählter aufgabenkritischer Maßnahmen in den Jahren 2004 und 2005 in Tsd. EUR (aufwachsend)

	2004	2005
Benchmarking Bezirke	720	720
Abschaffung HVV-Tickets für Sozialhilfe-Empfänger	3.200	3.200
Auflösung Baubestandszeichenbüro	204	204
Strukturelle Verbesserungen Strom- und Hafenbau	800	800
Kostenbeteiligung HADAG für ÖPNV-Anlagen	200	200
Effizienzsteigerung Arbeitsmarktförderung	1.000	1.000
Privatisierung Messstelle für Strahlenschutz	0	900
Reorganisation der Liegenschaftsverwaltung (weitere Einsparungen)	440	440

4.9.3 Effizienzsteigerung im Intendanzbereich

Ein weiterer Schwerpunkt des Senats ist es, gezielt in den Intendanzbereichen der Behörden Effizienzsteigerungen zu erreichen. Zum Intendanzbereich der Behörden zählen im Wesentlichen die Aufgabenbereiche Personalverwaltung und -entwicklung, Haushaltsaufstellung und -kontrolle, Organisation, Informations- und Kommunikationstechnik, Recht, Infrastruktur (z.B. Postversorgung, Fernsprechdienst, Zentrale Textverarbeitung, Bibliothek, Registratur, Vervielfältigung, Bauunterhaltung, Gebäudebewirtschaftung, Reinigung).

Im Einzelnen werden folgende Vorhaben realisiert:

- Für die Haushalte 2003 und 2004 wurden die Personalausgaben im Intendanzbereich um insgesamt 5 % gesenkt. Die damit verbundenen Stelleneinsparungen wurden von den Behörden inzwischen weitgehend konkretisiert.
- Es wurde mit dem Aufbau eines systematischen Benchmarkings für die Intendanzbereiche begonnen. Hierbei wurde auf den in den Produktinformationen enthaltenen Standardkennzahlen (Intendanzanteil, Personalverwaltungs- und Personentwicklungskosten pro Beschäftigen) aufgebaut. Die mit Vergleichskennzahlen erfassten Bereiche sollen sukzessive ausgeweitet werden. Anhand von Leistungsvergleichen und der Heranziehung von Best-Practice-Beispielen sollen Effizienzsteigerungspotenziale identifiziert und realisiert werden.
- Mit der Reduzierung von Ämterzahl und Leitungsspannen in den Behörden lassen sich weitere Synergieeffekte im Bereich der Intendanz realisieren. Einzelne Behörden haben in diesem Zusammenhang dezentrale Verwaltungsbereiche aufgelöst bzw. zusammengelegt. Beispiele sind die Auflösung der Verwaltung des ehemaligen Amtes für Jugend, die geplante Zusammenlegung der Verwaltung des Amtes für Gesundheit mit der Zentralverwaltung der Behörde für Umwelt und Gesundheit, die Zusammenlegung von Ämterregistraturen in der Behörde für Wirtschaft und Arbeit, die Auflösung der Oberfinanzdirektion sowie die Auflösung der Polizeidirektionen.
- Begleitend zu den behördeninternen Strukturveränderungen wird eine Leitlinie zur Ver-

einheitlichung der Organisationsstrukturen (z.B. Ämtergrößen, Leitungsspannen) entwickelt.

- Synergieeffekte lassen sich ebenfalls durch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Behörden erschließen. So werden zum Beispiel mit der geplanten Errichtung einer Betriebsgesellschaft „Rathaus“ Teile der Verwaltungsaufgaben der Bürgerschaftskanzlei und der Senatskanzlei zusammengeführt. Darüber hinaus wird zukünftig die Personalverwaltung der Senatskanzlei und der Senatsämter durch das Personalamt wahrgenommen sowie die Zusammenarbeit zwischen der Behörde für Bau und Verkehr und der Behörde für Wirtschaft und Arbeit in den Bereichen Reinigung, Personalentwicklung und Fortbildung optimiert.
- Der Senat wird die Aufgaben der Administration der IuK-Endgeräte und der lokalen Netze in Zukunft im Landesamt für Informationstechnik bzw. in dem gemeinsam mit Schleswig-Holstein neugegründeten Unternehmen „dataport“ zentralisieren und damit die Betriebskosten für diesen Bereich in der Hamburger Verwaltung senken.

Übersicht 11 Abgeschlossene Maßnahmen aus „Jesteburg I“ (Auswahl)

Kategorie: Verschlankung der Verwaltung

- Bündelung der Rentenberatung der Bezirke
- Konzentration der Filmförderung bei der Kulturbehörde
- Reduzierung von Ämtern und Leitungsspannen (z.B. die Zusammenlegung von Präsidial- und Staatsamt in der Senatskanzlei, die Reduzierung der Ämter von elf auf sechs in der Behörde für Bau und Verkehr, die Zusammenlegung des Amtes für Umweltuntersuchungen mit dem Hygiene-Institut, die Auflösung der Polizeidirektionen und der Oberfinanzdirektion; die Zusammenlegung der Ämter für Verwaltung sowie Organisation und Zentrale Dienste in der Finanzbehörde)
- Verlagerung der Aufgabe der Sozialen Stadtteilentwicklung inkl. Stellen von der Behörde für Bau und Verkehr auf die Bezirke
- Auflösung der eigenen Lichtpauserei in der Behörde für Bau und Verkehr
- Reorganisation des Senatsfahrdienstes
- Reorganisation der Beteiligungsverwaltung
- Zentralisierung der Liegenschaft in der Finanzbehörde
- Verlagerung der Zuständigkeit für Wochenmärkte von der Behörde für Wirtschaft und Arbeit auf die Bezirke

Kategorie: Aufgabenverzicht und Leistungsreduzierung sowie verstärkte Kooperation mit Privaten und anderen Bundesländern

- Vollständige Vergabe der staatlichen Insolvenzberatung an private Träger
- Zusammenführung des Landesamtes für Informationstechnik und der Datenzentrale Schleswig-Holstein zu einem gemeinsamen Unternehmen
- Fusion der Statistischen Landesämter von Hamburg und Schleswig-Holstein

Kategorie: Einnahmeverbesserungen

- Verkauf der Senatsbarkasse
- Bundesweite Vermarktung selbst entwickelter Software (z.B. POLAS nach Hessen)

Kategorie: Behördenübergreifende Maßnahmen

- Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit für Beamte von 38,5 auf 40 Std.
- Gründung eines Projektes Interner Arbeitsmarkt (PIA) beim Personalamt zur internen Vermittlung von Arbeitskräften.

Darüber hinaus sind noch eine Reihe weiterer Vorhaben in Bearbeitung. Hierzu gehören u.a.:

- die Reorganisation des Hamburg Marketings,
- die Integration der Bereiche Tiefbau und Grünpflege in den Bezirken,
- die Überführung der Beruflichen Schulen in eine andere Trägerschaft sowie
- die Änderung der Rechtsbestimmungen im Meldebereich zur Ermöglichung von Online-Auskünften.

4.9.4 Zusätzliche aufgabenkritische Einsparungen bis 2006

Kurz nachdem die Zahlen aus der Mai-Steuerschätzung 2003 für Hamburg vorlagen und erhebliche weitere Steuerausfälle prognostizierten, hat der Senat am 21. und 24. Juni 2003 zusätzliche aufgabenkritische Einsparungen in einem Volumen von 75 Mio. EUR beschlossen („Jesteburg II"), die zusammen mit anderen Maßnahmen den Ausgleich des Betriebshaushalts im Jahr 2006 sicherstellen sollen.

Im Mittelpunkt stehen dabei folgende Ziele und Maßnahmen:

- **Verschlankung der Verwaltung**, u.a.
  - Auflösung des Senatsamtes für die Gleichstellung und Verlagerung der Aufgaben in die BSF und das Personalamt
  - Eingliederung des Senatsamtes für Bezirksangelegenheiten in die Organisation der Justizbehörde
  - Modernisierung der bezirklichen Organisationsstruktur
  - Weitere Reorganisation der Liegenschaftsverwaltung
- **Aufgabenverzicht und Leistungsreduzierung** in geeigneten Bereichen, u.a.
  - Benchmarking zur bezirklichen Leistungsgewährung im Bereich der Sozialhilfe
  - Privatisierung der Aufgabe des Kampfmittelräumdienstes der Feuerwehr
  - Absenkung der Kostenerstattung für die Stadtreinigung Hamburg A.ö.R. für nicht gebührenpflichtige Leistungen
- **Absenkung des Zuwendungsvolumens**, u.a.
  - Konzept zur Gebührenanpassung und Verbesserung der Struktur beim Wirtschaftsplan des Studentenwerks und dadurch Reduzierung des Zuschusses
  - Einstellung der Förderung der Geschichtswerkstätten
  - Reduzierung des Zuwendungsvolumens im Bereich der sozialpolitischen Beschäftigungsförderung
  - Einsparungen bei der Landeszentrale für politische Bildung
- **Einnahmeverbesserungen**, u.a.
  - Erhöhung der Fahrpreise im ÖPNV
  - Erhöhung der Gebühren für die Nutzung des alten Elbtunnels (nicht für Fußgänger)
- **Behördenübergreifende Maßnahmen**, u.a.
  - Einsparung von 5 % der jährlichen IuK-Betriebskosten
  - Optimierung des Gebäudemanagements durch Errichtung einer zentralen Asset-Management-Gesellschaft, die die Kompetenzen bündelt
  - Zentralisierung des Energiemanagements (Energieeinkauf) bei der Finanzbehörde

Eine Reihe dieser Maßnahmen wird ab sofort schrittweise umgesetzt. Andere aufgabenkritische Überlegungen befinden sich noch in der Prüfung.

Zur Abbildung des geplanten Einsparvolumens (vgl. Übersicht 10) findet sich zurzeit noch eine globale Minderausgabe im zentralen Einzelplan 9.2 in Höhe von 155 Mio. EUR (2005) bzw. 215 Mio. EUR (2006). Diese Beträge zeigen die vom Senat unmittelbar steuerbaren Einsparbeiträge an. Die Auflösung und Konkretisierung der globalen Minderausgaben 2005

und 2006 wird mit Aufstellung des Doppelhaushalts 2005/2006 erfolgen.

4.10 Ergänzende Maßnahmen: e-Government, Haushaltsmodernisierung, Energie- und Gebäudemanagement

4.10.1 E-Government

Im Juni 2003 hat der Senat den zweiten e-Government-Aktionsfahrplan beschlossen. Dort sind die wesentlichen Punkte der e-Government-Strategie Hamburgs beschrieben: wichtige Infrastrukturprojekte sowie behördenübergreifende und behördenspezifische Vorhaben aller Behörden und Ämter mit einem Zeitraster für die Verwirklichung. Der e-Government-Fahrplan ist eine Potenzialanalyse, d.h. alle aufgeführten Themen werden vor der Realisierung anhand bestimmter Kriterien geprüft. Am wichtigsten ist dabei, ob sich eine Win-Win-Situation für Verwaltung und Verwaltungskunden realisieren lässt. Der e-Government-Fahrplan wird im jährlichen Abstand von den einzelnen Behörden und Ämtern fortgeschrieben und aktualisiert. Das Controlling erfolgt durch das in der Finanzbehörde angesiedelte hamburgweite Projekt e-Government (PreGo), das auch bei der Realisierung einzelner Projekte berät.

Alle e-Government-Aktivitäten setzen auf die bewährte IuK-Infrastruktur und Vorgehensweise der IuK-Planung. IuK-Planung und e-Government sind somit miteinander verbundene Bestandteile einer Gesamtstrategie zur Modernisierung der Verwaltung. E-Government als Herzstück einer umfassenden Verwaltungsmodernisierung umfasst daneben auch Bereiche wie Haushalt, Organisation, Recht und Datenschutz. Eine erfolgreiche e-Government-Strategie bedeutet deshalb weit mehr als die schlichte Umstellung von isoliert zu betrachtenden Dienstleistungen in ein elektronisches Angebot, sondern vor allem umfassende Strukturveränderungen in den dabei zugrundeliegenden Verwaltungsabläufen. Dort liegen in erster Linie größere Einsparpotenziale, die dabei helfen, die vom Senat beschlossenen Ziele der Haushaltskonsolidierung zu erreichen.

Zur e-Government-Strategie des Senats gehört auch, Hamburgs Aktivitäten in den größeren räumlichen Zusammenhang der Metropolregion einzuordnen, um Doppelarbeit zu vermeiden, Verwaltungsabläufe zu verschlanken und einen größeren Nutzen für Bürger und Betriebe zu erzielen. Konkret wird derzeit untersucht, wie Meldeverfahren und Kfz-Angelegenheiten sinnvoll in jeweils einem der beteiligten Länder konzentriert werden können. Durch eine praktische Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen bei der Erarbeitung und Umsetzung neuer Online-Angebote der Verwaltung sollen so in Zukunft Insellösungen beim e-Government vermieden werden. Ein bereits erfolgreich verlaufendes Beispiel länderübergreifender Zusammenarbeit ist die Gründung von dataport als gemeinsamer IT-Dienstleister von Hamburg und Schleswig-Holstein zum 1. Januar 2004.

Besonders hervorzuhebende Infrastrukturprojekte des zweiten e-Government-Aktionsfahrplans sind:

- „HamburgGateway – Das digitale Tor zur Stadt“: Eine entscheidende Voraussetzung für eine effiziente elektronische Verwaltung ist die Schaffung einer leistungsfähigen Schnittstelle zu den Kunden. Das HamburgGateway wird 7 Tage in der Woche und täglich 24 Stunden in Betrieb sein; die Kunden haben dadurch jederzeit Gelegenheit, mit ihrer Verwaltung in Kontakt zu treten. Die Kommunikation der Kunden mit der Verwaltung findet über eine sichere und geschützte Verbindung statt. Das HamburgGateway als einheitlicher Zugang zu allen e-Government-Angeboten der hamburgischen Verwaltung stellt an einer Stelle behörden- und verfahrensübergreifende Funktionen zur Verfügung, die von allen künftigen Transaktionsanwendungen der Behörden und Ämter genutzt werden können.
- Als leistungsfähige Infrastruktur für das verwaltungsinterne Wissens- und Informationsmanagement ist darüber hinaus mit dem FHHintranet die erste Stufe einer behördenübergreifenden Portalinfrastruktur aufgebaut worden. Im Laufe des Jahres 2003 soll das

FHHportal zusätzlich um die Einrichtung geschlossener Benutzergruppen und Funktionen des Dokumentenmanagement (Portalserver) erweitert werden, um die Nutzung von Informationsbeständen und Informationsanwendungen durch alle Beschäftigten der FHH effektiver zu gestalten und eine bessere Zusammenarbeit sowie die gemeinsame Nutzung des in der gesamten Verwaltung vorhandenen Wissens zu ermöglichen.

Zu einer umfassenden Information über Hamburgs e-Government-Strategie und die einzelnen e-Government-Projekte wird auf die Drucksache 17/3032 „E-Government - Moderne Stadt im Netz“ verwiesen.

4.10.2 Haushaltsmodernisierung

Der Senat setzt den Prozess der Haushaltsmodernisierung konsequent fort. Um den Konsolidierungsprozess abzusichern und die Planungssicherheit zu erhöhen, beantragt der Senat bei der Bürgerschaft mit der Einbringungsdrucksache zum Haushaltsplan-Entwurf 2004 (Drs. 17/3000), im nächsten Jahr einen Doppelhaushalt 2005/2006 aufzustellen. Damit würde dem Beispiel zahlreicher Bundesländer mit guten Erfahrungen gefolgt. Unerlässlichen Veränderungen und dem Etatrecht der Bürgerschaft können – wie in diesen Ländern auch – mit einem Nachtragshaushalt zum zweiten Planjahr Rechnung getragen werden.

Vor dem Hintergrund der dargestellten Finanzlage ist die zwingend notwendige Haushaltskonsolidierung nur auf Basis vollständiger und „richtiger“ finanz- und haushaltspolitischer Steuerungsinformationen möglich. Zur Unterstützung seines Konsolidierungskurses setzt der Senat daher eindeutige Prioritäten im Bereich der Haushaltsmodernisierung und beabsichtigt, Budgetentscheidungen stärker als bisher an den angestrebten Ergebnissen auszurichten („Outputorientierung“). Für diese strategische Ausrichtung ist ein Rechnungswesen erforderlich, das den tatsächlichen Mittelverbrauch vollständig und periodengerecht abbildet und erkennen lässt, wie sich staatliches Vermögen und aufgewachsene Verpflichtungen im Zeitablauf entwickeln.

Bereits im Finanzbericht 2003 hat der Senat erklärt, dass er vor diesem Hintergrund prüft, das bisherige Rechnungswesen (Kameralistik) auf ein System umzustellen, das den Prinzipien der doppelten Buchführung und der Bilanzierung (Doppik) entspricht. Diese Prüfung, die auch ausdrücklich von der Bürgerschaft gefordert wurde (vgl. Ersuchen der Bürgerschaft: „Einführung der kaufmännischen Buchführung in der Verwaltung“, Drs. 17/1898), ist nun abgeschlossen. Danach weist die Doppik folgende Vorteile auf:

- Das Vermögen der Stadt wird systematisch erfasst und fortgeschrieben.
- Der tatsächliche Ressourcenverbrauch wird vollständig und periodengerecht dargestellt.
- Wirtschaftlichkeitsprinzipien und Erfolgskriterien werden konsequent beachtet.
- Kosten- und Leistungsvergleiche werden erleichtert.
- Die Belastungen jetziger und zukünftiger Generationen („Generationengerechtigkeit“) lassen sich erstmals transparent für Bürgerinnen und Bürger sowie die politischen Entscheidungsträger darstellen.

Auf Grundlage dieser Prüfung beabsichtigt der Senat, in den kommenden Jahren die kaufmännische Buchführung einzuführen. Zur Vorbereitung, Planung, Durchführung, Berichterstattung und Erfolgskontrolle dieses komplexen Vorhabens ist ein „Projekt Doppik“ gegründet worden.

Das Projekt muss dabei keine allumfassende, umfangreiche Grundlagenarbeit leisten, sondern kann auf bereits weit fortgeschrittene Vorarbeiten zurückgreifen: Besonders herauszustellen ist, dass Hamburg durch die Ablösung der bisherigen Verfahren für die Haushaltsplanung, Mittelbewirtschaftung sowie für die Kosten- und Leistungsrechnung ab dem Haushaltsjahr 2004 durch die betriebswirtschaftliche Software SAP R/3 weitgehend die IuK-technischen Grundlagen für die Einführung der Doppik in der Verwaltung bereits gelegt hat. Mit dem Abschluss des Projektes „sap für hamburg.“ sind rd. 3.200 Arbeitsplätze mit dieser Software ausgestattet. Durch die geplante Umstellung auf die kaufmännische Buchführung

werden daher zwar Anpassungen des SAP R/3-Systems notwendig – eine vollständige Neueinführung ist jedoch nicht erforderlich. Mit der Aufnahme von § 71 a in die LHO sind zudem schon heute die rechtlichen Voraussetzungen für ein modernes doppisches Rechnungswesen gegeben. Nach dieser Vorschrift kann die Buchführung zusätzlich nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung und Bilanzierung in sinngemäßer Anwendung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches erfolgen. Mit dieser Zusätzlichkeit eines kaufmännischen Rechnungswesens ist aber nicht die Vorhaltung von zwei Buchführungssystemen verbunden. Die Doppik bildet nicht nur die Vermögensbestände (Bilanz) sowie den Aufwand und die Erträge (Erfolgsrechnung) ab. Im Rahmen der Doppikeinführung wird zugleich eine Finanzrechnung vorgehalten, mit der auch die Zahlungsströme dargestellt und (u.a.) für die Planung und Rechnungslegung im Sinne der haushaltsrechtlichen Vorschriften zur Verfügung gestellt werden. Dieses 3-Komponenten-Modell (Bilanz, Erfolgsrechnung, Finanzrechnung) ist Grundlage für die Projektarbeit.

Für die Einführung der Doppik verfolgt der Senat eine Einführungsstrategie, die folgende Stufen beinhaltet:

- Stufe 1: Konzeptentwicklung, Einführung der Anlagenbuchhaltung und Bewertung von Pensionsrückstellungen
- Stufe 2: Einführung der vollen Doppik-Funktionen in ausgewählten Bereichen
- Stufe 3: Flächendeckender Einsatz der Doppik mit SAP in 2006 und Erstellung einer Eröffnungsbilanz zum Bilanzstichtag 01.01.2006
- Stufe 4: Einführung von Konsolidierungsfunktionen und Erstellung einer Konzernbilanz.

Der Verlauf der Doppikeinführung hängt wesentlich davon ab, dass alle Gruppen, die den Projekterfolg beeinflussen, regelmäßig informiert und beteiligt werden. Daher wird vom „Projekt Doppik“ für die interne und externe Projektkommunikation ein entsprechendes Informations- und Beteiligungskonzept entwickelt. Ziel der Kommunikationspolitik ist es, einen möglichst umfassenden Konsens zu fördern, um damit Unterstützung für die Umsetzungsprozesse zu gewinnen. Dabei wird die Kommunikationspolitik eine möglichst breite und frühzeitige Information der unterschiedlichen Zielgruppen – Politik, Führungskräfte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Personalvertretungen – sicherstellen und sich an deren individuellem Informationsbedarf ausrichten.

Für das „Projekt Doppik“ ist eine feste Personalausstattung von sechs Beschäftigten vorgesehen. Daneben wird dieses Projektteam fallweise durch weitere Beschäftigte der Verwaltung problem- und prozessorientiert unterstützt. Im Investitionshaushalt fallen für die Einführung der Doppik einmalige Ausgaben (z.B. für externe Beratung, Anpassung der Hard- und Software SAP R/3, Schulungen und sonstige Bedarfe) in Höhe von rund 9 Mio. EUR an. Für diese Ausgaben sind Mittel im entsprechenden Haushaltstitel für globale Investitionsausgaben im IuK-Bereich reserviert.

Die Vorteile der Doppik gegenüber der Kameralistik lassen sich nicht unmittelbar monetär bewerten. Die vielfachen Forderungen aus Gesellschaft, Politik, Wissenschaft und anderen Organen nach ihrer Einführung verdeutlichen aber, dass der Nutzen der Doppik in der Öffentlichkeit sehr hoch eingeschätzt und die systemimmanenten Nachteile der Kameralistik auch unter Aspekten der gerechten Lastenverteilung zwischen den Generationen als nicht mehr hinnehmbar bewertet werden.

4.10.3 Sparsamer Umgang mit Ressourcen: Zentrales Gebäude- und Energiemanagement

Der Rechnungshof hat das komplexe Themenfeld des Gebäudemanagements geprüft und dabei auch wertvolle Hinweise für Verbesserungen geliefert. Der Senat hat eine ergänzende Ist-Analyse zum Gebäudemanagement in Auftrag gegeben. Diese sollte mit einer Zukunftsperspektive und einer Strategie verbunden werden und die erforderlichen Änderungen aufzeigen. Der Bericht der beauftragten Unternehmensberater liegt seit Ende Juni 2003 vor.

Wesentliche Ergebnisse sind:

- Das bei der Freien und Hansestadt Hamburg eingeführte Vermieter-Mieter-Modell ist nach dem Vorbild vieler großer Unternehmen gestaltet worden, die das Gebäudemanagement mit wirtschaftlichem Erfolg in gesonderte Organisationen ausgelagert haben.
- Die Vergabe der Verwaltungs- und Vermietungstätigkeit an verschiedene, konkurrierende Betriebsgesellschaften ist positiv zu bewerten. Die Betriebsgesellschaften sind schlanke und handlungsstarke Organisationen, die die Bewirtschaftung der Gebäude professionalisiert haben.
- Der erhebliche Sanierungsstau konnte abgebaut werden. Die Finanzierung über die Miete hat die Bereitstellung der erforderlichen Mittel ermöglicht. Die konkurrierenden Anforderungen an die immer knapper werdenden Haushaltsmittel hatten in den Vorjahren zum Anwachsen des Sanierungsstaus beigetragen.

Folgende Empfehlungen zur Weiterentwicklung sind gegeben worden:

- Zur Steigerung der Effizienz des Gebäudemanagements sollte eine Asset (Vermögenswerte) Management Gesellschaft gegründet werden, um die Eigentümeraufgaben zu stärken und die strategische Steuerung der Betriebsgesellschaften im Sinne eines ganzheitlichen Gebäudemanagements durchführen zu können.
- Die Anreizwirkung für die Mieter, die Flächeninanspruchnahme zu verringern, sollte durch Zielvorgaben an die Asset Management Gesellschaft hinsichtlich Renditevorgaben bzw. Zuführungen an den Haushalt verstärkt werden. Eine bürokratische Lösung über die Beschneidung der Mietbudgets würde die marktwirtschaftliche Lösung konterkarieren.
- Die Zuständigkeiten verschiedener Querschnittsverwaltungen im Zusammenhang mit gebäudewirtschaftlichen Leistungen sollten auf das Gebäudemanagement verlagert werden (z. B. Fremdanmietungen, Energieeinkauf und –einsparung, Beschaffung von Reinigungsleistungen).
- Die Gebäudetranchen „Kinder- und Jugendeinrichtungen“ sowie „Schulen in Harburg“ sollten wie geplant 2004 umgesetzt werden, wobei die Empfehlungen des vorliegenden Gutachtens berücksichtigt werden sollten.

Der Bericht wird derzeit ausgewertet. Die Berater weisen auf die Notwendigkeit hin, Einzelmaßnahmen vertieft zu prüfen. Geprüft wird auch, ob eine schrittweise Umsetzung sachgerecht ist (Stufenkonzept).

Die Finanzbehörde strebt an, die weiteren Tranchen wie dargestellt ins Gebäudemanagement einzubeziehen und dabei auch organisatorische Konsequenzen aus dieser Untersuchung zu ziehen.

4.11 Weitere Effizienzpotenziale: Zusammenarbeit in der Metropolregion und mit Nachbarländern

Der Senat verfolgt den Weg, über die Effizienzverbesserung und Aufgabenkritik in Hamburg hinaus auch durch die Stärkung der norddeutschen Zusammenarbeit Hamburger und norddeutsche Interessen besser durchzusetzen, Effizienzpotenziale zu erschließen, die auch zu Haushaltsentlastungen führen sowie Leistungen für Bürger und Unternehmen wirtschaftlicher anzubieten.

Auf einer Reihe von Feldern sind solche Kooperationsprojekte bereits angestoßen oder verwirklicht worden. Insbesondere auf der ersten gemeinsamen Kabinettssitzung von Hamburg und Schleswig-Holstein am 4.2.2003 sind die Fusion mehrerer Landesbehörden sowie eine umfassende Kooperation auf verschiedenen Gebieten der Landesverwaltung beschlossen worden:

- Das Hamburgische Landesamt für Informationstechnik, die Abteilung IuK des Senatsamtes für Bezirksangelegenheiten und die Datenzentrale Schleswig-Holstein fusionieren zum 1.1.2004 zu einem gemeinsamen IT-Dienstleistungsunternehmen als Anstalt öffentlichen Rechts für die Verwaltungen beider Länder.

- Ebenfalls zum 1.1.2004 sollen die Statistischen Landesämter Hamburg und Schleswig-Holstein zusammengeführt sowie die Eichverwaltungen der beiden Länder zusammengelegt werden.

Im Rahmen eines Staatsvertrages zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein wurde die Fusion der beiden Landesbanken zur neuen HSH Nordbank AG geregelt, die rückwirkend zum 1.1.2003 erfolgt ist.

Beide Länder wollen darüber hinaus gemeinsame Positionen z.B in der Ostseepolitik entwickeln und vertreten.

Mit den Beschlüssen zu „Jesteburg II“ wird dieser Weg der norddeutschen Zusammenarbeit fortgesetzt. In diesem Rahmen hat der Senat beschlossen, Haushaltsentlastungen durch folgende Kooperationsprojekte zu prüfen:

- Zusammenlegung der bisher in jedem Land vorhandenen Landessozialgerichte und Landesarbeitsgerichte mit Niedersachsen und Schleswig-Holstein,
- verstärkte Zusammenarbeit mit den norddeutschen Ländern im Strafvollzugsbereich,
- Zusammenführung der hamburgischen Einrichtungen (zukünftige) „Hochschule der Polizei“ (einschl. Landespolizeischule) und „Landesfeuerwehrschule“ mit den entsprechenden Einrichtungen des Landes Schleswig-Holstein,
- Zusammenlegen der Finanzschulen Hamburg und Schleswig-Holstein,
- Kooperation mit norddeutschen Ländern im Maßregelvollzug.

4.12 Beitrag der öffentlichen Unternehmen zur Konsolidierung

4.12.1 Beteiligungsvermögen der FHH

Zum 01.01.2003 bestand das Beteiligungsvermögen der FHH aus insgesamt 228 unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligungen:

- 63 unmittelbaren Beteiligungen der FHH oder der Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsverwaltung mbH (HGV),
- 165 mittelbaren Beteiligungen.

Gegenüber den Angaben im vorjährigen Finanzbericht ist die Zahl der unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen um 175 zurückgegangen. Davon entfallen 170 auf den Bereich der mittelbaren Beteiligungen infolge des Verkaufs des Restanteils an den HEW und der Gründung der HSH Nordbank.

Einzelheiten enthält der 4. Beteiligungsbericht. Der 5. Beteiligungsbericht der FHH wird voraussichtlich 2004 erscheinen und erstmals auch in elektronischer Form aufbereitet werden.

4.12.2 Strategische Neuausrichtung bedeutender Beteiligungen

HSH Nordbank

Die Fusion der Hamburgischen Landesbank und der Landesbank Schleswig-Holstein (LB Kiel) zur HSH Nordbank AG ist mit der Eintragung in die Handelsregister in Hamburg und Kiel am 2. Juni 2003 rechtswirksam geworden. Steuerrechtlich und bilanziell erfolgt die Fusion rückwirkend zum 1. Januar 2003. Der Kieler Landtag und die Hamburgische Bürgerschaft hatten die Fusion im Mai dieses Jahres beschlossen (Drs. 17/2434). Durch die erste länderübergreifende Fusion zweier Landesbanken ist ein starkes Institut mit einer Bilanzsumme von rund 180 Mrd. EUR und etwa 4.500 Beschäftigten weltweit entstanden. Die Hansestadt Hamburg ist mit 35,38 % an dem neuen Institut beteiligt. Die HSH Nordbank AG ist mit Doppelsitz in Hamburg und Kiel vertreten. Die HSH Nordbank wird zu den führenden nordeuropäischen Banken gehören und gleichzeitig in der Region Hamburg/Schleswig-Holstein verankert sein. Zu den Kerngeschäftsfeldern der HSH Nordbank zählen Schiffs- und Immobilienfinanzierungen, das Firmenkundengeschäft, Credit Investments sowie Funding; mit der

HSH Nordbank entsteht der mit Abstand größte Schiffsfinanzierer weltweit. Ergänzende Aktivitäten liegen neben dem Geschäft mit den Sparkassen auf den Gebieten der Transportfinanzierungen und Leasingrefinanzierungen sowie dem Privat- und Geschäftskundenbereich.

Im Zuge der Fusion wurde die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt (WK) aus der Hamburgischen Landesbank rückwirkend zum 01.01.2003 herausgelöst. Ein entsprechendes Recht wurde in den Einbringungsverträgen von 1992 und 1997 festgelegt. Allerdings ist die FHH verpflichtet, den Buchwert der WK durch Barzahlung an die HLB auszugleichen. Gemäß Bürgerschaftsbeschluss vom 21.05.2003 ist die Ablösezahlung durch die Mobilisierung von Vermögenspositionen zu decken. Die FHH hat zwischenzeitlich einen Berater beauftragt, die verschiedenen Handlungsoptionen für einen Verkauf von Forderungen der WK zu prüfen, um die in der WK gebundenen Eigenmittel der FHH zurückführen zu können.

Landesbetrieb Krankenhäuser

Der Senat beschloss am 5. März 2002, eine Teilprivatisierung des LBK Hamburg nach folgenden Maßgaben durchzuführen:

- Der LBK wird in eine Kapitalgesellschaft umgewandelt.
- Ein noch zu bestimmender Anteil an dieser Gesellschaft wird über eine Kapitalerhöhung an ein großes, kapitalkräftiges, nationales oder internationales Unternehmen aus der Gesundheitsbranche abgegeben.
- Die Höhe des abzugebenden Anteils und alle Einzelheiten der Transaktion können erst im Laufe des Verfahrens festgelegt werden.

Die Ertragskraft der Anstalt reicht trotz bisheriger Konsolidierungserfolge nicht aus, um die verbleibenden strukturellen Lasten abzutragen und gleichzeitig in weitere Restrukturierung und Modernisierung zu investieren. Die notwendigen Mittel kann weder die Anstalt selbst aufbringen noch ist die FHH als Anstaltsträgerin in der Lage, ihrem Unternehmen frisches Kapital zuzuführen.

Vor diesem Hintergrund sind die Ziele der Teilprivatisierung:

- Sicherstellung der medizinischen Versorgung auf qualitativ hochwertigem Niveau und zu günstigen Preisen
- Stärkung des Wirtschaftsstandorts durch ein überregionales, wachsendes und ertragsstarkes Krankenhausunternehmen mit Konzernsitz in Hamburg
- Schaffung bzw. Erhalt von Arbeitsplätzen mit hoher Attraktivität und guten Zukunftsaussichten
- Konsolidierung des Haushalts durch Verringerung der Risiken und Entlastung von zukünftigen Zahlungsverpflichtungen

Ein strategischer Partner ist noch nicht ausgewählt. Nach Abschluss der Verhandlungen wird der Auswahlvorschlag der Bürgerschaft vorgelegt.

4.12.3 Kategorisierung der Unternehmen und Beteiligungen

Die vom Senat beschlossene Neuausrichtung der hamburgischen Beteiligungspolitik wird im Sommer 2003 mit der Überprüfung der Aufgabenerfüllung durch öffentliche Unternehmen abgeschlossen.

Die Unternehmen und Beteiligungen der Freien und Hansestadt Hamburg werden für diese Überprüfung in folgende Gruppen eingeteilt:

- Unternehmen, die für die Infrastruktur der Stadt zwingend erforderlich sind. Hier kann in Einzelfällen der Verkauf von Anteilen sinnvoll sein, allerdings wird die Bewahrung eines beherrschenden öffentlichen Einflusses regelmäßig im Interesse Hamburgs geboten sein.
- Unternehmen, die insbesondere für die langfristige Sicherung des Wirtschaftsstandortes Hamburg von herausragender Bedeutung sind. Der Senat wird sich für eine Fortentwick-

lung dieser Unternehmen einsetzen, um Zukunftsbranchen zu stärken und die Leitung dieser Konzerne dauerhaft an Hamburg zu binden. Vor diesem Hintergrund wird auch zu entscheiden sein, in welchem Umfang der Einfluss der Freien und Hansestadt Hamburg weiterhin mit Kapitalanteilen gesichert werden muss bzw. in welchem Umfang Anteile verkauft werden können.

- Unternehmen, die die obigen Kriterien nicht erfüllen, aber für fachspezifische Ziele von strategischer Bedeutung sind.
- Bei Unternehmen, die nicht unter die genannten Gruppen fallen, ist eine weitere Beteiligung der Freien und Hansestadt Hamburgs nicht erforderlich. Derartige Unternehmen können daher vollständig privatisiert werden.

Der Senat überprüft den Beteiligungsbestand der Freien und Hansestadt Hamburg entsprechend. Dabei werden die Interessen des Standortes, der Hamburger Unternehmen und der Mitarbeiter berücksichtigt. Die Überprüfung soll im Sommer 2003 abgeschlossen werden.

4.12.4 Verbessertes Ausschüttungsverhalten der öffentlichen Unternehmen

Der Senat hatte in den Rahmenvorgaben von Februar 2002 beschlossen, 75 Mio. EUR Einsparungen ab dem Jahr 2003 dauerhaft durch Einsparungen bei den Zinsen (Reduzierung der Kreditaufnahme durch Vermögensumschichtung) sowie durch verbessertes Ausschüttungsverhalten der öffentlichen Unternehmen zu realisieren. Die geplanten Zinseinsparungen bei Deckungskrediten konnten angesichts der gravierenden zusätzlichen Steuerausfälle nicht realisiert werden, weil die dafür vorgesehenen Mobilisierungseinnahmen des Jahres 2002 in vollem Umfang zum Ausgleich der Steuerausfälle der Jahre 2002-2004 eingesetzt werden müssen („Steuerausfall-Sonderlast“). Die Gesamteinsparung wurde jedoch dadurch erreicht, dass die weiterhin niedrigen Zinssätze eine Senkung der ursprünglich in der Finanzplanung 2002 bis 2006 vorgesehenen Zinsausgaben ermöglichte.

Bei den öffentlichen Unternehmen ist es gelungen, Verbesserungen von rd. 45,7 Mio. EUR für das Jahr 2004 und 30,7 Mio. EUR für 2005 gegenüber der bisherigen Finanzplanung 2002-2006 zu erzielen. Sie resultieren aus einer Absenkung des Zuschussbedarfs an die HGV auf „0“ in den Jahren 2004 und 2005 sowie einer strukturell wirkenden Mehrausschüttung der SAGA. Gegengerechnet werden müssen Mindereinnahmen bei den Regionalisierungsmitteln, die zur Finanzierung von Verlustausgleichen öffentlicher Verkehrsunternehmen eingesetzt werden können. Die Verbesserungen sind in Tabelle 17 dargestellt:

Tabelle 17 Verbesserungen bei den öffentlichen Unternehmen in Mio. EUR

	2004	2005
HGV-Zuschuss Finanzplanung 2002-2006	55,7	40,7
HGV-Zuschuss Finanzplanung 2003-2007	0	0
Mehrausschüttung SAGA	5,6	5,6
Mindereinnahme Regionalisierungsmittel	-15,6	-15,6
Verbesserung insgesamt	45,7	30,7

Kurz nachdem die Zahlen aus der Mai-Steuerschätzung 2003 für Hamburg vorlagen und erhebliche weitere Steuerausfälle prognostizierten, hat der Senat am 21. Juni 2003 zusätzliche Ausschüttungsverbesserungen in den Jahren 2005 und 2006 beschlossen, die zusammen mit anderen Maßnahmen den Ausgleich des Betriebshaushalts im Jahr 2006 sicherstellen sollen.

4.13 Liegenschaften und ihr Beitrag zur Erfüllung des Auftrags

4.13.1 Aktives Flächenmanagement für die „Wachsende Stadt“

Dem aktiven Flächenmanagement kommt eine Schlüsselrolle beim Leitbild des Senats „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ zu. Ein gutes städtisches Flächenangebot (Umfang, Lage, Verfügbarkeit, Nutzungsmöglichkeiten) und die damit verbundenen planerischen Entwicklungspotentiale bestimmen maßgeblich Wachstumsmöglichkeiten, stadtentwicklungspolitische Gestaltungsspielräume und die nationale sowie internationale Wettbewerbsfähigkeit der Stadt.

Unter Einbeziehung vor allem auch des städtischen Grundeigentums setzt der Senat folgende Schwerpunkte beim Flächenmanagement:

- planerische Entwicklung von Flächen, um in einer attraktiven Stadt zusätzliche Gewerbe- und Wohnungsbauflächen auszuweisen,
- deutliche Steigerung des Verkaufs baureifer städtischer Grundstücke zu angemessenen Preisen im Rahmen der Wirtschaftsförderung und zur Förderung des Wohnungsneubaus,
- stringente Prüfung der Erforderlichkeit städtischen Grundeigentums und Veräußerung entbehrlicher Grundstücke,
- kundenfreundliche Vermarktung des städtischen Flächenangebots.

Der Senat strebt eine Straffung der Immobilienaktivitäten der FHH und ihrer öffentlichen Unternehmen an mit dem Ziel des Angebotes und der Abwicklung aus einer Hand („one face to the customer“). Zu diesem Zweck ist bereits die Konzentration der Liegenschaftsaufgaben bei der Liegenschaftsverwaltung der Finanzbehörde umgesetzt worden. Damit kann die ressourcensteuernde Funktion für städtische Immobilien gestärkt werden und es werden Effizienzgewinne erzielt sowie eine Verbesserung der Transparenz für alle Beteiligten erreicht.

Zur weiteren Erhöhung der Transparenz wird in der Liegenschaftsverwaltung eine zentrale Datenbank aufgebaut, in der alle relevanten Informationen über vermarktbare Immobilien und das Immobilien-Portfolio insgesamt gebündelt sind. Durch die Datenbank wird gezielter und schneller auf die Wünsche potenzieller Investoren eingegangen werden können. Darüber hinaus soll sie eine bessere Aktivierung von Flächenpotenzialen un- oder untergenutzter Immobilien und die Optimierung der Steuerung des städtischen Immobilien-Portfolios ermöglichen.

Durch die Verbesserung der Aktivierung sind mittelfristig höhere Erlöse aus Grundstücksveräußerungen im Grundstock für Grunderwerb zu erwarten, die durch das Schnüren bestimmter Pakete zur Veräußerung (z.B. Erbbaurechtsgrundstücke, Tranchen zur Vermögensmobilisierung) und in Abhängigkeit von der Marktlage Schwankungen unterliegen werden. Allerdings ist auch zu berücksichtigen, dass die Freimachung der Grundstücke und notwendige Planungen zunächst einen beträchtlichen Zeitbedarf beanspruchen können.

Wichtige weitere Elemente eines aktiven Flächenmanagements für eine wachsende Stadt sind neben einer vorsorgenden Bauleitplanung (insbesondere für Gewerbe- und Wohnungsbauflächen) eine langfristig angelegte Bodenvorratspolitik. Die Senatskommission hat am 22. Mai 2003 ein Konzept zur Kenntnis genommen, das die Maßstäbe für städtische Ankaufsaktivitäten beschreibt. Im Mittelpunkt steht dabei das Ziel, ein ausreichendes städtisches Flächenangebot langfristig zu erhalten.

Die durch den Grundstock für Grunderwerb gegebene Flexibilität und Unabhängigkeit der städtischen Ankaufs- und Verkaufspolitik vom aktuellen Haushalt(sjahr) hat sich bewährt und stellt ein flexibles Finanzierungssystem für die städtische Grundstückspolitik dar.

4.13.2 Beiträge zur Bildung von privatem Eigentum

Der Senat beabsichtigt, ein befristetes Aktionsmodell und dauerhaft neue Konditionen für die Veräußerung von Erbbaurechtsgrundstücken sowie die Ablösung von Wiederkaufsrechten

an Wohngrundstücken einzuführen. Mit diesem werden unter bestimmten Bedingungen marktgerechte Preisabschläge gewährt. Damit sollen einerseits (vorgezogene) Einnahmen durch die Mobilisierung nicht mehr für stadtwirtschaftliche Ziele benötigter Grundstücke generiert werden. Darüber hinaus soll die Neuregelung Planungs- und Investitionssicherheit und damit klare Perspektiven für die Betroffenen Wohnungsunternehmen/ Eigentümer schaffen, wodurch die Investitionsbereitschaft für Wohnungsneubau erhöht wird und die Instandhaltung und Modernisierung der bestehenden Wohnanlagen verstärkt werden.

Darüber hinaus sind die Kriterien für die Vergabe von Eigenheimgrundstücken verbessert worden.

4.14 Entflechtung von fachlich-politischer Steuerung und Durchführungsaufgaben

Zu den zentralen Ordnungskriterien, die als Orientierung für aufgabenkritische Maßnahmen dienen, gehört die Entflechtung, d.h. die klare Trennung von fachlich-politischer Steuerung durch Fachbehörden von Durchführungsaufgaben. Dabei gehören zu den ministeriellen Funktionen und zur fachlichen Steuerung

- die Mitwirkung an der Setzung und Gestaltung des rechtlichen Rahmens,
- der Erlass von übergeordneter, zentraler Regelungen (z.B. Globalrichtlinien),
- die Steuerung nachgeordneter Organisationseinheiten,
- die fachlich-politische Entwicklung von Fachprogrammen,
- die übergreifende Leitungsunterstützung und Ressourcensteuerung.

Zur Durchführung zählen grundsätzlich alle Aufgaben, die vergeben werden könnten. Daher ist auch nicht jede Durchführungsaufgabe bei den Bezirken anzugliedern, sondern vorab zu prüfen, welche Form der Umsetzung am geeignetsten ist, und zwar nach den Kriterien

- Effektivität und Effizienz,
- Bürger- und Kundennähe,
- Sicherung der Gleichbehandlung und notwendiger Einheitlichkeit gegenüber den Bürgern/Nutzern,
- Qualitätssicherung.

Durchführungsaufgaben können demnach wie folgt organisiert werden :

- Aufgabe verbleibt in der Fachbehörde,
- Übertragung der Aufgabe auf die Bezirksämter (oder auf ein „federführendes“ Bezirksamt),
- Angliederung an eine andere zentrale Dienststelle,
- Ausgliederung an einen Landesbetrieb oder Vergabe an externe Dienstleister.

Z.Zt. wird geprüft, in welchen Aufgabenbereichen eine veränderte Zuordnung erforderlich ist.

4.15 Zuwendungen

4.15.1 Definition

Zuwendungen nach § 23 Landeshaushaltsordnung (LHO) sind Leistungen an Stellen außerhalb der Verwaltung zur Erfüllung bestimmter Zwecke, die nur veranschlagt (und nach § 44 LHO nur bewilligt) werden dürfen, „wenn die Freie und Hansestadt Hamburg an der Erfüllung durch solche Stellen ein erhebliches Interesse hat, das ohne die Zuwendungen nicht oder nicht im notwendigen Umfang befriedigt werden kann“.

Aus der Formulierung des § 23 LHO lässt sich ableiten, dass es sich um Leistungen an Dritte handelt, auf die ein dem Grunde und/oder der Höhe nach bestimmter Rechtsanspruch nicht besteht.

Den Grundsätzen der Notwendigkeit (§ 6 LHO) sowie der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit (§ 7 LHO) folgend muss an dem von Dritten zu erfüllenden Zweck ein erhebliches Interesse der Freien und Hansestadt Hamburg bestehen, das ohne Zuwendung nicht oder nicht im notwendigen Umfang befriedigt werden kann.

Ein erhebliches Interesse an der Förderung Dritter kann in der Regel aus dem Haushaltsplan, den Regierungsprogrammen oder anderen offiziellen staatlichen Verlautbarungen abgeleitet werden, in denen sich die von den jeweiligen parlamentarischen Mehrheiten angestrebten politischen Ziele widerspiegeln. Das erhebliche Interesse kann zum Teil aber auch aus Spezialgesetzen abgeleitet werden, die darauf ausgerichtet sind, staatliche Aufgaben in einer dauerhaften Infrastruktur durch Zuwendungsempfänger anzubieten (z.B. Jugendhilfe, Wohlfahrtspflege, auch Sanitäts- und Betreuungsdienste im Katastrophenschutz).

4.15.2 Informationen über Zuwendungen in Haushaltsplan-Entwurf und Finanzbericht

Ausführliche Informationen über Zuwendungen werden in abgestuften Detaillierungsgraden regelmäßig mit dem Haushaltsplan vorgelegt:

- Der Finanzbericht gibt einen ausführlichen Überblick über Zuwendungsausgaben; er enthält eine zusammenfassende Darstellung der Zuwendungen nach Behörden / Einzelplänen sowie ausgewählten Produktbereichen und erläutert die Entwicklung. Außerdem werden alle Titel des Haushalts, aus denen Zuwendungen gezahlt werden, mit Zweckbestimmungen, Ansätzen und Vergleichszahlen des Vorjahres aufgelistet (siehe Anlage 4.1, orange Seiten).
- In den behördlichen Einzelplänen wird in den jeweiligen Kapitelerläuterungen zusammenfassend auf die Zuwendungen und vor allem auf durchgeführte Erfolgskontrollen eingegangen. Hier werden auch herausragende Ziel- und Leistungsvereinbarungen genannt. Detailliertere Informationen zu einzelnen Zuwendungsprogrammen oder auch zu einzelnen großen Empfängern enthalten die jeweiligen Erläuterungen zu den Haushaltstiteln, tlw. mit Übersichten zu Zielsetzungen, Laufzeiten und Erfolgskontrollen der Zuwendungsprogramme.
- Für die Empfänger institutioneller Förderung über 100.000 EUR sind Kurzfassungen der Wirtschaftspläne in den Anlagen zu den Einzelplanbänden dargestellt.
- In den Produktinformationen sind die Zuwendungen integriert in die Beschreibungen der Produktgruppen und Produkte. In Bereichen, deren Zielsetzungen überwiegend mit Hilfe von Zuwendungsempfängern verfolgt wird, sind zuwendungsbezogene Daten, teilweise auch für einzelne Empfänger (z.B. Theater) genannt.

Erstmals für das Jahr 2001 hat der Senat im vergangenen Jahr außerdem einen empfängerbezogenen Zuwendungsbericht für alle Zuwendungen über 20 Tsd. DM im Einzelfall vorgelegt (s. Drs. 17/1330). Für das Jahr 2002 wird eine Berichterstattung über Zuwendungen bis 10 Tsd. EUR erfolgen.

4.15.3 Überblick über die Struktur der Zuwendungen

Parallel zum Haushaltsplan-Entwurf 2004 beantwortet der Senat das Ersuchen der Bürgerschaft im Zusammenhang mit den Beschlüssen zum Haushaltsplan-Entwurf 2003 zum Zuwendungsbereich (Drs. 17/1892). Dort wird auch nochmals – am Beispiel des Haushalts 2003 – über die Struktur der Zuwendungen aus dem Haushalt informiert (s. Übersicht 12).

Übersicht 12 Struktur der Zuwendungen im Haushaltsplan 2003 in Tsd. EUR

Gesamtvolumen [1]	816.920	
Investitionen	125.705	100,0%
davon:		
Zuwendungen an öffentliche Unternehmen [2]	83.718	66,6%
UKE	30.312	
Betriebsgebäude Oper	12.073	
ÖPNV	25.605	
Sonstige Investitionszuschüsse	41.987	33,4%
Wettbewerbshilfen für die Werften	8.181	
Sonstige Wirtschaftsförderung	9.305	
Luftfahrtforschung und -technologie	3.388	
Forschungseinrichtungen	3.679	
Soziale Stadtteilentwicklung	4.934	
Betriebshaushalt	691.215	100,0%
davon:		
Zuwendungen an öffentliche Unternehmen [2]	360.223	52,1%
UKE	107.063	
Hamburgische Staatsoper GmbH	40.666	
Neue Schauspielhaus GmbH	18.414	
Thalia-Theater GmbH	15.141	
Hamburger Arbeit (HAB)	38.000	
Hamburger Öffentliche Bücherhallen	24.481	
Museumsstiftungen	27.200	
Sonstige gesetzliche / vertragliche Bindungen	163.793	23,7%
Forschungsförderung	46.455	
S-Bahn-Betrieb	90.000	
Jugendhilfe	11.593	
Übrige Zuwendungen Betriebshaushalt	167.199	24,2%
Anteil Zuwendungen (Betriebshaushalt) an bereinigten Betriebsausgaben		8,1%

1) Ohne zentral im Epl. 9.2 veranschlagte Verstärkungsmittel für Tarifsteigerungen im Personalbereich; Abweichungen zu Anlage 4.1 sind haushaltssystematisch bedingt.
2) Der Begriff „öffentliche Unternehmen“ umfasst hier sowohl Unternehmen als auch Vereine und Stiftungen, bei denen Hamburg Rechte als Gesellschafter, Stifter, Gewährträger o. Ä. hat.

Insgesamt machen Zuwendungen einen Anteil von 8,4 % an den bereinigten Gesamtausgaben aus. Rd. ein Siebtel aller Zuwendungen sind Investitionen. Der Anteil der Zuwendungen im Betriebshaushalt an den bereinigten Betriebsausgaben beträgt 8,1 %; allein 52,1 % dieser Zuwendungen entfallen auf die öffentlichen Unternehmen, darunter das Universitätsklinikum Eppendorf allein mit 107 Mio. EUR, die Staatstheater mit 74 Mio. EUR und die Museumsstiftungen mit 27 Mio. EUR.

In der folgenden Tabelle werden die jeweils größten Zuwendungsempfänger pro Einzelplan im Betriebshaushalt 2003 aufgeführt.

Tabelle 18 Die jeweils größten Zuwendungsempfänger pro Einzelplan 2003

Kapitel	Titel	Zweckbestimmung des Haushaltstitels 2003	Zuwendungsvolumen (Tsd. EUR)
Epl. 1.1		**Senatskanzlei, Senatsämter**	
1100	534.03	Pflege der Beziehungen zu jüdischen ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern Hamburgs sowie ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern	159
1100	541.80	Maßnahmen der Ostseekooperation	220
1100	547.01	Städtepartnerschaften	313
1100	632.01	Europapolitische Interessenvertretung	120
1100	681.03	Förderung der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern	542
1100	684.01	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	14
1100	686.05	Tagungen und sonstige Veranstaltungen	248
1180	684.01	Förderung von Frauenverbänden	70
1180	971.01	Projekte von zentraler Bedeutung für die Gleichstellungspolitik in Hamburg	125
Summe			**1.811**
EP 1.1 gesamt			**1.813**
		entspricht Anteil an bereinigten Betriebsausgaben des Epl.	1,7%
Epl. 1.2 - 1.8		**Bezirksämter**	
1x00	529.02	Mittel zur Förderung von Initiativen in den Bezirken - Sondermittel der Bezirksversammlung - ohne Investitionen	178
1300	684.64	Betriebszuschuss für den Bürgertreff Altona-Nord	150
1400	684.64	Betriebszuschüsse -Bürgerhäuser-	90
1500	684.02	Zuschüsse an Stadtteilbüros	420
1600	684.02	Zuschüsse an Stadtteilbüros	108
1600	684.64	Betriebszuschüsse -Bürgerhäuser-	285
1700	684.64	Betriebszuschüsse -Bürgerhäuser-	65
1800	684.64	Betriebszuschüsse -Bürgerhäuser-	1.172
Summe			**2.468**
Bezirke gesamt			**2.469**
		entspricht Anteil an bereinigten Betriebsausgaben des Epl.	0,8%
Epl. 2		**Justizbehörde**	
2000	684.69	Zuwendungen an Dritte für soziale Zwecke	69
		entspricht Anteil an bereinigten Betriebsausgaben des Epl.	0,0%
Epl. 3.1		**Behörde für Bildung und Sport**	
3200	685.38	Förderung außerbetrieblicher und betrieblicher Ausbildungsplätze und -verbünde	6.629
3200	685.09	Förderung der Weiterbildungswerbung, -information und -beratung sowie Qualitätssicherung	875
3370	684.03	Zuschüsse zur allgemeinen Sportförderung durch die Verbände aus den Erträgen der Staatslotterien	6.136
3200	684.14	Förderung der Jugendberufshilfe von Trägern der Freien Jugendhilfe	4.392
3200	685.25	Zuschuss zu den laufenden Kosten der Stiftung Berufliche Bildung	4.266
3330	684.01	Betreuung von Kindern in pädagogischen Mittagstischen	4.179
3330	671.01	Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen	2.513

Kapitel	Titel	Zweckbestimmung des Haushaltstitels 2003	Zuwendungsvolumen (Tsd. EUR)
3330	682.01	Zuschüsse an den Landesbetrieb Krankenhäuser Hamburg-Anstalt des öffentlichen Rechts-für den Betrieb der Kinderstuben	2.425
3370	684.01	Sportförderung	2.189
3200	685.19	Förderung der politischen Weiterbildung	1.282
Summe			**34.886**
Epl. 3.1	**gesamt**		**41.541**
		entspricht Anteil an bereinigten Betriebsausgaben des Epl.	2,4%
Epl. 3.2		**Behörde für Wissenschaft und Forschung**	
3600	682.01	Zuschuss an das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf	93.738
3410	685.21	Zuschuss an das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg	1.298
3410	685.33	Zuweisung für die von Bund und Ländern gemeinsam finanzierten Forschungseinrichtungen (Art. 91b GG)	2.783
3600	682.02	Zuschuss für den Versorgungsaufwand an das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf	13.325
3410	685.34	Zuweisung an die von Bund und Ländern gemeinsam finanzierte Deutsche Forschungsgemeinschaft (Art. 91 b GG)	12.840
3410	685.03	Zuschuss an die Stiftung Deutsches Elektronen- Synchrotron (DESY)	10.955
3410	685.35	Zuweisung an die von Bund und Ländern gemeinsam finanzierte Max-Planck-Gesellschaft (Art. 91 b GG)	10.609
3410	685.38	Zuschuss an die Stiftung Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA)	8.920
3410	685.06	Zuschuss an die Stiftung Heinrich-Pette-Institut	6.488
3690	684.10	Zuschuss an den Wirtschaftsplan des Studentenwerks Hamburg - Erfolgsplan -	5.386
Summe			**166.342**
Epl. 3.2	**gesamt**		**173.245**
		entspricht Anteil an bereinigten Betriebsausgaben des Epl.	28,3%
Epl. 3.3		**Kulturbehörde**	
3920	682.01	Zuschuss an die Hamburgische Staatsoper GmbH	40.666
3800	682.02	Lfd. Zuschüsse an Museumsstiftungen	27.200
3720	686.04	Zuschuss an die Stiftung "Hamburger öffentliche Bücherhallen"	24.481
3920	682.05	Zuschuss an die Neue Schauspielhaus GmbH	18.414
3920	682.07	Zuschuss an die Thalia-Theater GmbH	15.141
3720	686.50	Förderung von Filmprojekten	7.158
3920	686.06	Zuschüsse an Privattheater	4.856
3720	686.81	Institutionelle Förderung sozio-kultureller Stadtteilzentren, Rahmenzuweisungen an die Bezirke	4.241
3920	686.05	Zuschuss an die Kampnagel GmbH	3.682
3920	686.12	Zuschuss an die Hamburger Symphoniker e.V	2.850
Summe			**148.689**
Epl. 3.3	**gesamt**		**161.321**
		entspricht Anteil an bereinigten Betriebsausgaben des Epl.	89,6%
Epl. 4		**Behörde für Soziales und Familie**	
4210	682.37	Zuschuss an die Hamburger Arbeit - Beschäftigungsgesellschaft mbH (HAB)	38.000

Kapitel	Titel	Zweckbestimmung des Haushaltstitels 2003	Zuwendungsvolumen (Tsd. EUR)
4440	684.81	Betriebsausgaben für die Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit - Rahmenzuweisung gemäß § 27 BezVG -	14.456
4700	671.61	Erstattung an p&w -Anstalt öffentlichen Rechts- für die Unterbringung von Aussiedlern und Zuwanderern	9.114
4210	682.50	Förderung sozialpolitischer Beschäftigungsmaßnahmen	8.363
4440	684.12	Förderung der Jugendarbeit, der Jugendberatung und des erzieherischen Jugendschutzes von Trägern der freien Jugendhilfe	5.080
4210	682.36	Beschäftigung nach § 19 BSHG bei freien Trägern	3.960
4210	682.43	Zuschuss an "Zebra e. V." für Qualifizierung im Rahmen von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarkt- politik	3.750
4210	682.32	Kofinanz. der Zuschüsse für die Beschäftigung von schwervermittelbaren Arbeitnehmerinnen und Arbeit- nehmern zur Vermeidung von Langzeita	3.300
4620	684.05	Zuschüsse an nichtstaatliche Stellen für Hilfen an Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten	2.627
4700	684.61	Zuschüsse an Verbände für die Beratung und Betreuung ausländischer Flüchtlinge sowie die Unterbringung von Zuwanderern	2.616
Summe			**91.266**
Epl. 4	**gesamt**		**119.597**
		entspricht Anteil an bereinigten Betriebsausgaben des Epl.	7,7%
Epl. 6		**Behörde für Bau und Verkehr**	
6500	682.13	Betriebskostenzuschüsse für die DB AG	90.000
6500	682.01	Betriebskostenzuschüsse für den ÖPNV (ohne DB AG)	7.592
6500	682.17	Sonstige Zuschüsse aus Regionalisierungsmitteln für den ÖPNV	5.574
6500	682.06	Zuschuss an die Eisenbahn-Aktiengesellschaft Altona-Kaltenkirchen-Neumünster zur Abdeckung von Verlusten aus dem Güterverkehr	2.215
6000	685.01	Kostenanteile Hamburgs an öffentlichen Arbeits- gemeinschaften u.a. Einrichtungen sowie Mit- gliedschaften	299
6100	526.02	Wettbewerbe, Einzeluntersuchungen, Modelle und dgl	27
EP 6 gesamt			**105.706**
		entspricht Anteil an bereinigten Betriebsausgaben des Epl.	18,5%
Epl.7		**Behörde für Wirtschaft und Arbeit**	
7450	682.50	Zuschüsse zur Förderung der arbeitsmarkt- politischen Infrastruktur (inklusive Qualifizierung)	15.000
7450	682.51	Förderung der Integration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt	14.560
7200	685.01	Zuschuss an die Stiftung "Deutsches Übersee-Institut"	5.694
7300	685.08	Zuschuss an die HWF Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH	3.374
7200	686.07	Zuschuss an den Hafen Hamburg Marketing e. V	2.966
7100	682.01	Zuschüsse an die Träger der Hamburg-Werbung zur Durchführung von Werbemaßnahmen	2.887
7450	682.29	Innovative Elemente in arbeitsmarktpolitischen Programmen	1.600
7200	684.01	Zuschuss an die Internationale Schule e.V	1.176
7450	683.30	Kofinanzierung der Zuschüsse an private Unterneh- men im Rahmen des Programms "Qualifizierung und Arbeit für Schulabgänger" (QUAS)	700
7400	662.30	Zinsverbilligungszuschüsse für Kapitalmarktdarlehen zur Förderung von Investitionen in der Landwirtschaft (Gemeinschaftsaufg. Art. 91a)	587
7450	684.27	Zuschüsse an freie Träger für die Durchführung von Programmen im Rahmen des Europäischen Sozial- fonds (ESF)	550

Kapitel	Titel	Zweckbestimmung des Haushaltstitels 2003	Zuwendungsvolumen (Tsd. EUR)
Summe			**48.544**
Epl. 7	**gesamt**		**53.203**
		entspricht Anteil an bereinigten Betriebsausgaben des Epl.	27,4%
Epl.8.1		**Behörde für Inneres**	
8500	684.70	Zuschuss an die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft (DLRG), Landesverband Hamburg e.V	3
8580	684.77	Zuschüsse an Hilfsorganisationen	448
Epl. 8.1	**gesamt**		**451**
		entspricht Anteil an bereinigten Betriebsausgaben des Epl.	
Epl.8.2			
8660	684.61	Zuschüsse an Vereine und dgl.	17.791
8620	684.71	Zuschüsse an Vereine, Institute u. dgl. zur Gesundheitsförderung und AIDS-Prävention	3.948
8660	685.61	Nationale Erprobung der ärztlichen Heroinvergabe	2.511
8670	685.08	Zuschuss an die Verbraucher-Zentrale Hamburg e.V	568
8620	682.03	Zuschüsse an den Landesbetrieb Krankenhäuser Hamburg -Anstalt öffentlichen Rechts- für die Zentralambulanz für Betrunkene (ZAB)	415
8800	684.10	Zuwendungen an Naturschutzverbände für die Übernahme auslaufender AB-Maßnahmen	234
8700	671.02	Maßnahmen zur Stadtteilpflege durch Förderung zusätzl. Reinigungsarbeiten u. and. Vorhaben z. Verbesserung der Sauberkeitssituation	182
8800	684.08	Zuwendungen an die Naturschutzverbände	142
8620	682.04	Zuschüsse an den Landesbetrieb Krankenhäuser Hamburg - Anstalt öffentlichen Rechts- für den Betrieb der Massageschule im AK Eilbek	108
8620	534.81	Gesundheitsschutz, Rahmenzuweisung an die Bezirke	98
Summe			**25.997**
Epl. 8.2	**gesamt**		**26.395**
		entspricht Anteil an bereinigten Betriebsausgaben des Epl.	10,9%
Epl. 9.1		**Keine Zuwendungen**	
Epl. 9.2		**Allgemeine Finanzverwaltung**	
9590	682.01	Zuschuss an die Asset-Management-Consulting GmbH	672
9590		Zuschuss an die Hamburger Gesellschaft für Beteiligungsverwaltung mbH (HGV) zum Verlustaus gleich	4.734
Epl. 9.2	**gesamt**		**5.406**
		entspricht Anteil an bereinigten Betriebsausgaben des Epl.	0,3%

4.15.4 Verbesserte Steuerung und Kontrolle von Zuwendungen

Mit der Ergänzung der Verwaltungsvorschriften zum 1.1.2003 soll eine bessere Steuerung und Kontrolle im Bereich der Zuwendungen sichergestellt werden. So sind die Bewilligungsbehörden jetzt grundsätzlich verpflichtet, für geeignete Bereiche Förderrichtlinien und/oder interne Handlungsanweisungen zu erlassen.

Die Erläuterungen zum Haushaltsplan-Entwurf sind in den vergangenen Jahre auch für die

veranschlagten Zuwendungen kontinuierlich verbessert worden; gleichwohl hat der Senat die Behörden und Ämter aufgefordert, zukünftig die in den Erläuterungen/Produktinformationen zum Haushaltsplan enthaltenen Zielbeschreibungen und Kennzahlen für veranschlagte Zuwendungen um konkrete qualitative und quantitative Zielvorgaben zu ergänzen, wenn dadurch die zuwendungsspezifischen Erfolgskontrollen verbessert und das in § 23 LHO geforderte erhebliche Interesse der Stadt deutlicher dokumentiert werden kann.

Der Senat hat außerdem entschieden, das Datenbanksystem INEZ (Integrierte Erfassung und Bearbeitung von Zuwendungen) grundsätzlich in allen Behörden und Ämtern, die Zuwendungen bewilligen, einzuführen. Bei der Festlegung der in der Datenbank zu erfassenden Inhalte sollen die Ergebnisse der noch ausstehenden bürgerschaftlichen Beratung des empfängerbezogenen Zuwendungsberichts einbezogen werden. Die flächendeckende Einführung kann angesichts des Umstellungsaufwands in einigen Behörden nur schrittweise erfolgen; die Umsetzung wird bis Mitte 2004 angestrebt.

Kurz nachdem die Zahlen aus der Mai-Steuerschätzung 2003 für Hamburg vorlagen und erhebliche weitere Steuerausfälle prognostizierten, hat der Senat am 21. Juni 2003 zusätzliche Maßnahmen zur Senkung des Zuwendungsvolumens (u.a. durch Erhöhung der Kostendeckungsgrade öffentlicher Einrichtungen) beschlossen, die zusammen mit anderen Maßnahmen den Ausgleich des Betriebshaushalts im Jahr 2006 sicherstellen sollen.

4.16 Verantwortung des Bundes für das Gelingen der Konsolidierung

Eine nachhaltige Verbesserung der öffentlichen Finanzen kann nur gelingen, wenn neben den eigenen Konsolidierungsanstrengungen der Länder und Gemeinden auch der Bund seine Verantwortung für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalt wahrnimmt. Dies betrifft eine aktive Reformpolitik in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, aber auch Gesetzesinitiativen zum Bürokratieabbau und zur Entlastung insbesondere der Länder- und Gemeindehaushalte.

Ohne die Beteiligung des Bundes, der durch seine Leistungsgesetze maßgeblich zu den hohen gesetzlichen Ausgaben der Länder und Gemeinden beträgt, ist eine Konsolidierung bei den Ausgaben nicht im erforderlichen Umfang zu leisten.

Am 21. Juni 2003 hat der Senat Bundesratsinitiativen zum Subventionsabbau und zu Änderungen von Bundesgesetzen, die zu Mehrausgaben bei Ländern und Kommunen führen, beschlossen, die zum Ausgleich des Betriebshaushalts im Jahr 2006 beitragen sollen.

Zu diesen Maßnahmen gehören z.B. Initiativen

- zur Änderung der Zivilprozessordnung (ZPO) im Bereich der Prozesskostenhilfe
- zur Einschränkung der Gebührenbefreiung bei den Sozialgerichten durch Änderung des Sozialgerichtsgesetzes (SGG)
- zur Begrenzung der Regelsätze in der Sozialhilfe
- zur Fortentwicklung budgetsteuernder Maßnahmen in den bundesgesetzlichen Regelungsbereichen zu den Hilfen zur Erziehung (HzE) sowie
- zur Anpassung der Höhe der bundesgesetzlich normierten Ordnungswidrigkeiten und Bußgelder im Straßenverkehr an die zwischenzeitliche Entwicklung von Löhnen und Gehältern.

5 Einnahmen- und Ausgabenentwicklung

5.1 Einnahmen- und Ausgabenentwicklung nach Arten

Im Folgenden wird die Einnahmen- und Ausgabeentwicklung nach Arten entsprechend der Gliederung in Tabelle 1 (Gesamtübersicht zum Finanzplan 2003-2007) erklärt. Die Zeilenangaben in Klammern hinter den Kapitelüberschriften beziehen sich auf diese Tabelle.

5.1.1 Hamburg verbleibende Steuern (Zeile 1)

Die Steuereinnahmen im Haushaltsplan-Entwurf 2004 und im Finanzplan 2003-2007 sind gemäß den Ergebnissen der Hamburger Steuerschätzung vom Mai 2003 veranschlagt. Diese basiert auf den Schätzergebnissen des Arbeitskreises (AK) „Steuerschätzungen“ für das Bundesgebiet und dessen Gebietskörperschaften. Der Steuerschätzung liegen die in Abschnitt 2.1 dargestellten gesamtwirtschaftlichen Eckdaten zugrunde. In einzelnen Fällen werden hamburgspezifische Sonderfaktoren berücksichtigt.

Die Steuerschätzungen werden verfahrensgemäß auf der Basis geltenden Rechts durchgeführt. Zwischenzeitliche Änderungen der Rechtsgrundlage werden im Allgemeinen in der aktuellen Schätzung berücksichtigt. Die Erwartungen der aktuellen Mai-Steuerschätzung berücksichtigen gegenüber den Schätzungen vom Mai und November 2002 zwischenzeitliche Steuerrechtsänderungen, hierunter im Einzelnen: Gesetz zur Fortentwicklung der ökologischen Steuerreform, Flutopfersolidaritätsgesetz, Steuervergünstigungsabbaugesetz, Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, Fünftes Gesetz zur Änderung des Steuerbeamtenausbildungsgesetzes, Gesetz zur Steuerfreistellung von Arbeitnehmertrinkgeldern, Altfahrzeug-Gesetz, Gesetz zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes („Ökosteuer“).

Die Mai-Steuerschätzung 2003 hat für Hamburg für das Jahr 2004 folgende Einnahmeerwartungen ergeben:

- Steuereinnahmen vor Länderfinanzausgleich (LFA) 7.207 Mio. EUR
- Beitrag Hamburgs zum LFA 400 Mio. EUR
- Hamburg verbleibende Steuereinnahmen (nach LFA) 6.807 Mio. EUR

Zu den Einzelheiten der Mai-Steuerschätzung 2003 vgl. Abschnitt 2.2.

Im Vergleich zur mittelfristigen Erwartung vom Mai 2002 (Finanzplan 2002-2006) ergibt sich aus der Mai-Schätzung 2003 für das Jahr 2004 eine Verschlechterung von – 538 Mio. EUR.

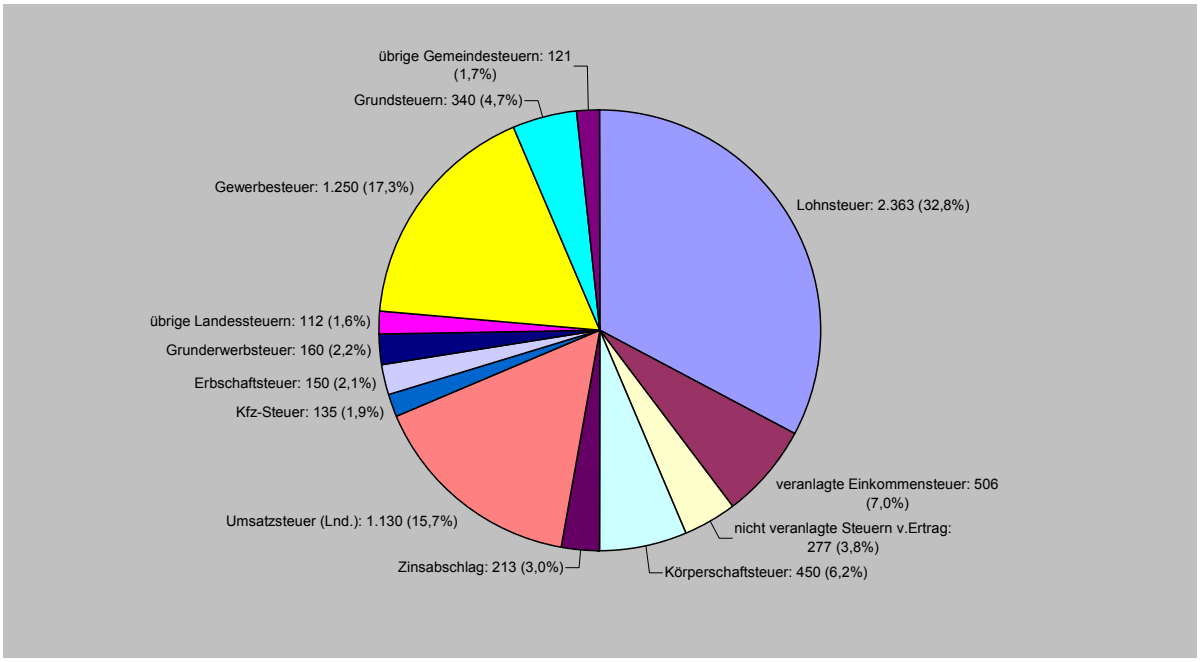
Die Mindereinnahmen sind im Wesentlichen zurückzuführen auf eine ungünstigere gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Vergleich zu den Annahmen der Schätzung Mai 2002 sowie darüber hinaus auf zwischenzeitliche Steuerrechtsänderungen, die zum Teil mit unvorhergesehenen negativen Auswirkungen aufgrund von Verhaltensänderungen der an den Wirtschaftsprozessen Beteiligten einhergehen.

Mit – 336 Mio. EUR entfällt ein erheblicher Teil der o.g. Mindereinnahmen auf die Lohnsteuer, deren Erwartung infolge einer ungünstigeren Prognose zur Erwerbstätigkeit deutlich reduziert wurde. Daneben verteilen sich die Mindereinnahmen in geringerem Umfang auf die Umsatzsteuer (– 45 Mio. EUR), die Körperschaftsteuer (– 40 Mio. EUR), die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag und Zinsabschlag (jeweils – 30 Mio. EUR) sowie auf die Landessteuern mit insgesamt – 39 Mio. EUR. Nennenswerte Mehreinnahmen werden dagegen bei der Gewerbesteuer (+ 40 Mio. EUR) erwartet. Für den Länderfinanzausgleich ergibt die aktuelle Schätzung mit 400 Mio. EUR eine um 40 Mio. EUR höhere Zahlungsverpflichtung gegenüber der Erwartung vom Mai 2002.

Zur erwarteten Entwicklung der Steuern im Einzelnen siehe Tabelle 7.

Die Verteilung des Steueraufkommens in Hamburg nach Steuerarten und Gebietskörperschaften ist für das Jahr 2002 in Anlage 3.1 dargestellt.

Grafik 32 Hamburger Steuereinnahmen 2004 nach Steuerarten vor Länderfinanzausgleich in Mio. EUR (Soll: 7.207 Mio. EUR)



Die Erwartungen für die Entwicklung der Steuereinnahmen in der mittelfristigen Periode 2004-2006 ergeben sich durch Fortschreibung der Schätzung der Hamburg verbleibenden Steuereinnahmen für 2003 mit den mittelfristig projizierten, steuerartbezogenen Veränderungsraten des AK „Steuerschätzungen". Danach ergeben sich – im Vergleich zur Mai-Steuerschätzung des vergangenen Jahres – um rd. 500 Mio. EUR jährlich geringere Einnahmeerwartungen bis zum Jahr 2006 (s. Tabelle 11):

Die o.g. Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung 2003 berücksichtigen nicht mögliche Auswirkungen zukünftiger Änderungsvorhaben im steuerrechtlichen Bereich.

5.1.2 Übrige laufende Einnahmen (Zeile 2)

Die übrigen laufenden Einnahmen umfassen alle Einnahmepositionen des Betriebshaushalts, die nicht zu den Steuern oder zu den besonderen Finanzierungseinnahmen gehören (z.B. Gebühren, Konzessionsabgaben, Mieten und Pachten). Die folgenden Tabellen zeigen die Entwicklung der übrigen laufenden Einnahmen bis zum Jahr 2007.

Tabelle 19 Entwicklung der übrigen laufenden Einnahmen insgesamt

	2003	2004	2005	2006	
Übrige laufende Einnahmen in Mio. EUR	1.295,6	1.273,5	1.276	1.299	1.298
Veränderung in %	– 5,0	- 1,7	+ 0,2	+ 1,8	- 0,1

Im Vergleich zum Jahr 2003 verringert sich das Volumen der übrigen laufenden Einnahmen im Jahr 2004 von 1.295,6 Mio. EUR um 22,1 Mio. EUR auf 1.273,5 Mio. EUR (- 1,7%).

Für diese Entwicklung wesentlich sind folgende Veränderungen:

- Mit der Fusion des Landesamtes für Informationstechnik (LIT) mit der Datenzentrale Schleswig-Holstein zum selbstständigen Unternehmen dataport ab 01.01.2004 entfällt die bisherige Ablieferung des Landesbetriebs an den Haushalt (rd. 20,5 Mio. EUR).
- Die HGV wird in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 keinen Zuschuss aus dem Haushalt benötigen. Zuweisungen des Bundes gem. § 8 Regionalisierungsgesetz zur Minderung des HGV-Zuschussbedarfs für Verlustausgleiche der Verkehrsunternehmen können daher im Umfang von rd. 15,6 Mio. EUR nicht veranschlagt werden, stehen aber mittelfristig wei-

ter für Zwecke des Öffentlichen Personennahverkehrs zur Verfügung.

- Bei den Einnahmen aus der Beteiligung des Umlandes an den Kosten des Verkehrs im HVV-Verbundraum wird mit rd. 4,5 Mio. EUR niedrigeren Einnahmen gerechnet.
- Nennenswerte Mehreinnahmen werden hingegen erwartet bei Einnahmen aus Mahnverfahren und bei Geldstrafen und Geldbußen im Einzelplan 2 (rd. 3,2 Mio. EUR), aus der Erhöhung des Hafengelds im Einzelplan 7 (rd. 3,0 Mio. EUR) sowie bei den waffenrechtlichen Verwaltungsgebühren und den Einnahmen aus Ordnungswidrigkeiten im Einzelplan 8.1 (rd. 4,2 Mio. EUR). Zudem wird eine strukturell wirkende Mehrausschüttung der SAGA und eine damit verbundene Mehreinnahme im Einzelplan 9.2 (rd. 5,5 Mio. EUR) erwartet.

Die Veränderungen bei den einzelnen Komponenten sind aus Tabelle 20 ersichtlich:

Tabelle 20 Übrige laufende Einnahmen nach Arten

	2003	2004	2004/2003	
	Haushaltsplan	Haushalts-plan-Entwurf	Veränderungen	
		in Mio. EUR		in %
(Spielbank- und Abwasserabgabe)	66,1	60,4	- 5,6	- 8,5
Gebühren, sonstige Entgelte, Geldstrafen und Geldbußen	319,2	330,6	+ 11,4	+ 3,6
Sonstige Verwaltungseinnahmen	29,4	24,9	- 4,5	- 15,4
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und Vermögen	340,0	319,6	- 20,4	- 6,0
darunter:				
Konzessionsabgaben	116,6	116,1	- 0,5	
Mieten und Pachten	108,6	108,0	- 0,6	- 0,6
Erlöse aus Veräußerung von Gegenständen, Kapitalrückzahlungen	7,1	9,0	+ 1,9	+ 26,4
Zinseinnahmen, Darlehensrückflüsse	95,1	91,6	- 3,6	- 3,7
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	445,9	446,4	+ 0,5	+ 0,1
davon				
vom Bund	280,6	283,8	+ 3,2	+ 1,1
von Sozialversicherungsträgern	44,2	47,3	+ 3,1	+ 7,0
von sonstigen Bereichen	121,1	115,4	- 5,7	- 4,7
Insgesamt	1.295,6	1.273,5	- 22,1	- 1,7

Differenzen in den Summen durch Runden der Einzelwerte

5.1.3 Spezielle Investitionseinnahmen (Zeile 4)

Bei den speziellen Investitionseinnahmen handelt es sich um Kredite aus dem öffentlichen Bereich sowie insbesondere um Zuweisungen, Zuschüsse und sonstige Beiträge Dritter zu den Investitionen.

Das Volumen der speziellen Investitionseinnahmen steigt gegenüber dem Jahr 2003 von 117,5 Mio. EUR auf 130,1 Mio. EUR deutlich an. Diese Steigerung erklärt sich aus dem Ganztagsschul-Sonderprogramm des Bundes, aus dem Hamburg im Jahr 2004 rd. 16,7 Mio. EUR erhalten wird. Ab dem Jahr 2005 kommt es darüber hinaus infolge der Zuweisungen des Bundes für die Masterplanung des UKE zu nennenswerten Mehreinnahmen. Die Entwicklung einiger bedeutender ausgewählter Investitionseinnahmen ist in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

Tabelle 21 Bedeutende spezielle Investitionseinnahmen in Mio. EUR

	2003	2004	2005	2006	2007
Investitionseinnahmen insgesamt	117,5	130,1	144,8	141,9	137,3
darunter:					
Zuweisungen des Bundes für Hochschulbauvorhaben (inkl. UKE)	31,5	28,9	30,1	28,3	22,0
Zuweisungen des Bundes für die Masterplanung UKE		3,0	17,0	18,1	26,7
Zuweisungen des Bundes nach dem BaföG	14,8	14,8	14,8	14,8	14,8
Darlehen/Zuschüsse des Bundes zur Förderung des Wohnungsbaues und zur sozialen Wohnraumförderung	9,8	7,4	6,1	5,3	5,4
Finanzhilfen des Bundes für den kommunalen Straßenbau	7,2	7,2	7,2	7,2	7,2
Wegebaubeiträge	4,3	4,3	4,0	4,0	4,0
Einnahmen von Bauträgern für allgemeine Erschließungen bzw. für die Erschließung von Großprojekten	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
Zuweisungen des Bundes für die Verbesserung des Hochwasserschutzes	18,6	18,6	18,6	18,6	18,6
Finanzhilfen des Bundes für ÖPNV-Anlagen	14,5	14,5	14,5	14,5	14,5

5.1.4 Vermögensmobilisierung, Entnahme aus Rücklagen/Stöcken (Zeile 7)

Einnahmen aus Vermögensveräußerungen und Entnahmen aus Rücklagen und Stöcken sind in dem Umfang vorgesehen, wie es zur Finanzierung der Defizite im Betriebshaushalt bis zum Jahre 2005 und zur schrittweisen Absenkung der Netto-Kreditaufnahme auf 600 Mio. EUR im Jahre 2007 erforderlich ist.

Die finanzielle Situation beim Grundstock für Grunderwerb und bei den Rücklagen insgesamt stellt sich derzeit wie folgt dar:

- Der Grundstock verfügte zum Jahresanfang 2003 über Mittel in Höhe von rd. 88,7 Mio. EUR. Die Möglichkeiten des Grundstocks, Beiträge zur Finanzierung des Haushalts zu liefern, sind bis auf kleinere Beträge gegenwärtig erschöpft.
- Im Zusammenhang mit dem Ergebnis des Abschlusses des Haushaltsjahres 2002 sind in Anbetracht von künftigen Finanzierungsbedarfen und sich konkret abzeichnenden Risiken in den Haushaltsjahren 2003 und 2004 insgesamt rd. 830 Mio. EUR der Allgemeinen Rücklage zugeführt worden. Die Entnahme eines Teilbetrags i.H.v. zunächst 450 Mio. EUR ist bereits im Haushaltsplan 2003 zur Abdeckung des benötigten Finanzbedarfs veranschlagt. Wegen der Verringerung der Einnahmeerwartung bei den Steuern aufgrund des Ergebnisses der Mai-Steuerschätzung 2003 muss die Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage für das Jahr 2003 allerdings um weitere rd. 250 Mio. EUR erhöht werden (vgl. Drs. 17/3036). Der dann noch verfügbare Betrag von rd. 130 Mio. EUR ist zur Abdeckung entsprechender Finanzierungsbedarfe im Haushaltsplan-Entwurf 2004 veranschlagt.
- Die Gewährleistungs- und Schuldendienstrücklage hatte Ende 2002 einen Bestand in Höhe von 12,4 Mio. EUR. Zuflüsse sind aus Bürgschaftsvergütungen und den Rückflüssen aus Regressforderungen aus früheren Inanspruchnahmen zu erwarten. Der Bestand

wird zur Deckung evtl. Zahlungsverpflichtungen aus Bürgschaften vorgehalten.

5.1.5 Haushaltstechnische Verrechnungen (Zeile 8)

Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Beiträge, die von öffentlichen Unternehmen für ehemalige Hamburger Bedienstete vereinnahmt werden (zur Zuführung an die Rücklagen und Fonds zur (Teil-)Abdeckung der künftigen Versorgungslasten).

5.1.6 Krediteinnahmen (Zeile 9), Schuldenstand und Übernahme von Sicherheitsleistungen

Begriffsdefinition

Die Entwicklung des Schuldenstandes im engeren Sinne umfasst nur die Verschuldung aus der Nettokrediteinnahme des Haushalts (Netto-Kreditaufnahme am Kreditmarkt und Schuldenaufnahmen aus dem öffentlichen Bereich). Wie im Finanzbericht 2002 (neu) und in der Antwort des Senats auf die Kleine Anfrage Drs. 17/171 (Schuldenstand der Stadt) dargelegt, müssen bei der Bewertung des Schuldenstandes aber auch die Kassenkredite und die Verbindlichkeiten rechtlich selbstständiger öffentlicher Unternehmen einbezogen werden, die von der FHH ansonsten zu tätigende Kreditaufnahmen ersetzt haben oder im Zusammenhang mit Zahlungen an den Haushalt der FHH eingegangen worden sind. Der hierauf entfallende Betrag beträgt rd. 6,2 Mrd. EUR. Davon entfallen rd. 3,4 Mrd. EUR auf die Wohnungsbaukreditanstalt (WK). Wegen ihrer besonderen Bedeutung wird die Kreditaufnahme der WK in einigen der nachfolgenden Tabellen und Grafiken berücksichtigt.

Kreditaufnahme in den Jahren 2003 bis 2007 im Haushalt

In einem ersten Schritt zur dauerhaften Reduzierung der Netto-Kreditaufnahme am Kreditmarkt soll die Neuverschuldung im Haushaltsjahr 2003 auf 800 Mio. EUR begrenzt und dann schrittweise bis zum Jahre 2007 um weitere 200 Mio. EUR auf 600 Mio. EUR reduziert werden (vgl. Grafik 27). Nach der Planung wird es jedoch erst 2006 gelingen, Finanzierungsbeiträge aus dem Betriebshaushalt zur Reduzierung der Neuverschuldung aufzuwenden. Bis dahin muss die Absenkung über die Mobilisierung von Vermögenspositionen realisiert werden.

Für die Jahre 2003 bis 2007 ergibt sich danach folgende Fortschreibung des Schuldenstandes (s. auch Abschnitt 3.2):

Tabelle 22 Fortschreibung des Schuldenstandes für die Jahre 2003-2007 (ohne WK) in Mio. EUR

	2003	2004	2005	2006	2007
Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt	800	750	700	650	600
Schuldenaufnahmen aus dem öffentlichen Bereich [a)]	4	3	3	3	3
Tilgung im öffentlichen Bereich	– 13	– 8	– 9	– 8	– 8
Schuldenstand am Jahresende	19.317	20.062	20.756	21.401	21.996

Differenzen in den Summen durch Runden der Einzelwerte
[a)] ohne Bundesmittel für BaföG

Die Aufteilung der Schulden nach Arten und Laufzeiten sieht für das letzte abgeschlossene Jahr 2002 folgendermaßen aus:

Tabelle 23 Aufteilung der Schulden nach Arten in Mio. EUR

	Stand: 31.12.2001	Aufteilung in %	Zunahme	Abnahme	Stand: 31.12.2002	Aufteilung in %
Wertpapierschulden	4.377	24,3	1.155	246	5.287	28,5
Sonstige Kreditmarktschulden	13.246	73,7	1.271	1.622	12.896	69,6
Zwischensumme Kreditmarkt	17.623	98	2.426	1.868	18.183	98,1
Schulden im öffentl. Bereich	354	1,9	2	16	339	1,8
Sonstige Schulden	8	0,1	0	4	4	0,1
Insgesamt	17.985	100,0	2.428	1.885	18.526	100,0

Zzgl. Kassenverstärkungskredite (siehe dazu unten).
Differenzen in den Summen durch Runden der Einzelwerte.

Tabelle 24 Aufteilung der Schulden nach Laufzeiten in Mio. EUR

	Stand: 31.12.2001	Aufteilung in %	Veränderung	Stand: 31.12.2002	Aufteilung in %
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	0	0,0	0	0	0,0
mittelfristig (1-5 Jahre)	1.540	8,6	+ 305	1.845	10,0
langfristig (über 5 Jahre)	16.445	91,4	+ 236	16.681	90,0
Insgesamt	17.985	100,0	+ 541	18.526	100,0

Zzgl. Kassenverstärkungskredite (siehe dazu unten).
Differenzen in den Summen durch Runden der Einzelwerte.

Gesamtverschuldung unter Einbeziehung der Wohnungsbaukreditanstalt

Für die Wohnungsbaukreditanstalt (WK) wird nach der geltenden und vom Verwaltungsrat beschlossenen Finanzplanung von folgender Verschuldung ausgegangen(in Mio. EUR):

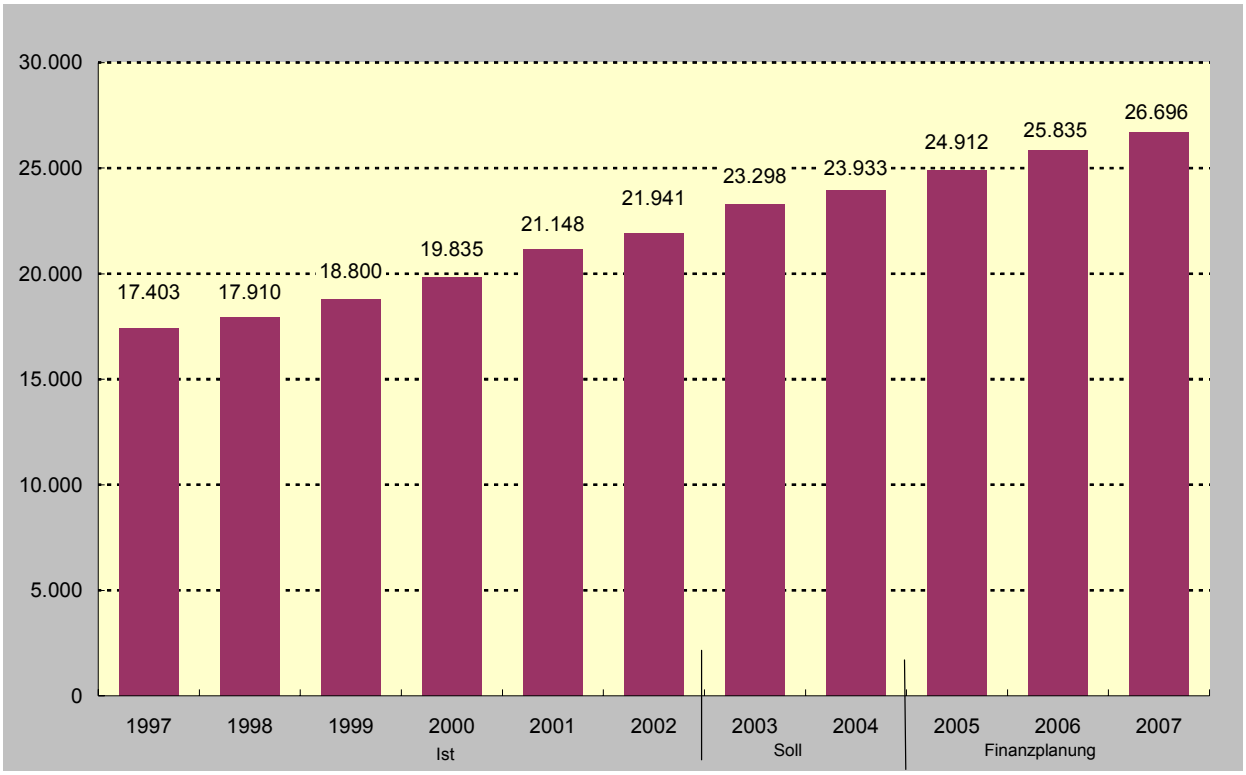
2003	2004	2005	2006	2007
3.981	3.871	4.156	4.434	4.700

Unter Einbeziehung der WK hat sich die Gesamtverschuldung wie folgt entwickelt:

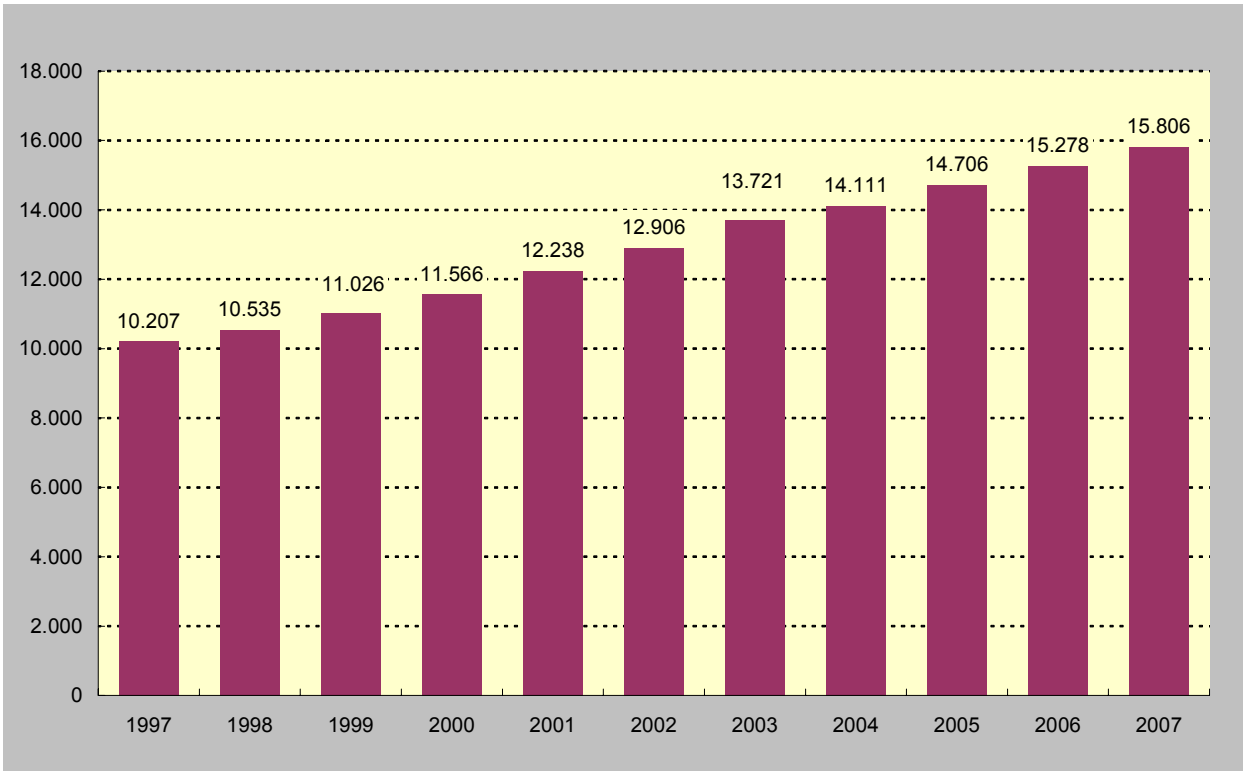
Tabelle 25 Entwicklung der Pro-Kopf-Verschuldung 1997-2007

Jahr	Schuldenstand zum 31.12.		Pro-Kopf-Verschuldung	
	Haushalt	Haushalt einschl. WK	Haushalt	Haushalt einschl. WK
	- in Mio. EUR -		- in EUR -	
1997	15.049	17.403	8.827	10.207
1998	15.329	17.910	9.017	10.535
1999	16.053	18.800	9.415	11.026
2000	16.998	19.835	9.911	11.566
2001	17.985	21.148	10.408	12.238
2002	18.526	21.941	10.898	12.906
2003	19.317	23.298	11.376	13.721
2004	20.062	23.933	11.829	14.111
2005	20.756	24.912	12.253	14.706
2006	21.401	25.835	12.656	15.278
2007	21.996	26.696	13.023	15.806

Grafik 33 Verschuldung Hamburgs (Haushalt und WK) 1997-2007 in Mio. EUR



Grafik 34 Schulden pro Einwohner (Haushalt und WK) 1997-2007 in EUR



Kassenverstärkungskredite

Zur Sicherung der Kassenliquidität dürfen gemäß § 18 Absatz 2 Nr. 2 LHO Kassenverstärkungskredite aufgenommen werden. Die Höhe der Ermächtigung wird durch den Haushaltsbeschluss bestimmt. Dazu gehören auch Liquiditätshilfen für

- die Anstalten des öffentlichen Rechts, die zuvor Teile der Gebietskörperschaft Freie und Hansestadt Hamburg waren und
- die HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsverwaltung mbH (HGV).

Zur Deckung des Liquiditätsbedarfs dieser Unternehmen sowie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf (UKE) dürfen Kassenverstärkungskredite bis zum Betrag von 350 Mio. EUR aufgenommen werden.

Der tatsächliche Umfang der Kassenkreditaufnahme unterliegt im Hinblick auf die wechselnde Liquiditätssituation der Landeshauptkasse großen Schwankungen, vor allem in Abhängigkeit von Zahlungsterminen für Steuern, Länderfinanzausgleich und Gehälter. Im Jahr 2002 lag die Inanspruchnahme zwischen 291 Mio. EUR und 1.997 Mio. EUR; im Tagesdurchschnitt betrug sie 1.142 Mio. EUR.

Sicherheitsleistungen

Die von der FHH übernommenen Sicherheitsleistungen (Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen nach § 39 Absatz 1 LHO) beliefen sich Ende 2002 auf rd. 6.558 Mio. EUR. Darunter entfallen die größten Positionen auf:

- Wohnungsbau rd. 4.467 Mio. EUR
- Hamburger Stadtentwässerung rd. 843 Mio. EUR
- Sprinkenhof AG und HGV rd. 695 Mio. EUR
- Versorgungsansprüche der Bediensteten der Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten und der Staatstheater rd. 33 Mio. EUR
- Wirtschaftsförderung (Bürgschaftsgemeinschaften, Kreditkommission) rd. 262 Mio. EUR

Der Anstieg der Sicherheitsleistungen gegenüber dem Vorjahr (vgl. Finanzbericht 2003) um rd. 900 Mio. EUR ist im Wesentlichen auf Verbürgung der Kreditaufnahme der WK und mehrerer öffentlichen Unternehmen zurückzuführen.

5.1.7 Personalausgaben und Stellenplan (Zeile 11)

5.1.7.1 Personalausgaben

Tabelle 26 Vergleich der Personalausgaben in Mio. EUR

	2003 *)	2004	2005	2006	2007
Personalausgaben insgesamt	3.422	3.461	3.553	3.650	3.743
davon:					
Aktivbereich	2.458	2.470	2.516	2.576	2.634
Versorgungsbereich [a)]	965	991	1.037	1.074	1.109
Zuwachs in % gesamt	+ 2,0	+ 1,5[b)]	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,6
Davon					
Aktivbereich	+ 1,1	+ 1,0	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,3
Versorgungsbereich	+ 4,4	+ 2,9	+ 4,4	+ 3,7	+3,3

*) gemäß Haushaltsplan 2003
a) ohne Versorgungsrücklagen und Versorgungsfonds, die aus dem Aktivbereich gespeist werden, einschließlich lineare Anpassungen
b) bereinigt um die Ausgliederung der Zentralen Personaldienste (ZPD) in einen Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO

Die Personalausgaben (Hauptgruppe 4) steigen gegenüber dem Vorjahr um 39 Mio. EUR bzw. um 1,1 %. Diese Werte sind allerdings um 24 Mio. EUR unterzeichnet, davon

- rund 13 Mio. EUR durch Ausgliederung der Zentralen Personaldienste und Errichtung

eines Landesbetriebes nach § 26 Abs. 1 LHO;

- rund 11 Mio. EUR durch Veranschlagung in anderen Hauptgruppen durch Ausgliederung der zentralen IuK-Betreuung beim Senatsamt für Bezirksangelegenheiten und Vergabe von Gebäudereinigung (8,6 Mio. EUR) sowie Erstattungsleistungen an andere Versorgungsträger (2,5 Mio. EUR).

Der – bereinigt – real zu berücksichtigende Mehrbetrag von 63 Mio. EUR entspricht einer Steigerung von 1,9 % gegenüber 2003, in der sich im Wesentlichen der Tarifeffekt und steigende Versorgungsaufwendungen widerspiegeln. Fallzahlen- und strukturbedingt sind für steigende Versorgungsleistungen entsprechend Versorgungsprognose + 18,4 Mio. EUR berücksichtigt worden. Gegenüber diesem Mehrbedarf, der vorwiegend beim Einzelplan 3.1 entsteht, wirkt sich das „Altersmodell" im Saldo mit – 3,3 Mio. EUR (wiederum vorwiegend im Einzelplan 3.1) entlastend aus: Mit diesem Modell wird einerseits – Mehrbedarfe auslösend – das Aufrücken in den Dienst- bzw. Lebensaltersstufen berücksichtigt. Entlastend wirkt der kostensenkende Effekt, der beim Ersatz der in den Ruhestand tretenden Versorgungsempfänger durch lebensjüngere und dadurch kostengünstigere Nachfolger eintritt.

Finanzielle Folgen *strukturgleicher Eingriff*e in den *Personalhaushalt* (Anhebung der Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten, Verringerung des Intendanzaufwandes) wirken in 2004 mit der 2. Stufe (– 6,5 Mio. EUR), außerdem werden Maßnahmen der Aufgabenkritik umgesetzt (– 6,5 Mio. EUR, davon – 4,9 Mio. EUR konkretisiert, – 1,6 Mio. EUR[8] noch als globale Minderausgaben veranschlagt).

In den Einzelplänen 1.0 bis 9.1 sind die Ansätze für Personalausgaben 2003 grundsätzlich in das Haushaltsjahr 2004 überrollt worden. Zusätzliche Bedarfe bei stellengebundenen Personalausgaben resultieren aus Durchfinanzierungsnotwendigkeiten im Jahre 2003 nur anteilig finanzierter Maßnahmen oder aus neuen Maßnahmen überwiegend in politischen Schwerpunktbereichen (Innere Sicherheit, Schule) [15,5 Mio. EUR] unter Berücksichtigung der Rückführung temporärer Maßnahmen vorrangig im Schulbereich [– 12 Mio. EUR].

5.1.7.2 Sonstige Versorgungsverpflichtungen

Der Senat hatte zuletzt im Finanzbericht 2001 über die Versorgungsverpflichtungen der Stadt außerhalb des Kernbereichs des Haushaltes berichtet. Diese Daten werden jetzt aktualisiert, um mögliche Risiken für den Hamburger Haushalt zu verdeutlichen. Folgende Bereiche werden erfasst:

- Einrichtungen, die eine selbstschuldnerische Bürgschaft der Freien und Hansestadt Hamburg erhalten haben, und zwar überwiegend aus bilanziellen Gründen und für den Fall, dass sie nicht in der Lage sein sollten, ihre Verpflichtungen aus einer Zusage zur betrieblichen Altersversorgung zu erfüllen.
- Anstalten öffentlichen Rechts (AöR), die nach dem „*Gesetz über die Konkursunfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts*" konkursunfähig sind und für deren Verpflichtungen die Freie und Hansestadt Hamburg deshalb auch ohne gesonderte Bürgschaft einstehen müsste. Dementsprechend sehen die jeweiligen Errichtungsgesetze die sog. „Gewährträgerhaftung" vor, nach der die Freie und Hansestadt Hamburg neben dem Vermögen der AöR für deren Verbindlichkeiten unbeschränkt haftet, wenn und insoweit diese Ansprüche nicht aus dem Vermögen der AöR gedeckt werden können.
- Landesbetriebe nach § 26 (1) LHO, die rechtlich Teil der Freien und Hansestadt Hamburg sind und deshalb keiner förmlichen Bürgschaft bedürfen. Diese Betriebe können jedoch aus bilanziellen Gründen die bestehende Rechtsverpflichtung der Freien und Hansestadt Hamburg als „Garantiezusage" aktivieren und dadurch den Aufwand für Zuführungen zur Pensionsrückstellung durch gleich hohe Ertragspositionen neutralisieren. Ein „Geldfluss" ist damit nicht verbunden.

[8] Behörde für Inneres

Tabelle 27 Übersicht zu Versorgungsverpflichtungen der Freien und Hansestadt Hamburg außerhalb des Kernbereichs des Haushalts (Stand am Ende des Geschäftsjahres 2002)

	Einrichtungen mit einer Bürgschaft der Freien und Hansestadt Hamburg [a]	Anstalten öffentlichen Rechts der Freien und Hansestadt Hamburg [b]	Landesbetriebe (LB) nach § 26 (1) LHO [c]	UKE
Anzahl der aktiv Beschäftigten	9.803	19.231	1.668	5.012
Aufwand für lfd. Altersversorgung 2002 (o. Zuführungen zu Pensionsrückstellungen) in Mio. Euro	31,3	61,5	5,3	17,3
Anzahl der Versorgungsempfänger	6.641	13.709	871	2.444
Stand der Versorgungsverpflichtungen 2002 *einschließlich* des nachrichtlichen Ausweises im Anhang zur Bilanz in Mio. Euro	511,0	874,8	61,0	220,1
Darunter 2002 verbürgte Verpflichtungen in Mio. Euro	253,4 [d]	0	0	5,1
Noch nicht passivierte Versorgungsverpflichtungen, *entsprechend* nachrichtlichem Ausweis im Anhang zur Bilanz in Mio. Euro	62,1	713,1	41,7	205,9

[a] Hamburger Schulverein von 1875 e.V., Vereinigung Hamburger Kitas e.V, Stiftung HÖB, Hamburgische Staatsoper GmbH, Rudolf-Ballin-Stiftung e.V., Hamburger Hafen- und Lagerhaus-AG, Hamburg Tourismus GmbH, Hamburger Wasserwerke GmbH. Die Museen, die Kunsthalle, die Deichtorhallen-Ausstellungs GmbH und die Filmförderung Hamburg GmbH erhalten seit der Verselbstständigung Bürgschaften für die Altersversorgung neueingestellter Beschäftigter und sind auch nur mit diesen berücksichtigt.

[b] pflegen & wohnen (Ergebnis 2001), Hamburger Stadtentwässerung, Landesbetrieb Krankenhäuser (LBK), Stadtreinigung Hamburg, Hamburger Friedhöfe, Wohnungsbaukreditanstalt. Über die Hamburgische Anstalt für neue Medien (HAM) wird auf Grund des kleinen Personenkreises nicht berichtet.

[c] LB Hamburger Volkshochschule, Philharmonisches Staatsorchester, LB Erziehung und Berufsbildung, Winterhuder Werkstätten, LB Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen, LB Hamburgische Münze, LB Verkehr. Über den LB Hahnöfersand wird wegen zu geringer Personenzahl (3 Beschäftigte) nicht berichtet. Über den LB Landesamt für Informationstechnik wird nicht berichtet, weil dessen Versorgungsverpflichtungen in der Versorgungsprognose für den Kernhaushalt enthalten sind.

[d] Unabhängig von der Bürgschaft Hamburgs sind die Einrichtungen nach dem Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (BetrAVG) Pflichtmitglieder zur Insolvenzsicherung beim Pensions-Sicherungs-Verein – Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit –, der im Insolvenzfall für die nicht von Hamburg verbürgten Versorgungszusagen eintreten müsste.

Für die nur mit ihrem Zuführungs- oder Ablieferungsbedarf veranschlagten Einrichtungen nach § 15 LHO (Hochbaudienststellen, Hochschulen, Staats- und Universitätsbibliothek, Institut für Hygiene und Umwelt, Bernhard-Nocht-Institut, Autobahn- und Tunnelbetrieb der Baubehörde, Wassergütestelle Elbe), die ebenfalls rechtlich Teil der Freien und Hansestadt Hamburg sind, erübrigte sich eine gesonderte Berichterstattung. Deren Verpflichtungen sind Bestandteil der Versorgungsprognose für die Freie und Hansestadt Hamburg. Ebenfalls in jene Versorgungsprognose einbezogen sind die Stiftungen der Hamburger Museen mit ihrem Altbestand sowie die Stiftung HWWA.

Danach ergibt sich, jeweils zu Ende des Geschäftsjahres 2002, das in Tabelle 27 wiedergegebene Bild. Über den Landsbetrieb für Geoinformation und Vermessung (§ 26 LHO) und die Landesfeuerwehrschule (§ 15 LHO) wird nicht berichtet, weil sie in 2002 noch nicht verselbstständigt waren.

Aus den in der Tabelle dargestellten Versorgungsverpflichtungen lassen sich keine konkreten finanziellen Auswirkungen auf den Haushalt ableiten, denn die berücksichtigten Einrichtungen haben ihre jährlichen Altersversorgungsaufwendungen im Rahmen ihrer Betriebstätigkeit grundsätzlich selbst zu erwirtschaften. Die Rückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen über den Zeitraum der Aktivbeschäftigung angesammelt und werden dann dazu genutzt, die Leistungsverpflichtungen während der Versorgungsphase zu erfüllen. Der laufende Betriebsaufwand wird durch die konkreten Leistun-

gen an die Versorgungsempfänger und durch die jährlichen Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen bestimmt.

Wenn die Ertrags- und Kostenentwicklung einer der oben genannten Einrichtungen dauerhaft nicht ausgeglichen ist, stellt sich vorrangig die Frage nach betrieblichen Strukturanpassungen. Der Aufwand aus der Altersversorgung und dessen zukünftige Entwicklung ist dabei einer unter vielen zu betrachtenden betrieblichen Kostenfaktoren. So haben sich für die Betriebe im Krankenhaus- und im Pflegebereich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den letzten Jahren deutlich verändert. Das Budgetprinzip mit leistungsbezogenen Entgelten ist an die Stelle des Kostenerstattungsprinzips getreten. So bestehen bei den Betrieben p&w und LBK Handlungsbedarfe. Hierfür sind Maßnahmen eingeleitet, über die die Bürgerschaft gesondert informiert wird.

5.1.7.3 Stellenplan

Die neuen Stellen im Stellenplan beschränken sich auch im Haushaltsjahr 2004 auf solche,

- die auch nach strengsten Maßstäben dringlich und unabweisbar sind,
- die eines Beschlusses der Bürgerschaft bedürfen,
- deren Finanzierung grundsätzlich durch Umschichtung innerhalb des Bestandes gesichert ist.

Der Stellenplan-Entwurf 2004 (ohne Einrichtungen mit Wirtschaftsplänen und ohne Lehrerstellenplan) enthält 52,75 neue Stellen. Die Schwerpunkte der Stellenneuschaffungen beinhalten Mehrbedarfe im Zusammenhang mit der

- Einrichtung eines Europa-Stellenpools bei der Senatskanzlei (3 Stellen),
- Reform des Disziplinarrechts als Beitrag zur Verwaltungsmodernisierung (4 Stellen),
- Verstärkung des Gerichtsvollzieherdienstes der Hamburger Amtsgerichte (8 Stellen),
- Kapazitätsausweitung des Vor- und Zuführungsdienstes im Bereich der Vorführungsabteilung der Untersuchungshaftanstalt Hamburg im Zusammenhang mit der Dezentralisierung des Bezirksjugendgerichts beim Amtsgericht Hamburg bzw. der Neueinrichtung des Amtsgerichts Hamburg St. Georg (8 Stellen),
- Einrichtung der Zentralen Erstaufnahme bei der Behörde für Inneres (5 Stellen),
- Verstärkung des Landesamtes für den Verfassungsschutz zur Beobachtung des militanten Islamismus (4 Stellen).

In den Wirtschaftsplänen ist die Neuschaffung von 3 Stellen vorgesehen.

Entsprechend den in Jesteburg für den Lehrerstellenplan beschlossenen Maßnahmen werden aufbauend auf die Stellenregelungen zum Schuljahresbeginn 2003/2004 (vgl. Abschnitt 6.1.6.2 des Finanzberichts 2003) vereinbarungsgemäß zum 1.8.2004 zur weiteren Umsetzung der vom Senat vorgesehenen bildungspolitischen Maßnahmen und zur Verbesserung der Unterrichtssituation neue Stellen im Wert von 100 Lehrerstellen neu ausgewiesen.

Soweit neue oder wachsende Aufgaben im Jahre 2004 die Schaffung weiterer Angestellten- oder Arbeiterstellen erforderlich machen, sollen diese – wie bereits in den Vorjahren praktiziert – außerhalb des jährlichen Haushaltsverfahrens im Rahmen der dem Senat erteilten Ermächtigung realisiert werden, sofern eine zeitnahe Bedarfsprüfung die Unabweisbarkeit der Bewilligung ergibt und die Finanzierung aus dem Bestand im Einzelnen gewährleistet ist. Diese neuen Stellen werden gegenüber der Bürgerschaft dann in der haushaltsrechtlich vorgesehenen Weise in dem ihrer Ausbringung folgenden Stellenplan nachgewiesen.

Mit dieser Entlastung des jährlichen Haushaltsverfahrens von Einzelfallentscheidungen, deren Gewicht eine Mitwirkung von Bürgerschaft und Senat nicht verlangt, wird die Eigen- und die Ergebnisverantwortung der Behörden gestärkt. Sie werden dadurch in die Lage versetzt, zeitnah und flexibel auf aktuelle Anforderungen zu reagieren.

5.1.7.4 Hebung von Planstellen

Voraussetzung für die Aufnahme von Stellenhebungen in den Stellenplan 2004 war wie in den Vorjahren, dass sie nicht nur unter Bewertungsgesichtspunkten begründet, sondern auch aus dem Bestand finanzierbar sind.

Der wesentliche Teil der Stellenhebungen entfällt auf die

- Kundenzentren in den Bezirksämtern Hamburg-Mitte und Wandsbek (9 Hebungen)
- Polizei (Überleitung von Stellen in das Eingangsamt des gehobenen Dienstes bei der Schutzpolizei [100 Hebungen]),
- Polizei (Beförderung von Nachwuchskräften im Rahmen der Umsetzung des Konzeptes Innere Sicherheit [28 Hebungen]),
- Steuerverwaltung (Verbesserung der Stellenstruktur im mittleren Steuerverwaltungsdienst [10 Hebungen]).

Für die übrigen Verwaltungsbereiche (ohne Einrichtungen mit Wirtschaftsplänen) sind 32,50 Stellenhebungen vorgesehen.

Bei Einrichtungen mit Wirtschaftsplänen soll 1 Stelle gehoben werden.

5.1.7.5 Auflösung des Ermächtigungsrahmens zur Beschleunigung des Asylverfahrens und der Unterbringung von Zuwanderern

Nach Artikel 13 des Haushaltsbeschlusses 2003 und den entsprechenden Artikeln der Haushaltsbeschlüsse der Vorjahre wurden in dem dort vorgegebenen Rahmen Stellen geschaffen, die im Zusammenhang mit der Beschleunigung des Asylverfahrens und der Unterbringung von Zuwanderern erforderlich waren. Die entsprechenden Personalausgaben waren bisher zentral im Einzelplan 4 veranschlagt. Daraus wurden den beteiligten Behörden die Mittel für die Finanzierung der bei ihnen für diese Aufgaben eingerichteten Stellen zur Verfügung gestellt. Dabei orientierte sich die Zahl der insgesamt für diese Zwecke verfügbaren Stellen und der entsprechenden Finanzierungsmittel an der Entwicklung der unterzubringenden Personen.

Die Überprüfung der daraus finanzierten Stellenbedarfe der beteiligten Behörden hat zu dem Ergebnis geführt, dass – nach einem deutlichen Fallzahlrückgang – mit diesen Stellen, die regelhaft unbefristet besetzt sind, vorrangig Daueraufgaben wahrgenommen werden, die nicht ausschließlich in Abhängigkeit zu der Zahl der öffentlich unterzubringenden Zuwanderer stehen. Aus diesem Grunde ist im Haushaltsplan-Entwurf 2004 vorgesehen

- den Ermächtigungsrahmen in seiner bisherigen Form aufzulösen und die Stellen dem planmäßigen Stellenbestand der jeweiligen Behörde zuzuordnen,
- die zentrale Veranschlagung aufzugeben und die Personalausgaben in den Kontenrahmen für Dienstbezüge der einzelnen Behörden zu veranschlagen,
- die bei den Stellen bisher ausgebrachten kw-Vermerke – mit Ausnahme von 33 Stellen der Behörde für Inneres – aufzuheben sowie
- die bisherige Ermächtigung des Haushaltsbeschlusses entfallen zu lassen.

Die dezentrale Veranschlagung in den Einzelplänen erfolgt auf Basis der für 2003 erwarteten Finanzierungsbedarfe. Dabei ist die 2002 um 8 % gesunkene Fallzahlentwicklung berücksichtigt. Gegenüber der Veranschlagung 2003 wird der Haushalt damit um rd. 3,5 Mio. EUR entlastet.

Die Auflösung des Ermächtigungsrahmens und die Veranschlagung der Personalausgaben in den jeweiligen Einzelplänen hat zur Folge, dass den Behörden einerseits eine Planungssicherheit hinsichtlich der für die Aufgabenerfüllung verfügbaren Personalressourcen – unabhängig von der weiteren Entwicklung der Zahl der unterzubringenden Zuwanderer – gegeben wird, andererseits ab 2004 die Budgetverantwortung für den Personalbedarf und dessen Finanzierung bei der jeweils zuständigen Behörde liegt.

Insgesamt werden mit dem Haushaltsplan-Entwurf 2004 Personalausgaben in Höhe von rd. 19,5 Mio. EUR vom Einzelplan 4 auf die Einzelpläne der beteiligten Behörden (im Wesentlichen Bezirke, Justizbehörde, Behörde für Inneres und sowie innerhalb der Behörde für Soziales und Familie) umgeschichtet. Hinzu kommen Sachmittel in Höhe von rd. 1,4 Mio. EUR, die ebenfalls bisher zentral im Einzelplan 4 veranschlagt waren.

5.1.7.6 Umsetzung der im Jahr 2003 erforderlichen Stellenstreichungen

Soweit im Jahre 2003 im Zusammenhang mit der Arbeitszeitverlängerung im Besoldungsbereich, zur Erfüllung der Einsparungsverpflichtungen im Intendanzbereich sowie zur Umsetzung weiterer aufgabenkritischer Maßnahmen bereits konkretisierte Stellenstreichungen aus heutiger Sicht bis zum Ende des Jahres 2003 voraussichtlich nicht vollzogen werden können, sind diese durch den Haushaltsvermerk „kw Stellenstreichungen 2003“ gekennzeichnet. Insgesamt sind im Stellenplan-Entwurf 2004 in einer Reihe von Einzelplänen rd. 80 Stellen mit dem genannten Haushaltsvermerk versehen worden. Damit wird deutlich gemacht, dass diese Stellen dem jeweiligen Behördenbereich nicht mehr zur Besetzung zur Verfügung stehen und bei Freiwerden zu streichen sind.

Durch diese Ausweisung wird gleichzeitig den Intentionen des bürgerschaftlichen Ersuchens aus Drucksache 17/1893 betreffend „Einsparung von 5 % der Personalkosten im Intendanzbereich für das Haushaltsjahr 2003“ Rechnung getragen, die Umsetzung des Einsparziels im Intendanzbereich u.a. durch die Ausbringung von kw-Vermerken sicherzustellen.

5.1.7.7 Weitere Hinweise zum Stellenplan 2004

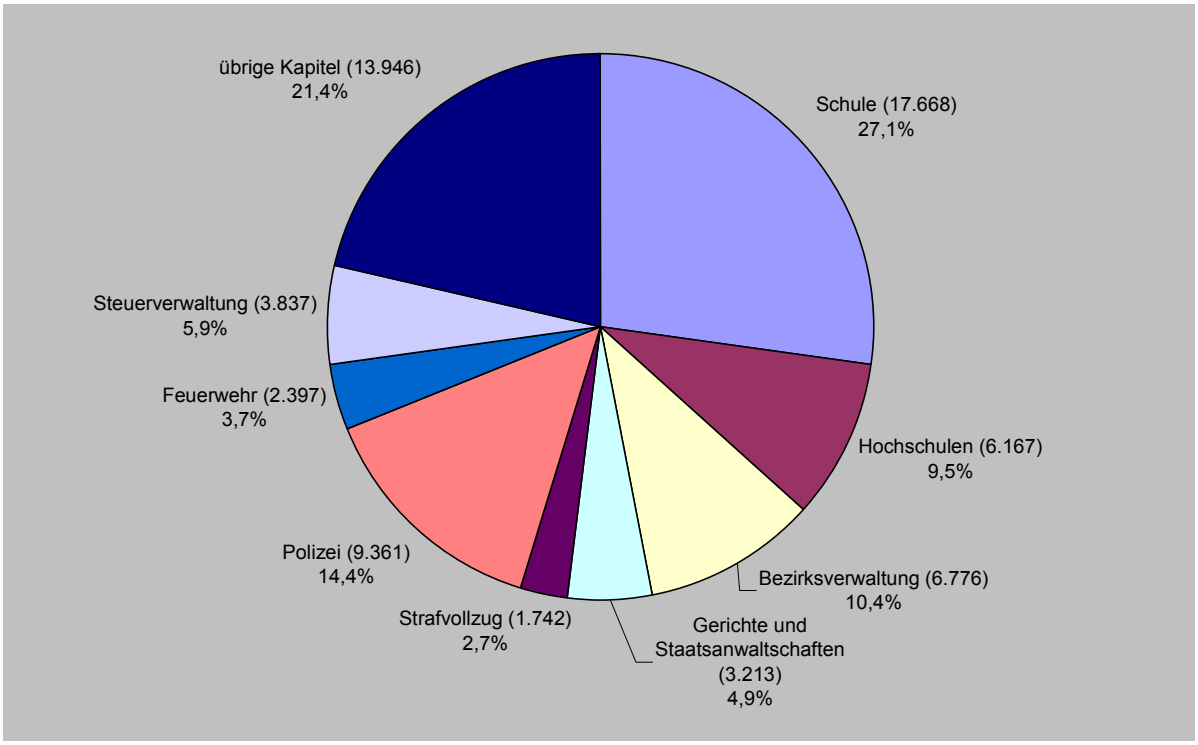
Erläuterungen zu Inhalt und Gliederung des Stellenplans werden in Anlage 1.7 gegeben. Sie enthält auf S. 5 ff. außerdem Übersichten, in denen einzelplanweise bzw. jeweils gesondert für die Einrichtungen mit Wirtschaftsplänen dargestellt werden

- die Gliederung der Stellen nach Stellenarten sowie
- die Stellenzugänge und -abgänge.

Der Stellenplan-Entwurf 2004 weist einen Bestand von 65.106 Stellen aus. Dieser Bestand verteilt sich auf die die jeweiligen Personalkörper repräsentierenden Stellen schwerpunktmäßig wie folgt (vgl. Grafik 35):

- Schulbereich (Lehrerstellen einschl. Komplementär- und sonstiger Bedarfe rd. 17.700 (rd. 27,1 %),
- Hochschulbereich rd. 6.200 (rd. 9,5 %),
- Innere Sicherheit rd. 16.700 (rd. 25,7 %), davon Gerichte und Staatsanwaltschaften rd. 3.200 (rd. 4,9 %), Strafvollzug rd. 1.700 (rd. 2,7 %), Polizei rd. 9.400 (rd. 14,4 %), Feuerwehr rd. 2.400 (rd. 3,7 %),
- übrige Bereiche rd. 24.500 (rd. 37,7 %), davon Bezirksverwaltung rd. 6.800 (rd. 10,4 %), Steuerverwaltung rd. 3.800 (rd. 5,9 %), sonstige Bereiche rd. 13.900 (rd. 21,4 %).

Grafik 35 Struktur des Stellenbestandes 2004



Der im Vergleich der Jahre 2003 und 2004 zu verzeichnende Stellenrückgang von 65.438 Stellen um 332 Stellen auf 65.106 Stellen (Einzelpläne einschließlich Landesbetriebe und netto-veranschlagte Einrichtungen) ist vornehmlich zurückzuführen auf die Umsetzung der für das Jahr 2003 vorgesehenen Stellenstreichungen.

Die zum Stellenplan 2004 beantragten Stellenveränderungen, die dem Entscheidungsvorbehalt der Bürgerschaft unterliegen, sind als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt.

5.1.8 Schuldendienst und Schuldendiensthilfen (Zeile 12)

Tabelle 28 Zinsausgaben

	2003	2004	2005	2006	2007
	1.036,7	1.036,2	1.057	1.114	1.187
Veränderung in %	+ 0,4	0,0	+ 2,0	+ 5,4	+ 6,5

Die Ausgaben für *Zinsen* bleiben 2004 im Vergleich zum Jahr 2003 aufgrund der aktuellen Zinsentwicklung am Kapitalmarkt nahezu konstant.

Dem Risiko zukünftig steigender Zinssätze, die sich sowohl bei der jährlichen Bruttokreditaufnahme als auch bei den Altschulden mit variablen Zinssätzen auswirken würden, wird wiederum mit einer im Planungszeitraum steigenden Zinsprognose Rechnung getragen. Diese Steigerung und die im Planungszeitraum um rd. 2,7 Mrd. EUR steigende Verschuldung führen dazu, dass im Jahr 2007 die Zinsausgaben um rd. 150 Mio. EUR (rd. + 15 %) höher liegen als 2003.

Tabelle 29 Zinsprognose in % p. a.

	2003	2004	2005	2006	2007
Zinssatz	4,40	4,75	5,60	5,90	6,50

Zinssatz im Aufnahmejahr (Beispiel: Die Kreditaufnahme im Jahr 2003 zu einem Zinssatz von 4,40 % wird erstmals in 2004 haushaltswirksam)

Die Ausgaben für *Schuldendiensthilfen* bestehen weit überwiegend aus den Zins- und Verlustausgleichzahlungen an die Wohnungsbaukreditanstalt und werden daher von der Entwicklung in diesem Bereich bestimmt (vgl. im Einzelnen die nachfolgende Tabelle 30).

Tabelle 30 Schuldendiensthilfen in Mio. EUR

	2003	2004	2005	2006	2007
Schuldendiensthilfen	103,6	97,5	97,5	97,5	97,5
darunter:					
• Wohnungsbau-Kreditanstalt		96,0	96,0	96,0	96,0
Veränderung zum Vorjahr in %	- 1,7	- 5,9	0,0	0,0	0,0
darunter					
• Wohnungsbau-Kreditanstalt		- 5,9	0,0	0,0	0,0

5.1.9 Sach- und Fachausgaben (Zeile 13)

Die Entwicklung in den einzelnen Bereichen der Sach- und Fachausgaben wird aus der nachstehende Tabelle deutlich:

Tabelle 31 Entwicklung der Sach- und Fachausgaben in Mio. EUR

	2003	2004	2005	2006	20077
Sach- und Fachausgaben insgesamt, (ohne Länderfinanzausgleich)	4.001,9	4.024,3	4.041	4.090	4.123
Zuwachsrate in %	- 1,0 [a)]	+ 1,1 [a), b)]	+ 0,4	+ 1,2	+ 0,8
darunter:					
Sozialhilfe / AsylbLG	1.077,2	1.077,6	1.085	1.093	1.101
Zuwachsrate in %	- 0,8	+ 1,9 [c)]	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7
Sonstige gesetzliche Leistungen	967,4	982,3	967	966	963
Zuwachsrate in %	- 1,5 [a)]	+ 1,5 [a), c)]	- 1,6	0,0	- 0,3
Übrige Sach- und Fachausgaben	1.957,2	1.964,4	1.989	2.031	
Zuwachsrate in %	- 1,0	+ 0,5 [b), c)]	+ 1,3	+ 2,1	+ 1,4

Differenzen in den Summen durch Runden der Einzelwerte

a) Bereinigt um Auswirkungen aus dem Flutopfersolidaritätsgesetz

b) Bereinigt um die Ausgliederung der Zentralen Personaldienste (ZPD) in einen Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO

c) Bereinigt um haushaltssystematische Veränderungen, insbesondere bisher als Sozialhilfe gekennzeichnete sonstige gesetzliche Leistungen

Bei den Sach- und Fachausgaben ist ein absoluter Zuwachs gegenüber dem Haushaltsjahr 2003 von rd. 22,4 Mio. EUR zu verzeichnen. Die bereinigte Zuwachsrate beträgt unter Berücksichtigung von haushaltssystematischen Veränderungen (Ausgliederung der Zentralen Personaldienste in einen Landesbetrieb, Neuzuordnung von Titeln zur Sozialhilfe sowie zu den sonstigen gesetzlichen Leistungen und den übrigen Sach- und Fachausgaben, Auswir-

kungen im Zusammenhang mit dem Flutopfersolidaritätsgesetz) + 1,1 %. Im Folgenden werden jeweils ausschließlich die bereinigten Veränderungsraten als Referenzgröße herangezogen:

- Bei Berücksichtigung der haushaltssystematischen Veränderungen im Haushaltsplan-Entwurf 2004 durch Neuzuordnung von bisherigen Sozialhilfetiteln zu den sonstigen gesetzlichen Leistungen im Umfang von rd. 18,7 Mio. EUR (Titel 3330.671.01 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen) bzw. zu den übrigen Sach- und Fachausgaben von rd. 1,5 Mio. EUR (Titel 4210.534.03/05 und 681.08) ergibt sich ein Mehrbedarf bei den Sozialhilfeausgaben im Abgleich zum Vorjahreswert von rd. 20,2 Mio. EUR. Diese Steigerung erklärt sich im Wesentlichen durch Kostensteigerungen in der laufenden Hilfe (Regelsatzanpassungen, Kosten der Unterkunft sowie Tarifsteigerungen).
- Die Zuwachsrate bei den sonstigen gesetzlichen Leistungen beträgt + 1,5 %. Dies entspricht in etwa einem Volumen von rd. 14,9 Mio. EUR. Ursächlich hierfür sind schwerpunktmäßig zwingende Mehrbedarfe
  - bei der Justizbehörde für Auslagen in Rechtssachen und für Kosten für die Unterbringung (rd 1,4 Mio. EUR),
  - bei der Behörde für Schule und Sport für die Ausbildungsförderung, für Finanzhilfen für Schulen in freier Trägerschaft und für die Aufstiegsfortbildungsförderung (rd. 11,0 Mio. EUR),
  - bei der Behörde für Inneres bei den Sachausgaben für die Durchführung der Europawahl (rd. 1,3 Mio. EUR).
- Die übrigen Sach- und Fachausgaben weisen eine bereinigte Zuwachsrate von + 0,5 % aus. Diese resultiert im Wesentlichen aus einer gegenüber dem Vorjahr um rd. 9,1 Mio. EUR höheren Veranschlagung von Mitteln zur Bewirtschaftung von Grundstücken.

5.1.10 Globale Mehr- und Minderausgaben (Zeile 14)

Tabelle 32 Globale Mehr-/Minderausgaben in Mio. EUR

	2003	2004	2003/2004
	Haushaltsplan	Haushaltsplan-Entwurf	Veränderung in Mio. EUR
Globale Mehrausgaben	65,0	69,3	+ 4,3
darunter:			
Rückstellung für Mehraufwendungen	46,6	46,7	+ 0,1
Globale Minderausgaben	– 55,9	- 90,8	- 34,9
darunter:			
Globale Minderausgaben bei den laufenden Ausgaben (sog. Bodensatz)	– 50,0	– 50,0	0,0
Summe Globale Mehr-/Minderausgaben [a)]	9,1	- 21,5	- 30,6

[a)] Differenzen in den Summen durch Runden der Einzelwerte

Bei den globalen Mehr- und Minderausgaben ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr im Saldo ein Minderbedarf in Höhe von rd. - 30,6 Mio. EUR. Bestimmend für diese Haushaltsverbesserung wirkt sich hier die derzeit im Zahlenwerk des Haushaltsplan-Entwurfs 2004 enthaltene Veranschlagung einer globalen Minderausgabe für noch zu konkretisierende aufgabenkritische Maßnahmen im Einzelplan 9.2 (rd. - 33 Mio. EUR) aus. Zur Zwischenfinanzierung dieser globalen Minderausgabe plant der Senat, die Absenkung der Sonderzuwendung und des Urlaubsgeldes 2004 zu verwenden (siehe Abschnitt 4.9.2).

Hinzuweisen ist darüber hinaus, dass die globale Minderausgabe bei den laufenden Ausgaben – sog. Bodensatz – (Titel 9890.972.01) gegenüber dem Haushaltsjahr 2003 unverändert mit 50,0 Mio. EUR veranschlagt ist und in den Folgejahren für in ihren finanziellen Auswirkungen noch zu konkretisierende weitere aufgabenkritische Maßnahmen globale Minderausgaben eingestellt sind.

5.1.11 Investitionen (Zeile 16)

5.1.11.1 Investitionen 2004

In der Anlage 2.1 zum Finanzbericht werden die Gesamtinvestitionen der Jahre 2004-2008 tabellarisch dargestellt.
Die Investitionen werden gegliedert nach Investitionsbereichen und weiter differenziert nach:

- Investitionsvorbelastungen;
- Investitionsmaßnahmen, die mit dem Jahr des Haushaltsplan-Entwurfs (Planjahr) begonnen werden und
- Investitionsmaßnahmen, die im Zeitraum der Finanzplanung, d.h. frühestens in dem auf das Planjahr folgenden Jahr, begonnen werden.

Die Anlage 2.2 zum Finanzbericht (grüne Seiten) enthält eine Darstellung aller Einzelmaßnahmen des Investitionsplanes für den Zeitraum bis 2008, einschließlich des laufenden Haushaltsjahres.

Die Investitionsausgaben lassen sich in die in Tabelle 33 beschriebenen Kategorien einteilen.

Im Vergleich zum von der Bürgerschaft am 11.12.2002 beschlossenen Haushaltsplan 2003 steigen die Investitionsausgaben 2004 – bereinigt um die einmaligen Ausgaben 2003 in Zusammenhang mit dem Flutopfersolidaritätsgesetz um 30,4 Mio. EUR (+ 3,0 %). Dieser Anstieg betrifft in erster Linie die Obergruppe 81 (Beschaffungen, insbesondere bei der Polizei und für IuK-Technik) und die Hauptgruppe 7 (Baumaßnahmen, insbesondere Schulbau).

Tabelle 33 Investitionen nach Arten (in Mio. EUR)

	2003	2004	Veränderungen	
	Haushaltsplan	Haushaltsplan-Entwurf	absolut	in %
Sachinvestitionen	510,4	560,3	49,9	9,8
davon: - Baumaßnahmen	388,5	401,2	12,8	3,3
- Grunderwerb	30,0	38,1	8,1	27,1
- Beschaffungen	92,0	121,0	29,1	31,6
Finanzinvestitionen	505,2	414,5	– 90,7	– 3,8 [a)]
davon: -Zuschüsse und Zuweisungen für Investitionen	403,2	327,0	– 76,2	- 1,2 [a)]
- Darlehen, Erwerb v. Beteiligungen u. sonstige Finanzinvestitionen	102,0	87,5	– 14,5	– 14,2
Summe	1.015,7	974,8	– 40,7	3,0 [a)]
nachr.: Investitionen 2003 ohne Flutopfersolidaritätsgesetz (71,3 Mio. EUR)	944,4			

[a)] bereinigt um Auswirkungen aus dem Flutopfersolidaritätsgesetz

5.1.11.2 Mittelfristige Entwicklung der Investitionsausgaben

Erhöhung der Investitionsobergrenze

In der derzeit besonders kritischen konjunkturellen Lage hat sich der Senat entschlossen, den Trend der sinkenden Investitionsobergrenzen der vergangenen Jahre zu brechen und damit ein wirtschaftspolitisches Signal zu setzen. Trotz des schwierigen Umfeldes durch dramatisch sinkende Einnahmeerwartungen strebt der Senat an, durch Vermögensumschichtungen und Beiträge aus dem Betriebshaushalt die Investitionsobergrenze moderat zu steigern. Für die einzelnen Jahre der Investitionsplanung sind folgende Obergrenzen beschlossen:

2005: 975 Mio. EUR

2006: 980 Mio. EUR

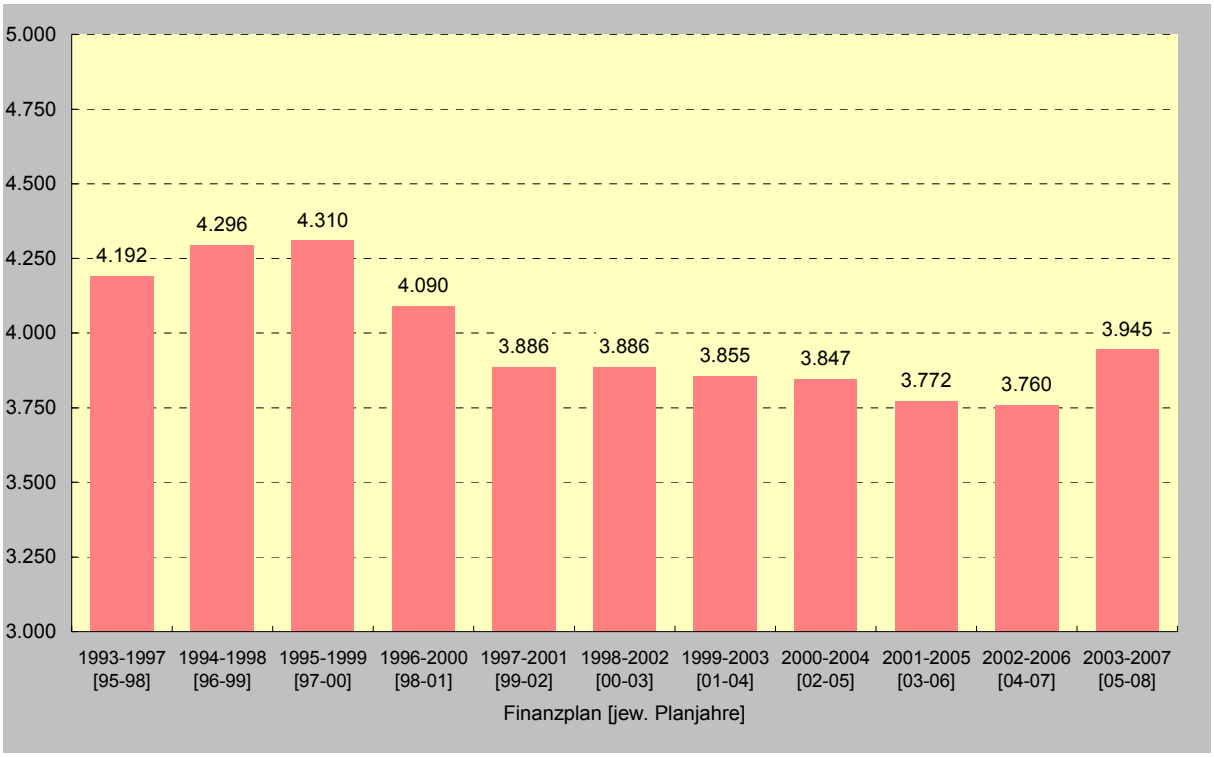
2007: 990 Mio. EUR

2008: 1.000 Mio. EUR

Im Vergleich zu den Vorjahren bedeutet dies eine Steigerung, weil die Investitionsobergrenzen als Orientierung für die Planaufstellung z.B. im Zusammenhang mit der Neuorganisation des Gebäudemanagements (seit 1999) um insgesamt rd. 30 Mio. EUR gesenkt worden sind. So betrug die Investitionsobergrenze im Finanzplan 2001-2006 (s. Finanzbericht 2002 v. Mitte 2001) für die Jahre 2003 ff. nur noch 943 Mio. EUR.

Grafik 36 zeigt, dass durch diesen Anstieg auf 1 Mrd. EUR innerhalb des Finanzplanzeitraums (2005-2008) gegenüber der Vorjahresplanung ein Anstieg des gesamten Investitionsvolumens um rd. 200 Mio. EUR (von 3,76 auf 3,95 Mrd. EUR) bewirkt wird.

Grafik 36 Investitionsobergrenze (Summe der jeweiligen Planjahre) in Mio. EUR



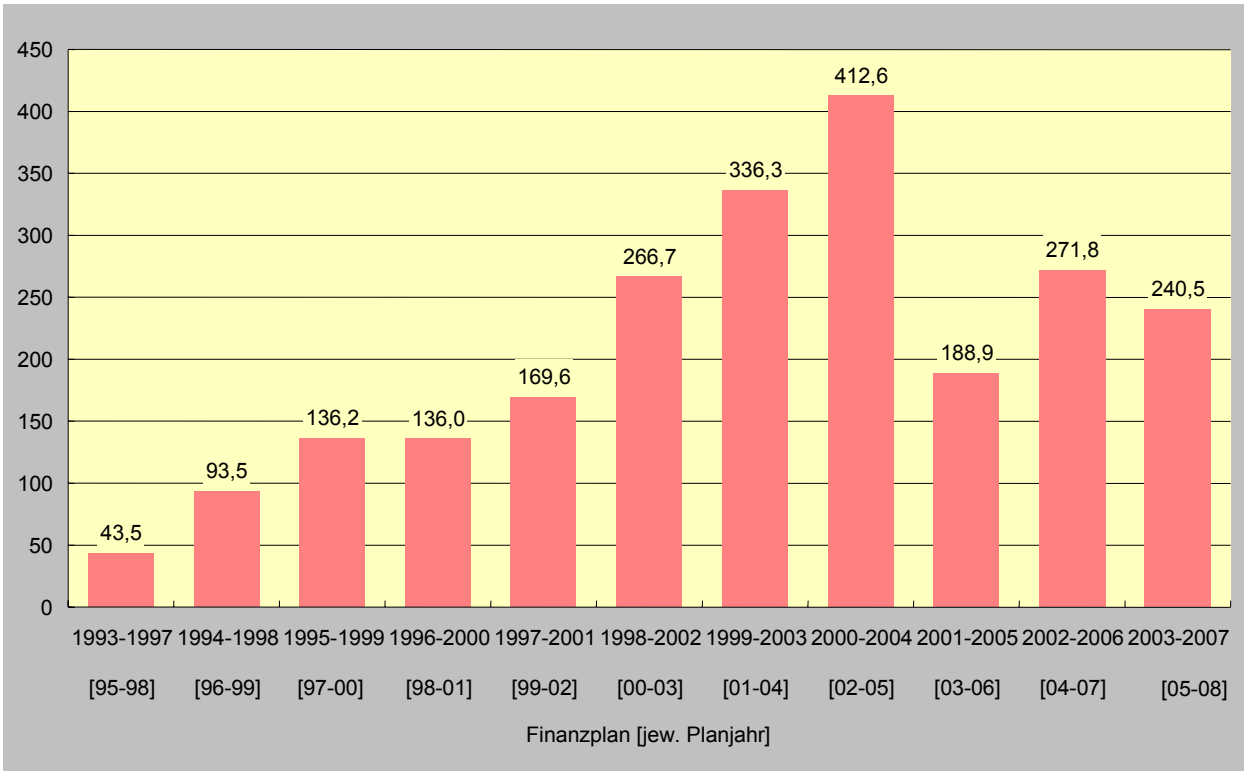
Investitionsreserve und Veränderte Veranschlagung

Der Begriff der Investitionsreserve beschreibt die rechnerische Differenz zwischen der vom Senat festgelegten Investitionsobergrenze und der Summe der tatsächlich planerisch mit der Mittelfristigen Investitionsplanung festgelegten Investitionen. Sie wird vorgehalten, um dem Senat Möglichkeiten zur neuen politischen Schwerpunktsetzung einzuräumen und sich dar-

aus ergebende bisher nicht veranschlagte Maßnahmen mitfinanzieren zu können.

Die in Grafik 37 dargestellten, in den Jahren 1998-2002, 1999-2003 und 2000-2004 aufwachsenden Beträge der Investitionsreserve wurden gezielt zur Finanzierung von Großprojekten wie dem A 380 „angespart“. Mit der Realisierung insbesondere des A 380 und der Einführung des digitalen Funknetzes für Behörden und Organisationen mit Sicherungsaufgaben verringerte sich die Investitionsreserve mit der Finanzplanung 2001-2005 wieder. Aus der derzeitigen Reserve sollen in der Zukunft liegende Projekte im Zusammenhang mit dem Leitbild der „Wachsenden Stadt“ mitfinanziert werden. Aktuell beläuft sie sich auf knapp 241 Mio. EUR.

Grafik 37 Investitionsreserve (Summe der jeweiligen Planjahre) in Mio. EUR



5.1.12 Finanzausgleich (Zeile 18)

Veranschlagt sind die Beiträge Hamburgs zum Länderfinanzausgleich gemäß Mai-Steuerschätzung 2003 (vgl. zum Länderfinanzausgleich Abschnitt 2.4.2).

5.1.13 Zuführung an Rücklagen (Zeile 19)

Im Wesentlichen Zuführungen an die Versorgungsrücklagen und -fonds. Im Jahr 2002 konnte ein nicht zur Abdeckung des Defizits im Betriebshaushalt benötigter Betrag aus dem Verkauf von Anteilen an HEW und FHG der allgemeinen Rücklage zugeführt werden, der in den Jahren 2003 und 2004 zur Finanzierung des Defizits im Betriebshaushalt eingesetzt werden muss (vgl. Abschnitt 5.1.4).

5.1.14 Haushaltstechnische Verrechnungen (Zeile 20)

Verrechnungen und durchlaufende Posten (vgl. Glossar, Abschnitt 8.2)

5.1.15 Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren (Zeile 21)

Veranschlagt werden Fehlbeträge aus Vorjahren, die nach § 25 Abs. 3 LHO spätestens nach

2 Jahren ausgeglichen werden müssen. Veranschlagt ist in 2003 der Fehlbetrag des Jahres 2001.

5.1.16 Finanzierungssaldo (Zeile 23)

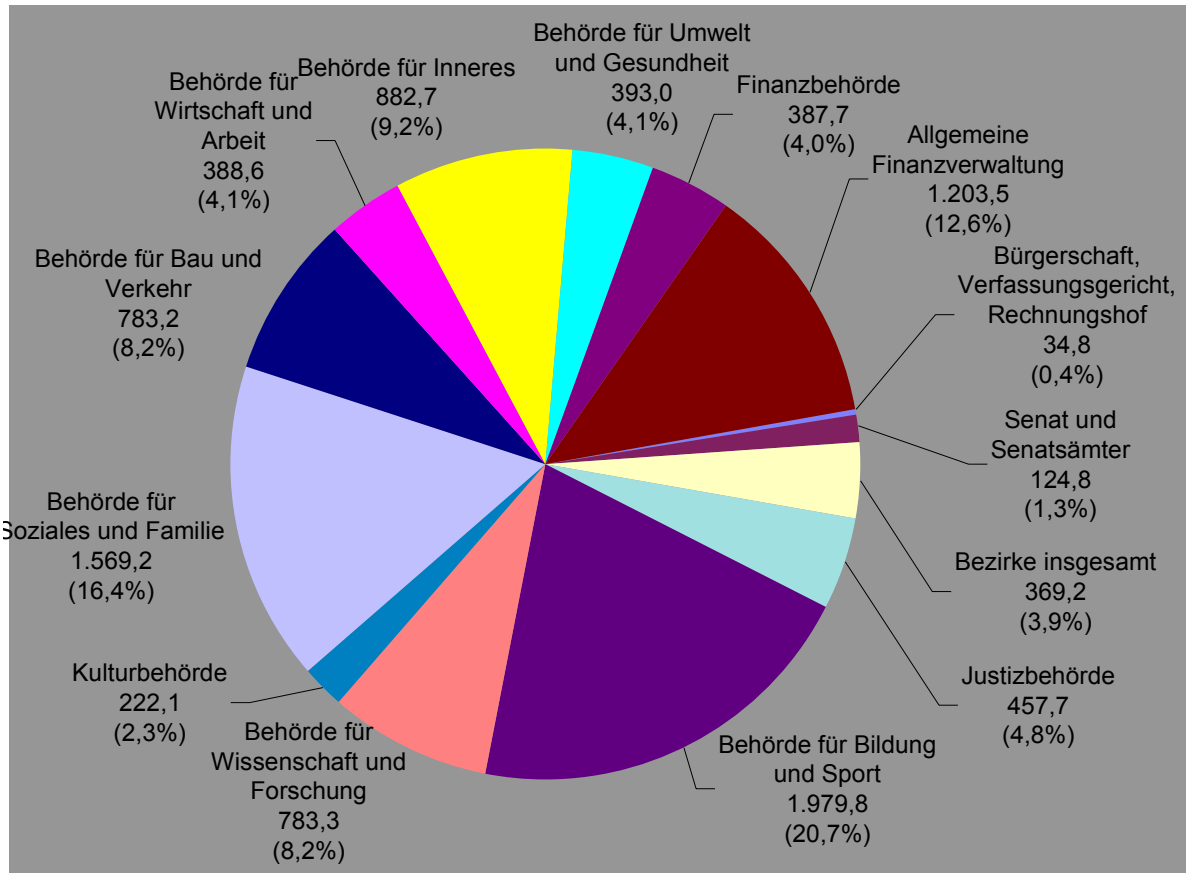
Saldo zwischen den bereinigten Gesamteinnahmen und -ausgaben (vgl. Glossar, Abschnitt 8.2).

5.2 Ausgabenentwicklung nach Einzelplänen

5.2.1 Gesamtausgaben

Grafik 38 zeigt die Verteilung der bereinigten Gesamtausgaben auf die Einzelpläne.

Grafik 38 Bereinigte Gesamtausgaben 2004 nach Einzelplänen (9.579,6 Mio. EUR)



Verglichen mit dem von der Bürgerschaft am 11.12.2003 beschlossenen Haushaltsplan 2003 steigen die bereinigten Gesamtausgaben insgesamt um 0,9 % (bereinigt um die Auswirkungen des Flutopfersolidaritätsgesetzes).

- Grundlage für den Haushalt 2004 ist der Grundsatz von „Überrollung minus Aufgabenkritik“, wobei unabweisbare Veränderungen im Bereich der gesetzlichen Leistungen berücksichtigt worden sind. Die Einsparungen durch Aufgabenkritik sind noch in einem Umfang von rd. 33 Mio. EUR als globale Minderausgabe im Epl. 9.2 veranschlagt.
- Tariferhöhungen gegenüber dem Vorjahr sind in den Einzelplänen veranschlagt, nicht jedoch lineare Anpassungen im Besoldungsbereich, die wie im Vorjahr zentral vorgehalten und zu gegebener Zeit bedarfsgerecht auf die Einzelpläne übertragen werden.

- Erstmalig werden 2004 die erwarteten Versorgungsausgaben dezentral in den Einzelplänen und Kapiteln veranschlagt. Das jeweilige Volumen ergibt sich aus der Summe der Kostenanteile für Versorgung – die Budgetbestandteile des KRD bleiben – und den Bedarfsspitzen aus Mehr- und Minderbedarfen gegenüber der Versorgungsprognose (s. Drs. 17/1404).

5.2.2 Entwicklung der Betriebsausgaben 2004 gegenüber 2003

In der nachfolgenden Tabelle sind die Summen der Betriebsausgaben in den Einzelplänen tabellarisch dargestellt, und zwar in absoluten Beträgen und als prozentuale Steigerung 2004/2003.

Aus der Tabelle ergibt sich eine Steigerung der Betriebsausgaben in den Einzelplänen 1.0 bis 9.1 im Jahr 2004 gegenüber dem Haushaltsplan 2003 von + 7,0 %. Wird der Einzelplan 9.2 mit einbezogen, ergibt sich eine Steigerung um + 0,6 %.

Tabelle 34 Bereinigte Betriebsausgaben nach Einzelplänen

Epl.	Bezeichnung	2003	2004 Plan	davon KRV[b)]	ZWR 04/03[c)] in %
1.0	Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof	30,0	34,3	3,9	14,3
1.1	Senat und Senatsämter	106,0	121,7	8,5	
1.2-1.8	Bezirksämter	323,3		35,2	13,8
2	Justizbehörde	387,3	428,7	34,3	10,7
3.1	BBS	1.698,9	1.835,5	128,4	8,0
3.2	BWF	613,0	647,7	36,8	5,7
3.3	Kulturbehörde	180,0	184,2		2,4
4	BSF	1.558,0	1.544,3	8,4	-0,9
6	BBV	570,3	585,1	14,8	2,6
7	BWA	205,2		11,3	8,3
8.1	Behörde für Inneres	709,7	845,1	111,1	19,1
	BUG	243,0	264,2	16,4	8,7
9.1	Finanzbehörde	289,4	321,0	24,6	10,9
	Zwischensumme	6.914,0	7.402,0	436,1	7,0
9.2	Allg. Finanzverwaltung	1.670,6	1.202,7	-436,1	-25,9
	Summe	8.584,6	8.604,7	0,0	0,6

a) Gemäß Bürgerschaftsbeschluss vom 11.12.2002
b) Nachrichtlich: im Jahr 2004 werden die Versorgungsausgaben (KRV) erstmals dezentral bei den Einzelplänen veranschlagt
c) bereinigt um die Auswirkungen des Flutopfersolidaritätsgesetzes

Abweichungen vom Durchschnitt für die Einzelpläne 1.0-9.1 (+ 7,0 %) sind vor allem auf die erstmalige dezentrale Veranschlagung der Versorgungsausgaben zurückzuführen. Die Zuwachsraten von Einzelplänen mit einem hohen Personalkosten- bzw. Versorgungsanteil steigen tendenziell überproportional.

Weitere wesentliche Faktoren, die die Veränderungsraten der Einzelpläne beeinflussen, werden im Folgenden aufgeführt:

Einzelplan 1.1

Erstmalige Veranschlagung des Projektes Interner Arbeitsmarkt – PIA -, Mehrbedarf bei der Landesvertretung in Berlin, haushaltstechnische Verlagerung des Innovationsfonds „Wachsende Stadt“ von den Investitionen in die Betriebsausgaben

Einzelpläne 1.2-1.8

Anteil an der Aufteilung des bisher im Epl. 4 veranschlagten Globalfonds „Z 61 – Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Zuwanderern".

Einzelplan 3.1

Qualitätsverbesserungen insbesondere in folgenden Bereichen:

- die zeitlich auf zwei Jahre begrenzte Einstellung von zusätzlichen Lehrkräften im Wert von 100 Stellen („Junglehrerprogramm") zum 1.8.2002,
- Anhebung der Bewirtschaftungsmittel für die Schulen und
- die stärkere Unterstützung der Privatschulen.

Einzelplan 4

In erster Linie Aufteilung des bisher im Epl. 4 veranschlagten Globalfonds „Z 61 – Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Zuwanderern".

Einzelplan 7

Haushaltsneutrale Umschichtungen aus den Epl. 4 und 8.2 infolge der Behördenneuorganisation.

Einzelplan 8.1

Neben dem überproportionalen Anteil von Versorgungsausgaben ist die Steigerung insbesondere zurückzuführen auf:

- Ausfinanzierung der Personalausgaben aufgrund zusätzlicher Einstellungen bei Polizei und Feuerwehr in 2002/03,
- Abgeltung von Überstunden bei der Polizei,
- Zuweisung neuer Aufgaben (Vollzug des Waffenrechts, Zentrale Erstaufnahmeeinrichtung (ZEA), Zentralambulanz für Betrunkene (ZAB), Städtischer Ordnungsdienst (SOD),
- Mittelaufstockung im Bereich der Beobachtung und Bekämpfung des militanten islamistischen Fundamentalismus,
- Anteil an der Aufteilung des bisher im Epl. 4 veranschlagten Globalfonds „Z 61 – Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Zuwanderern".

Einzelplan 8.2

Die Steigerung der Betriebsausgaben erklärt sich hauptsächlich durch höhere Aufwendungen für den Maßregelvollzug.

Einzelplan 9.1

Verlagerung der Liegenschaftsämter von den Bezirken auf die Finanzbehörde.

5.2.3 Entwicklung der Investitionsausgaben 2004 gegenüber 2003

Beim Vergleich der Investitionsausgaben der Behörden und Ämter im Jahr 2004 gegenüber 2003 ist generell zu beachten, dass sich die Investitionsausgaben der Behörden aufgrund der Veranschlagung einzelner Maßnahmen bzw. der ungleichmäßigen Verteilung der Investitionsraten bei großen Maßnahmen im Zeitablauf sehr unterschiedlich darstellen. Dabei orientiert sich die jeweilige Ansatzhöhe am Kassenmittelbedarf. Besonders in Einzelplänen mit kleinen Investitionsvolumina führen temporäre Schwankungen häufig zu extremen Veränderungsraten.

Grafik 39 Investitionsausgaben 2004 nach Einzelplänen (974,8 Mio. EUR)

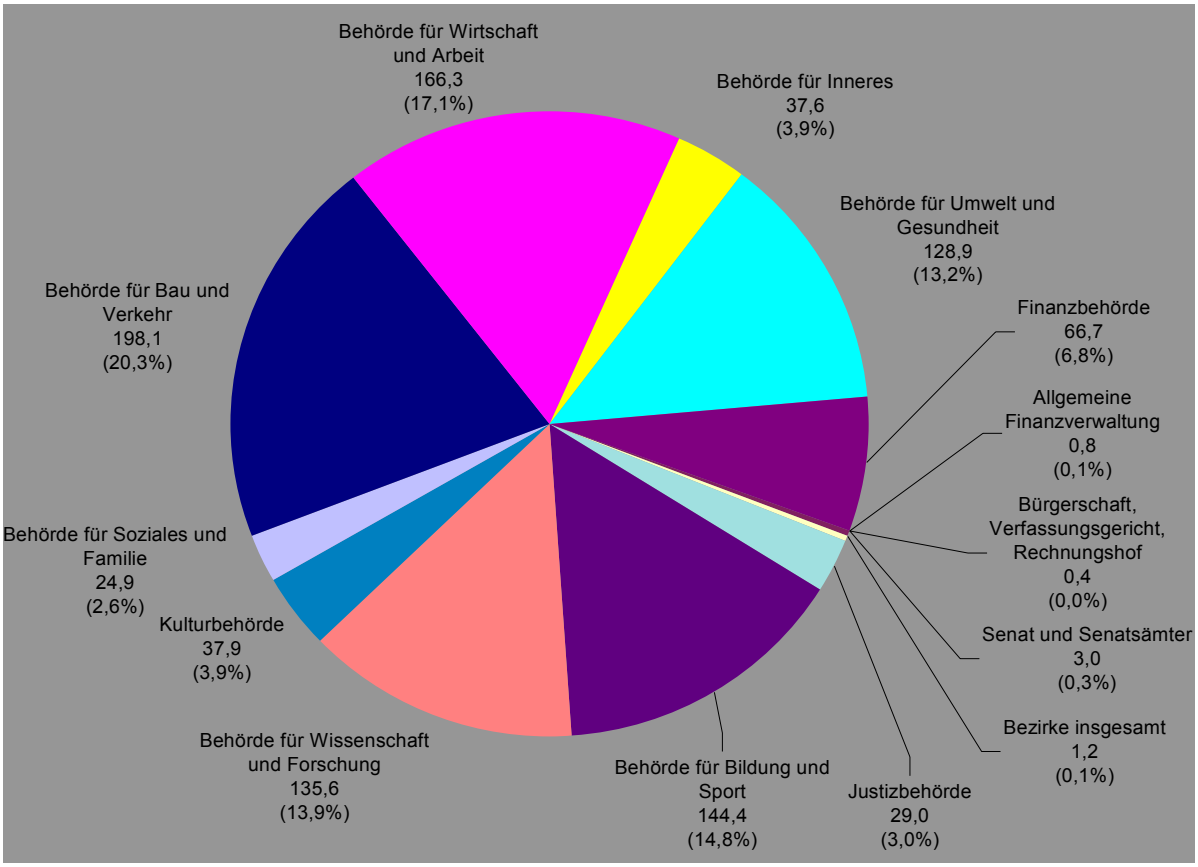


Tabelle 35 Investitionen nach Einzelplänen in Mio. EUR

Epl.	Bezeichnung	2003	2004 Plan
1.0	Rechnungshof	0,4	0,4
1.1	Senat und Senatsämter	7,9	
1.2-1.8	Bezirksämter	1,3	1,2
2	Justizbehörde	21,3	29,0
3.1	BBS	114,7	144,4
3.2	BWF	131,4	135,6
3.3	Kulturbehörde	26,2	37,9
4	BSF	24,9	24,9
6	BBV	212,1	
7	BWA	174,9	166,3
8.1	Behörde für Inneres	37,3	37,6
8.2		125,4	128,9
9.1	Finanzbehörde	65,8	66,7
	Zwischensumme	943,5	974,1
9.2		72,1	0,8
	Summe	1.015,6	974,9

a) Gemäß Bürgerschaftsbeschluss vom 11.12.2002

Die vorstehende Tabelle 35 stellt die Investitionen 2003 und 2004 dar. Im Folgenden werden die Einzelpläne mit deutlichen Abweichungen zwischen 2004 zu 2003 (+/-3,0 %) mit den dafür maßgeblichen Faktoren erläutert.

Einzelplan 1.1

Der Rückgang der Investitionen um 5 Mio. EUR ist bedingt durch haushaltstechnische Verlagerung des Innovationsfonds „Wachsende Stadt“ von den Investitionen zu den Betriebsausgaben.

Einzelplan 2

Das um 7,7 Mio. EUR steigende Investitionsvolumen ist hauptsächlich bedingt durch die Veranschlagung des Grunderwerbs für die JVA Billwerder i.H.v. rd. 8,2 Mio. EUR.

Einzelplan 3.1

Die Steigerung der Investitionsausgaben um saldiert 29,7 Mio. EUR ist insbesondere zurückzuführen auf:

- den Bundeszuschuss zum Ganztagsschulprogramm (16,9 Mio. EUR),
- den Verzicht auf Veränderte Veranschlagung (10,8 Mio. EUR),
- Fußballweltmeisterschaft 2006 (1,5 Mio. EUR),
- den Bau einer Leichtathletik-Trainigshalle (3,1 Mio. EUR),
- Grunderwerb und Erhaltungsmaßnahmen im Bereich KTH (1,0 Mio. EUR) und den
- Fortfall der Bewerbungskosten für die Olympischen Spiele 2012 (- 5,0 Mio. EUR).

Einzelplan 3.3

Die um 11,7 Mio. EUR ansteigenden Investitionsausgaben beruhen neben weiteren kleineren Änderungen im Wesentlichen auf:

- der Sicherung der Sammlung Tamm (15 Mio. EUR) und der
- Verringerung beim Neubau des Betriebsgebäudes für die Staatsoper (- 6 Mio. EUR).

Einzelplan 6

Der Rückgang der Investitionsausgaben um - 14 Mio. EUR ergibt sich im Wesentlichen aus der Anpassung des Kassenmittelbedarfs an den aktuellen Umsetzungs- und Planungsstand bei verschiedenen Einzelmaßnahmen (Neugestaltung Spielbudenplatz, Flughafen-S-Bahn, Grundinstandsetzung Krohnstiegtunnel, Verlängerung Friedrich-Ebert-Damm u.a.).

Einzelplan 7

Der Rückgang der Investitionsausgaben um - 8,6 Mio. EUR ergibt sich im Wesentlichen aus Veränderungen bei:

- Verkehrsinfrastruktur Messeausbau (+ 3,0 Mio. EUR)
- Strom- und Hafenbau Gesamtinvestitionen (- 6,7 Mio. EUR)
- Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen und verschiedenen Wirtschaftsförderungsmaßnahmen (- 3 Mio. EUR)
- Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik (- 1,9 Mio. EUR).

6 Entwicklung in ausgewählten Aufgabenfeldern der Mittelfristigen Aufgaben- und Investitionsplanung 2003-2007 (2008)

6.1 Innere Sicherheit

6.1.1 Polizei

Ersatzbeschaffung von Polizeifahrzeugen

Für die Ersatzbeschaffung von Polizeifahrzeugen werden in der Finanzplanperiode 2004 – 2008 insgesamt 18,8 Mio. EUR bereitgestellt. In den Jahren 2004 und 2005 werden insgesamt 567 Tsd. EUR, z.T. durch interne Umschichtungen im Investitionshaushalt der Polizei, für die Optimierung des Fuhrparks zur Verfügung gestellt. Dadurch sollen bei einzelnen Fahrzeugkategorien wirtschaftlich vertretbare Laufzeiten erreicht werden, die eine bessere Auslastung ermöglichen und so, trotz gestiegener Personalzahlen, keine Erweiterung des Fuhrparks notwendig machen.

Tabelle 36 Investitionen im Bereich Ersatzbeschaffung von Polizeifahrzeugen in Mio. EUR

	2004-2008	2004	2005	2006	2007	2008
Ersatzbeschaffung von Dienstfahrzeugen	18,8	3,4	3,4	4,0	4,0	4,0

Modernisierung von Streifenbooten der Polizei

Durch die in der Finanzplanperiode 2004 - 2008 bereit gestellten Mittel in Höhe von 4,7 Mio. EUR sollen im Jahr 2004 die Ersatzbeschaffung eines Alsterbootes (Baujahr 1967) sowie 2005 und 2006 die Ersatzbeschaffung jeweils eines schweren Hafenstreifenbootes (Baujahr 1956/1957) realisiert werden. Beginnend 2007/2008 wird ein weiteres schweres Hafenstreifenboot beschafft. Bis auf das letzte der 50 Jahre alten schweren Hafenstreifenboote sind nunmehr alle notwendigen Ersatzbeschaffungen in der Investitionsplanung berücksichtigt.

Tabelle 37 Investitionen im Bereich Modernisierung von Streifenbooten in Mio. EUR

	2004-2008	2004	2005	2006	2007	2008
Modernisierung von Streifenbooten	4,7	0,7	1,4	1,5	0,1	0,9

Erwerb von Spezialgeräten

Zur Unterstützung der Kriminalitätsbekämpfung sollen die Möglichkeiten der Kriminaltechnik durch Neubeschaffung kriminaltechnischen Geräts weiter verbessert werden.

Im Jahre 2008 wird im Rahmen einer neuen Programminvestition der Austausch der Polizeistandarddienstpistole (P6, eingeführt 1978/79) begonnen, er soll bis 2010 abgeschlossen sein.

Tabelle 38 Investitionen im Bereich Erwerb von Spezialgeräten in Mio. EUR

	2004-2008	2004	2005	2006	2007	2008
Erwerb von Spezialgerät	5,4	2,0	0,6	0,6	0,7	1,5

6.1.2 Feuerwehr

Die folgenden Darstellungen der Aufgaben und Tätigkeiten beziehen sich lediglich auf den Einsatzdienst der Feuerwehr. Nicht enthalten sind der Intendanzbereich sowie die Tätigkeiten der Feuerwehr im Vorbeugenden Brandschutz und bei der Kampfmittelräumung. Die Ressourcendarstellungen umfassen das gesamte Aufgabenfeld der Feuerwehr.

Tabelle 39 Einsatzzahlen 1998-2002

	1998	1999	2000	2001	2002
Brandschutz und Technische Hilfe	24.245	27.443	29.409	30.862	32.684
Rettungsdienst	172.579	179.034	184.795	186.557	185.225

Brandschutz, technische Hilfe und Rettungsdienst

Die Schwankungen der Einsatzzahlen im Bereich Brandschutz und technische Hilfe ergeben sich aus der unterschiedlichen Häufung von Sturm-, Hochwasser- und Sturmfluteinsätzen. Eine Prognose über zukünftige Einsatzzahlen in diesen Bereichen ist nicht möglich. Für den Planungszeitraum der MAP wird von rd. 28.000 Einsätzen im Jahr ausgegangen.

Die Entwicklung der Einsatzzahlen und die vorsorgliche Bereitstellung von Rettungsmitteln für Notfallrettungsdienste ist – neben anderen Faktoren – u.a. abhängig von der Bevölkerungsentwicklung, der Zahl der Berufspendler und größeren Bauvorhaben; hinzu kommen nicht vorhersehbare Ereignisse, wie z.B. Sturmfluten, Unwetter und dgl.

Elbtunnelfeuerwehr

Mit rd. 110.000 Fahrzeugpassagen täglich ist der Elbtunnel die meistbefahrene Tunnelanlage Europas. Zur Minimierung von Sicherheitsrisiken ist es notwendig geworden, die Sicherung des Elbtunnels durch die Feuerwehr Hamburg durchführen zu lassen. Mit dem Haushaltsplan 2003 wurden für diesen Zweck 25 Stellen (A7/A8/A9) für die Feuerwehr bewilligt. Die Ausbildung beginnt am 01.10.2003. Der Haushaltsplan-Entwurf 2004 enthält weitere 5 Neuschaffungen (A7/A8/A9) zur Deckung von Stellenbedarfen im Rahmen der Übernahme von Tunnelbetriebswarten.

Zentralambulanz für Betrunkene

Zum 01.04.2003 wurde die Zuständigkeit für den Betrieb der Zentralambulanz für Betrunkene (ZAB) von der Behörde für Umwelt und Gesundheit an die Behörde für Inneres – Feuerwehr – abgegeben. Der Haushaltsplan-Entwurf 2004 sieht für diesen Zweck Mittel in Höhe von 415 Tsd. EUR vor (davon Personalausgaben 172 Tsd. EUR / Sachausgaben 243 Tsd. EUR). Die Mittel für Personalausgaben dienen der Neuschaffung von drei Stellen mittlerer feuerwehrtechnischer Dienst (A7/A8/A9) sowie unterjährig der Schaffung weiterer drei Stellen für eingeschränkt dienstfähige Beamte (A7/A8/A9) gem. Art. 12 Haushaltsbeschluss.

Kontrakt- und Berichtswesen

Das zur betrieblichen Steuerung der Leistungszentren aufgebaute Kontrakt- und Berichtswesen wird kontinuierlich mit dem Ziel weiterentwickelt, ein flächendeckendes und outputorientiertes Controlling auf Amtsebene fortzuführen.

Tabelle 40 Personal- und Mitteleinsatz für die Feuerwehr, 1998-2007

	1998	1999	2000	2001	2002
Stellenbestand	2.519	2.443,5	2.388,4	2.383,9	2.393,9
(Beamte, Angestellte, Arbeiter)					
Mitteleinsatz					
Einnahmen in Mio. EUR	33,8	[a] 34,4	30,4	[b] 34,0	29,5
Betriebsausgaben in Mio. EUR	122,7	124,6	121,6	131,1	131,2
	2003	2004	2005	2006	2007
Stellenbestand [c]	2.318,9	2.329,9	2.334,9	2.334,9	2.334,9
(Beamte, Angestellte, Arbeiter)					
Mitteleinsatz					
Einnahmen in Mio. EUR	29,8	29,8	29.8	29,8	29,8
Betriebsausgaben in Mio. EUR	134,0	156,2	144,2	147,0	149,7

[a] Das hohe Einnahmeergebnis 1999 ist auf Mehreinnahmen in Höhe von rd. 3 Mio. EUR (5,8 Mio. DM) bei den Rettungsdienstgebühren und Mehreinnahmen für Kostenerstattungen des Bundes für Blindgängerräumungen und Luftbildbeschaffungen in Höhe von rd. 0,9 Mio. EUR (1,8 Mio. DM) zurückzuführen.

[b] Die Mehreinnahme 2001 in Höhe von rd. 3,6 Mio. EUR gegenüber dem Ergebnis 2000 setzt sich im Wesentlichen aus Rückständen bei den Rettungsdienstgebühren (2,5 Mio. EUR) und Mehreinnahmen für Kostenerstattungen des Bundes für Blindgängerräumungen und Luftbildbeschaffungen (rd. 0,9 Mio. EUR) sowie sonstigen Mehreinnahmen (0,2 Mio. EUR) zusammen.

[c] Im Stellenbestand ab 2003 nicht mehr enthalten sind 77,5 Stellen der Landesfeuerwehrschule (LFS), die ab 2003 als nettoveranschlagte Einrichtung gem. § 15 Abs. 2 Landeshaushaltsordnung (LHO) mit einem eigenen Wirtschafts- und Stellenplan geführt wird.

6.1.3 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Die Gerichte und Staatsanwaltschaften haben den verfassungsrechtlichen Auftrag, Rechtsfrieden zu schaffen und Rechtssicherheit zu gewährleisten, dies ungeachtet einer zunehmenden Regelungsdichte und einer hohen Geschäftsbelastung. Zugleich werden von ihnen schnelle, effektive und wirtschaftliche Dienste erwartet. Die Ziele sind:

- Gewährung von individuellem Rechtsschutz,
- Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit,
- Durchsetzung des festgestellten Rechtsanspruchs sowie Sicherung der Strafverfolgung,
- Gewährleistung der Ausbildung und Prüfung des Juristennachwuchses.

Während die Aufgabeninhalte von Gerichten und Staatsanwaltschaften primär durch die vom Bundesgesetzgeber vorgegebenen Normen bestimmt werden, wird das Aufgabenvolumen maßgeblich durch den Geschäftsanfall geprägt, der von sehr unterschiedlichen Bedingungen (wie z.B. der wirtschaftlichen Entwicklung, den erlassenen Gesetzen und den sozialpolitischen Verhältnissen) beeinflusst wird.

6.1.4 Justizvollzug

Der Justizvollzug hat zwei gesetzliche Ziele: Im Vollzug der Freiheitsstrafe den Gefangenen zur künftigen Lebensführung in sozialer Verantwortung ohne Straftaten zu befähigen und die Allgemeinheit vor weiteren Straftaten zu schützen. Auch der Vollzug anderer freiheitsentziehender Maßnahmen ist entsprechend den jeweiligen gesetzlichen Vorgaben durchzuführen. Dabei wird insbesondere angestrebt,

- Entweichungen und neue Straftaten zu verhindern,
- Eigenverantwortung und soziale Kompetenz der Gefangenen zu stärken,
- schwierige soziale und psychische Defizite aufzuarbeiten,

- schädlichen Folgen des Freiheitsentzuges entgegenzuwirken,
- tragfähige soziale Bindungen zu erhalten,
- schulische und berufliche Bildung zu vermitteln,
- Gefangene für Verfahren verfügbar sicher unterzubringen.

Im Bereich des Justizvollzuges werden erhebliche investive Mittel eingesetzt, um – neben der Modernisierung und Erhaltung der Gebäudesubstanz –

- die Überbelegung zu verringern,
- die Sicherheit zu erhöhen,
- die Bewirtschaftungskosten zu senken und
- zu einem effektiven Personaleinsatz beizutragen.

Wichtigstes Bauprojekt ist die Justizvollzugsanstalt (JVA) Billwerder (Ersatz für die JVA Vierlande). Sie wird in der Endausbaustufe eine Belegungsfähigkeit von 803 Haftplätzen (davon 35 Freigängerplätze) haben. Hinzu kommen 38 Arrest- und Sicherungshafträume. Der erste Bauabschnitt mit 419 Haftplätzen wurde am 29.06.2003 in Betrieb genommen.

Der zweite Bauschnitt umfasst die Errichtung von zusätzlichen Hafthäusern mit 384 zusätzlichen Plätzen sowie 38 Plätzen für Arrest- und Sicherungsmaßnahmen, den Bau einer weiteren Werkhalle sowie die Umwehrung der Anstalt mit einer Mauer und soll nach Änderung des geltenden Bebauungsplans begonnen werden.

6.2 Bildung

6.2.1 Schulen

Staatliche allgemeinbildende Schulen

Die Entwicklung des Aufgabenfeldes wird wesentlich bestimmt durch die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung, die daraus abgeleitete Zahl von Kindern im schulpflichtigen Alter und das prognostizierte Schulwahlverhalten. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler in staatlichen allgemeinbildenden Schulen in Hamburg stellt sich wie folgt dar (1997 bis 2002 = Ist-Zahlen; 2003 bis 2007 = Prognose auf Basis der Herbststatistik 2002):

Tabelle 41 Zahl der Schülerinnen und Schüler in staatlichen allgemeinbildenden Schulen 1997-2007

Ist 1997 - 2002	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Schülerinnen und Schüler	161.617	161.527	161.803	161.843	163.394	164.701
Veränderung gegenüber dem Vorjahr		– 90	276	40	1.551	1.307
Veränderungsrate in %		– 0,1	0,2	0,0	1,0	0,8
Plan 2003-2007	2003	2004	2005	2006	2007	
Schülerinnen und Schüler	165.753	166.250	166.222	165.822	164.953	
Veränderung gegenüber dem Vorjahr	1.052	497	– 28	– 400	– 869	
Veränderungsrate in %	0,6	0,3	– 0,0	– 0,2	– 0,5	

Staatliche berufliche Schulen

Die Entwicklung des Aufgabenfeldes wird wesentlich bestimmt durch das Angebot und die Nachfrage von Ausbildungsplätzen und Vollzeit-Bildungsgängen sowie die demographische Entwicklung der Absolventen der allgemeinbildenden Schulen. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler in staatlichen berufsbildenden Schulen in Hamburg stellt sich wie folgt dar (1997 bis 2002 = Ist-Zahlen; 2003 bis 2007 = Prognose auf Basis der Herbststatistik 2002):

Tabelle 42 Zahl der Schülerinnen und Schüler in staatlichen beruflichen Schulen 1997-2007

Ist 1997-2002	1997	1998		2000	2001	2002
Schülerinnen und Schüler (ohne Kursusteilnehmer)	53.080		55.200	55.675	56.435	56.331
Veränderung gegenüber dem Vorjahr			1.252	475	760	- 104
Veränderungsrate in %			2,3	0,9	1,4	-0,2
Plan 2003-2007	2003	2004	2005	2006	2007	
Schülerinnen und Schüler	55.990	55.950	57.020	58.380	59.400	
	- 341	- 40	1.070	1.360	1.020	
Veränderungsrate in %	- 0,6	- 0,1	1,9		1,7	

Investitionen im Bereich Schule, Kindertagesbetreuung und Sport

Die Bereiche Schule, Kindertagesbetreuung und Sport, die im Einzelplan 3.1. zusammengefasst sind, bilden mit einem Gesamtansatz von rd. 659 Mio. EUR für die Jahre 2004-2008 unverändert einen Schwerpunkt der hamburgischen Investitionspolitik. Die investiven Akzente konzentrieren sich dabei auf die Bereiche Schule und Sport. Der Bereich der Kindertagesbetreuung, der mit Wirkung zum 1.8.2003 durch die Einführung des Kita-Gutschein-Systems vollkommen neu im Sinne einer nachfrageorientierten Steuerung geregelt wird, wird mit rd. 300 Mio. EUR p.a. im Wesentlichen über den Betriebshaushalt finanziert.

50 Mio. EURO-Sonderinvestitionsprogramm und Ganztagsschulen

Hamburg wird in den Jahren 2004/2005 durch einen zusätzlichen Aufwand von 50 Mio. EUR dem Ausbau und der Sanierung seiner Schulstandorte einen wesentlichen Schub verleihen. Im Fokus des 50 Mio. EURO-Sonderinvestitionsprogramms steht dabei die Weiterentwicklung des Ganztagsschulangebots auf der Basis des Bundesprogramms „Zukunft Bildung und Betreuung“, das Hamburg mit Investitionsmitteln in Höhe von 2 Mio. EUR p.a. kofinanziert. Die dadurch zusätzlich erforderlich werdenden Betriebsmittel werden im Rahmen des Budgets durch Umschichtung bereit gestellt. Damit wird es möglich, das Ganztagsschulprogramm des Senats, das bisher die Gründung von drei neuen Ganztagsschulen pro Jahr umfasst, erheblich auszuweiten. Ganztagsschulangebote haben in den letzten Jahren an bildungspolitischer Bedeutung gewonnen. Ursächlich dafür sind eine ganze Reihe von gesellschaftlichen, pädagogischen und bildungspolitischen Zielen: Vereinbarkeit von Familie und Beruf, lernförderliche Gestaltung des Unterrichtstages durch Rhythmisierung, ergänzende Lernangebote zur Vermeidung von Bildungsdefiziten und zur Förderung von Begabungen sowie die Integration von Migrantenkindern. Im Rahmen dieses Programms werden auch die Gymnasien mit Küchen und Mensen ausgestattet, um die infrastrukturellen Voraussetzungen für die mit der Einführung des Abitur nach 12 Jahren einhergehende Unterrichtsverdichtung (Nachmittagsunterricht) zu schaffen. Des weiteren werden die nachmittäglichen Angebote an Schulen in Kooperation mit der Jugendhilfe (PROREGIO) ausgeweitet. Zum Schuljahr 2003/2004 werden 47 Ganztagsschulen angeboten.

Daneben wird im Rahmen des 50 Mio. EURO-Sonderinvestitionsprogramms durch das gezielte Vorziehen von Investitionsmitteln das Schulsanierungsprogramm vorangetrieben, um den Instandhaltungsstau zügiger abbauen zu können.

Kompetenzzentrum Handwerk

Im Bereich der beruflichen Bildung wird durch das geplante Kompetenzzentrum des Hamburger Handwerks ein neuer Schwerpunkt gesetzt, der bundesweite Ausstrahlungswirkung haben wird. Das Zentrum wird auf dem städtischen Grundstück Schlachthofstraße/Zum Ausbesserungswerk im Bezirk Harburg entstehen. Es soll die Bereiche Schweiß-, Füge- und Kunststofftechnik, Informationstechnologie sowie Energie- und Umwelttechnik umfassen. Ergänzt wird das Vorhaben durch den Aufbau einer grundlegend modernisierten überbetrieblichen Berufsbildungsstätte. Das Investitionsvolumen für die gesamte Maßnahme beträgt rd. 49,6 Mio. EUR und soll wie folgt erbracht werden:

Tabelle 43 Kompetenzzentrum Handwerk - Anteile am Investitionsvolumen

Träger	Bund	HWK-Eigenanteil	FHH	Gesamtkosten
Kostenanteil in Mio. EUR	23,6	13,6	12,4	49,6
Kostenanteil in %	47,5	27,5	25,0	100,0

Lehrmittelausstattung von Schulen

Die Entwicklung multimedialer Lehr-Lern-Systeme, die Vernetzung von Unterrichtsräumen und die zunehmende Verwendung moderner didaktischer Konzepte erfordern einen erheblichen Einsatz von Investitionsmitteln, um Schulen und Schüler stets auf dem aktuellen Stand der technischen Entwicklung zu halten. Aus diesem Grund wurden die Ansätze in diesem Titel in den Jahren 2006 - 2008 um jeweils 0,5 Mio. EUR aufgestockt.

Sporthallen

Die Mittel für den Bau von Schulsporthallen werden in den Jahren 2005 – 2008 auf insgesamt 18,8 Mio. EUR erhöht. Hiermit sollen insbesondere auch solche Standorte berücksichtigt werden, die aufgrund behördenübergreifender Sicht unter Berücksichtigung der Situation im Stadtteil, der Interessen von Sportvereinen und der Belange des Schulsports eine hohe Realisierungsdringlichkeit haben. Der erfolgreich eingeleitete Prozess der „integrierten Sportstättenplanung“ ist weiter voranzutreiben.

Förderung der Fußball-WM 2006 in Hamburg

Zur Vorbereitung der Fußball-WM 2006 erhält der Hamburger Sportverein (HSV) eine Zuwendung in Höhe von maximal 3,2 Mio. EUR, um die Anforderungen des Weltfußballverbandes FIFA an die notwendigen infrastrukturellen Voraussetzungen für die Durchführung der Spiele erfüllen zu können. Dies beinhaltet zum einen anteilige Kosten für das elektronische Zugangskontrollsystem und die Kosten für die allgemeinen Sicherheitsmaßnahmen bis zu einer Gesamthöhe von 2,4 Mio. EUR, zum anderen eine Zuwendung in Höhe von 0,8 Mio. EUR für die Herrichtung von zwei Aufwärmplätzen im Rahmen des geplanten neuen Trainingszentrums des HSV in unmittelbarer Nachbarschaft der AOL-Arena. Durch diese Zuwendung wird nicht nur die Durchführung eines für die Stadt essentiell wichtigen internationalen Großereignisses gesichert, zugleich werden hiermit die Voraussetzungen geschaffen, das Training der Bundesligaprofis des Vereins von Ochsenzoll in den Volkspark zu verlagern, was zu einer erheblichen Steigerung der Attraktivität dieses Bereichs führen wird.

Leichtathletik-Trainingshalle

Mit dem Bau einer Leichtathletik-Trainingshalle unmittelbar neben der Sporthalle Alsterdorf wird ein klares Signal für den Leistungssport in Hamburg gesetzt. Hier wird eine der modernsten Hallen dieser Art im Bundesgebiet entstehen, die Spitzenathleten aus dem gesamten norddeutschen Raum das ganze Jahr über – und damit auch in den Wintermonaten - optimale Trainingsbedingungen bietet. Die räumliche Nähe zur Jahnkampfbahn ermöglicht die Kombination zwischen Outdoor- und Indoor-Einheiten und eröffnet witterungsbedingte Ausweichmöglichkeiten. Neben den Leichtathleten sollen auch Leistungssportler aus anderen Sportarten die Halle für ihr Lauf- und Ausdauertraining nutzen. Durch einen Verbindungsbau können Räumlichkeiten der Sporthalle Alsterdorf mitgenutzt und die Betriebskosten erheblich gesenkt werden.

Förderung des Spitzensports

Hamburg strebt eine nachhaltige Förderung des Nachwuchs-Leistungssports in Schulen und Vereinen/Verbänden an. Den Schwerpunkt bildet die sportartenbezogene Ergänzung und bauliche Erweiterung des Olympiastützpunkts Hamburg/Schleswig-Holstein. Diese erfolgt abgestimmt zum Ausbau der Gesamtschule (GS) Alter Teichweg zu einer sog. Eliteschule des Sports. Entstehen soll am Olympiastützpunkt Hamburg/Schleswig-Holstein ein Raumensemble, das bis zu drei neue Sporthallen für unterschiedliche sportfachliche Bedarfe (6 - 8 Sportarten) mit gemeinsamen Funktionsräumen zur Trainingssteuerung, sportmedizinischen Betreuung, Beratung und Regeneration sowie Unterkünfte und Verpflegung verbindet. Es kann durch den Ausbau von Sportstätten um weitere sportspezifische Subzentren an geeigneten Schulstandorten ergänzt werden.

Tabelle 44 Investitionsschwerpunkte in den Bereichen Schule und Sport in Tsd. EUR

Maßnahme	2004	2005	2006	2007	2008	Summe
Grunderneuerung	39.473	39.500	39.500	39.500	39.500	197.473
Grundinstandsetzung	16.987		12.500	12.500	13.500	69.227
Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	8.500	8.000	8.000	9.000	12.000	45.500
Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	9.000	9.000	8.000	8.000	11.000	45.000
Lehrmittelausstattung	8.700	8.700	9.200	9.200	9.200	
Kompetenzzentrum Handwerkskammer	-	7.950	2.250	2.197		12.397
Bau einer Leichtathletiktrainingshalle	4.000	4.000	1.070	-		9.070

6.2.2 Hochschulen

Die Förderung von Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen stellt einen Schwerpunkt für die Senatspolitik dar. Der Senat unterstützt die notwendige Reform des Hamburger Hochschulsystems mit einer mittelfristigen Planungssicherheit, die auch für die Haushaltsjahre 2004 und 2005 gilt.

Im Sommer 2002 hat der Präses der Behörde für Wissenschaft und Forschung (BWF) eine Kommission unter Leitung von Dr. Klaus von Dohnanyi mit dem Auftrag eingesetzt, hochschulübergreifende Empfehlungen für eine grundlegende Strukturreform der Hamburger Hochschulen abzugeben, die innerhalb des mit der Planungssicherheit für die Hochschulen vorgegebenen Finanzrahmens umgesetzt werden können. Die im Januar 2003 übergebenen Empfehlungen werden - nach Stellungnahme der Hochschulen und zahlreichen Diskussionen der Leitung der BWF mit den Hochschulen und der Fachöffentlichkeit – durch die vom Senat am 17. Juni 2003 beschlossenen Leitlinien für die Entwicklung der Hamburger Hochschulen in eine Senatsentscheidung umgesetzt.

Diese Leitlinien haben im Wesentlichen folgenden Inhalt:

- Eine Steigerung der Studienerfolgsquote soll durch eine grundlegende Studienreform erreicht werden, die vor allem aus drei Elementen besteht, der flächendeckenden Einführung des Bachelor-Master-Studiensystems, der Verbesserung der Betreuungsintensität und der Stärkung des Auswahlrechts der Hochschulen.
- Eine Verbesserung der Forschungsexzellenz und der Profilbildung der Hamburger Hochschulen soll durch eine konsequente Schwerpunktsetzung erreicht werden. Diese soll auch unter Einbeziehung der Zukunftsschwerpunkte der „Wachsenden Stadt“ erfolgen.
- Die qualitativen und inhaltlichen Zielsetzungen der angestrebten Reformen erfordern auch eine Neuorganisation der Hamburger Hochschulen. Die bisher bestehenden Fachbereiche werden in neue, fachlich konzentrierte Einheiten (Sektionen oder Fakultäten) zusammengefasst. Dadurch sollen Doppelangebote vermieden, flexiblere Studien- und Forschungsmöglichkeiten und entscheidungsfähigere Organisationseinheiten geschaffen werden.

Die Leitlinien werden in Verhandlungen über Ziel- und Leistungsvereinbarungen (ZLV) zwischen der BWF und den Hochschulen zu konkretisieren sein. Erste Schritte sollen schon in den ZLV 2004 vereinbart und auch Termine und das weitere Verfahren festgelegt werden. Soweit zur Umsetzung der Leitlinien erforderlich, werden gesetzliche Regelungen von der BWF initiiert. Die BWF wird dem Senat zu den Haushaltsberatungen 2005 einen Bericht über den Umsetzungsstand der getroffenen Leitentscheidungen vorlegen.

In den kommenden Jahren soll schrittweise in einem gemeinsam von der BWF und den Hochschulen betriebenen Verfahren eine neue Generation der Hochschulsteuerung (Hochschulsteuerung Hamburg - HStH) implementiert werden, deren Ziel es ist, die gesamte staatliche Hochschulfinanzierung auf eine leistungsabhängige und transparente Basis zu stellen. Kernelemente des neuen Finanzierungsmodells werden drei „Säulen“ sein: Ein outputorientiertes Grundleistungsbudget zur Basisfinanzierung der Hochschulaufgaben, eine leistungsabhängiges und kennzahlengebundenes Anreizbudget sowie ein Innovationsbudget, welches mit antragsgebundenen Projekten zusätzlich eine kontinuierliche Erneuerung der Hochschulen unterstützen soll.

6.2.3 Hochschulen und Wissenschaft

Die Förderung von Wissenschaft und Forschung ist ein zentraler Bestandteil der Metropolstrategie „Metropole Hamburg - Wachsende Stadt“. Die Hochschulen sollen in zunehmendem Maße Impulsgeber für innovative Entwicklungen in den Bereichen Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft werden. Aus diesem Grund wurde ein Strukturreformprozess eingeleitet, der diesen Prozess nachhaltig unterstützen soll.

Das Investitionsvolumen des Epl. 3.2 (BWF) wird auf einem sehr hohen Niveau fortgeschrieben und verteilt sich wie folgt:

Tabelle 45 Investitionen Epl. 3.2 in Tsd. EUR

Bereich	2004	2005	2006	2007	2008
Hochschulübergreifende Investitionen	15.098	15.068	23.968	23.968	24.401
Förderung der außeruniversitären Forschung	8.351	8.416	6.060	3.360	3.360
Universität Hamburg	25.529	32.924	39.140	30.933	19.008
Staats- u. Universitätsbibliothek Hamburg (SUB)	1.350	1.650	50	50	50
HWP - Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik	70	70	70	70	70

Bereich	2004	2005	2006	2007	2008
Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW)	8.915	8.393		6.393	6.393
Hochschule für bildende Künste (HfbK)	220	220	220	220	220
Hochschule für Musik und Theater	220	220	220	220	220
UKE	42.551		58.620	73.030	78.030
TUHH	9.760	10.960	7.960	3.960	1.960
	23.528	23.528	23.528	23.528	23.528
Summe Investitionen Epl. 3.2	135.592	167.793	166.725	165.732	157.240

Hochschulübergreifende Investitionen

Am Standort der ehemaligen Frauenklinik Finkenau soll ein Kunst- und Mediencampus entstehen, der die bisherigen Kunstangebote der HAW und der HfbK dort konzentrieren soll. Dies entspricht auch den Leitlinien der angestrebten Strukturreform der Hochschulen. Diese Konzentration soll durch private Ansiedlungen aus dem Medienbereich (Miami Ad School und Hamburg Media School -HMS-) ergänzt werden.
Für die Herrichtung des Gebäudes Finkenau wurden 16,0 Mio. EUR in die Finanzplanung ab 2005 eingestellt.
Ein weiterer Schwerpunkt bei den hochschulübergreifenden Investitionen sind verstärkte Investitionen für Ersatzbedarfe und Verbesserungen in die IuK-Technik der Hochschulen.

Förderung der außeruniversitären Forschung

Der Neubau für das Heinrich-Pette-Institut mit Gesamtkosten von 16,0 Mio. EUR soll bis 2006 fertig gestellt werden, um die international anerkannt guten Forschungsleistungen auch zukünftig sicherstellen zu können.

Universität Hamburg

Zur Umsetzung der Ergebnisse der Strukturkommission hat der Senat Leitlinien beschlossen, die mittelfristig noch in konkrete Investitions-Entscheidungen umgesetzt werden müssen. Vorrangig wurden von der BWF ab 2008 beantragte Aufstockungen bei umfangreichen Sanierungsmaßnahmen (Zoologisches Institut, Physik Bahrenfeld, Biozentrum Klein-Flottbek) vorgenommen.
Als letzter Schritt im Rahmen des Konzepts „Zentrum für Marine und Atmosphärische Wissenschaften“ (ZMAW) wird das ehemaligen Gebäude der Physikalischen Chemie an der Bundesstraße für das Institut für Hydrobiologie und Fischereiwissenschaft und das Institut für Biogeochemie und Meereschemie hergerichtet und erweitert.

Staats- u. Universitätsbibliothek Hamburg (SUB)

Für rd. 4,0 Mio. EUR wird die Buchförderanlage in der SUB erneuert. Ab 2005 wird dadurch ein wesentlich verbesserter Ablauf in der Leihausgabe erreicht.

Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW)

Der Neubau der HAW am Berliner Tor ist abgeschlossen.
Nach Beendigung der Folgemaßnahmen im Bereich des Neubaus und der Brandschutz- und Asbestsanierung in Bergedorf werden ab 2007 im Wesentlichen die Kaufraten für den Neubau Berliner Tor zu leisten sein.

Universitätsklinikum Hamburg Eppendorf (UKE)
In 2004 wird mit ersten Vorbereitungsmaßnahmen für die Umsetzung des ersten Bauabschnitts des Masterplans begonnen. Es ist die umfangreichste Baumaßnahme in der Geschichte des UKE mit Gesamtkosten von rd. 265 Mio. EUR. Die Abwicklung des Masterplans wird das Investitionsvolumen der BWF auch über die laufende Finanzplanperiode hinaus bestimmen.

Technische Universität Hamburg Harburg (TUHH)
Der zweite Teil des 4. Bauabschnitts für den Neubau der TUHH mit Gesamtkosten von rd. 27,0 Mio. EUR wird entgegen früheren Finanzplanungen durch Vorziehen von Finanzplanungsraten eher fertig gestellt. Die damit verbundenen Kosten für die erhöhte Kreditaufnahme durch die FHH trägt die BWF aus ihrem Betriebshaushalt.

Förderung der Studierenden
Die gesetzlichen Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) werden einkommensabhängig zu etwa gleichen Anteilen als Zuschuss und Darlehen gewährt. Die Ausgaben werden zu 65 % vom Bund und zu 35 % von Hamburg getragen.

Mit dem Gesetz zur Reform und Verbesserung der Ausbildungsförderung - Ausbildungsförderungsreformgesetz (AföRG) vom 19.03.2001 sind weitreichende strukturelle Veränderungen beim BAföG vorgenommen wurden, so dass sowohl die Zahl der Geförderten als auch die BAföG-Ausgaben bereits 2001 und 2002 eine deutliche Steigerung erfahren haben. Diese Entwicklung wird sich auch 2003 fortsetzen.

Weitere Unterstützung der Studierenden erfolgt durch den Betrieb von 13 Mensen und die Wohnraumversorgung für Studierende (3.547 Wohnheimplätze in 20 Wohnanlagen). Die Mittel hierfür werden im Rahmen eines Globalzuschusses auf der Basis einer Leistungsvereinbarung zwischen der BWF und dem Studentenwerk veranschlagt. Ziel der Leistungsvereinbarung ist die Erhöhung der Effizienz, der Eigenverantwortlichkeit und der Flexibilität in der Aufgabenwahrnehmung.

Tabelle 46 Ausbildungsförderung für Studierende in Hamburg 1996-2002

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Studentenwerk							
Förderungsanträge	13.207	11.980	11.856	11.333	11.920	13.820	14.914
Veränderungsrate in %	– 10,1	– 9,3	– 1,0	– 4,4	5,2	15,9	7,9
Ausgaben in Mio. EUR	36,1	30,8	28,1	26,9	26,4	32,5	39,9
Veränderungsrate in %	– 10,5	– 14,6	– 8,9	– 4,6	– 1,9	23,1	22,8
Auslandsförderung							
Förderungsanträge	2.102	928[a)]	1.603	1.774	1.676	1.935	2.600
Veränderungsrate in %	– 20,0			10,7	– 5,5	15,5	34,4
Ausgaben in Mio. EUR	3,8	2,8	2,6	2,7	2,7	3,3	4,4
Veränderungsrate in %	– 15,9	– 26,3	– 7,1	3,8	1,5	22,2	33,3

[a)] Bei dieser Zahl handelt es sich um *Förderungsfälle*. Die in den Förderungsanträgen in den vergangenen Jahren enthaltenen Ablehnungen wurden 1997 nicht erfasst.

Wie im Vorjahr waren die Ausgaben für die BAföG-Darlehen an den aktuellen Bedarf anzupassen. In der Finanzplanperiode wurden die Raten dafür um 2,2 Mio. EUR aufgestockt.

6.3 Verkehr

Das Aufgabenfeld Verkehr wird durch Maßnahmen für die Straßen, Schienen und den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Hamburg und in der Region bestimmt. Aus sozia-

len, umweltpolitischen und landesplanerischen Gründen wird dem ÖPNV ein hohes Gewicht eingeräumt. Der ÖPNV trägt maßgeblich zur Bewältigung des Pendlerverkehrs von und nach Hamburg bei.

6.3.1 Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Entsprechend diesem hohen Stellenwert ist es das Ziel, unter veränderten Rahmenbedingungen von Bahnreform und Regionalisierung den ÖPNV in Hamburg und in der Region in einem die Ländergrenzen überschreitenden integrierten Verkehrssystem des Hamburger Verkehrsverbundes (HVV) anzubieten. Im Verbund gilt: „Ein Tarif, ein Fahrschein, ein Fahrplan". Das Liniennetz ist aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und des Umweltschutzes darauf ausgerichtet, grundsätzlich Parallelverkehre zu vermeiden und die Verkehrsträger entsprechend ihrer speziellen Leistungsfähigkeit einzusetzen.

Die Betriebsleistungen des ÖPNV im Bereich des HVV haben sich in der Vergangenheit wie folgt entwickelt:

Tabelle 47 Betriebsleistungen und Fahrgastzahlen 1997-2002 in Mio. EUR

	1997	1998	1999	2000	2001	
Bus- und Schiffskilometer	202,1	205,3	205,8	206,7	209,7	221,3
Zugkilometer	24,6	25,1	25,1	25,1	25,3	27,0
Fahrgäste im HVV-Verbund	477,2	481,8	488,7	494,0	501,8	503,7
Veränderungsrate in %		1,0	1,4	1,1	1,6	0,4

Die Entwicklung der Fahrgastzahlen ist nach den Erfahrungen u.a. mit der wirtschaftlichen Entwicklung und der Kaufkraft verbunden.

Seit Beginn des Winterfahrplans 2002 (ab 15.12.2002) ist das HVV-Verkehrsgebiet im schleswig-holsteinischen Umland erweitert worden. Zurzeit laufen die Verhandlungen für die Verbunderweiterung in Niedersachsen.

Die Fertigstellung einer S-Bahnlinie zum Flughafen ist für 2007 vorgesehen. Die Verhandlungen für die Verlängerung der Gleichstrom-S-Bahn Neugraben bis Stade laufen. Im Zuge des zweigleisigen Ausbaus der Altona-Kaltenkirchen-Neumünster Eisenbahn (AKN) in Eidelstedt/Schnelsen sind Verbesserungen der Betriebsabwicklung zu erwarten; im S-Bahn-Haltepunkt Eidelstedt wird eine höhenfreie Einführung der AKN geprüft. 30 % der S-Bahnhaltestellen in Hamburg sind behindertenfreundlich ausgebaut. Angebotsänderungen werden sich an der Finanzierbarkeit und Wirtschaftlichkeit ausrichten müssen.

Die auf die Länder entfallenden Zuweisungen des Bundes für den Schienenpersonennahverkehr nach §§ 5 und 6 Regionalisierungsgesetz beruhen auf der zum 1.1.2002 rückwirkend in Kraft getretenen Neufassung des Regionalisierungsgesetzes.

Die Entwicklung im Aufgabenfeld Verkehr wird für den Betrachtungszeitraum 2003-2007 mit nachstehenden Beträgen fortgeschrieben. Die Zuschüsse zum Verlustausgleich für die öffentlichen Verkehrsunternehmen, die einen Ergebnisübernahmevertrag mit der HGV haben, sind ebenfalls erfasst (Veranschlagung im Einzelplan 9.2):

Tabelle 48 Zuschüsse Hamburgs für Verkehrsleistungen des HVV 2003-2007 in Mio. EUR

Voraussichtlicher Zuschussbedarf	2003	2004	2005	2006	2007
Ausbildungsverkehr	49,1	49,1	49,1	49,1	49,1
Zuschuss AKN	3,6	3,1	3,6	3,5	3,5
Zuschuss an die HVV GmbH	4,2	4,3	4,4	4,5	4,6
Zuschuss an Unternehmen der DB AG	90,0	92,7	94,1	95,5	96,9
Verlustausgleich HHA	69,9	69,8	69,7	69,5	69,3
Verlustausgleich VHH	18,4	15,4	14,7	15,8	17,3
Verlustausgleich PVG	4,7	4,6	5,1	5,5	5,9
Verlustausgleich HADAG	4,3	5,8	5,3	5,3	5,2
Zahlungen an das Umland	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2
Summe	245,4	246,0	247,2	249,9	253,0
Veränderungsrate in %	-	0,2	0,5	1,1	1,2

6.3.2 Investitionen im Bereich Verkehr

Die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur wurde im Leitbild „Metropole Hamburg - Wachsende Stadt“ als eine wesentliche Zielsetzung für Hamburg festgelegt und stellt einen weiteren Schwerpunkt der Politik des Senats dar. Insgesamt wird für den Schwerpunktbereich Verkehr im Zeitraum 2004-2008 bei der Behörde für Bau und Verkehr ein Volumen von rund 715 Mio. EUR bereitgestellt. Damit ist die Finanzierung der Investitionen in die Instandhaltung und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und in die Lenkung und Organisation des Verkehrs sichergestellt, die für einen leistungsfähigen Wirtschaftsverkehr bei insgesamt steigendem Verkehrsaufkommen unbedingt notwendig sind.

Tabelle 49 Investitionen im Bereich Verkehr in Mio. EUR

	2004-2008	2004	2005	2006	2007	2008
Straßen inkl. Ingenieurmittel, Öffentliche Beleuchtung, Lichtsignalanlagen	325,0	59,1	61,3	68,4	68,6	67,6
Erschließungen	104,2	17,3	24,8	20,7	20,7	20,7
Schnellbahnbau	142,2	14,1	35,7	12,9	38,5	41,0
ÖPNV-Zuschüsse und –Rückstellung Verkehr	143,5	24,5	24,5	31,5	31,5	31,5
Summe	714,9	115,0	146,3	133,5	159,3	160,8

Mit der Planung der U-Bahn Verbindung HafenCity – Bramfeld ist begonnen worden. Die bauliche Realisierung soll der Hamburger Hochbahn AG (HHA) übertragen werden und in den Jahren 2003 bis 2015 erfolgen. In der Planperiode 2004-2008 sind dafür Mittel im Rahmen des Schnellbahnbaus ab 2007 in Höhe von 67 Mio. EUR, aus der ÖPNV-Rückstellung ab 2006 in Höhe von 21 Mio. EUR sowie aus Zuweisungen des Bundes nach dem Regionalisierungsgesetz ab 2004 in Höhe von 46,5 Mio. EUR vorgesehen. Außerdem wird diese Maßnahme von der HHA mitfinanziert werden.

In der Planperiode sind u.a. der Ausbau der Straßen Am Stadtrand, Ölmühlenweg, der Bau der Umgehung Finkenwerder, die Grundinstandsetzung des Heidenkampswegs sowie die Neugestaltung des Jungfernstiegs und mehrerer wichtiger Straßenbrücken vorgesehen.

In den Erschließungsmitteln für den Wohnungsbau ist Vorsorge getragen worden für Neugraben-Fischbek 65, Haferblöcken sowie die Fortsetzung der noch laufenden Projekte Al-

lermöhe II, Trabrennbahn Farmsen, Rahlstedter Höhe und Boltwiesen und eine Vielzahl kleinerer Wohnbau- und Gewerbeflächen.

Bei den Schienen-Einzelprojekten sind hervorzuheben die Schnellbahnanbindung des Flughafens (auf die Planperiode 2004-2008 entfallen noch rund 59 Mio. EUR) und der Ausbau der AKN in Eidelstedt (hamburgischer Anteil innerhalb der Planperiode rund 3,8 Mio. EUR).

6.4 Wirtschaft und Arbeit

Für die Wirtschaftspolitik stellt der Senat 2004-2008 – ohne Hafenbaumaßnahmen – insgesamt rd. 140 Mio. EUR Investitionsmittel bereit. Mit diesen Mitteln soll dem Ziel, Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum nachhaltig zu fördern im Rahmen des Leitbildes "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt" Rechnung getragen werden. Dies erfolgt insbesondere durch konsequentes Umsteuern der Wirtschaftsförderung hin zur Förderung von Kompetenz-Clustern mit internationaler Ausstrahlung, die Basis für die wirtschaftliche Zukunft der Stadt sind. Hierfür stehen besonders folgende Maßnahmen:

Hamburg hat sehr gute Voraussetzungen, den Cluster LifeScience zu einem führenden und anerkannten nationalen Kompetenzzentrum mit weltweitem Gewicht zu entwickeln. Dies hat eine von externen Consultants erarbeitete Expertise ergeben, die die Behörde für Wirtschaft und Arbeit (BWA) in Auftrag gegeben hat.

Durch die Förderung von Telekommunikation, Multimedia und IT mit rd. 7,7 Mio. EUR sollen der Wandel von der Industrie- zur Informations- und Wissensgesellschaft aktiv gestaltet und die damit verbundenen wirtschaftlichen Chancen für Hamburg genutzt werden.

Für Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur im Zusammenhang mit der Erweiterung der Hamburg-Messe sind 22,2 Mio. EUR vorgesehen.

Die Bereitstellung und Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen ist ein weiteres Ziel des Leitbildes "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt" und somit ein Schwerpunkt der Hamburger Wirtschaftspolitik, für den einschließlich der Reaktivierung von Gewerbebrachen insgesamt 44,8 Mio. EUR bereitgestellt werden. Hierin enthalten sind insbesondere Maßnahmen für die Ansiedlung von Zulieferern der Luftfahrt- und der IT-Branche.

Im Rahmen der Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft hilft Hamburg bei Existenzgründungen, Neuansiedlungen sowie bei Investitionen für kleine und mittlere Unternehmen mit insgesamt rd. 16,1 Mio. EUR. Um die Arbeitsplätze der leistungsfähigen Hamburger Werften angesichts der Dumping-Praktiken auf dem Weltschiffbaumarkt mittel- bis langfristig zu sichern, werden diese Unternehmen komplementär zu Bundesmitteln mit Wettbewerbshilfen von rd. 10,6 Mio. EUR unterstützt.

Die Produktion und Endlinienfertigung des Airbus A380 in Hamburg eröffnet der Luftfahrtindustrie als wachstumsstarkem und technologieintensivem Wirtschaftsbereich für die Stadt und ganz Norddeutschland neue Zukunftsperspektiven. Zur Stärkung und zum Ausbau des Luftfahrtstandortes Hamburg werden Projekte der Luftfahrtforschung und -technologie mit rd. 10,6 Mio. EUR gefördert. Diese Fördermittel erreichen vorwiegend mittelständische Zulieferbetriebe für Forschungs- und Entwicklungs- (FuE-) Vorhaben sowie das Netzwerk zwischen Betrieben, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Systemhäusern. Weitere Maßnahmen, die im Rahmen der Investitionsprogramme der Behörde für Wirtschaft und Arbeit finanziert werden, dienen der langfristigen Stärkung und dem Ausbau des Luftfahrtstandortes Hamburg als international bedeutsamen Kompetenzzentrum der zivilen Luftfahrtindustrie:

- Bereitstellung von Infrastruktur und Gewerbeflächen,
- Akquisition von Zuliefer- und Dienstleistungsbetrieben,
- „Qualifizierungsoffensive Luft- und Raumfahrtindustrie“ und
- Beteiligung an der „Initiative Luftfahrtstandort Hamburg“.

Tabelle 50 Investitionsschwerpunkte für Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum in Mio. EUR

	2004	2005	2006	2007	2008	Summe
Gesamtinvestitionen	32,3	31,5	26,3	31,5	18,4	140,0
davon Investitionsschwerpunkte:						
Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur im Zusammenhang mit dem Ausbau der Hamburg-Messe	3,0	3,0	3,0	13,2		22,2
Telekommunikation/ Multimedia	1,3	1,6	1,6	1,6	1,6	7,7
Industrie- u Gewerbeflächen	4,8	9,5	8,4	8,3	8,3	39,3
Wirtschaftsförderung (einschl. Rückstellung)	3,1	3,4	3,2	3,2	3,2	16,1
FuE/IuK Mittelstand	1,5	1,8	1,8	1,8	1,8	8,7
Medizintechnik	0,7					0,7
Werften	8,2	2,4				10,6
Luftfahrtforschung/ -technologie	2,6	4,0	4,0			10,6
Gewerbebrachen	1,2	2,2	1,2	0,3	0,5	5,4
Landwirtschaft/Forsten	1,9	1,6	1,4	1,4	1,3	7,6
Innovative Strukturpolitik	2,0	0,5	0,5	0,5	0,5	4,0

6.5 Strom- und Hafenbau

Die Entwicklungsperspektiven des Hafens sollen durch weitere Umstrukturierung und Modernisierung gezielt genutzt werden, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit und damit die große Zahl der direkt und indirekt mit dem Hafengeschehen verbundenen Arbeitsplätze in der Metropolregion zu sichern. Leitbild des Hafenentwicklungsplans 1997 ist die strategische Ausrichtung des Hafens als logistisches Dienstleistungszentrum.

Für Investitionen stehen in den Jahren 2004-2008 bei Strom- und Hafenbau insgesamt 531,6 Mio. EUR zur Verfügung. Darin sind 2007 und 2008 Aufstockungen in Höhe von 11,6 Mio. EUR vornehmlich bei Standardersatzinvestitionen enthalten.

Dazu kommen die Mittel aus dem Sondervermögen "Stadt und Hafen", mit denen zum überwiegenden Teil die Infrastruktur des Containerterminals Altenwerder finanziert wird. Von den aus dem Sondervermögen insgesamt bereit gestellten 235,7 Mio. EUR fallen 2004-2008 noch 16 Mio. EUR an. Schwerpunkte der Programminvestitionen liegen im Ausbau des Containerbereichs, in der Modernisierung der Hafenbahn, dem Ausbau der Straßeninfrastruktur sowie in der Baggergutunterbringung/Bereitstellung der erforderlichen Wassertiefen. Bereits während der Investitionskonferenz von Herbst 2002 war der Ausbau des Liegeplatzes 1 am Predöhlkai in Höhe von 28,1 Mio. EUR zusätzlich beschlossen worden. Außerdem werden Mittel für den auf Hamburg entfallenden Anteil der beim Bund beantragten Fahrrinnenanpassung bereitgestellt. Bei den singulären Investitionen dominieren die Hafenerweiterung in Altenwerder und die Teilzuschüttung des Mühlenberger Lochs zur Vorbereitung der DA-Erweiterung.

Tabelle 51 Investitionsschwerpunkte Strom- und Hafenbau in Mio. EUR

	2004	2005	2006	2007	2008	Summe
Standardersatzinvestitionen	17,2	17,0	20,1	23,2	24,5	102,0
Programminvestitionen	59,5	66,7	80,6	68,4	71,0	346,2
darunter[a)]:						
- Ausbau der Straßeninfrastruktur	6,8	8,0	17,0	7,2		39,0

	2004	2005	2006	2007	2008	Summe
- Ausbau des Container bereichs[b)]	8,8		13,1			48,9
- Modernisierung der Hafenbahn	1,5	3,8	10,0	17,1	4,9	37,3
- Baggergutunterbringung	32,0	32,0	32,0	32,0		160,0
- Fahrrinnenanpassung			5,0	7,0	8,0	20,0
Singuläre Investitionen	55,3	22,6				77,9
darunter:						
- Hafenerweiterung Altenwerder[c)]	7,0	6,9				13,9
- Bereitstellung von Flächen A 380 einschließlich öffentlicher Hochwasserschutz	48,3	15,7				64,0
Maßnahmen zur Effizienzsteigerung (Effizienzsteigerungsinvestitionen)[d)]	2,0	3,4				5,4
Summe	134,0	109,7	100,7	91,6	95,5	531,5

a) Weitere Schwerpunkte der Programminvestitionen liegen bei Umstrukturierung Südwest/Indiahafen und bei der *Fahrwasseranpassung des Vorhafens.*
b) *Predöhlkai, Tollerort, Kohlenschiffhafen, Europakai, Burchardkai*.
c) Hier nur die im Haushalt veranschlagten Kosten einschließlich Aufwendungen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Die Investitionsausgaben für die Infrastruktur des Containerterminals Altenwerder werden zum überwiegenden Teil aus dem Sondervermögen „Stadt und Hafen“ finanziert.
d) Verfüllung der Müggenburger und der Niedernfelder Durchfahrt.

6.6 Soziales

6.6.1 Jugend und Familie

Im Rahmen der Umsetzung des Konzeptes „Weiterentwicklung der Jugendhilfe“ (Bürgerschaftliches Ersuchen Drs. 17/1880) sind 4 Mio. EUR aus der Zweckzuweisung Hilfen zur Erziehung im Wesentlichen in die Kapitel „Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit“ und „Förderung der Erziehung in der Familie“ umgeschichtet worden. Diese Mittel sollen eingesetzt werden für neue Maßnahmen und Projekte sowie zur Verzahnung der verschiedenen Arbeitsfelder der Jugendhilfe. Die Mittel dienen vor allem der Reduzierung bzw. Vermeidung von ambulanten Erziehungshilfen.

Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit

Die Bereitstellung von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit leitet sich aus § 11 bis § 14 SGB VIII ab, die Ausgestaltung der speziellen Angebotsformen richtet sich nach der darauf aufbauenden Jugendhilfeplanung.

Ziel der Kinder- und Jugendarbeit ist die gleichberechtigte und aktive Teilhabe junger Menschen am sozialen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben. Hierfür werden wohnortnahe, die Sozialisationsbedingungen der jeweiligen Stadtteile berücksichtigende Angebote und Maßnahmen in öffentlicher und freier Trägerschaft vorgehalten. Die Jugendsozialarbeit unterstützt junge Menschen und ihre Familien bei der Bewältigung von schwierigen Lebenssituationen durch Information, Beratung und Hilfemaßnahmen.

Tabelle 52 Sach- und Fachausgaben Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit 2003-2007 in Mio. EUR

	2003	2004	2005	2006	2007
Sach- und Fachausgaben	30,1	31,8	31,8	31,8	31,8
davon Rahmenzuweisung	21,6	22,7	22,7		

Förderung der Erziehung in der Familie

Die Aufgaben der Förderung der Erziehung in der Familie sind geregelt in § 16 bis § 20 SGB VIII und dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG). Darüber hinaus werden Genesungskuren für Kinder und Jugendliche nach § 37 und § 39/40 BSHG gewährt. Die Angebote stellen in der Regel vorbeugende Hilfen dar, die zur Stärkung der elterlichen Erziehungskompetenz und zur Bewältigung schwieriger Erziehungssituationen beitragen sollen.

Die Sach- und Fachausgaben für die Förderung der Erziehung in der Familie entwickeln sich wie folgt:

Tabelle 53 Sach- und Fachausgaben Förderung der Erziehung in der Familie 2003-2007 in Mio. EUR

	2003	2004	2005	2006	2007
Sach- und Fachausgaben	37,6	46,2[a)]	46,3	46,3	46,3
davon Budgetbereich	6,2	11,1	11,1	11,1	11,1
davon Gesetzliche Leistungen	31,4	35,1	35,2	35,2	35,2

a) Anstieg 2004 ggü. 2003 im Wesentlichen durch rd. 6 Mio. EUR haushaltsneutrale Umschichtungen (u.a. rd. 4 Mio. EUR i.R. Drs.17/1880 „Weiterentwicklung Jugendhilfe“) sowie fallzahlbedingtem Mehrbedarf bei den UVG-Leistungen (rd. 2,4 Mio. EUR)

6.6.2 Kindertagesbetreuung

Gemäß § 24 SGB VIII hat der Träger der öffentlichen Jugendhilfe sicherzustellen, dass die Kinder vom 3. Lebensjahr an bis zum schulpflichtigen Alter einen Kindergarten besuchen können; ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren und für schulpflichtige Kinder ist anzustreben. Zur Erfüllung dieses Auftrags erfolgt die mittelfristige Angebotsplanung auf Grundlage der von Senat und Bürgerschaft beschlossenen mittelfristigen Vorgaben für den Finanzrahmen der Kindertagesbetreuung (Kita), der jeweils aktuell vorliegenden Bevölkerungsprognose und unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Bedarfs- und Nachfrageentwicklung.

Auf Grund der gemäß 9. Koordinierter Bevölkerungsvorausschätzung (9. KBV) insgesamt zurückgehenden Kinderzahlen – wenn auch regional und altersgruppenbezogen in unterschiedlicher Weise – sowie sich ändernder Nachfragepräferenzen und Bedarfsentwicklungen werden in den Jahren 2004-2006 mengenmäßige Anpassungen und Umstrukturierungen der Betreuungsangebote erforderlich sein. Nach der aktuellen Finanzplanung stehen für die Finanzierung aller Betreuungsangebote und der Nebenkosten – vorbehaltlich der Entscheidungen über die Veranschlagung künftiger Haushalte – Mittel in folgender Höhe zur Verfügung:

Tabelle 54 Sach- und Fachausgaben für Kindertagesbetreuung in Mio. EUR

	2003	2004	2005	2006	2007
Sach- und Fachausgaben	292,3	297,8	285,3	280,0	278,8
davon Deckungskreis 33	289,3	294,6	282,1	276,8	275,6

Die strukturellen Konsequenzen der Einführung des „Kita-Gutschein-Systems“ zum 1.8.2003 für die Angebotsentwicklung können in der mittelfristigen Perspektive nur sehr bedingt antizipiert werden. Dies geht auf den mit dem Systemwechsel verbundenen Paradigmenwechsel, der vor allem eine Ablösung der bisherigen zentral geplanten und institutionellen Finanzierung des Leistungsangebots zu Gunsten einer nunmehr bedarfsbezogenen Förderung der Kinder und ihrer Familien beinhaltet, zurück. In diesem Kontext ist insbesondere auf die im „Kita-Gutschein-System“ bedarfgerechte Ausdifferenzierung des Leistungskatalogs, die klare fachliche Priorisierung der Antragsteller und der gegenüber der Ausgangslage veränderten Kalkulationsgrundlagen für die künftigen Leistungsentgelte, die derzeit noch nicht hinrei-

chend genau quantifiziert werden können, hinzuweisen.

6.6.3 Hilfen zur Erziehung, Hilfen für junge Volljährige, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche

Das Sozialgesetzbuch (Achter Teil - SGB VIII) sieht einen individuellen Rechtsanspruch auf Hilfen zur Erziehung vor, wenn die Erziehung in der Familie nicht mehr gewährleistet und Hilfe notwendig ist. Das Gesetz unterscheidet zwischen vielfältigen ambulanten und stationären Hilfen. Der Jugendhilfeträger ist verpflichtet, die Hilfen bedarfsgerecht zur Verfügung zu stellen. Die Entscheidung über die Hilfe fällt einzelfallbezogen. Das Gesetz räumt den Eltern ein Wunsch- und Wahlrecht ein, das eine Auswahlentscheidung zwischen unterschiedlichen Angebotsformen und Trägern beinhaltet.

Erziehungshilfen werden in der Regel von ca. 1,4 % der altersgleichen Bevölkerung (0- bis unter 21-Jährige) in Anspruch genommen. Hinzu kommen Erziehungshilfen für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge.

Tabelle 55 Hilfen nach SGB VIII 2004-2007 in Mio. EUR

	2004		2005		2006		2007	
	Fall-zahl	Ansatz	Fall-zahl	Ansatz	Fall-zahl	Ansatz	Fall-zahl	Ansatz
Familienunterstützende und familienergänzende Hilfen (§§ 28, 29, 30 (Betreuungshilfe), 31, 32, 35, 35a und 41 SGB VIII)	1.625	24,4	1.625	24,4	1.625	24,4	1.625	24,4
Betreutes Wohnen außerhalb der Familie und in Pflegefamilien (§§ 30, 33 und 34 SGB VIII)	3.305	95,7	3.327	94,9	3.327	94,9	3.327	94,9
Sonstige Leistungen (Krankenhilfe, Pflegeversicherung, einmalige Beihilfen, Kosten von Zusatzbetreuungen, Taschengeld, Weihnachtsbeihilfe)		3,1		3,1		3,1		3,1
Gesamtsumme	4.930	123,2	4.952	122,4	4.952	122,4	4.952	122,4

Tabelle 56 Sach- und Fachausgaben Hilfen zur Erziehung 2003-2007 in Mio. EUR

	2003	2004	2005	2006	2007
Sach- und Fachausgaben [a)]	136,5	129,7	128,7	128,6	128,6
davon "Betriebsausgaben für Hilfen zur Erziehung"	128,1	123,2	122,4	122,4	122,4

a) Rückgang 2004 ggü. 2003 im Wesentlichen durch haushaltsneutrale Umschichtungen (u.a. 4 Mio. EUR i.R. Drs. 17/1880 „Weiterentwicklung der Jugendhilfe") und Umsteuerung von 100 Plätzen stationäre Unterbringung in Vollzeitpflege (rd. 1,5 Mio. EUR)

6.6.4 Soziale Hilfen

Die Leistungen erfolgen überwiegend aufgrund von Rechtsansprüchen nach dem Bundessozialhilfegesetz. Dies betrifft insbesondere die Bereiche

- einmalige und laufende Hilfe zum Lebensunterhalt einschließlich der Sicherung der Unterkunft,
- Hilfen bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit,
- Eingliederungshilfen.

Die zur Ausgabenbegrenzung entwickelten Steuerungsmaßnahmen haben das Ziel

- die Fallzahlen durch Zugangssteuerung und Vermittlung von Sozialhilfeempfängern in

Arbeit zu begrenzen,

- Leistungen einzustellen bzw. anzupassen, wenn die Prüfung ergibt, dass sie dem Grunde (z.B. Sozialticket) bzw. der Höhe (z.B. Bekleidungspauschale) nach nicht gerechtfertigt sind und hierbei ggf. auch die Kompetenz Dritter (z.B. Mietervereine) zu nutzen,
- Sozialhilfemissbrauch durch Datenabgleich und individuelle Bedarfsprüfungen zu verhindern.

Die BSF hat mit den Bezirken und dem Senatsamt für Bezirksangelegenheiten ein Konzept und ein Zielsystem für ein bezirkliches Benchmarking (Lernen vom Besten) erarbeitet, das zwischenzeitlich erfolgreich eingeführt wurde. Bis 2006 werden hier Einsparungen in Höhe von 3,0 Mio. EUR erwartet.

Das Hilfesystem für Wohnungslose wird derzeit grundlegend neu strukturiert.

Tabelle 57 Strukturdaten Soziale Hilfen 1998-2002

	1998	1999	2000	2001	2002
Arbeitslose insgesamt	90.480	84.047	74.655	70.648	77.475
- darunter Langzeitarbeitslose [a)]	33.443	31.096	26.722	21.889	20.911
Anteil an Arbeitslosen insges. in %	37,0	37,0	35,8	31,0	27,0
Sozialhilfeempfänger im erwerbsfähigen Alter (18-60 Jahre) [b)]	75.081	69.340	64.600	62.546	64.561
Sozialhilfeempfänger insgesamt [c)]	132.285	123.986	118.074	114.956	118.157
Veränderungen zum Vorjahr absolut	– 3.232	– 8.299	– 5.912	– 3.118	+ 3.201
Veränderungsrate in %	–2,4	– 6,3	– 4,8	– 2,6	+ 2,8

a) Quelle: Landesarbeitsamt Nord (Jahresdaten). Langzeitarbeitslosigkeit hier definiert als nicht unterbrochene Arbeitslosigkeit von über einem Jahr.

b) Quelle: Senatsamt für Bezirksangelegenheiten / Datawarehouse (Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt im Dezember)

c) Quelle: Senatsamt für Bezirksangelegenheiten (stichtagsbezogene Erhebung per Dezember); ohne Zahlen für Asylbewerber.

Die diesem Aufgabenfeld zurechenbaren Sach- und Fachausgaben entwickeln sich in den Jahren 2003-2007 voraussichtlich wie folgt:

Tabelle 58 Entwicklung der Sach- und Fachausgaben für soziale Hilfen 2003-2007 in Mio. EUR

	2003	2004	2005	2006	2007
Sach- und Fachausgaben	1.008,3	1.035,7	1.043,0	1.050,1	1.057,4
Veränderungsrate in %		+ 2,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7
davon gesetzliche Leistungen	981,6	1.008,1	1.015,5	1.022,7	1.030,0
Veränderungsrate in %		+ 2,6	+0,7	+ 0,7	+ 0,7

Der im Haushalt veranschlagte Mittelbedarf für Sozialhilfeausgaben ist wesentlich bestimmt durch die Anzahl der Hilfeempfänger. In Hamburg ist es aufgrund der bereits genannten Steuerungsbemühungen gelungen, Fallzahlensteigerungen maßgeblich entgegenzuwirken. Haupteinflussfaktoren für die künftige Entwicklung der Empfängerzahlen bleiben aber die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit ihrer Vielzahl konkreter Auswirkungen, z.B. auf die Arbeitslosigkeit. Hinzu kommt, dass aktuell - z.B. mit der Einführung des Grundsicherungsgesetzes oder der geplanten Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe- umfassende Reformvorhaben zur Neuausrichtung des Hilfesystems eingeleitet sind. Vor diesem Hintergrund ist die Einschätzung zukünftiger Entwicklungen und Bedarfe schwierig und zwangsläufig mit hohen Prognoserisiken behaftet.

Die aktuelle Veranschlagung setzt auf dem (ggü. Plan 2003 höheren) IST-Ergebnis 2002 auf und beinhaltet die Annahme gleichbleibender Hilfeempfängerzahlen. Kostensteigerungen sind nur berücksichtigt, soweit sie vorgegeben sind (Regelsatzerhöhung, Mietsteigerungen).

Ausgabemindernd wirkt sich u.a. die Kündigung des Vertrages zum Sozialticket aus. Dies führt im Haushaltsjahr 2004 zu einer Entlastung um 3,2 Mio. EUR, die sich strukturell fortschreibt.

6.6.5 Hilfen für Zuwanderer und Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger

Entsprechend dem bundesweiten Trend ist die Zahl der Zuwanderer in Hamburg derzeit rückläufig. Aufgrund der vom Senat betriebenen Zugangssteuerung ist es darüber hinaus gelungen, die Anzahl der in Hamburg zu betreuenden Personen weiter deutlich zu senken (vgl. Tabelle 59). Hieraus folgt eine Reduzierung der Mittel für die Unterbringung, die daraus abgeleiteten Betreuungs-, Beratungs- und Integrationsmaßnahmen sowie die Sozialleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Daneben werden weitere Teilaufgaben durch die Behörde für Bildung und Sport, die Behörde für Inneres und die Justizbehörde wahrgenommen.

Tabelle 59 Entwicklung Asylbewerber, Aussiedler und Bürgerkriegsflüchtlinge 1998-2002

	1998	1999	2000	2001	2002
Zugang Personen Hamburg	8.215	9.883	9.666	8.873	5.052
Platzzahl 31.12. des Jahres	18.095	18.836	19.962	19.347	18.376
Betriebsausgaben. Kapitel 4700 (Mio. EUR) davon	144,4	136,3	158,7	173,7	157,9
- Betriebskonto Z61/Zuwanderung (Mio. EUR)	86,0	72,1	84,0	85,5	83,4
- AsylbLG (Mio. EUR)	58,4	64,2	74,7	88,2	74,5

Die Planungen 2003-2007 erfolgen auf der Grundlage folgender Annahmen:

Der Einsatz aller Möglichkeiten zur Steuerung und Begrenzung des Zuzugs soll sich in der für den Haushalt veranschlagten Zahl an Plätzen für die Unterbringung und die Sozialleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz widerspiegeln (Tabelle 60).

So kann von einer generalpräventiven Wirkung der umfassenden Ermittlungen im Rahmen von Anhörungen bei Neueinreisen zur Feststellung von Asylgründen bzw. Möglichkeiten der Zurückschiebung hinsichtlich der weiteren Zugangsentwicklung nach Hamburg ausgegangen werden.

Die Aufenthaltsdauer von vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern in Hamburg soll durch die bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Rückführung wesentlich verkürzt und die freiwillige Rückkehr durch intensivere Beratung gefördert werden.

Zugleich ist beabsichtigt, Daueraufenthalte von wohnungsberechtigten Zuwanderern (insbesondere Spätaussiedlern) in öffentlichen Wohnunterkünften zu vermeiden, indem diese zügiger in eigenen Wohnraum vermittelt werden.

Die Zentrale Erstaufnahme (ZEA) wird ab 2004 im Epl. 8.1 (BfI) veranschlagt. Dies führt zu einer Verminderung im Epl. 4 (BSF) um 600 Unterbringungsplätze. Zugleich wird der „Ermächtigungsrahmen“ aufgelöst. Damit werden die bisher zentral im Epl. 4 veranschlagten Mittel für die Bedarfe anderer Behörden ab 2004 in den Einzelplänen der zuständigen Behörden veranschlagt. Das Betriebskonto Z61/Zuwanderung vermindert sich dadurch in 2004 auf rd. 39 Mio. EUR.

Tabelle 60 Prognose Asylbewerber, Aussiedler und Bürgerkriegsflüchtlinge 2003-2006

		2003	2004	2005	2006	2007
Zugang Personen Hamburg	Anzahl	8.739	5.616	5.616	5.616	5.616
Zugang in der Unterbringung	Anzahl	4.269	2.271	2.271	2.271	2.271
Platzzahl ganzjähr. finanziert		20.313	16.293	16.293	16.293	16.293
Betriebsausg. Kapitel 4700 gesamt		155,8	108,3	106,8	107,3	107,8
(Mio. EUR)						
davon						
- Z61		80,7	39,0	37,0	37,0	37,0
- AsylbLG		70,9	65,0	65,5	66,0	66,5
- sonstige Leistungen		4,2	4,3	4,3	4,3	4,3

6.7 Kultur

6.7.1 Theater und Musik

Die Aufgabe im Bereich Theater und Musik besteht im Wesentlichen darin, Theater-, Opern- und Tanzaufführungen sowie Konzerte durch die Förderung entsprechender Einrichtungen oder freier Projekte in ausreichender Anzahl und in möglichst hoher Qualität bei sozialverträglichen Eintrittspreisen anzubieten. Die Entwicklung des Aufgabenfeldes wird bestimmt durch die Nachfrage des Publikums nach vielfältigen Kulturangeboten und durch das Bestreben, Hamburg auch weiterhin in den Bereichen Theater und Musik im Wettbewerb mit anderen Großstädten eine herausgehobene Stellung als kulturelle Metropole zu sichern.

Geprägt wird dieses Aufgabenfeld durch die Zuwendungen an die drei Staatstheater und das Philharmonische Staatsorchester. Der Anteil an den gesamten Sach- und Fachausgaben der Kulturbehörde beträgt hierfür allein über 50 Prozent.

Die Ausstattung der Theater wird mit gezielten Investitionen verbessert, was gleichzeitig Kosteneinsparungen im Betrieb ermöglicht.

Für die Hamburgische Staatsoper wird bis Ende 2004 im Bereich Colonnaden / Große Theaterstraße ein Erweiterungsbau (ca. 37,7 Mio. EUR) mit Probe- und Studiobühnen, einem Probensaal für die Philharmonie, mit Lager- und Magazinflächen sowie Räumen für die Werkstättenbetriebe erstellt.

Neben der Förderung der drei Staatstheater stellen die Zuwendungen an eine Reihe von „Privattheatern", an das Kulturzentrum Kampnagel sowie an die Hamburger Symphoniker weitere Schwerpunkte dieses Aufgabenfeldes dar.

6.7.2 Museen, Planetarium und Gedenkstätte Neuengamme

Das Aufgabenfeld wird maßgeblich durch die Finanzierung der seit 1.1.1999 in Stiftungen öffentlichen Rechts umgewandelten ehemaligen sieben staatlichen Museen geprägt, um deren Sammlungen zu erhalten und zu erweitern sowie der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Mit Beginn des Jahres 2003 sind die Museumsstiftungen in das Gebäudemanagement der Freien und Hansestadt Hamburg aufgenommen worden. Zu diesem Zweck wurde das Nutzungsrecht an den Museumsgebäuden an die HGV (Hamburgische Gesellschaft für Beteiligungsverwaltung) verkauft. Die HGV hat ihrerseits den Immobilienbestand langfristig an die Betriebsgesellschaft IMPF (Immobilienmanagementgesellschaft für Polizei und Feuerwehr mbH) verpachtet, die wiederum Mietverträge mit den Museen abgeschlossen hat. Alle Verträge sichern die Weiternutzung der Gebäude und Grundstücke ausschließlich zu Museums-

zwecken. Der Vorteil dieser Lösung liegt zum einen in der wesentlich professionelleren Wahrnehmung des Gebäudemanagements und der daraus resultierenden Konzentration der Museen auf ihr Kerngeschäft; andererseits wird durch die Finanzierung der HGV eine schnellere Sanierung der Museumsgebäude mit z.T. erheblichen Bauschäden möglich. In einem Zeitraum von drei bis fünf Jahren sollen Sanierungsmaßnahmen mit einer Gesamtsumme von rd. 35,6 Mio. EUR durchgeführt werden; dazu sollen wesentliche „Funktionsmängel“ mit einem weiteren finanziellen Aufwand von bis zu 14,5 Mio. EUR in einem Mehrjahresprogramm beseitigt werden.

U. a. wegen eines deutlichen Besucherrückganges sind die Museumsstiftungen in erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, die derzeit genau analysiert und in mehrjährige Konsolidierungskonzepte einmünden werden.

Wichtigste Ausbaumaßnahme im Museums- und Gedenkstättenbereich ist weiterhin die Umgestaltung und Erweiterung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, für die der Bund im Hinblick auf ihre gesamtstaatliche Bedeutung 50 Prozent der mit 13,7 Mio. EUR kalkulierten Kosten übernommen hat. Entstehen wird ein Zentrum der Erinnerung und Begegnung von europäischer Bedeutung.

6.8 Bau und Wohnen

6.8.1 Wohnungswesen

Das Aufgabenfeld bestimmen

- die Förderung des Wohnungsneubaus, der Modernisierung und Instandsetzung des Wohnungsbestandes sowie Bildung des privaten Wohneigentums und
- Aufgaben der Stadterneuerung.

Maßgebende Rahmendaten für das Aufgabenfeld sind die Zahl der Haushalte, das Wohnraumangebot, Bundes- und Landesprogramme zur Wohnungsbauförderung und Bestandssicherung.

Wohnungsbauförderung

Die Förderung des Wohnungsneubaus sowie der Modernisierung und Instandsetzung von Wohnraum hat sich in den Programmjahren 1997 bis 2002 wie folgt entwickelt:

Tabelle 61 Förderung des Wohnungsbaus 1997-2002 (Bewilligungen durch die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt)

	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Neubau Mietwohnungen	3.064	1.868	1.822	1.421	1.802	1.842
Neubau Wohneigentum [a)]	1.067	700	1.033	776	976	825
Gesamtzahl Neubau	4.131	2.568	2.855	2.197	2.778	2.667
Modernisierung	3.288	2.640	3.916	3.243	3.238	2.883
Instandsetzung	505	1.060	568	322	342	154[b)]

[a)] darin enthalten ca. 3-4% Ankauf/Altbau
[b)] Programm „Austausch von Bleileitungen“ lief 2002 aus.

Die Sach- und Fachausgaben im Aufgabenfeld (einschließlich gesetzlicher Leistungen) sowie der sonstigen Betriebsausgaben (insbesondere Zins- und Verlustausgleich sowie die Erstattung von Zinsausgaben an die WK) werden sich im Zeitraum 2002 bis 2006 voraussichtlich wie folgt entwickeln:

Tabelle 62 Finanzaufwand Wohnungsbauförderung 2002-2007 in Mio. EUR

Wohnungswesen:	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Summe im Aufgabenfeld	264,0	269,7	269,0	269,1	269,3	269,6
Veränd. z. Vorjahr		5,7	-0,7	0,1	0,2	0,3
Veränderungsrate in %		2,2	-0,3	0,04	0,1	0,1
darunter:						
Wohngeld	154,0	164,0	164,0	164,0	164,0	164,0
Zins- und Verlustausgleich der WK	102,0	96,0	96,0	96,0	96,0	96,0
Zinsausgaben	8,0	9,7	9,0	9,1	9,3	9,6

6.8.1.1 Investitionen im Bereich Stadterneuerung

Für den Bereich Stadterneuerung werden in der Finanzplanperiode 2004 – 2008 insgesamt 108,7 Mio. EUR bereitgestellt. Die Mittel werden eingesetzt für die städtebauliche Sanierung in nach dem Baugesetzbuch (BauGB) förmlich festgesetzten Sanierungsgebieten, für die Quartiersentwicklung nach dem Hamburgischen Stadtteilentwicklungsprogramm sowie für Maßnahmen an Gebäuden des der Stadterneuerungsgesellschaft (STEG) übertragenen Treuhandvermögens:

Tabelle 63 Investitionen im Bereich Stadterneuerung in Mio. EUR

	2004-2008	2004	2005	2006	2007	2008
Städtebauliche Sanierung nach BauGB	44,6	10,3	9,4	8,3	8,3	8,3
Hamburgisches Stadtteil-entwicklungsprogramm	51,5	10,4	11,1	10,0	10,0	10,0
Zuschuss an die STEG für Maßnahmen an in Treu-handvermögen übertrage-nen Gebäuden	12,6	2,2	2,6	2,6	2,6	2,6
Summe	108,7	22,9	23,1	20,9	20,9	20,9

6.8.1.2 HafenCity

Der Bebauungsplanentwurf Hamburg-Altstadt 32 / HafenCity 1 steht vor der Feststellung. Die Baugenehmigungen für Wohn- und Arbeitsgebäude auf dem westlichen Polderabschnitt am Sandtorkai wurden im Mai 2003 erteilt, weitere Baugenehmigungen sind in Vorbereitung.

Fach- und Genehmigungsverfahren u. a. für öffentliche Straßenflächen werden auf der Grundlage von Gestaltungsgrundsätzen, die in einem internationalen Wettbewerb 2003 zum Grasbrook entschieden wurden, im Wesentlichen bis 2004/2005 abgeschlossen.

Für das Bebauungsplanverfahren Hamburg Altstadt 34 / HafenCity 2 hat die Öffentliche Plandiskussion im Juni 2003 stattgefunden, erschließungsplanerische Untersuchungen für den Straßenzug Sandtorkai/Brooktorkai, St. Annen wurden im Juni 2003 abgeschlossen. Für die geplante Kerngebietsnutzung südlich der Speicherstadt sind hochbauliche/städtebauliche Wettbewerbe vorgesehen.

Das zentrale Entwicklungsgebiet westlich und östlich Magdeburger Hafen wird hochwertig als zentraler Stadtraum der HafenCity mit städtebaulicher Korrespondenz zur innerstädtischen Verbindung Domplatz/Jungfernstieg entwickelt. Im Frühjahr 2003 startete ein zweistufiges Investorenauswahlverfahren, auf dessen Grundlage 2004 die Flächen des Kernbereichs westlich des Magdeburger Hafens an ein internationales Investoren-Konsortium vergeben werden sollen. Die städtebaulichen Leitlinien für die Entwicklung des Quartiers wer-

den über einen 2003 ausgelobten internationalen Wettbewerb präzisiert, der im Juli 2003 abgeschlossen wird.

Für die im Bereich der Kaffeelagerei gelegenen Flächen südlich der Straße Am Sandtorkai ergibt sich nach Räumung der Flächen bis 2005 die Option auf vorzeitige Realisierung der im Masterplan noch mit einer Entwicklungsrestriktion belegten Flächen. Die Erschließung und Bebaubarkeit der Flächen wurden städtebaulich untersucht. Die Grundzüge der Planung werden in Fortschreibung des Masterplans 2003 festgelegt.

6.8.2 Hochwasserschutz

Mit dem laufenden Bauprogramm Hochwasserschutz wird die rund 100 km lange öffentliche Hochwasserschutzlinie mit einem Investitionsvolumen von knapp 500 Mio. EUR um durchschnittlich einen Meter auf 8 bis 8,5 m über NN, im Einzelfall bis auf 9 m über NN, erhöht. Die Arbeiten sollen in der Planperiode weitgehend abgeschlossen sein. Die Wind und Wellen besonders ausgesetzten Deiche, vor allem in Wilhelmsburg, den Vier- und Marschlanden und am südlichen Elbufer, sind vorrangig fertig gestellt worden. Im Planungszeitraum werden weitere, weniger exponierte Deichstrecken sowie die Hochwasserschutzwände und sonstigen Bauwerke auf die neuen Schutzhöhen gebracht. In den Planjahren 2004-2008 sind dafür berücksichtigt:

Tabelle 64 Investitionen im Bereich Hochwasserschutz in Mio. EUR

	2004-2008	2004	2005	2006	2007	2008
Verbesserung des Hochwasserschutzes	150,3	36,3	36,0	30,0	25,0	23,0

6.9 Umwelt und Gesundheit

6.9.1 Gesundheit

Gesundheitsförderung, Prävention und Gesundheitsberichterstattung

Maßnahmen der Gesundheitsförderung dienen dem Ziel, Menschen in umfassender Weise, unter Berücksichtigung ihrer physischen, psychischen, sozialen und ökonomischen Aspekte, die Gestaltung ihrer Gesundheit zu ermöglichen bzw. zu verbessern.

Den Bezirken werden als Rahmenzuweisung weitere Mittel für gesundheitsfördernde Aktivitäten zur Verfügung gestellt. Über die Mittelverwendung im Einzelnen entscheiden die Bezirke in eigener Verantwortung.

Investive Krankenhausförderung

- Der Schwerpunkt der geplanten Investitionen im Bereich Gesundheit liegt bei den Krankenhäusern. Der Senat trägt mit der Verstetigung der hohen Raten während der gesamten Finanzplanperiode der Bedeutung der Krankenhäuser als Teil des Medizinstandortes Hamburg Rechnung, auch vor dem Hintergrund der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Krankenhäuser und dem Leitbild der Wachsenden Stadt.
- Fördermittel von 158,1 Mio. EUR nach § 22 HmbKHG sind für die Wiederbeschaffung von kurzfristigen Anlagegütern und die Durchführung kleinerer Baumaßnahmen eingestellt worden (Pauschale Förderung).
- Fördermittel von 334 Mio. EUR sind für Maßnahmen nach §§ 21, 23, 24 und 27 HmbKHG, im Wesentlichen für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie die Beschaffung von Anlagegütern (Einzelinvestitionen), berücksichtigt worden. Voraussetzung für die Förderung ist die Aufnahme der Maßnahme in das jährliche Investitionsprogramm der Behörde für Umwelt und Gesundheit, das auf der Grundlage des Krankenhausplans, der mit dem Haushaltsplan zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel und unter Berücksichtigung der Förder-

mittelansprüche der Krankenhäuser aufgestellt wird.

- Für den Neubau des Diakonie-Klinikums Hamburg werden zusätzlich 40 Mio. EUR bereitgestellt; die Ansätze für Krankenhausinvestitionen werden in den Jahren 2004 bis 2009 anteilig aufgestockt. Hiervon sind 29,5 Mio. EUR bereits in den vorstehend genannten Fördermitteln von 334 Mio. EUR enthalten.
- Aufgrund der besonderen Finanzierungsform über Mietkaufraten erfolgen Zahlungen für den Neubau des Klinikum Barmbek erst nach Fertigstellung. Die Fördermittel nach §§ 21, 23, 24 und 27 HmbKHG wurden daher in den Jahren 2002 bis 2004 um die für den Neubau vorgesehenen Mittel in Höhe von 112,5 Mio. EUR auf die in Tabelle 65 dargestellten Ansätze abgesenkt. Nach Fertigstellung des Neubaus werden die für die Finanzierung der Mietkaufraten benötigten Mittel ab 2006 zur Verfügung gestellt (vgl. Bürgerschafts-Drs.16/6080).
- Erweiterungsbau für das Bernhard-Nocht-Institut

  Zur Sicherung der räumlichen und sicherheitstechnischen Forschungskapazitäten des Bernhard-Nocht-Instituts (BNI) sind für die Errichtung eines Erweiterungsbaus insgesamt 10,5 Mio. EUR in den Jahren 2001-2005 zur Verfügung gestellt worden.

  Im Rahmen der Konkretisierung der Planungen wurden das Nutzungskonzept und der Flächenbedarf auf den mittel- bis langfristigen Bedarf abgestimmt und die Anforderungen weiter differenziert. Auf dieser Basis ist die Veranschlagung zum Haushalt 2002 mit neuen Gesamtkosten von 19,7 Mio. EUR angepasst worden. Davon entfallen auf den Zeitraum 2004-2008 rd. 12,3 Mio. EUR.

Tabelle 65 Krankenhausinvestitionen nach dem HmbKHG und Erweiterungsbau BNI 2004-2008 in Mio. EUR

	2004-2008	2004	2005	2006	2007	2008
Fördermittel nach §§ 21, 23, 24 und 27 HmbKHG	334,0	40,0	63,0	77,0	75,0	79,0
Pauschale Fördermittel nach § 22 HmbKHG	158,1	30,7	33,0	32,4	31,0	31,0
Erweiterungsbau BNI	12,3	4,1	4,1	4,1	0	0
Summe	504,4	74,8	100,1	113,5	106,0	110,0

6.9.2 Naturschutz und Landschaftspflege

Der Bereich Naturschutz und Landschaftspflege nimmt die ministeriellen und planerischen Aufgaben zum Schutz und für die Pflege, Entwicklung und Sicherung des Naturhaushaltes sowie der Freiflächen Hamburgs wahr. Naturbestimmte Freiräume, Erholungs- und Freizeitflächen sind ein wichtiger Teil der Lebens- und Wohnqualität und zugleich ein weicher Standortfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung.

Tabelle 66 Sach- und Fachausgaben für Naturschutz und Landschaftspflege 2003-2007 in Mio. EUR

Plan	2003	2004	2005	2006	2007
Sach-/Fachausgaben	19,8	21,7	21,6	21,6	21,6

Für den Bereich Naturschutz und Landschaftspflege sollen in den Jahren 2004-2008 insgesamt rd. 64,6 Mio. EUR Investitionsmittel (siehe Tabelle 67) bereitgestellt werden. Die Investitionsschwerpunkte konzentrieren sich auf die Verbesserung des Wohnumfeldes durch die Herrichtung und Umgestaltung von Grünanlagen und Spielplätzen sowie die Herrichtung von naturschutzrechtlichen Ausgleichsflächen. Neben ihrer ökologischen Bedeutung kommt diesen Maßnahmen damit Bedeutung für Naherholung und soziale Integration in den Quartieren zu.

Neu aufgenommen worden ist die Grünversorgung für das geplante Neubaugebiet in Neugraben-Fischbek mit 1.250 Wohneinheiten. Vorgesehen ist die Anlage von Grün- und Spielflächen auf einer rd. 5,7 ha großen zentralen Fläche. Die Gesamtkosten betragen einschl. Grunderwerb 3,0 Mio. EUR. Davon werden in den Jahren 2007 und 2008 1,5 Mio. EUR bereitgestellt.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Bundesgartenschau GmbH hat am 8. April 2003 entschieden, dass im Jahr 2013 auf den Elbinseln Wilhelmsburg und Veddel eine Gartenschau mit internationaler Beteiligung durchgeführt wird.

Die Internationale Gartenschau 2013 ist eines der größten Projekte im Rahmen des Leitbildes „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ und hat eine herausragende Bedeutung für die stadtentwicklungspolitischen Zielsetzungen zur Entwicklung des Hamburger Südens und den Sprung über die Elbe. Das Konzept geht weit über eine klassische Blumenschau oder einen Erlebnispark hinaus. Es besticht durch seine zukunftsweisenden Ansätze der sozialen Stadtteilentwicklung und seinen städtebaulichen Charakter – inhaltliche Schwerpunkte, die Hamburg als erste Ausrichterstadt überhaupt in den Mittelpunkt einer Gartenschau stellt: Neue Grünzüge sollen Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft, Wohnen und Freizeit miteinander verbinden.

Das Gesamtinvestitionsvolumen beläuft sich auf rund 78 Mio. EUR. Für vorbereitende landschaftsarchitektonische Wettbewerbe werden in den Jahren 2005 und 2006 jeweils 0,2 Mio. EUR bereitgestellt. Ab 2008 beginnen die Baumaßnahmen für die Grünflächen einschließlich des dafür notwendigen Grunderwerbs; dafür ist eine erste Rate von 6,0 Mio. EUR eingestellt worden.

Tabelle 67 Investitionen für Naturschutz und Landschaftspflege 2004-2008 in Mio. EUR

	2004-2008	2004	2005	2006	2007	2008
Naturschutz und Landschaftspflege	64,6	12,1	13,2	11,3	11,4	16,6

6.9.3 Umweltschutz

Diesen Bereich prägen insbesondere folgende Aufgaben:

- Gewässer- und Bodenschutz zum Schutz der Ressourcen und des Trinkwassers
- Bodenschutz und Altlastensanierung zum Schutz der Menschen, Gewässer und des Bodens sowie Flächenrecycling
- Abfallwirtschaftliche Steuerung, Genehmigung, Überwachung und Kontrolle der Abfallentsorgung bzw. Abfallentsorgungsanlagen
- Geowissenschaftliche Information und Beratung

Tabelle 68 Sach- und Fachausgaben für den Umweltschutz 2003-2007 in Mio. EUR

Plan	2003	2004	2005	2006	2007
Sach-/Fachausgaben	60,7	59,6	59,6	60,0	60,0

Altlastensanierung

Die Bearbeitung von Altlasten und Flächen – für die die öffentliche Hand verantwortlich ist – sollte ursprünglich bis zum Jahr 2010 zum Abschluss gebracht werden. Das Programm soll nun mit abgesenkten Raten und in seiner Laufzeit gestreckt werden, um Strukturreserven für die Stadt zu schaffen.

Im Planungszeitraum 2004-2008 werden einschließlich der Mittel für die Behandlung von

Untergrundverunreinigungen sowie der Kampfmittelbeseitigung insgesamt 89,7 Mio. EUR Investitionsmittel bereitgestellt.

Ressourcen sparende Investitionen

Der Bereich Ressourcenschonung wird geprägt durch das Ziel einer vorsorgenden und nachhaltigen Energie- und Klimaschutzpolitik. Die Einsparung und die rationelle Nutzung von Energie sowie der verstärkte Einsatz regenerativer Energiequellen stellen dabei die wesentlichen Elemente dar. Die Förderung von Maßnahmen bezieht sich sowohl auf den öffentlichen als auch den privaten Bereich (Unternehmen und Handwerk).

Nach einer vorgeschalteten Pilotphase ist 2002 ein Programm zum Ressourcen- und Klimaschutz in den Betrieben Hamburgs gestartet worden. Unter dem Logo „Unternehmen für Ressourcenschutz – Das ist die Zukunft“ hat die Behörde für Umwelt und Gesundheit ein Programm entwickelt, mit dem Investitionen in den Umweltschutz in Produktions- und Dienstleistungsunternehmen sowie Handwerksunternehmen gefördert werden. Als Kooperationspartner tragen die Handelskammer Hamburg, die Handwerkskammer Hamburg und der Industrieverband Hamburg e. V. das Programm mit. Es soll dazu beitragen, in Kooperation mit den Unternehmen aufzuzeigen, dass Investitionen in den vorsorgenden Umweltschutz auch betriebswirtschaftlichen Nutzen bringen.

Im Planungszeitraum 2004-2008 werden für energie- und wassersparende Maßnahmen insgesamt 52,9 Mio. EUR Investitionsmittel zur Verfügung gestellt.

6.10 Bürgernahe Verwaltung

6.10.1 Bezirkliche Kundenzentren und Sicherungsmaßnahmen

Einer der wichtigsten Kontaktpunkte der Bürgerinnen und Bürger mit der öffentlichen Verwaltung sind die Dienststellen der Bezirksverwaltung.

Der Bürgerservice soll in diesen Bereichen dadurch verbessert werden, dass möglichst viele publikumsbezogene Verwaltungsleistungen an „einem Schalter“ angeboten werden.

Die Realisierung von Kundenzentren in den Bezirken basiert auf einem vom Senatsamt für Bezirksangelegenheiten und den Bezirksämtern erarbeiteten Umsetzungskonzept unter Berücksichtigung der entsprechenden Planungsphasen.

Bislang verfügt die Hamburger Bezirksverwaltung über 15 Kundenzentren, bis Ende 2003 ist die Eröffnung von weiteren 3 Kundenzentren vorgesehen. Mit Abschluss des Programms im Jahre 2005 können die Bürgerinnen und Bürger Hamburgs in insgesamt 25 Kundenzentren Verwaltungsleistungen in Anspruch nehmen.

6.10.2 Sicherungsmaßnahmen

Konfliktsituationen in den bezirklichen Publikumsdienststellen – insbesondere die Konfrontation der Sozialdienststellen mit gewaltbereitem Publikum – haben dazu geführt, Gefährdungsanalysen in den bezirklichen Sozialdienststellen vorzunehmen und die bestehenden Sicherheitskonzepte in diesem Zusammenhang zu überprüfen. In den Sozialdienststellen wurden Flucht-/Verbindungstüren eingebaut bzw. verlegt. Zudem sind Alarmierungsmöglichkeiten entsprechend den heutigen Gegebenheiten für alle Sozialdienststellen vorgesehen.

6.10.3 Informations- und Kommunikationstechnik (IuK-Technik)

Einsatz und Steuerung der IuK-Technik in der hamburgischen Verwaltung entsprechen den Zielvorgaben des Senats zur Kostenminderung und Modernisierung der Verwaltung. Das Aufgabenfeld der IuK-Technik wird in der Hamburger Verwaltung in einer verzweigten Organisationsform wahrgenommen. Dazu gehören

- die in allen Behörden, Senatsämtern und Bezirksämtern installierten IuK-Stellen – verant-

wortlich für die dezentrale Planung und Umsetzung sowie den laufenden Betrieb von IuK-Vorhaben,

- das Landesamt für Informationstechnik (LIT) – verantwortlich für Dienstleistungsfunktionen im Rahmen eines Service- und Kompetenzzentrums für die Hamburger Verwaltung (zum 1.1.2004 beabsichtigte Errichtung eines gemeinsamen neuen Unternehmens Dataport mit der Datenzentrale Schleswig-Holstein (DZSH) und dem IuK-Bereich des Senatsamts für Bezirksangelegenheiten (SfB) und
- das Amt für Organisation und Zentrale Dienste in der Finanzbehörde – verantwortlich für den behördenübergreifend zu koordinierenden Einsatz von IuK-Technik.

Die Schwerpunkte der IuK-Politik in dem betrachteten Planungszeitraum liegen auf folgenden Feldern:

*E-Government (s. dazu Abschnitt **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**)*

Ein Ziel der IuK-Politik des Senats ist die Ausstattung aller in Betracht zu ziehenden Arbeitsplätze (Büroarbeitsplätze) mit geeigneter IuK-Technik. Für die Berechnung zum Stichtag 31.12.2002 ist ein Wert von 31.787 mit IuK-Technik auszustattenden Büroarbeitsplätzen ermittelt worden.Es ergibt sich somit derzeit ein Ausstattungsgrad von 97,5 % in der hamburgischen Verwaltung (+ 0,3 % gegenüber dem Vorjahr).

Auf der Grundlage des heute vorliegenden Zahlenmaterials wird bis zum Ende 2003 die Vollausstattung der Büroarbeitsplätze erreicht sein (mit Ausnahme des Staatsarchivs und der Justizbehörde).

Die Pflege des Bestandes an IuK-Technik und IuK-Anwendungen bekommt immer größere Bedeutung

Eine leistungsfähige Infrastruktur setzt voraus, dass die Geräte auf dem aktuellen Stand der Technik sind. Der Ersatz dieser Geräte muss daher in einem vernünftig geplanten zeitlichen Rahmen erfolgen. Eine lange Nutzungsdauer vermindert zwar die Kosten der Beschaffung, behindert zugleich aber ein zeitgerechtes Arbeiten, d.h. Neuerungen in der Technik können nicht genutzt werden. Eine zu kurze Nutzungsdauer der eingesetzten Technik erhöht die Kosten der Wiederbeschaffung. Zudem nimmt dadurch der administrative Aufwand zu, da das Einrichten eines PC und die individuellen Anpassungen an den jeweiligen Benutzer sehr zeitintensiv sind. Beim Ersatz von IuK-Technik sollte also darauf geachtet werden, dass sie sowohl funktions- und leistungsfähig bleibt als auch wirtschaftlich sinnvoll genutzt und zudem administriert werden kann.

Für die Planperiode 2003-2006 weist die IuK-Planung folgende Finanzierungsvolumina aus:

Tabelle 69 IuK-Ersatzinvestitionen in Mio. EUR

2003	2004	2005	2006	Summe
37,1	29,5	27,0	23,7	117,2

Differenzen sind rundungsbedingt.

Insbesondere im Ersatz der Software liegt weiterhin die fachliche Herausforderung, neue Effizienzpotenziale zu eröffnen.

Erhöhung der Wirtschaftlichkeit von Administrationsaufgaben im IuK-Bereich

Mit den Beschlüssen zur letztjährigen IuK-Planung hat der Senat die Behörden beauftragt, die IuK-Administration den gewandelten technischen Möglichkeiten folgend neu zu organisieren. Dieser Auftrag war die logische Fortsetzung der gemeinsamen Anstrengungen aller Behörden, möglichst viele Aufgaben in gemeinsamen Infrastrukturen kostengünstig zu bewältigen.

Zur Umsetzung wurde in der Finanzbehörde das Projekt „Effizienzsteigerung der Arbeit durch Reorganisation der IuK-Strukturen“ (ESARI) gegründet. Es wurden drei Pilotanwender ausgewählt, an denen die Konzepte erarbeitet werden. Diese drei Behörden sind die Bezirksämter Hamburg-Nord und Bergedorf sowie die Finanzbehörde. Aktuelles Zwischenziel ist es, die erste Stufe einer neuen Administrationsorganisation in den drei Pilotbehörden zum Jahreswechsel 2003/2004 zu realisieren. Hieran soll sich eine Stabilisierungsphase anschließen, an die sich dann die Umsetzung im Rest der Hamburger Verwaltung anschließt. Neben dem Projekt ESARI läuft das Programm zum Rückbau dezentraler (Windows)Server und zur Nutzung gemeinsamer Infrastrukturen im LIT erfolgreich weiter.

Landesamt für Informationstechnik - IuK-Dienstleister der hamburgischen Verwaltung

Die Landesregierung Schleswig-Holstein und der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg haben entschieden, dass das neue gemeinsame Unternehmen Dataport in der Rechtsform einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts zum 1. Januar 2004 mit Sitz in Altenholz in Schleswig-Holstein und Niederlassungen in Hamburg errichtet wird.

Die bestehende Kooperation zwischen der DZSH und dem LIT wird durch die Anstaltsgründung konsequent zusammengeführt.

Die Einbeziehung des IuK-Bereichs des Senatsamts für Bezirksangelegenheiten verbessert im Hinblick auf die Stärken der DZSH auf dem Gebiet kommunaler Anwendungen und Lösungen die Voraussetzungen dafür, dass die neue Anstalt auch für kommunale Anwendungen, die für Hamburg interessant sind, eine gemeinsame Plattform bieten kann.

Für das Land Schleswig-Holstein und die Freie und Hansestadt Hamburg wird die neue Einrichtung zur zentralen Dienstleisterin auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnik. Sie bringt für Hamburg ein neues Feld mit ein. Bisher gab es für die Hamburger Verwaltung kein stadtnahes Angebot für die Erstellung von Verwaltungssoftware, wie es jetzt durch die Einbeziehung des IuK-Bereichs des Senatsamts für Bezirksangelegenheiten und der Softwareentwicklungskapazitäten der DZSH entsteht.

Der Senat erwartet, dass es bei Ersatzinvestitionen möglich sein wird, gemeinsame Lösungen mit den jeweiligen Partnerverwaltungen in Schleswig-Holstein zu finden. Aufgrund dieser Überlegungen ist die Rate für den IuK-Globalfonds in der mittelfristigen Finanzplanung im letzten Jahr der Periode (2008) um 5 Mio. EUR abgesenkt worden.

Investitionsausgaben und Folgekosten

Folgebedarfe der dezentralen IuK-Technik (Ausgaben für Wartung, Verbrauchsmaterial, Schulung sowie Erstattungen an das LIT - im Wesentlichen für Rechenzentrumsleistungen) werden im Einzelplan der jeweiligen Behörde ausgewiesen. Dabei werden Investitionsfolgekosten einheitlich (Titel xxxx.535.56) veranschlagt, soweit diese keine Erstattungskosten an das LIT enthalten. Die Mittel für die Erstattung an das LIT (Titel xxxx.671.56) werden gleichfalls einheitlich veranschlagt, um die Gesamtbelastung des Haushalts durch IuK-Investitionsfolgekosten verursachungsgerecht transparent machen zu können.

Die Ergebnisse der mittelfristigen IuK-Planung werden in die Mittelfristige Finanzplanung eingeführt. Damit werden Transparenz und Kongruenz von IuK-Gesamtplanung und Finanzplanung gesichert. Der Titel für den bisherigen Investitionszuschuss an das LIT ist im IuK-Globalfonds aufgegangen:

Tabelle 70 Investitionsausgaben im Bereich IuK-Technik in Mio. EUR

	2004-2008	2004	2005	2006	2007	2008
IuK-Globalfonds für dezentrale IuK-Technik	287,8	62,0	65,5	55,2	55,1	50,1

Tabelle 71 IuK-Investitionsfolgekosten für die über die IuK-Gesamtplanung finanzierten IuK-Investitionen in Mio. EUR

	2002	2003	2004		2006	2007
Investitionsfolgekosten in Mio. EUR	26,4	31,2	34,3	34,3	34,4	
Erstattungen an das LIT in Mio. EUR	46,1	47,3	44,6	44,6	44,6	44,6
Summen	72,5	78,5	78,9	78,9	79,0	79,2

7 Zeittafel zum Haushaltsplan-Entwurf 2004

Beschluss des Senats über den Haushaltsplan-Entwurf 2004 und die Mittelfristige Finanzplanung 2003-2007	24. Juni 2003
Einbringung in die Bürgerschaft (Etatdebatte)	3. September 2003
1. Lesung im Haushaltsausschuss	9. - 30. September 2003
2. Lesung im Haushaltsausschuss	24. -31. Oktober 2003
Beschluss der Bürgerschaft über den Haushalt 2004	17. Dezember 2003

8 Glossar

8.1 Wesentliche haushaltsrechtliche Vorschriften / Grundsätze für die Aufstellung von Haushaltsplan und Finanzplan

8.1.1 Haushaltsplan

- Alle Einnahmen und Ausgaben der Freien und Hansestadt Hamburg müssen für jedes Rechnungsjahr veranschlagt und in den Haushaltsplan eingestellt werden (Art. 66 Abs. 1 Hamburgische Verfassung (HV)).
- Der Haushaltsplan wird vom Senat für je ein Rechnungsjahr der Bürgerschaft vorgelegt und durch Beschluss der Bürgerschaft festgestellt (Art. 66 Abs. 2 HV und § 1 Abs. 1 Landeshaushaltsordnung (LHO)).
- Die Finanzbehörde stellt den Entwurf des Haushaltsplanes auf; sie kann die Voranschläge der Behörden im Benehmen mit den beteiligten Behörden ändern (§ 28 Absatz 1 LHO).
- Die Finanzbehörde beteiligt die Senatskanzlei bei der Entscheidung über die Veranschlagung neuer Investitionen im Haushaltsplan mit Gesamtkosten von mehr als 500.000 EUR oder von besonderer Bedeutung.
- Der Entwurf des Haushaltsplans wird vom Senat beschlossen (§ 29 Absatz 1 LHO).
- Änderungen des Haushaltsplan-Entwurfs (= Ergänzungen) werden ebenfalls vom Senat beschlossen (§ 32 LHO).
- Das Recht, den Haushaltsplan-Entwurf zu beschließen und ggf. zu ergänzen, steht allein dem Senat zu (= Budgetinitiativrecht des Senats); daraus folgt, dass der Haushaltsplan-Entwurf durch die Bürgerschaft nicht verändert / ergänzt werden kann; die Bürgerschaft kann erst im Zusammenhang mit dem Beschluss über den Haushaltsplan Änderungen beschließen.
- Der Haushaltsplan ist in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen (Art. 66 Abs. 1 HV und § 11 Abs. 3 LHO).
- Der von der Bürgerschaft beschlossene Haushaltsplan ermächtigt die Verwaltung, Ausgaben zu leisten und Verpflichtungen einzugehen (§ 3 LHO); d. h. Ausgaben dürfen nur geleistet und Verpflichtungen dürfen nur eingegangen werden, wenn der Haushaltsplan entsprechende Ansätze bzw. Verpflichtungsermächtigungen enthält. Dies gilt grundsätzlich auch für Verpflichtungen zu Lasten künftiger Haushaltsjahre (§ 38 LHO).
- Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen dürfen nur zu dem im Haushaltsplan bezeichneten Zweck geleistet oder in Anspruch genommen werden (§ 45 LHO - Grundsatz der sachlichen Bindung).
- Nachbewilligungen von Haushaltsmitteln bedürfen eines Beschlusses der Bürgerschaft (Art 68 HV). Nachbewilligungsanträge werden vom Senat beschlossen; sie müssen einen Deckungsvorschlag enthalten (§ 33 LHO - Deckungsgebot).
- Überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben bedürfen der Einwilligung des Senats; die für die Finanzen zuständige Behörde ist vorher zu hören. Die Einwilligung darf nur im Falle eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses erteilt werden (Art.68 Abs. 2 HV und § 37 LHO).
- Die Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen, die zu Ausgaben in künftigen Haushaltsjahren führen können, bedarf einer der Höhe nach bestimmten Ermächtigung durch den Haushaltsbeschluss oder durch ein Gesetz (§ 39 Abs. 1 LHO).
- Kreditzusagen sowie die Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen bedürfen der Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde. Sie

ist an den Verhandlungen zu beteiligen (§ 39 Abs. 2 LHO).

- Die Verwaltungsvorschriften zur Haushalts- und Wirtschaftsführung werden von der Finanzbehörde erlassen (§ 5 LHO). Die Finanzbehörde hat das Recht, Ansätze und Verpflichtungsermächtigungen zu sperren (§ 41 LHO).

8.1.2 Finanzplan

- Die Finanzbehörde stellt den Finanzplan auf. Sie kann hierzu die notwendigen Unterlagen anfordern und diese im Benehmen mit den beteiligten Stellen abändern (§ 31 LHO).
- Der Entscheidungsvorschlag über die neuen Investitionen des Finanzplans wird von der Senatskanzlei vorgelegt.
- Der Senat beschließt den Finanzplan und legt ihn der Bürgerschaft vor (§ 31 LHO).

8.2 Begriffe

Ausgaben

bereinigte Gesamtausgaben: Gesamtausgaben des Haushalts abzüglich Zahlungen Hamburgs in den Länderfinanzausgleich, Zuführungen an Rücklagen, haushaltstechnische Verrechnungen und Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren.

bereinigte Betriebsausgaben: bereinigte Gesamtausgaben abzüglich Investitionen.

Ausgleichsgebot

Der Haushaltsplan und Nachträge zum Haushaltsplan sind in Einnahme und Ausgabe auszugleichen = Ausgleichsgebot (Art.66 (1) HV und § 11(3) LHO).

Betriebshaushalt

Einnahmen und Ausgaben des Haushalts, soweit sie nicht investive Einnahmen und Ausgaben betreffen. Zum Betriebshaushalt gehören

- auf der Einnahmenseite die Steuereinnahmen und die übrigen laufenden Einnahmen,
- auf der Ausgabenseite insbesondere die Personalausgaben, die Sach- und Fachausgaben und der Schuldendienst.

Zur Finanzierung des Betriebshaushalts dürfen keine Krediteinnahmen eingesetzt werden, Ausnahmen sind nur zulässig zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts (§ 18 LHO).

Deckungsfähigkeit

Die Deckungsfähigkeit gibt die Möglichkeit, im Haushaltsvollzug Mittel zwischen Titeln umzuschichten. Sie gibt damit Anreize, durch wirtschaftliches Handeln Mittel gezielt einzusparen und für andere Zwecke einzusetzen; sie ermöglicht es, – in begrenztem Umfang – auf veränderte Bedarfe oder neue Probleme schnell zu reagieren.

Haushaltsrechtlich ist die Deckungsfähigkeit eine gezielte Durchbrechung des Grundsatzes der sachlichen Bindung, nach dem die im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen nur zu dem im Haushaltsplan bezeichneten Zweck geleistet oder in Anspruch genommen werden dürfen (§ 45 Abs.1 LHO).

Bei gegenseitiger Deckungsfähigkeit darf jeder deckungsfähige Titel sowohl verstärkt als auch zur Verstärkung anderer deckungsfähiger Titel herangezogen werden. Bei einseitiger Deckungsfähigkeit können Titel nur entweder verstärkt oder zur Verstärkung anderer Titel

herangezogen werden.

Nach § 20 (1) LHO sind gegenseitig deckungsfähig

- die in Kontenrahmen zusammengefassten Personalausgaben,
- die in Kontenrahmen für Sachausgaben zusammengefassten Ausgaben,
- die in einer Titelgruppe veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen (mit Ausnahme der Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für Investitionen).

Nach § 20 (2) LHO können darüber hinaus im Haushaltsplan (durch Regelung im Haushaltsbeschluss oder durch Haushaltsvermerk im Zahlenwerk) Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für deckungsfähig erklärt werden, wenn ein verwaltungsmäßiger oder sachlicher Zusammenhang besteht oder eine wirtschaftliche und sparsame Verwendung gefördert wird.

Einnahmen

bereinigte Betriebseinnahmen: die laufenden Einnahmen des Betriebshaushalts

- Hamburg verbleibende Steuern und
- die übrigen laufenden Einnahmen – Abgaben, Gebühren, Geldstrafen und Geldbußen, Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit, Zinseinnahmen, erhaltene Zuweisungen und Zuschüsse.

investive Einnahmen: Einnahmen, die der Finanzierung von Investitionen dienen und deshalb dem Investitionshaushalt zugerechnet werden, insbesondere Zuweisungen und Zuschüsse vom Bund nach Art. 91 a GG (Gemeinschaftsaufgaben: Hochschulen, Küstenschutz u.a.).

bereinigte Gesamteinnahmen: bereinigte Betriebseinnahmen plus investive Einnahmen

Gesamteinnahmen: die Gesamteinnahmen des Haushalts umfassen die bereinigten Gesamteinnahmen zuzüglich Einnahmen aus haushaltstechnischen Verrechnungen, der Aufnahme von Krediten, aus Vermögensmobilisierung und Entnahmen aus Rücklagen und Stöcken.

Finanzierungssaldo

... im Betriebshaushalt: Saldo zwischen bereinigten Betriebseinnahmen und bereinigten Betriebsausgaben. Ein Überschuss im Betriebshaushalt (positiver Finanzierungssaldo) kann zur Finanzierung von Investitionen und damit zur Senkung der Kreditaufnahme eingesetzt oder Rücklagen zugeführt werden.

Im Haushaltsplan-Entwurf 2004 beträgt der Finanzierungssaldo – 524 Mio. EUR. Der Betriebshaushalt ist also defizitär und muss durch außerordentliche Finanzierungseinnahmen (Vermögensmobilisierung) ausgeglichen werden.

... im Investitionshaushalt: Saldo zwischen Investitionsausgaben und investiven Einnahmen. Der Finanzierungssaldo im Investitionshaushalt im Haushaltsplan-Entwurf 2004 beträgt – 845 Mio. EUR und wird durch Krediteinnahmen (750 Mio. EUR) und Vermögensmobilisierung (95 Mio. EUR) gedeckt. Die rechtliche Obergrenze zur Aufnahme neuer Kredite (§ 18 LHO) entspricht dem Finanzierungsdefizit im Investitionshaushalt.

Finanzplanungsrat

Der Finanzplanungsrat ist bei der Bundesregierung gebildet. Ihm gehören an: die Bundesminister der Finanzen und für Wirtschaft, die für die Finanzen zuständigen Minister der Länder sowie vier Vertreter der Gemeinden und Gemeindeverbände, die vom Bundesrat auf Vorschlag der kommunalen Spitzenverbände bestimmt werden. Die Deutsche Bundesbank kann an den Beratungen teilnehmen (§ 51 Abs. 1 HGrG). Der Finanzplanungsrat gibt Empfehlungen für eine Koordinierung der Finanzplanungen des Bundes, der Länder und der Gemein-

den und Gemeindeverbände. Dabei sollen eine einheitliche Systematik der Finanzplanungen aufgestellt sowie einheitliche volks- und finanzwirtschaftliche Annahmen für die Finanzplanungen und Schwerpunkte für eine den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen entsprechende Erfüllung der öffentlichen Aufgaben ermittelt werden (§ 51 Abs. 2 HGrG).

Grundstock für Grunderwerb

Der Grundstock für Grunderwerb ist ein Sondervermögen der Freien und Hansestadt Hamburg. Einnahmen aus der Veräußerung von Grundstücken sind diesem Sondervermögen zuzuführen, soweit der Haushaltsplan nichts anderes bestimmt (§ 64 (2) LHO). Die Mittel des Grundstocks dürfen nur zum Erwerb von Grundstücken sowie im Zusammenhang mit dem Erwerb, der Veräußerung oder der Bestellung eines Erbbaurechts auch zur Freimachung von Grundstücken verwendet werden (§ 64 (3) LHO). Im Haushaltsplan sind nur die Zuführungen und Ablieferungen / Entnahmen zu veranschlagen (§ 26 (2) LHO).

Haushaltsrest

s. Übertragbarkeit

Haushaltstechnische Verrechnungen

Hierzu gehören insbesondere:

- Verrechnungen zwischen Einzelplänen und Kapiteln sowie Verrechnungen anteiliger Einnahmen und Ausgaben (z.B. Versorgungsausgaben), soweit nicht bei der jeweiligen Einnahme- bzw. Ausgabeart.
- Durchlaufende Posten: Im Allgemeinen Beträge, die für andere vereinnahmt und in gleicher Höhe an diese weitergeleitet werden, ohne dass die Gebietskörperschaft an der Bewirtschaftung beteiligt ist bzw. bei der Verwendung der Mittel in irgendeiner Form mitwirkt.

Investitionen

Ausgaben für Investitionen sind nach § 13 (3) LHO die Ausgaben für

a) Baumaßnahmen,
b) den Erwerb von beweglichen Sachen, soweit sie nicht als sächliche Verwaltungsausgaben veranschlagt werden,
c) den Erwerb von unbeweglichen Sachen,
d) den Erwerb von Beteiligungen und sonstigem Kapitalvermögen, von Forderungen und Anteilsrechten an Unternehmen, von Wertpapieren sowie für die Heraufsetzung des Kapitals von Unternehmen,
e) Darlehen,
f) die Inanspruchnahme aus Gewährleistungen,
g) Zuweisungen und Zuschüsse zur Finanzierung von Ausgaben für die in den Buchstaben a bis f genannten Zwecke.

Die Ausgaben für Investitionen (abzüglich der Investitionseinnahmen) bilden die rechtliche Obergrenze zur Aufnahme neuer Kredite (§ 18 LHO).

Investitionsquote

Anteil der Investitionen an den bereinigten Gesamtausgaben (2004: 10,2 %)

Kreditobergrenze

Rechtliche Obergrenze für die Aufnahme von neuen Krediten (Nettokreditaufnahme). Sie wird bestimmt durch die Summe der Ausgaben für Investitionen abzüglich der Einnahmen für Investitionen; eine Überschreitung dieser Grenze ist nur zulässig zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts (§ 18 LHO).

Kreditfinanzierungsquote

Anteil der bereinigten Gesamtausgaben, der durch Aufnahme von Krediten finanziert werden muss (2004: 7,8 %)

Mittelfristige Aufgabenplanung

Mit der Mittelfristigen Aufgabenplanung (MAP) wird vom Senat im Rahmen der Finanzplanung die Ausgabenentwicklung für bestimmte Politikfelder für die Referenzperiode der Finanzplanung festgelegt. Über ausgewählte Aufgabenfelder wird der Bürgerschaft im Rahmen des Finanzberichts berichtet.

Nettokreditaufnahme

Die Nettokreditaufnahme bezeichnet das Volumen der im Haushaltsplan veranschlagten Kreditaufnahme zur Finanzierung von Investitionen. Im Unterschied dazu umfasst die Bruttokreditaufnahme darüber hinaus auch die zur Ablösung von Altschulden erforderliche Kreditaufnahme. Die Ermächtigung zur Aufnahme von Krediten erfolgt durch den jährlichen Haushaltsbeschluss (Art. 2).

Personalausgaben-Quote

Anteil der Personalausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben (2004: 36,1 %)

Personalsteuerquote

Anteil der Hamburg verbleibenden Steuern, die für Personalausgaben eingesetzt werden. Sie beträgt 2004 50,8 %, d.h. 50,8 % der dem Hamburger Haushalt verbleibenden Steuereinnahmen müssen für Personalausgaben eingesetzt werden.

Rücklage

Reserven, die durch Zuführungen aus dem Haushalt für bestimmte Zwecke gebildet werden. Im Einzelnen:

- Allgemeine Rücklage: Der Rücklage werden in der Regel die mit dem Haushaltsabschluss entstandenen Haushaltsüberschüsse zugeführt (Titel 9890.919.01). Die Mittel werden dann im Bedarfsfall wieder zur Haushaltsfinanzierung entnommen (Titel 9990.359.01). Im Rahmen der Bewirtschaftung dürfen Mittel unterjährig entnommen werden für Mehrausgaben im Rahmen von Leistungen im bundesstaatlichen Finanzausgleich, zum Ausgleich von Mindereinnahmen bei den Steuern oder zur Reduzierung der Netto-Kreditaufnahme.
- Gewährleistungs- und Schuldendienstrücklage: Die Rücklage kann herangezogen werden zur Deckung von Zahlungen für Ausfälle aus Sicherheitsleistungen (Bürgschaften, Garantien) und für Mehrbedarfe beim Schuldendienst. Sie wird gebildet aus den Vergütungen für Sicherheitsleistungen (Titel 9650.111.51) und den Rückflüssen aus der Inanspruchnahme von Sicherheitsleistungen (9650.141.01), die als zweckgebundene Einnahmen in voller Höhe der Rücklage zuwachsen (Titel 9650.913.01).

Schuldendienst-Einnahmequote

Anteil der bereinigten Betriebseinnahmen, der für die Ausgaben für den Schuldendienst eingesetzt werden muss (2004: 12,9 %)

Steuereinnahmen

Vom Steueraufkommen in Hamburg verbleiben nach Zerlegung im Hamburger Haushaltsplan zu veranschlagende Steuereinnahmen „vor Länderfinanzausgleich". Für das Jahr 2004 werden die Hamburger Steuereinnahmen vor Länderfinanzausgleich auf rd. 7,2 Mrd. EUR geschätzt.

Da Hamburg Zahlerland im Länderfinanzausgleich ist und Beiträge an Empfängerländer zu leisten hat, stehen zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben in Hamburg diese Steuereinnahmen nicht in ganzer Höhe zur Verfügung. Im Haushaltsplan-Entwurf 2004 sind 400 Mio. EUR Zahlungen in den Länderfinanzausgleich veranschlagt. Nach Abzug des Länderfinanzausgleichs ergeben sich die „Hamburg verbleibenden Steuern". Sie betragen rd. 6,8 Mrd. EUR.

Steuerdeckungsquote

Die Steuerdeckungsquote bezeichnet den Anteil der bereinigten Gesamtausgaben, der durch Steuereinnahmen gedeckt wird (2004: 71,1 %). Der restliche Anteil muss – wenn nicht durch übrige laufende Einnahmen des Betriebshaushalts oder durch investive Einnahmen – durch außerordentliche Finanzierungseinnahmen (Krediteinnahmen, Rücklagenentnahmen, Vermögensmobilisierung) finanziert werden.

Steuerschätzung

Die Steuereinnahmen der gebietskörperschaftlichen Ebenen (Bund, Länder, Gemeinden) werden zweimal jährlich vom Arbeitskreis „Steuerschätzungen" beim Bundesministerium für Finanzen geschätzt.

Der AK Steuerschätzungen existiert seit 1955 als Beirat beim Bundesfinanzministerium. Er wurde vom damaligen Finanzminister Fritz Schäfer (CSU) ins Leben gerufen und tritt in der Regel zwei Mal jährlich zusammen.

Mitglieder des Arbeitskreises sind Finanzexperten des Bundesfinanzministeriums (federführend), der sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute, des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank, des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR), der Länderfinanzministerien und der Bundesvereinigung kommunaler Spitzenverbände („Deutscher Städtetag").

Die Schätzungen erfolgen auf Basis gesamtwirtschaftlicher Eckdaten und unter Berücksichtigung der aktuellen Aufkommensentwicklung der Steuereinnahmen. Geschätzt wird das Steueraufkommen von rund 30 Steuerarten – von der Lohnsteuer bis zur relativ geringen Biersteuer. Der AK Steuerschätzungen trifft seine Prognosen auf der Basis geltenden Steuerrechts. Laufende Gesetzesvorhaben, die noch von Bundestag oder Bundesrat verändert oder verhindert werden können, fließen darin nicht ein.

Während in der jährlichen November-Schätzung die Steuererwartungen für das laufende und das kommende Jahr geschätzt werden, umfasst die Mai-Schätzung auch die nachfolgenden drei Jahre.

Die Zahlen der Steuerschätzungen werden dem Finanzplanungsrat von Bund, Ländern und Kommunen vorgelegt. Die Länder nehmen regelmäßig eigene Steuerschätzungen vor. In Hamburg ist die Finanzbehörde dafür zuständig. Die Prognosen des AK Steuerschätzungen bilden zudem die Grundlage für die geschätzte Verteilung im Länderfinanzausgleich.

Titelgruppe

Eine Titelgruppe ist die Zusammenfassung gemeinsam zu bewirtschaftender Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für eine bestimmte Aufgabe unter einer gemeinsamen Zweckbestimmung. Die in einer Titelgruppe veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind nach § 20 Abs.1 LHO gegenseitig deckungsfähig (mit Ausnahme der Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für Investitionen).

Übertragbarkeit

Die Übertragbarkeit von Ausgaben auf das nächste Haushaltsjahr gibt Anreize, vorhandene Haushaltsmittel nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zum günstigsten Zeitpunkt einzusetzen und damit das vielfach beklagte „Dezemberfieber" zu verhindern.

Haushaltsrechtlich ist die Übertragbarkeit eine gezielte Durchbrechung des Grundsatzes der Jährlichkeit / des Grundsatzes der zeitlichen Bindung, nach dem die Ermächtigungen des Haushaltsplans, Ausgaben zu leisten und Verpflichtungen einzugehen, grundsätzlich nur für das jeweilige Haushaltsjahr gelten. Minderausgaben bei übertragbaren Ausgaben dürfen als sog. Haushaltsreste auf das nächste Haushaltsjahr übertragen werden; sie erhöhen damit den Ermächtigungsrahmen für dieses Jahr.

Nach § 19 (1) LHO sind Ausgaben für Investitionen und Ausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen übertragbar. Andere Ausgaben können im Haushaltsplan (durch Regelung im Haushaltsbeschluss oder durch den Haushaltsvermerk „übertragbar" im Zahlenwerk) für übertragbar erklärt werden, wenn dies ihre wirtschaftliche und sparsame Verwendung fördert.

Verpflichtungsermächtigung (VE)

Maßnahmen, die zur Leistung von Ausgaben in künftigen Haushaltsjahren verpflichten, sind grundsätzlich nur zulässig, wenn der Haushaltsplan dazu ermächtigt (Verpflichtungsermächtigung). Eine Verpflichtungsermächtigung ist nicht erforderlich, wenn Verpflichtungen für laufende Geschäfte eingegangen werden (§§ 16 und 38 LHO).

Zinslastquote

Anteil der Zinsausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben (2004: 10,8 %)

Zins-Steuer Quote

Anteil der Steuereinnahmen (Hamburg verbleibende Steuern), der für Zinszahlungen ausgegeben werden muss. Die Zins-Steuer-Quote ist einer der wichtigsten Indikatoren für die Haushaltslage, weil sie die (kumulierten) Belastungen der Schuldenaufnahme der Vergangenheit (=Zinsen) ins Verhältnis setzt zu dem wichtigsten Einnahmeposten der öffentlichen Haushalte und damit zu deren Leistungsfähigkeit. Eine hohe und steigende Zins-Steuer-Quote verengt die Möglichkeiten des Haushalts, öffentliche Aufgaben wahrzunehmen (2004: 15,2 %).

Zweckbindung von Einnahmen

Die Zweckbindung von Einnahmen stärkt die dezentrale Verantwortung für die Einnahmen dadurch, dass unter bestimmten Bedingungen Einnahmen ganz oder teilweise für zusätzliche Ausgaben verwendet werden dürfen. Haushaltsrechtlich ist die Zweckbindung von Einnahmen eine gezielte Durchbrechung des Grundsatzes der Gesamtdeckung, nach dem alle Einnahmen als Deckungsmittel für alle Ausgaben dienen (§ 8 LHO).

Auf die Verwendung für bestimmte Zwecke dürfen Einnahmen beschränkt werden, soweit dies durch Gesetz vorgeschrieben oder im Haushaltsplan (durch Regelung im Haushaltsbeschluss oder durch Haushaltsvermerk im Zahlenwerk) zugelassen ist oder die Mittel von anderer Seite zweckgebunden zur Verfügung gestellt worden sind.

9 Abkürzungsverzeichnis

ABM	Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
AKN	Altona-Kaltenkirchen-Neumünster Eisenbahn AG
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz
BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz
BbesG	Bundesbesoldungsgesetz
BBS	Behörde für Bildung und Sport
BBV	Behörde für Bau und Verkehr
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BEZ	Bundesergänzungszuweisungen
BfI	Behörde für Inneres
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMWA	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
BNI	Bernhard-Nocht-Institut
BSF	Behörde für Soziales und Familie
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
BUG	Behörde für Umwelt und Gesundheit
BWA	Behörde für Arbeit und Wirtschaft
BWF	Behörde für Wissenschaft und Forschung
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
Epl.	Einzelplan
FB	Finanzbehörde
FHG	Flughafen Hamburg GmbH
FHH	Freie und Hansestadt Hamburg
FMK	Finanzministerkonferenz
GG	Grundgesetz
HADAG	Seetouristik und Fährdienst AG
HEW	Hamburgische Electricitäts-Werke AG
HfbK	Hochschule für bildende Künste
HfM	Hochschule für Musik
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
HGV	Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsverwaltung mbH

HHA	Hamburger Hochbahn AG
HHLA	Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG
HLB	Hamburgische Landesbank
HmbKHG	Hamburgisches Krankenhausgesetz
HV	Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg
HVV	Hamburger Verkehrsverbund
HWK	Handwerkskammer
HWWA	Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv
HWP	Hochschule für Wirtschaft und Politik
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
IuK	Informations- und Kommunikationstechnik
IT	Informationstechnologie
JB	Justizbehörde
KB	Kulturbehörde
KRD	Kontenrahmen Dienstbezüge
KRS	Kontenrahmen Sachausgaben
KRV	Kontenrahmen Versorgungsausgaben
ku	künftig umzuwandeln
kw	künftig wegfallend
LBK	Landesbetrieb Krankenhäuser
LFA	Länderfinanzausgleich
LFS	Landesfeuerwehrschule
LHO	Landeshaushaltsordnung
LIT	Landesamt für Informationstechnik
NSM	Neues Steuerungsmodell
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
PVG	Pinneberger Verkehrsgesellschaft
p&w	Pflegen und wohnen
SfB	Senatsamt für Bezirksangelegenheiten
SfG	Senatsamt für die Gleichstellung
SGB	Sozialgesetzbuch
TK	Telekommunikation
TUHH	Technische Universität Hamburg-Harburg

UKE	Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf
VCI	Verband der Chemischen Industrie
VE	Verpflichtungsermächtigung
VHH	Verkehrsbetriebe Hamburg Holstein
WK	Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt
ZDL	Zentrale Datenstelle der Länderfinanzminister

10 Verzeichnis der Anlagen

Anlage:

Übersichten zum Haushaltsplan-Entwurf 2004 und zur Finanzplanung 2003-2007

1. Übersichten gem. §§ 13 und 14 LHO

Haushaltsübersicht **1.1**

Finanzierungsübersicht/Kreditfinanzierungsplan **1.2**

Gruppierungsübersicht **1.3**
Gliederung der Einnahmen nach Einnahmegruppen
Gliederung der Ausgaben (Verpflichtungsermächtigungen) nach Ausgabengruppen

Funktionenübersicht **1.4**
Gliederung der Einnahmen nach Funktionen/Aufgabenbereichen
Gliederung der Ausgaben (Verpflichtungsermächtigungen) nach Funktionen/Aufgabenbereichen

Haushaltsquerschnitt **1.5**
Gliederung der Einnahmen/Ausgaben (Verpflichtungsermächtigungen) nach Funktionen und Gruppen

Übersicht über die den Haushalt in Einnahmen und Ausgaben durchlaufenden Posten **1.6**

Allgemeine Erläuterungen und Übersichten zum Stellenplan 2004 **1.7**

Übersicht über die Personalausgaben der Hauptgruppe 4 **1.8**

2. Übersichten über die Investitionstätigkeit

Übersicht über die Gesamtinvestitionen 2003-2007 nach Bereichen **2.1**

Einzeldarstellung des Investitionsplans 2003-2007 (2008) **2.2**

Private Vorfinanzierung öffentlicher Baumaßnahmen **2.3**

3. Übersichten über Steueraufkommen und Steuereinnahmen Hamburgs 2002 **3**

4. Übersichten aufgrund bürgerschaftlicher Ersuchen

Zuwendungen im Haushaltsplan-Entwurf 2004 **4.1**

Mittel für Forschungs- und Gutachtenaufträge an Dritte 2004 **4.2**

5. Übersichten zum betrieblichen Bereich und zu den Sondervermögen

Betriebliche Entwicklungszahlen von Landesbetrieben und größeren nettoveranschlagten Einrichtungen 2002-2004 **5.1**

Einnahmen und Ausgaben der Sondervermögen **5.2**

6. Übersichten zum Unternehmensbereich

Übersicht über die Unternehmensbeteiligungen Hamburgs **6.1**

Übersicht über die Haushaltseinnahmen und -ausgaben mit Bezug zu den hamburgischen öffentlichen Unternehmen 2002-2004 **6.2**

11 Anhang

Anhang I

Stand: Januar 03

Verfügbares Einkommen von Arbeitnehmern mit Durchschnittseinkommen in den Jahren 1960 bis 2006 (ab 1991: alte und neue Bundesländer)

Ledige Arbeitnehmer, ohne Kinder, unter 50 Jahren (Steuerklasse I/0)

Jahr	Jahres-arbeits-lohn	Lohnsteuer		Soli-daritäts-zuschlag		Steuer insgesamt		Sozialabgaben (Arbeitnehmeranteil)										Abgaben insgesamt		verfügbares Einkommen	
								Renten-versich.		Kranken-versich.		Arbeitsl.-versich.		Pflege-versich.		insgesamt					
	€	€	vH *)	€	vH *)	€	vH *)	€	vH *)	€	vH *)	€	vH *)	€	vH *)	€	vH *)	€	vH *)	€	vH *)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
1960	3.144	322	10,2	0	0,0	322	10,2	220	7,0	132	4,2	31	1,0	0	0,0	383	12,2	705	22,4	2.439	77,6
1965	4.775	562	11,8	0	0,0	562	11,8	334	7,0	212	4,4	30	0,6	0	0,0	576	12,1	1.138	23,8	3.637	76,2
1970	7.076	1.059	15,0	0	0,0	1.059	15,0	601	8,5	290	4,1	46	0,7	0	0,0	937	13,2	1.996	28,2	5.080	71,8
1975	11.213	1.766	15,7	0	0,0	1.766	15,7	1.009	9,0	589	5,3	112	1,0	0	0,0	1.710	15,3	3.476	31,0	7.737	69,0
1980	15.180	2.570	16,9	0	0,0	2.570	16,9	1.366	9,0	865	5,7	228	1,5	0	0,0	2.459	16,2	5.029	33,1	10.151	66,9
1981	15.911	2.664	16,7	0	0,0	2.664	16,7	1.472	9,3	955	6,0	239	1,5	0	0,0	2.666	16,8	5.330	33,5	10.581	66,5
1982	16.535	2.806	17,0	0	0,0	2.806	17,0	1.488	9,0	992	6,0	331	2,0	0	0,0	2.811	17,0	5.617	34,0	10.918	66,0
1983	17.067	2.981	17,5	0	0,0	2.981	17,5	1.550	9,1	1.007	5,9	393	2,3	0	0,0	2.950	17,3	5.931	34,8	11.136	65,2
1984	17.583	3.160	18,0	0	0,0	3.160	18,0	1.626	9,2	1.002	5,7	404	2,3	0	0,0	3.032	17,2	6.192	35,2	11.391	64,8
1985	18.095	3.335	18,4	0	0,0	3.335	18,4	1.710	9,5	1.068	5,9	389	2,1	0	0,0	3.167	17,5	6.502	35,9	11.593	64,1
1986	18.744	3.473	18,5	0	0,0	3.473	18,5	1.799	9,6	1.143	6,1	375	2,0	0	0,0	3.317	17,7	6.790	36,2	11.954	63,8
1987	19.332	3.679	19,0	0	0,0	3.679	19,0	1.808	9,4	1.218	6,3	416	2,2	0	0,0	3.442	17,8	7.121	36,8	12.211	63,2
1988	19.910	3.673	18,4	0	0,0	3.673	18,4	1.862	9,4	1.284	6,4	428	2,1	0	0,0	3.574	18,0	7.247	36,4	12.663	63,6
1989	20.508	3.873	18,9	0	0,0	3.873	18,9	1.917	9,3	1.323	6,5	441	2,2	0	0,0	3.681	17,9	7.554	36,8	12.954	63,2
1990	21.479	3.604	16,8	0	0,0	3.604	16,8	2.008	9,3	1.342	6,2	462	2,2	0	0,0	3.812	17,7	7.416	34,5	14.063	65,5
1991	19.838	3.163	15,9	119	0,6	3.282	16,5	1.781	9,0	1.210	6,1	613	3,1	0	0,0	3.604	18,2	6.886	34,7	12.952	65,3
1992	21.883	3.719	17,0	139	0,6	3.858	17,6	1.937	8,9	1.390	6,4	689	3,1	0	0,0	4.016	18,4	7.874	36,0	14.009	64,0
1993	22.855	3.936	17,2	0	0,0	3.936	17,2	2.000	8,8	1.531	6,7	743	3,3	0	0,0	4.274	18,7	8.210	35,9	14.645	64,1
1994	23.315	4.069	17,5	0	0,0	4.069	17,5	2.238	9,6	1.539	6,6	758	3,3	0	0,0	4.535	19,5	8.604	36,9	14.711	63,1
1995	24.031	4.276	17,8	321	1,3	4.597	19,1	2.235	9,3	1.586	6,6	781	3,2	120	0,5	4.722	19,6	9.319	38,8	14.712	61,2
1996	24.389	4.315	17,7	324	1,3	4.639	19,0	2.341	9,6	1.646	6,7	793	3,3	166	0,7	4.946	20,3	9.585	39,3	14.804	60,7
1997	24.440	4.332	17,7	325	1,3	4.657	19,1	2.481	10,2	1.650	6,8	794	3,2	208	0,9	5.133	21,0	9.790	40,1	14.650	59,9
1998	24.695	4.387	17,8	241	1,0	4.628	18,7	2.507	10,2	1.692	6,9	803	3,3	210	0,9	5.212	21,1	9.840	39,8	14.855	60,2
1999	25.002	4.395	17,6	242	1,0	4.637	18,5	2.463	9,9	1.713	6,9	813	3,3	213	0,9	5.202	20,8	9.839	39,4	15.163	60,6
2000	25.450	4.323	17,0	238	0,9	4.561	17,9	2.456	9,7	1.743	6,8	827	3,2	216	0,8	5.242	20,6	9.803	38,5	15.647	61,5
2001	25.919	4.081	15,7	224	0,9	4.305	16,6	2.475	9,5	1.788	6,9	842	3,2	220	0,8	5.325	20,5	9.630	37,2	16.289	62,8
2002	26.593	4.293	16,1	236	0,9	4.529	17,0	2.540	9,6	1.862	7,0	864	3,2	226	0,8	5.492	20,7	10.021	37,7	16.572	62,3
2003	27.316	4.518	16,5	248	0,9	4.766	17,4	2.663	9,7	1.967	7,2	888	3,3	232	0,8	5.750	21,0	10.516	38,5	16.800	61,5
2004	28.095	4.597	16,4	253	0,9	4.850	17,3	2.739	9,7	2.023	7,2	913	3,2	239	0,9	5.914	21,1	10.764	38,3	17.331	61,7
2005	28.897	4.514	15,6	248	0,9	4.762	16,5	2.817	9,7	2.081	7,2	939	3,2	246	0,9	6.083	21,1	10.845	37,5	18.052	62,5
2006	29.721	4.763	16,0	262	0,9	5.025	16,9	2.898	9,8	2.140	7,2	966	3,3	253	0,9	6.257	21,1	11.282	38,0	18.439	62,0

*) in v.H. zu Spalte 2

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Datensammlung zur Steuerpolitik, Ausgabe 2003

Verheiratete Arbeitnehmer, mit 2 Kindern, Alleinverdiener (Steuerklasse III/2)

Jahr	Jahres-arbeits-lohn	Lohnsteuer		Soli-daritäts-zuschlag		Steuer insgesamt		Sozialabgaben (Arbeitnehmeranteil)										Abgaben insgesamt		Kinder-geld	verfügbares Einkommen	
								Renten-versich.		Kranken-versich.		Arbeitsl.-versich.		Pflege-versich.		insgesamt						
	€	€	vH *)	€	vH *)	€	vH *)	€	vH *)	€	vH *)	€	vH *)	€	vH *)	€	vH *)	€	vH *)	€	€	vH *)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
1960	3.144	0	0,0	0	0,0	0	0,0	220	7,0	132	4,2	31	1,0	0	0,0	383	12,2	383	12,2	0	2.761	87,8
1965	4.775	122	2,6	0	0,0	122	2,6	334	7,0	212	4,4	30	0,6	0	0,0	576	12,1	698	14,6	0	4.077	85,4
1970	7.076	554	7,8	0	0,0	554	7,8	601	8,5	290	4,1	46	0,7	0	0,0	937	13,2	1.491	21,1	51	5.636	79,6
1975	11.213	1.214	10,8	0	0,0	1.214	10,8	1.009	9,0	589	5,3	112	1,0	0	0,0	1.710	15,3	2.924	26,1	736	9.025	80,5
1980	15.180	1.566	10,3	0	0,0	1.566	10,3	1.366	9,0	865	5,7	228	1,5	0	0,0	2.459	16,2	4.025	26,5	920	12.075	79,5
1981	15.911	1.688	10,6	0	0,0	1.688	10,6	1.472	9,3	955	6,0	239	1,5	0	0,0	2.666	16,8	4.354	27,4	1.033	12.590	79,1
1982	16.535	1.798	10,9	0	0,0	1.798	10,9	1.488	9,0	992	6,0	331	2,0	0	0,0	2.811	17,0	4.609	27,9	920	12.846	77,7
1983	17.067	1.798	10,5	0	0,0	1.798	10,5	1.550	9,1	1.007	5,9	393	2,3	0	0,0	2.950	17,3	4.748	27,8	920	13.239	77,6
1984	17.583	1.908	10,9	0	0,0	1.908	10,9	1.626	9,2	1.002	5,7	404	2,3	0	0,0	3.032	17,2	4.940	28,1	920	13.563	77,1
1985	18.095	2.004	11,1	0	0,0	2.004	11,1	1.710	9,5	1.068	5,9	389	2,1	0	0,0	3.167	17,5	5.171	28,6	920	13.844	76,5
1986	18.744	1.664	8,9	0	0,0	1.664	8,9	1.799	9,6	1.143	6,1	375	2,0	0	0,0	3.317	17,7	4.981	26,6	920	14.683	78,3
1987	19.332	1.786	9,2	0	0,0	1.786	9,2	1.808	9,4	1.218	6,3	416	2,2	0	0,0	3.442	17,8	5.228	27,0	920	15.024	77,7
1988	19.910	1.846	9,3	0	0,0	1.846	9,3	1.862	9,4	1.284	6,4	428	2,1	0	0,0	3.574	18,0	5.420	27,2	920	15.410	77,4
1989	20.508	1.968	9,6	0	0,0	1.968	9,6	1.917	9,3	1.323	6,5	441	2,2	0	0,0	3.681	17,9	5.649	27,5	920	15.779	76,9
1990	21.479	1.486	6,9	0	0,0	1.486	6,9	2.008	9,3	1.342	6,2	462	2,2	0	0,0	3.812	17,7	5.298	24,7	1.012	17.193	80,0
1991	19.838	1.216	6,1	46	0,2	1.262	6,4	1.781	9,0	1.210	6,1	613	3,1	0	0,0	3.604	18,2	4.866	24,5	1.104	16.076	81,0
1992	21.883	1.340	6,1	50	0,2	1.390	6,4	1.937	8,9	1.390	6,4	689	3,1	0	0,0	4.016	18,4	5.406	24,7	1.227	17.704	80,9
1993	22.855	1.486	6,5	0	0,0	1.486	6,5	2.000	8,8	1.531	6,7	743	3,3	0	0,0	4.274	18,7	5.760	25,2	1.227	18.322	80,2
1994	23.315	1.512	6,5	0	0,0	1.512	6,5	2.238	9,6	1.539	6,6	758	3,3	0	0,0	4.535	19,5	6.047	25,9	1.227	18.495	79,3
1995	24.031	1.326	5,5	0	0,0	1.326	5,5	2.235	9,3	1.586	6,6	781	3,2	120	0,5	4.722	19,6	6.048	25,2	1.227	19.210	79,9
1996	24.389	1.604	6,6	0	0,0	1.604	6,6	2.341	9,6	1.646	6,7	793	3,3	166	0,7	4.946	20,3	6.550	26,9	2.454	20.293	83,2
1997	24.440	1.604	6,6	0	0,0	1.604	6,6	2.481	10,2	1.650	6,8	794	3,2	208	0,9	5.133	21,0	6.737	27,6	2.700	20.403	83,5
1998	24.695	1.606	6,5	0	0,0	1.606	6,5	2.507	10,2	1.692	6,9	803	3,3	210	0,9	5.212	21,1	6.818	27,6	2.700	20.577	83,3
1999	25.002	1.450	5,8	0	0,0	1.450	5,8	2.463	9,9	1.713	6,9	813	3,3	213	0,9	5.202	20,8	6.652	26,6	3.068	21.418	85,7
2000	25.450	1.368	5,4	0	0,0	1.368	5,4	2.456	9,7	1.743	6,8	827	3,2	216	0,8	5.242	20,6	6.610	26,0	3.313	22.153	87,0
2001	25.919	1.202	4,6	0	0,0	1.202	4,6	2.475	9,5	1.788	6,9	842	3,2	220	0,8	5.325	20,5	6.527	25,2	3.313	22.705	87,6
2002	26.593	1.358	5,1	0	0,0	1.358	5,1	2.540	9,6	1.862	7,0	864	3,2	226	0,8	5.492	20,7	6.850	25,8	3.696	23.439	88,1
2003	27.316	1.528	5,6	0	0,0	1.528	5,6	2.663	9,7	1.967	7,2	888	3,3	232	0,8	5.750	21,0	7.278	26,6	3.696	23.734	86,9
2004	28.095	1.408	5,0	0	0,0	1.408	5,0	2.739	9,7	2.023	7,2	913	3,2	239	0,9	5.914	21,1	7.322	26,1	3.696	24.469	87,1
2005	28.897	1.366	4,7	0	0,0	1.366	4,7	2.817	9,7	2.081	7,2	939	3,2	246	0,9	6.083	21,1	7.449	25,8	3.696	25.144	87,0
2006	29.721	1.544	5,2	0	0,0	1.544	5,2	2.898	9,8	2.140	7,2	966	3,3	253	0,9	6.257	21,1	7.801	26,2	3.696	25.616	86,2

*) in v.H. zu Spalte 2

Anhang II

Große und Schriftliche Kleine Anfragen zu finanzpolitischen Themen in der 17. Wahlperiode (Auswahl)

Drs. Nr.	Datum	Thema (Stichwort)
17/ 157	21.12.2001	Zweitwohnungssteuer
17/ 170	21.12.2001	Wirkungen der Unternehmensteuerreform auf die Hamburger Finanzen
17/ 171	21.12.2001	Schuldenstand der Stadt
17/ 280	08.02.2002	Steuerreform und Mittelstand
17/ 373	26.02.2002	Umsatzsteuerbefreiung der Deutschen Post AG
17/ 527	05.04.2002	e-Government
17/ 547	12.04.2002	Entwicklung der Steuereinnahmen im ersten Quartal 2002
17/ 730	03.05.2002	Hochschulfinanzierung
17/ 831	21.05.2002	Was passierte in Jesteburg?
17/ 856	24.05.2002	Entwicklung der Steuereinnahmen bis Ende April 2002
17/ 962	18.06.2002	Intendanz-Bereiche der Behörden
17/963	18.06.2002	Einsparvolumen und Einsparmethode
17/ 974	18.06.2002	Unternehmensveräußerungen
17/ 984	18.06.2002	Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein
17/ 987	18.06.2002	Oberfinanzdirektion und Finanzämter
17/ 992	21.06.2002	Öffentliche Unternehmen
17/1005	21.06.2002	Arbeitszeitverlängerung
17/1007	21.06.2002	Beauftragtenwesen
17/1027	21.06.2002	Aufgabenwahrnehmung durch Bezirke bzw. Fachbehörden
17/1116	12.07.2002	Bürgertag in Hamburg
17/1128	30.07.2002	Modernisierung der Verwaltung und neue parlamentarische Steuerung
17/1142	16.07.2002	LBK-Verkauf
17/1201	09.08.2002	Verfügbares Einkommen und Leistungen im Länderfinanzausgleich
17/1206	09.08.2002	Entwicklung der Steuereinnahmen im ersten Halbjahr 2002
17/1207	27.08.2002	Stellenplan und Personalkostenbudgets
17/1264	27.08.2002	Intendanzbereiche der Behörden
17/1265	27.08.2002	Einsparvolumen und Einsparmethode
17/1297	30.08.2002	Konkretisierung der Einsparbeträge
17/1317	03.09.2002	Verbundmaßnahmen zwischen hamburgischen öffentlichen Unternehmen
17/1318	03.09.2002	Einsparungen durch Reduzierung der Zinsausgaben bzw. erhöhte Gewinnausschüttung öffentlicher Unternehmen

Drs. Nr.	Datum	Thema (Stichwort)
17/1347	10.09.2002	Arbeitszeiterhöhung für Beamten – hier: Einzelpläne 1.2 bis 1.8 Bezirke
17/1348	10.09.2002	Arbeitszeiterhöhung für Beamte – hier: Einzelplan 4, Behörde für Soziales und Familie
17/1349	10.09.2002	Arbeitszeiterhöhung für Beamten – hier: Einzelplan 8.2, Behörde für Umwelt und Gesundheit
17/1350	10.09.2002	Arbeitszeiterhöhung für Beamte – hier: Einzelplan 8.1, Innenbehörde
17/1351	10.09.2002	Arbeitszeiterhöhung für Beamte – hier: Einzelplan 6, Behörde für Bau und Verkehr
17/1352	10.09.2002	Arbeitszeiterhöhung für Beamte – hier: Einzelplan 3.2, BWF
17/1362	10.09.2002	Einsparungen in der Behörde für Soziales und Familie
17/1363	10.09.2002	Arbeitszeiterhöhung für Beamte – hier: Einzelplan 9., Finanzbehörde
17/1364	10.09.2002	Arbeitszeiterhöhung für Beamte – hier: Einzelplan 3.1, Behörde für Bildung und Sport
17/1365	10.09.2002	Arbeitszeiterhöhung für Beamte – hier: Einzelplan 7, Behörde für Wirtschaft und Arbeit
17/1387	13.09.2002	Arbeitszeiterhöhung für Beamte – hier: Einzelplan 3.3, Kulturbehörde
17/1397	17.09.2002	Verwirrung um Steuerreform
17/1416	20.09.2002	Ausschreibung öffentlicher Aufträge der Stadt Hamburg nur noch im Internet?
17/1423	24.09.2002	75 Mio. EUR Zinsersparnisse 2003/2004
17/1424	24.09.2003	HGV-Verlustausgleich
17/1462	01.10.2002	Öffentliche Unternehmen
17/1520	15.10.2002	SAGA+GWG – wohin mit den Verkaufserlösen II
17/1546	18.10.2002	Entwicklung der Steuereinnahmen bis Ende September 2002
17/1581	29.10.2002	Verlagerung von Behörden
17/1593	01.11.2002	Zuwendungsbericht
17/1605	05.11.2002	Öffentliche Unternehmen (2)
17/1631	08.11.2002	Mehrausgaben solide finanzieren
17/1639	08.11.2002	Konkretisierung der Einsparbeträge (2)
17/1646	12.11.2002	Privatisierung städtischer Wohnungen
17/1650	12.11.2002	Beratungen in der Kommission für Bodenordnung
17/1700	19.11.2002	Vergabe von städtischen Eigenheimgrundstücken
17/1735	22.11.2002	Zuwendungen 2002
17/1760	29.11.2002	Verkauf der Hamburgischen Elektrizitätswerke und die Folgen
17/1776	03.12.2002	Alterslasten im LBK
17/1794	06.12.2002	Erteilung der Spielbankkonzession
17/1810	06.23.2002	Verkauf der Hamburger Wasserwerke

Drs. Nr.	Datum	Thema (Stichwort)
17/1925	12.12.2002	Prüfung bei der Umsatzsteuer effektiv verstärken
17/2050	21.01.2003	Tarifabschluss im öffentlichen Dienst
17/2066	24.01.2003	Sponsoring durch die Stadtentwässerung
17/2068	24.01.2003	Entwicklung der Steuereinnahmen im Jahr 2002
17/2077	24.01.2003	Doppelversand bei den Steuererklärungen – muss das sein?
17/2090	24.01.2003	Besteuerung von Arbeitseinkommen sowie Einkommen aus Gewinn und Vermögen
17/2140	04.02.2003	Lage der Steuerverwaltung bedrohlich?
17/2235	21.02.2003	Auswirkungen des Tarifabschlusses für den öffentlichen Dienst
17/2320	07.03.2003	Förderung des Wohneigentums in Hamburg
17/2382	18.03.2003	Anstehender LBK-Verkauf
17/2383	18.03.2003	Münzspielbranche
17/2391	21.03.2003	Personalstruktur
17/2439	28.03.2003	Online-Roulette
17/2525	11.04.2003	Sachstand Finanzhilfe-Erstattungs-Abkommen mit Schleswig-Holstein
17/2535	15.04.2003	Entwicklung der Steuereinnahmen im ersten Quartal 2003
17/2548	17.04.2002	Privatisierung der Hamburger Wasserwerke
17/2559	22.04.2003	Kreditwürdigkeit Hamburgs
17/2562	22.04.2003	Haushaltsabschluss 2002
17/2567	22.04.2003	Umfang und Effizienz der telefonischen Erreichbarkeit Hamburger Behörden – Call Center Hamburg?
17/2629	06.05.2003	LBK - Verkauf
17/2675	16.05.2003	Sonderinvestitionsprogramm der Behörde für Wissenschaft und Forschung?
17/2717	16.05.2003	Entwicklung der Steuereinnahmen bis Ende April 2003
17/2722	20.05.2003	Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg – Aufteilung der Gewerbesteuer
17/2781	30.05.2003	Umstellung der Zuwendungspraxis
17/2795	30.05.2003	Auflösung der OFD-Zentralbibliothek?
17/2813	06.06.2003	Stadteigene Immobilien in Neuenfelde
17/2889	20.06.2003	Zuwendungen der Bezirke in Jugend- und Sozialangelegenheiten
17/2900	24.06.2003	Steuerumgehungsmodell für den privaten Gesellschafter der Flughafen Hamburg GmbH
17/2901	24.06.2003	Private Co-Finanzierung in Hamburg
17/2917	27.06.2003	Mittelkürzungen bei der Steuerverwaltung
17/2925	27.06.2003	Spenden als Signale für die Bedeutung des Standortes Hamburg
17/2994	08.07.2003	Konkretisierung der Einsparbeträge 2004

Drs. Nr.	Datum	Thema (Stichwort)
17/3009	11.07.2003	Umschichtungen 2004
17/3010	11.07.2003	Entwicklung der Steuereinnahmen im ersten Halbjahr 2003
17/3037	15.07.2003	Überschreitung des Personalkostenbudgets
17/3045	18.07.2003	LBK Verkauf – Beteiligungsmodell (I)
17/3066	22.07.2003	Jesteburg greift?
17/3075	22.07.2003	Kein Sponsoring für Polizeiuniformen – oder gilt in Hamburg besonderes Recht?
17/3089	25.07.2003	Zusätzliche Konsolidierung von 300 Mio.
17/3091	25.07.2003	LBK Verkauf – Beteiligungsmodell (II)
17/3116	29.07.2003	LBK Verkauf – Beteiligungsmodell (III)
17/3029	01.08.2003	Umsetzung des Konsolidierungspakets 2003/2004

Anlage 1.1

Haushaltsübersicht
der Freien und Hansestadt Hamburg

EINZELPLAN		Steuern 0 ohne 09 Steuerähnliche Abgaben (A) 09		Gebühren (G) 111 übrige Verwaltungseinnahmen 1 ohne 111	
Nr.	Bezeichnung	2004	2003	2004	2003
		1	2	3	4
01.0	Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof	-	-	- G	- G
		- A	- A	10	10
01.1	Senat und Senatsämter	-	-	78 G	111 G
		- A	- A	1.153	2.165
01.2	Bezirksamt Hamburg-Mitte	-	-	19.082 G	18.953 G
		- A	- A	844	5.637
01.3	Bezirksamt Altona	-	-	6.861 G	6.936 G
		- A	- A	528	2.675
01.4	Bezirksamt Eimsbüttel	-	-	4.949 G	4.565 G
		- A	- A	663	2.146
01.5	Bezirksamt Hamburg-Nord	-	-	7.093 G	5.592 G
		- A	- A	1.222	14.248
01.6	Bezirksamt Wandsbek	-	-	7.597 G	7.444 G
		- A	- A	722	3.956
01.7	Bezirksamt Bergedorf	-	-	4.114 G	4.074 G
		- A	- A	3.398	5.614
01.8	Bezirksamt Harburg	-	-	7.144 G	6.733 G
		- A	- A	781	2.882
02.0	Justizbehörde	-	-	114.979 G	105.711 G
		- A	- A	23.427	21.801
03.1	Behörde für Bildung und Sport	-	-	3.139 G	3.118 G
		- A	- A	7.623	3.904
03.2	Behörde für Wissenschaft und Forschung	-	-	5 G	10 G
		- A	- A	6.562	7.768
03.3	Kulturbehörde	-	-	8 G	60 G
		- A	- A	413	393
04.0	Behörde für Soziales und Familie	-	-	6.833 G	6.557 G
		- A	- A	16.238	15.840
06.0	Behörde für Bau und Verkehr	-	-	1.573 G	1.500 G
		- A	- A	6.427	4.959
07.0	Behörde für Wirtschaft und Arbeit	-	-	29.624 G	28.554 G
		- A	- A	6.427	6.715
08.1	Behörde für Inneres	-	-	34.134 G	32.838 G
		- A	- A	40.910	40.117
08.2	Behörde für Umwelt und Gesundheit	-	-	14.018 G	14.826 G
		5.087 A	5.087 A	118.115	118.570
09.1	Finanzbehörde	-	-	21.955 G	21.692 G
		- A	- A	100.260	92.870
09.2	Allgemeine Finanzverwaltung	7.256.000	6.987.113	1.922 G	1.672 G
		55.350 A	60.970 A	152.058	160.483
	Gesamteinnahmen 2004 / 2003	7.256.000	6.987.113	285.108 G	270.946 G
		60.437 A	66.057 A	487.781	512.753
	Gegenüber 2003 mehr (+) / weniger (-)	268.887+		14.162+ G	
		5.620- A		24.972-	

Laufende Übertragungen 2		Schuldenaufnahmen 31, 32 Zuschüsse für Investitionen (Z) 33, 34		Besondere Finanzierungseinnahmen 35 - 38		Gesamteinnahmen		
2004	2003	2004	2003	2004	2003	2004	2003	Epl. Nr.
5	6	7	8	9	10	11	12	
- -	-	-	-	179	124	189	134	01.0
		- Z	- Z					
339	94	-	-	-	-	1.570	2.370	01.1
		- Z	- Z					
9.602	7.646	-	-	-	-	29.528	32.236	01.2
		- Z	- Z					
2.228	2.069	-	-	-	-	9.617	11.680	01.3
		- Z	- Z					
2.017	2.352	-	-	-	-	7.629	9.063	01.4
		- Z	- Z					
2.470	2.477	-	-	-	-	10.785	22.317	01.5
		- Z	- Z					
4.506	4.381	-	-	-	-	12.825	15.781	01.6
		- Z	- Z					
1.800	1.673	-	-	-	-	9.312	11.361	01.7
		- Z	- Z					
2.333	2.306	-	-	-	-	10.258	11.921	01.8
		- Z	- Z					
1.551	1.551	-	-	-	-	139.957	129.063	02.0
		- Z	- Z					
13.285	12.401	-	-	-	-	40.742	19.423	03.1
		16.695 Z	- Z					
28.611	28.534	14.810	14.810	-	-	83.442	84.260	03.2
		33.454 Z	33.138 Z					
1.273	1.273	-	-	-	-	3.376	3.753	03.3
		1.682 Z	2.027 Z					
91.084	87.914	-	-	-	-	114.155	110.311	04.0
		- Z	- Z					
221.675	221.251	1.545	3.500	-	-	289.645	291.576	06.0
		58.425 Z	60.366 Z					
9.814	11.675	-	-	-	-	46.345	47.431	07.0
		480 Z	487 Z					
25.982	7.374	-	-	-	-	101.266	80.686	08.1
		240 Z	357 Z					
10.901	10.882	-	-	-	-	150.889	152.152	08.2
		2.768 Z	2.787 Z					
12.343	12.008	-	-	-	1.662	134.558	128.232	09.1
		- Z	- Z					
25.804	27.994	750.000	800.000	809.150	774.113	9.050.284	8.812.345	09.2
		- Z	- Z					
467.618	445.855	766.355	818.310	809.329	775.899	10.246.372	9.976.095	Ges.-einn.
		113.744 Z	99.162 Z					
21.763-		51.955-		33.430+		270.277+		+/-
		14.582+ Z						

Haushaltsübersicht - Ausgaben - (in Tsd. EUR)
(2. Zeile Verpflichtungsermächtigungen)

EINZELPLAN		Personalausgaben 4		Sächliche Verwaltungsausgaben 51 - 54		Laufende Übertragungen 6 ohne 62, 66	
Nr.	Bezeichnung	2004	2003	2004	2003	2004	2003
		1	2	3	4	5	6
01.0	Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof	26.296	25.375	3.984	3.780	4.869	4.812
		-	-	-	-	-	-
01.1	Senat und Senatsämter	58.859	74.218	14.675	15.689	41.872	23.388
		-	-	1.066	1.092	824	804
01.2	Bezirksamt Hamburg-Mitte	59.629	57.665	9.162	9.346	591	594
		-	-	-	-	-	-
01.3	Bezirksamt Altona	45.906	44.917	6.789	5.944	642	640
		-	-	1.157	1.074	75	75
01.4	Bezirksamt Eimsbüttel	38.413	37.936	6.121	5.738	586	588
		-	-	200	200	44	44
01.5	Bezirksamt Hamburg-Nord	49.455	49.090	6.342	5.952	996	1.017
		-	-	128	128	210	210
01.6	Bezirksamt Wandsbek	57.663	55.033	7.729	7.015	963	961
		-	-	200	200	197	250
01.7	Bezirksamt Bergedorf	24.127	24.046	3.113	2.906	460	462
		-	-	129	129	33	33
01.8	Bezirksamt Harburg	43.081	42.118	5.674	5.517	1.994	1.915
		-	-	-	-	-	-
02.0	Justizbehörde	304.414	301.382	119.528	109.476	10.970	11.210
		-	-	-	-	-	-
03.1	Behörde für Bildung und Sport	1.219.762	1.213.932	174.575	165.594	480.259	431.814
		-	-	13.522	13.449	225.282	41.005
03.2	Behörde für Wissenschaft und Forschung	45.206	40.513	3.139	3.072	591.958	589.920
		-	-	-	-	200	14
03.3	Kulturbehörde	8.399	8.897	3.674	3.656	172.088	169.796
		-	-	708	758	82.399	75.435
04.0	Behörde für Soziales und Familie	64.436	89.507	34.059	41.761	1.441.462	1.434.893
		-	-	103	103	1.000	500
06.0	Behörde für Bau und Verkehr	82.090	80.335	61.457	57.134	360.775	347.071
		-	-	26.489	20.439	95.051	94.381
07.0	Behörde für Wirtschaft und Arbeit	115.999	111.866	24.160	25.969	67.668	77.605
		-	-	12.684	13.442	8.415	7.897
08.1	Behörde für Inneres	715.079	708.103	105.229	96.497	47.582	16.469
		-	-	4.098	3.000	2.766	1.556
08.2	Behörde für Umwelt und Gesundheit	89.637	90.734	54.721	54.167	121.698	113.188
		-	-	2.847	3.396	2.464	2.604
09.1	Finanzbehörde	236.426	230.690	56.817	55.020	16.002	16.509
		-	-	500	525	30	50
09.2	Allgemeine Finanzverwaltung	116.434	133.492	20.748	20.141	588.025	267.126
		-	-	-	-	-	55.729
	Gesamtausgaben 2004 / 2003	3.401.311	3.419.849	721.696	694.374	3.951.460	3.509.978
	Gegenüber 2003 mehr (+) / weniger (-)	18.538-		27.322+		441.482 +	
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-	-	63.831	57.935	418.990	280.587
	Gegenüber 2003 mehr (+) / weniger (-)	-		5.896 +		138.403 +	

Schuldendienst 56 - 58 und -hilfen (H) 62 , 66		Besondere Finanzierungs-ausgaben 9		Gesamtausgaben ohne Investitionen		Ausgaben für Investitionen 7 (B), 8		Gesamtausgaben		
2004	2003	2004	2003	2004	2003	2004	2003	2004	2003	Epl. Nr.
7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	
-	-	-	-	35.149	33.967	447	430	35.596	34.397	01.0
-	-	-	-	-	-	-	40	-	40	
-	-	3.914	5.209	119.320	118.504	3.319	2.869	122.639	121.373	01.1
-	-	10.153	153	12.043	2.049	1.200	3.300	13.243	5.349	
-	-	-	-	69.382	67.605	211	214	69.593	67.819	01.2
-	-	-	-	-	-	44	118	44	118	
-	-	-	-	53.337	51.501	187	191	53.524	51.692	01.3
-	-	-	-	1.232	1.149	202	202	1.434	1.351	
-	-	-	-	45.120	44.262	82	82	45.202	44.344	01.4
-	-	-	-	244	244	89	89	333	333	
-	-	-	-	56.793	56.059	92	94	56.885	56.153	01.5
-	-	-	-	338	338	100	100	438	438	
-	-	-	-	66.355	63.009	529	131	66.884	63.140	01.6
-	-	-	-	397	450	140	140	537	590	
-	-	-	-	27.700	27.414	178	206	27.878	27.620	01.7
-	-	-	-	162	162	106	108	268	270	
-	-	-	-	50.749	49.550	343	397	51.092	49.947	01.8
-	-	-	-	-	-	284	69	284	69	
-	-	-	-	434.912	422.068	29.004	21.319	463.916	443.387	02.0
-	-	-	-	-	-	31.996	42.543	31.996	42.543	
-	-	-	-	1.874.596	1.811.340	148.585	114.664	2.023.181	1.926.004	03.1
-	-	-	-	238.804	54.454	320.960	1.553.045	559.764	1.607.499	
-	-	8.941	11.938	649.244	645.443	135.972	131.362	785.216	776.805	03.2
-	-	-	-	200	14	238.782	236.151	238.982	236.165	
-	-	-	-	184.161	182.349	42.672	26.229	226.833	208.578	03.3
-	-	-	-	83.107	76.193	48.007	34.580	131.114	110.773	
-	-	-	-	1.539.957	1.566.161	24.897	24.870	1.564.854	1.591.031	04.0
-	-	-	-	1.103	603	2.555	3.135	3.658	3.738	
8.990	9.760	-	-	605.178	596.300	192.807	212.130	797.985	808.430	06.0
-	-	-	-	121.540	114.820	823.793	331.798	945.333	446.618	
-	-	-	-	208.414	216.027	166.056	174.896	374.470	390.923	07.0
-	-	-	4.026	21.346	25.650	192.796	201.272	214.142	226.922	
-	-	-	-	867.890	821.069	37.654	37.261	905.544	858.330	08.1
-	-	-	-	6.864	4.556	68.833	80.349	75.697	84.905	
-	-	-	-	266.973	259.113	128.861	125.402	395.834	384.515	08.2
-	-	-	-	5.311	6.000	205.740	218.123	211.051	224.123	
-	-	300	1.662	309.545	303.881	66.995	65.756	376.540	369.637	09.1
-	-	700	-	1.230	575	33.826	43.130	35.056	43.705	
1.034.820	1.037.932	8.109-	171.212	1.751.918	1.629.903	50.788	72.067	1.802.706	1.701.970	09.2
-	-	15.000	11.000	15.000	66.729	1.500	1.500	16.500	68.229	
1.043.810	1.047.692	5.046	190.021	9.216.693	8.965.525	399.910 B	388.481 B	10.246.372	9.976.095	Ges. Aus
93.370 H	103.611 H					629.769	622.089			
3.882-		184.975 -		251.168+		11.429+ B		270.277+		+/-
10.241- H						7.680+				
-	-	25.853	15.179	508.921	353.986	769.857 B	1.998.909 B	2.479.874	3.103.778	Ges. VE
247 H	285 H					1.201.096	750.883			
-		10.674 +		154.935 +		1.229.052- B		623.904-		+/-
38- H						450.213+				

Finanzierungsübersicht Finanzplan 2003-2007

Tabelle 1

Bezeichnung		Haushaltsplan 2003	Haushaltsplan-Entwurf 2004	Planungsjahre 2005	2006	2007
1	2	3	4	5	6	7
1	**Bereinigte Gesamteinnahmen**					
1.1	Gesamteinnahmen	9.976,1	9.992,7	9.987	10.162	10.390
	abzüglich					
1.2	Einnahmen vom Kreditmarkt (netto)	800,0	750,0	700	650	600
1.3	Entnahmen aus Rücklagen / Stöcken	450,0	130,0	0	0	0
1.4	Haushaltstechnische Verrechnungen	14,3	14,4	14	14	14
1.5	Mobilisierung von Vermögenspositionen	311,6	487,7	536	146	103
1.6	Bereinigte Gesamteinnahmen	8.400,2	8.610,6	8.737	9.351	9.672
	- Abgrenzung Finanzplanungsrat -					
1.7	abzüglich Finanzausgleich	200,0	400,0	400	430	450
1.8	Bereinigte Gesamteinnahmen	8.200,2	8.210,6	8.337	8.921	9.222
2	**Bereinigte Gesamtausgaben**					
2.1	Gesamtausgaben	9.976,1	9.992,7	9.987	10.162	10.390
	abzüglich					
2.2	Zuführung an Rücklagen	11,4	11,4	11	11	11
2.3	Haushaltstechnische Verrechnungen	1,7	1,7	2	2	2
2.4	Deckung von Fehlbeträgen	162,9	0,0	0	0	0
2.5	Bereinigte Gesamtausgaben	9.800,2	9.979,6	9.974	10.149	10.377
	- Abgrenzung Finanzplanungsrat -					
2.6	abzüglich Finanzausgleich	200,0	400,0	400	430	450
2.7	Bereinigte Gesamtausgaben	9.600,2	9.579,6	9.574	9.719	9.927
3	Finanzierungssaldo (Zeile 1.8 ./. Zeile 2.7)	-1.400,0	-1.369,0	-1.237	-797	-704
	nachrichtlich:					
4	Finanzierungssaldo im Betriebshaushalt	-501,9	-524,3	-407	41	149

Kreditfinanzierungsplan

Tabelle 2

Bezeichnung		Haushaltsplan 2003	Haushaltsplan-Entwurf 2004	Planungsjahre 2005	2006	2007
1	2	3	4	5	6	7
1	**Kredite am Kreditmarkt**					
1.1	Aufnahme von Kreditmarktmitteln	2.664,1	2.746,6	2.733	2.864	2.959
1.2	Tilgung von Kreditmarktmitteln	1.864,1	1.996,6	2.033	2.214	2.359
	(Anschlussfinanzierung)					
	Netto-Kreditaufnahme am Kreditmarkt	800,0	750,0	700	650	600
2	**Schuldenaufnahme aus dem öffentlichen Bereich**					
2.1	Aufnahme von Darlehen[a)]	3,5	1,5	1	1	1
2.2	Tilgung von Darlehen	11,0	7,6	9,2	7,9	8,1
2.3	Netto-Kreditaufnahme öffentl. Bereich	-7,5	-6,0	-8	-7	-7

a) ohne Bundesmittel für BAföG

Gruppierungsübersicht

Anlage

1.3.1 Gliederung der Einnahmen nach Gruppen

1.3.2 Gliederung der Ausgaben nach Gruppen
(einschl. Verpflichtungsermächtigungen)

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Einnahmen nach Gruppen - in Tsd. EUR -
(2. Zeile: Verpflichtungsermächtigung)

Gruppe	Bezeichnung	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
0	***Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel***		
01	***Gemeinschaftssteuern und Gewerbesteuerumlage***		
011	Lohnsteuer test	1.632.000	1.813.000
012	Veranlagte Einkommensteuer	383.000	319.000
013	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (ohne Zinsabschlag)	565.000	325.000
014	Körperschaftssteuer	300.000	220.000
015-016	Umsatzsteuer / Einfuhrumsatzsteuer	1.120.000	1.130.000
017	Gewerbesteuerumlage	173.000	196.000
018	Zinsabschlag	143.000	176.000
01	*Summe Obergruppe 01*	4.316.000	4.179.000
05	***Landessteuern***		
051	Vermögensteuer	4.000	6.000
054	Kraftfahrzeugsteuer	135.000	130.000
06	***Landessteuern***		
069	Sonstige Landessteuern (Gruppen 052, 053, 055-069)	464.000	402.113
05-06	*Summe Obergruppen 05-06*	603.000	538.113
07	***Gemeindesteuern***		
071	Gemeindeanteil an der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer	711.000	753.000
072-073	Grundsteuer	377.000	334.000
075	Gewerbesteuer	1.320.000	1.300.000
077	Gewerbesteuerumlage	230.000-	296.000-
078	Gemeindeanteil am Zinsabschlag	39.000	48.000
08	***Gemeindesteuern***		
081	Vergnügungsteuer für die Vorführung von Bildstreifen	0	0
082	Sonstige Vergnügungsteuern (z.B.Spielgerätesteuer)	10.000	11.000

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Einnahmen nach Gruppen - in Tsd. EUR -
(2. Zeile: Verpflichtungsermächtigung)

Gruppe	Bezeichnung	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
084	Getränkesteuer	0	0
086	Schankerlaubnissteuer	0	0
087	Jagd- und Fischereisteuer	0	0
089	Sonstige Gemeindesteuern (Gruppen 076, 083, 089)	110.000	120.000
07-08	*Summe Obergruppen 07-08*	2.337.000	2.270.000
01-08	*Einnahmen aus Steuern (Obergruppen 01 - 08)*	7.256.000	6.987.113
09	***Steuerähnliche Abgaben***		
093	Abgaben von Spielbanken	55.000	60.620
099	Sonstige steuerähnliche Abgaben	5.437	5.437
09	*Summe Obergruppe 09*	60.437	66.057
0	*Summe Hauptgruppe 0*	7.316.437	7.053.170
1	***Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.***		
11	***Lohnsteuer***		
111	Gebühren, sonstige Entgelte	285.108	270.946
112	Geldstrafen und Geldbußen	50.279	48.148
119	Sonstige Verwaltungseinnahmen	25.642	29.460
11	*Summe Obergruppe 11*	361.029	348.554
12	***Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)***		
121	Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen	28.244	45.409
122	Konzessionsabgaben	116.130	116.585
123	Einnahmen aus Lotterie, Lotto und Toto	53.700	55.615
124	Mieten und Pachten	109.851	108.601
125	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen und Diensten aus wirtschaftlicher Tätigkeit	3.134	5.700
129	Sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen	881	1.004
12	*Summe Obergruppe 12*	311.940	332.914

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Einnahmen nach Gruppen - in Tsd. EUR -
(2. Zeile: Verpflichtungsermächtigung)

Gruppe	Bezeichnung	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
13	***Erlöse aus der Veräußerung von Gegenständen, Kapitalrückzahlungen***		
131	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen	9.890	5.914
132	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	839	704
133	Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungen und sonstigem Kapitalvermögen	850	0
134	Kapitalrückzahlungen	2.000	500
13	*Summe Obergruppe 13*	13.579	7.118
14	***Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen***		
141	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen aus dem Inland	320	250
146	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen aus dem Ausland	0	0
14	*Summe Obergruppe 14*	320	250
15	***Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich***		
151	Zinseinnahmen vom Bund	0	0
152	Zinseinnahmen von Ländern	0	0
153	Zinseinnahmen von den Gemeinden und Gemeindeverbänden	0	0
154	Zinseinnahmen von Sondervermögen	0	0
156	Zinseinnahmen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	0	0
157	Zinseinnahmen von Zweckverbänden	0	0
15	*Summe Obergruppe 15*	0	0
16	***Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen***		
161	Zinseinnahmen von öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen	42.330	49.470
162	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland	21.501	21.631
166	Zinseinnahmen aus dem Ausland	0	0
16	*Summe Obergruppe 16*	63.831	71.101
17	***Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich***		
171	Darlehensrückflüsse vom Bund	0	0

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Einnahmen nach Gruppen - in Tsd. EUR -
(2. Zeile: Verpflichtungsermächtigung)

Gruppe	Bezeichnung	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
172	Darlehensrückflüsse von Ländern	0	0
173	Darlehensrückflüsse von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0	0
174	Darlehensrückflüsse von Sondervermögen	0	0
176	Darlehensrückflüsse von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	0	0
177	Darlehensrückflüsse von Zweckverbänden	0	0
17	*Summe Obergruppe 17*	0	0
18	***Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen***		
181	Darlehensrückflüsse von öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen	7.812	8.150
182	Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland	14.378	15.612
186	Darlehensrückflüsse aus dem Ausland	0	0
18	*Summe Obergruppe 18*	22.190	23.762
1	*Summe Hauptgruppe 1*	772.889	783.699
2	***Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen***		
21	***Allgemeine (nicht zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich***		
211	Allgemeine Zuweisungen vom Bund	0	0
212	Allgemeine Zuweisungen von Ländern	0	61
213	Allgemeine Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0	0
214	Allgemeine Zuweisungen von Sondervermögen	0	0
216	Allgemeine Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie der Bundesanstalt für Arbeit	0	0
217	Allgemeine Zuweisungen von Zweckverbänden	0	0
21	*Summe Obergruppe 21*	0	61
22	***Schuldendiensthilfen aus dem öffentlichen Bereich***		
221	Schuldendiensthilfen vom Bund	0	0
222	Schuldendiensthilfen von Ländern	0	0
223	Schuldendiensthilfen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0	0

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Einnahmen nach Gruppen - in Tsd. EUR -
(2. Zeile: Verpflichtungsermächtigung)

Gruppe	Bezeichnung	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
224	Schuldendiensthilfen von Sondervermögen	0	0
226	Schuldendiensthilfen von Sozialversicherungs-trägern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	0	0
227	Schuldendiensthilfen von Zweckverbänden	0	0
22	*Summe Obergruppe 22*	0	0
23	***Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich***		
231	Sonstige Zuweisungen vom Bund	306.776	280.578
232	Sonstige Zuweisungen von Ländern	23.703	24.176
233	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeinde-verbänden	21.266	25.478
234	Sonstige Zuweisungen von Sondervermögen	10	10
235	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungs-trägern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	0	0
236	Erstattungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	47.256	44.178
237	Sonstige Zuweisungen von Zweckverbänden	0	0
23	*Summe Obergruppe 23*	399.011	374.420
26	***Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus sonstigen Bereichen***		
261	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	19.756	20.383
266	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem Ausland (sow. nicht v.d. EU)	0	0
26	*Summe Obergruppe 26*	19.756	20.383
27	***Zuschüsse von der EU***		
271	Erstattungen von der EU	400	2.010
272	Sonstige Zuschüsse von der EU	0	0
27	*Summe Obergruppe 27*	400	2.010
28	***Sonstige Zuschüsse aus sonstigen Bereichen***		
281	Sonstige Erstattungen aus dem Inland	46.356	46.895
282	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	2.095	2.080
286	Sonstige Erstattungen aus dem Ausland (soweit nicht von der EU)	0	6

Gliederung der Einnahmen nach Gruppen - in Tsd. EUR -
(2. Zeile: Verpflichtungsermächtigung)

Gruppe	Bezeichnung	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
287	Sonstige Zuschüsse aus dem Ausland (soweit nicht von der EU)	0	0
28	*Summe Obergruppe 28*	48.451	48.981
29	***Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen***		
291	Vermögensübertragungen vom Bund, soweit nicht Investitionszuweisungen	0	0
292	Vermögensübertragungen von den Ländern, soweit nicht Investiutionszuweisungen	0	0
293	Vermögensübertragungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden, soweit nicht Investitionszuweisungen	0	0
297	Vermögensübertragungen von Unternehmen, soweit nicht Investitionszuschüsse	0	0
298	Vermögensübertragungen von sonstigen aus dem Inland, soweit nicht Investitionszuschüsse	0	0
299	Vermögensübertragungen aus dem Ausland, soweit nicht Investitionszuschüsse	0	0
29	*Summe Obergruppe 29*	0	0
2	*Summe Hauptgruppe 2*	467.618	445.855
09, 1, 2	*Übrige laufende Einnahmen (Obergruppe 09, Hauptgruppen 1 und 2)*	1.300.944	1.295.611
3	***Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen u Zuschüssen f. Investit, besond. Finanzierungseinn.***		
31	***Schuldenaufnahmen b.Gebietskörperschaften, Sondervermögen u.gebietskörperschaftl. Zusammenschlüssen***		
311	Schuldenaufnahmen beim Bund	16.355	18.310
312	Schuldenaufnahmen bei Ländern	0	0
313	Schuldenaufnahmen bei Gemeinden und Gemeindeverbänden	0	0
314	Schuldenaufnahmen bei Sondervermögen	0	0
317	Schuldenaufnahmen bei Zweckverbänden	0	0
31	*Summe Obergruppe 31*	16.355	18.310
32	***Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt***		
321	Schuldenaufnahmen bei öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen	0	500
322	Schuldenaufnahmen bei Sozialversicherungsträgern und der Bundesanstalt für Arbeit	0	0
325	Schuldenaufnahmen auf dem sonstigen inländischen Kreditmarkt	750.000	799.500
326	Schuldenaufnahmen im Ausland	0	0

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Einnahmen nach Gruppen - in Tsd. EUR -
(2. Zeile: Verpflichtungsermächtigung)

Gruppe	Bezeichnung	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
32	*Summe Obergruppe 32*	750.000	800.000
33	***Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich***		
331	Zuweisungen für Investitionen vom Bund	105.742	88.434
332	Zuweisungen für Investitionen von Ländern	286	403
333	Zuweisungen für Investitionen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0	0
334	Zuweisungen für Investitionen von Sondervermögen	0	0
336	Zuweisungen für Investitionen von Sozialversicherungsträgern sowie v. d. Bundesanstalt für Arbeit	0	0
337	Zuweisungen für Investitionen von Zweckverbänden	0	0
33	*Summe Obergruppe 33*	106.028	88.837
34	***Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen***		
341	Beiträge	7.716	10.325
342	Sonstige Zuschüsse für Investitionen aus dem Inland	0	0
346	Zuschüsse für Investitionen von der EU	0	0
347	Sonstige Zuschüsse für Investitionen aus dem Ausland (soweit nicht von der EU)	0	0
34	*Summe Obergruppe 34*	7.716	10.325
35	***Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken***		
351	Einnahmen aus der Ausgleichsrücklage	0	0
352	Einnahmen aus der Betriebsmittelrücklage	0	0
353	Einnahmen aus der Schuldendienstrücklage	0	0
354	Einnahmen aus der Bürgschaftssicherungsrücklage	0	0
355	Einnahmen aus der Konjunkturausgleichsrücklage	0	0
356	Einnahmen aus Fonds und Stöcken	0	0
359	Sonstige	130.000	450.000
35	*Summe Obergruppe 35*	130.000	450.000
36	***Entnahmen aus Überschüssen der Vorjahre***		

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Einnahmen nach Gruppen - in Tsd. EUR -
(2. Zeile: Verpflichtungsermächtigung)

Gruppe	Bezeichnung	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
361	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre	0	0
37	***Globale Mehr- und Mindereinnahmen***		
371	Globale Mehreinnahmen	666.607	311.588
372	Globale Mindereinnahmen	0	0
37	*Summe Obergruppe 37*	666.607	311.588
38	***Haushaltstechnische Verrechnungen***		
381	Verrechnungen zwischen Kapiteln	9.700	11.362
382	Durchlaufende Posten	0	0
389	Sonstige haushaltstechnische Verrechnungen	3.022	2.949
38	*Summe Obergruppe 38*	12.722	14.311
3	*Summe Hauptgruppe 3*	1.689.428	1.693.371
0, 1, 2, 3	*Gesamteinnahmen*	10.246.372	9.976.095

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Ausgaben nach Gruppen - in Tsd. EUR -
(2. Zeile: Verpflichtungsermächtigung)

Gruppe	Bezeichnung	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
4	***Personalausgaben***		
41	***Aufwendungen für Abgeordnete und erhrenamtlich Tätige***		
411	Aufwendungen für Abgeordnete	11.420	11.279
412	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	2.450	1.745
41	*Summe Obergruppe 41*	13.870	13.024
42	***Bezüge und Nebenleistungen***		
421	Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	2.006	2.006
422	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	1.461.576	1.474.562
424	Zuführung an die Versorgungsrücklage	8.590	8.590
425	Vergütungen der Angestellten	689.169	678.116
426	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	90.591	89.959
427	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	9.542	9.566
429	Nicht aufteilbare Personalausgaben	11.065	34.229
42	*Summe Obergruppe 42*	2.272.539	2.297.028
43	***Versorgungsbezüge und dgl.***		
431	Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	3.064	3.064
432	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	769.280	748.862
434	Zuführung an die Versorgungsrücklage	4.090	4.090
435	Versorgungsbezüge der Angestellten	84.768	84.855
436	Versorgungsbezüge der Arbeiterinnen und Arbeiter	11.842	12.766
439	Sonstige Versorgungsbezüge	28	28
43	*Summe Obergruppe 43*	873.072	853.665
44	***Beihilfen, Unterstützungen, Fürsorgeleistungen und dgl.***		
441	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempänger-innen und Versorgungsempfänger	63.121	60.457
443	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	15.112	16.315

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Ausgaben nach Gruppen - in Tsd. EUR -
(2. Zeile: Verpflichtungsermächtigung)

Gruppe	Bezeichnung	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
446	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen, Versorgungsempfänger und dgl.	87.536	85.028
44	*Summe Obergruppe 44*	165.769	161.800
45	***Sonstige personalbezogene Ausgaben***		
451	Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung u. Gemeinschaftsveranstaltungen sowie f. soz. Einrichtungen	0	1
452	Personalbezogene Zahlungen an die Sozialversicherungsträger (soweit nicht unter Obergr. 41 bis 44)	4.500	3.068
453	Trennungsentschädigungen, Umzugskostenvergütungen	256	256
459	Sonstige personalbezogene Ausgaben (soweit nicht bei den Gruppen 451-453)	1.699	1.700
45	*Summe Obergruppe 45*	6.455	5.025
46	***Globale Mehr- und Minderausgaben für Personalausgaben***		
461	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	69.606	89.307
462	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0	0
46	*Summe Obergruppe 46*	69.606	89.307
4	*Summe Hauptgruppe 4*	3.401.311	3.419.849
5	***Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst***		
51	***Sächliche Veraltungsausgaben***		
511	Geschäftsbedarf u.Kommunikation sowie Geräte, Ausstatt.-u. Ausrüstungsgegenst., s. Gebrauchsgegenst	50.751 2.113VE	44.933 2.113VE
514	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl.	15.135 707VE	14.843 707VE
517	Bewirtschaftung der Grundstücke	134.718 307VE	123.423 307VE
518	Mieten und Pachten	121.466 1.914VE	123.936 1.459VE
519	Unterhaltung der Grundstücke	61.342 14.181VE	62.237 14.088VE
52	***Sächliche Veraltungsausgaben***		
521	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	39.717 11.412VE	37.923 11.397VE
523	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	138	147
525	Lehr- und Lernmittel, Aus- und Fortbildung	29.262 95VE	27.743 81VE
526	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	67.236 3.762VE	57.357 4.074VE

Gliederung der Ausgaben nach Gruppen - in Tsd. EUR -
(2. Zeile: Verpflichtungsermächtigung)

Gruppe	Bezeichnung	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
527	Dienstreisen	1.209	1.223
529	Verfügungsmittel	751	751
53	***Sächliche Veraltungsausgaben***		
531	Veröffentlichungen	2.002 50VE	1.935 50VE
532	Steuern, Abgaben und Versicherungen	16.587	15.524
533	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	5.504 150VE	5.582
54	***Sächliche Veraltungsausgaben***		
534-546	Sonstiges	137.864 28.711VE	135.074 23.136VE
547	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	9.956 429VE	8.410 523VE
548	Globale Mehrausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben	28.058	33.333
549	Globale Minderausgaben für sächliche Veraltungsausgaben	0	0
51-54	*Summe Obergruppen 51-54*	721.696 63.831VE	694.374 57.935VE
56	***Zinsausgaben an Gebietskörperschaften, Sondervermögen u. gebietskörperschaftliche Zusammenschlüsse***		
561	Zinsausgaben an Bund	8.997	8.290
562	Zinsausgaben an Länder	0	0
563	Zinsausgaben an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0
564	Zinsausgaben an Sondervermögen	7	60
567	Zinsausgaben an Zweckverbände	0	0
56	*Summe Obergruppe 56*	9.004	8.350
57	***Zinsausgaben am Kreditmarkt***		
571	Zinsausgaben an öffentliche Unternehmen und Einrichtungen	8.990	9.760
572	Zinsausgaben an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	0	0
573	Zinsausgaben für Ausgleichsforderungen	0	0
575	Zinsausgaben an sonstigen inländischen Kreditmarkt	1.018.248	1.018.550
576	Zinsausgaben an Ausland	0	0

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Ausgaben nach Gruppen - in Tsd. EUR -
(2. Zeile: Verpflichtungsermächtigung)

Gruppe	Bezeichnung	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
57	*Summe Obergruppe 57*	1.027.238	1.028.310
56-57	*Zinsausgaben insgesamt (Obergruppen 56-57)*	1.036.242	1.036.660
58	***Tilgungsausgaben an Gebietskörperschaften, Sondervermögen u. gebietskörperschaftl. Zusammenschlüsse***		
581	Tilgungsausgaben an Bund	7.463	9.681
582	Tilgungsausgaben an Länder	0	0
583	Tilgungsausgaben an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0
584	Tilgungsausgaben an Sondervermögen	105	1.351
587	Tilgungsausgaben an Zweckverbände	0	0
58	*Summe Obergruppe 58*	7.568	11.032
59	***Tilgungsaisgaben an Kreditmarkt***		
591	Tilgungsausgaben an öffentliche Unternehmen und Einrichtungen	0	0
592	Tilgungsausgaben an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	0	0
593	Tilgungsausgaben für Ausgleichsforderungen	0	0
595	Tilgungsausgaben an sonstigen inländischen Kreditmarkt	0	0
596	Tilgungsausgaben an Ausland	0	0
59	*Summe Obergruppe 59*	0	0
5	*Summe Hauptgruppe 5*	1.765.506 63.831VE	1.742.066 57.935VE
6	***Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen***		
61	***Allgemeine (nicht zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich***		
611	Allgemeine Zuweisungen an Bund	0	0
612	Allgemeine Zuweisungen an Länder	570.000	200.000
613	Allgemeine Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0
614	Allgemeine Zuweisungen an Sondervermögen	0	0
616	Allgemeine Zuweisungen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	0	0
617	Allgemeine Zuweisungen an Zweckverbände	0	0

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Ausgaben nach Gruppen - in Tsd. EUR -
(2. Zeile: Verpflichtungsermächtigung)

Gruppe	Bezeichnung	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
61	*Summe Obergruppe 61*	570.000	200.000
62	***Schuldendiensthilfen an öffentlichen Bereich***		
621	Schuldendiensthilfen an Bund	0	0
622	Schuldendiensthilfen an Länder	0	0
623	Schuldendiensthilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0
624	Schuldendiensthilfen an Sondervermögen	0	0
626	Schuldendiensthilfen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	0	0
627	Schuldendiensthilfen an Zweckverbände	0	0
62	*Summe Obergruppe 62*	0	0
63	***Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich***		
631	Sonstige Zuweisungen an Bund	5.836 1.250VE	5.964 150VE
632	Sonstige Zuweisungen an Länder	61.006 1.637VE	60.096 1.510VE
633	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	11.398 26VE	12.444 26VE
634	Sonstige Zuweisungen an Sondervermögen	1.300	37.200
636	Sonstige Zuweisungen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	2.486	2.492
637	Sonstige Zuweisungen an Zweckverbände	174	196
63	*Summe Obergruppe 63*	82.200 2.913VE	118.392 1.686VE
66	***Schuldendiensthilfen an sonstige Bereiche***		
661	Schuldendiensthilfen an öffentliche Unternehmen	70.000	78.400
662	Schuldendiensthilfen an private Unternehmen	587 247VE	587 285VE
663	Schuldendiensthilfen an Sonstige im Inland	22.783	24.624
664	Schuldendiensthilfen an öffentliche Einrichtungen	0	0
666	Schuldendiensthilfen an Ausland	0	0
66	*Summe Obergruppe 66*	93.370 247VE	103.611 285VE
67	***Erstattungen für laufende Zwecke an sonstige Bereiche***		

Gliederung der Ausgaben nach Gruppen - in Tsd. EUR -
(2. Zeile: Verpflichtungsermächtigung)

Gruppe	Bezeichnung	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
671	Erstattungen an Inland	1.024.447	985.909
		197.270VE	5.415VE
676	Erstattungen an Ausland	0	0
67	*Summe Obergruppe 67*	1.024.447	985.909
		197.270VE	5.415VE
68	***Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Bereiche***		
681	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	940.073	911.653
		3.138VE	3.147VE
682	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen (soweit nicht unter 661 und 687)	571.770	583.990
		165.685VE	209.667VE
683	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen (soweit nicht unter 662)	5.775	1.678
		1.513VE	407VE
684	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	217.771	184.743
		7.676VE	2.192VE
685	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	476.013	454.761
		27.081VE	34.727VE
686	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	63.118	68.559
		13.714VE	23.346VE
687	Zuschüsse für laufende Zwecke an Ausland (soweit nicht an die EU)	293	293
688	Abführung der Eigenmittel an die EU	0	0
68	*Summe Obergruppe 68*	2.274.813	2.205.677
		218.807VE	273.486VE
69	***Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen***		
691	Vermögensübertragungen an Bund, soweit nicht Investitionszuweisungen	0	0
692	Vermögensübertragungen an Länder, soweit nicht Investitionszuweisungen	0	0
693	Vermögensübertragungen an Gemeinden und Gemeindeverbände, soweit nicht Investitionszuweisungen	0	0
697	Vermögensübertragungen an Unternehmen, soweit nicht Investitionszuschüsse	0	0
698	Vermögensübertragungen an Sonstige im Inland, soweit nicht Investitionszuschüsse	0	0
699	Vermögensübertragungen an Ausland, soweit nicht Investitionszuschüsse	0	0
69	*Summe Obergruppe 69*	0	0
5, 6	*Sach- und Fachausgaben insgesamt*	4.103.156	4.004.352
	(Hauptgr. 5 u. 6 ohne Obergr. 56-58, 61, 62 u. 66)	482.821VE	338.522VE
6	*Summe Hauptgruppe 6*	4.044.830	3.613.589
		419.237VE	280.872VE
56-58,62,66	*Schuldendienst und -hilfen insgesamt*	1.137.180	1.151.303
	(Obergruppen 56-58, 62 und 66)	247VE	285VE
62, 66	*Schuldendiensthilfen insgesamt*	93.370	103.611
	(Obergruppen 62 und 66)	247VE	285VE

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Ausgaben nach Gruppen - in Tsd. EUR -
(2. Zeile: Verpflichtungsermächtigung)

Gruppe	Bezeichnung	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
7	***Baumaßnahmen***		
701-739	Hochbau	162.076	142.333
		367.481VE	401.057VE
741-789	Tiefbau	202.240	209.942
		357.330VE	1.551.998VE
791-799	Andere Baumaßnahmen	35.594	36.206
		45.046VE	45.854VE
7	*Summe Hauptgruppe 7*	399.910	388.481
		769.857VE	1.998.909VE
8	***Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen***		
81	***Erwerb von beweglichen Sachen***		
811	Erwerb von Fahrzeugen	21.383	14.855
		18.179VE	20.867VE
812	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	95.085	77.105
		81.826VE	86.231VE
81	*Summe Obergruppe 81*	116.468	91.960
		100.005VE	107.098VE
82	***Erwerb von unbeweglichen Sachen***		
821	Grunderwerb	36.786	25.232
		23.435VE	19.477VE
823	Erwerb privat vorfinanzierter unbeweglicher Sachen	9.133	4.738
			439VE
82	*Summe Obergruppe 82*	45.919	29.970
		23.435VE	19.916VE
83	***Erwerb von Beteiligungen und dgl.***		
831	Erwerb von Beteiligungen und dgl. im Inland	48.749	60.721
		1.000VE	27.000VE
836	Erwerb von Beteilgungen und dgl. im Ausland	0	0
83	*Summe Obergruppe 83*	48.749	60.721
		1.000VE	27.000VE
85	***Darlehen an öffentlichen Bereich***		
851	Darlehen an Bund	0	0
852	Darlehen an Länder	0	0
853	Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0
854	Darlehen an Sondervermögen	0	0
856	Darlehen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	0	0
857	Darlehen an Zweckverbände	0	0

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Ausgaben nach Gruppen - in Tsd. EUR -
(2. Zeile: Verpflichtungsermächtigung)

Gruppe	Bezeichnung	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
85	*Summe Obergruppe 85*	0	0
86	***Darlehen an sonstige Bereiche***		
861	Darlehen an öffentliche Unternehmen und Einrichtungen	0 500VE	409
862	Darlehen an private Unternehmen	70 70VE	0 70VE
863	Darlehen an Sonstige im Inland	38.878 10.000VE	40.834 10.000VE
866	Darlehen an Ausland	0	0
86	*Summe Obergruppe 86*	38.948 10.570VE	41.243 10.070VE
87	***Inanspruchnahme von Gewährleistungen***		
871	Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	50.000	0
87	*Summe Obergruppe 87*	50.000	0
88	***Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich***		
881	Zuweisungen für Investitionen an Bund	3.629 8.650VE	3.779 12.250VE
882	Zuweisungen für Investitionen an Länder	1.300 3.800VE	1.316 1.791VE
883	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0
884	Zuweis. f. Invest. an Sonderverm., Landesbetr. u. netto-veranschl. Betr. o. untern. Aufgabenstellung	0	71.300
886	Zuweisungen für Investitionen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	0	0
887	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	0	0
88	*Summe Obergruppe 88*	4.929 12.450VE	76.395 14.041VE
89	***Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche***		
891	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	97.035 634.243VE	113.232 152.185VE
892	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	31.082 27.364VE	30.682 23.610VE
893	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	150.575 250.608VE	128.219 234.260VE
894	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	46.064 141.421VE	49.667 162.703VE
896	Zuschüsse für Investitionen an Ausland	0	0
89	*Summe Obergruppe 89*	324.756 1.053.636VE	321.800 572.758VE

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Ausgaben nach Gruppen - in Tsd. EUR -
(2. Zeile: Verpflichtungsermächtigung)

Gruppe	Bezeichnung	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
8	*Summe Hauptgruppe 8*	629.769 1.201.096VE	622.089 750.883VE
7, 8	*Investitionsausgaben (Hauptgruppen 7-8)*	1.029.679 1.970.953VE	1.010.570 2.749.792VE
9	***Besondere Finanzierungsausgaben***		
91	***Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke***		
911	Zuführungen an Ausgleichsrücklage	0	0
912	Zuführungen an Betriebsmittelrücklage	0	0
913	Zuführungen an Schuldendienstrücklage	1.720	1.650
914	Zuführungen an Bürgschaftssicherungsrücklage	0	0
915	Zuführungen an Konjunkturausgleichsrücklage	0	0
916	Zuführungen an Fonds und Stöcke	9.700	9.700
919	Zuführungen an sonstige Vermögensbestände	0	0
91	*Summe Obergruppe 91*	11.420	11.350
96	***Ausgaben zur Deckung von Fehbeträgen aus Vorjahren***		
961	Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	0	162.912
97	***Globale Mehr- und Minderausgaben***		
971	Globale Mehrausgaben	52.452 26.853VE	69.991 15.179VE
972	Globale Minderausgaben	58.826- 1.000-VE	55.894-
97	*Summe Obergruppe 97*	6.374- 25.853VE	14.097 15.179VE
98	***Haushaltstechnische Verrechnungen***		
981-989	Haushaltstechnischer Verrechnungen	0	1.662
9	*Summe Hauptgruppe 9*	5.046 25.853VE	190.021 15.179VE
4-9	*Gesamtausgaben*	10.246.372 2.479.874VE	9.976.095 3.103.778VE

Funktionenübersicht

Anlage

1.4.1 Gliederung der Einnahmen nach Funktionen/Aufgabenbereichen

1.4.2 Gliederung der Ausgaben (Verpflichtungsermächtigungen) nach Funktionen/Aufgabenbereichen

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2004 -

Gliederung der Einnahmen nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn-ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
0	Allgemeine Dienste		
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung		
011	Politische Führung	549	246
012	Innere Verwaltung	31.901	14.315
013	Informationswesen	13	13
014	Statistischer Dienst	-	83
015	Zivildienst	-	-
016	Hochbauverwaltung	17.253	15.212
018	Versorgung einschließlich Beihilfen, soweit nicht unter Funkt. 038, 039, 048, 058, 068, 118 und 138	10.141	10.141
019	Sonstige allgemeine Staatsaufgaben	2.159	21.031
	Summe Oberfunktion 01	62.016	61.041
02	Auswärtige Angelegenheiten		
021	Auslandsvertretungen	-	-
022	Internationale Organisationen	-	-
023	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	-	-
024	Auslandsschulwesen und kulturelle Angelegenheiten im Ausland	-	-
029	Sonstiges	-	-
	Summe Oberfunktion 02	0	0
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung		
042	Polizei	8.804	8.423

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2004 -

Gliederung der Einnahmen nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn-ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
043	Öffentliche Ordnung	70.326	69.321
044	Brandschutz	3.728	3.723
045	Katastrophenschutz	-	-
048	Versorgung einschließlich Beihilfen im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung	-	-
049	Sonstiges	26.155	26.080
	Summe Oberfunktion 04	109.013	107.547
05	Rechtsschutz		
051	Verfassungsgerichte	-	-
052	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	132.446	122.060
053	Verwaltungsgerichte	-	-
054	Arbeits- und Sozialgerichte	2.739	2.237
055	Finanzgerichte	-	-
056	Justizvollzugsanstalten	4.094	4.118
058	Versorgung einschließl. Beihilfen für Versorgungs-empfänger im Bereich des Rechtsschutzes	-	-
059	Sonstige Rechtsschutzaufgaben	-	-
	Summe Oberfunktion 05	139.279	128.415
06	Finanzverwaltung		
061	Steuer- und Zollverwaltung, Vermögensverwaltung	33.537	32.974
062	Schuldenverwaltung und sonstige Finanzverwaltung	2.508	2.625

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2004 -

Gliederung der Einnahmen nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn-ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
068	Versorgung einschl. Beihilfen für Versorgungs-empfänger im Bereich der Finanzverwaltung	-	-
	Summe Oberfunktion 06	36.045	35.599
	Summe Hauptfunktion 0	0	1.662
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung,		
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen		
111	Unterrichtsverwaltung	367	367
112	Grundschulen	-	-
113	Hauptschulen	-	-
114	Kombinierte Grund- und Hauptschulen	1.698	1.698
115	Kombinierte Haupt- und Realschulen	-	-
116	Realschulen	-	-
117	Gymnasien, Kollegs	477	477
118	Versorgung einschl. Beihilfen für Versorgungs-empfänger im Bereich der Schulen	-	-
119	Gesamtschulen (Integrierte und additive)	693	689
12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen		
121	Schulformunabhängige Orientierungsstufe	-	-
123	Freie Waldorfschulen	-	-
124	Sonderschulen	661	652
127	Berufliche Schulen	1.067	1.087
129	Sonstige schulische Aufgaben	26.161	9.502

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2004 -

Gliederung der Einnahmen nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn-ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
	Summe Oberfunktion 11-12	31.124	14.472
13	Hochschulen		
131	Universitäten	-	-
132	Hochschulkliniken	-	-
133	Verwaltungsfachhochschulen	-	-
135	Kunsthochschulen	-	-
136	Fachhochschulen	-	-
137	Deutsche Forschungsgemeinschaft	-	-
138	Versorgung einschl. Beihilfen für Versorgungs-empfänger im Bereich der Hochschulen	-	-
139	Sonstige Hochschulaufgaben	31.856	31.540
	Summe Oberfunktion 13	31.856	31.540
14	Förderung von Schülern, Studenten und dgl		
141	Fördermaßnahmen für Schüler	8.506	5.714
142	Fördermaßnahmen für Studierende	37.737	38.943
143	Fördermaßnahmen für den wissenschaftlichen Nachwuchs	-	-
145	Schülerbeförderung	51	51
146	Studentenwohnraumförderung	-	-
	Summe Oberfunktion 14	46.294	44.708
15	Sonstiges Bildungswesen		
151	Förderung der Weiterbildung	94	94

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2004 -

Gliederung der Einnahmen nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn-ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
152	Volkshochschulen	34	34
153	Andere Einrichtungen der Weiterbildung	-	-
154	Einrichtungen der Lehrerausbildung	79	92
155	Einrichtungen der Lehrerfortbildung	-	-
156	Berufsakademien	-	-
	Summe Oberfunktion 15	207	220
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb		
162	Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive, Fachinformationszentren	26	30
163	Wissenschaftliche Museen	-	-
164	Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	23.623	23.593
165	Andere Einrichtungen für Wissenschaft und Forschung	1.600	1.600
167	Zuschüsse an int. wissenschaftliche Organisationen und zwischenstaatliche Forschungseinrichtungen	-	-
168	Forschung und experimentelle Entwicklung zur Weltraumerkundung und -nutzung	-	-
169	Forschung und experimentelle Entwicklung zur industriellen Produktivität und Technologie	-	-
17	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb		
171	Forschung und experimentelle Entwicklung zur Erzeugung, Verteilung und rat. Nutzung der Energie	-	-
172	Forschung u. experimentelle Entwicklung zum Schutz und zur Förderung der menschlichen Gesundheit	-	-
173	Forschung und experimentelle Entwicklung zum Umweltschutz	-	-
174	Forschung und experimentelle Entwicklung zur landwirtschaftlichen Produktivität und Technologie	-	-

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2004 -

Gliederung der Einnahmen nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn-ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
175	Forschung und experimentelle Entwicklung zu gesellschaftlichen Strukturen und Beziehungen	-	-
176	Forschung und experimentelle Entwicklung zu Infrastrukturmaßnahmen und Raumgesamtplanung	-	-
177	Forschung und experimentelle Entwicklung zur Erkundung und Nutzung der irdischen Umwelt	-	-
178	Nicht zielorient. Forschung und sonst. Maßnahmen zur Förd. der Wissenschaft und zivilen Forschung	-	-
	Summe Oberfunktion 16-17	25.249	25.223
18	Kultureinrichtungen (einschl. Kulturverwaltung)		
181	Theater	240	240
182	Einrichtungen der Musikpflege	-	-
183	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	1.802	2.179
184	Zoologische und botanische Gärten	-	-
185	Musikschulen	2.255	2.204
186	Nichtwissenschaftliche Bibliotheken	273	273
187	Sonstige Kultureinrichtungen	1.240	1.249
188	Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten	17	17
	Summe Oberfunktion 18	5.827	6.162
19	Kulturförderung, Denkmalschutz,		
191	Einzelmaßnahmen im Bereich Theater und Musikpflege	-	-
192	Einzelmaßnahmen im Bereich Museen und Ausstellungen	-	-
193	Andere Einzelmaßnahmen der Kulturpflege	76	76

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2004 -

Gliederung der Einnahmen nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn-ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
195	Denkmalschutz und -pflege	42	42
199	Kirchliche Angelegenheiten	-	-
	Summe Oberfunktion 19	118	118
	Summe Hauptfunktion 1	0	1.662
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben,		
21	Verwaltung		
211	Versicherungsbehörden	157	90
212	Sozialamt, Sozialhilfeverband, Landeswohlfahrtsverband	757	1.127
213	Jugendämter	4	10
214	Versorgungsämter	4	5
215	Lastenausgleichsverwaltung	-	-
216	Wiedergutmachungsbehörden	-	-
219	Sonstige Behörden	-	-
	Summe Oberfunktion 21	922	1.232
22	Sozialversicherung einschließlich		
221	Rentenversicherung der Angestellten und Arbeiter (nur Bund)	-	-
222	Knappschaftsversicherung (nur Bund)	-	-
223	Unfallversicherung	-	-
224	Krankenversicherung	-	-
225	Arbeitslosenversicherung (nur Bund)	-	-

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2004 -

Gliederung der Einnahmen nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn-ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
226	Alterssicherung der Landwirte (nur Bund)	-	-
227	Pflegeversicherung	-	-
229	Sonstige Sozialversicherungen	-	-
	Summe Oberfunktion 22	0	0
23	Familien- und Sozialhilfe, Förderung der		
231	Kindergeld	-	-
232	Erziehungsgeld, Mutterschutz	-	-
233	Wohngeld	87.500	82.000
234	Leistungen nach dem Bundessozialhilfe- und dem Asylbewerberleistungsgesetz	84.566	79.184
235	Soziale Einrichtungen	2.826	2.858
236	Förderung der Wohlfahrtspflege	-	-
237	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschußgesetz	15.512	14.558
	Summe Oberfunktion 23	190.404	178.600
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und		
241	Leistungen der Kriegsopferversorgung und gleichartige Leistungen (nur Bund)	-	-
242	Einrichtungen der Kriegsopferversorgung	-	-
243	Lastenausgleich	-	-
244	Wiedergutmachung	1.257	2.028
246	Vertriebene und Spätaussiedler	-	-

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2004 -

Gliederung der Einnahmen nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn-ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
247	Kriegsopferfürsorge	13.391	14.550
249	Sonstiges	1.007	1.009
	Summe Oberfunktion 24	15.655	17.587
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz		
251	Arbeitslosenhilfe (nur Bund)	-	-
252	Hilfen für Berufsausbildung, Fortbildung und Umschulung	-	-
253	Sonstige Anpassungsmaßnahmen und produktive Arbeitsförderung	78	78
254	Arbeitsschutz	2.846	3.751
	Summe Oberfunktion 25	2.924	3.829
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII		
261	Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	22	23
262	Jugendsozialarbeit und erzieherischer Kinder- und Jugendschutz	477	392
263	Förderung der Erziehung in der Familie	350	361
264	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	-	-
265	Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfen	8.451	8.695
266	Andere Aufgaben der Jugendhilfe	156	162
	Summe Oberfunktion 26	9.456	9.633
27	Einrichtungen der Jugendhilfe		
271	Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	33	34
272	Einrichtungen der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes	-	-

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2004 -

Gliederung der Einnahmen nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn-ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
273	Einrichtungen der Familienförderung	2.031	1.856
274	Tageseinrichtungen für Kinder	63	57
275	Einrichtungen für Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfen	1.361	1.259
276	Einrichtungen für andere Aufgaben der Jugendhilfe	477	487
	Summe Oberfunktion 27	3.965	3.693
29	Sonstige soziale Angelegenheiten		
290	Sonstige soziale Angelegenheiten	1.281	1.260
	Summe Oberfunktion 29	1.281	1.260
	Summe Hauptfunktion 2	0	1.662
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung		
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens		
311	Gesundheitsbehörden	142	157
312	Krankenhäuser und Heilstätten	1.481	1.603
314	Maßnahmen des Gesundheitswesens	2.634	2.573
319	Sonstiges	-	-
	Summe Oberfunktion 31	4.257	4.333
32	Sport und Erholung		
321	Park- und Gartenanlagen	1.571	1.566
322	Badeanstalten	-	-
323	Sportstätten	4.567	834

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2004 -

Gliederung der Einnahmen nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn-ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
324	Förderung des Sports	-	-
329	Sonstiges	834	785
	Summe Oberfunktion 32	6.972	3.185
33	Umwelt- und Naturschutz		
330	Umwelt- und Naturschutz	131	37
331	Umwelt- und Naturschutzbehörden	8.897	8.717
332	Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes	71	61
	Summe Oberfunktion 33	9.099	8.815
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz		
341	Behörden für Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	-	-
342	Maßnahmen der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes	-	-
	Summe Oberfunktion 34	0	0
	Summe Hauptfunktion 3	0	1.662
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und		
41	Wohnungswesen		
411	Förderung des Wohnungsbaues	15.404	15.259
419	Sonstiges	125	175
	Summe Oberfunktion 41	15.529	15.434
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen		
421	Kataster- und Vermessungsverwaltung	-	-

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2004 -

Gliederung der Einnahmen nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn-ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
422	Raumordnung und Landesplanung	8	8
	Summe Oberfunktion 42	8	8
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste		
431	Straßenbeleuchtung	1.605	1.605
432	Ortsentwässerung	444	455
433	Müllbeseitigung und -verwertung	-	-
434	Straßenreinigung	-	-
439	Sonstiges	12.912	12.351
	Summe Oberfunktion 43	14.961	14.411
	Summe Hauptfunktion 4	0	1.662
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten		
51	Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)		
511	Ernährung und Landwirtschaft	3.307	3.363
512	Forsten	318	414
	Summe Oberfunktion 51	3.625	3.777
52	Verbesserung der Agrarstruktur		
521	Verbesserung der Agrarstruktur (Gemeinschaftsaufgabe)	1.012	1.103
528	EU-Ausrichtungsfonds	-	-
529	Sonstiges	1	1
	Summe Oberfunktion 52	1.013	1.104
53	Einkommenstabilisierende Maßnahmen		

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2004 -

Gliederung der Einnahmen nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn-ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
531	EU-Garantiefonds	-	-
532	Marktordnungen (einschl. EU)	-	-
533	Gasölverbilligung	-	-
539	Sonstiges	-	-
	Summe Oberfunktion 53	0	0
54	Sonstige Bereiche		
541	Versuchsgüter und -felder	-	-
542	Fischerei	-	-
549	Sonstiges	-	197
	Summe Oberfunktion 54	0	197
	Summe Hauptfunktion 5	0	1.662
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe,		
61	Verwaltung		
610	Verwaltung	523	2.272
	Summe Oberfunktion 61	523	2.272
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau		
621	Kernenergie	5	11
622	Erneuerbare Energieformen	60	61
623	Wasserwirtschaft und Kulturbau	5.894	5.921
624	Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken	-	-

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2004 -

Gliederung der Einnahmen nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn-ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
625	Küstenschutz	18.600	18.600
626	Erdölversorgung	-	-
627	Sonstige Energieversorgung	24	20
629	Sonstiges	185	185
	Summe Oberfunktion 62	24.768	24.798
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe		
631	Kohlenbergbau	-	-
632	Sonstiger Bergbau	-	-
634	Verarbeitende Industrie	-	-
635	Handwerk und Kleingewerbe	-	-
638	Baugewerbe	-	-
639	Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	-	-
	Summe Oberfunktion 63	0	0
64	Handel		
641	Handel (allgemein)	-	-
642	Exportförderung, Auslandsmessen	-	-
643	Märkte und Inlandsmessen	-	-
649	Sonstiges	-	-
	Summe Oberfunktion 64	0	0
68	Sonstige Bereiche		

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2004 -

Gliederung der Einnahmen nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn-ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
680	Sonstige Bereiche	1.720	1.650
	Summe Oberfunktion 68	1.720	1.650
69	Regionale Fördermaßnahmen		
691	Betriebliche Investitionen	-	-
692	Verbesserung der Infrastruktur	-	-
699	Sonstiges	-	-
	Summe Oberfunktion 69	0	0
	Summe Hauptfunktion 6	0	1.662
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen		
71	Verwaltung		
711	Straßen- und Brückenbau	46	46
712	Wasserstraßen und Häfen	222	205
719	Sonstiges	-	-
	Summe Oberfunktion 71	268	251
72	Straßen		
721	Bundesautobahnen	5.277	5.676
722	Bundesstraßen	-	-
723	Landesstraßen	-	-
724	Kreisstraßen	-	-
725	Gemeindestraßen	137.443	143.188

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2004 -

Gliederung der Einnahmen nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn-ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
729	Sonstiges	1	1
	Summe Oberfunktion 72	142.721	148.865
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der		
731	Wasserstraßen und Häfen	34.901	33.399
732	Förderung der Schiffahrt	-	-
	Summe Oberfunktion 73	34.901	33.399
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr		
741	Maßnahmen für den öffentlichen Personennahverkehr	20.023	25.116
749	Sonstiges	-	-
	Summe Oberfunktion 74	20.023	25.116
75	Luftfahrt		
751	Flugsicherung	-	-
759	Sonstiges	-	-
	Summe Oberfunktion 75	0	0
77	Nachrichtenwesen		
771	Post- und Telekommunikation	-	-
772	Rundfunkanstalten und Fernsehen	-	-
	Summe Oberfunktion 77	0	0
79	Sonstige Bereiche		
790	Sonstige Bereiche	1.175	1.102

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2004 -

Gliederung der Einnahmen nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn-ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
	Summe Oberfunktion 79	1.175	1.102
	Summe Hauptfunktion 7	0	1.662
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und		
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen		
811	Landwirtschaftliche Unternehmen	-	-
812	Forstwirtschaftliche Unternehmen	562	562
	Summe Oberfunktion 81	562	562
82	Versorgungsunternehmen		
821	Elektrizitätsunternehmen	86.000	87.000
822	Gasunternehmen	2.800	2.863
823	Wasserunternehmen	27.330	26.722
824	Kombinierte Versorgungsunternehmen	-	-
829	Sonstiges	-	-
	Summe Oberfunktion 82	116.130	116.585
83	Verkehrsunternehmen		
831	Straßenverkehrsunternehmen	-	-
832	Eisenbahnen	-	-
834	Häfen und Umschlag	-	-
835	Flughäfen und Luftverkehr	450	495
839	Sonstiges	-	-

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2004 -

Gliederung der Einnahmen nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn-ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
	Summe Oberfunktion 83	450	495
85	Sonstige Wirtschaftsunternehmen		
851	Bergbau	-	-
852	Industrielle Unternehmen	-	-
853	Banken und Kreditinstitute	18.146	17.820
854	Wohnungsbauunternehmen	-	-
855	Entsorgungsunternehmen (Stadtstaaten)	-	-
856	Lotterie, Lotto, Toto	53.852	55.767
859	Sonstiges	7.413	6.635
	Summe Oberfunktion 85	79.411	80.222
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen,		
871	Allgemeines Grundvermögen	96.201	94.745
872	Allgemeines Kapitalvermögen	60.186	62.719
873	Sondervermögen	23.606	24.265
	Summe Oberfunktion 87	179.993	181.729
	Summe Hauptfunktion 8	0	1.662
9	Allgemeine Finanzwirtschaft		
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen		
910	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	7.311.350	7.048.107
	Summe Oberfunktion 91	7.311.350	7.048.107
92	Schulden		

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2004 -

Gliederung der Einnahmen nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn-ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
920	Schulden	757.370	809.590
	Summe Oberfunktion 92	757.370	809.590
95	Rücklagen		
950	Rücklagen	130.000	450.000
	Summe Oberfunktion 95	130.000	450.000
96	Sonstiges		
960	Sonstiges	11.301	15.959
	Summe Oberfunktion 96	11.301	15.959
98	Globalposten		
981	Verstärkungsmittel für Personalausgaben	-	-
988	Globale Mehrausgaben / globale Mindereinnahmen	-	-
989	Globale Minderausgaben / globale Mehreinnahmen	666.607	311.588
	Summe Oberfunktion 98	666.607	311.588
99	Haushaltstechnische Verrechnungen		
990	Haushaltstechnische Verrechnungen	-	1.662
	Summe Oberfunktion 99	0	1.662
	Summe Hauptfunktion 9	0	1.662
	Gesamteinnahmen	10.246.372	9.976.095

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2004 -

Gliederung der Ausgaben nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn-ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr 2004	Haushaltsjahr 2003
1	2	3	4
0	Allgemeine Dienste		
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung		
011	Politische Führung	62.263 12.071 VE	62.036 3.247 VE
012	Innere Verwaltung	466.023 27.587 VE	408.308 35.022 VE
013	Informationswesen	521	521
014	Statistischer Dienst	- - VE	9.754 10 VE
015	Zivildienst	2	2
016	Hochbauverwaltung	185.411 3.652 VE	180.468 496 VE
018	Versorgung einschließlich Beihilfen, soweit nicht unter Funkt. 038, 039, 048, 058, 068, 118 und 138	260.169	257.895
019	Sonstige allgemeine Staatsaufgaben	75.879 30.000 VE	76.288 40.000 VE
	Summe Oberfunktion 01	1.050.268 73.310 VE	995.272 78.775 VE
02	Auswärtige Angelegenheiten		
021	Auslandsvertretungen	-	-
022	Internationale Organisationen	-	-
023	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	502 304 VE	602 304 VE
024	Auslandsschulwesen und kulturelle Angelegenheiten im Ausland	-	-
029	Sonstiges	2	2
	Summe Oberfunktion 02	504 304 VE	604 304 VE
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung		
042	Polizei	437.327 40.604 VE	433.275 43.101 VE

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2004 -

Gliederung der Ausgaben nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn-ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
043	Öffentliche Ordnung	35.712 5.600 VE	25.039 4.500 VE
044	Brandschutz	110.834 11.679 VE	107.578 10.688 VE
045	Katastrophenschutz	1.745 133 VE	1.661 150 VE
048	Versorgung einschließlich Beihilfen im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung	228.460	226.515
049	Sonstiges	7.964 26 VE	7.899 26 VE
	Summe Oberfunktion 04	822.042 58.042 VE	801.967 58.465 VE
05	Rechtsschutz		
051	Verfassungsgerichte	43	43
052	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	208.203 2.067 VE	201.678 1.685 VE
053	Verwaltungsgerichte	618	-
054	Arbeits- und Sozialgerichte	27.625	26.886
055	Finanzgerichte	-	-
056	Justizvollzugsanstalten	109.590 29.929 VE	100.079 40.858 VE
058	Versorgung einschließl. Beihilfen für Versorgungs-empfänger im Bereich des Rechtsschutzes	82.490	82.613
059	Sonstige Rechtsschutzaufgaben	-	-
	Summe Oberfunktion 05	428.569 31.996 VE	411.299 42.543 VE
06	Finanzverwaltung		
061	Steuer- und Zollverwaltung, Vermögensverwaltung	36.884 409 VE	36.793 818 VE
062	Schuldenverwaltung und sonstige Finanzverwaltung	31.317 1.285 VE	29.860 525 VE

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2004 -

Gliederung der Ausgaben nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn-ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
068	Versorgung einschl. Beihilfen für Versorgungs-empfänger im Bereich der Finanzverwaltung	65.180	65.063
	Summe Oberfunktion 06	133.381 1.694 VE	131.716 1.343 VE
	Summe Hauptfunktion 0	0	1.662
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung,		
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen		
111	Unterrichtsverwaltung	44.318 102 VE	44.418 102 VE
112	Grundschulen	345	265
113	Hauptschulen	-	-
114	Kombinierte Grund- und Hauptschulen	37.406 77 VE	33.571 77 VE
115	Kombinierte Haupt- und Realschulen	-	-
116	Realschulen	-	-
117	Gymnasien, Kollegs	26.497 2.515 VE	24.809 2.515 VE
118	Versorgung einschl. Beihilfen für Versorgungs-empfänger im Bereich der Schulen	312.406	298.926
119	Gesamtschulen (Integrierte und additive)	181.997 2.520 VE	177.755 6.986 VE
12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen		
121	Schulformunabhängige Orientierungsstufe	280.151 5.000 VE	283.536 5.000 VE
123	Freie Waldorfschulen	-	-
124	Sonderschulen	248.878 805 VE	246.630 857 VE
127	Berufliche Schulen	173.782 2.310 VE	173.431 2.310 VE
129	Sonstige schulische Aufgaben	215.431 289.311 VE	187.654 319.799 VE

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2004 -

Gliederung der Ausgaben nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn-ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
	Summe Oberfunktion 11-12	1.521.211 302.640 VE	1.470.995 337.646 VE
13	Hochschulen		
131	Universitäten	299.110 111.317 VE	304.450 124.864 VE
132	Hochschulkliniken	149.808 55.677 VE	137.375 41.636 VE
133	Verwaltungsfachhochschulen	64	64
135	Kunsthochschulen	19.404 440 VE	19.404 440 VE
136	Fachhochschulen	67.939 29.664 VE	67.258 37.399 VE
137	Deutsche Forschungsgemeinschaft	13.663	13.587
138	Versorgung einschl. Beihilfen für Versorgungs-empfänger im Bereich der Hochschulen	78.870	74.439
139	Sonstige Hochschulaufgaben	32.038 30.268 VE	39.374 14.968 VE
	Summe Oberfunktion 13	660.896 227.366 VE	655.951 219.307 VE
14	Förderung von Schülern, Studenten und dgl		
141	Fördermaßnahmen für Schüler	22.425 547 VE	18.005 561 VE
142	Fördermaßnahmen für Studierende	57.209 - VE	57.021 243 VE
143	Fördermaßnahmen für den wissenschaftlichen Nachwuchs	796 - VE	798 14 VE
145	Schülerbeförderung	7.959 767 VE	8.010 767 VE
146	Studentenwohnraumförderung	748 500 VE	760 500 VE
	Summe Oberfunktion 14	89.137 1.814 VE	84.594 2.085 VE
15	Sonstiges Bildungswesen		
151	Förderung der Weiterbildung	6.004 15.143 VE	5.451 2.637 VE

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2004 -

Gliederung der Ausgaben nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn-ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
152	Volkshochschulen	7.168 220 VE	8.230 987 VE
153	Andere Einrichtungen der Weiterbildung	450 450 VE	371 450 VE
154	Einrichtungen der Lehrerausbildung	2.698	2.957
155	Einrichtungen der Lehrerfortbildung	2.466	2.858
156	Berufsakademien	-	-
	Summe Oberfunktion 15	18.786 15.813 VE	19.867 4.074 VE
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb		
162	Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive, Fachinformationszentren	3.753	3.722
163	Wissenschaftliche Museen	-	-
164	Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	52.075 16.212 VE	49.353 25.352 VE
165	Andere Einrichtungen für Wissenschaft und Forschung	23.699 3.084 VE	22.935 3.019 VE
167	Zuschüsse an int. wissenschaftliche Organisationen und zwischenstaatliche Forschungseinrichtungen	-	-
168	Forschung und experimentelle Entwicklung zur Weltraumerkundung und -nutzung	-	-
169	Forschung und experimentelle Entwicklung zur industriellen Produktivität und Technologie	91 180 VE	91 180 VE
17	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb		
171	Forschung und experimentelle Entwicklung zur Erzeugung, Verteilung und rat. Nutzung der Energie	-	-
172	Forschung u. experimentelle Entwicklung zum Schutz und zur Förderung der menschlichen Gesundheit	2.880	2.973
173	Forschung und experimentelle Entwicklung zum Umweltschutz	-	-
174	Forschung und experimentelle Entwicklung zur landwirtschaftlichen Produktivität und Technologie	98 100 VE	82 - VE

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2004 -

Gliederung der Ausgaben nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn-ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr 2004	Haushaltsjahr 2003
1	2	3	4
175	Forschung und experimentelle Entwicklung zu gesellschaftlichen Strukturen und Beziehungen	245 83 VE	171 - VE
176	Forschung und experimentelle Entwicklung zu Infrastrukturmaßnahmen und Raumgesamtplanung	-	-
177	Forschung und experimentelle Entwicklung zur Erkundung und Nutzung der irdischen Umwelt	60	65
178	Nicht zielorient. Forschung und sonst. Maßnahmen zur Förd. der Wissenschaft und zivilen Forschung	41	41
	Summe Oberfunktion 16-17	82.942 19.659 VE	79.433 28.551VE
18	Kultureinrichtungen (einschl. Kulturverwaltung)		
181	Theater	94.134 66.058 VE	98.333 69.163VE
182	Einrichtungen der Musikpflege	10.240 5.183 VE	10.004 5.013VE
183	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	58.107 37.550 VE	41.639 19.010VE
184	Zoologische und botanische Gärten	-	-
185	Musikschulen	6.081	5.926
186	Nichtwissenschaftliche Bibliotheken	26.498 1.959 VE	26.084 2.317VE
187	Sonstige Kultureinrichtungen	28.585 18.743 VE	15.966 3.767VE
188	Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten	3.298 132 VE	3.409 132VE
	Summe Oberfunktion 18	226.943 129.625 VE	201.361 99.402VE
19	Kulturförderung, Denkmalschutz,		
191	Einzelmaßnahmen im Bereich Theater und Musikpflege	30	30
192	Einzelmaßnahmen im Bereich Museen und Ausstellungen	250 250 VE	250 200VE
193	Andere Einzelmaßnahmen der Kulturpflege	1.422 606 VE	8.540 10.591VE

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2004 -

Gliederung der Ausgaben nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn-ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
195	Denkmalschutz und -pflege	2.481 1.271 VE	2.517 1.271VE
199	Kirchliche Angelegenheiten	358	460
	Summe Oberfunktion 19	4.541 2.127 VE	11.797 12.062VE
	Summe Hauptfunktion 1	0	1.662
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben,		
21	Verwaltung		
211	Versicherungsbehörden	3.050	5.190
212	Sozialamt, Sozialhilfeverband, Landeswohlfahrtsverband	41.053 33 VE	38.829 83VE
213	Jugendämter	797	710
214	Versorgungsämter	12.435	12.150
215	Lastenausgleichsverwaltung	-	-
216	Wiedergutmachungsbehörden	-	-
219	Sonstige Behörden	-	-
	Summe Oberfunktion 21	57.335 33 VE	56.879 83VE
22	Sozialversicherung einschließlich		
221	Rentenversicherung der Angestellten und Arbeiter (nur Bund)	-	-
222	Knappschaftsversicherung (nur Bund)	-	-
223	Unfallversicherung	14	19
224	Krankenversicherung	-	-
225	Arbeitslosenversicherung (nur Bund)	-	-

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2004 -

Gliederung der Ausgaben nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn-ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
226	Alterssicherung der Landwirte (nur Bund)	-	-
227	Pflegeversicherung	-	-
229	Sonstige Sozialversicherungen	10.792	11.000
	Summe Oberfunktion 22	10.806	11.019
23	Familien- und Sozialhilfe, Förderung der		
231	Kindergeld	-	-
232	Erziehungsgeld, Mutterschutz	-	-
233	Wohngeld	175.000	164.000
234	Leistungen nach dem Bundessozialhilfe- und dem Asylbewerberleistungsgesetz	1.016.080	998.471
235	Soziale Einrichtungen	75.841 500 VE	116.621 - VE
236	Förderung der Wohlfahrtspflege	15.355	15.611
237	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschußgesetz	25.696	23.361
	Summe Oberfunktion 23	1.307.972 500 VE	1.318.064 0VE
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und		
241	Leistungen der Kriegsopferversorgung und gleichartige Leistungen (nur Bund)	-	-
242	Einrichtungen der Kriegsopferversorgung	3	36
243	Lastenausgleich	1.300	1.500
244	Wiedergutmachung	8.315	10.205
246	Vertriebene und Spätaussiedler	-	-

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2004 -

Gliederung der Ausgaben nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn-ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
247	Kriegsopferfürsorge	17.012	18.449
249	Sonstiges	1.018	1.026
	Summe Oberfunktion 24	27.648	31.216
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz		
251	Arbeitslosenhilfe (nur Bund)	-	-
252	Hilfen für Berufsausbildung, Fortbildung und Umschulung	19.994 23.115 VE	28.550 31.044 VE
253	Sonstige Anpassungsmaßnahmen und produktive Arbeitsförderung	79.212 6.620 VE	89.521 9.545 VE
254	Arbeitsschutz	11.812	12.236
	Summe Oberfunktion 25	111.018 29.735 VE	130.307 40.589 VE
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII		
261	Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	2.614	2.561
262	Jugendsozialarbeit und erzieherischer Kinder- und Jugendschutz	1.477	1.391
263	Förderung der Erziehung in der Familie	6.185 537 VE	1.951 527 VE
264	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	13.966	13.944
265	Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfen	6.038	5.902
266	Andere Aufgaben der Jugendhilfe	-	-
	Summe Oberfunktion 26	30.280 537 VE	25.749 527 VE
27	Einrichtungen der Jugendhilfe		
271	Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	32.913 1.443 VE	33.322 1.850 VE
272	Einrichtungen der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes	5.701	5.292

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2004 -

Gliederung der Ausgaben nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn-ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr 2004	Haushaltsjahr 2003
1	2	3	4
273	Einrichtungen der Familienförderung	18.337 229 VE	16.061 562 VE
274	Tageseinrichtungen für Kinder	328.679 198.350 VE	282.380 8.261 VE
275	Einrichtungen für Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfen	124.451 350 VE	131.521 526 VE
276	Einrichtungen für andere Aufgaben der Jugendhilfe	7.613	7.498
	Summe Oberfunktion 27	517.694 200.372 VE	476.074 11.199 VE
29	Sonstige soziale Angelegenheiten		
290	Sonstige soziale Angelegenheiten	39.263 1.000 VE	39.713 500 VE
	Summe Oberfunktion 29	39.263 1.000 VE	39.713 500 VE
	Summe Hauptfunktion 2	0	1.662
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung		
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens		
311	Gesundheitsbehörden	-	-
312	Krankenhäuser und Heilstätten	2.206 - VE	4.136 197 VE
314	Maßnahmen des Gesundheitswesens	154.919 151.686 VE	141.960 152.244 VE
319	Sonstiges	-	-
	Summe Oberfunktion 31	157.125 151.686 VE	146.096 152.441 VE
32	Sport und Erholung		
321	Park- und Gartenanlagen	30.265 11.132 VE	32.586 9.110 VE
322	Badeanstalten	-	-
323	Sportstätten	19.799 9.698 VE	15.734 1.221.947 VE

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2004 -

Gliederung der Ausgaben nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn-ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
324	Förderung des Sports	10.537 8.297 VE	9.882 2.672 VE
329	Sonstiges	450 1.300 VE	1.000 1.000 VE
	Summe Oberfunktion 32	61.051 30.427 VE	59.202 1.234.729 VE
33	Umwelt- und Naturschutz		
330	Umwelt- und Naturschutz	-	-
331	Umwelt- und Naturschutzbehörden	13.420 1.846 VE	14.027 1.471 VE
332	Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes	3.168 1.993 VE	3.563 2.794 VE
	Summe Oberfunktion 33	16.588 3.839 VE	17.590 4.265 VE
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz		
341	Behörden für Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	-	-
342	Maßnahmen der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes	-	-
	Summe Oberfunktion 34	0	0
	Summe Hauptfunktion 3	0	1.662
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und		
41	Wohnungswesen		
411	Förderung des Wohnungsbaues	139.166 40.114 VE	154.113 39.434 VE
419	Sonstiges	5.311 1.386 VE	5.372 1.386 VE
	Summe Oberfunktion 41	144.477 41.500 VE	159.485 40.820 VE
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen		
421	Kataster- und Vermessungsverwaltung	-	-

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2004 -

Gliederung der Ausgaben nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn-ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
422	Raumordnung und Landesplanung	12.458	7.484
		10.280 VE	5.830 VE
	Summe Oberfunktion 42	12.458	7.484
		10.280 VE	5.830 VE
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste		
431	Straßenbeleuchtung	33.840	31.500
		12.000 VE	16.500 VE
432	Ortsentwässerung	29.206	29.108
		2.203 VE	885 VE
433	Müllbeseitigung und -verwertung	32.701	30.786
		50 VE	50 VE
434	Straßenreinigung	44.905	42.445
		772 VE	772 VE
439	Sonstiges	4.976	6.737
		802 VE	874 VE
	Summe Oberfunktion 43	145.628	140.576
		15.827 VE	19.081 VE
44	Städtebauförderung		
440	Städtebauförderung	51	51
		26 VE	26 VE
	Summe Oberfunktion 44	51	51
		26 VE	26 VE
	Summe Hauptfunktion 4	0	1.662
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten		
51	Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)		
511	Ernährung und Landwirtschaft	7.168	6.134
		361 VE	98 VE
512	Forsten	373	360
		60 VE	196 VE
	Summe Oberfunktion 51	7.541	6.494
		421 VE	294 VE
52	Verbesserung der Agrarstruktur		
521	Verbesserung der Agrarstruktur (Gemeinschaftsaufgabe)	1.645	1.631
		592 VE	654 VE

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2004 -

Gliederung der Ausgaben nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn-ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
528	EU-Ausrichtungsfonds	-	-
529	Sonstiges	-	-
	Summe Oberfunktion 52	1.645 592 VE	1.631 654 VE
53	Einkommenstabilisierende Maßnahmen		
531	EU-Garantiefonds	-	-
532	Marktordnungen (einschl. EU)	-	-
533	Gasölverbilligung	-	-
539	Sonstiges	-	-
	Summe Oberfunktion 53	0	0
54	Sonstige Bereiche		
541	Versuchsgüter und -felder	-	-
542	Fischerei	-	-
549	Sonstiges	5.315 60 VE	5.499 60 VE
	Summe Oberfunktion 54	5.315 60 VE	5.499 60 VE
	Summe Hauptfunktion 5	0	1.662
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe,		
61	Verwaltung		
610	Verwaltung	45.868 7.435 VE	31.773 6.798 VE
	Summe Oberfunktion 61	45.868 7.435 VE	31.773 6.798 VE
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau		

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2004 -

Gliederung der Ausgaben nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn-ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
621	Kernenergie	-	-
622	Erneuerbare Energieformen	-	-
623	Wasserwirtschaft und Kulturbau	28.687 23.372 VE	30.470 34.174 VE
624	Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken	-	-
625	Küstenschutz	38.816 56.662 VE	38.806 61.378 VE
626	Erdölversorgung	-	-
627	Sonstige Energieversorgung	-	-
629	Sonstiges	-	-
	Summe Oberfunktion 62	67.503 80.034 VE	69.276 95.552 VE
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe		
631	Kohlenbergbau	-	-
632	Sonstiger Bergbau	-	-
634	Verarbeitende Industrie	13.801 4.000 VE	11.674 2.620 VE
635	Handwerk und Kleingewerbe	2.728 2.650 VE	2.555 2.850 VE
638	Baugewerbe	-	-
639	Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	-	-
	Summe Oberfunktion 63	16.529 6.650 VE	14.229 5.470 VE
64	Handel		
641	Handel (allgemein)	-	-

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2004 -

Gliederung der Ausgaben nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn-ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
642	Exportförderung, Auslandsmessen	368	308
		100 VE	100VE
643	Märkte und Inlandsmessen	90	90
		50 VE	52VE
649	Sonstiges	578	568
	Summe Oberfunktion 64	1.036	966
		150 VE	152VE
65	Fremdenverkehr		
650	Fremdenverkehr	3.526	3.526
		500 VE	500VE
	Summe Oberfunktion 65	3.526	3.526
		500 VE	500VE
68	Sonstige Bereiche		
680	Sonstige Bereiche	53.258	3.374
	Summe Oberfunktion 68	53.258	3.374
69	Regionale Fördermaßnahmen		
691	Betriebliche Investitionen	2.150	3.514
		7.500 VE	7.500VE
692	Verbesserung der Infrastruktur	8.846	8.289
		20.300 VE	8.817VE
699	Sonstiges	5.436	43.662
		3.470 VE	4.071VE
	Summe Oberfunktion 69	16.432	55.465
		31.270 VE	20.388VE
	Summe Hauptfunktion 6	0	1.662
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen		
71	Verwaltung		
711	Straßen- und Brückenbau	486	470
		600 VE	800VE
712	Wasserstraßen und Häfen	9.114	6.014
		220 VE	220VE

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2004 -

Gliederung der Ausgaben nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn-ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
719	Sonstiges	10.275	24.922
	Summe Oberfunktion 71	19.875 820 VE	31.406 1.020 VE
72	Straßen		
721	Bundesautobahnen	2.367 135 VE	2.234 135 VE
722	Bundesstraßen	2.100 8.400 VE	2.100 12.000 VE
723	Landesstraßen	-	-
724	Kreisstraßen	-	-
725	Gemeindestraßen	65.422 152.874 VE	75.238 165.012 VE
729	Sonstiges	12.291 22.220 VE	11.894 21.420 VE
	Summe Oberfunktion 72	82.180 183.629 VE	91.466 198.567 VE
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der		
731	Wasserstraßen und Häfen	242.020 170.725 VE	248.478 190.525 VE
732	Förderung der Schiffahrt	-	-
	Summe Oberfunktion 73	242.020 170.725 VE	248.478 190.525 VE
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr		
741	Maßnahmen für den öffentlichen Personennahverkehr	96.723 529.245 VE	106.577 19.894 VE
749	Sonstiges	-	-
	Summe Oberfunktion 74	96.723 529.245 VE	106.577 19.894 VE
75	Luftfahrt		
751	Flugsicherung	-	-

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2004 -

Gliederung der Ausgaben nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn-ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
759	Sonstiges	-	-
	Summe Oberfunktion 75	0	0
77	Nachrichtenwesen		
771	Post- und Telekommunikation	-	-
772	Rundfunkanstalten und Fernsehen	-	-
	Summe Oberfunktion 77	0	0
79	Sonstige Bereiche		
790	Sonstige Bereiche	15	215
	Summe Oberfunktion 79	15	215
	Summe Hauptfunktion 7	0	1.662
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und		
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen		
811	Landwirtschaftliche Unternehmen	-	-
812	Forstwirtschaftliche Unternehmen	677 320 VE	768 294 VE
	Summe Oberfunktion 81	677 320 VE	768 294 VE
82	Versorgungsunternehmen		
821	Elektrizitätsunternehmen	-	-
822	Gasunternehmen	-	-
823	Wasserunternehmen	29 5 VE	29 5 VE
824	Kombinierte Versorgungsunternehmen	-	-

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2004 -

Gliederung der Ausgaben nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn-ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
829	Sonstiges	-	-
	Summe Oberfunktion 82	29 5 VE	29 5 VE
83	Verkehrsunternehmen		
831	Straßenverkehrsunternehmen	-	-
832	Eisenbahnen	94.851 94.100 VE	92.506 93.430 VE
834	Häfen und Umschlag	-	-
835	Flughäfen und Luftverkehr	-	-
839	Sonstiges	-	-
	Summe Oberfunktion 83	94.851 94.100 VE	92.506 93.430 VE
85	Sonstige Wirtschaftsunternehmen		
851	Bergbau	-	-
852	Industrielle Unternehmen	-	-
853	Banken und Kreditinstitute	-	-
854	Wohnungsbauunternehmen	-	-
855	Entsorgungsunternehmen (Stadtstaaten)	-	-
856	Lotterie, Lotto, Toto	-	-
859	Sonstiges	405 - VE	5.406 55.729 VE
	Summe Oberfunktion 85	405 0 VE	5.406 55.729 VE
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen,		
871	Allgemeines Grundvermögen	27.012 2.302 VE	23.433 2.302 VE

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2004 -

Gliederung der Ausgaben nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn-ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
872	Allgemeines Kapitalvermögen	-	-
873	Sondervermögen	20.459	17.638
	Summe Oberfunktion 87	47.471 2.302 VE	41.071 2.302 VE
	Summe Hauptfunktion 8	0	1.662
9	Allgemeine Finanzwirtschaft		
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen		
910	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	570.000	271.300
	Summe Oberfunktion 91	570.000	271.300
92	Schulden		
920	Schulden	1.034.820	1.037.932
	Summe Oberfunktion 92	1.034.820	1.037.932
94	Beihilfen, Unterstützungen und Ähnliches		
940	Beihilfen, Unterstützungen und Ähnliches	78.846	77.420
	Summe Oberfunktion 94	78.846	77.420
95	Rücklagen		
950	Rücklagen	1.720	1.650
	Summe Oberfunktion 95	1.720	1.650
96	Sonstiges		
960	Sonstiges	78 21.464 VE	17.090 17.497 VE
	Summe Oberfunktion 96	78 21.464 VE	17.090 17.497 VE
97	Abwicklung der Vorjahre		

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2004 -

Gliederung der Ausgaben nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn-ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr 2004	2003
1	2	3	4
970	Abwicklung der Vorjahre	-	162.912
	Summe Oberfunktion 97	0	162.912
98	Globalposten		
981	Verstärkungsmittel für Personalausgaben	73.895	106.084
988	Globale Mehrausgaben / globale Mindereinnahmen	5.500	5.529
989	Globale Minderausgaben / globale Mehreinnahmen	-	-
	Summe Oberfunktion 98	79.395	111.613
99	Haushaltstechnische Verrechnungen		
990	Haushaltstechnische Verrechnungen	-	1.662
	Summe Oberfunktion 99	0	1.662
	Summe Hauptfunktion 9	0	1.662
	Gesamtausgaben	10.246.372 2.479.874 VE	9.976.095 3.103.778 VE

Haushaltsquerschnitt
der Freien und Hansestadt Hamburg

Anlage 1.5
Haushaltsquerschnitt

Stand: 24.06.2003
Haushaltsjahr 2004

(Gliederung der Einnahmen nach Funktionen und Einnahmegruppen in Mio EUR)

Fkz	Funktionen / Aufgabenbereiche	Steuern, steuerähnl.Abg u. EU-Eigenmittel 1	Gebühren und sonstige Entgelte 2	sonstige Verwaltungseinnahmen 3	Einn.aus wirtschaftl. Tätigkeit und Vermögen 4	Erlöse Kapitalrückzahlungen 5	Zinseinnahmen 6	Darlehensrückflüsse, Gewährleistungen 7
		---	---	---	---	---	---	---
0	Allgemeine Dienste	---	196,1	66,2	6,4	3,4	---	---
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	---	5,2	3,0	2,6	3,0	---	---
011	Politische Führung	---	0,1	0,1	---	---	---	---
012	Innere Verwaltung	---	3,3	2,5	2,5	3,0	---	---
013	Informationswesen	---	---	---	---	---	---	---
014	Statistischer Dienst	---	---	0,0	---	---	---	---
016	Hochbauverwaltung	---	1,8	0,2	0,1	---	---	---
018	Versorgung einschließlich Beihilfen, soweit nicht unter Funkt. 038, 039, 048, 058, 068, 118 und 138	---	---	0,2	---	---	---	---
019	Sonstige allgemeine Staatsaufgaben	---	---	0,0	---	---	---	---
02	Auswärtige Angelegenheiten	---	---	---	---	---	---	---
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	---	61,2	41,1	0,4	0,4	---	---
042	Polizei	---	2,8	1,7	0,3	0,4	---	---
043	Öffentliche Ordnung	---	30,1	39,4	0,0	---	---	---
044	Brandschutz	---	2,2	0,0	0,1	---	---	---
045	Katastrophenschutz	---	---	---	---	---	---	---
049	Sonstiges	---	26,2	---	---	---	---	---
05	Rechtsschutz	---	107,8	19,4	3,3	0,0	---	---
052	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	---	105,9	19,3	0,1	0,0	---	---
054	Arbeits- und Sozialgerichte	---	2,0	0,1	0,0	0,0	---	---
056	Justizvollzugsanstalten	---	---	0,0	3,2	0,0	---	---
06	Finanzverwaltung	---	21,8	2,7	0,0	---	---	---
061	Steuer- und Zollverwaltung, Vermögensverwaltung	---	21,1	2,1	0,0	---	---	---
062	Schuldenverwaltung und sonstige Finanzverwaltung	---	0,7	0,6	0,0	---	---	---
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	---	3,0	0,3	4,2	---	---	6,5
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	---	0,3	0,3	2,7	---	---	---
111	Unterrichtsverwaltung	---	0,1	0,3	0,0	---	---	---
114	Kombinierte Grund- und Hauptschulen	---	0,1	0,0	1,6	---	---	---
115	Kombinierte Haupt- und Realschulen	---	---	---	---	---	---	---
117	Gymnasien, Kollegs	---	0,0	0,0	0,5	---	---	---
119	Gesamtschulen (Integrierte und additive)	---	0,0	0,0	0,7	---	---	---
12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	---	0,2	0,0	0,8	---	---	---
121	Schulformunabhängige Orientierungsstufe	---	---	---	---	---	---	---
124	Sonderschulen	---	0,0	---	0,5	---	---	---
127	Berufliche Schulen	---	0,2	0,0	0,3	---	---	---
129	Sonstige schulische Aufgaben	---	---	---	0,0	---	---	---
13	Hochschulen	---	---	---	---	---	---	---
131	Universitäten	---	---	---	---	---	---	---
133	Verwaltungsfachhochschulen	---	---	---	---	---	---	---
139	Sonstige Hochschulaufgaben	---	---	---	---	---	---	---
14	Förderung von Schülern, Studenten und dgl	---	---	0,0	---	---	---	6,5
141	Fördermaßnahmen für Schüler	---	---	---	---	---	---	---
142	Fördermaßnahmen für Studierende	---	---	0,0	---	---	---	6,5
145	Schülerbeförderung	---	---	---	---	---	---	---
15	Sonstiges Bildungswesen	---	0,1	0,0	0,1	---	---	---
151	Förderung der Weiterbildung	---	0,1	0,0	---	---	---	---
152	Volkshochschulen	---	---	---	---	---	---	---
153	Andere Einrichtungen der Weiterbildung	---	---	---	---	---	---	---
154	Einrichtungen der Lehrerausbildung	---	---	---	0,1	---	---	---

Die den einzelnen Spalten zuzuordnenden Gruppierungsnummern sind dem Anhang zu entnehmen

Zuweisungen und Zuschüsse für lfd.Zwecke aus dem öffentlichen Bereich					Schulden-aufnahmen		Zuwei-sungen	Beiträge und Zu-schüsse	Beson-dere Fi-nanzier-ungsein-nahmen	Ein-nahmen ins-gesamt	Fkz
Bund LAF ERP	Länder	Ge-mein-den	Sonst.	aus sonst. Be-reichen	aus dem öffent-lichen Bereich	am Kredit-markt	für Investi-tionen	für Investi-tionen			
8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
26,4	6,8	0,1	---	16,1	---	---	0,2	---	0,2	321,8	0
24,9	1,3	0,1	---	3,3	---	---	---	---	0,2	43,5	01
2,1	---	---	---	0,3	---	---	---	---	0,2	2,7	011
0,0	1,0	---	---	2,5	---	---	---	---	---	14,8	012
---	---	---	---	0,0	---	---	---	---	---	0,0	013
---	0,1	---	---	---	---	---	---	---	---	0,1	014
13,1	---	---	---	---	---	---	---	---	---	15,3	016
9,6	0,2	0,1	---	0,0	---	---	---	---	---	10,1	018
---	---	---	---	0,5	---	---	---	---	---	0,5	019
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	02
1,5	4,2	---	---	1,1	---	---	0,2	---	---	110,1	04
0,0	4,2	---	---	0,0	---	---	0,2	---	---	9,7	042
---	---	---	---	1,1	---	---	---	---	---	70,5	043
1,5	---	---	---	---	---	---	---	---	---	3,7	044
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	045
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	26,2	049
---	1,3	---	---	0,2	---	---	---	---	---	132,1	05
---	0,5	---	---	---	---	---	---	---	---	125,8	052
---	0,2	---	---	---	---	---	---	---	---	2,2	054
---	0,6	---	---	0,2	---	---	---	---	---	4,1	056
0,0	---	---	---	11,5	---	---	---	---	---	36,0	06
---	---	---	---	10,3	---	---	---	---	---	33,5	061
0,0	---	---	---	1,2	---	---	---	---	---	2,5	062
40,2	15,8	---	0,1	2,1	14,8	---	54,2	---	2,2	143,4	1
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	3,2	11
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,4	111
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	1,7	114
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	115
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,5	117
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,7	119
0,2	9,5	---	0,1	0,3	---	---	16,7	---	---	27,9	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	121
0,2	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,7	124
0,0	---	---	0,1	0,3	---	---	---	---	---	1,1	127
---	9,5	---	---	---	---	---	16,7	---	---	26,2	129
---	---	---	---	0,0	---	---	31,9	---	---	31,9	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	131
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	133
---	---	---	---	0,0	---	---	31,9	---	---	31,9	139
24,8	---	---	---	0,7	14,8	---	---	---	---	46,8	14
8,5	---	---	---	0,5	---	---	---	---	---	9,0	141
16,2	---	---	---	0,2	14,8	---	---	---	---	37,7	142
---	---	---	---	0,1	---	---	---	---	---	0,1	145
0,0	---	---	---	0,0	---	---	---	---	---	0,2	15
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,1	151
---	---	---	---	0,0	---	---	---	---	---	0,0	152
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	153
0,0	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,1	154

(Gliederung der Einnahmen nach Funktionen und Einnahmegruppen in Mio EUR)

Fkz	Funktionen / Aufgabenbereiche	Steuern, steuerähnl.Abg u. EU-Eigenmittel	Gebühren und sonstige Entgelte	sonstige Verwaltungseinnahmen	Einn.aus wirtschaftl. Tätigkeit und Vermögen	Erlöse Kapitalrückzahlungen	Zinseinnahmen	Darlehensrückflüsse, Gewährleistungen
		1	2	3	4	5	6	7
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	---	0,0	0,0	0,0	---	---	---
162	Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive, Fachinformationszentren	---	0,0	0,0	0,0	---	---	---
164	Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	---	---	---	---	---	---	---
165	Andere Einrichtungen für Wissenschaft und Forschung	---	---	---	---	---	---	---
17	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	---	---	---	---	---	---	---
173	Forschung und experimentelle Entwicklung zum Umweltschutz	---	---	---	---	---	---	---
177	Forschung und experimentelle Entwicklung zur Erkundung und Nutzung der irdischen Umwelt	---	---	---	---	---	---	---
18	Kultureinrichtungen (einschl. Kulturverwaltung)	---	2,3	0,0	0,5	---	---	---
181	Theater	---	---	---	0,2	---	---	---
182	Einrichtungen der Musikpflege	---	---	---	---	---	---	---
183	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	---	0,1	---	0,1	---	---	---
185	Musikschulen	---	2,2	---	0,0	---	---	---
186	Nichtwissenschaftliche Bibliotheken	---	---	---	---	---	---	---
187	Sonstige Kultureinrichtungen	---	0,0	---	0,2	---	---	---
188	Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten	---	---	0,0	0,0	---	---	---
19	Kulturförderung, Denkmalschutz, Kirchliche Angelegenheiten	---	0,0	0,0	0,1	---	---	---
191	Einzelmaßnahmen im Bereich Theater und Musikpflege	---	---	---	---	---	---	---
193	Andere Einzelmaßnahmen der Kulturpflege	---	---	---	0,1	---	---	---
195	Denkmalschutz und -pflege	---	0,0	0,0	0,0	---	---	---
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	---	10,1	7,9	0,3	---	1,2	7,0
21	Verwaltung	---	0,1	0,1	0,1	---	---	---
211	Versicherungsbehörden	---	0,1	0,0	0,0	---	---	---
212	Sozialamt, Sozialhilfeverband, Landeswohlfahrtsverband	---	0,0	0,1	0,1	---	---	---
213	Jugendämter	---	---	0,0	---	---	---	---
214	Versorgungsämter	---	---	0,0	---	---	---	---
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	---	---	---	---	---	---	---
23	Familien- und Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.ä	---	6,7	7,8	---	---	1,2	6,9
233	Wohngeld	---	---	---	---	---	---	---
234	Leistungen nach dem Bundessozialhilfe- und dem Asylbewerberleistungsgesetz	---	6,4	7,8	---	---	---	5,6
235	Soziale Einrichtungen	---	0,3	---	---	---	1,2	1,4
237	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschußgesetz	---	---	---	---	---	---	---
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	---	---	---	---	---	---	0,0
243	Lastenausgleich	---	---	---	---	---	---	---
244	Wiedergutmachung	---	---	---	---	---	---	---
246	Vertriebene und Spätaussiedler	---	---	---	---	---	---	---
247	Kriegsopferfürsorge	---	---	---	---	---	---	0,0
249	Sonstiges	---	---	---	---	---	---	---
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz	---	2,8	---	---	---	---	0,1
252	Hilfen für Berufsausbildung, Fortbildung und Umschulung	---	---	---	---	---	---	---
253	Sonstige Anpassungsmaßnahmen und produktive Arbeitsförderung	---	---	---	---	---	---	0,1
254	Arbeitsschutz	---	2,8	---	---	---	---	---
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	---	0,3	---	0,1	---	---	---
261	Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	---	0,0	---	---	---	---	---

Die den einzelnen Spalten zuzuordnenden Gruppierungsnummern sind dem Anhang zu entnehmen

Zuweisungen und Zuschüsse für lfd.Zwecke aus dem öffentlichen Bereich					Schulden-aufnahmen		Zuwei-sungen	Beiträge und Zu-schüsse	Beson-dere Fi-nanzier-ungsein-nahmen	Ein-nahmen ins-gesamt	Fkz
Bund LAF ERP	Länder	Ge-mein-den	Sonst.	aus sonst. Be-reichen	aus dem öffent-lichen Bereich	am Kredit-markt	für Investi-tionen	für Investi-tionen			
8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	
15,2	6,0	---	---	---	---	---	4,0	---	---	25,2	16
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,0	162
15,2	6,0	---	---	---	---	---	2,4	---	---	23,6	164
---	---	---	---	---	---	---	1,6	---	---	1,6	165
---	---	---	---	---	---	---	---	---	2,2	2,2	17
---	---	---	---	---	---	---	---	---	2,2	2,2	173
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	177
---	0,3	---	---	1,0	---	---	1,7	---	---	5,9	18
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,2	181
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	182
---	---	---	---	---	---	---	1,7	---	---	1,8	183
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	2,3	185
---	0,3	---	---	---	---	---	---	---	---	0,3	186
---	---	---	---	1,0	---	---	---	---	---	1,2	187
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,0	188
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,1	19
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	191
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,1	193
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,0	195
106,6	0,5	15,7	47,2	22,9	---	---	---	---	0,7	220,0	2
0,1	---	---	0,1	0,4	---	---	---	---	---	0,9	21
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,2	211
0,1	---	---	0,1	0,4	---	---	---	---	---	0,8	212
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,0	213
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,0	214
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	22
91,2	---	9,1	46,9	15,4	---	---	---	---	---	185,2	23
82,0	---	---	---	---	---	---	---	---	---	82,0	233
0,1	---	6,9	46,8	11,2	---	---	---	---	---	84,8	234
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	2,8	235
9,1	---	2,2	0,1	4,2	---	---	---	---	---	15,5	237
14,1	---	---	---	1,5	---	---	---	---	---	15,7	24
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	243
1,3	---	---	---	---	---	---	---	---	---	1,3	244
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	246
11,8	---	---	---	1,5	---	---	---	---	---	13,4	247
1,0	---	---	---	---	---	---	---	---	---	1,0	249
0,0	---	---	---	---	---	---	---	---	---	2,9	25
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	252
0,0	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,1	253
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	2,8	254
0,0	---	5,5	0,3	3,2	---	---	---	---	---	9,5	26
0,0	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,0	261

(Gliederung der Einnahmen nach Funktionen und Einnahmegruppen in Mio EUR)

Fkz	Funktionen / Aufgabenbereiche	Steuern, steuerähnl.Abg u. EU-Eigenmittel 1	Gebühren und sonstige Entgelte 2	sonstige Verwaltungseinnahmen 3	Einn.aus wirtschaftl. Tätigkeit und Vermögen 4	Erlöse Kapitalrückzahlungen 5	Zinseinnahmen 6	Darlehensrückflüsse, Gewährleistungen 7
262	Jugendsozialarbeit und erzieherischer Kinder- und Jugendschutz	---	0,3	---	0,1	---	---	---
263	Förderung der Erziehung in der Familie	---	---	---	---	---	---	---
265	Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfen	---	---	---	---	---	---	---
266	Andere Aufgaben der Jugendhilfe	---	---	---	---	---	---	---
27	Einrichtungen der Jugendhilfe	---	0,1	0,0	0,1	---	---	---
271	Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	---	0,0	0,0	---	---	---	---
273	Einrichtungen der Familienförderung	---	0,1	---	0,1	---	---	---
274	Tageseinrichtungen für Kinder	---	---	---	---	---	---	---
275	Einrichtungen für Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfen	---	---	---	---	---	---	---
276	Einrichtungen für andere Aufgaben der Jugendhilfe	---	---	---	---	---	---	---
29	Sonstige soziale Angelegenheiten	---	---	---	---	---	---	---
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	---	9,3	0,2	2,4	0,8	0,1	0,0
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	---	0,7	0,1	0,8	---	0,1	0,0
311	Gesundheitsbehörden	---	---	---	0,1	---	0,1	---
312	Krankenhäuser und Heilstätten	---	0,0	---	---	---	---	---
314	Maßnahmen des Gesundheitswesens	---	0,7	0,1	0,7	---	---	0,0
32	Sport und Erholung	---	0,6	0,0	1,6	0,8	---	---
321	Park- und Gartenanlagen	---	0,4	0,0	0,1	0,8	---	---
323	Sportstätten	---	0,1	---	0,7	---	---	---
324	Förderung des Sports	---	---	---	---	---	---	---
329	Sonstiges	---	---	---	0,8	---	---	---
33	Umwelt- und Naturschutz	---	0,1	0,0	---	---	---	---
331	Umwelt- und Naturschutzbehörden	---	7,8	0,0	---	---	---	---
332	Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes	---	0,1	---	---	---	---	---
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	---	---	---	---	---	---	---
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	---	10,0	1,8	1,7	2,0	0,1	0,9
41	Wohnungswesen	---	0,1	0,1	---	2,0	0,1	0,9
411	Förderung des Wohnungsbaues	---	---	0,1	---	2,0	0,1	0,9
419	Sonstiges	---	0,1	0,0	---	---	---	---
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	---	---	---	0,0	---	---	---
422	Raumordnung und Landesplanung	---	---	---	0,0	---	---	---
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	---	9,8	1,7	1,7	---	---	---
431	Straßenbeleuchtung	---	---	1,5	---	---	---	---
432	Ortsentwässerung	---	---	---	0,0	---	---	---
439	Sonstiges	---	9,8	0,2	1,7	---	---	---
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	---	3,4	0,0	0,3	---	0,0	0,0
51	Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)	---	3,4	0,0	0,3	---	---	---
511	Ernährung und Landwirtschaft	---	3,3	0,0	0,0	---	---	---
512	Forsten	---	0,1	---	0,2	---	---	---
52	Verbesserung der Agrarstruktur	---	---	0,0	---	---	0,0	0,0
521	Verbesserung der Agrarstruktur (Gemeinschaftsaufgabe)	---	---	---	---	---	0,0	0,0
528	EU-Ausrichtungsfonds	---	---	---	---	---	---	---
529	Sonstiges	---	---	0,0	---	---	---	---
53	Einkommenstabilisierende Maßnahmen	---	---	---	---	---	---	---
531	EU-Garantiefonds	---	---	---	---	---	---	---
54	Sonstige Bereiche	---	---	---	---	---	---	---
542	Fischerei	---	---	---	---	---	---	---
549	Sonstiges	---	---	---	---	---	---	---

Die den einzelnen Spalten zuzuordnenden Gruppierungsnummern sind dem Anhang zu entnehmen

Zuweisungen und Zuschüsse für lfd.Zwecke aus dem öffentlichen Bereich					Schulden-aufnahmen		Zuwei-sungen	Beiträge und Zu-schüsse	Beson-dere Fi-nanzier-ungsein-nahmen	Ein-nahmen ins-gesamt	Fkz
Bund LAF ERP	Länder	Ge-mein-den	Sonst.	aus sonst. Be-reichen	aus dem öffent-lichen Bereich	am Kredit-markt	für Investi-tionen	für Investi-tionen			
8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	
---	---	---	0,1	---	---	---	---	---	---	0,5	262
---	---	---	0,2	0,2	---	---	---	---	---	0,4	263
---	---	5,4	0,0	3,1	---	---	---	---	---	8,5	265
---	---	0,2	---	0,0	---	---	---	---	---	0,2	266
---	0,5	1,1	0,0	2,2	---	---	---	---	0,7	4,6	27
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,0	271
---	---	0,1	0,0	1,8	---	---	---	---	0,7	2,7	273
---	---	0,1	---	---	---	---	---	---	---	0,1	274
---	---	0,9	---	0,5	---	---	---	---	---	1,4	275
---	0,5	---	---	---	---	---	---	---	---	0,5	276
1,1	---	---	---	0,2	---	---	---	---	---	1,3	29
---	0,7	---	0,2	2,9	---	---	---	---	---	16,6	3
---	0,7	---	0,2	1,6	---	---	---	---	---	4,3	31
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,1	311
---	---	---	---	1,5	---	---	---	---	---	1,5	312
---	0,7	---	0,2	0,2	---	---	---	---	---	2,6	314
---	---	---	---	0,2	---	---	---	---	---	3,2	32
---	---	---	---	0,2	---	---	---	---	---	1,6	321
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,8	323
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	324
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,8	329
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,1	33
---	---	---	---	1,1	---	---	---	---	---	8,9	331
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,1	332
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	34
---	---	---	---	0,7	1,5	---	10,8	0,4	---	29,9	4
---	---	---	---	---	1,5	---	10,8	---	---	15,5	41
---	---	---	---	---	1,5	---	10,8	---	---	15,4	411
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,1	419
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,0	42
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,0	422
---	---	---	---	0,7	---	---	---	0,4	---	14,4	43
---	---	---	---	0,1	---	---	---	---	---	1,6	431
---	---	---	---	---	---	---	---	0,4	---	0,4	432
---	---	---	---	0,6	---	---	---	---	---	12,3	439
0,5	---	---	---	---	---	---	0,5	---	---	4,6	5
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	3,6	51
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	3,3	511
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,3	512
0,5	---	---	---	---	---	---	0,5	---	---	1,0	52
0,5	---	---	---	---	---	---	0,5	---	---	1,0	521
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	528
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,0	529
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	53
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	531
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	54
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	542
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	549

Haushaltsquerschnitt

Stand: 24.06.2003
Haushaltsjahr 2004

(Gliederung der Einnahmen nach Funktionen und Einnahmegruppen in Mio EUR)

Fkz	Funktionen / Aufgabenbereiche	Steuern, steuerähnl.Abg u. EU-Eigenmittel 1	Gebühren und sonstige Entgelte 2	sonstige Verwaltungseinnahmen 3	Einn.aus wirtschaftl. Tätigkeit und Vermögen 4	Erlöse Kapitalrückzahlungen 5	Zinseinnahmen 6	Darlehensrückflüsse, Gewährleistungen 7
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5,1	3,7	0,0	0,6	0,0	---	0,3
61	Verwaltung	---	1,7	0,0	0,3	---	---	---
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	5,1	0,7	0,0	0,3	0,0	---	---
621	Kernenergie	---	---	---	---	---	---	---
622	Erneuerbare Energieformen	---	---	---	0,1	---	---	---
623	Wasserwirtschaft und Kulturbau	5,1	0,7	0,0	0,0	0,0	---	---
625	Küstenschutz	---	---	---	---	---	---	---
627	Sonstige Energieversorgung	---	---	---	0,0	---	---	---
629	Sonstiges	---	---	---	0,2	---	---	---
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	---	---	---	---	---	---	---
632	Sonstiger Bergbau	---	---	---	---	---	---	---
64	Handel	---	---	---	---	---	---	---
68	Sonstige Bereiche	---	1,4	---	---	---	---	0,3
69	Regionale Fördermaßnahmen	---	---	---	---	---	---	---
692	Verbesserung der Infrastruktur	---	---	---	---	---	---	---
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	---	41,9	0,3	0,5	2,5	0,0	---
71	Verwaltung	---	0,2	0,0	0,0	---	---	---
711	Straßen- und Brückenbau	---	---	---	---	---	---	---
712	Wasserstraßen und Häfen	---	0,2	0,0	0,0	---	---	---
72	Straßen	---	12,6	0,1	---	2,0	0,0	---
721	Bundesautobahnen	---	---	---	---	---	---	---
725	Gemeindestraßen	---	12,6	0,1	---	2,0	---	---
729	Sonstiges	---	---	---	---	---	0,0	---
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	---	27,9	0,2	0,5	0,5	---	---
731	Wasserstraßen und Häfen	---	27,9	0,2	0,5	0,5	---	---
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	---	---	---	---	---	---	---
741	Maßnahmen für den öffentlichen Personennahverkehr	---	---	---	---	---	---	---
75	Luftfahrt	---	---	---	---	---	---	---
77	Nachrichtenwesen	---	---	---	---	---	---	---
79	Sonstige Bereiche	---	1,2	---	---	---	---	---
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	---	0,6	0,0	292,3	---	67,1	8,3
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	---	---	---	0,6	---	---	---
812	Forstwirtschaftliche Unternehmen	---	---	---	0,6	---	---	---
82	Versorgungsunternehmen	---	---	---	116,1	---	---	---
821	Elektrizitätsunternehmen	---	---	---	86,0	---	---	---
822	Gasunternehmen	---	---	---	2,8	---	---	---
823	Wasserunternehmen	---	---	---	27,3	---	---	---
83	Verkehrsunternehmen	---	0,5	---	---	---	---	---
835	Flughäfen und Luftverkehr	---	0,5	---	---	---	---	---
85	Sonstige Wirtschaftsunternehmen	---	0,0	---	73,8	---	0,1	5,1
853	Banken und Kreditinstitute	---	---	---	17,8	---	---	---
856	Lotterie, Lotto, Toto	---	0,0	---	53,7	---	0,1	---
859	Sonstiges	---	---	---	2,3	---	---	5,1
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	---	0,2	0,0	101,8	---	67,0	3,2
871	Allgemeines Grundvermögen	---	0,2	---	95,5	---	---	---
872	Allgemeines Kapitalvermögen	---	---	0,0	0,8	---	59,4	---
873	Sondervermögen	---	---	---	5,5	---	7,5	3,2
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	7.262,4	0,5	0,3	1,8	0,2	---	---

Die den einzelnen Spalten zuzuordnenden Gruppierungsnummern sind dem Anhang zu entnehmen

Zuweisungen und Zuschüsse für lfd.Zwecke aus dem öffentlichen Bereich					Schulden-aufnahmen		Zuwei-sungen	Beiträge und Zu-schüsse	Beson-dere Fi-nanzier-ungsein-nahmen	Ein-nahmen ins-gesamt	Fkz
Bund LAF ERP	Länder	Ge-mein-den	Sonst.	aus sonst. Be-reichen	aus dem öffent-lichen Bereich	am Kredit-markt	für Investi-tionen	für Investi-tionen			
8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	
0,0	---	0,0	---	0,1	---	---	18,6	0,0	---	28,6	6
---	---	---	---	0,1	---	---	---	---	---	2,1	61
0,0	---	0,0	---	0,0	---	---	18,6	0,0	---	24,8	62
0,0	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,0	621
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,1	622
0,0	---	0,0	---	0,0	---	---	---	0,0	---	5,9	623
---	---	---	---	---	---	---	18,6	---	---	18,6	625
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,0	627
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,2	629
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	63
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	632
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	64
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	1,7	68
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	69
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	692
110,1	---	5,5	---	9,1	---	---	21,8	7,3	---	199,0	7
---	---	---	---	0,0	---	---	---	---	---	0,3	71
---	---	---	---	0,0	---	---	---	---	---	0,0	711
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,2	712
110,1	---	---	---	1,6	---	---	7,2	7,3	---	140,9	72
2,0	---	---	---	1,5	---	---	---	---	---	3,5	721
108,1	---	---	---	0,2	---	---	7,2	7,3	---	137,4	725
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,0	729
---	---	---	---	7,5	---	---	---	---	---	36,6	73
---	---	---	---	7,5	---	---	---	---	---	36,6	731
---	---	5,5	---	---	---	---	14,5	---	---	20,0	74
---	---	5,5	---	---	---	---	14,5	---	---	20,0	741
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	75
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	77
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	1,2	79
---	---	---	---	0,3	---	---	---	---	9,7	378,4	8
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,6	81
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,6	812
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	116,1	82
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	86,0	821
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	2,8	822
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	27,3	823
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,5	83
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,5	835
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	79,1	85
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	17,8	853
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	53,9	856
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	7,4	859
---	---	---	---	0,3	---	---	---	---	9,7	182,2	87
---	---	---	---	0,3	---	---	---	---	---	96,0	871
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	60,2	872
---	---	---	---	---	---	---	---	---	9,7	26,0	873
---	---	---	---	15,9	---	750,0	---	---	619,3	8.650,4	9

Anlage 1.5
Haushaltsquerschnitt

Stand: 24.06.2003
Haushaltsjahr 2004

(Gliederung der Einnahmen nach Funktionen und Einnahmegruppen in Mio EUR)

Fkz	Funktionen / Aufgabenbereiche	Steuern, steuerähnl.Abg u. EU-Eigenmittel 1	Gebühren und sonstige Entgelte 2	sonstige Verwaltungseinnahmen 3	Einn.aus wirtschaftl. Tätigkeit und Vermögen 4	Erlöse Kapitalrückzahlungen 5	Zinseinnahmen 6	Darlehensrückflüsse, Gewährleistungen 7
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	7.262,4	---	---	---	---	---	---
92	Schulden	---	---	---	---	---	---	---
95	Rücklagen	---	---	---	---	---	---	---
96	Sonstiges	---	0,5	0,3	1,8	0,2	---	---
98	Globalposten	---	---	---	---	---	---	---
981	Verstärkungsmittel für Personalausgaben	---	---	---	---	---	---	---
989	Globale Minderausgaben / globale Mehreinnahmen	---	---	---	---	---	---	---
99	Haushaltstechnische Verrechnungen	---	---	---	---	---	---	---
***	**Gesamteinnahmen 2004**	7.267,4	278,4	77,0	310,6	9,0	68,5	23,1
***	**Gesamteinnahmen 2003**	7.053,2	270,9	77,6	332,9	7,1	71,1	24,0

Haushaltsquerschnitt

Stand: 24.06.2003
Haushaltsjahr 2004

Die den einzelnen Spalten zuzuordnenden Gruppierungsnummern sind dem Anhang zu entnehmen

Zuweisungen und Zuschüsse für lfd.Zwecke aus dem öffentlichen Bereich					Schulden-aufnahmen		Zuwei-sungen	Beiträge und Zu-	Beson-dere Fi-	Ein-nahmen	
Bund LAF ERP	Länder	Ge-mein-den	Sonst.	aus sonst. Be-reichen	aus dem öffent-lichen Bereich	am Kredit-markt	für Investi-tionen	schüsse für Investi-tionen	nanzier-ungsein-nahmen	ins-gesamt	Fkz
8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	7.262,4	91
---	---	---	---	7,4	---	750,0	---	---	---	757,4	92
---	---	---	---	---	---	---	---	---	130,0	130,0	95
---	---	---	---	8,5	---	---	---	---	---	11,3	96
---	---	---	---	---	---	---	---	---	487,7	487,7	98
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	981
---	---	---	---	---	---	---	---	---	487,7	487,7	989
---	---	---	---	---	---	---	---	---	1,7	1,7	99
283,8	23,8	21,3	47,5	70,1	16,4	750,0	106,0	7,7	632,1	9.992,7	***
280,6	24,2	25,5	44,2	71,4	18,3	800,0	88,8	10,3	775,9	9.976,1	***

(Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen in Mio EUR)

Fkz	Funktionen / Aufgabenbereiche	Personalausgaben	sächliche Verwaltungsausgaben	Zinsausgaben	Tilg.-ausgaben an öffentlichen Bereich	Zuweisungen u.Zuschüsse lfd. an öffentlichen Bereich	Zuweisungen u.Zuschüsse lfd. an sonstige Be: Renten, Unterstützungen etc	Zuweisungen u.Zuschüsse lfd. an sonstige Be: Unternehmen
		1	2	3	4	5	6	7
		---	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
0	Allgemeine Dienste	1.798,3	330,1	---	---	17,5	5,5	32,6
		---	13,4			2,6	0,5	
				---	---			---
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	762,8	88,1	---	---	12,3	0,5	32,6
		---	3,9			0,1	0,0	
				---	---			---
011	Politische Führung	37,7	11,5	---	---	1,0	0,2	0,0
		---	2,2			0,1		
				---	---		---	---
012	Innere Verwaltung	304,1	59,3	---	---	2,1	0,2	17,5
		---	1,7			---	0,0	
				---	---			---
013	Informationswesen	0,0	0,5	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
014	Statistischer Dienst	7,9	1,6	---	---	0,1	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
015	Zivildienst	0,0	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
016	Hochbauverwaltung	149,4	12,6	---	---	2,3	0,1	15,0
		---	---	---	---	---	0,0	---
018	Versorgung einschließlich Beihilfen, soweit nicht unter Funkt. 038, 039, 048, 058, 068, 118 und 138	252,2	---	---	---	6,8	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
019	Sonstige allgemeine Staatsaufgaben	11,5	2,7	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
02	Auswärtige Angelegenheiten	---	---	---	---	0,0	0,5	---
		---	---	---	---	---	0,3	---
022	Internationale Organisationen	---	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
023	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	---	---	---	---	---	0,5	---
		---	---	---	---	---	0,3	---
024	Auslandsschulwesen und kulturelle Angelegenheiten im Ausland	---	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
029	Sonstiges	---	---	---	---	0,0	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	676,9	97,0	---	---	2,1	0,0	---
		---	9,0			2,5	0,1	
				---	---			---
042	Polizei	345,3	66,4	---	---	1,0	0,0	---
		---	1,5			2,5	0,1	
				---	---			---
043	Öffentliche Ordnung	22,3	9,6	---	---	0,2	---	---
		---	7,1			---	---	---
				---	---			---
044	Brandschutz	80,1	17,2	---	---	0,9	---	---
		---	0,4			---	---	---
				---	---			---
045	Katastrophenschutz	0,8	0,2	---	---	0,1	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
048	Versorgung einschließlich Beihilfen im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung	228,5	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
049	Sonstiges	---	3,7	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	0,0	---	---
05	Rechtsschutz	278,3	107,6	---	---	2,5	4,4	---
		---	---	---	---	---	---	---
051	Verfassungsgerichte	0,0	0,0	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---

Die den einzelnen Spalten zuzuordnenden Gruppierungsnummern sind dem Anhang zu entnehmen

für Zwecke reiche sonstige	Schuldendiensthilfen	Baumaßnahmen: Hochbau u.Sonstiges ohne	Baumaßnahmen: Tiefbau	Erwerb von: beweglichem Vermögen	Erwerb von: unbeweglichem Vermögen	Erwerb von: Beteiligungen	Darlehen und Gewährleistungen	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen: öffentlichen Bereich	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen: sonstige Bereiche	Besondere Finanzierungsausg.	Ausg. insgesamt	Fkz
8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
69,1	---	31,7	---	94,5	14,1	---	---	---	1,5	5,2	2.400,1	0
0,5		58,8		74,5	0,8				0,4	0,2	151,8	
	---		---			---	---	---				
39,6	---	4,6	---	68,9	5,9	---	---	---	1,5	5,2	1.022,0	01
0,4		2,1		52,0	0,8				0,4	0,2	60,0	
	---		---			---	---	---				
7,7	---	0,5	---	0,5	---	---	---	---	---	5,2	64,2	011
0,4		0,3								0,2	3,2	
	---		---	---	---	---	---	---	---			
28,4	---	3,8	---	6,4	5,9	---	---	---	0,1	---	427,8	012
0,0		1,6		22,0	0,8						26,2	
	---		---			---	---	---	---	---		
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,5	013
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
0,0	---	0,1	---	---	---	---	---	---	---	---	9,8	014
---	---	0,0	---	---	---	---	---	---	---	---	0,0	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,0	015
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
3,0	---	0,3	---	---	---	---	---	---	1,3	---	184,0	016
---	---	0,2	---	---	---	---	---	---	0,4	---	0,7	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	259,1	018
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
0,5	---	---	---	62,0	---	---	---	---	---	---	76,6	019
---	---	---	---	30,0	---	---	---	---	---	---	30,0	
1,2	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	1,7	02
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,3	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	022
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,5	023
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,3	
1,2	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	1,2	024
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,0	029
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
14,6	---	7,7	---	23,6	---	---	---	---	---	---	822,0	04
---	---	28,2	---	18,6	---	---	---	---	---	---	58,4	
0,9	---	7,7	---	15,2	---	---	---	---	---	---	436,5	042
---	---	28,2	---	7,7	---	---	---	---	---	---	40,0	
4,1	---	---	---	0,1	---	---	---	---	---	---	36,3	043
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	7,1	
5,0	---	---	---	8,0	---	---	---	---	---	---	111,1	044
---	---	---	---	10,8	---	---	---	---	---	---	11,2	
0,5	---	---	---	0,3	---	---	---	---	---	---	1,7	045
---	---	---	---	0,1	---	---	---	---	---	---	0,1	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	228,5	048
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
4,2	---	---	---	0,1	---	---	---	---	---	---	8,0	049
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,0	
---	---	18,7	---	1,9	8,2	---	---	---	---	---	421,6	05
---	---	28,1	---	3,9	---	---	---	---	---	---	32,0	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,0	051
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	

Haushaltsquerschnitt

Stand: 24.06.2003
Haushaltsjahr 2004

(Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen in Mio EUR)

Fkz	Funktionen / Aufgabenbereiche	Personalausgaben	sächliche Verwaltungsausgaben	Zinsausgaben	Tilg.-ausgaben an öffentlichen Bereich	Zuweisungen u.Zuschüsse lfd. an sonstige Be		
						an öffentlichen Bereich	Renten, Unterstützungen etc	Unternehmen
		1	2	3	4	5	6	7
052	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	115,5	84,0	---	---	---	1,1	---
		---	---	---	---	---	---	---
053	Verwaltungsgerichte	---	0,6	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
054	Arbeits- und Sozialgerichte	18,8	8,2	---	---	---	0,0	---
		---	---	---	---	---	---	---
056	Justizvollzugsanstalten	61,4	14,8	---	---	2,5	3,3	---
		---	---	---	---	---	---	---
058	Versorgung einschließl. Beihilfen für Versorgungsempfänger im Bereich des Rechtsschutzes	82,5	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
06	Finanzverwaltung	80,3	37,3	---	---	0,6	0,1	---
		---	0,5	---	---	---	---	---
061	Steuer- und Zollverwaltung, Vermögensverwaltung	0,3	26,7	---	---	0,5	0,1	---
		---	---	---	---	---	---	---
062	Schuldenverwaltung und sonstige Finanzverwaltung	14,9	10,6	---	---	0,0	---	---
		---	0,5	---	---	---	---	---
068	Versorgung einschl. Beihilfen für Versorgungsempfänger im Bereich der Finanzverwaltung	65,2	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	1.211,2	177,4	---	---	47,2	47,9	240,2
		---	14,6	---	---	0,1	1,3	69,1
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	496,4	102,5	---	---	---	0,0	---
		---	5,2	---	---	---	---	---
111	Unterrichtsverwaltung	31,0	11,4	---	---	---	0,0	---
		---	0,1	---	---	---	---	---
112	Grundschulen	---	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
114	Kombinierte Grund- und Hauptschulen	---	37,9	---	---	---	---	---
		---	0,1	---	---	---	---	---
115	Kombinierte Haupt- und Realschulen	---	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
117	Gymnasien, Kollegs	---	26,8	---	---	---	---	---
		---	2,5	---	---	---	---	---
118	Versorgung einschl. Beihilfen für Versorgungsempfänger im Bereich der Schulen	312,4	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
119	Gesamtschulen (Integrierte und additive)	152,9	26,4	---	---	---	---	---
		---	2,5	---	---	---	---	---
12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	657,0	55,1	---	---	---	---	---
		---	8,3	---	---	---	---	---
121	Schulformunabhängige Orientierungsstufe	257,7	17,8	---	---	---	---	---
		---	5,0	---	---	---	---	---
124	Sonderschulen	228,7	9,7	---	---	---	---	---
		---	0,8	---	---	---	---	---
127	Berufliche Schulen	151,2	24,0	---	---	---	---	---
		---	2,3	---	---	---	---	---
129	Sonstige schulische Aufgaben	19,4	3,6	---	---	---	---	---
		---	0,2	---	---	---	---	---
13	Hochschulen	38,9	0,1	---	---	46,4	---	107,1
		---	---	---	---	---	---	---
131	Universitäten	---	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---

Die den einzelnen Spalten zuzuordnenden Gruppierungsnummern sind dem Anhang zu entnehmen

für Zwecke reiche sonstige	Schuldendiensthilfen	Baumaßnahmen: Hochbau u.Sonstiges ohne	Baumaßnahmen: Tiefbau	Erwerb von: beweglichem Vermögen	Erwerb von: unbeweglichem Ver-	Erwerb von: Beteiligungen	Darlehen und Gewährleistungen	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen: öffentlichen Bereich	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen: sonstige Bereiche	Besondere Finanzierungsausg.	Ausg. insgesamt	Fkz
8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	
---	---	0,6	---	0,5	---	---	---	---	---	---	201,7	052
---	---	1,0	---	1,1	---	---	---	---	---	---	2,1	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,6	053
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	27,1	054
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
---	---	18,2	---	1,4	8,2	---	---	---	---	---	109,8	056
---	---	27,1	---	2,8	---	---	---	---	---	---	29,9	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	82,5	058
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
13,7	---	0,7	---	0,1	---	---	---	---	---	---	132,8	06
0,0	---	0,5	---	---	---	---	---	---	---	---	1,0	
9,1	---	0,5	---	0,1	---	---	---	---	---	---	37,3	061
---	---	0,4	---	---	---	---	---	---	---	---	0,4	
4,6	---	0,2	---	0,0	---	---	---	---	---	---	30,3	062
0,0	---	0,1	---	---	---	---	---	---	---	---	0,6	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	65,2	068
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
558,4	---	120,8	---	23,3	3,8	1,0	22,8	---	136,2	9,2	2.599,5	1
16,4	---	300,6	---	23,5	0,3	---	---	---	273,3	---	699,2	
2,5	---	4,5	---	0,4	---	---	---	---	---	---	606,3	11
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	5,2	
2,5	---	0,0	---	0,0	---	---	---	---	---	---	45,0	111
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,1	
---	---	---	---	0,3	---	---	---	---	---	---	0,3	112
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	37,9	114
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,1	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	115
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	26,8	117
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	2,5	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	312,4	118
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
---	---	4,5	---	---	---	---	---	---	---	---	183,8	119
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	2,5	
79,3	---	105,8	---	12,8	3,8	---	---	---	2,0	---	915,8	12
0,3	---	269,2	---	12,8	0,3	---	---	---	6,6	---	297,4	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	275,5	121
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	5,0	
12,2	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	250,6	124
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,8	
0,2	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	175,4	127
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	2,3	
66,9	---	105,8	---	12,8	3,8	---	---	---	2,0	---	214,3	129
0,3	---	269,2	---	12,8	0,3	---	---	---	6,6	---	289,3	
355,2	---	4,9	---	10,2	---	---	---	---	88,6	9,2	660,7	13
---	---	19,4	---	10,7	---	---	---	---	197,1	---	227,2	
262,4	---	---	---	---	---	---	---	---	36,7	---	299,1	131
---	---	---	---	---	---	---	---	---	111,3	---	111,3	

Fkz	Funktionen / Aufgabenbereiche	Personalausgaben	sächliche Verwaltungsausgaben	Zinsausgaben	Tilg.-ausgaben an öffentlichen Bereich	Zuweisungen u.Zuschüsse lfd. an öffentlichen Bereich	an sonstige Be Renten, Unterstützungen etc	an sonstige Be Unternehmen
		1	2	3	4	5	6	7
132	Hochschulkliniken	---	---	---	---	---	---	107,1
		---	---	---	---	---	---	---
133	Verwaltungsfachhochschulen	---	0,1	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
135	Kunsthochschulen	---	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
136	Fachhochschulen	---	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
137	Deutsche Forschungsgemeinschaft	---	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
138	Versorgung einschl. Beihilfen für Versorgungsempfänger im Bereich der Hochschulen	32,6	---	---	---	46,2	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
139	Sonstige Hochschulaufgaben	6,3	0,1	---	---	0,2	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
14	Förderung von Schülern, Studenten und dgl	---	9,2	---	---	---	47,6	---
		---	---	---	---	---	1,3	---
141	Fördermaßnahmen für Schüler	---	8,7	---	---	---	14,0	---
		---	---	---	---	---	0,5	---
142	Fördermaßnahmen für Studierende	---	0,6	---	---	---	24,9	---
		---	---	---	---	---	---	---
143	Fördermaßnahmen für den wissenschaftlichen Nachwuchs	---	---	---	---	---	0,7	---
		---	---	---	---	---	---	---
145	Schülerbeförderung	---	---	---	---	---	8,0	---
		---	---	---	---	---	0,8	---
146	Studentenwohnraumförderung	---	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
15	Sonstiges Bildungswesen	3,0	2,9	---	---	---	---	7,2
		---	---	---	---	---	---	---
151	Förderung der Weiterbildung	0,5	0,3	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
152	Volkshochschulen	---	---	---	---	---	---	7,2
		---	---	---	---	---	---	---
153	Andere Einrichtungen der Weiterbildung	---	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
154	Einrichtungen der Lehrerausbildung	0,0	2,6	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
155	Einrichtungen der Lehrerfortbildung	2,5	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	1,7	2,1	---	---	0,6	0,0	8,7
		---	0,2	---	---	---	---	---
162	Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive, Fachinformationszentren	1,7	2,0	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
164	Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	---	---	---	---	---	---	8,7
		---	---	---	---	---	---	---
165	Andere Einrichtungen für Wissenschaft und Forschung	---	0,1	---	---	0,6	0,0	---
		---	---	---	---	---	---	---
169	Forschung und experimentelle Entwicklung zur industriellen Produktivität und Technologie	---	0,1	---	---	---	---	---
		---	0,2	---	---	---	---	---
17	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	2,9	0,3	---	---	0,1	---	---
		---	0,1	---	---	0,1	---	---

Die den einzelnen Spalten zuzuordnenden Gruppierungsnummern sind dem Anhang zu entnehmen

für Zwecke reiche sonstige	Schuldendiensthilfen	Baumaßnahmen: Hochbau u.Sonstiges ohne	Baumaßnahmen: Tiefbau	Erwerb von: beweglichem Vermögen	Erwerb von: unbeweglichem Ver-	Erwerb von: Beteiligungen	Darlehen und Gewährleistungen	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen: öffentlichen Bereich	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen: sonstige Bereiche	Besondere Finanzierungsausg.	Ausg. insgesamt	Fkz
8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	42,6	---	149,6	132
---	---	---	---	---	---	---	---	---	55,7	---	55,7	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,1	133
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
19,0	---	---	---	---	---	---	---	---	0,4	---	19,4	135
---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,4	---	0,4	
59,0	---	---	---	---	---	---	---	---	8,9	---	67,9	136
---	---	---	---	---	---	---	---	---	29,7	---	29,7	
13,3	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	13,3	137
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	78,9	138
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
1,5	---	4,9	---	10,2	---	---	---	---	---	9,2	32,4	139
---	---	19,4	---	10,7	---	---	---	---	---	---	30,1	
9,4	---	---	---	---	---	---	22,8	---	0,7	---	89,8	14
---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,5	---	1,8	
0,4	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	23,1	141
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,5	
8,7	---	---	---	---	---	---	22,8	---	0,2	---	57,2	142
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
0,1	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,8	143
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	8,0	145
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,8	
0,3	---	---	---	---	---	---	---	---	0,5	---	0,8	146
---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,5	---	0,5	
5,0	---	---	---	---	---	---	---	---	0,7	---	18,8	15
2,5	---	---	---	---	---	---	---	---	13,3	---	15,8	
4,9	---	---	---	---	---	---	---	---	0,2	---	6,0	151
2,5	---	---	---	---	---	---	---	---	12,6	---	15,1	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	7,2	152
---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,2	---	0,2	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,5	---	0,5	153
---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,5	---	0,5	
0,0	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	2,7	154
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	2,5	155
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
51,8	---	---	---	---	---	---	---	---	13,0	---	77,9	16
---	---	---	---	---	---	---	---	---	19,3	---	19,5	
0,1	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	3,8	162
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
32,4	---	---	---	---	---	---	---	---	9,9	---	51,0	164
---	---	---	---	---	---	---	---	---	16,2	---	16,2	
19,3	---	---	---	---	---	---	---	---	3,0	---	23,0	165
---	---	---	---	---	---	---	---	---	3,1	---	3,1	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,1	169
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,2	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	3,4	17
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,2	

Haushaltsquerschnitt

Stand: 24.06.2003
Haushaltsjahr 2004

(Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen in Mio EUR)

Fkz	Funktionen / Aufgabenbereiche	Personalausgaben	sächliche Verwaltungsausgaben	Zinsausgaben	Tilg.-ausgaben an öffentlichen Bereich	Zuweisungen u.Zuschüsse lfd. an sonstige Be		
						an öffentlichen Bereich	Renten, Unterstützungen etc	Unternehmen
		1	2	3	4	5	6	7
172	Forschung u. experimentelle Entwicklung zum Schutz und zur Förderung der menschlichen Gesundheit	2,9	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
174	Forschung und experimentelle Entwicklung zur landwirtschaftlichen Produktivität und Technologie	---	---	---	---	0,1	---	---
		---	---	---	---	0,1	---	---
175	Forschung und experimentelle Entwicklung zu gesellschaftlichen Strukturen und Beziehungen	---	0,3	---	---	---	---	---
		---	0,1	---	---	---	---	---
177	Forschung und experimentelle Entwicklung zur Erkundung und Nutzung der irdischen Umwelt	---	0,1	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
178	Nicht zielorient. Forschung und sonst. Maßnahmen zur Förd. der Wissenschaft und zivilen Forschung	---	---	---	---	0,0	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
18	Kultureinrichtungen (einschl. Kulturverwaltung)	10,3	4,2	---	---	---	0,2	117,3
		---	0,6	---	---	---	---	69,1
181	Theater	0,3	---	---	---	---	---	75,2
		---	---	---	---	---	---	47,3
182	Einrichtungen der Musikpflege	0,0	0,0	---	---	---	---	5,1
		---	---	---	---	---	---	3,0
183	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	1,9	1,1	---	---	---	0,2	28,9
		---	0,4	---	---	---	---	3,8
185	Musikschulen	5,6	0,4	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
186	Nichtwissenschaftliche Bibliotheken	---	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
187	Sonstige Kultureinrichtungen	0,6	1,6	---	---	---	---	8,1
		---	0,1	---	---	---	---	15,1
188	Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten	1,9	1,0	---	---	---	---	---
		---	0,1	---	---	---	---	---
19	Kulturförderung, Denkmalschutz, Kirchliche Angelegenheiten	0,9	0,8	---	---	---	0,0	---
		---	0,2	---	---	---	0,0	---
191	Einzelmaßnahmen im Bereich Theater und Musikpflege	0,0	0,0	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
192	Einzelmaßnahmen im Bereich Museen und Ausstellungen	---	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
193	Andere Einzelmaßnahmen der Kulturpflege	---	0,3	---	---	---	0,0	---
		---	0,0	---	---	---	0,0	---
195	Denkmalschutz und -pflege	0,9	0,5	---	---	---	---	---
		---	0,2	---	---	---	---	---
199	Kirchliche Angelegenheiten	---	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	76,4	40,5	---	---	15,6	873,1	83,2
		---	0,0	---	---	---	---	2,0
21	Verwaltung	41,8	13,4	---	---	0,0	0,0	---
		---	---	---	---	---	---	---
211	Versicherungsbehörden	3,5	0,2	---	---	0,0	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
212	Sozialamt, Sozialhilfeverband, Landeswohlfahrtsverband	29,8	8,7	---	---	---	0,0	---
		---	---	---	---	---	---	---
213	Jugendämter	---	0,8	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
214	Versorgungsämter	8,5	3,7	---	---	---	0,0	---
		---	---	---	---	---	---	---

Die den einzelnen Spalten zuzuordnenden Gruppierungsnummern sind dem Anhang zu entnehmen

für Zwecke reiche sonstige	Schuldendiensthilfen	Baumaßnahmen: Hochbau u.Sonstiges ohne	Baumaßnahmen: Tiefbau	Erwerb von: beweglichem Vermögen	Erwerb von: unbeweglichem Vermögen	Erwerb von: Beteiligungen	Darlehen und Gewährleistungen	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen: öffentlichen Bereich	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen: sonstige Bereiche	Besondere Finanzierungsausg.	Ausg. insgesamt	Fkz
8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	2,9	172
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,1	174
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,1	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,3	175
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,1	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,1	177
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,0	178
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
53,7	---	5,4	---	---	---	1,0	---	---	30,2	---	222,2	18
13,0	---	11,8	---	---	---	---	---	---	35,5	---	130,0	
9,6	---	---	---	---	---	---	---	---	9,0	---	94,1	181
6,1	---	---	---	---	---	---	---	---	12,7	---	66,1	
5,1	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	10,2	182
2,2	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	5,2	
0,6	---	5,4	---	---	---	---	---	---	20,0	---	58,2	183
---	---	11,8	---	---	---	---	---	---	22,0	---	37,9	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	6,1	185
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
25,7	---	---	---	---	---	---	---	---	0,8	---	26,5	186
1,6	---	---	---	---	---	---	---	---	0,4	---	2,0	
12,1	---	---	---	---	---	1,0	---	---	0,4	---	23,8	187
3,2	---	---	---	---	---	---	---	---	0,4	---	18,7	
0,5	---	0,0	---	---	---	---	---	---	---	---	3,3	188
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,1	
1,5	---	0,3	---	---	---	---	---	---	1,1	---	4,5	19
0,6	---	0,3	---	---	---	---	---	---	1,1	---	2,1	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,0	191
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
---	---	0,3	---	---	---	---	---	---	---	---	0,3	192
---	---	0,3	---	---	---	---	---	---	---	---	0,3	
1,1	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	1,4	193
0,6	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,6	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	1,1	---	2,5	195
---	---	---	---	---	---	---	---	---	1,1	---	1,3	
0,4	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,4	199
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
952,0	---	3,4	---	0,0	0,8	---	14,5	---	5,6	0,4	2.065,5	2
34,1	---	1,5	---	---	0,4	---	---	---	2,2	---	40,2	
2,6	---	0,3	---	0,0	---	---	---	---	---	---	58,1	21
---	---	0,0	---	---	---	---	---	---	---	---	0,0	
0,0	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	3,7	211
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
2,4	---	0,3	---	0,0	---	---	---	---	---	---	41,2	212
---	---	0,0	---	---	---	---	---	---	---	---	0,0	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,8	213
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
0,2	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	12,4	214
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	

Fkz	Funktionen / Aufgabenbereiche	Personalausgaben	sächliche Verwaltungsausgaben	Zinsausgaben	Tilg.-ausgaben an öffentlichen Bereich	Zuweisungen u.Zuschüsse lfd. an öffentlichen Bereich	an sonstige Be Renten, Unterstützungen etc	an sonstige Be Unternehmen
		1	2	3	4	5	6	7
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	10,8	---	---	---	0,0	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
223	Unfallversicherung	---	---	---	---	0,0	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
229	Sonstige Sozialversicherungen	10,8	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
23	Familien- und Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.ä	0,8	21,6	---	---	7,6	813,8	4,3
		---	---	---	---	---	---	---
233	Wohngeld	---	---	---	---	---	164,0	---
		---	---	---	---	---	---	---
234	Leistungen nach dem Bundessozialhilfe- und dem Asylbewerberleistungsgesetz	---	1,3	---	---	6,1	624,8	4,3
		---	---	---	---	---	---	---
235	Soziale Einrichtungen	0,8	19,9	---	---	---	0,9	---
		---	---	---	---	---	---	---
236	Förderung der Wohlfahrtspflege	---	0,5	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
237	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschußgesetz	---	---	---	---	1,5	24,1	---
		---	---	---	---	---	---	---
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	---	1,1	---	---	3,6	22,6	---
		---	---	---	---	---	---	---
242	Einrichtungen der Kriegsopferversorgung	---	0,0	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
243	Lastenausgleich	---	---	---	---	1,3	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
244	Wiedergutmachung	---	0,2	---	---	2,3	5,6	---
		---	---	---	---	---	---	---
246	Vertriebene und Spätaussiedler	---	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
247	Kriegsopferfürsorge	---	---	---	---	---	17,0	---
		---	---	---	---	---	---	---
249	Sonstiges	---	0,9	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz	14,1	1,5 0,0	---	---	0,0	---	59,2 1,0
		---	---	---	---	---	---	
252	Hilfen für Berufsausbildung, Fortbildung und Umschulung	---	---	---	---	---	---	3,8
		---	---	---	---	---	---	---
253	Sonstige Anpassungsmaßnahmen und produktive Arbeitsförderung	3,3	0,5 0,0	---	---	0,0	---	55,3 1,0
		---	---	---	---	---	---	
254	Arbeitsschutz	10,8	1,0	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	0,1	2,2	---	---	4,3	11,9	---
		---	---	---	---	---	---	---
261	Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	---	0,1	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
262	Jugendsozialarbeit und erzieherischer Kinder- und Jugendschutz	0,1	0,7	---	---	---	0,1	---
		---	---	---	---	---	---	---
263	Förderung der Erziehung in der Familie	---	1,3	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
264	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	---	---	---	---	---	11,8	---
		---	---	---	---	---	---	---

Die den einzelnen Spalten zuzuordnenden Gruppierungsnummern sind dem Anhang zu entnehmen

für Zwecke reiche sonstige	Schuldendiensthilfen	Baumaßnahmen: Hochbau u.Sonstiges ohne	Baumaßnahmen: Tiefbau	Erwerb von: beweglichem Vermögen	Erwerb von: unbeweglichem Ver-	Erwerb von: Beteiligungen	Darlehen und Gewährleistungen	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen: öffentlichen Bereich	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen: sonstige Bereiche	Besondere Finanzierungsausg.	Ausg. insgesamt	Fkz
8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	10,8	22
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,0	223
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	10,8	229
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
435,4	---	---	---	---	---	---	14,4	---	0,5	---	1.298,5	23
---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,5	---	0,5	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	164,0	233
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
366,6	---	---	---	---	---	---	14,4	---	---	---	1.017,5	234
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
54,0	---	---	---	---	---	---	0,0	---	0,5	---	76,0	235
---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,5	---	0,5	
14,9	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	15,3	236
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	25,7	237
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
0,3	---	---	---	---	---	---	0,1	---	---	---	27,6	24
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,0	242
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	1,3	243
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
0,2	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	8,3	244
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	246
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
---	---	---	---	---	---	---	0,1	---	---	---	17,0	247
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
0,1	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	1,0	249
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
48,7	---	---	---	0,0	---	---	0,1	---	0,2	---	123,8	25
28,5	---	---	---	---	---	---	---	---	0,2	---	29,7	
16,1	---	---	---	---	---	---	---	---	0,2	---	20,2	252
22,9	---	---	---	---	---	---	---	---	0,2	---	23,1	
32,5	---	---	---	---	---	---	0,1	---	---	---	91,8	253
5,6	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	6,6	
---	---	---	---	0,0	---	---	---	---	---	---	11,9	254
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
11,9	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	30,3	26
0,5	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,5	
2,6	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	2,6	261
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
0,6	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	1,5	262
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
4,9	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	6,2	263
0,5	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,5	
2,2	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	14,0	264
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	

Haushaltsquerschnitt

Stand: 24.06.2003
Haushaltsjahr 2004

(Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen in Mio EUR)

Fkz	Funktionen / Aufgabenbereiche	Personalausgaben	sächliche Verwaltungsausgaben	Zinsausgaben	Tilg.-ausgaben an öffentlichen Bereich	Zuweisungen u.Zuschüsse lfd. an sonstige Be		
						an öffentlichen Bereich	Renten, Unterstützungen etc	Unternehmen
		1	2	3	4	5	6	7
265	Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfen	---	0,0	---	---	4,3	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
27	Einrichtungen der Jugendhilfe	8,8	0,2	---	---	---	---	7,4
		---	---	---	---	---	---	---
271	Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	6,0	0,0	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
272	Einrichtungen der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes	---	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
273	Einrichtungen der Familienförderung	---	0,1	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
274	Tageseinrichtungen für Kinder	2,8	0,0	---	---	---	---	2,5
		---	---	---	---	---	---	---
275	Einrichtungen für Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfen	---	---	---	---	---	---	0,3
		---	---	---	---	---	---	---
276	Einrichtungen für andere Aufgaben der Jugendhilfe	---	0,1	---	---	---	---	4,6
		---	---	---	---	---	---	---
29	Sonstige soziale Angelegenheiten	---	0,6	---	---	---	24,7	12,5 1,0
		---	---	---	---	---	---	
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	31,8	25,8 1,6	---	---	0,6 0,2	0,4 0,4	34,3 0,6
		---		---	---			
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	16,7	5,1 0,2	---	---	0,3	0,0	34,2 0,5
		---		---	---	---	---	
312	Krankenhäuser und Heilstätten	---	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
314	Maßnahmen des Gesundheitswesens	16,7	5,1 0,2	---	---	0,3	0,0	34,2 0,5
		---		---	---	---	---	
32	Sport und Erholung	3,9	18,8 0,1	---	---	---	---	0,1 0,1
		---		---	---	---	---	
321	Park- und Gartenanlagen	3,4	14,1 0,1	---	---	---	---	---
		---		---	---	---	---	---
323	Sportstätten	0,5	4,7	---	---	---	---	0,1 0,1
		---	---	---	---	---	---	
324	Förderung des Sports	---	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
329	Sonstiges	---	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
33	Umwelt- und Naturschutz	---	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
331	Umwelt- und Naturschutzbehörden	11,3	0,9 0,5	---	---	0,4 0,2	0,0	---
		---		---	---		---	---
332	Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes	---	0,9 0,8	---	---	---	0,4 0,4	---
		---		---	---	---		---
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	---	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	9,2	59,3 7,3	9,0	---	---	0,5 0,9	0,0
		---		---	---	---		---
41	Wohnungswesen	4,7	1,9 0,6	9,0	---	---	0,5 0,9	0,0
		---		---	---	---		---
411	Förderung des Wohnungsbaues	---	1,6 0,1	9,0	---	---	---	---
		---		---	---	---	---	---

Die den einzelnen Spalten zuzuordnenden Gruppierungsnummern sind dem Anhang zu entnehmen

für Zwecke reiche sonstige	Schuldendiensthilfen	Baumaßnahmen: Hochbau u.Sonstiges ohne	Baumaßnahmen: Tiefbau	Erwerb von: beweglichem Vermögen	Erwerb von: unbeweglichem Ver-	Erwerb von: Beteiligungen	Darlehen und Gewährleistungen	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen: öffentlichen Bereich	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen: sonstige Bereiche	Besondere Finanzierungsausg.	Ausg. insgesamt	Fkz
8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	
1,7	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	6,0	265
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
452,6	---	3,1	---	---	0,8	---	---	---	4,2	---	477,1	27
5,0		1,5			0,4				1,5		8,4	
	---		---	---		---	---	---		---		
22,8	---	2,6	---	---	---	---	---	---	1,6	---	32,9	271
		1,3							0,2		1,4	
---	---		---	---	---	---	---	---		---		
5,7	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	5,7	272
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
17,7	---	0,5	---	---	---	---	---	---	0,0	---	18,3	273
		0,2									0,2	
---	---		---	---	---	---	---	---	---	---		
280,6	---	---	---	---	0,8	---	---	---	2,0	---	288,7	274
5,0					0,4				1,0		6,4	
	---	---	---	---		---	---	---		---		
123,5	---	---	---	---	---	---	---	---	0,7	---	124,5	275
									0,4		0,4	
---	---	---	---	---	---	---	---	---		---		
2,4	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	7,0	276
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
0,5	---	---	---	0,0	---	---	---	---	0,7	0,4	39,3	29
											1,0	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---		
40,7	0,9	6,4	10,6	0,3	3,7	1,0	---	0,6	74,5	---	231,6	3
1,8		13,0	13,4	0,0	1,0	1,0		0,3	152,7		186,0	
	---						---			---		
28,7	0,9	0,3-	---	0,1	0,9	---	---	---	72,0	---	158,6	31
1,0									150,0		151,7	
	---	---	---	---	---	---	---	---		---		
3,7	---	0,2	---	---	---	---	---	---	---	---	3,9	312
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
25,0	0,9	0,5-	---	0,1	0,9	---	---	---	72,0	---	154,7	314
1,0									150,0		151,7	
	---	---	---	---	---	---	---	---		---		
11,3	---	6,1	9,8	0,2	2,7	1,0	---	---	2,5	---	56,3	32
0,6		12,9	12,0		1,0	1,0			2,7		30,4	
	---			---			---	---		---		
2,4	---	0,8	7,5	---	2,1	---	---	---	---	---	30,3	321
		1,0	9,0		1,0						11,1	
---	---			---		---	---	---	---	---		
---	---	5,4	1,8	0,2	0,6	---	---	---	2,5	---	15,7	323
		5,2	1,7						2,7		9,7	
---	---			---	---	---	---	---		---		
8,9	---	---	---	---	---	1,0	---	---	---	---	9,9	324
0,6		6,7				1,0					8,3	
	---		---	---	---		---	---	---	---		
---	---	---	0,5	---	---	---	---	---	---	---	0,5	329
			1,3								1,3	
---	---	---		---	---	---	---	---	---	---		
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	33
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
0,0	---	---	0,3	0,1	---	---	---	0,6	---	---	13,5	331
			0,9	0,0				0,3			1,8	
---	---	---			---	---	---		---	---		
0,7	---	0,6	0,5	---	0,2	---	---	---	---	---	3,2	332
0,2		0,1	0,4								2,0	
	---			---	---	---	---	---	---	---		
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	34
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
76,9	96,0	0,2	11,4	0,4	7,6	---	1,5	---	34,6	---	306,6	4
0,1		0,2	8,9	0,3	11,3				38,7		67,6	
	---					---	---	---		---		
---	96,0	0,0	---	---	2,9	---	1,5	---	32,2	---	148,8	41
					3,3				36,7		41,5	
---	---	---	---	---		---	---	---		---		
---	96,0	0,0	---	---	2,9	---	1,5	---	32,2	---	143,3	411
					3,3				36,7		40,1	
---	---	---	---	---		---	---	---		---		

Haushaltsquerschnitt

Stand: 24.06.2003
Haushaltsjahr 2004

(Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen in Mio EUR)

Fkz	Funktionen / Aufgabenbereiche	Personalausgaben	sächliche Verwaltungsausgaben	Zinsausgaben	Tilg.-ausgaben an öffentlichen Bereich	Zuweisungen u.Zuschüsse lfd. an öffentlichen Bereich	an sonstige Be Renten, Unterstützungen etc	an sonstige Be Unternehmen
		1	2	3	4	5	6	7
419	Sonstiges	4,7	0,3	---	---	---	0,5	0,0
		---	0,5	---	---	---	0,9	---
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	4,6	3,2	---	---	---	---	---
		---	2,3	---	---	---	---	---
422	Raumordnung und Landesplanung	4,6	3,2	---	---	---	---	---
		---	2,3	---	---	---	---	---
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	---	54,1	---	---	---	---	---
		---	4,4	---	---	---	---	---
431	Straßenbeleuchtung	---	23,0	---	---	---	---	---
		---	3,5	---	---	---	---	---
432	Ortsentwässerung	---	24,6	---	---	---	---	---
		---	0,0	---	---	---	---	---
433	Müllbeseitigung und -verwertung	---	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
434	Straßenreinigung	---	1,0	---	---	---	---	---
		---	0,8	---	---	---	---	---
439	Sonstiges	---	5,5	---	---	---	---	---
		---	0,1	---	---	---	---	---
44	Städtebauförderung	---	0,1	---	---	---	---	---
		---	0,0	---	---	---	---	---
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	4,6	0,8	---	---	---	---	0,7
		---	0,1	---	---	---	---	0,3
51	Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)	4,6	0,8	---	---	---	---	0,5
		---	0,1	---	---	---	---	0,1
511	Ernährung und Landwirtschaft	4,6	0,8	---	---	---	---	0,5
		---	0,1	---	---	---	---	0,1
512	Forsten	---	---	---	---	---	---	0,0
		---	---	---	---	---	---	0,0
52	Verbesserung der Agrarstruktur	---	---	---	---	---	---	0,3
		---	---	---	---	---	---	0,2
521	Verbesserung der Agrarstruktur (Gemeinschaftsaufgabe)	---	---	---	---	---	---	0,3
		---	---	---	---	---	---	0,2
53	Einkommenstabilisierende Maßnahmen	---	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
531	EU-Garantiefonds	---	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
54	Sonstige Bereiche	---	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
542	Fischerei	---	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
549	Sonstiges	---	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	36,1	10,5	---	---	0,2	---	2,9
		---	1,1	---	---	---	---	0,5
61	Verwaltung	36,0	2,9	---	---	0,1	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	0,0	5,7	---	---	0,2	---	---
		---	1,0	---	---	---	---	---
623	Wasserwirtschaft und Kulturbau	0,0	3,2	---	---	0,2	---	---
		---	0,8	---	---	---	---	---

Die den einzelnen Spalten zuzuordnenden Gruppierungsnummern sind dem Anhang zu entnehmen

für Zwecke reiche sonstige	Schuldendiensthilfen	Baumaßnahmen: Hochbau u.Sonstiges ohne	Baumaßnahmen: Tiefbau	Erwerb von: beweglichem Vermögen	Erwerb von: unbeweglichem Ver-	Erwerb von: Beteiligungen	Darlehen und Gewährleistungen	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen: öffentlichen Bereich	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen: sonstige Bereiche	Besondere Finanzierungsausg.	Ausg. insgesamt	Fkz
8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	5,5	419
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	1,4	
---	---	---	---	---	4,7	---	---	---	---	---	12,5	42
---	---	---	---	---	8,0	---	---	---	---	---	10,3	
---	---	---	---	---	4,7	---	---	---	---	---	12,5	422
---	---	---	---	---	8,0	---	---	---	---	---	10,3	
76,9	---	0,2	11,4	0,4	---	---	---	---	2,4	---	145,3	43
0,1	---	0,2	8,9	0,3	---	---	---	---	2,0	---	15,8	
---	---	---	10,8	---	---	---	---	---	---	---	33,8	431
---	---	---	8,5	---	---	---	---	---	---	---	12,0	
2,3	---	0,2	---	---	---	---	---	---	2,4	---	29,4	432
---	---	0,2	---	---	---	---	---	---	2,0	---	2,2	
30,7	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	30,7	433
0,1	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,1	
43,9	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	44,9	434
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,8	
---	---	---	0,6	0,4	---	---	---	---	---	---	6,4	439
---	---	---	0,4	0,3	---	---	---	---	---	---	0,8	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,1	44
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,0	
5,5	0,6	0,2	---	---	0,1	---	---	---	0,8	---	13,3	5
0,1	0,2	0,1	---	---	---	---	---	---	0,1	---	0,8	
0,2	---	0,2	---	---	0,1	---	---	---	0,0	---	6,4	51
---	---	0,1	---	---	---	---	---	---	---	---	0,2	
0,1	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	6,0	511
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,1	
0,1	---	0,2	---	---	0,1	---	---	---	0,0	---	0,4	512
---	---	0,1	---	---	---	---	---	---	---	---	0,1	
---	0,6	---	---	---	---	---	---	---	0,8	---	1,6	52
---	0,2	---	---	---	---	---	---	---	0,1	---	0,6	
---	0,6	---	---	---	---	---	---	---	0,8	---	1,6	521
---	0,2	---	---	---	---	---	---	---	0,1	---	0,6	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	53
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	531
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
5,3	---	---	---	---	---	---	---	---	0,0	---	5,3	54
0,1	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,1	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	542
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
5,3	---	---	---	---	---	---	---	---	0,0	---	5,3	549
0,1	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,1	
6,7	---	---	68,0	0,0	1,7	---	---	1,3	27,7	---	155,2	6
0,7	---	---	91,2	---	1,7	---	0,5	3,8	26,5	---	126,0	
0,5	---	---	---	0,0	---	---	---	---	6,6	---	46,1	61
---	---	---	---	---	---	---	---	---	7,4	---	7,4	
0,0	---	---	60,6	---	1,4	---	---	---	---	---	67,9	62
---	---	---	77,4	---	1,7	---	---	---	---	---	80,0	
---	---	---	25,5	---	0,2	---	---	---	---	---	29,0	623
---	---	---	22,4	---	0,2	---	---	---	---	---	23,4	

Fkz	Funktionen / Aufgabenbereiche	Personalausgaben	sächliche Verwaltungsausgaben	Zinsausgaben	Tilg.-ausgaben an öffentlichen Bereich	Zuweisungen u.Zuschüsse lfd. an öffentlichen Bereich	an sonstige Be Renten, Unterstützungen etc	Unternehmen
		1	2	3	4	5	6	7
625	Küstenschutz	--- ---	2,5 0,1 ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---
634	Verarbeitende Industrie	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---
635	Handwerk und Kleingewerbe	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---
64	Handel	--- ---	0,2 0,1 ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---
642	Exportförderung, Auslandsmessen	--- ---	0,2 0,1 ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---
643	Märkte und Inlandsmessen	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---
649	Sonstiges	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---
65	Fremdenverkehr	--- ---	0,3 ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	2,9 0,5
68	Sonstige Bereiche	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---
69	Regionale Fördermaßnahmen	--- ---	1,4 0,1 ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---
691	Betriebliche Investitionen	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---
692	Verbesserung der Infrastruktur	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---
699	Sonstiges	--- ---	1,4 0,1 ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	84,4 ---	32,7 23,0 ---	--- ---	--- ---	1,2 ---	0,1 ---	78,1 ---
71	Verwaltung	14,1 ---	3,2 0,2 ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---
711	Straßen- und Brückenbau	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---
712	Wasserstraßen und Häfen	7,3 ---	2,1 0,2 ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---
719	Sonstiges	6,9 ---	1,1 ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---
72	Straßen	--- ---	13,5 10,9 ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	2,2 ---
721	Bundesautobahnen	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	2,2 ---
722	Bundesstraßen	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---
725	Gemeindestraßen	--- ---	12,7 10,5 ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---
729	Sonstiges	--- ---	0,7 0,4 ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---	--- ---
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	70,2 ---	16,0 11,9 ---	--- ---	--- ---	--- ---	0,1 ---	12,6 ---

Die den einzelnen Spalten zuzuordnenden Gruppierungsnummern sind dem Anhang zu entnehmen

für Zwecke reiche sonstige	Schuldendiensthilfen	Baumaßnahmen: Hochbau u.Sonstiges ohne	Baumaßnahmen: Tiefbau	Erwerb von: beweglichem Vermögen	Erwerb von: unbeweglichem Vermögen	Erwerb von: Beteiligungen	Darlehen und Gewährleistungen	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen: öffentlichen Bereich	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen: sonstige Bereiche	Besondere Finanzierungsausg.	Ausg. insgesamt	Fkz
8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	
0,0	---	---	35,1	---	1,3	---	---	---	---	---	38,8	625
---	---	---	55,0	---	1,5	---	---	---	---	---	56,7	
1,0	---	---	---	---	---	---	---	---	12,5	---	13,5	63
0,3	---	---	---	---	---	---	---	---	6,4	---	6,7	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	10,8	---	10,8	634
---	---	---	---	---	---	---	---	---	4,0	---	4,0	
1,0	---	---	---	---	---	---	---	---	1,7	---	2,7	635
0,3	---	---	---	---	---	---	---	---	2,4	---	2,7	
0,8	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	1,0	64
0,1	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,2	
0,1	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,3	642
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,1	
0,1	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,1	643
0,1	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,1	
0,6	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,6	649
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
0,3	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	3,5	65
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,5	
3,3	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	3,3	68
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
0,9	---	---	7,5	---	0,3	---	---	1,3	8,6	---	19,9	69
0,4	---	---	13,8	---	---	---	0,5	3,8	12,7	---	31,3	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	3,2	---	3,2	691
---	---	---	---	---	---	---	---	---	7,5	---	7,5	
---	---	---	7,5	---	0,3	---	---	1,3	1,2	---	10,3	692
---	---	---	13,8	---	---	---	0,5	3,8	2,2	---	20,3	
0,9	---	---	---	---	---	---	---	---	4,3	---	6,5	699
0,4	---	---	---	---	---	---	---	---	3,0	---	3,5	
11,3	---	28,7	114,0	0,5	5,4	46,5	0,1	3,3	40,9	---	447,2	7
0,0	---	30,5	243,7	0,6	8,0	---	10,1	8,4	560,2	---	884,4	
2,4	---	---	---	0,5	---	---	---	---	---	---	20,2	71
---	---	---	---	0,6	---	---	---	---	---	---	0,8	
---	---	---	---	0,5	---	---	---	---	---	---	0,5	711
---	---	---	---	0,6	---	---	---	---	---	---	0,6	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	9,4	712
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,2	
2,4	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	10,3	719
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
---	---	9,8	47,9	---	4,1	---	0,1	2,1	2,7	---	82,5	72
---	---	10,1	104,4	---	7,6	---	10,1	8,4	32,1	---	183,6	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,1	---	2,4	721
---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,1	---	0,1	
---	---	---	---	---	---	---	---	2,1	---	---	2,1	722
---	---	---	---	---	---	---	---	8,4	---	---	8,4	
---	---	---	46,8	---	4,1	---	---	---	2,1	---	65,7	725
---	---	---	103,3	---	7,6	---	---	---	31,5	---	152,9	
---	---	9,8	1,1	---	0,1	---	0,1	---	0,5	---	12,3	729
---	---	10,1	1,1	---	0,1	---	10,1	---	0,5	---	22,2	
8,9	---	18,9	65,3	---	1,0	46,5	---	1,2	2,3	---	243,0	73
---	---	20,4	138,2	---	0,1	---	---	---	0,2	---	170,7	

Fkz	Funktionen / Aufgabenbereiche	Personalausgaben	sächliche Verwaltungsausgaben	Zinsausgaben	Tilg.-ausgaben an öffentlichen Bereich	Zuweisungen u.Zuschüsse lfd. an öffentlichen Bereich	an sonstige Be Renten, Unterstützungen etc	an sonstige Be Unternehmen
		1	2	3	4	5	6	7
731	Wasserstraßen und Häfen	70,2	16,0	---	---	---	0,1	12,6
		---	11,9	---	---	---	---	---
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	---	---	---	---	1,2	---	63,3
		---	---	---	---	---	---	---
741	Maßnahmen für den öffentlichen Personennahverkehr	---	---	---	---	1,2	---	63,3
		---	---	---	---	---	---	---
75	Luftfahrt	---	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
77	Nachrichtenwesen	---	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
79	Sonstige Bereiche	---	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	14,5	18,0	---	---	---	---	95,5
		---	0,1	---	---	---	---	94,1
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	---	0,5	---	---	---	---	---
		---	0,1	---	---	---	---	---
812	Forstwirtschaftliche Unternehmen	---	0,5	---	---	---	---	---
		---	0,1	---	---	---	---	---
82	Versorgungsunternehmen	---	0,0	---	---	---	---	---
		---	0,0	---	---	---	---	---
821	Elektrizitätsunternehmen	---	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
823	Wasserunternehmen	---	0,0	---	---	---	---	---
		---	0,0	---	---	---	---	---
83	Verkehrsunternehmen	---	---	---	---	---	---	94,9
		---	---	---	---	---	---	94,1
831	Straßenverkehrsunternehmen	---	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
832	Eisenbahnen	---	---	---	---	---	---	94,9
		---	---	---	---	---	---	94,1
834	Häfen und Umschlag	---	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
835	Flughäfen und Luftverkehr	---	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
839	Sonstiges	---	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
85	Sonstige Wirtschaftsunternehmen	---	---	---	---	---	---	0,7
		---	---	---	---	---	---	---
854	Wohnungsbauunternehmen	---	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
859	Sonstiges	---	---	---	---	---	---	0,7
		---	---	---	---	---	---	---
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	14,5	17,5	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
871	Allgemeines Grundvermögen	6,6	17,5	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
873	Sondervermögen	7,9	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	194,2	17,8	1.027,3	7,6	400,0	2,3	11,0
		---	---	---	---	---	---	---

Die den einzelnen Spalten zuzuordnenden Gruppierungsnummern sind dem Anhang zu entnehmen

für Zwecke reiche sonstige	Schuldendiensthilfen	Baumaßnahmen: Hochbau u.Sonstiges ohne	Baumaßnahmen: Tiefbau	Erwerb von: beweglichem Vermögen	Erwerb von: unbeweglichem Ver-	Erwerb von: Beteiligungen	Darlehen und Gewährleistungen	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen: öffentlichen Bereich	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen: sonstige Bereiche	Besondere Finanzierungsausg.	Ausg. insgesamt	Fkz
8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	
8,9	---	18,9	65,3	---	1,0	46,5	---	1,2	2,3	---	243,0	731
---	---	20,4	138,2		0,1				0,2		170,7	
---	---	---	0,8	---	0,3	---	---	---	36,0	---	101,5	74
0,0			1,1		0,3				527,8		529,2	
---	---	---	0,8	---	0,3	---	---	---	36,0	---	101,5	741
0,0			1,1		0,3				527,8		529,2	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	75
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	77
0,0	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,0	79
0,1	---	2,0	0,2	0,1	0,8	---	---	---	---	9,7	140,9	8
---	---	2,2	0,3	0,0							96,7	
---	---	---	0,1	0,1	---	---	---	---	---	---	0,7	81
---	---	---	0,2	0,0							0,3	
---	---	---	0,1	0,1	---	---	---	---	---	---	0,7	812
---	---	---	0,2	0,0							0,3	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,0	82
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,0	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	821
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,0	823
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,0	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	94,9	83
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	94,1	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	831
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	94,9	832
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	94,1	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	834
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	835
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	839
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,7	85
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	854
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,7	859
0,1	---	2,0	0,1	---	0,8	---	---	---	---	9,7	44,7	87
---	---	2,2	0,1								2,3	
0,1	---	2,0	0,1	---	0,8	---	---	---	---	---	27,0	871
---	---	2,2	0,1								2,3	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	9,7	17,6	873
---	---	3,6	---	1,9	---	---	---	---	---	32,9-	1.632,8	9
---	---	5,5	---	1,0	---	---	---	---	---	13,0	19,5	

Anlage 1.5

Haushaltsquerschnitt

Stand: 24.06.2003
Haushaltsjahr 2004

(Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen in Mio EUR)

Fkz	Funktionen / Aufgabenbereiche	Personalausgaben	sächliche Verwaltungsausgaben	Zinsausgaben	Tilg.-ausgaben an öffentlichen Bereich	Zuweisungen u.Zuschüsse lfd. an sonstige Be		
						an öffentlichen Bereich	Renten, Unterstützungen etc	Unternehmen
		1	2	3	4	5	6	7
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	---	---	---	---	400,0	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
92	Schulden	---	---	1.027,3	7,6	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
94	Beihilfen, Unterstützungen und Ähnliches	80,2	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
95	Rücklagen	---	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
96	Sonstiges	---	12,3	---	---	0,0	2,3	---
		---	---	---	---	---	---	---
97	Abwicklung der Vorjahre	---	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
98	Globalposten	114,0	5,5	---	---	---	---	11,0
		---	---	---	---	---	---	---
981	Verstärkungsmittel für Personalausgaben	114,0	---	---	---	---	---	11,0
		---	---	---	---	---	---	---
988	Globale Mehrausgaben / globale Mindereinnahmen	---	5,5	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
99	Haushaltstechnische Verrechnungen	---	---	---	---	---	---	---
		---	---	---	---	---	---	---
***	**Gesamtausgaben 2004**	3.460,6	712,8	1.036,2	7,6	482,4	929,8	578,5
		---	61,2	---	---	2,9	3,1	166,6
***	**Gesamtausgaben 2003**	3.419,8	694,4	1.036,7	11,0	318,4	911,7	585,7
		---	49,5	---	---	1,7	2,6	116,5

Die den einzelnen Spalten zuzuordnenden Gruppierungsnummern sind dem Anhang zu entnehmen

für Zwecke reiche sonstige	Schuldendiensthilfen	Baumaßnahmen: Hochbau u.Sonstiges ohne	Baumaßnahmen: Tiefbau	Erwerb von: beweglichem Vermögen	Erwerb von: unbeweglichem Ver-	Erwerb von: Beteiligungen	Darlehen und Gewährleistungen	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen: öffentlichen Bereich	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen: sonstige Bereiche	Besondere Finanzierungsausg.	Ausg. insgesamt	Fkz
8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	400,0	91
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	1.034,8	92
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	80,2	94
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	1,7	1,7	95
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
---	---	3,6	---	1,9	---	---	---	---	---	36,3-	16,1-	96
---	---	5,5	---	1,0	---	---	---	---	---	13,0	19,5	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	97
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	130,5	98
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	125,0	981
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	5,5	988
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	1,7	1,7	99
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
1.720,7	97,5	197,0	204,2	121,0	38,1	48,5	38,9	5,1	321,9	8,4-	9.992,7	***
53,6	0,2	412,4	357,3	100,0	23,4	1,0	10,6	12,5	1.054,2	13,2	2.272,2	
1.694,3	103,6	178,5	209,9	92,0	30,0	60,7	41,2	76,4	321,8	190,0	9.976,1	***
49,9	0,3	279,7	324,4	107,3	12,7	2,0	0,1	14,0	522,3	15,2	1.498,1	

Übersicht über die den Haushalt in Einnahmen und Ausgaben durchlaufenden Posten (§ 14 Abs. I Ziffer 2 LHO)

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung	Haushaltsplan (in Tsd. EUR)	
		2004	2003
	Einnahmen		
01.0.1000.389.01	Beteiligung der Abgeordneten an Versorgungsleistungen	179	124
08.2.8800.381.01	Einnahmen aus den Kostenerstattungsbeiträgen des Allgemeinen Grundvermögens für Ausgleichsmaßnahmen	-	-
09.1.9110.381.01	Erstattung von anteiligen Personal- und Sachausgaben	1.662	1.662
09.2.9750.381.01	Beiträge zur Eigenbeteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Zusatzversorgung	-	-
09.2.9750.381.01	Beiträge zur Eigenbeteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Zusatzversorgung	9.700	9.700
09.2.9750.389.02	Versorgungszuschläge Dritter für den Besoldungsbereich	651	593
09.2.9750.389.03	Versorgungszuschläge Dritter für den Tarifbereich	2.192	2.232
09.2.9750.389.04	Einnahmen aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen u. dgl. für aus Landesbetrieben ausgeschiedene Beschäftigte	-	-
	Gesamt	14.384	14.311

Übersicht über die den Haushalt in Einnahmen und Ausgaben durchlaufenden Posten (§ 14 Abs. I Ziffer 2 LHO)

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung	Haushaltsplan (in Tsd. EUR)	
		2004	2003
	Ausgaben		
09.1.9010.981.01	Zahlungen für Kostenerstattungsbeträge nach dem Kostenerstattungsgesetz bei Veräußerung von Grundstücken des Allgemeinen Grundvermögens	-	-
09.1.9110.981.01	Erstattung anteiliger Personal- und Sachausgaben an andere Kapitel	1.662	1.662
	Gesamt	1.662	1.662

Anlage 1.7

Allgemeine Erläuterungen und Übersichten zum Stellenplan 2004

	Seite
Allgemeine Erläuterungen zum Stellenplan	1
Veränderungen des Stellenbestandes 2004 gegenüber 2003	
• Gliederung der Stellen der Einzelpläne nach Stellenarten	5
• Stellenzugänge/Stellenabgänge in den Einzelplänen	6
• Gliederung der Stellen der Landesbetriebe nach Stellenarten	7
• Gliederung der Stellen der netto-veranschlagten Einrichtungen nach Stellenarten	8
• Stellenzugänge/Stellenabgänge in den Landesbetrieben und netto-veranschlagten Einrichtungen	9
Entwicklung des Stellenbestandes in der hamburgischen Verwaltung	10

Allgemeine Erläuterungen zum Stellenplan

Die für den Stellenplan und die Stellenwirtschaft geltenden Regelungen ergeben sich aus der Landeshaushaltsordnung (LHO) sowie den zu den personalwirtschaftlichen Vorschriften der Landeshaushaltsordnung erlassenen Verwaltungsvorschriften (VV-LHO).

In den nachstehenden Erläuterungen werden Inhalt und Gliederung des Stellenplans sowie die Darstellung des Stellenbestandes und seiner Veränderungen im Stellenplan beschrieben.

1. Inhalt und Gliederung des Stellenplans

   1.1 Der Stellenplan weist den Stellenbestand (Stellenkapazität) aus

   - der Behörden und Ämter der hamburgischen Verwaltung,
   - der Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO,
   - der Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO.

   Er enthält außerdem die Stellen für Nachwuchskräfte und die Leerstellen.

   1.2 Der Stellenbestand der Behörden und Ämter ist jeweils in Anlage 1 (blaues Papier), der der Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO und der Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO jeweils als Bestandteil der Anlage 2 (rosa Papier) in den nach Einzelplänen gegliederten Bänden des Haushaltsplans aufgeführt.

   1.3 Der Stellenplan ist entsprechend der Systematik des Haushaltsplanes nach Einzelplänen und Kapiteln gegliedert. Dabei werden, wenn das zweckmäßig erscheint, die im Haushaltsplan verwendeten Kapitel unterteilt oder zusammengefasst.

   1.4 Die in den Behörden und Ämtern ausgewiesenen Stellen werden jeweils einzelplanweise in Übersichten (vgl. dort jeweils Abschnitt I. Stellenbestand) zusammengefasst, in denen die Stellen kapitelweise in der Gliederung nach Planstellen (ohne Leerstellen), anderen Amtsstellen, Stellen für Angestellte und Stellen für Arbeiterinnen und Arbeiter sowie nachrichtlich die Stellen für Nachwuchskräfte aufgeführt werden. Stellen, die einen haushaltsrechtlichen Vermerk „kw“ (künftig wegfallend) tragen, werden in einer besonderen Übersicht für den jeweiligen Einzelplan summarisch dargestellt.

   1.5 Innerhalb der Kapitel (vgl. dort jeweils Abschnitt I. Stellenbestand) werden die Stellen nach Planstellen (einschließlich Leerstellen), anderen Amtsstellen, Stellen für Angestellte, Stellen für Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Stellen für Nachwuchskräfte gegliedert. Stellen, die einen haushaltsrechtlichen Vermerk „kw“ (künftig wegfallend) tragen, werden in einer besonderen Übersicht für das jeweilige Kapitel summarisch dargestellt.

   1.6 Die Anzahl der Stellen wird jeweils für das Haushaltsjahr der Veranschlagung und das vorangegangene Haushaltsjahr angegeben.

   1.7 Haushaltsrechtliche Vermerke („kw“ [künftig wegfallend] bzw. „ku“ [künftig umzuwandeln]) und sonstige Vermerke (z.B. über eine besondere Zweckbestimmung von Stellen) werden bei den Kapiteln an den betreffenden Stellen oder in Kapitelvermerken ausgewiesen.

2. Darstellung des Stellenbestandes im Stellenplan

   2.1 Allgemeines

   Die Stellenkapazität wird in Stellen für Vollbeschäftigte dargestellt; das gilt auch für die für Teilzeitbeschäftigte und sonstige stundenweise und vorübergehend Beschäftigte genutzte Stellenkapazität (ggf. Darstellung mit zwei Nachkommastellen).

   2.2 Stellen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter

   2.2.1 Stellen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter werden nach Besoldungsgruppen ausgebracht. Die Amtsbezeichnungen der in den einzelnen Besoldungsgruppen aufgeführten Stellen sowie deren jeweilige Anzahl werden in einer Legende erläutert. Zu unterscheiden ist zwischen

   - Planstellen, die nur für Aufgaben eingerichtet werden dürfen, zu deren Wahrnehmung
     - die Begründung eines Beamtenverhältnisses zulässig oder
     - die Begründung eines anderen öffentlich-rechtlichen Dienst- oder Amtsverhältnisses (z.B. Begründung eines Richterverhältnisses) vorgesehen ist

   und die in der Regel Daueraufgaben sind (vgl. §§ 17 Abs. 5 und 115 Abs. 1 LHO),

- Leerstellen, die ausgebracht werden können für
  - planmäßige Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter, die für mindestens sechs Monate ohne Fortzahlung der Bezüge beurlaubt oder abgeordnet sind oder werden, wenn die Voraussetzungen nach § 50 a Abs. 1 LHO (ggf. in Verbindung mit § 115 Abs. 1 LHO) vorliegen,
  - Richterinnen und Richter, die zur Dienstleistung in die Verwaltung abgeordnet sind oder werden und ihre Dienstbezüge aus einer dort ausgebrachten Planstelle erhalten (§ 115 Abs. 2 LHO),
  - planmäßige Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter, wenn die Voraussetzungen nach den Artikeln 11, 11 a, 11 b, 11 c oder 11 d des Haushaltsbeschlusses vorliegen,

  wenn ein unabweisbares Bedürfnis besteht, die Planstellen neu zu besetzen,
- anderen Amtsstellen, die eingerichtet werden für
  - Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter auf Probe vor der Anstellung,
  - Beamtinnen und Beamte auf Widerruf, die keinen Vorbereitungsdienst abzuleisten haben.

2.2.2 Stellen unterschiedlicher Wertigkeit und/oder Bezeichnung werden zusammengefasst für Dienstposten, bei denen die Inanspruchnahme abhängt von

- bestimmten im Besoldungsrecht festgelegten, von den Beamtinnen und den Beamten zu erfüllenden Voraussetzungen (z.B. A 11/A 12 [Fachlehrerin/Fachlehrer]),
- einer im Besoldungsrecht festgelegten Zuordnung des Dienstpostens zu einer Besoldungsgruppe, die sich im Laufe des Haushaltsjahres ändern kann (z.B. A 13/A 14/A 15 [Leiterin/Leiter einer Grund-, Haupt- und/oder Realschule]),
- der Ableistung festgelegter Verweilzeiten (siehe Artikel 9 d, Nrn. 1. und 2. des Haushaltsbeschlusses).

2.3 Stellen für Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter

2.3.1 Stellen für Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter werden grundsätzlich in der Wertigkeit ausgewiesen, die der nach dem Tarifrecht maßgeblichen Vergütungs- oder Lohngruppe entspricht (Grundeingruppierung/Grundeinreihung).

Nicht ausgewiesen werden

- Vergütungs- und Lohngruppen, die für die Dauer einer Einarbeitungszeit vorgesehen sind,
- Vergütungs- und Lohngruppen, in die Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter im Wege des Bewährungs- oder Tätigkeitsaufstiegs aufrücken können,
- tarifliche sowie außer- und übertarifliche Einzelregelungen.

2.3.2 Abweichend von Nr. 2.3.1 werden Stellen unterschiedlicher Wertigkeit in nachstehenden Fällen als gebündelte Stellen zusammengefasst

- II a/I a (für Stellen Ärztin/Arzt, Zahnärztin/Zahnarzt, bzw. Tierärztin/Tierarzt),
- IX b/VII (für Stellen Angestellte/Angestellter für Textverarbeitung),
- Kr. I/V a (für Stellen für Krankenpflege- bzw. Altenpflegepersonal).

Die tatsächliche Eingruppierung bzw. Einreihung der Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber richtet sich nach dem Tarifrecht (Bundes-Angestelltentarifvertrag – BAT).

2.4 Stellen für Nachwuchskräfte

Stellen für Nachwuchskräfte werden ausgewiesen für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst sowie für Auszubildende, die in einem öffentlich-rechtlichen oder einem privatrechtlichen Ausbildungsverhältnis stehen.

3. Ausweisung von Zulagen und Aufwandsentschädigungen im Stellenplan

Zulagen werden nur ausgewiesen, soweit es zur Begründung des Anspruchs, wegen der Höhe der Zulage und/oder der Zahl der Zulagenempfängerinnen und Zulagenempfänger einer die besoldungs- oder tarifrechtliche Grundlage für die Zahlung der Zulage ergänzenden Regelung bedarf.

Aufwandsentschädigungen werden stets ausgewiesen.

Die Zulagen und Aufwandsentschädigungen werden bei den Kapiteln an den betreffenden Stellen oder in Kapitelvermerken ausgewiesen.

4. Freigestellte Personalratsmitglieder, Vertrauensfrauen bzw. Vertrauensmänner der Schwerbehinderten

   Durch den im Stellenplan ausgebrachten Vermerk „Freigestelltes Personalratsmitglied“ bzw. „Freigestellte/r Vertrauensfrau/-mann der Schwerbehinderten“ wird auf die in Artikel 10 des Haushaltsbeschlusses getroffene Regelung Bezug genommen. Diese Regelung gilt für andere Stellen als Planstellen entsprechend.

5. Erläuterung von Veränderungen im Stellenplan (§ 17 Abs. 1 LHO)

   Veränderungen gegenüber dem Stellenplan des vorangegangenen Haushaltsjahres werden im Stellenplan bei jedem Einzelplan bzw. Kapitel (vgl. dort jeweils Abschnitt II. Erläuterungen) tabellarisch und/oder stichwortartig erläutert.

   Insbesondere werden erläutert:

   5.1 Stellenveränderungen (Übersichten „Stellenzugänge/Stellenabgänge“ bzw. „Erläuterungen zu den Stellenänderungen“)

   5.1.1 Vollzug kw

   Stellenminderbedarf im Rahmen des Vollzugs haushaltsrechtlicher Vermerke „künftig wegfallend“ wird in der Spalte „Vollzug kw“ dargestellt.

   5.1.2 Neue Stellen

   In der Spalte „Neue Stellen“ werden nachgewiesen bereits vollzogene Stellenzugänge

   - durch Beschlussfassung des Haushaltsplans für das vorangegangene Haushaltsjahr

     Stellen, die von der Bürgerschaft zum vorangegangenen Haushaltsjahr bereitgestellt worden sind,

   - durch Nachträge

     Stellen, die von der Bürgerschaft durch einzelne Nachbewilligungen oder im Rahmen eines Nachtragshaushalts bereitgestellt worden sind,

   - aus zusätzlichen Mitteln

     Stellen, die – ggf. im Rahmen der dem Senat erteilten Ermächtigungen – aus von der Bürgerschaft bereitgestellten zusätzlichen Mitteln geschaffen worden sind,

   - aus dem Bestand

     Stellen, die außerhalb des jährlichen Haushaltsverfahrens im Rahmen der dem Senat erteilten Ermächtigungen im Laufe des jeweiligen Haushaltsjahres kostenneutral realisiert worden sind,

   - gemäß § 50 Abs. 2 LHO

     Planstellen, die entsprechend § 50 Abs. 2 LHO mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde in eine andere Verwaltung, in der ein unvorhergesehener und unabweisbarer vordringlicher Personalbedarf bestand, umgesetzt worden sind.

   5.1.3 Einsparungen

   Stellenminderbedarf (z.B. im Rahmen der Umsetzung von Konsolidierungsmaßnahmen im Personalhaushalt, aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen oder durch Aufgabenrückgang) wird in der Spalte „Einsparungen“ dargestellt.

   5.1.4 Verlagerung (Zugang/Abgang)

   Veränderungen, die rechnerisch den Stellenbestand in einem oder mehreren Kapiteln berühren, die Stellen- bzw. Personalkapazität insgesamt aber nicht verändern (z.B. Aufgabenübergang von einem Verwaltungszweig auf einen anderen Verwaltungszweig gemäß § 50 Abs. 1 LHO [Aufgabenverlagerung von/an Kapitel]), werden in der Spalte „Verlagerung“ dargestellt.

   Hierzu zählt auch der Austausch von Stellen gemäß Senatsbeschluss vom 04.05.1976 (Stellentausch gemäß Senatsbeschluss vom 04.05.1976 - von/an Kapitel -). Dieser Senatsbeschluss knüpft an das am 01.01.1976 in Kraft getretene Haushaltsstrukturgesetz an, durch das die Bewährungsbeförderung für Beamtinnen und Beamte vom Eingangsamt in das erste Beförderungsamt aufgehoben wurde. Bei der Trennung der bis dahin zusammengefassten Stellen für Eingangsämter und erste Beförderungsämter (sog. Entbündelung) hat der Senatsbeschluss die Möglichkeit geschaffen, diese Stellen innerhalb eines Einzelplans gegeneinander auszutauschen.

5.1.5 Umwandlung

Stellenumwandlungen werden innerhalb der Kapitel unter Angabe der bisherigen sowie der künftigen Stellenwertigkeit anhand einer Kurzbegründung für die Umwandlung (z.B. gemäß Artikel 8 Nr. 5. Haushaltsbeschluss) dargestellt und erläutert, soweit Planstellen der Besoldungsgruppe A 11 und höher sowie der Besoldungsordnungen B, C und R oder Stellen für Angestellte der Vergütungsgruppe IV a und höher betroffen sind.

5.1.6 Hebung

Stellenhebungen werden innerhalb der Kapitel unter Angabe der bisherigen sowie der künftigen Stellenwertigkeit anhand einer Kurzbegründung für die Hebung dargestellt und erläutert, soweit Planstellen der Besoldungsgruppe A 11 und höher sowie der Besoldungsordnungen B, C und R oder Stellen für Angestellte der Vergütungsgruppe IV a und höher betroffen sind.

5.1.7 Rückwandlung

Stellenrückwandlungen werden innerhalb der Kapitel unter Angabe der bisherigen sowie der künftigen Stellenwertigkeit anhand einer Kurzbegründung für die Rückwandlung dargestellt und erläutert, soweit Planstellen der Besoldungsgruppe A 11 und höher sowie der Besoldungsordnungen B, C und R oder Stellen für Angestellte der Vergütungsgruppe IV a und höher betroffen sind.

Bei der Darstellung von Veränderungen gemäß § 50 Abs. 1 bzw. § 50 Abs. 2 LHO wird davon ausgegangen, dass die in der Landeshaushaltsordnung verwendeten Begriffe „Verwaltung“ und „Verwaltungszweig“ im Wesentlichen identisch mit dem Einzelplan sind; als besondere Verwaltungszweige innerhalb der Einzelpläne 1.0 bzw. 1.1 sind die Bürgerschaft, der Rechnungshof und die Senatsämter anzusehen.

5.2 Veränderungen bei den Leerstellen (Übersicht „Übersicht über die Leerstellen“)

In der Übersicht über die Leerstellen werden in den einzelnen Kapiteln die Gründe für das Ausbringen der Leerstellen sowie die im Vergleich zum Vorjahr eingetretenen Veränderungen bei den Leerstellen unter Hinweis auf die der Ausbringung jeweils zugrundeliegende Regelung (z.B. gem. § 50 a Abs. 1 Nr. 6. LHO) dargestellt.

5.3 Veränderung von kw- und ku-Vermerken (Übersicht „Vermerkeänderungen“)

Veränderungen bei Wegfall- und Umwandlungsvermerken werden in den einzelnen Kapiteln unter Angabe der Stellenwertigkeit sowie des bisherigen und künftigen Inhalts des Vermerks erläutert, soweit diese Vermerke mit Planstellen der Besoldungsgruppe A 11 und höher sowie der Besoldungsordnungen B, C und R oder Stellen für Angestellte der Vergütungsgruppe IV a und höher verbunden sind.

Veränderungen des Stellenbestandes 2004 gegenüber 2003

Gliederung der Stellen der Einzelpläne (ohne Landesbetriebe und netto-veranschlagte Einrichtungen) nach Stellenarten (ohne Leerstellen)

Einzel-plan	Bezeichnung	Jahr	Senatorinnen/Senatoren Richterinnen/Richter Beamtinnen/Beamte		Beamtinnen/ Beamte[1)]	Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer				Summe
			Planstellen	andere Amtsstellen	Nach-wuchs *	Angestellte	Nachwuchs Ang. *	Arbeiterin-nen/Arbeiter	Nachwuchs Arb. *	ohne *
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1.0	Bürgerschaft, Rechnungshof	2004	141,50			69,05		0,80		211,35
		2003	139,50			72,55		0,00		212,05
1.1	Senat und Senatsämter	2004	549,00	6,00	457,00	465,17	200,00	11,22		1.031,39
		2003	553,00	6,00	457,00	477,14	200,00	12,35		1.048,49
1.2	Bezirksamt Hamburg-Mitte	2004	418,18			758,70		156,86	8,00	1.333,74
		2003	416,44			791,70		167,67	8,00	1.375,81
1.3	Bezirksamt Altona	2004	383,00			434,14		150,49		967,63
		2003	384,00			442,90		157,23		984,13
1.4	Bezirksamt Eimsbüttel	2004	307,76	3,00		370,37		91,24		772,37
		2003	311,10	3,00		379,63		94,01		787,74
1.5	Bezirksamt Hamburg-Nord	2004	370,00			521,38		179,39	12,00	1.070,77
		2003	367,00			533,16		193,97	12,00	1.094,13
1.6	Bezirksamt Wandsbek	2004	451,00			578,68		140,38	9,45	1.170,06
		2003	452,00			586,17		145,15	12,00	1.183,32
1.7	Bezirksamt Bergedorf	2004	202,50			193,60		65,90	7,00	462,00
		2003	202,00			197,69		70,90	7,00	470,59
1.8	Bezirksamt Harburg	2004	386,24	0,00		393,79		89,96	10,00	869,99
		2003	387,10	3,00		407,77		95,28	10,45	893,15
2	Justizbehörde	2004	3.903,86	11,50	975,00	1.378,06	0,00	44,09		5.337,51
		2003	4.007,08	16,00	1.017,00	1.324,25	1,00	42,59		5.389,92
3.1	Behörde für Bildung und Sport	2004	14.901,75	77,00	1.220,00	2.641,76	14,00	723,51		18.344,02
		2003	14.910,90	207,00	1.220,00	2.519,17	13,00	730,40		18.367,47
3.2	Behörde für Wissenschaft und	2004	72,00			79,37		3,20		154,57
	Forschung	2003	74,00			79,36		0,00		153,36
3.3	Kulturbehörde	2004	50,11			67,34	1,00	2,80		120,25
		2003	51,00			65,34	1,00	2,00		118,34
4	Behörde für Soziales und Familie	2004	458,00			633,33		41,87		1.133,20
		2003	506,00			702,70		51,39		1.260,09
6	Behörde für Bau und Verkehr	2004	460,00	3,00	23,00	609,13	2,00	53,78	6,00	1.125,91
		2003	465,00	3,00	23,00	612,90	6,00	52,39	6,00	1.133,29
7	Behörde für Wirtschaft und	2004	415,00	5,00	8,00	1.036,32	3,00	737,67	89,00	2.193,99
	Arbeit	2003	422,00	5,00	8,00	1.027,82	3,00	757,78	89,00	2.212,60
8.1	Behörde für Inneres	2004	10.623,10	11,00	449,00	1.821,65		146,76		12.602,51
		2003	10.463,10	11,00	477,00	1.817,90		155,89		12.447,89
8.2	Behörde für Umwelt und	2004	523,60			840,66	0,00	22,75		1.387,01
	Gesundheit	2003	539,00			958,81	2,00	24,01		1.521,82
9.1	Finanzbehörde	2004	3.626,15	59,00	186,00	1.001,74		48,19		4.735,08
		2003	3.613,65	77,00	186,00	1.023,79		65,18		4.779,62
	gesamt:	**2004**	**38.242,75**	**175,50**	**3.318,00**	**13.894,24**	**220,00**	**2.710,86**	**141,45**	**55.023,35**
		2003	**38.263,87**	**331,00**	**3.388,00**	**14.020,75**	**226,00**	**2.818,19**	**144,45**	**55.433,81**

1) Außerdem werden Nachwuchskräfte in Planstellen und Anderen Amtsstellen geführt insbesondere bei der Polizei und der Feuerwehr.

Stellenzugänge/Stellenabgänge in den Einzelplänen (ohne Landesbetriebe und netto-veranschlagte Einrichtungen, ohne Leerstellen und Stellen für Nachwuchskräfte)

Einzelplan	**Stellensoll 2003**	Vollzug kw 2003	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Hebung	Rück-wandlung	**Stellensoll 2004**	Differenz
					Abgang	Zugang				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1.0	**212,05**			-1,50		0,80			**211,35**	-0,70
1.1	**1.048,49**	-1,00	13,42	-25,52	-9,50	5,50	29,60	-1,50	**1.031,39**	-17,10
1.2	**1.375,81**	-4,86	19,16	-44,55	-13,82	2,00	13,00		**1.333,74**	-42,07
1.3	**984,13**	-1,00	0,50	-18,00	-1,00	3,00	33,00		**967,63**	-16,50
1.4	**787,74**	-1,94	1,50	-15,73	-1,00	1,80	3,00		**772,37**	-15,37
1.5	**1.094,13**		2,14	-27,30		1,80	16,64		**1.070,77**	-23,36
1.6	**1.183,32**	-1,07	6,59	-21,58	-0,70	3,50	14,00		**1.170,06**	-13,26
1.7	**470,59**		9,00	-17,09	-1,00	0,50	1,00	-1,00	**462,00**	-8,59
1.8	**893,15**	-1,00	7,96	-29,12	-2,00	1,00	16,14	-0,50	**869,99**	-23,16
2	**5.389,92**	-15,57	127,56	-175,40	-18,00	29,00	108,40	-0,50	**5.337,51**	-52,41
3.1	**18.367,47**	-136,15	285,25	-178,12	-361,54	367,11	289,00	-4902,19	**18.344,02**	-23,45
3.2	**153,36**		1,60	-1,99	-1,00	2,60	2,00		**154,57**	+1,21
3.3	**118,34**		4,50	-2,39	-14,60	14,40	2,00		**120,25**	+1,91
4	**1.260,09**	-0,50	17,15	-61,37	-237,12	154,95	17,75	-4,00	**1.133,20**	-126,89
6	**1.133,29**	-5,50	9,10	-20,62	-519,75	529,39	17,00	-2,00	**1.125,91**	-7,38
7	**2.212,60**		13,49	-33,61	-16,09	17,60	19,00	-16,00	**2.193,99**	-18,61
8.1	**12.447,89**	-10,00	81,50	-67,48	-4,00	14,60	392,50	-68,00	**12.602,51**	+154,62
8.2	**1.521,82**	-1,00	14,05	-44,37	-121,75	18,26	22,31	-0,50	**1.387,01**	-134,81
9.1	**4.779,62**	-6,00	12,50	-38,81	-21,25	9,02	61,00	-3,00	**4.735,08**	-44,54
gesamt:	**55.433,81**	-185,59	626,97	-824,55	-1344,12	1176,83	1057,34	-4999,19	**55.023,35**	-410,46

Veränderungen des Stellenbestandes 2004 gegenüber 2003

Gliederung der Stellen der Landesbetriebe (§ 26 Abs. 1 LHO) nach Stellenarten (ohne Leerstellen)

Kapitel	Bezeichnung	Jahr	Senatorinnen/Senatoren Richterinnen/Richter Beamtinnen/Beamte		Beamtinnen/ Beamte[1)]	Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer				Summe
			Planstellen	andere Amtsstellen	Nach- wuchs *	Angestellte	Nachwuchs Ang. *	Arbeiterin- nen/Arbeiter	Nachwuchs Arb. *	ohne *
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
2304	Landwirtsch. Hahnöfersand	2004				3,00				3,00
		2003				3,00				3,00
3210	Hamburger Volkshochschule	2004	37,00			179,80		4,63		221,43
		2003	37,00			180,27		4,63		221,90
3921	Philharm. Staatsorchester	2004				145,00	10,00			145,00
		2003				145,00	10,00			145,00
3922	Musikhalle Hamburg	2004	1,00			9,50				10,50
		2003	1,00			9,50				10,50
4211	Winterhuder Werkstätten	2004				144,00		12,86		156,86
		2003				143,25		12,86		156,11
4480	LEB	2004	41,00			651,91		106,21	210,00	799,12
		2003	35,00			618,74		105,34	210,00	759,08
6030	WP Geoinformation+Verm.	2004	100,00	1,00		278,02	24,00	52,50		431,52
		2003	102,00	1,00		294,02	24,00	62,00		459,02
7001	Hamburgische Münze	2004	1,00			9,50		53,00		63,50
		2003	1,00			13,50		72,95		87,45
7301	Großmarkt	2004	8,00			34,00		15,00		57,00
		2003	8,00			49,00		15,00		72,00
8510	Landesbetrieb Verkehr	2004	100,50			297,50		34,58		432,58
		2003	100,50			295,50		34,58		430,58
9090	LIT	2004	82,00	2,00		408,10		13,00		505,10
		2003	82,00	1,00		405,10		14,00		502,10
	gesamt:	**2004**	**370,50**	**3,00**	**0,00**	**2.160,33**	**34,00**	**291,78**	**210,00**	**2.825,61**
		2003	**366,50**	**2,00**	**0,00**	**2.156,88**	**34,00**	**321,36**	**210,00**	**2.846,74**

1) Außerdem werden Nachwuchskräfte in Planstellen und Anderen Amtsstellen geführt.

Veränderungen des Stellenbestandes 2004 gegenüber 2003

Gliederung der Stellen der netto-veranschlagten Einrichtungen (§ 15 Abs. 2 LHO) nach Stellenarten (ohne Leerstellen)

Kapitel	Bezeichnung	Jahr	Senatorinnen/Senatoren Richterinnen/Richter Beamtinnen/Beamte		Beamtinnen/ Beamte[1)]	Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer				Summe
			Planstellen	andere Amtsstellen	Nach-wuchs *	Angestellte	Nachwuchs Ang. *	Arbeiterin-nen/Arbeiter	Nachwuchs Arb. *	ohne *
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1235	HB BA HH-Mitte	2004	12,00			43,00				55,00
		2003	12,00			43,00				55,00
1335	HB Planen + Bauen Hamburg	2004	17,00			60,50				77,50
		2003	17,00			60,50				77,50
1535	HB BA HH-Nord	2004	7,00			45,40				52,40
		2003	6,00			46,40				52,40
1635	HB BA Wandsbek	2004	1,00			45,50				46,50
		2003	1,00			45,50				46,50
1735	HB BA Bergedorf	2004	2,00			14,50				16,50
		2003	2,00			14,50				16,50
2005	HB Justizbehörde	2004	0,00			3,00				3,00
		2003	2,00			7,00				9,00
3405	HB Hochschulen	2004	15,00			43,10				58,10
		2003	17,00			40,60				57,60
3420	Universität	2004	1.032,00			2.123,18	18,00	223,23	48,00	3.378,41
		2003	1.045,50			2.121,22	18,00	237,58	48,00	3.404,30
3470	SUB	2004	92,00			112,00	10,00	9,00		213,00
		2003	92,00			112,00	10,00	9,00		213,00
3480	HWP	2004	64,00	1,00		69,25		1,00		135,25
		2003	64,00	1,00		69,25		1,00		135,25
3510	HAW Hamburg	2004	515,00			450,28	2,00	50,32	1,00	1.015,60
		2003	517,00			437,85	2,00	47,63	1,00	1.002,48
3580	HfbK	2004	61,00			56,88		4,38	2,00	122,26
		2003	61,00			56,88		4,38	2,00	122,26
3590	HfMTh	2004	83,00			81,82		10,79		175,61
		2003	83,00			79,35		10,79		173,14
3650	TUHH	2004	229,00	1,00		824,66	6,00	72,67	15,00	1.127,33
		2003	234,00	1,00		794,16	6,00	72,67	15,00	1.101,83
6205	Staatlicher Hochbau	2004	6,00			6,00				12,00
		2003	6,00			6,00				12,00
6305	Autobahn- und Tunnelbetrieb	2004	6,00			24,00		75,00		105,00
		2003	6,00			28,00		85,00		119,00
7505	HB Strom- + Hafenbau	2004	2,00			6,00				8,00
		2003	2,00			6,00				8,00
8552	Landesfeuerwehrschule	2004	69,00			6,00		3,00		78,00
		2003	69,00			5,50		3,00		77,50
8630	Institut für Hygiene und Umwelt	2004	45,00			272,40	16,00	25,46		342,86
		2003	28,00			186,41	12,00	24,96		239,37
8650	Bernhard-Nocht-Institut	2004	12,00			170,54		42,67		225,21
		2003	12,00			170,54		42,67		225,21
8701	Wassergütestelle Elbe	2004	1,00			9,00				10,00
		2003	1,00			9,00				10,00
	gesamt:	**2004**	**2.271,00**	**2,00**	**0,00**	**4.467,01**	**52,00**	**517,52**	**66,00**	**7.257,53**
		2003	**2.277,50**	**2,00**	**0,00**	**4.339,66**	**48,00**	**538,68**	**66,00**	**7.157,84**

1) Außerdem werden Nachwuchskräfte in Planstellen und Anderen Amtsstellen geführt.

Stellenzugänge/Stellenabgänge in den Landesbetrieben (§ 26 Abs. 1 LHO) ohne Leerstellen und Stellen für Nachwuchskräfte

Kapitel	**Stellensoll 2003**	Vollzug kw 2003	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Hebung	Rück-wandlung	**Stellensoll 2004**	Differenz
					Abgang	Zugang				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
2304	**3,00**								**3,00**	
3210	**221,90**		0,47	-0,47	-0,47				**221,43**	-0,47
3921	**145,00**								**145,00**	
3922	**10,50**								**10,50**	
4211	**156,11**		0,75				11,00		**156,86**	+0,75
4480	**759,08**	-39,09	2,00	-2,64	-1,00	80,77			**799,12**	+40,04
6030	**459,02**		2,00	-17,00	-19,50	7,00	20,00		**431,52**	-27,50
7001	**87,45**			-22,95	-1,00		1,00		**63,50**	-23,95
7301	**72,00**			-15,00					**57,00**	-15,00
8510	**430,58**		2,00	-1,00		1,00			**432,58**	+2,00
9090	**502,10**		3,00				24,00		**505,10**	+3,00
gesamt:	**2.846,74**	**-39,09**	**10,22**	**-59,06**	**-21,97**	**88,77**	**56,00**		**2.825,61**	**-21,13**

Stellenzugänge/Stellenabgänge in den netto-veranschlagten Einrichtungen (§ 15 Abs. 2 LHO) ohne Leerstellen und Stellen für Nachwuchskräfte

Kapitel	**Stellensoll 2003**	Vollzug kw 2003	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Hebung	Rück-wandlung	**Stellensoll 2004**	Differenz
					Abgang	Zugang				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1235	**55,00**								**55,00**	
1335	**77,50**								**77,50**	
1535	**52,40**								**52,40**	
1635	**46,50**						1,00		**46,50**	
1735	**16,50**								**16,50**	
2005	**9,00**			-3,00	-3,00				**3,00**	-6,00
3405	**57,60**		0,50				1,00		**58,10**	+0,50
3420	**3.404,30**		35,94	-61,83	-10,50	10,50	30,62	-11,50	**3.378,41**	-25,89
3470	**213,00**								**213,00**	
3480	**135,25**								**135,25**	
3510	**1.002,48**		39,09	-25,97	-93,05	93,05	18,52	-2,00	**1.015,60**	+13,12
3580	**122,26**								**122,26**	
3590	**173,14**		3,47	-1,00			1,00		**175,61**	+2,47
3650	**1.101,83**		61,00	-35,50			10,00	-4,00	**1.127,33**	+25,50
6205	**12,00**								**12,00**	
6305	**119,00**		2,00	-16,00					**105,00**	-14,00
7505	**8,00**				-1,00	1,00			**8,00**	
8552	**77,50**		0,50				3,00	-1,00	**78,00**	+0,50
8630	**239,37**					103,49	3,00		**342,86**	+103,49
8650	**225,21**								**225,21**	
8701	**10,00**								**10,00**	
gesamt:	**7.157,84**		**142,50**	**-143,30**	**-107,55**	**208,04**	**68,14**	**-18,50**	**7.257,53**	**99,69**

Entwicklung des Stellenbestandes in der hamburgischen Verwaltung

In der nachstehenden Tabelle ist die Entwicklung des Stellenbestandes der hamburgischen Verwaltung von 1990 an und im Verhältnis zu 1970 und 1980 dargestellt.

Stellenbestand der hamburgischen Verwaltung (einschließlich der Wirtschaftspläne)

Jahr	Stellenbestand			Veränderungsraten (bereinigt um Ausgliederungen [15])	Index-Reihe gemäß bereinigter Veränderungsraten (1980 = 100)	darunter		Nettoveränderungen
	Stellen [1]	Stellenkapazität in anderen Bemessungsgrößen [2]	Kapazität in Stellen gesamt			Stellenmehrbedarf	Stellenminderbedarf	
1970	80.777	15.533	96.310		88,9	3.111	730	+ 2.381
1980	99.471 [3]	8.916 [3]	108.387	12,54%	**100,0**	2.222	1.460	+ 762
1990	95.342 [4]	8.419	103.761	-1,18%	98,8	1.406	1.138	+ 268
1991	96.479 [5]	8.402	104.881	1,60%	100,4	2.595	914	+ 1.681
1992	97.602	8.589	106.191	1,25%	101,7	2.214	971	+ 1.243
1993	98.704	8.765	107.469	1,20%	102,9	1.652	479	+ 1.173
1994	99.364	8.905	108.269	0,74%	103,7	1.937	1.213	+ 724
1995	96.706 [6]	9.013	105.719	0,40%	104,1	1.494	4.015	- 2.521
1996	81.605 [7]	6.906	88.511	-1,20%	102,8	912	15.933	- 15.021
1997	79.343 [8]	6.940	86.283	-1,71%	101,1	623	2.566	- 1.943
1998	74.102 [9]	6.311	80.413	-1,79%	99,3	521	5.565	- 5.044
1999	72.695 [10]	6.143	78.838	-1,78%	97,5	577	1.826	- 1.249
2000	71.261 [11] 72.957 [12]	5.916 4.220	77.177	-1,74%	95,8	291	1.540	- 1.249
2001	72.042 [13]	4.009	76.051	-1,28%	94,6	327	1.242	- 915
2002	71.233	3.965	75.198	-1,12%	93,5	763	1.572	- 809
2003	65.438 [14]	4.116	69.554	0,68%	94,1	1.349	7.144	- 5.795
2004	65.106	4.041	69.147	-0,59%	93,6	920	1.252	-332

1) Anzahl der Stellen ggf. jeweils einschließlich Ergänzungen und Nachträgen

2) bis 2000 sonstiger Personalbedarf (in Stellen umgerechnet) sowie Stellen für Nachwuchskräfte; ab 2000 (neue Stellenplanverfahren, siehe Vergleichsreihe sowie Fußnote 12) nur Stellen für Nachwuchskräfte

3) 1978 wurde sonstiger Personalbedarf im Umfang von 7.249 Stellen ohne Veränderung der Kapazität in Stellen insgesamt in Stellen umgewandelt.

4) ab 1989 ohne Vereinigung städtischer Kinder- und Jugendheime der FHH e.V. (zuletzt = 3.275 Stellen)

5) ab 1991 ohne Stiftung Hamburger Öffentliche Bücherhallen (zuletzt = 515 Stellen)

6) ab 1995 ohne Stadtreinigung (zuletzt = 2.947 Stellen)

7) ab 1996 ohne Landesbetriebe Krankenhäuser und Wäscherei (zuletzt = 12.534 Stellen) sowie ohne Stadtentwässerung (zuletzt = 1.565 Stellen)

8) ab 1997 ohne Landesbetrieb Friedhöfe (zuletzt = 541 Stellen)

9) ab 1998 ohne Landesbetriebe Pflegen & Wohnen und Landwirtschaft des Heinrich-Eisenbarth-Heimes (Ausgliederung von 3.866 bzw. 8 Stellen aufgrund der Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechts gemäß Drucksache 15/6978)

10) ab 1999 ohne Betriebskrankenkasse (Ausgliederung von 127 Stellen aufgrund der Verselbständigung der Betriebskrankenkasse gemäß Drucksache 16/329)

11) ab 2000 ohne Museen (Ausgliederung von 257 Stellen aufgrund der Verselbständigung der Museen gemäß Drucksache 16/1537)

12) 2000 wurde im Zuge der Einführung der neuen Stellenplanverfahren sonstiger Personalbedarf im Umfang von 1.696 Stellen ohne Veränderung der Kapazität in Stellen insgesamt in Stellen umgewandelt

13) ab 2001 ohne Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (Ausgliederung von rd. 140 Stellen aufgrund der Verselbständigung des HWWA gemäß Drucksache 16/3907)

14) ab 2003 ohne Universitäts-Krankenhaus Eppendorf (Ausgliederung von rd. 5.800 Stellen aufgrund der Verselbständigung des Universitäts-Krankenhauses Eppendorf gemäß Drucksache 16/5760)

15) soweit in Fußnoten 4 bis 11, 13 und 14 im Einzelnen aufgeführt (einschließlich der Veränderungen bei den Stellenkapazitäten in anderen Bemessungsgrößen)

Gliederung der Personalausgaben der Hauptgruppe 4

Als Personalausgaben im engeren Sinne werden Ausgaben bezeichnet, die der Hauptgruppe 4 des Gruppierungsplans (vgl. Gruppierungsübersicht, Anlage 1.3) zugeordnet sind. Die zentrale Übersicht über diesen Personalaufwand bietet die vorliegende Anlage.

In den Übersichten werden einzelplanbezogen die 3.461 Mio. EUR Personalausgaben der Hauptgruppe 4 dargestellt, und zwar unterteilt in folgende Komponenten:

- Stellengebundene Personalausgaben, die in sog. Kontenrahmen für Dienstbezüge (KRD) veranschlagt sind, Anlage 1.8.11 mit rd. 64 Prozent des Personalaufwandes
- Stellengebundene Personalausgaben in Titelgruppen des Neuen Steuerungsmodells (NSM), Anlage 1.8.12 mit rd. 17 Prozent des Personalaufwandes.
- Ausgaben für dem Stellenbestand nicht zuzuordnende Versorgung und Beihilfen im Kontenrahmen für Versorgung, Anlage 1.8.21 mit rd. 13 Prozent des Personalaufwandes.
- Ausgaben für Beihilfen, Unterstützungen und sonstige personalbezogene Ausgaben (Obergruppen 44, 45) für aktiv Beschäftigte im Kontenrahmen für Nebenleistungen (KRN), Anlage 1.8.22 mit rd. 1 Prozent des Personalaufwandes.
- Sonstiger Personalaufwand - insbesondere für zentral veranschlagte Mittel für Besoldungs- und Tarifanpassungen und für zentrale Risikovorsorge sowie Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige, Anlage 1.8.23 mit rd. 5 Prozent des Personalaufwandes.

Die beiden erstgenannten Komponenten bestimmen den Budgetrahmen, innerhalb dessen eine Ausschöpfung des jeweiligen Stellenplans zugelassen ist.

Einzel-plan Nr.	Bezeichnung	Personal-ausgaben -gesamt-	davon						
			Stellengebundener Personalaufwand a)			Sonstige Personalausgaben			
			KRD *Anlage 1.8.11*	***NSM*** *Anlage 1.8.12*	*Summe Anlagen 1.8.11 und 1.8.12*	***KRV*** *Anlage 1.8.21*	***KRN*** *Anlage 1.8.22*	***Sonst. PersAusg.*** *Anlage 1.8.23*	*Summe Anlagen 1.8.21, 1.8.22 und 1.8.23*
		in Tsd. EUR							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1.0	*Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof*	25.679	12.691		12.691	3.969		9.019	12.988
1.1	*Senat und Senatsämter*	58.896	34.317	9.329	43.646	8.474		6.776	15.250
1.2	*Bezirksamt Hamburg-Mitte*	59.739	50.090	3.858	53.948	5.407		384	5.791
1.3	*Bezirksamt Altona*	45.998	40.453		40.453	5.138		407	5.545
1.4	*Bezirksamt Eimsbüttel*	38.543	33.326		33.326	4.815		402	5.217
1.5	*Bezirksamt Hamburg-Nord*	49.627	41.478	1.861	43.339	5.825		463	6.288
1.6	*Bezirksamt Wandsbek*	56.024	49.367		49.367	6.267		390	6.657
1.7	*Bezirksamt Bergedorf*	24.201	20.418		20.418	3.449		334	3.783
1.8	*Bezirksamt Harburg*	43.184	36.810	1.601	38.411	4.417		356	4.773
2	*Justizbehörde*	305.159	269.581		269.581	34.313		1.265	35.578
3.1	*Behörde für Bildung und Sport*	1.219.817	1.090.802		1.090.802	128.384		631	129.015
3.2	*Behörde für Wissenschaft und Forschung*	45.239	7.531		7.531	36.842		866	37.708
3.3	*Kulturbehörde*	8.826	4.640	1.772	6.412	2.337		77	2.414
4	*Behörde für Soziales und Familie*	64.436	55.009	490	55.499	8.513		424	8.937
6	*Behörde für Bau und Verkehr*	73.884	59.100		59.100	14.771		13	14.784
7	*Behörde für Wirtschaft und Arbeit*	118.001	105.794		105.794	11.262		945	12.207
8.1	*Behörde für Inneres*	722.693	40.300	557.863	598.163	110.573	14.828	-871	124.530
8.2	*Behörde für Umwelt und Gesundheit*	89.862	59.021	12.794	71.815	16.429		1.618	18.047
9.1	*Finanzbehörde*	243.337	217.036	1.749	218.785	24.462		90	24.552
9.2	*Allgemeine Finanzverwaltung*	167.493				10.000	6.779	150.714	167.493
Summe Gesamtansatz 2004 in Tsd. EUR		3.460.638	2.227.764	591.317	2.819.081	445.647	21.607	174.303	641.557
Summe Vergleichszahl 2003 lt. Plan 2004 in Tsd: EUR		3.419.849	2.227.008	582.138	2.809.146	424.928	18.727	167.048	610.703
Summe (Vergleichs-) Ist 2002 in Tsd. EUR		3.336.848	2.298.741	564.470	2.863.211	389.004	23.200	61.433	473.637
Summe Rest 2002 in Tsd. EUR		40.175	3.098	5.570	8.668	9.773	3.500	18.378	31.651

a) ggf. zuzügl. Beträgen aus xxxx.461.01 (Anlage 1.8.23)

Zusammenstellung der (stellengebundenen) Personalausgaben in den Kontenrahmen für Dienstbezüge (KRD) der Einzelpläne

Einzel-plan Nr.	Bezeichnung	Titel	421.91	422.91	425.91	426.91	427.91	432.91	435.91	436.91	441.91
		Gesamtbetrag	Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	Vergütungen der Angestellten	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	Beschäftigungs-entgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	Kostenanteil an den Versorgungs-bezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	Kostenanteil an den Versorgungs-bezügen der Angestellten	Kostenanteil an den Versorgungs-bezügen der Arbeiterinnen und Arbeiter	Kostenanteil an den Beihilfen
		in Tsd. EUR									
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1.0	*Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof*	12.691		7.067	2.901	42	2	2.127	263	4	285
1.1	*Senat und Senatsämter*	34.317	2.006	9.966	16.748	476	174	2.991	1.514	43	399
1.2	*Bezirksamt Hamburg-Mitte*	50.090		8.009	30.596	5.291	240	2.398	2.760	477	319
1.3	*Bezirksamt Altona*	40.453		7.932	21.531	5.430	385	2.412	1.950	489	324
1.4	*Bezirksamt Eimsbüttel*	33.326		6.179	19.646	3.116	241	1.847	1.771	280	246
1.5	*Bezirksamt Hamburg-Nord*	41.478		8.053	22.534	5.533	95	2.413	2.025	503	322
1.6	*Bezirksamt Wandsbek*	49.367		9.647	28.312	4.833	315	2.887	2.552	437	384
1.7	*Bezirksamt Bergedorf*	20.418		5.242	10.098	2.123	37	1.601	910	194	213
1.8	*Bezirksamt Harburg*	36.810		8.168	20.102	3.456	183	2.451	1.812	311	327
2	*Justizbehörde*	269.581		156.604	52.313	1.348	1.042	47.158	4.706	121	6.289
3.1	*Behörde für Bildung und Sport*	1.090.802		639.152	192.258	17.125	4.121	193.480	17.339	1.532	25.795
3.2	*Behörde für Wissenschaft und Forschung*	7.531		2.756	3.419	85	14	830	309	8	110
3.3	*Kulturbehörde*	4.640		1.525	2.188	42	159	463	195	4	64
4	*Behörde für Soziales und Familie*	55.009		12.297	34.147	373	888	3.692	3.084	33	495
6	*Behörde für Bau und Verkehr*	59.100		17.929	30.323	2.323	54	4.969	2.645	193	664
7	*Behörde für Wirtschaft und Arbeit*	105.794		15.623	47.321	30.410	70	4.713	4.301	2.728	628
8.1	*Behörde für Inneres*	40.300		13.306	20.334	259	38	3.975	1.832	23	533
8.2	*Behörde für Umwelt und Gesundheit*	59.021		13.243	36.710	809	316	4.012	3.307	91	533
9.1	*Finanzbehörde*	217.036		126.353	42.803	746	289	37.869	3.863	67	5.046
Summe Gesamtansatz 2004 in Tsd. EUR		2.227.764	2.006	1.069.051	634.284	83.820	8.663	322.288	57.138	7.538	42.976
Summe Vergleichszahl 2003 lt. Plan 2004 in Tsd. EUR		2.227.008	2.006	1.085.144	615.846	82.240	8.691	327.019	55.323	7.391	43.348
Summe (Vergleichs-) Ist 2002 in Tsd. EUR		2.298.741	2.468	1.150.925	602.671	82.558	5.493	345.541	63.007		46.079
Summe Rest 2002 in Tsd. EUR		3.098		672	1.753	68	316	194	69		26

Zusammenstellung der (stellengebundenen) Personalausgaben in den Titelgruppen des Neuen Steuerungsmodells (NSM) der Einzelpäne

Einzel-plan Nr.	Bezeichnung	Gruppe	422	425	426	427	432	435	436	441
		Gesamtbetrag	Bezüge der Beamtinnen und Beamten	Vergütungen der Angestellten	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	Beschäftigungs-entgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	Kostenanteil an den Versorgungs-bezügen der Beamtinnen und Beamten	Kostenanteil an den Versorgungs-bezügen der Angestellten	Kostenanteil an den Versorgungs-bezügen der Arbeiterinnen und Arbeiter	Kostenanteil an den Beihilfen
		in Tsd. EUR								
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1.1	*Senat und Senatsämter*	9.329	5.220	1.996	115	41	1.560	179	10	208
1.2	*Bezirksamt Hamburg-Mitte*	3.858	973	2.347			289	211		38
1.5	*Bezirksamt Hamburg-Nord*	1.861	527	1.060			158	95		21
1.8	*Bezirksamt Harburg*	1.601	711	596			212	54		28
3.3	*Kulturbehörde*	1.772	235	1.168		184	71	105		9
4	*Behörde für Soziales und Familie*	490	48	245	147		14	22	12	2
8.1	*Behörde für Inneres*	557.863	372.651	47.777	5.552	460	111.784	4.255	480	14.904
8.2	*Behörde für Umwelt und Gesundheit*	12.794	3.883	6.949		12	1.167	628		155
9.1	*Finanzbehörde*	1.749	103	468	1.010		31	42	91	4
Summe Gesamtansatz 2004 in Tsd. EUR		591.317	384.351	62.606	6.824	697	115.286	5.591	593	15.369
Summe Vergleichszahl 2003 lt. Plan 2004 in Tsd. EUR		582.138	378.392	60.845	7.469	697	113.522	5.428	651	15.134
Summe (Vergleichs-) Ist 2002 in Tsd. EUR		564.470	368.220	56.937	7.014	1.397	110.423	5.759		14.722
Summe Rest 2002 in Tsd. EUR		5.570	5.500	70						

Anlage 1.8.12 (NSM)

Personalausgaben des Kontenrahmens für Versorgung (KRV)

Einzel-plan Nr.	Bezeichnung	Titel	431.93	432.93	435.93	436.93	446.93
		Gesamtbetrag	Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	Versorgungs-bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	Versorgungs-bezüge der Angestellten	Versorgungs-bezüge der Arbeiterinnen und Arbeiter	Beihilfen in Krankheitsfällen u.a. für Versorgungs-empfängerinnen, Versorgungs-empfänger
		in Tsd. EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
1.0	Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof	3.969		3.166	225	-4	582
1.1	Senat und Senatsämter	8.474	3.064	3.721	635	3	1.051
1.2	Bezirksamt Hamburg-Mitte	5.407		3.042	1.435	300	630
1.3	Bezirksamt Altona	5.138		2.613	1.535	437	553
1.4	Bezirksamt Eimsbüttel	4.815		3.198	906	156	555
1.5	Bezirksamt Hamburg-Nord	5.825		2.953	1.790	474	608
1.6	Bezirksamt Wandsbek	6.267		3.116	2.106	385	660
1.7	Bezirksamt Bergedorf	3.449		2.024	837	189	399
1.8	Bezirksamt Harburg	4.417		2.067	1.540	290	520
2	Justizbehörde	34.313		25.609	668	31	8.005
3.1	Behörde für Bildung und Sport	128.384		99.885	-3.282	-489	32.270
3.2	Behörde für Wissenschaft und Forschung	36.842		32.698	-2.846	-283	7.273
3.3	Kulturbehörde	2.337		1.425	701	-4	215
4	Behörde für Soziales und Familie	8.513		5.991	1.436	20	1.066
6	Behörde für Bau und Verkehr	14.771		10.010	2.916	76	1.769
7	Behörde für Wirtschaft und Arbeit	11.262		6.884	2.675	427	1.276
8.1	Behörde für Inneres	110.573		87.126	1.003	27	22.417
8.2	Behörde für Umwelt und Gesundheit	16.429		9.706	4.579	438	1.706
9.1	Finanzbehörde	24.462		15.837	1.451	1.193	5.981
9.2	Allgemeine Finanzverwaltung	10.000		10.000			
Summe Gesamtansatz 2004 in Tsd. EUR		445.647	3.064	331.071	20.310	3.666	87.536
Summe Vergleichszahl 2003 lt. Plan 2004 in Tsd. EUR		424.928	3.064	308.321	23.791	4.724	85.028
Summe (Vergleichs-) Ist 2002 in Tsd. EUR		389.004	3.418	270.806	22.050	9.990	82.738
Summe Rest 2002 in Tsd. EUR		9.773		4.973			4.800

Personalausgaben des Kontenrahmens für Nebenleistungen (KRN)

Einzel-plan Nr.	Bezeichnung	Titel		441.92		443.92		451.92		453.92		459.92	
		Gesamtbetrag		Beihilfen (nach Saldierung mit Kostenanteilen KRD und NSM)		Fürsorgeleistungen und Unterstützungen		Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung und zu Gemeinschaftsveranstaltungen sowie für soziale Einrichtungen		Trennungsgeld, Umzugskosten-vergütungen		Sonstige personalbezogene Sachausgaben	
		Soll 2004	Ist 2002	Soll 2004	Ist 2002	Soll 2004	Ist 2002	Soll 2004	Ist 2002	Soll 2004	Ist 2002	Soll 2004	Ist 2002
		in Tsd. EUR											
1	2	3	4	5	6	8	9	10	11	12	13	14	15
1.0	*Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof*		89		85		1		2				1
1.1	*Senat und Senatsämter*		721		465		131		29		83		13
1.2	*Bezirksamt Hamburg-Mitte*		105		57		7		36		3		2
1.3	*Bezirksamt Altona*		136		97		4		27				8
1.4	*Bezirksamt Eimsbüttel*		153		122		6		20		3		2
1.5	*Bezirksamt Hamburg-Nord*		153		113		10		30				0
1.6	*Bezirksamt Wandsbek*		147		110		3		29		4		1
1.7	*Bezirksamt Bergedorf*		13		-2		1		14				1
1.8	*Bezirksamt Harburg*		152		109		17		24				1
2	*Justizbehörde*		9.210		1.207		23		162				7.818
3.1	*Behörde für Bildung und Sport*		6.008		5.427		393		71		113		3
3.2	*Behörde für Wissenschaft und Forschung*		31		28		1		1				0
3.3	*Kulturbehörde*		55		52		0		2				
4	*Behörde für Soziales und Familie*		300		239		6		21		7		27
6	*Behörde für Bau und Verkehr*		177		147		10		17		1		2
7	*Behörde für Wirtschaft und Arbeit*		133		35		5		77		15		2
8.1	*Behörde für Inneres*	14.828	4.170		-10.218	14.828	13.302		315		51		719
8.2	*Behörde für Umwelt und Gesundheit*		40		1		17		20				2
9.1	*Finanzbehörde*		1.408		1.253		42		115		-3		0
9.2	*Allgemeine Finanzverwaltung*	6.779		4.855		1.022				256		646	
Summe Gesamtansatz 2004 in Tsd. EUR		21.607		4.855		15.850				256		646	
Summe Vergleichszahl 2003 lt. Plan 2004 in Tsd. EUR		18.727		1.975		15.850				256		646	
Summe (Vergleichs-) Ist 2002 in Tsd. EUR			23.200		-671		13.980		1.012		277		8.602
Summe Rest 2002 in Tsd. EUR			3.500		3.500								

Anlage 1.8.22 (KRN)

Sonstige Personalausgaben ohne KRV und KRN

Einzel-plan Nr.	Bezeichnung	Obergruppe	41	42	43	44	45	46
		Gesamtbetrag	Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige	Bezüge und Neben-leistungen	Versor-gungs-bezüge und dgl.	Beihilfen, Unterstüt-zungen und dgl.	Sonstige personal-bezogene Ausgaben	Globale Mehr- und Minderaus-gaben für Personal
		in Tsd. EUR						
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.0	Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof	9.019	8.840	179				
1.1	Senat und Senatsämter	6.776	26	39				6.711 a)
1.2	Bezirksamt Hamburg-Mitte	384	384					
1.3	Bezirksamt Altona	407	407					
1.4	Bezirksamt Eimsbüttel	402	402					
1.5	Bezirksamt Hamburg-Nord	463	358	105				
1.6	Bezirksamt Wandsbek	390	390					
1.7	Bezirksamt Bergedorf	334	324	10				
1.8	Bezirksamt Harburg	356	356					
2	Justizbehörde	1.265	895				370	
3.1	Behörde für Bildung und Sport	631	25	97			509	
3.2	Behörde für Wissenschaft und Forschung	866	6	782	78			
3.3	Kulturbehörde	77	12	65				
4	Behörde für Soziales und Familie	424	397	27				
6	Behörde für Bau und Verkehr	13	13					
7	Behörde für Wirtschaft und Arbeit	945	15	930				
8.1	Behörde für Inneres	-871	707			10		-1.588 b)
8.2	Behörde für Umwelt und Gesundheit	1.618	38	1.580				
9.1	Finanzbehörde	90	26				64	
9.2	Allgemeine Finanzverwaltung	150.714		27.320	4.348	455	4.610	113.981 c)
Summe	Gesamtansatz 2004 in Tsd. EUR	174.303	13.621	31.134	4.426	465	5.553	119.104
Summe	Vergleichszahl 2003 lt. Plan 2004 in Tsd. EUR	167.048	13.024	55.698	4.431	465	4.123	89.307
Summe	(Vergleichs-) Ist 2002 in Tsd. EUR	61.433	12.669	38.719	4.288	495	5.262	
Summe	Rest 2002 in Tsd. EUR	18.234	247	2.787	309		7	14.884

a) Mittel für das Projekt Interner Arbeitsmarkt (1.310 Tsd. EUR), das Sonderbudget zur Unterbringung von Schwerbehinderten (4.949 Tsd. EUR) und für das Sonderprogramm Laufbahnaufsteiger (452 Tsd. EUR)

b) globale Minderausgaben im Rahmen der Aufgabenkritik

c) zentrale Mittel für Besoldungs- und Tarifanpassungen und Risikovorsorge

Gesamtinvestitionen 2004 bis 2008 (in Mio EUR) - Ausgaben - Stand 21.07.2003
- Haushaltsjahr 2004 -

Bereich	Epl	Bezeichnung (Bereich/Einzelplan)	IVP/IPI IPII Summe	Hpl-Entwurf 2004	Folgejahre 2005	2006	2007	2008	Summe Spalten 5 - 9	Anteil v.H.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
010.01		Bürgerschaft	IVP/IP1	0,3	0,1	0,1	0,1	0,1	0,6	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	0,3	0,1	0,1	0,1	0,1	0,6	0,0
010.03		Rechnungshof	IVP/IP1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,6	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,6	0,0
	01.0	Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof	IVP/IP1	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2	1,2	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2	1,2	0,0
011.01		Senat	IVP/IP1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	1,2	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	1,2	0,0
011.02		Personalamt	IVP/IP1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,5	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,5	0,0
011.03		Staatsarchiv	IVP/IP1	-	-	-	-	-	-	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	-	-	-	-	-	-	0,0
011.04		Senatsamt für die Gleichstellung	IVP/IP1	-	-	-	-	-	-	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	-	-	-	-	-	-	0,0
011.05		Senatsamt für Bezirksangelegenheiten	IVP/IP1	2,7	1,3	0,2	0,2	0,2	4,6	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	2,7	1,3	0,2	0,2	0,2	4,6	0,1
	01.1	Senat und Senatsämter	IVP/IP1	3,0	1,6	0,6	0,6	0,6	6,3	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	3,0	1,6	0,6	0,6	0,6	6,3	0,1
012.01		Bezirksamt Hamburg-Mitte	IVP/IP1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	1,1	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	1,1	0,0
	01.2	Bezirksamt Hamburg-Mitte	IVP/IP1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	1,1	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	1,1	0,0
013.01		Bezirksamt Altona	IVP/IP1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	1,0	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	1,0	0,0
	01.3	Bezirksamt Altona	IVP/IP1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	1,0	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	1,0	0,0
014.01		Bezirksamt Eimsbüttel	IVP/IP1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,4	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,4	0,0
	01.4	Bezirksamt Eimsbüttel	IVP/IP1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,4	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,4	0,0
015.01		Bezirksamt Hamburg-Nord	IVP/IP1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,5	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,5	0,0
	01.5	Bezirksamt Hamburg-Nord	IVP/IP1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,5	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,5	0,0
016.01		Bezirksamt Wandsbek	IVP/IP1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,7	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,7	0,0
	01.6	Bezirksamt Wandsbek	IVP/IP1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,7	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,7	0,0
017.01		Bezirksamt Bergedorf	IVP/IP1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,6	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,6	0,0

Bereich	Epl	Bezeichnung (Bereich/Einzelplan)	IVP/IPI IPII Summe	Hpl-Entwurf 2004	Folgejahre 2005	2006	2007	2008	Summe Spalten 5 - 9	Anteil v.H.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	01.7	Bezirksamt Bergedorf	IVP/IP1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,6	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,6	0,0
018.01		Bezirksamt Harburg	IVP/IP1	0,3	0,4	0,1	0,1	0,1	1,1	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	0,3	0,4	0,1	0,1	0,1	1,1	0,0
	01.8	Bezirksamt Harburg	IVP/IP1	0,3	0,4	0,1	0,1	0,1	1,1	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	0,3	0,4	0,1	0,1	0,1	1,1	0,0
020.01		Justizverwaltung	IVP/IP1	0,2	-	-	-	-	0,2	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	0,2	-	-	-	-	0,2	0,0
020.02		Hamburgischer Datenschutzbeauftragter	IVP/IP1	-	-	-	-	-	-	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	-	-	-	-	-	-	0,0
020.03		Staatsanwaltschaften	IVP/IP1	-	-	-	-	-	-	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	-	-	-	-	-	-	0,0
020.04		Ordentliche Gerichte	IVP/IP1	1,1	2,5	1,7	1,7	1,7	8,6	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	1,1	2,5	1,7	1,7	1,7	8,6	0,2
020.05		Fachgerichte	IVP/IP1	-	-	-	-	-	-	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	-	-	-	-	-	-	0,0
020.06		Justizvollzug	IVP/IP1	27,8	24,9	12,8	7,8	7,8	81,0	
			IPII	-	-	-	-	1,5	1,5	
			Summe	27,8	24,9	12,8	7,8	9,3	82,5	1,7
	02.0	Justizbehörde	IVP/IP1	29,0	27,4	14,4	9,4	9,4	89,8	
			IPII	-	-	-	-	1,5	1,5	
			Summe	29,0	27,4	14,4	9,4	10,9	91,3	1,9
031.01		Verwaltung	IVP/IP1	129,3	121,2	111,5	109,2	105,4	576,7	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	129,3	121,2	111,5	109,2	105,4	576,7	12,1
031.04		Allgemeinbildende Schulen	IVP/IP1	-	-	-	-	-	-	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	-	-	-	-	-	-	0,0
031.07		Berufliche Bildung und Weiterbildung	IVP/IP1	0,9	9,0	3,6	3,7	1,5	18,6	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	0,9	9,0	3,6	3,7	1,5	18,6	0,4
031.09		Kindertagesbetreuung	IVP/IP1	2,8	6,4	6,0	1,8	2,0	18,9	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	2,8	6,4	6,0	1,8	2,0	18,9	0,4
031.10		Sport	IVP/IP1	11,4	12,0	7,7	6,9	6,4	44,3	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	11,4	12,0	7,7	6,9	6,4	44,3	0,9
031.11		Olympische Sommerspiele 2012 in Hamburg	IVP/IP1	-	-	-	-	-	-	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	-	-	-	-	-	-	0,0
	03.1	Behörde für Bildung und Sport	IVP/IP1	144,4	148,6	128,8	121,5	115,3	658,5	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	144,4	148,6	128,8	121,5	115,3	658,5	13,8
032.01		Zentrale und allgemeine Aufgaben	IVP/IP1	15,1	15,1	24,0	24,0	24,4	102,5	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	15,1	15,1	24,0	24,0	24,4	102,5	2,2
032.02		Förderung der außeruniversitären Forschung	IVP/IP1	8,4	8,4	6,1	3,4	3,4	29,5	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	8,4	8,4	6,1	3,4	3,4	29,5	0,6
032.03		Universität Hamburg	IVP/IP1	25,5	32,9	38,1	29,9	16,6	143,1	
			IPII	-	-	1,0	1,0	2,4	4,4	
			Summe	25,5	32,9	39,1	30,9	19,0	147,5	3,1

Bereich	Epl	Bezeichnung (Bereich/Einzelplan)	IVP/IPI IPII Summe	Hpl-Entwurf 2004	Folgejahre 2005	2006	2007	2008	Summe Spalten 5 - 9	Anteil v.H.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
032.04		Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg	IVP/IP1	1,4	1,7	0,1	0,1	0,1	3,2	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	1,4	1,7	0,1	0,1	0,1	3,2	0,1
032.05		HWP - Hamburger Universität fürWirtschaft und Politik	IVP/IP1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,4	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,4	0,0
032.06		Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg	IVP/IP1	8,9	8,4	6,9	6,4	6,4	37,0	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	8,9	8,4	6,9	6,4	6,4	37,0	0,8
032.07		Hochschule für bildende Künste	IVP/IP1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	1,1	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	1,1	0,0
032.08		Hochschule für Musik und Theater	IVP/IP1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	1,1	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	1,1	0,0
032.09		UKE	IVP/IP1	42,6	66,3	58,6	73,0	78,0	318,6	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	42,6	66,3	58,6	73,0	78,0	318,6	6,7
032.10		TUHH	IVP/IP1	9,8	11,0	8,0	4,0	2,0	34,6	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	9,8	11,0	8,0	4,0	2,0	34,6	0,7
032.11		Förderung der Studierenden	IVP/IP1	23,5	23,5	23,5	23,5	23,5	117,6	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	23,5	23,5	23,5	23,5	23,5	117,6	2,5
	03.2	Behörde für Wissenschaft und Forschung	IVP/IP1	135,6	167,8	165,7	164,7	154,8	788,7	
			IPII	-	-	1,0	1,0	2,4	4,4	
			Summe	135,6	167,8	166,7	165,7	157,2	793,1	16,6
033.01		Allgemeine Verwaltung	IVP/IP1	0,0	-	-	-	-	0,0	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	0,0	-	-	-	-	0,0	0,0
033.02		Allgemeine Kulturförderung	IVP/IP1	2,4	1,1	0,8	0,6	0,6	5,5	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	2,4	1,1	0,8	0,6	0,6	5,5	0,1
033.03		Museen	IVP/IP1	25,4	25,2	6,1	3,5	3,5	63,7	
			IPII	-	-	5,0	5,0	-	10,0	
			Summe	25,4	25,2	11,1	8,5	3,5	73,7	1,5
033.04		Theater und Musik	IVP/IP1	9,0	9,3	4,6	4,1	4,1	31,2	
			IPII	-	0,5	-	-	-	0,5	
			Summe	9,0	9,9	4,6	4,1	4,1	31,7	0,7
033.05		Denkmalschutz	IVP/IP1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	5,4	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	5,4	0,1
	03.3	Kulturbehörde	IVP/IP1	37,9	36,7	12,6	9,3	9,3	105,7	
			IPII	-	0,5	5,0	5,0	-	10,5	
			Summe	37,9	37,2	17,6	14,3	9,3	116,2	2,4
040.01		Verwaltung, ÖRA	IVP/IP1	0,4	0,7	0,7	0,8	0,8	3,4	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	0,4	0,7	0,7	0,8	0,8	3,4	0,1
040.03		Arbeitsförderung und Beschäftigungsicherung	IVP/IP1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,5	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,5	0,0
040.04		Soziale Entschädigungsleistungen	IVP/IP1	-	-	-	-	-	-	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	-	-	-	-	-	-	0,0
040.05		Hilfen für Kriegs- und Zivilopfer	IVP/IP1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,3	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,3	0,0
040.07		Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit	IVP/IP1	4,1	3,0	2,5	2,5	2,5	14,7	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	4,1	3,0	2,5	2,5	2,5	14,7	0,3

Bereich	Epl	Bezeichnung (Bereich/Einzelplan)	IVP/IPI IPII Summe	Hpl-Entwurf 2004	Folgejahre 2005	2006	2007	2008	Summe Spalten 5 - 9	Anteil v.H.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
040.08		Förderung der Erziehung in der Familie	IVP/IP1	0,6	0,3	0,7	0,2	0,2	1,9	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	0,6	0,3	0,7	0,2	0,2	1,9	0,0
040.09		Hilfe zur Erziehung, Hilfe für junge Volljährige	IVP/IP1	0,7	1,1	1,0	0,8	0,8	4,4	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	0,7	1,1	1,0	0,8	0,8	4,4	0,1
040.10		Andere Aufgaben der Jugendhilfe	IVP/IP1	-	-	-	-	-	-	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	-	-	-	-	-	-	0,0
040.11		Soziales und Integration; Managementunterstützung	IVP/IP1	-	-	-	-	-	-	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	-	-	-	-	-	-	0,0
040.12		Soziale Hilfen und Integration	IVP/IP1	14,7	14,4	14,4	15,2	15,2	74,0	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	14,7	14,4	14,4	15,2	15,2	74,0	1,6
040.13		Hilfen zur Eingliederung, Pflege und Betreuung,Altenpolitik	IVP/IP1	4,2	5,6	5,6	5,0	5,0	25,4	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	4,2	5,6	5,6	5,0	5,0	25,4	0,5
040.14		Zuwanderung und Integration	IVP/IP1	-	-	-	-	-	-	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	-	-	-	-	-	-	0,0
	04.0	Behörde für Soziales und Familie	IVP/IP1	24,9	25,2	25,1	24,7	24,7	124,6	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	24,9	25,2	25,1	24,7	24,7	124,6	2,6
060.01		Zentrale Aufgaben und Recht	IVP/IP1	1,4	1,4	1,1	1,1	1,1	5,9	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	1,4	1,4	1,1	1,1	1,1	5,9	0,1
060.02		Bodenordnung, Stadterneuerung und Wohnen	IVP/IP1	38,0	34,1	30,2	30,3	29,7	162,3	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	38,0	34,1	30,2	30,3	29,7	162,3	3,4
060.03		Bauordnung und Hochbau	IVP/IP1	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	1,1	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	1,1	0,0
060.04		Verkehr und Straßenbau	IVP/IP1	96,4	125,4	99,1	125,2	127,7	573,8	
			IPII	-	3,5	15,7	15,2	14,3	48,7	
			Summe	96,4	128,9	114,8	140,4	142,0	622,5	13,0
060.05		Bau und Betrieb	IVP/IP1	60,8	58,2	53,5	48,7	46,7	267,9	
			IPII	-	0,8	0,8	0,8	0,8	3,2	
			Summe	60,8	59,0	54,3	49,5	47,5	271,1	5,7
060.06		Stadtentwicklung	IVP/IP1	1,3	1,6	1,6	1,6	1,6	7,8	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	1,3	1,6	1,6	1,6	1,6	7,8	0,2
	06.0	Behörde für Bau und Verkehr	IVP/IP1	198,1	220,9	185,8	207,1	207,0	1.018,8	
			IPII	-	4,3	16,5	16,0	15,1	51,9	
			Summe	198,1	225,3	202,3	223,1	222,0	1.070,7	22,4
070.01		Wirtschaft	IVP/IP1	32,3	30,9	25,8	31,0	17,9	138,0	
			IPII	-	0,5	0,5	0,5	0,5	2,0	
			Summe	32,3	31,4	26,3	31,5	18,4	140,0	2,9
070.02		Strom- und Hafenbau	IVP/IP1	134,0	109,7	95,7	83,1	63,8	486,4	
			IPII	-	-	5,0	8,5	31,7	45,2	
			Summe	134,0	109,7	100,7	91,6	95,5	531,6	11,1
	07.0	Behörde für Wirtschaft und Arbeit	IVP/IP1	166,3	140,6	121,6	114,1	81,8	624,3	
			IPII	-	0,5	5,5	9,0	32,2	47,2	
			Summe	166,3	141,1	127,1	123,1	114,0	671,6	14,1
081.01		Allgemeine Verwaltung	IVP/IP1	6,3	10,0	8,0	4,0	-	28,3	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	6,3	10,0	8,0	4,0	-	28,3	0,6
081.02		Einwohnerzentralamt	IVP/IP1	0,1	0,1	-	-	-	0,2	
			IPII	-	-	-	-	-	-	

Bereich	Epl	Bezeichnung (Bereich/Einzelplan)	IVP/IPI IPII Summe	Hpl-Entwurf 2004	Folgejahre 2005	2006	2007	2008	Summe Spalten 5 - 9	Anteil v.H.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
			Summe	0,1	0,1	-	-	-	0,2	0,0
081.03		Statistisches Landesamt	IVP/IP1	0,1	0,0	0,0	-	-	0,1	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	0,1	0,0	0,0	-	-	0,1	0,0
081.05		Polizei und Wasserschutzpolizeischule	IVP/IP1	22,8	15,1	14,2	13,1	14,8	80,1	
			IPII	-	-	-	-	0,6	0,6	
			Summe	22,8	15,1	14,2	13,1	15,4	80,7	1,7
081.06		Feuerwehr	IVP/IP1	8,0	10,8	8,2	8,2	8,2	43,5	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	8,0	10,8	8,2	8,2	8,2	43,5	0,9
081.07		Verfassungsschutz	IVP/IP1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,5	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,5	0,0
081.08		Katastrophenschutz	IVP/IP1	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	1,2	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	1,2	0,0
	08.1	Behörde für Inneres	IVP/IP1	37,6	36,4	30,8	25,7	23,4	153,9	
			IPII	-	-	-	-	0,6	0,6	
			Summe	37,6	36,4	30,8	25,7	24,0	154,5	3,2
082.01		Verwaltung und allgemeiner Umweltschutz	IVP/IP1	6,2	5,7	5,7	5,5	5,5	28,7	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	6,2	5,7	5,7	5,5	5,5	28,7	0,6
082.02		Umweltschutz	IVP/IP1	22,7	23,3	19,5	19,5	18,5	103,7	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	22,7	23,3	19,5	19,5	18,5	103,7	2,2
082.03		Naturschutz und Landschaftspflege	IVP/IP1	12,1	13,0	11,0	10,8	9,5	56,4	
			IPII	-	0,2	0,3	0,6	7,1	8,2	
			Summe	12,1	13,2	11,3	11,4	16,6	64,6	1,4
082.04		Immissionsschutz und Betriebe	IVP/IP1	10,8	12,0	11,1	11,1	10,6	55,7	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	10,8	12,0	11,1	11,1	10,6	55,7	1,2
082.05		Amt für Gesundheit	IVP/IP1	71,1	97,1	110,1	106,7	110,7	495,7	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	71,1	97,1	110,1	106,7	110,7	495,7	10,4
082.06		Gesundheitsvorsorge und -sicherung	IVP/IP1	6,0	6,5	5,9	1,8	1,8	21,9	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	6,0	6,5	5,9	1,8	1,8	21,9	0,5
082.07		Verbraucherschutz und Veterinärwesen	IVP/IP1	-	-	-	-	-	-	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	-	-	-	-	-	-	0,0
	08.2	Behörde für Umwelt und Gesundheit	IVP/IP1	128,9	157,6	163,4	155,5	156,7	762,0	
			IPII	-	0,2	0,3	0,6	7,1	8,2	
			Summe	128,9	157,8	163,7	156,1	163,8	770,2	16,1
091.01		Interne Steuerung und Verwaltungsservice	IVP/IP1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	1,1	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	1,1	0,0
091.04		Management des Grundvermögens	IVP/IP1	2,1	2,3	2,1	2,1	2,1	10,7	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	2,1	2,3	2,1	2,1	2,1	10,7	0,2
091.05		Steuerverwaltung	IVP/IP1	0,6	0,7	0,2	0,2	0,2	1,9	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	0,6	0,7	0,2	0,2	0,2	1,9	0,0
091.06		Organisation und zentrale Dienste	IVP/IP1	63,8	67,4	57,2	57,1	52,0	297,6	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	63,8	67,4	57,2	57,1	52,0	297,6	6,2
091.07		Finanzbauabteilung	IVP/IP1	-	-	-	-	-	-	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	-	-	-	-	-	-	0,0
	09.1	Finanzbehörde	IVP/IP1	66,7	70,6	59,8	59,6	54,6	311,3	
			IPII	-	-	-	-	-	-	

Bereich	Epl	Bezeichnung (Bereich/Einzelplan)	IVP/IPI IPII Summe	Hpl-Entwurf 2004	Folgejahre 2005	2006	2007	2008	Summe Spalten 5 - 9	Anteil v.H.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
			Summe	66,7	70,6	59,8	59,6	54,6	311,3	6,5
092.01		Kapitalvermögen, Schuldendienst u.ä	IVP/IP1	-	-	-	-	-	-	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	-	-	-	-	-	-	0,0
092.05		Sonstige allgemeine Finanzverwaltung, Steuern,Finanzausgleiche	IVP/IP1	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	3,8	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	3,8	0,0
	09.2	Allgemeine Finanzverwaltung	IVP/IP1	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	3,8	
			IPII	-	-	-	-	-	-	
			Summe	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	3,8	0,0
		Zwischensumme	IVP/IP1	974,8	1.035,7	910,3	894,1	839,2	4.654,1	
			IPII	-	5,5	28,3	31,6	58,9	124,3	
			Summe	974,8	1.041,2	938,6	925,7	898,1	4.778,4	100
		Investitionsreserve			14,3	53,7	70,4	102,1	240,5	
		Aufzufangen durch Veränderung der Veranschlagungsweise			80,5	12,3	6,1	0,2	99,1	
		Insgesamt		974,8	975,0	980,0	990,0	1.000,0	3.945,0	

Abweichungen der Summen durch Runden der Einzelwerte

Investitionsplan 2003-2007

Einzeldarstellung der Einnahmen und Ausgaben nach Bereichen

Maßnahmen, die 2004 erstmalig veranschlagt worden sind (IP I), werden auf den folgenden Seiten durch '*' vor der Titel-Nummer gekennzeichnet.

Einnahmen für Neue Investitionen ab 2005 und Neue Investitionen ab 2005 sind am linken Rand mit '**' gekennzeichnet.

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		EINNAHMEN			
	1000.332.01	Kostenbeiträge anderer Länder zur Entwicklung eines neuen Parlamentsdokumentationssystems			-
		Summe Einnahmen Bereich 01001			-
		davon			
		Einnahmen im Zusammenhang mit Investitionsvorbelastungen einschl. Aufstockungen			-
		Erstmalig veranschlagte Einnahmen			-
		AUSGABEN			
	1000.701.02	Kleine Baumaßnahmen (Hochbau)	-	-	15
	1000.812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungs-gegenständen	-	-	20
	1000.812.56	Beschaffung von IuK-Technik	-	584	266
		Summe Ausgaben Bereich 01001			301
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			301
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
	-	-	-	-	-	-	1000.332.01
	-	-	-	-	-	-	
	-	-	-	-	-	-	
	-	-	-	-	-	-	
-	50	50	50	50	50	-	1000.701.02
-	20	20	20	20	20	-	1000.812.01
257	211	-	-	-	-	-	1000.812.56
257	281	70	70	70	70	-	
257	281	70	70	70	70	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	1030.812.56	Beschaffung von IuK-Technik und Iuk-gerechter Büroausstattung	-	98	129
		Summe Ausgaben Bereich 01003			129
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			129
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
60	166	107	107	110	115	-	1030.812.56
60	166	107	107	110	115	-	
60	166	107	107	110	115	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	1100.701.01	Kleinere Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	-	362	115
	1100.703.01	Instandsetzung und Restaurierung des Rathauses	71.524	36.581	-
	1100.704.01	Errichtung der Landesvertretung Hamburgs beim Bund in Berlin	12.745	12.652	-
	1100.812.01	Ersatzbeschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen	-	145	92
	1100.812.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung	-	105	-
	1100.812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in der Senatskanzlei	-	173	-
	1100.821.50	Grunderwerb für die hamburgische Landesvertretung in Berlin	4.413	2.082	-
	1100.893.01	Zuschuss an die Jüdische Gemeinde Hamburg für Baumaßnahmen	-	602	102
		Summe Ausgaben Bereich 01101			309
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			309
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
162	115	153	153	153	153	153	1100.701.01
-	-	-	-	-	-	-	1100.703.01
6	-	-	-	-	-	-	1100.704.01
15	92	92	92	92	92	92	1100.812.01
46	-	-	-	-	-	-	1100.812.54
8	-	-	-	-	-	-	1100.812.56
-	-	-	-	-	-	-	1100.821.50
602	-	-	-	-	-	-	1100.893.01
841	207	245	245	245	245	245	
841	207	245	245	245	245	245	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		EINNAHMEN			
	1140.342.01	Einnahmen zur Ausstattung behindertengerechter Arbeitsplätze			-
		Summe Einnahmen Bereich 01102			-
		davon			
		Einnahmen im Zusammenhang mit Investitionsvorbelastungen einschl. Aufstockungen			-
		Erstmalig veranschlagte Einnahmen			-
		AUSGABEN			
	1140.701.01	Kleinere Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	174	-3	78
	1140.701.56	IuK-gerechte Herrichtung und Ausstattung im Personalamt	-	24	-
	1140.702.56	Projektbedingte IuK-gerechte Herrichtung und Ausstattung in den Behörden	-	91	-
	1140.812.02	Einrichtung von Arbeitsplätzen für Schwerbehinderte	-	10	3
	1140.812.04	Beschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	-	229	24
	1140.812.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung	-	2	-
	1140.812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik im Personalamt	-	363	-
*	1140.891.01	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan ZPD	-	-	-
	1140.891.56	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan ZPD für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik	-	-	-
		Summe Ausgaben Bereich 01102			105
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			105
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
	-	-	-	-	-	-	1140.342.01
	-	-	-	-	-	-	
	-	-	-	-	-	-	
	-	-	-	-	-	-	
-33	-	-	-	-	-	78	1140.701.01
24	-	-	-	-	-	-	1140.701.56
82	-	-	-	-	-	-	1140.702.56
10	5	-	-	-	-	-	1140.812.02
152	14	19	19	19	19	-	1140.812.04
2	-	-	-	-	-	-	1140.812.54
42	-	-	-	-	-	-	1140.812.56
-	88	88	88	88	88	-	1140.891.01
-	-	-	-	-	-	-	1140.891.56
278	107	107	107	107	107	78	
278	19	19	19	19	19	78	
-	88	88	88	88	88	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	1150.702.01	Neubau eines Staatsarchivs	-	-234	-
	1150.812.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung	-	61	-
	1150.812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik im Staatsarchiv	-	117	-
	1150.821.01	Grunderwerb für den Neubau des Staatsarchivs, Teilbetrag	695	511	-
		Summe Ausgaben Bereich 01103			-
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			-
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
199	-	-	-	-	-	-	1150.702.01
61	-	-	-	-	-	-	1150.812.54
107	-	-	-	-	-	-	1150.812.56
-	-	-	-	-	-	-	1150.821.01
368	-	-	-	-	-	-	
368	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	1180.812.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung	-	31	-
	1180.812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von IuK-Technik im SfG	-	7	-
		Summe Ausgaben Bereich 01104			-
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			-
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
19	-	-	-	-	-	-	1180.812.54
3	-	-	-	-	-	-	1180.812.56
23	-	-	-	-	-	-	
23	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	1160.701.56	Bauliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Einrichtung von Bildschirmarbeitsplätzen und Sicherheitsmaßnahmen in Publikumsdienststellen	-	1.314	250
	1160.702.56	Bauliche Maßnahmen im Rahmen des Projekts Sozialhilfe-Automation (PROSA)	-	6	-
	1160.795.02	Zentral veranschlagte Mittel für bürgerfreundliche Verbesserungen in der Bezirksverwaltung	-	131	205
	1160.795.03	Zentral veranschlagte Mittel für die Schaffung von Bürgerservicebereichen	-	53	2.000
	1160.812.54	Ausbau der IuK-Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung - Teilbetrag -	-	292	-
	1160.812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik - Teilbetrag -	-	6.825	-
		Summe Ausgaben Bereich 01105			2.455
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			2.455
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
1.050	500	550	-	-	-	-	1160.701.56
3	-	-	-	-	-	-	1160.702.56
73	205	205	205	205	205	-	1160.795.02
53	2.000	500	-	-	-	-	1160.795.03
278	-	-	-	-	-	-	1160.812.54
56	-	-	-	-	-	-	1160.812.56
1.512	2.705	1.255	205	205	205	-	
1.512	2.705	1.255	205	205	205	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		EINNAHMEN			
	1230.341.02	Einnahmen von Bauträgern für allgemeine Erschließungen			-
	1230.341.06	Einnahmen von Bauträgern für die Erschließung von Großprojekten im Rahmen des Wohnungsbauprogrammes			-
	1230.342.01	Zuschüsse für Spielplätze			-
	1230.342.03	Ausgleichsbeträge zur Erfüllung der Stellplatzverpflichtung			-
	1230.342.10	Erstattungen von Planungsleistungen der Gartenbauabteilung durch andere Bedarfsträger			-
		Summe Einnahmen Bereich 01201			-
		davon			
		Einnahmen im Zusammenhang mit Investitionsvorbelastungen einschl. Aufstockungen			-
		Erstmalig veranschlagte Einnahmen			-
		AUSGABEN			
	1200.701.01	Kleine Bauten -Hochbau-	-	835	54
	1200.701.56	Bauliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Einrichtung von Bildschirmarbeitsplätzen	-	0	-
	1200.741.41	Grundinstandsetzung von Sportanlagen	-	60	-
	1200.791.02	Mittel zur Förderung von Initiativen in den Bezirken -Sondermittel der Bezirksversammlung- für Investitionen	-	51	44
	1200.812.01	Neu- und Ersatzbeschaffungen von Geräten und Ausstattungsgegenständen	-	137	12
	1200.812.41	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen - Sportstätten -	-	122	-
	1220.741.41	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten der bezirklichen Märkte	-	17	104
	1230.701.02	Zuweisungen der Umweltbehörde für Investitionsmaßnahmen für öffentliche Toiletten	-	105	-
	1230.701.43	Hochbaumaßnahmen für Betriebseinrichtungen des Straßenwesens	-	177	-
	1230.701.57	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Hochbau - Grünbereich -	-	80	-
	1230.701.58	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Hochbau - Friedhöfe -	-	-	-
	1230.702.46	Neubau des Betriebsstützpunktes Planten un Blomen, Verlagerung des Verwaltungstraktes	-	715	-
	1230.741.42	Planung, Instandsetzung, Neuanlage und Umgestaltung von Grünanlagen und Spielplätzen	-	1.488	-
	1230.741.43	Herrichtung und Umgestaltung von Kleingartenanlagen sowie Aufschließungsmaßnahmen	-	181	-
	1230.741.45	Herrichtung und Gestaltung von Depotcontainerstandorten	-	18	-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
	-	-	-	-	-	-	1230.341.02
	-	-	-	-	-	-	1230.341.06
	-	-	-	-	-	-	1230.342.01
	-	-	-	-	-	-	1230.342.03
	-	-	-	-	-	-	1230.342.10
	-	-	-	-	-	-	
	-	-	-	-	-	-	
	-	-	-	-	-	-	
181	65	74	65	65	65	-	1200.701.01
0	-	-	-	-	-	-	1200.701.56
0	-	-	-	-	-	-	1200.741.41
31	44	44	44	44	44	-	1200.791.02
-	-	-	-	-	-	-	1200.812.01
-	-	-	-	-	-	-	1200.812.41
17	102	106	104	104	104	-	1220.741.41
1	-	-	-	-	-	-	1230.701.02
93	-	-	-	-	-	-	1230.701.43
0	-	-	-	-	-	-	1230.701.57
-	-	-	-	-	-	-	1230.701.58
495	-	-	-	-	-	-	1230.702.46
-	-	-	-	-	-	-	1230.741.42
169	-	-	-	-	-	-	1230.741.43
0	-	-	-	-	-	-	1230.741.45

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
	1230.741.51	Neu-, Um- und Ausbau von Straßen	-	275	-
	1230.741.52	Förderung des Radverkehrs	-	184	-
	1230.741.57	Instandsetzung, Neuanlage und Umgestaltung von Grünanlagen und Spielplätzen	-	186	-
	1230.742.05	Umgestaltung der Grünanlage Gertrudenkirchhof	-	105	-
	1230.742.41	Herrichtung von Belegungsflächen auf Friedhöfen	-	-	-
	1230.742.44	Herrichtung von naturschutzrechtlich verbindlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen aufgrund von Festsetzungen in Bauleitplänen	-	8	-
	1230.742.48	Sanierung des Heiligengeistfeldes, 4. Bauabschnitt	-	172	-
	1230.742.51	Grundinstandsetzung von Straßen	-	238	-
	1230.742.57	Pflanzung von Straßenbäumen	-	283	-
	1230.743.41	Kleine Neu-, Um und Erweiterungsbauten, Tiefbau	-	79	-
	1230.749.48	Rückbaumaßnahmen in Planten un Blomen/Wallringpark	-	470	-
	1230.760.49	Stadtpark Rothenburgsort	-	33	-
	1230.781.40	Ausgleichsmaßnahmen aufgrund des Hamburgischen Naturschutzgesetzes	-	877	-
	1230.791.37	Ökologische Pflege-, Verbesserungs- und Sanierungsmaßnahmen	-	43	-
	1230.791.39	Regenerierung und Sanierung von Bäumen auf staatlichen Friedhöfen	-	1	-
	1230.798.51	Rahmenzuweisung aus 6300.741.81	-	-	-
	1230.798.52	Rahmenzuweisung aus 6300.741.82	-	-	-
	1230.798.57	Rahmenzuweisung aus 8800.741.81	-	-	-
	1230.798.58	Rahmenzuweisung aus 8800.811.81	-	-	-
	1230.811.43	Ersatz- und Neubeschaffung von Fahrzeugen und Geräten - Tiefbau -	-	-	-
	1230.811.57	Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen, Geräten und Ausstattungsgegenständen - Grünbereich -	-	71	-
	1230.811.58	Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen, Geräten und Ausstattungsgegenständen - Friedhöfe -	-	11	-
	1230.821.07	Errichtung des Kunstobjekts "Drei Heilige am Venusberg"	-	11	-
	1230.894.01	Erstattungen an den Landesbetrieb für Geoinformation und Vermessung	-	-	-
	1240.812.41	Beschaffung größerer Geräte -Gesundheit-	-	238	-
	1250.701.41	Kleinere Baumaßnahmen im Bereich der Behörde für Soziales und Familie	-	-	-
	1250.701.51	Hochbaumaßnahmen für die Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit	-	3.018	-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
27	-	-	-	-	-	-	1230.741.51
39	-	-	-	-	-	-	1230.741.52
-	-	-	-	-	-	-	1230.741.57
4	-	-	-	-	-	-	1230.742.05
-	-	-	-	-	-	-	1230.742.41
5	-	-	-	-	-	-	1230.742.44
6	-	-	-	-	-	-	1230.742.48
53	-	-	-	-	-	-	1230.742.51
13	-	-	-	-	-	-	1230.742.57
62	-	-	-	-	-	-	1230.743.41
316	-	-	-	-	-	-	1230.749.48
-	-	-	-	-	-	-	1230.760.49
16	-	-	-	-	-	-	1230.781.40
4	-	-	-	-	-	-	1230.791.37
1	-	-	-	-	-	-	1230.791.39
-	-	-	-	-	-	-	1230.798.51
-	-	-	-	-	-	-	1230.798.52
-	-	-	-	-	-	-	1230.798.57
-	-	-	-	-	-	-	1230.798.58
-	-	-	-	-	-	-	1230.811.43
-	-	-	-	-	-	-	1230.811.57
0	-	-	-	-	-	-	1230.811.58
3	-	-	-	-	-	-	1230.821.07
-	-	-	-	-	-	-	1230.894.01
-	-	-	-	-	-	-	1240.812.41
-	-	-	-	-	-	-	1250.701.41
1.192	-	-	-	-	-	-	1250.701.51

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
	1250.701.52	Hochbaumaßnahmen im Bereich der Förderung der Erziehung in der Familie	-	56	-
	1250.798.51	Rahmenzuweisung aus 4440.701.81	-	-	-
	1250.798.52	Rahmenzuweisung aus 4450.701.81	-	-	-
	1250.812.51	Ausstattungsgegenstände für die Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit	-	0	-
	1250.812.52	Ausstattungsgegenstände im Bereich der Förderung der Erziehung in der Familie	-	-	-
	1250.893.51	Investitionszuschüsse für die Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit an Träger der freien Jugendhilfe	-	92	-
		Summe Ausgaben Bereich 01201			214
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			214
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
56	-	-	-	-	-	-	1250.701.52
-	-	-	-	-	-	-	1250.798.51
-	-	-	-	-	-	-	1250.798.52
0	-	-	-	-	-	-	1250.812.51
-	-	-	-	-	-	-	1250.812.52
65	-	-	-	-	-	-	1250.893.51
2.851	211	224	213	213	213	-	
2.851	211	224	213	213	213	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		EINNAHMEN			
	1330.341.02	Einnahmen von Bauträgern für allgemeine Erschließungen			-
	1330.341.06	Einnahmen von Bauträgern für die Erschließung von Großprojekten im Rahmen des Wohnungsbauprogramms			-
	1330.342.01	Zuschüsse für Spielplätze			-
	1330.342.03	Ausgleichsbeträge zur Erfüllung der Stellplatzverpflichtung			-
	1330.342.10	Erstattungen von Planungsleistungen der Gartenbauabteilungen durch andere Bedarfsträger			-
		Summe Einnahmen Bereich 01301			-
		davon			
		Einnahmen im Zusammenhang mit Investitionsvorbelastungen einschl. Aufstockungen			-
		Erstmalig veranschlagte Einnahmen			-
		AUSGABEN			
	1300.701.01	Kleine Bauten -Hochbau-	-	655	147
	1300.710.18	Grundinstandsetzungsmaßnahmen am Dienstgebäude Platz der Republik 1 -Teilbetrag-	-	368	-
	1300.735.01	Heizenergie-, strom- und wassersparende Maßnahmen in Dienstgebäuden	-	-	-
	1300.741.41	Grundinstandsetzung von Sportanlagen	-	312	-
	1300.791.02	Mittel zur Förderung von Initiativen in den Bezirken -Sondermittel der Bezirksversammlung- für Investitionen	-	60	44
	1300.812.01	Neu- und Ersatzbeschaffungen von Geräten und Ausstattungsgegenständen	-	-	-
	1300.812.41	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen - Sportstätten -	-	0	-
	1300.812.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung	-	-	-
	1300.812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik im Bezirk Altona	-	-	-
	1320.741.41	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten der bezirklichen Märkte	-	-	-
	1320.742.47	Einzelzuweis. d. Beh. für Wirtschaft u. Arbeit - Neubau Wochen- u. Krammarkt incl. öffentl. Toilett. u. Marktmeisterbüro in Lurup - Teilbetrag	-	23	-
	1330.701.02	Zuweisungen der Umweltbehörde f. Investitionsmaßnahmen für öffentliche Toiletten	-	0	-
	1330.701.43	Hochbaumaßnahmen für Betriebseinrichtungen des Straßenwesens	-	-	-
	1330.701.57	Ausstattung der Gartenbauabteilungen, Bereich Grünanlagen / Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten - Grünbereich -	-	0	-
	1330.701.59	Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Grundinstandsetzung öffentlicher Toiletten	-	-	-

Soll-Veränderungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
	-	-	-	-	-	-	1330.341.02
	-	-	-	-	-	-	1330.341.06
	-	-	-	-	-	-	1330.342.01
	-	-	-	-	-	-	1330.342.03
	-	-	-	-	-	-	1330.342.10
	-	-	-	-	-	-	
	-	-	-	-	-	-	
	-	-	-	-	-	-	
551	143	158	143	143	143	-	1300.701.01
366	-	-	-	-	-	-	1300.710.18
-	-	-	-	-	-	-	1300.735.01
3	-	-	-	-	-	-	1300.741.41
14	44	44	44	44	44	-	1300.791.02
-	-	-	-	-	-	-	1300.812.01
0	-	-	-	-	-	-	1300.812.41
-	-	-	-	-	-	-	1300.812.54
-	-	-	-	-	-	-	1300.812.56
-	-	-	-	-	-	-	1320.741.41
23	-	-	-	-	-	-	1320.742.47
0	-	-	-	-	-	-	1330.701.02
-	-	-	-	-	-	-	1330.701.43
-	-	-	-	-	-	-	1330.701.57
-	-	-	-	-	-	-	1330.701.59

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
*	1330.741.30	Strukturverbessernde Maßnahmen zur effizienteren Reinigung des Straßenbegleitgrüns	-	-	-
	1330.741.42	Planung, Instandsetzung, Neuanlage und Umgestaltung von Grünanlagen und Spielplätzen	-	902	-
	1330.741.43	Herrichtung und Umgestaltung von Kleingartenanlagen sowie Aufschließungsmaßnahmen	-	11	-
	1330.741.45	Herrichtung und Gestaltung von Depotcontainerstandorten	-	71	-
	1330.741.51	Neu-, Um- u. Ausbau von Straßen	-	667	-
	1330.741.52	Förderung des Radverkehrs - Rahmenzuweisung aus 6300.741.82	-	151	-
	1330.741.57	Instandsetzung, Neuanlage und Umgestaltung von Grünanlagen und Spielplätzen	-	117	-
	1330.742.44	Herrichtung von naturschutzrechtlich verbindlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen aufgrund von Festsetzungen in Bauleitplänen	-	1	-
	1330.742.51	Grundinstandsetzung von Straßen	-	224	-
	1330.742.57	Pflanzung von Straßenbäumen	-	180	-
	1330.743.41	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Tiefbau	-	67	-
	1330.791.37	Ökologische Pflege-, Verbesserungs- und Sanierungsmaßnahmen	-	208	-
	1330.791.39	Regenerierung und Sanierung von Bäumen auf staatlichen Friedhöfen	-	0	-
	1330.798.51	Rahmenzuweisung aus 6300.741.81	-	-	-
	1330.798.52	Rahmenzuweisung aus 6300.741.82	-	-	-
	1330.798.57	Rahmenzuweisung aus 8800.741.81	-	-	-
	1330.798.58	Ausstattung der Gartenbauabteilungen - Bereich Friedhöfe - Rahmenzuweisung aus 8800.811.81	-	-	-
	1330.811.43	Ersatz- und Neubeschaffungen von Fahrzeugen und Geräten -Tiefbau-	-	-	-
	1330.811.57	Ausstattung der Gartenbauabteilungen, Bereich Grünanlagen / Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen, Geräten und Ausstattungsgegenständen	-	129	-
	1330.811.58	Ausstattung der Gartenbauabteilungen, Bereich Friedhöfe / Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen, Geräten und Ausstattungsgegenständen	-	66	-
	1330.894.01	Erstattungen an den Landesbetrieb für Geoinformation und Vermessung	-	-	-
	1340.812.41	Beschaffung größerer Geräte -Gesundheit-	-	0	-
	1350.701.41	Kleinere Baumaßnahmen im Bereich der Behörde für Soziales und Familie	-	12	-
	1350.701.51	Investitionen für die Kinder- und Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit - Rahmenzuweisung aus 4440.701.81	-	652	-
	1350.701.52	Investitionen im Bereich der Förderung der Erziehung in der Familie	-	126	-
	1350.798.51	Rahmenzuweisung aus 4440.701.81	-	-	-
	1350.798.52	Rahmenzuweisung aus 4450.701.81	-	-	-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
-	-	-	-	-	-	-	1330.741.30
47	-	-	-	-	-	-	1330.741.42
11	-	-	-	-	-	-	1330.741.43
64	-	-	-	-	-	-	1330.741.45
562	-	-	-	-	-	-	1330.741.51
111	-	-	-	-	-	-	1330.741.52
2	-	-	-	-	-	-	1330.741.57
1	-	-	-	-	-	-	1330.742.44
39	-	-	-	-	-	-	1330.742.51
1	-	-	-	-	-	-	1330.742.57
0	-	-	-	-	-	-	1330.743.41
1	-	-	-	-	-	-	1330.791.37
0	-	-	-	-	-	-	1330.791.39
-	-	-	-	-	-	-	1330.798.51
-	-	-	-	-	-	-	1330.798.52
-	-	-	-	-	-	-	1330.798.57
-	-	-	-	-	-	-	1330.798.58
-	-	-	-	-	-	-	1330.811.43
0	-	-	-	-	-	-	1330.811.57
0	-	-	-	-	-	-	1330.811.58
-	-	-	-	-	-	-	1330.894.01
0	-	-	-	-	-	-	1340.812.41
7	-	-	-	-	-	-	1350.701.41
470	-	-	-	-	-	-	1350.701.51
92	-	-	-	-	-	-	1350.701.52
-	-	-	-	-	-	-	1350.798.51
-	-	-	-	-	-	-	1350.798.52

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
	1350.798.53	Rahmenzuweisung aus 4460.893.81	-	-	-
	1350.812.51	Ausstattungsgegenstände für die Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit	-	-	-
	1350.812.52	Ausstattungsgegenstände im Bereich der Förderung der Erziehung in der Familie	-	-	-
	1350.893.51	Investitionszuschüsse für die Kinder- und Jugend-arbeit, Jugendsozialarbeit an Träger der freien Jugendhilfe	-	236	-
	1350.893.52	Investitionszuschüsse im Rahmen der Förderung der Erziehung in der Familie	-	-	-
	1350.893.53	Investitionszuschüsse zur zentralen Pflegeeltern-betreuung	-	88	-
		Summe Ausgaben Bereich 01301			191
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			191
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
-	-	-	-	-	-	-	1350.798.53
-	-	-	-	-	-	-	1350.812.51
-	-	-	-	-	-	-	1350.812.52
96	-	-	-	-	-	-	1350.893.51
-	-	-	-	-	-	-	1350.893.52
32	-	-	-	-	-	-	1350.893.53
2.495	187	202	187	187	187	-	
2.495	187	202	187	187	187	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		EINNAHMEN			
	1430.341.02	Einnahmen von Bauträgern für allgemeine Erschließungen			-
	1430.341.06	Einnahmen von Bauträgern für die Erschließung von Großprojekten im Rahmen des Wohnungsbauprogrammes			-
	1430.342.01	Zuschüsse für Spielplätze			-
	1430.342.03	Ausgleichsbeträge zur Erfüllung der Stellplatzverpflichtung			-
	1430.342.10	Erstattungen von Planungsleistungen der Gartenbauabteilungen durch andere Bedarfsträger			-
		Summe Einnahmen Bereich 01401			-
		davon			
		Einnahmen im Zusammenhang mit Investitionsvorbelastungen einschl. Aufstockungen			-
		Erstmalig veranschlagte Einnahmen			-
		AUSGABEN			
	1400.701.01	Kleine Bauten -Hochbau-	-	58	38
	1400.701.53	Errichtung eines Personenaufzuges am Eidelstedter Bürgerhaus, Alte Elbgaustraße 12	-	63	-
	1400.741.41	Grundinstandsetzung von Sportanlagen	-	277	-
	1400.742.41	Einbau von Bewässerungsanlagen auf Sportplätzen	-	-	-
	1400.791.02	Mittel zur Förderung von Initiativen in den Bezirken -Sondermittel der Bezirksversammlung- für Investitionen	-	81	44
	1400.812.01	Neu- und Ersatzbeschaffungen von Geräten und Ausstattungsgegenständen	-	8	-
	1400.812.10	Ausstattung eines behindertengerechten Arbeitsplatzes	-	1	-
	1400.812.41	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen - Sportstätten -	-	-	-
	1430.701.02	Zuweisungen der Umweltbehörde für Investitionsmaßnahmen für öffentliche Toiletten	-	69	-
	1430.701.43	Hochbaumaßnahmen für Betriebseinrichtungen des Straßenwesens	-	158	-
	1430.701.57	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Hochbau - Grünbereich -	-	-	-
	1430.741.30	Strukturverbessernde Maßnahmen zur effizienteren Reinigung des Straßenbegleitgrüns	-	-	-
	1430.741.42	Instandsetzung, Neuanlage und Umgestaltung von Grünanlagen und Spielplätzen	-	685	-
	1430.741.43	Herrichtg. u. Umgestaltung v. Kleingartenanlagen sowie Aufschließungsmaßnahmen in Kleingarten- und Behelfsheimgebieten	-	54	-
	1430.741.45	Herrichtung und Gestaltung von Depotcontainerstandorten	-	14	-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
	-	-	-	-	-	-	1430.341.02
	-	-	-	-	-	-	1430.341.06
	-	-	-	-	-	-	1430.342.01
	-	-	-	-	-	-	1430.342.03
	-	-	-	-	-	-	1430.342.10
	-	-	-	-	-	-	
	-	-	-	-	-	-	
	-	-	-	-	-	-	
11	38	45	38	38	38	-	1400.701.01
63	-	-	-	-	-	-	1400.701.53
73	-	-	-	-	-	-	1400.741.41
-	-	-	-	-	-	-	1400.742.41
31	44	44	44	44	44	-	1400.791.02
1	-	-	-	-	-	-	1400.812.01
-	-	-	-	-	-	-	1400.812.10
-	-	-	-	-	-	-	1400.812.41
3	-	-	-	-	-	-	1430.701.02
129	-	-	-	-	-	-	1430.701.43
-	-	-	-	-	-	-	1430.701.57
-	-	-	-	-	-	-	1430.741.30
58	-	-	-	-	-	-	1430.741.42
9	-	-	-	-	-	-	1430.741.43
3	-	-	-	-	-	-	1430.741.45

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
	1430.741.51	Neu-, Um- und Ausbau von Straßen	-	229	-
	1430.741.52	Förderung des Radverkehrs	-	177	-
	1430.741.57	Instandsetzung, Neuanlage und Umgestaltung von Grünanlagen und Spielplätzen	-	63	-
	1430.742.44	Herrichtung von naturschutzrechtlich verbindlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen aufgrund von Festsetzungen in Bauleitplänen	-	22	-
	1430.742.51	Grundinstandsetzung von Straßen	-	291	-
	1430.742.57	Pflanzung von Straßenbäumen	-	0	-
	1430.791.37	Ökologische Pflege-, Verbesserungs- und Sanierungsmaßnahmen	-	14	-
	1430.798.51	Rahmenzuweisung aus 6300.741.81	-	-	-
	1430.798.52	Rahmenzuweisung aus 6300.741.82	-	-	-
	1430.798.57	Rahmenzuweisung aus 8800.741.81	-	-	-
	1430.811.57	Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen, Geräten und Ausstattungsgegenständen - Grünbereich -	-	-23	-
	1430.894.01	Erstattungen an den Landesbetrieb für Geoinformation und Vermessung	-	-	-
	1440.812.41	Beschaffung größerer Geräte -Gesundheit-	-	7	-
	1450.701.51	Hochbaumaßnahmen für die Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit	-	62	-
	1450.701.52	Hochbaumaßnahmen im Bereich der Förderung der Erziehung in der Familie	-	266	-
	1450.798.51	Rahmenzuweisung aus 4440.701.81	-	-	-
	1450.798.52	Rahmenzuweisung aus 4450.701.81	-	-	-
	1450.812.51	Ausstattungsgegenstände für die Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit	-	5	-
	1450.812.52	Ausstattungsgegenstände im Bereich der Förderung der Erziehung in der Familie	-	-	-
	1450.893.03	Investitionszuschüsse für Kosten von zeitlich befristeten ambulanten, teilstationären und stationären Hilfen für Kinder	-	7	-
	1450.893.04	Zuschuss an den Verein Offene Jugendarbeit Lenzsiedlung e.V. für Sanierungsarbeiten am Bürger- und Nachbarschaftszentrum Lenzsiedlung	-	56	-
	1450.893.11	Soziale Stadtteilentwicklung in STEP-Gebieten (Hamburgisches Stadtteilentwicklungsprogramm) Zuwendungen aus 6620.893.11	-	5	-
	1450.893.51	Investitionszuschüsse für die Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit an Träger der freien Jugendhilfe	-	163	-
		Summe Ausgaben Bereich 01401			82
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			82
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
127	-	-	-	-	-	-	1430.741.51
91	-	-	-	-	-	-	1430.741.52
5	-	-	-	-	-	-	1430.741.57
9	-	-	-	-	-	-	1430.742.44
57	-	-	-	-	-	-	1430.742.51
0	-	-	-	-	-	-	1430.742.57
0	-	-	-	-	-	-	1430.791.37
-	-	-	-	-	-	-	1430.798.51
-	-	-	-	-	-	-	1430.798.52
-	-	-	-	-	-	-	1430.798.57
-34	-	-	-	-	-	-	1430.811.57
-	-	-	-	-	-	-	1430.894.01
-	-	-	-	-	-	-	1440.812.41
-	-	-	-	-	-	-	1450.701.51
52	-	-	-	-	-	-	1450.701.52
-	-	-	-	-	-	-	1450.798.51
-	-	-	-	-	-	-	1450.798.52
-	-	-	-	-	-	-	1450.812.51
-	-	-	-	-	-	-	1450.812.52
4	-	-	-	-	-	-	1450.893.03
-	-	-	-	-	-	-	1450.893.04
-	-	-	-	-	-	-	1450.893.11
77	-	-	-	-	-	-	1450.893.51
766	82	89	82	82	82	-	
766	82	89	82	82	82	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		EINNAHMEN			
	1530.341.01	Einnahmen für die Herrichtung von Depotcontainer-standorten			-
	1530.341.02	Einnahmen von Bauträgern für allgemeine Erschließungen			-
	1530.341.06	Einnahmen von Bauträgern für die Erschließung von Großprojekten im Rahmen des Wohnungsbauprogramms			-
	1530.342.01	Zuschüsse für Spielplätze			-
	1530.342.03	Ausgleichsbeträge zur Erfüllung der Stellplatzverpflichtung			-
	1530.342.10	Erstattungen von Planungsleistungen der Gartenbau-abteilungen durch andere Bedarfsträger			-
		Summe Einnahmen Bereich 01501			-
		davon			
		Einnahmen im Zusammenhang mit Investitionsvorbelastungen einschl. Aufstockungen			-
		Erstmalig veranschlagte Einnahmen			-
		AUSGABEN			
	1500.701.01	Kleine Bauten -Hochbau-	-	557	49
	1500.735.01	Heizenergie-, strom- und wassersparende Maßnahmen in Dienstgebäuden	-	30	-
	1500.741.41	Grundinstandsetzung von Sportanlagen	-	809	-
	1500.791.02	Mittel zur Förderung von Initiativen in den Bezirken -Sondermittel der Bezirksversammlung- für Investitionen	-	60	45
	1500.812.01	Neu- und Ersatzbeschaffungen von Geräten und Ausstattungsgegenständen	-	61	-
	1500.812.41	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen - Sportstätten -	-	23	-
	1520.701.51	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten der bezirklichen Märkte, Hochbau	-	54	-
	1520.702.51	Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Grundinstandsetzungen von Markttoiletten	-	-	-
	1520.741.51	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten der bezirklichen Märkte, Tiefbau	-	-	-
	1530.701.02	Zuweisungen der Umweltbehörde für Investitionsmaßnahmen für öffentliche Toiletten	-	37	-
	1530.701.43	Hochbaumaßnahmen für Betriebseinrichtungen des Straßenwesens	-	-	-
	1530.701.57	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Hochbau - Grünbereich -	-	66	-
	1530.735.02	Zuweisungen d.UB f. wassersparende MSN i. öffentl. Toiletten	-	-	-
	1530.741.30	Strukturverbessernde Maßnahmen zur effizienteren Reinigung des Straßenbegleitgrüns	-	-	-

Soll-Veränderungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
	-	-	-	-	-	-	1530.341.01
	-	-	-	-	-	-	1530.341.02
	-	-	-	-	-	-	1530.341.06
	-	-	-	-	-	-	1530.342.01
	-	-	-	-	-	-	1530.342.03
	-	-	-	-	-	-	1530.342.10
	-	-	-	-	-	-	
	-	-	-	-	-	-	
	-	-	-	-	-	-	
-	47	55	47	47	47	-	1500.701.01
-	-	-	-	-	-	-	1500.735.01
346	-	-	-	-	-	-	1500.741.41
21	45	45	45	45	45	-	1500.791.02
28	-	-	-	-	-	-	1500.812.01
-	-	-	-	-	-	-	1500.812.41
54	-	-	-	-	-	-	1520.701.51
-	-	-	-	-	-	-	1520.702.51
-	-	-	-	-	-	-	1520.741.51
22	-	-	-	-	-	-	1530.701.02
-	-	-	-	-	-	-	1530.701.43
27	-	-	-	-	-	-	1530.701.57
-	-	-	-	-	-	-	1530.735.02
-	-	-	-	-	-	-	1530.741.30

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
	1530.741.42	Instandsetzg., Neuanlage u. Umgestaltung v. Grünanlagen und Spielplätzen	-	1.550	-
	1530.741.43	Herrichtg.u. Umgestaltg.v. Kleingartenanlagen sowie Aufschließungsmaßnahmen in Kleingarten- u Behelfsheimgebieten	-	115	-
	1530.741.45	Herrichtung und Gestaltung von Depotcontainerstandorten	-	27	-
	1530.741.51	Neu-, Um- und Ausbau von Straßen	-	107	-
	1530.741.52	Förderung des Radverkehrs	-	129	-
	1530.741.57	Instandsetzg., Neuanlage und Umgestaltung v. Grünanlagen und Spielplätzen	-	63	-
	1530.742.44	Herrichtung von naturschutzrechtlich verbindlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen aufgrund von Festetzungen in Bauleitplänen	-	-	-
	1530.742.51	Grundinstandsetzung von Straßen	-	469	-
	1530.742.57	Pflanzung von Straßenbäumen	-	275	-
	1530.781.40	Ausgleichsmaßnahmen auf Grund des Hamburgischen Naturschutzgesetzes	-	-	-
	1530.791.37	Ökologische Pflege-,Verbesserungs-u.Sanierungsmaßnahmen	-	90	-
	1530.798.50	Rahmenzuweisung aus 8820.741.84	-	-	-
	1530.798.51	Rahmenzuweisung aus 6300.741.81	-	-	-
	1530.798.52	Rahmenzuweisung aus 6300.741.82	-	-	-
	1530.798.57	Rahmenzuweisung aus 8800.741.81	-	-	-
	1530.811.43	Ersatz- und Neubeschaffung von Fahrzeugen und Geräten - Tiefbau -	-	-	-
	1530.811.57	Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen, Geräten und Ausstattungsgegenständen - Grünbereich -	-	225	-
	1530.894.01	Erstattungen an den Landesbetrieb für Geoinformation und Vermessung	-	-	-
	1540.812.41	Beschaffung größerer Geräte -Gesundheit-	-	0	-
	1550.701.41	Kleinere Baumaßnahmen im Bereich der Behörde für Soziales und Familie	-	49	-
	1550.701.51	Hochbaumaßnahmen für die Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit	-	307	-
	1550.701.52	Hochbaumaßnahmen im Bereich der Förderung der Erziehung in der Familie	-	44	-
	1550.798.51	Rahmenzuweisung aus 4440.701.81	-	-	-
	1550.798.52	Rahmenzuweisung aus 4450.701.81	-	-	-
	1550.812.51	Ausstattungsgegenstände für die Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit	-	5	-
	1550.812.52	Ausstattungsgegenstände im Bereich der Förderung der Erziehung in der Familie	-	-	-
	1550.893.51	Investitionszuschüsse für die Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit	-	-45	-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
-	-	-	-	-	-	-	1530.741.42
92	-	-	-	-	-	-	1530.741.43
12	-	-	-	-	-	-	1530.741.45
38	-	-	-	-	-	-	1530.741.51
12	-	-	-	-	-	-	1530.741.52
-	-	-	-	-	-	-	1530.741.57
-	-	-	-	-	-	-	1530.742.44
171	-	-	-	-	-	-	1530.742.51
-	-	-	-	-	-	-	1530.742.57
-	-	-	-	-	-	-	1530.781.40
3	-	-	-	-	-	-	1530.791.37
-	-	-	-	-	-	-	1530.798.50
-	-	-	-	-	-	-	1530.798.51
-	-	-	-	-	-	-	1530.798.52
-	-	-	-	-	-	-	1530.798.57
-	-	-	-	-	-	-	1530.811.43
0	-	-	-	-	-	-	1530.811.57
-	-	-	-	-	-	-	1530.894.01
0	-	-	-	-	-	-	1540.812.41
13	-	-	-	-	-	-	1550.701.41
104	-	-	-	-	-	-	1550.701.51
11	-	-	-	-	-	-	1550.701.52
-	-	-	-	-	-	-	1550.798.51
-	-	-	-	-	-	-	1550.798.52
-	-	-	-	-	-	-	1550.812.51
-	-	-	-	-	-	-	1550.812.52
14	-	-	-	-	-	-	1550.893.51

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Summe Ausgaben Bereich 01501			94
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			94
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
966	92	100	92	92	92	-	
966	92	100	92	92	92	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		EINNAHMEN			
	1630.341.01	Einnahmen für die Herrichtung von Depotcontainer-standorten			-
	1630.341.02	Einnahmen von Bauträgern für allgemeine Erschließungen			-
	1630.341.06	Einnahmen von Bauträgern für die Erschließung von Großprojekten im Rahmen des Wohnungsbauprogrammes			-
	1630.342.01	Zuschüsse für Spielplätze			-
	1630.342.03	Ausgleichsbeträge zur Erfüllung der Stellplatzverpflichtung			-
	1630.342.10	Erstattungen von Planungsleistungen der Garten-bauabteilungen durch andere Bedarfsträger			-
	1630.342.11	Zuschüsse aus Mitteln des Förderungsfonds Nord			-
		Summe Einnahmen Bereich 01601			-
		davon			
		Einnahmen im Zusammenhang mit Investitionsvorbelastungen einschl. Aufstockungen			-
		Erstmalig veranschlagte Einnahmen			-
		AUSGABEN			
	1600.701.01	Kleine Bauten -Hochbau-	-	1.812	81
	1600.701.56	Bauliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Einrichtung von Bildschirmarbeitsplätzen	-	15	-
	1600.741.41	Grundinstandsetzung von Sportanlagen	-	421	-
	1600.742.41	Einbau von Bewässerungsanlagen auf Sportplätzen	-	-	-
	1600.743.41	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Tiefbau	-	-	-
	1600.791.02	Mittel zur Förderung von Initiativen in den Bezir-ken -Sondermittel der Bezirksversammlung- für In-vestitionen	-	99	50
	1600.812.01	Neu- und Ersatzbeschaffungen von Geräten und Ausstattungsgegenständen	-	235	-
	1600.812.33	Herrichtung eines Schwerbehinderten-Arbeitsplatzes	-	14	-
	1600.812.41	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegen-ständen - Sportstätten -	-	-	-
	1620.741.41	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten der bezirklichen Märkte	-	98	-
	1630.701.02	Zuweisungen der Umweltbehörde f. Investitionsmaß-nahmen f. öffentl. Toiletten	-	20	-
	1630.701.43	Hochbaumaßnahmen für Betriebseinrichtungen des Straßenwesens	-	146	-
	1630.701.57	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Hochbau -Grünbereich-	-	1	-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
	-	-	-	-	-	-	1630.341.01
	-	-	-	-	-	-	1630.341.02
	-	-	-	-	-	-	1630.341.06
	-	-	-	-	-	-	1630.342.01
	-	-	-	-	-	-	1630.342.03
	-	-	-	-	-	-	1630.342.10
	-	-	-	-	-	-	1630.342.11
	-	-	-	-	-	-	
	-	-	-	-	-	-	
	-	-	-	-	-	-	
236	79	90	79	79	79	-	1600.701.01
-	-	-	-	-	-	-	1600.701.56
282	-	-	-	-	-	-	1600.741.41
-	-	-	-	-	-	-	1600.742.41
-	-	-	-	-	-	-	1600.743.41
29	50	50	50	50	50	-	1600.791.02
28	-	-	-	-	-	-	1600.812.01
-	-	-	-	-	-	-	1600.812.33
-	-	-	-	-	-	-	1600.812.41
98	-	-	-	-	-	-	1620.741.41
20	-	-	-	-	-	-	1630.701.02
106	-	-	-	-	-	-	1630.701.43
1	-	-	-	-	-	-	1630.701.57

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
	1630.701.58	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Hochbau -Friedhöfe-	-	76	-
	1630.741.30	Strukturverbessernde Maßnahmen zur effizienteren Reinigung des Straßenbegleitgrüns	-	-	-
	1630.741.42	Planung, Instandsetzung, Neuanlage und Umgestaltung von Grünanlagen und Spielplätzen	-	1.344	-
	1630.741.43	Herrichtung und Umgestaltung von Kleingartenanlagen sowie Aufschließungsmaßnahmen in Kleingarten- und Behelfsheimgebieten	-	423	-
	1630.741.45	Herrichtung und Gestaltung von Depotcontainerstandorten	-	19	-
	1630.741.51	Neu-, Um- und Ausbau von Straßen	-	141	-
	1630.741.52	Förderung des Radverkehrs	-	457	-
	1630.741.57	Instandsetzung, Neuanlage und Umgestaltung von Grünanlagen und Spielplätzen	-	178	-
	1630.742.44	Herrichtung von naturschutzrechtlich verbindlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen aufgrund von Festsetzungen in Bauleitplänen	-	30	-
	1630.742.51	Grundinstandsetzung von Straßen	-	1.231	-
	1630.742.57	Pflanzung von Straßenbäumen	-	396	-
	1630.743.41	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Tiefbau	-	16	-
	1630.750.48	Umgestaltung Grünanlage Wandsbeker Markt Einzelzuweisung an den Bezirk Wandsbek	-	-	-
	1630.791.37	Ökologische Pflege-, Verbesserungs- und Sanierungsmaßnahmen	-	124	-
	1630.798.51	Rahmenzuweisung aus 6300.741.81	-	-	-
	1630.798.52	Rahmenzuweisung aus 6300.741.82	-	-	-
	1630.798.57	Rahmenzuweisung aus 8800.741.81	-	-	-
	1630.798.58	Rahmenzuweisung aus 8800.811.81	-	-	-
	1630.811.43	Ersatz- und Neubeschaffungen von Fahrzeugen und Geräten -Tiefbau-	-	4	-
	1630.811.57	Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen, Geräten und Ausstattungsgegenständen -Grünbereich-	-	5	-
	1630.811.58	Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen, Geräten und Ausstattungsgegenständen -Friedhöfe-	-	3	-
	1630.894.01	Erstattungen an den Landesbetrieb für Geoinformation und Vermessung	-	-	-
	1640.812.41	Beschaffung größerer Geräte -Gesundheit-	-	1	-
	1650.701.51	Hochbaumaßnahmen für die Kinder-und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit	-	86	-
	1650.701.52	Hochbaumaßnahmen im Bereich der Förderung der Erziehung in der Familie	-	31	-
	1650.798.51	Rahmenzuweisung aus 4440.701.81	-	-	-
	1650.798.52	Rahmenzuweisung aus 4450.701.81	-	-	-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
69	-	-	-	-	-	-	1630.701.58
-	-	-	-	-	-	-	1630.741.30
-	-	-	-	-	-	-	1630.741.42
39	-	-	-	-	-	-	1630.741.43
-	-	-	-	-	-	-	1630.741.45
11	-	-	-	-	-	-	1630.741.51
44	-	-	-	-	-	-	1630.741.52
56	-	-	-	-	-	-	1630.741.57
30	-	-	-	-	-	-	1630.742.44
3	-	-	-	-	-	-	1630.742.51
0	-	-	-	-	-	-	1630.742.57
-	-	-	-	-	-	-	1630.743.41
-	-	-	-	-	-	-	1630.750.48
3	-	-	-	-	-	-	1630.791.37
-	-	-	-	-	-	-	1630.798.51
-	-	-	-	-	-	-	1630.798.52
-	-	-	-	-	-	-	1630.798.57
-	-	-	-	-	-	-	1630.798.58
-	-	-	-	-	-	-	1630.811.43
5	-	-	-	-	-	-	1630.811.57
0	-	-	-	-	-	-	1630.811.58
-	-	-	-	-	-	-	1630.894.01
1	-	-	-	-	-	-	1640.812.41
24	-	-	-	-	-	-	1650.701.51
1	-	-	-	-	-	-	1650.701.52
-	-	-	-	-	-	-	1650.798.51
-	-	-	-	-	-	-	1650.798.52

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
	1650.812.51	Ausstattungsgegenstände für Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit	-	-	-
	1650.812.52	Ausstattungsgegenstände im Bereich der Förderung der Erziehung in der Familie	-	-	-
	1650.893.51	Investitionszuschüsse für die Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit an Träger der freien Jugendhilfe	-	580	-
	1650.893.52	Investitionszuschüsse im Bereich der Förderung der Erziehung in der Familie	-	0	-
		Summe Ausgaben Bereich 01601			131
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			131
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
-	-	-	-	-	-	-	1650.812.51
-	-	-	-	-	-	-	1650.812.52
400	-	-	-	-	-	-	1650.893.51
0	-	-	-	-	-	-	1650.893.52
1.488	129	140	129	129	129	-	
1.488	129	140	129	129	129	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		EINNAHMEN			
	1730.341.02	Einnahmen von Bauträgern für allgemeine Erschließungen			-
	1730.341.06	Einnahmen von Bauträgern für die Erschließung von Großprojekten im Rahmen des Wohnungsbauprogrammes			-
	1730.342.01	Zuschüsse für Spielplätze			-
	1730.342.03	Ausgleichsbeträge zur Erfüllung der Stellplatzverpflichtung			-
	1730.342.10	Erstattungen von Planungsleistungen der Gartenbauabteilungen durch andere Bedarfsträger			-
		Summe Einnahmen Bereich 01701			-
		davon			
		Einnahmen im Zusammenhang mit Investitionsvorbelastungen einschl. Aufstockungen			-
		Erstmalig veranschlagte Einnahmen			-
		AUSGABEN			
	1700.701.01	Kleine Bauten -Hochbau-	-	99	36
	1700.701.02	Außenrenovierung des Hamburg-Hauses Lichtwarkhaus	294	135	32
	1700.741.41	Grundinstandsetzung von Sportanlagen	-	224	-
	1700.791.02	Mittel zur Förderung von Initiativen in den Bezirken -Sondermittel der Bezirksversammlung- für Investitionen	-	61	38
	1700.812.01	Neu- und Ersatzbeschaffungen von Geräten und Ausstattungsgegenständen	-	157	-
	1700.812.41	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen - Sportstätten -	-	-	-
	1700.821.03	Grunderwerb für das Familienfeierhaus in Allermöhe-West	-	-	100
	1720.702.51	Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Grundinstandsetzungen von Markttoiletten	-	-	-
	1720.741.41	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten der bezirklichen Märkte	-	11	-
	1720.742.46	Neubau eines Wochen- und Krammarktes einschl öffentl. Toilettenanlage und Marktmeisterbüro in Neuallermöhe-West,Teilbetrag	-	738	-
	1720.798.51	Rahmenzuweisung aus 7100.741.81	-	-	-
	1730.701.43	Hochbaumaßnahmen für Betriebseinrichtungen des Straßenwesens	-	-	-
	1730.701.57	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Hochbau -Grünbereich-	-	0	-
	1730.701.58	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Hochbau - Friedhöfe -	-	80	-
	1730.741.42	Planung,Instandsetzung, Neuanlage und Umgestaltung von Grünanlagen und Spielplätzen	-	323	-

Soll-Veränderungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
	-	-	-	-	-	-	1730.341.02
	-	-	-	-	-	-	1730.341.06
	-	-	-	-	-	-	1730.342.01
	-	-	-	-	-	-	1730.342.03
	-	-	-	-	-	-	1730.342.10
	-	-	-	-	-	-	
	-	-	-	-	-	-	
	-	-	-	-	-	-	
1	55	68	53	53	53	-	1700.701.01
135	-	-	-	-	-	-	1700.701.02
224	-	-	-	-	-	-	1700.741.41
24	38	38	38	38	38	-	1700.791.02
-	-	-	-	-	-	-	1700.812.01
-	-	-	-	-	-	-	1700.812.41
-	85	-	-	-	-	-	1700.821.03
-	-	-	-	-	-	-	1720.702.51
11	-	-	-	-	-	-	1720.741.41
718	-	-	-	-	-	-	1720.742.46
-	-	-	-	-	-	-	1720.798.51
-	-	-	-	-	-	-	1730.701.43
0	-	-	-	-	-	-	1730.701.57
61	-	-	-	-	-	-	1730.701.58
-	-	-	-	-	-	-	1730.741.42

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
	1730.741.43	Herrichtung und Umgestaltung von Kleingartenanlagen sowie Aufschließungsmaßnahmen in Kleingarten- und Behelfsheimgebieten	-	-	-
	1730.741.45	Herrichtung und Gestaltung von Depotcontainerstandorten	-	13	-
	1730.741.51	Neu-, Um- und Ausbau von Straßen	-	99	-
	1730.741.52	Förderung des Radverkehrs	-	338	-
	1730.741.57	Instandsetzung, Neuanlage und Umgestaltung von Grünanlagen und Spielplätzen	-	26	-
	1730.742.41	Herrichtung von Belegungsflächen auf Friedhöfen	-	30	-
	1730.742.44	Herrichtung von naturschutzrechtlich verbindlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen aufgrund von Festlegungen in Bauleitplänen	-	13	-
	1730.742.51	Grundinstandsetzung von Straßen	-	343	-
	1730.742.57	Pflanzung von Straßenbäumen	-	109	-
	1730.743.41	Kleine Neu-, Um und Erweiterungsbauten, Tiefbau -Friedhöfe-	-	96	-
	1730.748.46	Städtische Grünplanung im Neubaugebiet Allermöhe II	-	2.735	-
	1730.791.10	Maßnahmen zur Reduzierung des Heizenergie-, Strom- und Wasserverbrauchs der öffentl. Einrichtungen, u.a. Thermostatventile	-	17	-
	1730.791.37	Ökologische Pflege-, Verbesserungs- und Sanierungsmaßnahmen	-	89	-
	1730.798.51	Rahmenzuweisung aus 6300.741.81	-	-	-
	1730.798.52	Rahmenzuweisung aus 6300.741.82	-	-	-
	1730.798.57	Rahmenzuweisung aus 8800.741.81	-	-	-
	1730.798.58	Rahmenzuweisung aus 8800.811.81	-	-	-
	1730.811.43	Ersatz- und Neubeschaffung von Fahrzeugen und Geräten -Tiefbau-	-	-	-
	1730.811.57	Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen, Geräten und Ausstattungsgegenständen - Grünbereich -	-	115	-
	1730.811.58	Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen, Geräten und Ausstattungsgegenständen - Friedhöfe -	-	11	-
	1730.894.01	Erstattungen an den Landesbetrieb für Geoinformation und Vermessung	-	-	-
	1740.701.41	Kleinere Baumaßnahmen	-	-	-
	1740.798.52	Rahmenzuweisung aus 8910.811.81	-	-	-
	1740.811.52	Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen, Geräten und Ausstattungsgegenständen - Umweltschutz -	-	-	-
	1740.812.41	Beschaffung größerer Geräte -Gesundheit-	-	10	-
	1740.812.46	Beschaffung größerer Geräte	-	-	-
	1750.701.51	Hochbaumaßnahmen für die Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit	-	929	-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
-	-	-	-	-	-	-	1730.741.43
6	-	-	-	-	-	-	1730.741.45
81	-	-	-	-	-	-	1730.741.51
114	-	-	-	-	-	-	1730.741.52
1	-	-	-	-	-	-	1730.741.57
25	-	-	-	-	-	-	1730.742.41
4	-	-	-	-	-	-	1730.742.44
14	-	-	-	-	-	-	1730.742.51
0	-	-	-	-	-	-	1730.742.57
75	-	-	-	-	-	-	1730.743.41
1.807	-	-	-	-	-	-	1730.748.46
-	-	-	-	-	-	-	1730.791.10
-	-	-	-	-	-	-	1730.791.37
-	-	-	-	-	-	-	1730.798.51
-	-	-	-	-	-	-	1730.798.52
-	-	-	-	-	-	-	1730.798.57
-	-	-	-	-	-	-	1730.798.58
-	-	-	-	-	-	-	1730.811.43
0	-	-	-	-	-	-	1730.811.57
1	-	-	-	-	-	-	1730.811.58
-	-	-	-	-	-	-	1730.894.01
-	-	-	-	-	-	-	1740.701.41
-	-	-	-	-	-	-	1740.798.52
-	-	-	-	-	-	-	1740.811.52
1	-	-	-	-	-	-	1740.812.41
-	-	-	-	-	-	-	1740.812.46
157	-	-	-	-	-	-	1750.701.51

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
	1750.701.52	Hochbaumaßnahmen im Bereich der Förderung der Erziehung in der Familie	-	6	-
	1750.798.51	Rahmenzuweisung aus 4440.701.81	-	-	-
	1750.798.52	Rahmenzuweisung aus 4450.701.81	-	-	-
	1750.812.51	Ausstattungsgegenstände für die Kinder- und Jugend arbeit, Jugendsozialarbeit	-	56	-
	1750.812.52	Ausstattungsgegenstände im Bereich der Förderung der Erziehung in der Familie	-	1	-
	1750.893.51	Investitionszuschüsse für die Kinder- und Jugend-arbeit, Jugendsozialarbeit an Träger der freien Jugendhilfe	-	-	-
		Summe Ausgaben Bereich 01701			206
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			206
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
-	-	-	-	-	-	-	1750.701.52
-	-	-	-	-	-	-	1750.798.51
-	-	-	-	-	-	-	1750.798.52
48	-	-	-	-	-	-	1750.812.51
1	-	-	-	-	-	-	1750.812.52
-	-	-	-	-	-	-	1750.893.51
3.507	178	106	91	91	91	-	
3.507	178	106	91	91	91	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		EINNAHMEN			
	1830.341.02	Einnahmen von Bauträgern für allgemeine Erschließungen			-
	1830.341.06	Einnahmen von Bauträgern für die Erschließung von Großprojekten im Rahmen des Wohnungsbauprogrammes			-
	1830.342.01	Zuschüsse für Spielplätze			-
	1830.342.03	Ausgleichsbeträge zur Erfüllung der Stellplatzverpflichtung			-
	1830.342.10	Erstattungen von Planungsleistungen der Gartenbauabteilungen durch andere Bedarfsträger			-
		Summe Einnahmen Bereich 01801			-
		davon			
		Einnahmen im Zusammenhang mit Investitionsvorbelastungen einschl. Aufstockungen			-
		Erstmalig veranschlagte Einnahmen			-
		AUSGABEN			
	1800.701.01	Kleine Bauten -Hochbau-	-	397	72
	1800.710.19	Bau eines Bürgerhauses in Süderelbe	2.197	2.980	283
	1800.735.01	Heizenergie-, strom- und wassersparende Maßnahmen in Dienstgebäuden	-	18	-
	1800.741.41	Grundinstandsetzung von Sportanlagen	-	301	-
	1800.742.41	Einbau von Bewässerungsanlagen auf Sportplätzen	-	15	-
	1800.743.41	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Tiefbau -Sportstätten-	-	-	-
	1800.791.02	Mittel zur Förderung von Initiativen in den Bezirken -Sondermittel der Bezirksversammlung- für Investitionen	-	96	42
	1800.812.01	Neu- und Ersatzbeschaffungen von Geräten und Ausstattungsgegenständen	-	202	-
	1800.812.02	Einrichtungskosten Bürgerhaus Süderelbe	-	360	-
	1800.812.41	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen - Sportstätten -	-	-	-
	1800.821.04	Grunderwerb für das Bürgerhaus Süderelbe	450	-	-
	1800.893.02	Zuschuss zur Mauerwerksanierung Bürgerhaus Wilhelmsburg	-	-	-
	1820.701.41	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten der bezirklichen Märkte, Hochbau	-	-	-
	1820.702.41	Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Grundinstandsetzungen von Markttoiletten	-	6	-
	1820.741.41	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten der bezirklichen Märkte, Tiefbau	-	72	-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
	-	-	-	-	-	-	1830.341.02
	-	-	-	-	-	-	1830.341.06
	-	-	-	-	-	-	1830.342.01
	-	-	-	-	-	-	1830.342.03
	-	-	-	-	-	-	1830.342.10
	-	-	-	-	-	-	
	-	-	-	-	-	-	
	-	-	-	-	-	-	
317	66	83	72	72	72	-	1800.701.01
1.887	27	-	-	-	-	-	1800.710.19
6	-	-	-	-	-	-	1800.735.01
-	-	-	-	-	-	-	1800.741.41
0	-	-	-	-	-	-	1800.742.41
-	-	-	-	-	-	-	1800.743.41
40	42	42	42	42	42	-	1800.791.02
19	-	-	-	-	-	-	1800.812.01
360	-	-	-	-	-	-	1800.812.02
-	-	-	-	-	-	-	1800.812.41
-	208	242	-	-	-	-	1800.821.04
-	-	-	-	-	-	-	1800.893.02
-	-	-	-	-	-	-	1820.701.41
6	-	-	-	-	-	-	1820.702.41
72	-	-	-	-	-	-	1820.741.41

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
	1830.701.43	Hochbaumaßnahmen für Betriebseinrichtungen des Straßenwesens	-	205	-
	1830.701.57	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Hochbau - Grünbereich -	-	81	-
	1830.701.58	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Hochbau - Friedhöfe -	-	63	-
	1830.741.30	Strukturverbessernde Maßnahmen zur effizienteren Reinigung des Straßenbegleitgrüns	-	-	-
	1830.741.42	Planung, Instandsetzung, Neuanlage und Umgestaltung von Grünanlagen und Spielplätzen	-	689	-
	1830.741.51	Neu-, Um- und Ausbau von Straßen	-	417	-
	1830.741.52	Förderung des Radverkehrs	-	121	-
	1830.741.57	Instandsetzung, Neuanlage und Umgestaltung von Grünanlagen und Spielplätzen	-	81	-
	1830.742.41	Herrichtung von Belegungsflächen auf Friedhöfen	-	8	-
	1830.742.44	Herrichtung von naturschutzrechtlich verbindlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen aufgrund von Festlegungen in Bauleitplänen	-	147	-
	1830.742.49	Wasserwirtschaftliche und naturschutzfachliche Maßnahmen am Neuländer See	-	4	-
	1830.742.51	Grundinstandsetzung von Straßen	-	872	-
	1830.742.57	Pflanzung von Straßenbäumen	-	387	-
	1830.743.41	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Tiefbau -Friedhöfe-	-	26	-
	1830.798.51	Rahmenzuweisung aus 6300.741.81	-	-	-
	1830.798.52	Rahmenzuweisung aus 6300.741.82	-	-	-
	1830.798.57	Rahmenzuweisung aus 8800.741.81	-	-	-
	1830.798.58	Rahmenzuweisung aus 8800.811.81	-	-	-
	1830.811.43	Ersatz- und Neubeschaffung von Fahrzeugen und Geräten - Tiefbau -	-	52	-
	1830.811.57	Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen, Geräten und Ausstattungsgegenständen -Grünbereich-	-	23	-
	1830.811.58	Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen, Geräten und Ausstattungsgegenständen -Friedhöfe-	-	11	-
	1830.894.01	Erstattungen an den Landesbetrieb für Geoinformation und Vermessung	-	-	-
	1840.812.41	Beschaffung größerer Geräte -Gesundheit-	-	10	-
	1850.701.41	Kleinere Baumaßnahmen im Bereich der Behörde für Soziales und Familie	-	-	-
	1850.701.51	Hochbaumaßnahmen für die Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit	-	1.050	-
	1850.701.52	Hochbaumaßnahmen im Bereich der Förderung der Erziehung in der Familie	-	27	-
	1850.798.51	Rahmenzuweisung aus 4440.701.81	-	-	-

Soll-Veränderungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
205	-	-	-	-	-	-	1830.701.43
-	-	-	-	-	-	-	1830.701.57
-	-	-	-	-	-	-	1830.701.58
-	-	-	-	-	-	-	1830.741.30
4	-	-	-	-	-	-	1830.741.42
374	-	-	-	-	-	-	1830.741.51
29	-	-	-	-	-	-	1830.741.52
5	-	-	-	-	-	-	1830.741.57
-	-	-	-	-	-	-	1830.742.41
81	-	-	-	-	-	-	1830.742.44
4	-	-	-	-	-	-	1830.742.49
412	-	-	-	-	-	-	1830.742.51
-	-	-	-	-	-	-	1830.742.57
-	-	-	-	-	-	-	1830.743.41
-	-	-	-	-	-	-	1830.798.51
-	-	-	-	-	-	-	1830.798.52
-	-	-	-	-	-	-	1830.798.57
-	-	-	-	-	-	-	1830.798.58
35	-	-	-	-	-	-	1830.811.43
-	-	-	-	-	-	-	1830.811.57
-	-	-	-	-	-	-	1830.811.58
-	-	-	-	-	-	-	1830.894.01
10	-	-	-	-	-	-	1840.812.41
-	-	-	-	-	-	-	1850.701.41
870	-	-	-	-	-	-	1850.701.51
2	-	-	-	-	-	-	1850.701.52
-	-	-	-	-	-	-	1850.798.51

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
	1850.798.52	Rahmenzuweisung aus 4450.701.81	-	-	-
	1850.812.51	Ausstattungsgegenstände für die Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit	-	-	-
	1850.812.52	Ausstattungsgegenstände im Bereich der Förderung der Erziehung in der Familie	-	0	-
	1850.893.51	Investitionszuschüsse für die Kinder- und Jugend-arbeit, Jugendsozialarbeit an Träger der Freien Jugendhilfe	-	30	-
	1850.893.52	Baukostenzuschuss für Elternschule Wilhelmsburg	-	1	-
		Summe Ausgaben Bereich 01801			397
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			397
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
-	-	-	-	-	-	-	1850.798.52
-	-	-	-	-	-	-	1850.812.51
-	-	-	-	-	-	-	1850.812.52
22	-	-	-	-	-	-	1850.893.51
1	-	-	-	-	-	-	1850.893.52
4.760	343	367	114	114	114	-	
4.760	343	367	114	114	114	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		EINNAHMEN			
	2000.342.01	Zuschüsse zur Beschaffung technischer Arbeitshilfen für Behinderte			-
		Summe Einnahmen Bereich 02001			-
		davon			
		Einnahmen im Zusammenhang mit Investitionsvorbelastungen einschl. Aufstockungen			-
		Erstmalig veranschlagte Einnahmen			-
		AUSGABEN			
	2000.701.01	Kleine Investitionen	-	-	-
	2000.701.56	Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Beschaffung von Informations- und Kommunikationstechniken	-	132	62
	2000.710.01	Instandsetzung und Modernisierung im Amt für Allgemeine Verwaltung und im Justizamt	-	1.225	-
	2000.710.02	Grundinstandsetzung und Umbau des Lager- und Versteigerungshauses	6.836	5.919	-
	2000.812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen über 5.000 EUR	-	47	35
	2000.812.12	Beschaffung von technischen Arbeitshilfen für Behinderte	-	6	-
	2000.812.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung	-	609	-
	2000.812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in der Justizbehörde	-	2.088	-
	2000.881.01	Investitionskostenanteil für den Internationalen Seegerichtshof	12.598	12.598	-
		Summe Ausgaben Bereich 02001			97
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			97
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
	-	-	-	-	-	-	2000.342.01
	-	-	-	-	-	-	
	-	-	-	-	-	-	
	-	-	-	-	-	-	
-	138	-	-	-	-	-	2000.701.01
100	62	-	-	-	-	-	2000.701.56
909	-	-	-	-	-	-	2000.710.01
331	-	-	-	-	-	-	2000.710.02
43	-	-	-	-	-	-	2000.812.01
-	-	-	-	-	-	-	2000.812.12
506	-	-	-	-	-	-	2000.812.54
-608	-	-	-	-	-	-	2000.812.56
0	-	-	-	-	-	-	2000.881.01
1.281	200	-	-	-	-	-	
1.281	200	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	2050.812.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung	-	15	-
	2050.812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik bei dem Hamburgischen Datenschutzbeauftragten	-	10	-
		Summe Ausgaben Bereich 02002			-
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			-
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
0	-	-	-	-	-	-	2050.812.54
-	-	-	-	-	-	-	2050.812.56
0	-	-	-	-	-	-	
0	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	2060.701.01	Kleine Investitionen im Bereich der Justiz	-	-	-
	2060.812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen über 5.000 EUR	-	-	-
		Summe Ausgaben Bereich 02003			-
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			-
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
-	-	-	-	-	-	-	2060.701.01
-	-	-	-	-	-	-	2060.812.01
-	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	2110.701.01	Kleine Investitionen im Bereich der Justiz	-	864	538
	2110.702.56	Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Segmentierung des Amtsgerichtes Hamburg	-	1.184	243
	2110.710.01	Instandsetzung und Modernisierung der Gerichte und Staatsanwaltschaften	-	1.652	-
	2110.812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen über 5.000 EUR	-	2.466	490
	2110.812.02	Beschaffungen im Zusammenhang mit der Segmentierung des Amtsgerichtes Hamburg	-	89	-
	2110.812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik im Rahmen der Segmentierung des Amtsgerichtes Hamburg	-	1.228	-
	2110.892.56	Investitionszuschüsse im Zusammenhang mit der Segmentierung des Amtsgerichtes Hamburg	-	-	-
		Summe Ausgaben Bereich 02004			1.271
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			1.271
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
686	585	967	767	767	767	767	2110.701.01
650	-	-	-	-	-	-	2110.702.56
111	-	-	-	-	-	-	2110.710.01
2.078	500	1.500	900	900	900	900	2110.812.01
16	-	-	-	-	-	-	2110.812.02
-	-	-	-	-	-	-	2110.812.56
-	-	-	-	-	-	-	2110.892.56
3.541	1.085	2.467	1.667	1.667	1.667	1.667	
3.541	1.085	2.467	1.667	1.667	1.667	1.667	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	2190.701.01	Kleine Investitionen	-	-	-
	2190.701.56	Bauliche Maßnahmen im Zusammenhang mit IuK-Technik	-	-	-
	2190.812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungs-gegenständen über 5.000 EUR	-	101	175
		Summe Ausgaben Bereich 02005			175
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			175
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
-	-	-	-	-	-	-	2190.701.01
-	-	-	-	-	-	-	2190.701.56
91	-	-	-	-	-	-	2190.812.01
91	-	-	-	-	-	-	
91	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	2300.710.01	Modernisierung und Verbesserung der Unterbringungsbedingungen in den Vollzugsanstalten	-	10.462	3.708
	2300.710.02	Neubau der Justizvollzugsanstalt XII	86.615	10.581	13.580
	2300.735.01	Beschleunigte Senkung des Trinkwasserverbrauchs in öffentlichen Einrichtungen	-	94	-
	2300.811.01	Ersatzbeschaffung von Kraftfahrzeugen	-	661	375
	2300.812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen über 5.000 EUR	-	609	375
	2300.812.02	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen im Zusammenhang mit Baumaßnahmen	-	114	-
	2300.812.03	Beschaffungen im Zusammenhang mit dem Neubau der Justizvollzugsanstalt XII	5.320	1.018	1.738
	2300.812.20	Einrichtung für das Vollzugskrankenhaus		1.964	-
*	2300.821.01	Grunderwerb für den Neubau der JVA XII (Billwerder)	-	-	-
*	2300.821.02	Kostenerstattungsbeiträge im Zusammenhang mit dem Neubau der Justizvollzugsanstalt XII (Billwerder)		-	-
**	2300.AUS.01	Kosten für baubegleitende Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Neubau der Justizvollzugsanstalt XII (Billwerder)		-	-
		Summe Ausgaben Bereich 02006			19.776
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			19.776
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-
		Ausgaben für neue Investitionen			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
57	6.234	8.804	6.647	6.647	6.647	6.647	2300.710.01
103	11.916	13.325	5.000	-	-	-	2300.710.02
86	-	-	-	-	-	-	2300.735.01
397	-	375	375	375	375	375	2300.811.01
-	511	750	750	750	750	1.000	2300.812.01
1	-	-	-	-	-	-	2300.812.02
1.018	884	1.675	-	-	-	-	2300.812.03
405	-	-	-	-	-	-	2300.812.20
-	6.503	-	-	-	-	-	2300.821.01
-	1.704	-	-	-	-	-	2300.821.02
-	-	-	-	-	1.500	-	2300.AUS.01
2.066	27.752	24.929	12.772	7.772	9.272	8.022	
2.066	19.545	24.929	12.772	7.772	7.772	8.022	
-	8.207	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	1.500	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		EINNAHMEN			
	3000.342.03	Zuschüsse der Hauptfürsorgestelle zur behinderten-gerechten Ausstattung von Arbeitsplätzen			-
	3010.331.01	Zweckgebundene Einnahmen für den Ausbau von Ganztagsschulen			-
	3010.342.05	Zweckgebundene Einnahmen für die Lehrmittel-ausstattung			-
		Summe Einnahmen Bereich 03101			-
		davon			
		Einnahmen im Zusammenhang mit Investitionsvorbelastungen einschl. Aufstockungen			-
		Erstmalig veranschlagte Einnahmen			-
		AUSGABEN			
	3000.701.51	Hochbaumaßnahmen	-	-	-
	3000.701.56	Baumaßnahmen für IuK-Technik	-	480	102
	3000.812.04	Behindertengerechte Ausstattung von Arbeitsplätzen	-	99	26
	3000.812.21	Beschaffung von Geräten und Ausstattungs-gegenständen	-	64	26
	3000.812.54	Ausbau der IuK-Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung	-	477	-
	3000.812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in der Behörde für Bildung und Sport	-	5.343	-
	3010.701.01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten für Schulen und sonstige Bildungseinrichtungen	-	14.966	6.488
	3010.701.02	Ausbau von Ganztagsschulen	-	-	-
	3010.701.11	Behebung von Sicherheitsmängeln im Bereich Arbeitsschutz und Unfallverhütung	-	724	655
	3010.701.20	Neu-, Um- und Erweiterungsbauten von Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen	-	14.342	7.475
	3010.701.25	Baumaßnahmen für neue Gesamtschulen	-	5.614	881
	3010.701.30	Schulneubau im Zusammenhang mit Wohnungsbau	-	8.635	500
	3010.701.40	Aufstellen und Umsetzen von Pavillons; Flächenher-richtung; Ankauf von Mietpavillons für Schulen und sonstige Bildungseinrichtungen	-	7.955	3.477
	3010.701.50	Grundinstandsetzung an Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen	-	13.539	14.061
	3010.701.60	Grunderneuerung an Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen	-	17.104	40.203
	3010.701.70	Bau von Schulsporthallen	-	10.585	3.324
	3010.735.01	Maßnahmen zur Reduzierung des Heizenergie-, Strom- und Wasserverbrauchs in Schulen	-	104	-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
	-	-	-	-	-	-	3000.342.03
	16.695	16.695	16.695	11.687	-	-	3010.331.01
	-	-	-	-	-	-	3010.342.05
	16.695	16.695	16.695	11.687	-	-	
	16.695	16.695	16.695	11.687	-	-	
	-	-	-	-	-	-	
-	25	-	-	-	-	-	3000.701.51
362	-	-	-	-	-	-	3000.701.56
49	25	-	-	-	-	-	3000.812.04
33	25	-	-	-	-	-	3000.812.21
204	-	-	-	-	-	-	3000.812.54
-158	-	-	-	-	-	-	3000.812.56
-	8.500	8.000	8.000	9.000	12.000	-	3010.701.01
-	17.695	17.695	17.695	12.687	-	-	3010.701.02
-	879	767	767	767	767	-	3010.701.11
-	9.000	9.000	8.000	8.000	11.000	-	3010.701.20
-	4.466	-	-	-	-	-	3010.701.25
-	2.500	3.000	2.000	4.000	7.000	-	3010.701.30
-	4.750	3.500	2.500	2.500	2.500	-	3010.701.40
-	16.987	13.740	12.500	12.500	13.500	-	3010.701.50
-22.874	39.473	39.500	39.500	39.500	39.500	-	3010.701.60
-	6.000	6.000	4.100	4.100	4.600	-	3010.701.70
0	-	-	-	-	-	-	3010.735.01

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
	3010.811.01	Ersatzbeschaffung von Dienstfahrzeugen	-	272	-
	3010.812.01	Einrichtungsausstattung von Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen	-	4.807	4.090
	3010.812.02	Spielgeräte für Grundschulen	-	147	265
	3010.812.10	Lehrmittelausstattung von Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen	-	15.606	8.692
	3010.821.01	Grunderwerb für Schulbauten	-	1.208	5.585
	3010.893.01	Zuwendungen für Bauinvestitionen und Infrastrukturmaßnahmen an allgemeinen Schulen in freier Trägerschaft	-	2.012	3.068
	3010.893.13	Zuschüsse an den Hamburger Schulverein und an Schullandheime und Schulzelteinrichtungen für kleine Investitionen	-	256	300
	3010.893.19	Zuwendung an Schulvereine und Vereine für kleine Investitionen an Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen	-	-	150
*	3010.FFP.01	Kleine Investitionen im Kapitel 3000 und 3010	-	-	-
		Summe Ausgaben Bereich 03101			99.368
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			99.368
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
127	-	-	-	-	-	-	3010.811.01
-	4.090	4.090	4.090	4.090	4.090	-	3010.812.01
64	345	-	-	-	-	-	3010.812.02
1.988	8.700	8.700	9.200	9.200	9.200	-	3010.812.10
1.012	3.800	250	306	-	400	-	3010.821.01
2.012	1.556	6.114	2.000	2.000	-	-	3010.893.01
-	300	-	-	-	-	-	3010.893.13
-	150	-	-	-	-	-	3010.893.19
-	-	870	870	870	870	-	3010.FFP.01
-17.180	129.266	121.226	111.528	109.214	105.427	-	
-17.180	129.266	120.356	110.658	108.344	104.557	-	
-	-	870	870	870	870	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	3100.812.77	Investitionsausgaben für Modellvorhaben mit Bundesbeteiligung	-	3	-
		Summe Ausgaben Bereich 03104			-
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			-
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
3	-	-	-	-	-	-	3100.812.77
3	-	-	-	-	-	-	
3	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	3200.891.01	Zuschuss zu den Investitionen des Landesbetriebes Hamburger Volkshochschule	-	409	1.160
	3200.893.01	Zuschüsse für Investitionen zur Durchführung überbetrieblicher Lehrgänge	-	356	150
	3200.893.02	Zuschüsse zu den Investitionen für das Kompetenzzentrum	-	-	-
	3200.893.07	Zuschüsse zu Investitionen in der Weiterbildung	-	483	200
	3200.893.16	Zuschüsse zu Investitionen für Ausbildungs-programme und Berufsbildungsmaßnahmen	-	605	200
	3200.893.18	Investitionszuschüsse für Ausbildungswerkstätten	-	287	221
	3200.896.01	Investitionszuschüsse im Zusammenhang mit dem Wiederaufbauprojekt Schule in Bosnien	-	81	-
		Summe Ausgaben Bereich 03107			1.931
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			1.931
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
-	-	220	500	600	600	-	3200.891.01
181	150	150	150	150	150	-	3200.893.01
-	-	7.950	2.250	2.197	-	-	3200.893.02
180	210	210	210	210	210	-	3200.893.07
30	200	200	200	200	200	-	3200.893.16
23	300	300	300	300	300	-	3200.893.18
81	-	-	-	-	-	-	3200.896.01
495	860	9.030	3.610	3.657	1.460	-	
495	860	9.030	3.610	3.657	1.460	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	3330.701.51	Hochbaumaßnahmen im Bereich der Tageseinrichtungen	-	80	-
	3330.821.01	Grunderwerb für Tageseinrichtungen	-	1.715	395
*	3330.861.01	Rückzahlbares Gesellschafterdarlehen an die Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten gGmbH	-	-	-
	3330.893.41	Investitionen im Bereich der Kindertagesbetreuung	-	10.460	1.500
	3330.893.51	Investitionen in von der Vereinigung genutzten Tageseinrichtungen	-	7.468	-
		Summe Ausgaben Bereich 03109			1.895
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			1.895
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
80	-	-	-	-	-	-	3330.701.51
1.403	838	350	-	750	1.000	-	3330.821.01
-	-	5.000	5.000	-	-	-	3330.861.01
6.522	1.976	1.000	1.000	1.000	1.000	-	3330.893.41
1.453	-	-	-	-	-	-	3330.893.51
9.457	2.814	6.350	6.000	1.750	2.000	-	
9.457	2.814	1.350	1.000	1.750	2.000	-	
-	-	5.000	5.000	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	3370.831.02	Kapitaleinlage Hamburg für Spiele 2012 GmbH	-	-	-
	3370.831.03	Stiftungskapital für die Stiftung Sportförderung Hamburg	-	-	1.000
	3370.893.02	Zuschüsse für Vereinssportstätten u.dgl.	-	1.164	1.000
	3380.710.01	Bau, Instandsetzung und Baunebenkosten (Hochbau)	-	1.471	1.400
	3380.710.04	Bau einer Leichtathletik-Trainingshalle	10.000	-	930
	3380.710.08	Neu-, Um und Erweiterungsbauten, Modernisierungen und dgl.(Hochbau) Erweiterung der Sporthalle St.Pauli	1.790	1.790	-
	3380.741.01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Tiefbau	-	-	-
	3380.741.86	Bau und Instandsetzung von Sportstätten (Garten- und Landschaftsbau und Tiefbau) -Zweckzuweisungen an die Bezirke-	-	178	1.103
	3380.744.12	Neubau eines Sportplatzes in Kirchwerder / Durchdeich	767	803	-
	3380.744.16	Errichtung eines Großspielfeldes in Neuallermöhe-West	-	121	-
	3380.744.19	Neubau eines Sportplatzes am Eichelhäherkamp	-	800	-
	3380.744.84	Neubau eines Sportplatzes an der Meiendorfer Straße in Rahlstedt -Einzelzuweisung an das Bezirksamt Wandsbek-	1.278	1.969	-
*	3380.791.01	Förderung des Spitzensports	-	-	-
	3380.799.02	Baunebenkosten für Tiefbauinvestitionen	-	317	100
	3380.812.01	Beschaffung einer Startanlage für das Regattazentrum Dove-Elbe	-	-	-
*	3380.812.02	Ausstattung Regattazentrum Dove-Elbe	-	-	-
	3380.812.86	Beschaffung v. Geräten u. Ausstattungsgegenständen	-	12	30
	3380.821.01	Grunderwerb für Sportanlagen	-	48	857
	3380.893.01	Baukostenzuschuss für den Umbau des Volksparkstadions	10.891	11.614	-
	3380.893.02	Zuschüsse für den Bau von Sportplatzgebäuden u.ä durch Sportvereine	-	675	50
*	3380.893.03	Förderung der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Hamburg	-	-	-
*	3380.FFP.01	Rückstellung Sport	-	-	-
		Summe Ausgaben Bereich 03110			6.470

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
-	-	-	-	-	-	-	3370.831.02
-	1.000	1.000	-	-	-	-	3370.831.03
272	1.000	1.000	500	500	500	-	3370.893.02
607	1.258	1.300	1.324	1.400	1.400	-	3380.710.01
-	4.000	4.000	1.070	-	-	-	3380.710.04
-	-	-	-	-	-	-	3380.710.08
-	-	-	-	-	-	-	3380.741.01
146	1.805	1.713	1.713	1.413	1.413	-	3380.741.86
649	-	-	-	-	-	-	3380.744.12
-	-	-	-	-	-	-	3380.744.16
677	-	-	-	-	-	-	3380.744.19
741	-	-	-	-	-	-	3380.744.84
-	-	200	2.000	2.500	2.000	-	3380.791.01
233	100	100	100	100	100	-	3380.799.02
-	-	-	-	-	-	-	3380.812.01
-	124	-	-	-	-	-	3380.812.02
6	26	150	150	150	150	-	3380.812.86
-	600	800	800	800	800	-	3380.821.01
723	-	-	-	-	-	-	3380.893.01
326	-	-	-	-	-	-	3380.893.02
-	1.500	1.700	-	-	-	-	3380.893.03
-	-	-	-	-	-	-	3380.FFP.01
4.381	11.413	11.963	7.657	6.863	6.363	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			6.470
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
4.381	9.789	10.063	5.657	4.363	4.363	-	
-	1.624	1.900	2.000	2.500	2.000	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	3390.741.01	Sportstätten-und Verkehrsinfrastruktur-investitionen für die Ausrichtung der olympischen Sommerspiele 2012	-	-	-
	3390.831.01	Beteiligung der Freien und Hansestadt Hamburg an einer Bewerbungsgesellschaft für die internationale Bewerbungsphase	-	-	5.000
		Summe Ausgaben Bereich 03111			5.000
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			5.000
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
-	-	-	-	-	-	-	3390.741.01
-	-	-	-	-	-	-	3390.831.01
-	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		EINNAHMEN			
	3660.331.03	Zuweisungen des Bundes für Hochschulbauvorhaben nach dem Hochschulbauförderungsgesetz			31.538
		Summe Einnahmen Bereich 03201			31.538
		davon			
		Einnahmen im Zusammenhang mit Investitionsvorbelastungen einschl. Aufstockungen			31.538
		Erstmalig veranschlagte Einnahmen			-
		AUSGABEN			
	3400.812.54	Modernisierung der Verwaltung	-	14	-
	3400.812.56	Investitionen für IuK-Technik	-	148	-
	3660.701.05	Sicherheits- und Sanierungsmaßnahmen in den Hamburger Hochschulen	-	4.230	3.555
	3660.701.06	Baunebenkosten für vorlaufende Planungen	-	3.182	7.800
	3660.701.07	Ausbau und Modernisierung der IuK-Netz-Infrastruktur	-	153	250
	3660.701.08	Ausbau und Modernisierung der IuK-Netz-Infrastruktur (HBFG)	-	-	-
	3660.701.09	Infrastrukturmassnahmen an den Hamburger Hochschulen zugunsten Behinderter	-	-	100
*	3660.702.01	Herrichtung der ehemaligen Frauenklinik Finkenau für einen Kunst- und Mediencampus	16.000	-	-
	3660.791.02	Maßnahmen zur Beseitigung von Sicherheitsmängeln in den Hamburger Hochschulen (HBFG)	-	-	-
	3660.812.01	Beschaffung von nichtwissenschaftlichen Geräten und Fahrzeugen	-	4	200
	3660.812.03	Zentral veranschlagte Investitionen für Strukturmaßnahmen im wissenschaftlichen Bereich, insbesondere bei Berufungen und zur Rufabwehr	-	254	2.500
	3660.812.27	Beteiligung Hamburgs am Norddeutschen Höchstleistungsrechner	-	-	368
	3660.812.28	Informations- und Kommunikationstechnik für die Hamburger Hochschulen über 5.000 EUR	-	145	4.000
	3660.812.29	Informations- und Kommunikationstechnik für die Hamburger Hochschulen (HBFG)	-	-	2.000
		Summe Ausgaben Bereich 03201			20.773
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			20.773
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
	31.854	47.099	46.366	48.745	45.403	37.317	3660.331.03
	31.854	47.099	46.366	48.745	45.403	37.317	
	31.854	47.099	46.366	48.745	45.403	37.317	
	-	-	-	-	-	-	
1	-	-	-	-	-	-	3400.812.54
101	-	-	-	-	-	-	3400.812.56
4.230	3.530	2.000	3.600	2.600	2.600	-	3660.701.05
3.016	800	800	800	800	800	-	3660.701.06
-	500	500	1.500	1.500	1.500	-	3660.701.07
-	-	-	1.000	1.000	1.000	-	3660.701.08
-	100	100	100	100	100	-	3660.701.09
-	-	1.000	4.000	5.000	5.433	567	3660.702.01
-	-	-	-	-	-	-	3660.791.02
4	200	200	200	200	200	-	3660.812.01
254	3.100	3.100	3.100	3.100	3.100	-	3660.812.03
-	368	368	368	368	368	-	3660.812.27
145	4.500	4.500	6.800	6.800	6.800	-	3660.812.28
-	2.000	2.500	2.500	2.500	2.500	-	3660.812.29
7.751	15.098	15.068	23.968	23.968	24.401	567	
7.751	15.098	14.068	19.968	18.968	18.968	-	
-	-	1.000	4.000	5.000	5.433	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		EINNAHMEN			
	3410.331.01	Zuweisung des Bundes für Investitionen für die Stiftung Heinrich-Pette-Institut auf Grund der Rahmenvereinbarung gemäß Artikel 91 b GG			-
	3410.331.02	Zuweisung des Bundes für einen Ersatz- und Erweiterungsbau des Heinrich-Pette-Instituts			1.600
	3410.332.01	Zuweisungen der Länder für Investitionen für die Stiftung Heinrich-Pette-Institut auf Grund der Rahmenvereinbarung gemäß Artikel 91 b GG			-
		Summe Einnahmen Bereich 03202			1.600
		davon			
		Einnahmen im Zusammenhang mit Investitionsvorbelastungen einschl. Aufstockungen			1.600
		Erstmalig veranschlagte Einnahmen			-
		AUSGABEN			
	3410.893.01	Zuschuss an DESY für Investitionen	-	2.966	3.297
	3410.893.03	Zuschuss an die Stiftung Heinrich-Pette-Institut für Investitionen	-	1.386	282
	3410.893.04	Zuschuss an das Heinrich-Pette-Institut für einen Ersatz- und Erweiterungsbau	16.000	-	3.200
	3410.893.11	Zuschuss an die GKSS-Forschungszentrum Geesthacht GmbH für Investitionen	-	226	303
		Summe Ausgaben Bereich 03202			7.082
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			7.082
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
	-	-	-	-	-	-	3410.331.01
	1.600	1.600	1.600	1.600	-	-	3410.331.02
	-	-	-	-	-	-	3410.332.01
	1.600	1.600	1.600	1.600	-	-	
	1.600	1.600	1.600	1.600	-	-	
	-	-	-	-	-	-	
-	2.704	2.791	2.791	2.791	2.791	-	3410.893.01
128	282	282	282	282	282	-	3410.893.03
-	5.050	5.050	2.700	-	-	-	3410.893.04
-	315	293	287	287	287	-	3410.893.11
128	8.351	8.416	6.060	3.360	3.360	-	
128	8.351	8.416	6.060	3.360	3.360	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		EINNAHMEN			
	3420.331.04	Zuweisungen des Bundes für den Neubau des Biozentrums und den Neubau der Laserphysik			-
	3420.331.05	Zuweisungen des Bundes nach dem HBFG für die Erweiterung des Rechtshauses			-
**	3420.EIN.01	Universität - Sanierung Physik Bahrenfeld			-
**	3420.EIN.07	Sicherheitsmaßnahmen in den Botanischen Instituten Klein-Flottbek			-
		Summe Einnahmen Bereich 03203			-
		davon			
		Einnahmen im Zusammenhang mit Investitionsvorbelastungen einschl. Aufstockungen			-
		Erstmalig veranschlagte Einnahmen			-
		Einnahmen für neue Investitionen			-
		AUSGABEN			
	3420.894.01	Zuweisung für Investitionen nach dem HBFG an den Wirtschaftsplan der Universität Hamburg	-	31.326	28.576
	3420.894.02	Zuweisung für sonstige Investitionen an den Wirtschaftsplan der Universität Hamburg	-	10.900	3.535
	3420.894.04	Zuweisung an den Wirtschaftsplan Universität für die Maßnahmen Neubau des Biozentrums und Neubau der Laserphysik	-	2.556	-
	3420.894.05	Zuweisungen an den Wirtschaftsplan der Universität Hamburg für die Erweiterung des Rechtshauses	-	180	-
**	3420.AUS.01	Sanierung - Physik Bahrenfeld	4.844	-	-
**	3420.AUS.07	Sicherheitsmaßnahmen in den Botanischen Instituten Klein-Flottbek	4.900	-	-
		Summe Ausgaben Bereich 03203			32.111
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			32.111
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-
		Ausgaben für neue Investitionen			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
	-	-	-	-	-	-	3420.331.04
	-	-	-	-	-	-	3420.331.05
	-	-	485	485	679	700	3420.EIN.01
	-	-	-	-	485	-	3420.EIN.07
	-	-	485	485	1.164	700	
	-	-	-	-	-	-	
	-	-	-	-	-	-	
	-	-	485	485	1.164	-	
12.968	22.262	30.424	35.640	27.433	14.108	-	3420.894.01
1.494	3.267	2.500	2.500	2.500	2.500	-	3420.894.02
-	-	-	-	-	-	-	3420.894.04
180	-	-	-	-	-	-	3420.894.05
-	-	-	1.000	1.000	1.400	1.444	3420.AUS.01
-	-	-	-	-	1.000	-	3420.AUS.07
14.642	25.529	32.924	39.140	30.933	19.008	1.444	
14.642	25.529	32.924	38.140	29.933	16.608	-	
-	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	1.000	1.000	2.400	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	3470.894.01	Zuweisung für Investitionen nach dem HBFG an den Wirtschaftsplan der Staats- und Universitätsbibliothek Carl von Ossietzky	-	2.541	2.880
	3470.894.02	Zuweisung für sonstige Investitionen an den Wirtschaftsplan der Staats- und Universitätsbibliothek Carl von Ossietzky	-	230	50
		Summe Ausgaben Bereich 03204			2.930
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			2.930
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
-	1.300	1.600	-	-	-	-	3470.894.01
-	50	50	50	50	50	-	3470.894.02
-	1.350	1.650	50	50	50	-	
-	1.350	1.650	50	50	50	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	3480.894.02	Zuweisung für sonstige Investitionen an den Wirtschaftsplan der HWP - Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik	-	680	70
		Summe Ausgaben Bereich 03205			70
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			70
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
-	70	70	70	70	70	-	3480.894.02
-	70	70	70	70	70	-	
-	70	70	70	70	70	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	3510.894.01	Zuweisung für Investitionen nach dem HBFG an den Wirtschaftsplan der Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg	-	452	5.739
	3510.894.02	Zuweisung für sonstige Investitionen an den Wirtschaftsplan der Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg	-	3.746	2.617
		Summe Ausgaben Bereich 03206			8.356
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			8.356
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
-	7.065	6.543	5.039	4.543	4.543	7.896	3510.894.01
34	1.850	1.850	1.850	1.850	1.850	-	3510.894.02
34	8.915	8.393	6.889	6.393	6.393	7.896	
34	8.915	8.393	6.889	6.393	6.393	7.896	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	3580.894.01	Zuweisung für Investitionen nach dem HBFG an den Wirtschaftsplan der Hochschule für bildende Künste	-	1.114	-
	3580.894.02	Zuweisung für sonstige Investitionen an den Wirtschaftsplan der Hochschule für bildende Künste	-	415	220
		Summe Ausgaben Bereich 03207			220
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			220
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
495	-	-	-	-	-	-	3580.894.01
-	220	220	220	220	220	-	3580.894.02
495	220	220	220	220	220	-	
495	220	220	220	220	220	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	3590.894.01	Zuweisungen für Investitionen nach dem HBFG an den Wirtschaftsplan der Hochschule für Musik und Theater	-	-	-
	3590.894.02	Zuweisung für sonstige Investitionen an den Wirtschaftsplan der Hochschule für Musik und Theater	-	276	220
		Summe Ausgaben Bereich 03208			220
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			220
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
-	-	-	-	-	-	-	3590.894.01
-	220	220	220	220	220	-	3590.894.02
-	220	220	220	220	220	-	
-	220	220	220	220	220	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	3600.891.01	Zuweisung für Investitionen nach dem HBFG an das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf	-	38.791	13.531
	3600.891.02	Zuweisung für sonstige Investitionen an das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf	-	17.616	16.781
		Summe Ausgaben Bereich 03209			30.312
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			30.312
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
15.114	23.751	44.544	42.920	59.530	64.530	62.480	3600.891.01
2.855	18.800	21.800	15.700	13.500	13.500	-	3600.891.02
17.969	42.551	66.344	58.620	73.030	78.030	62.480	
17.969	42.551	66.344	58.620	73.030	78.030	62.480	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	3650.894.01	Zuweisung für Investitionen nach dem HBFG an den Wirtschaftsplan TUHH	-	4.605	4.500
	3650.894.02	Zuweisung für sonstige Investitionen an den Wirtschaftsplan TUHH	-	2.706	1.260
	3650.894.03	Zuweisung für Grunderwerb an den Wirtschaftsplan TUHH	-	-	-
		Summe Ausgaben Bereich 03210			5.760
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			5.760
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
1.737	8.500	9.700	6.700	2.700	700	-	3650.894.01
886	1.260	1.260	1.260	1.260	1.260	-	3650.894.02
-	-	-	-	-	-	-	3650.894.03
2.623	9.760	10.960	7.960	3.960	1.960	-	
2.623	9.760	10.960	7.960	3.960	1.960	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		EINNAHMEN			
	3690.311.01	Zuweisungen des Bundes nach dem Bundesausbildungs-förderungsgesetz -Darlehen-			14.810
	3690.331.01	Zuweisungen des Bundes für den Neubau der Mensa im Philosophenturm			-
		Summe Einnahmen Bereich 03211			14.810
		davon			
		Einnahmen im Zusammenhang mit Investitionsvorbelastungen einschl. Aufstockungen			14.810
		Erstmalig veranschlagte Einnahmen			-
		AUSGABEN			
	3690.863.01	Studienförderung nach dem Bundesausbildungs-förderungsgesetz - Darlehen -	-	17.629	22.785
	3690.893.01	Zuschüsse für Investitionen an freie Träger von Studentenwohnheimen	-	134	102
	3690.893.05	Zuschuss an d. Wirtschaftsplan des Studentenwerkes Hamburg - Finanzplan -	-	1.553	141
	3690.893.16	Sanierung von Studentenwohnheimen einschl. energiesparender Maßnahmen	-	619	500
		Summe Ausgaben Bereich 03211			23.528
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			23.528
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Veränderungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
	14.810	14.810	14.810	14.810	14.810	-	3690.311.01
	-	-	-	-	-	-	3690.331.01
	14.810	14.810	14.810	14.810	14.810	-	
	14.810	14.810	14.810	14.810	14.810	-	
	-	-	-	-	-	-	
-	22.785	22.785	22.785	22.785	22.785	-	3690.863.01
13	102	102	102	102	102	-	3690.893.01
50	141	141	141	141	141	-	3690.893.05
107	500	500	500	500	500	-	3690.893.16
171	23.528	23.528	23.528	23.528	23.528	-	
171	23.528	23.528	23.528	23.528	23.528	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	3700.701.56	Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Beschaffung von Informations- und Kommunikationstechnik	-	196	-
	3700.812.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung	-	28	-
	3700.812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in der Kulturbehörde	-	50	-
		Summe Ausgaben Bereich 03301			-
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			-
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
-	26	-	-	-	-	-	3700.701.56
11	-	-	-	-	-	-	3700.812.54
8	-	-	-	-	-	-	3700.812.56
19	26	-	-	-	-	-	
19	26	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	3720.710.01	Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Grundinstandsetzungen und dgl.	-	184	-
	3720.799.50	Kunst im öffentlichen Raum	-	738	250
*	3720.831.01	Zuschuss an die hamburgische Kulturstiftung zur Erhöhung des Kapitalgrundstocks	-	-	-
	3720.892.02	Zuschuss an die Stiftung Hamburger öffentliche Bücherhallen und die Blindenbüchereien für Investitionen	-	767	767
	3720.892.56	Zuschuss an die Stiftung Hamburger öffentliche Bücherhallen für Investitionen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik	-	511	-
	3720.893.01	Zuschüsse für kleine Investitionen	-	830	102
		Summe Ausgaben Bereich 03302			1.119
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			1.119
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
-	-	-	-	-	-	-	3720.710.01
463	250	250	250	250	250	511	3720.799.50
-	1.000	-	-	-	-	-	3720.831.01
-	767	409	409	256	256	806	3720.892.02
-	-	-	-	-	-	-	3720.892.56
622	407	407	102	102	102	102	3720.893.01
1.085	2.424	1.066	761	608	608	1.419	
1.085	1.424	1.066	761	608	608	1.419	
-	1.000	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		EINNAHMEN			
	3800.331.75	Zuweisungen des Bundes zu den Investitionen für die Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme			2.027
		Summe Einnahmen Bereich 03303			2.027
		davon			
		Einnahmen im Zusammenhang mit Investitionsvorbelastungen einschl. Aufstockungen			2.027
		Erstmalig veranschlagte Einnahmen			-
		AUSGABEN			
	3800.710.01	Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Grundinstandsetzungen und dgl.	-	5.963	2.000
	3800.710.02	Neugestaltung der Kunstinsel	49.813	39.110	-
	3800.710.04	Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme	13.678	1.597	4.053
	3800.812.01	Investive Einrichtungen	-	3.356	-
	3800.812.56	Zuschuss an Museumsstiftungen für Investitionsausgaben zum Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik	-	150	-
	3800.891.01	Zuschüsse an Museumsstiftungen für Sammlungs- und Ausstattungsgegenstände	-	1.483	1.652
	3800.891.56	Zuschüsse an Museumsstiftungen für IuK-Technik	-	-	-
	3800.893.02	Zuschüsse für Bauinvestitionen	-	3.358	2.046
*	3800.893.03	Sicherung der Sammlung "Schifffahrts- und Marinegeschichte Peter Tamm"	30.000	-	-
**	3800.AUS.02	Bebauung Domplatz/Archäologiezentrum	10.000	-	-
		Summe Ausgaben Bereich 03303			9.751
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			9.751
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-
		Ausgaben für neue Investitionen			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
	1.682	1.875	-	-	-	-	3800.331.75
	1.682	1.875	-	-	-	-	
	1.682	1.875	-	-	-	-	
	-	-	-	-	-	-	
4.488	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	3800.710.01
-	-	-	-	-	-	-	3800.710.02
1.597	3.364	3.750	-	-	-	-	3800.710.04
1.673	-	-	-	-	-	-	3800.812.01
26	-	-	-	-	-	-	3800.812.56
-	1.483	1.483	1.483	1.483	1.483	1.483	3800.891.01
-	-	-	-	-	-	-	3800.891.56
1.806	3.546	3.000	2.600	-	-	-	3800.893.02
-	15.000	15.000	-	-	-	-	3800.893.03
-	-	-	5.000	5.000	-	-	3800.AUS.02
9.588	25.393	25.233	11.083	8.483	3.483	3.483	
9.588	10.393	10.233	6.083	3.483	3.483	3.483	
-	15.000	15.000	-	-	-	-	
-	-	-	5.000	5.000	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	3920.710.01	Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Grundinstand-setzungen und dgl.	-	1.279	-
	3920.891.03	Zuschüsse an Theater und Orchester für größere Beschaffungen	-	686	665
	3920.893.01	Zuschüsse für Bauinvestitionen	-	6.356	500
	3920.893.02	Neubau eines Betriebsgebäudes für die Hamburgische Staatsoper -Teilbetrag-	37.671	3.342	12.073
	3920.893.03	Grundsanierung von Gebäude und Technik des Thalia Theaters	-	1.202	1.023
**	3920.AUS.02	Erstattung Parkhaus Baumeisterstraße für das Deutsche Schauspielhaus	-	-	-
		Summe Ausgaben Bereich 03304			14.261
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			14.261
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-
		Ausgaben für neue Investitionen			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
860	-	-	-	-	-	-	3920.710.01
115	665	665	665	665	665	665	3920.891.03
915	1.411	1.352	3.211	2.700	2.700	2.700	3920.893.01
694	6.113	6.555	-	-	-	-	3920.893.02
1	767	767	767	767	767	767	3920.893.03
-	-	511	-	-	-	-	3920.AUS.02
2.585	8.956	9.850	4.643	4.132	4.132	4.132	
2.585	8.956	9.339	4.643	4.132	4.132	4.132	
-	-	-	-	-	-	-	
-	-	511	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	3730.812.01	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen über 5.000 EUR	-	6	-
	3730.892.01	Maßnahmen an Denkmälern und Baudenkmalen der Jüdischen Gemeinde Hamburg	-	306	102
	3730.893.61	Zuschüsse für Denkmalpflegemaßnahmen	-	1.277	996
		Summe Ausgaben Bereich 03305			1.098
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			1.098
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
-	-	-	-	-	-	-	3730.812.01
306	102	102	102	102	102	102	3730.892.01
94	971	971	971	971	971	971	3730.893.61
400	1.073	1.073	1.073	1.073	1.073	1.073	
400	1.073	1.073	1.073	1.073	1.073	1.073	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		EINNAHMEN			
	4000.342.05	Zuschüsse aus dem Sondervermögen Ausgleichsabgabe			-
		Summe Einnahmen Bereich 04001			-
		davon			
		Einnahmen im Zusammenhang mit Investitionsvorbelastungen einschl. Aufstockungen			-
		Erstmalig veranschlagte Einnahmen			-
		AUSGABEN			
	4000.701.25	Kleinere Baumaßnahmen im Bereich der BSF	-	1.503	385
	4000.701.86	Kleinere Baumaßnahmen im Bereich der BSF - Zweckzuweisung an die Bezirke -	-	69	267
	4000.812.01	Neu- und Ersatzbeschaffung von technischen Geräten	-	131	10
	4000.812.05	Einrichtung von Arbeitsplätzen aus den Mitteln des Sondervermögens Ausgleichsabgabe inclusive Hamburger Mittel	-	167	10
	4000.812.54	Ausbau der IuK-Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung	-	592	-
	4000.812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in der Behörde für Soziales und Familie	-	948	-
		Summe Ausgaben Bereich 04001			672
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			672
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
	-	-	-	-	-	-	4000.342.05
	-	-	-	-	-	-	
	-	-	-	-	-	-	
	-	-	-	-	-	-	
866	152	450	448	547	547	-	4000.701.25
69	250	250	250	250	250	-	4000.701.86
117	-	15	10	10	10	-	4000.812.01
137	5	-	-	-	-	-	4000.812.05
549	-	-	-	-	-	-	4000.812.54
210	-	-	-	-	-	-	4000.812.56
1.948	407	715	708	807	807	-	
1.948	407	715	708	807	807	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	4210.863.01	Darlehen zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage	-	96	102
		Summe Ausgaben Bereich 04003			102
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			102
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
-	105	105	105	105	105	-	4210.863.01
-	105	105	105	105	105	-	
-	105	105	105	105	105	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	4220.812.01	Beschaffung von Geräten für die medizinische Diagnostikabteilung	-	68	10
		Summe Ausgaben Bereich 04004			10
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			10
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
52	-	-	-	-	-	-	4220.812.01
52	-	-	-	-	-	-	
52	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	4230.863.01	Darlehen der Kriegsopferfürsorge nach dem BVG an Berechtigte im Inland	-	150	50
	4230.863.02	Darlehen der Kriegsopferfürsorge an Berechtigte nach dem BVG im Ausland	-	20	5
	4230.863.03	Darlehen der Kriegsopferfürsorge an Berechtigte nach dem SVG und ZDG	-	39	5
		Summe Ausgaben Bereich 04005			60
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			60
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
120	50	50	50	50	50	-	4230.863.01
19	1	1	1	1	1	-	4230.863.02
38	1	1	1	1	1	-	4230.863.03
176	52	52	52	52	52	-	
176	52	52	52	52	52	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	4440.701.81	Investitionen für die Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit - Rahmenzuweisung gemäß § 27 BezVG -	-	-	1.500
	4440.821.01	Grunderwerb für die Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit	-	112	113
	4440.893.01	Zuschüsse für Investitionen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit	-	1.602	1.678
	4440.893.10	Investitionszuschuss für den Ersatzbau Spohrstraße	-	2.120	-
	4440.893.14	Investitionszuschüsse für Jugendfreizeit-einrichtungen	-	-	-
	4440.893.19	Investitionszuschüsse und kleine Bauten für die Mädchenarbeit	-	46	-
		Summe Ausgaben Bereich 04007			3.291
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			3.291
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
-	2.572	2.073	1.883	1.808	1.500	-	4440.701.81
102	-	230	153	203	511	-	4440.821.01
1.011	1.562	699	511	511	511	-	4440.893.01
2.120	-	-	-	-	-	-	4440.893.10
-	-	-	-	-	-	-	4440.893.14
8	-	-	-	-	-	-	4440.893.19
3.240	4.134	3.002	2.547	2.522	2.522	-	
3.240	4.134	3.002	2.547	2.522	2.522	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	4450.701.81	Investitionen für die Förderung der Erziehung in der Familie - Rahmenzuweisung gemäß § 27 BezVG -	-	-	261
	4450.893.01	Zuschüsse für Investitionen für die Förderung der Erziehung in der Familie	-	47	31
		Summe Ausgaben Bereich 04008			292
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			292
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
-	532	264	680	137	137	-	4450.701.81
20	31	31	31	31	31	-	4450.893.01
20	563	295	711	168	168	-	
20	563	295	711	168	168	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	4460.893.01	Zuschüsse zu Investitionen im Bereich der Hilfen zur Erziehung und Hilfen für junge Volljährige	-	2.038	846
	4460.893.81	Investitionen für die Hilfen zur Erziehung - Rahmenzuweisung gemäß § 27 BezVG -	-	-	51
		Summe Ausgaben Bereich 04009			897
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			897
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
1.815	599	1.033	964	767	767	-	4460.893.01
-	77	51	51	51	51	-	4460.893.81
1.815	676	1.084	1.015	818	818	-	
1.815	676	1.084	1.015	818	818	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	4470.701.51	Hochbaumaßnahmen im Bereich der Anderen Aufgaben der Jugendhilfe	-	8	-
	4470.811.77	Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen	-	-	-
	4470.893.60	Investitionszuschüsse für Maßnahmen zur Unterbringung minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge unter 16 Jahre	-	-	-
		Summe Ausgaben Bereich 04010			-
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			-
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
-	-	-	-	-	-	-	4470.701.51
-	-	-	-	-	-	-	4470.811.77
-	-	-	-	-	-	-	4470.893.60
-	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	4600.893.42	Zuschüsse für Investitionen im sozialen Bereich	-	1.493	-
		Summe Ausgaben Bereich 04011			-
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			-
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
1.290	-	-	-	-	-	-	4600.893.42
1.290	-	-	-	-	-	-	
1.290	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	4610.863.05	Darlehen zur Hilfe in anderen besonderen Lebenslagen	-	0	5
	4610.863.09	Darlehen zur Überwindung einer vorübergehenden Notlage	-	277	205
	4620.863.04	Darlehen zur Sicherung der Unterkunft oder zur Behebung einer vergleichbaren Notlage	-	11.564	12.315
	4620.863.08	Darlehen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	-	-	5
	4620.891.01	Zuschuss an p&w- Anstalt öffentlichen Rechts - für Investitionen im Wohnunterkunfts- und Obdachlosenbereich	-	8.615	-
	4620.893.02	Zuschüsse an Träger zur Bereitstellung des Eigengeldanteils bei der Durchführung des Wohnungsbaues für Obdachlose	-	4.270	-
	4620.893.42	Erwerb von Belegungsrechten im Wohnungsbestand sowie Förderung von Wohnprojekten	-	-	-
	4630.863.07	Darlehen bei Vorhandensein verwertbaren Vermögens nach § 89 BSHG	-	3.562	1.697
		Summe Ausgaben Bereich 04012			14.227
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			14.227
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
-	5	5	5	5	5	-	4610.863.05
-	205	205	205	205	205	-	4610.863.09
-	12.326	11.768	11.768	11.768	11.768	-	4620.863.04
-	5	5	5	5	5	-	4620.863.08
7.009	500	250	250	500	500	-	4620.891.01
4.026	-	500	500	1.000	1.000	-	4620.893.02
-	-	-	-	-	-	-	4620.893.42
-	1.700	1.700	1.700	1.700	1.700	-	4630.863.07
11.035	14.741	14.433	14.433	15.183	15.183	-	
11.035	14.741	14.433	14.433	15.183	15.183	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	4640.891.01	Investitionsförderung Tagespflege	-	339	630
	4640.891.05	Zuschuss an p&w- Anstalt öffentlichen Rechts - für Investitionen im Pflege- u. Behindertenbereich	-	1.562	-
	4640.891.13	Zuschuss an die Wohnungsbaukreditanstalt Hamburg für Darlehen an p&w - Anstalt öffentl. Rechts - für begonnene Maßnahmen	-	-	-
	4640.891.14	Zuschuss an die Wohnungsbaukreditanstalt Hamburg für Darlehen für neue Maßnahmen	-	4.673	4.529
	4640.891.15	Zuschüsse für nicht durch die Wohnungsbaukredit-anstalt Hamburg finanzierte Investitionen und Bau-nebenkosten	-	1.604	-
	4650.863.02	Darlehen für Eingliederungshilfe für Behinderte	-	369	140
	4670.863.06	Darlehen zur Schaffung von Wohnungen und zur Erhaltung bestehenden Wohnraums	-	11	20
		Summe Ausgaben Bereich 04013			5.319
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			5.319
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
208	650	-	-	-	-	-	4640.891.01
1.062	-	-	-	-	-	-	4640.891.05
-	-	-	-	-	-	-	4640.891.13
-	3.419	5.410	5.410	4.860	4.860	-	4640.891.14
1.604	-	-	-	-	-	-	4640.891.15
-	130	130	130	130	130	-	4650.863.02
-	20	20	20	20	20	-	4670.863.06
2.874	4.219	5.560	5.560	5.010	5.010	-	
2.874	4.219	5.560	5.560	5.010	5.010	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	4700.701.61	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten für Aussiedler- und Zuwanderer-Einrichtungen (Hochbau)	-	136	-
	4700.741.61	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten für Aussiedler- und Zuwanderer-Einrichtungen (Tiefbau)	-	-	-
	4700.791.61	Zentral veranschlagte Investitionen im Zusammenhang mit der Unterbringung von Aussiedlern und Zuwanderern	-	7.698	-
	4700.891.61	Zuschuss an pflegen & wohnen -Anstalt öffentlichen Rechts- für Investitionen in Einrichtungen für Aussiedler und Zuwanderer	-	-77	-
		Summe Ausgaben Bereich 04014			-
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			-
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
-	-	-	-	-	-	-	4700.701.61
-	-	-	-	-	-	-	4700.741.61
7.698	-	-	-	-	-	-	4700.791.61
-	-	-	-	-	-	-	4700.891.61
7.698	-	-	-	-	-	-	
7.698	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	6000.701.02	Sanierung der Fassade und Erneuerung der Fenster im Stadthauskomplex	-	213	-
*	6000.701.04	Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Neuorganisation des Vermessungswesens und des Tiefbauamtes	-	385	-
	6000.701.56	Baumaßnahmen für IuK-Technik	-	220	25
	6000.799.03	Erstattungen an den Landesbetrieb für Geoinformation und Vermessung	-	-	-
	6000.812.01	Erwerb von Geräten und beweglichen Sachen	-	41	-
	6000.812.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung	-	332	-
	6000.812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in der Behörde für Bau und Verkehr	-	1.213	-
	6000.891.01	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Geoinformation und Vermessung	-	1.876	1.041
	6000.891.56	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Geoinformation und Vermessung für IuK-Maßnahmen	-	-	857
		Summe Ausgaben Bereich 06001			1.923
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			1.923
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
-	-	-	-	-	-	-	6000.701.02
385	-	-	-	-	-	-	6000.701.04
177	25	25	25	25	25	25	6000.701.56
-	-	-	-	-	-	-	6000.799.03
4	-	-	-	-	-	-	6000.812.01
250	-	-	-	-	-	-	6000.812.54
-45	-	-	-	-	-	-	6000.812.56
1.876	1.341	1.341	1.041	1.041	1.041	1.041	6000.891.01
-	-	-	-	-	-	-	6000.891.56
2.647	1.366	1.366	1.066	1.066	1.066	1.066	
2.262	1.366	1.366	1.066	1.066	1.066	1.066	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		EINNAHMEN			
	6100.311.02	Darlehen des Bundes zur Förderung des Wohnungsbaues			3.500
	6100.331.02	Zuschüsse des Bundes zur Förderung des Wohnungsbaus und zur sozialen Wohnraumförderung			6.263
	6100.331.03	Zuweisungen des Bundes für das Hamburgische Stadtteilentwicklungsprogramm			1.393
	6100.331.04	Zuweisungen des Bundes für das Sanierungsprogramm			2.467
	6100.342.01	Zuschüsse für Maßnahmen der sozialen Stadtteilentwicklung			-
	6100.342.02	Einnahmen im Zusammenhang mit Bauträger-Wettbewerben			-
		Summe Einnahmen Bereich 06002			13.623
		davon			
		Einnahmen im Zusammenhang mit Investitionsvorbelastungen einschl. Aufstockungen			13.623
		Erstmalig veranschlagte Einnahmen			-
		AUSGABEN			
	6100.799.02	Vergütungen an Architektinnen und Architekten im Rahmen von Bauträger-Wettbewerben	-	208	-
	6100.799.03	Vergütungen an Vertragsarchitektinnen, -architekten, -ingenieurinnen, -ingenieure, Sachverständige und dgl.	-	147	-
	6100.821.01	Geldleistungen und sonstige Aufwendungen bei Bodenordnungsmaßnahmen einschl. Grunderwerb in Entwicklungsgebieten (BauGB)	-	403	1.201
	6100.821.02	Kosten der Ordnungsmaßnahmen sowie Grunderwerb (Stadterneuerung)	-	2.384	2.629
	6100.821.03	Werterstattung an den Grundstock für Grunderwerb in Sanierungsgebieten (Stadterneuerung)	-	395	207
	6100.821.04	Förderung von Stadtentwicklungs- und Erneuerungsaktivitäten vornehmlich in innerstädtischen Gebieten	-	675	374
	6100.863.02	Darlehen des Bundes zur Förderung des Wohnungsbaues	-	4.354	3.500
	6100.891.02	Zuschuss an die STEG f. Modernisierungs-/Grunderneuerungsmaßnahmen an in Treuhandvermögen übertragenen Gebäuden sowie Maßnahmen nach § 16 (1) WoFG	-	5.459	2.512
	6100.892.01	Investitionszuschuss an Hagenbecks Tierpark für den Bau eines Menschenaffenhauses	-	4.426	-
	6100.893.02	Zuschüsse des Bundes zur Förderung des Wohnungsbaus und zur sozialen Wohnraumförderung	-	12.384	6.263
	6100.893.05	Soziale Stadtteilentwicklung in Sanierungsgebieten	-	10.472	10.403
	6100.893.11	Soziale Stadtteilentwicklung in STEP-Gebieten (Hamburgisches Stadtteilentwicklungsprogramm)	-	15.059	11.833
		Summe Ausgaben Bereich 06002			38.922
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			38.922

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
	1.545	1.013	788	589	419	-	6100.311.02
	5.887	5.094	4.467	4.795	4.333	4.333	6100.331.02
	1.632	1.737	1.756	1.756	1.756	-	6100.331.03
	3.253	3.696	3.896	3.896	3.896	-	6100.331.04
	-	-	-	-	-	-	6100.342.01
	-	-	-	-	-	-	6100.342.02
	12.317	11.540	10.907	11.036	10.404	4.333	
	12.317	11.540	10.907	11.036	10.404	4.333	
	-	-	-	-	-	-	
195	-	-	-	-	-	-	6100.799.02
147	25	25	25	25	25	-	6100.799.03
-483	4.683	1.023	1.023	1.023	1.023	1.023	6100.821.01
900	2.200	2.500	2.300	2.300	2.300	2.300	6100.821.02
355	214	556	256	256	256	256	6100.821.03
645	511	811	511	511	511	511	6100.821.04
3	1.545	1.013	788	589	419	-	6100.863.02
1.289	2.168	2.556	2.556	2.556	2.556	2.556	6100.891.02
4.426	-	-	-	-	-	-	6100.892.01
-	5.887	5.094	4.467	4.795	4.333	4.333	6100.893.02
2.235	10.338	9.391	8.288	8.288	8.288	9.288	6100.893.05
7.946	10.400	11.140	10.000	10.000	10.000	-	6100.893.11
17.656	37.971	34.109	30.214	30.343	29.711	20.267	
17.656	37.971	34.109	30.214	30.343	29.711	20.267	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	6200.702.03	Sicherung und Grundinstandsetzung des Mahnmals St.Nikolai	-	147	-
	6200.799.01	Vergütungen an Vertragsarchitektinnen, -architekten,-ingenieurinnen, -ingenieure, Sachverständige und dgl.	-	598	275
		Summe Ausgaben Bereich 06003			275
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			275
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
29	-	-	-	-	-	-	6200.702.03
390	250	200	200	200	200	400	6200.799.01
418	250	200	200	200	200	400	
418	250	200	200	200	200	400	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		EINNAHMEN			
	6300.331.01	Zuweisungen des Bundes aus dem Mehraufkommen an Mineralölsteuer für den kommunalen Straßenbau			7.230
	6300.331.02	Finanzhilfen des Bundes aus dem Mehraufkommen an Mineralölsteuer zum Bau oder Ausbau von Anlagen des öffentlichen Personennahverkehrs durch Dritte			13.500
	6300.331.03	Finanzhilfen des Bundes aus dem Mehraufkommen an Mineralölsteuer zum Bau oder Ausbau von Anlagen des öffentl. Personennahverkehrs durch Hamburg			1.023
	6300.331.04	Zuweisungen des Bundes aus dem Mehraufkommen an Mineralölsteuer für den Umbau und die Modernisierung der Busumsteigeanlage Wandsbek Markt			-
	6300.331.08	Zuweisungen des Bundes gem. § 8 Regionalisierungsgesetz für Investitionen			-
*	6300.331.10	Kostenbeiträge des Bundes und der Deutschen Bahn zu Maßnahmen an Verkehrsanlagen			-
	6300.331.11	Kostenbeiträge des Bundes und der DB AG für die Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek			-
	6300.331.12	Kostenbeiträge des Bundes für die Aufhebung der Bahnübergänge Chrysanderstraße und Möörkenweg			-
	6300.331.14	Finanzhilfen des Bundes aus dem Mehraufkommen an Mineralölsteuer zur Beschaffung von Linienomnibussen und Schienenfahrzeugen durch Dritte			-
	6300.331.20	Zuweisungen des Bundes aus dem Mehraufkommen an Mineralölsteuer für die Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek			-
	6300.331.21	Einnahmen für flankierende Maßnahmen beim Ausbau der AKN in Eidelstedt			-
	6300.341.01	Einnahmen von Bauträgern für allgemeine Erschließungen (Grunderwerb)			-
	6300.341.02	Einnahmen von Bauträgern für allgemeine Erschließungen			1.530
	6300.341.04	Einnahmen für die Neugestaltung des Spielbudenplatzes			2.560
	6300.341.06	Einnahmen von Bauträgern für die Erschließung von Großprojekten im Rahmen des Wohnungsbauprogrammes			1.500
	6300.341.31	Allgemeine Wegebaubeiträge			4.300
	6300.342.02	Ausgleichsbeträge zur Erfüllung der Stellplatzverpflichtung			-
		Summe Einnahmen Bereich 06004			31.643
		davon			
		Einnahmen im Zusammenhang mit Investitionsvorbelastungen einschl. Aufstockungen			31.643
		Erstmalig veranschlagte Einnahmen			-
		AUSGABEN			
	6300.741.01	Neu-, Um- und Ausbau von Straßen	-	4.517	2.400
	6300.741.02	Förderung des Radverkehrs	-	1.529	600
	6300.741.04	Maßnahmen zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs auf der Straße	-	1.036	-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
	7.230	7.230	7.230	7.230	7.230	-	6300.331.01
	13.500	13.500	13.500	13.500	13.500	-	6300.331.02
	1.023	1.023	1.023	1.023	1.023	-	6300.331.03
	-	-	-	-	-	-	6300.331.04
	-	-	-	-	-	-	6300.331.08
	-	-	-	-	-	-	6300.331.10
	-	-	-	-	-	-	6300.331.11
	-	-	-	-	-	-	6300.331.12
	-	-	-	-	-	-	6300.331.14
	-	-	-	-	-	-	6300.331.20
	-	-	-	-	-	-	6300.331.21
	-	-	-	-	-	-	6300.341.01
	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	-	6300.341.02
	-	-	-	-	-	-	6300.341.04
	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	-	6300.341.06
	4.300	4.000	4.000	4.000	4.000	-	6300.341.31
	-	-	-	-	-	-	6300.342.02
	29.053	28.753	28.753	28.753	28.753	-	
	29.053	28.753	28.753	28.753	28.753	-	
	-	-	-	-	-	-	
74	3.400	3.600	3.850	3.850	3.850	3.850	6300.741.01
451	600	600	600	600	600	600	6300.741.02
672	500	1.159	1.278	1.278	1.278	1.278	6300.741.04

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
	6300.741.08	Maßnahmen in Verbindung mit dem Bau von Entlastungsstraßen und dem Bauprogramm der Bundesfernstraßen	-	322	700
	6300.741.09	Grundinstandsetzung von Brücken, Tunneln und sonstigen Ingenieurbauwerken sowie Neu-, Um- und Erweiterungsbau	-	5.075	5.300
	6300.741.13	Herrichtung von Übergangsplätzen nach dem Wohnwagengesetz	-	340	-
	6300.741.14	Grundinstandsetzung von Straßen	-	7.104	4.900
	6300.741.15	Sonderprogramm zur Grundinstandsetzung von Fahrbahnflächen	-	1.334	-
	6300.741.25	Sicherung des ehemaligen Hafenbahntunnels zur Nutzung durch den ÖPNV	-	-	-
	6300.741.81	Neu-, Um- und Ausbau sowie Grundinstandsetzung von Straßen, Rahmenzuweisungen an die Bezirke	-	-	6.600
	6300.741.82	Förderung des Radverkehrs, Rahmenzuweisungen an die Bezirke	-	-	500
	6300.742.01	Rückstellung für Maßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs	-	1.723	72
	6300.742.03	Bau und Erweiterung von öffentlichen P+R-Anlagen	-	168	-
	6300.742.05	Bau einer Veloroute in Eimsbüttel	-	0	-
	6300.742.06	Erweiterung und Modernisierung des Parkleitsystems Innenstadt	-	99	-
	6300.742.08	Bau von Velorouten	-	2.841	-
	6300.742.09	Busbeschleunigung Linie 25	-	896	-
	6300.742.10	Umbau und Modernisierung der Busumsteigeanlage Wandsbek Markt	-	3.089	-
	6300.750.01	Neugestaltung des Spielbudenplatzes	-	1.790	2.560
	6300.750.23	Umgehung Finkenwerder	33.000	-	-
	6300.760.23	Ausbau der Straße "Am Stadtrand"	4.400	-	3.000
*	6300.760.24	Ausbau des Ölmühlenwegs	-	-	-
	6300.770.23	Grundinstandsetzung und Umbau des Krohnstiegs	5.800	-1.527	2.800
	6300.773.23	Verlängerung Friedrich-Ebert-Damm	10.072	3.569	3.500
	6300.775.23	Grundinstandsetzung des Heidenkampswegs	11.500	-	2.500
	6300.780.23	Neugestaltung des Jungfernstiegs	-	-	-
	6300.785.01	Grundinstandsetzung Brücke des 17.Juni	-	674	-
	6300.785.02	Grundinstandsetzung Tiefstacker Brücke	-	1.858	1.132
	6300.785.03	Grundinstandsetzung der Altenwallbrücke	3.047	-	1.050
	6300.785.04	Grundinstandsetzung der Wagnerstraßenbrücke	2.675	25	1.375

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
0	1.300	700	500	500	500	500	6300.741.08
-1.325	4.900	4.600	7.160	7.660	7.660	7.660	6300.741.09
266	-	-	-	-	-	-	6300.741.13
-1.043	4.400	3.400	5.900	7.400	7.400	7.400	6300.741.14
1.334	-	-	-	-	-	-	6300.741.15
-	-	-	-	-	-	-	6300.741.25
-	6.600	6.600	6.600	6.600	6.600	6.600	6300.741.81
-	500	500	500	500	500	500	6300.741.82
1.723	270	-	-	-	-	-	6300.742.01
9	-	-	-	-	-	-	6300.742.03
-	-	-	-	-	-	-	6300.742.05
16	-	-	-	-	-	-	6300.742.06
612	-	-	-	-	-	-	6300.742.08
344	-	-	-	-	-	-	6300.742.09
697	-	-	-	-	-	-	6300.742.10
1.790	-	-	-	-	-	-	6300.750.01
-	500	4.400	7.700	7.200	7.200	6.000	6300.750.23
-	1.400	-	-	-	-	-	6300.760.23
-	1.800	1.350	-	-	-	-	6300.760.24
-1.527	-	-	-	-	-	-	6300.770.23
6	500	229	-	-	-	-	6300.773.23
-	3.500	3.500	1.500	500	-	-	6300.775.23
-	1.000	3.000	-	-	-	-	6300.780.23
9	-	-	-	-	-	-	6300.785.01
1	-	-	-	-	-	-	6300.785.02
-	1.017	-	-	-	-	-	6300.785.03
25	-	-	-	-	-	-	6300.785.04

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
	6300.785.06	Grundinstandsetzung der Billbrookkanalbrücke	3.420	-	1.000
	6300.788.01	Allgemeine Erschließungen	-	17.427	9.763
	6300.788.02	Erschließung Hafencity	-	13	-
	6300.789.01	Erschließung von Großprojekten im Rahmen des Wohnungsbauprogrammes	-	4.744	5.100
	6300.799.01	Vergütungen an Vertragsarchitektinnen,-architekten, -ingenieurinnen, -ingenieure, Sachverständige u.dgl. sowie sächliche Bauaufsichtskosten	-	13.484	9.500
	6300.811.86	Investitionsmaßnahmen für Betriebsplätze, Hochbaumaßnahmen sowie Beschaffungen von Fahrzeugen, Zweckzuweisungen an die Bezirke	-	44	470
	6300.812.06	Beschaffung von Kameras zur Verkehrslageerfassung	-	700	-
	6300.821.01	Grunderwerb für Straßen- und Brückenbaumaßnahmen	-	350	500
	6300.821.02	Entschädigungen, Verlagerungskosten und Billigkeitszahlungen im Zusammenhang mit Grunderwerb	-	50	50
	6300.821.03	Allgemeine Erschließungen (Grunderwerb)	-	3.568	4.100
	6300.821.04	Grunderwerb für Maßnahmen zur Förderung des ÖPNV	-	130	-
	6300.821.05	Erschließung von Großprojekten im Rahmen des Wohnungsbauprogrammes (Grunderwerb)	-	3.035	2.050
	6300.821.06	Grunderwerb für P+R-Anlagen	-	9	-
	6300.821.11	Grunderwerb für U-Bahn-Folgemaßnahmen	-	112	-
	6300.821.13	Entschädigungen für die Begründung von Dienstbarkeiten für Tunnelanlagen	-	592	-
	6300.821.15	Grunderwerb für die Verlängerung Friedrich-Ebert-Damm	-	665	-
	6300.821.16	Grunderwerb für den Ausbau der Straße Am Stadtrand zwischen Friedrich-Ebert-Damm und Walddörferstraße	-	-	300
*	6300.821.23	Grunderwerb für den Bau der Ortsumgehung Finkenwerder	-	-	-
	6300.862.01	Darlehen an Dritte zum Ausgleich von Nachteilen bei Erschließungsmaßnahmen	-	70	-
	6300.863.01	Zuschüsse und Darlehen aus Ausgleichsbeträgen für Zwecke nach § 49 Absatz 2 der Hamburgischen Bauordnung	-	76.478	-
	6300.881.05	Kostenanteile zum Um-, Aus- und Neubau von Bundesfernstraßen	-	-206	2.100
	6300.891.02	Zuschüsse zum Bau oder Ausbau von Anlagen des öffentlichen Personennahverkehrs	-	16.150	13.500
	6300.891.04	Zuwendungen an Verkehrsunternehmen für den behindertengerechten Ausbau von Schnellbahnhaltestellen	-	637	-
	6300.891.05	Investitionszuschüsse an die Hamburger Hochbahn AG	-	10.525	10.315
	6300.891.06	Telematik - Förderung von Projekten zur Verkehrsinformation in Hamburg	-	500	500
	6300.891.07	Zuschuss an die DB AG für die Errichtung von S-Bahnhaltestellen	-	310	-
	6300.891.08	Zuschüsse gem. § 8 Regionalisierungsgesetz für Investitionen	-	74.805	-

Soll-Veränderungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
-	1.300	990	130	-	-	-	6300.785.06
2.551	7.700	9.000	9.000	9.000	9.000	9.000	6300.788.01
13	-	2.045	-	-	-	-	6300.788.02
1.210	7.500	7.600	7.600	7.600	7.600	7.600	6300.789.01
563	2.102	2.102	2.127	2.152	2.152	2.152	6300.799.01
44	486	313	323	470	470	470	6300.811.86
700	-	-	-	-	-	-	6300.812.06
237	700	680	400	400	400	400	6300.821.01
50	50	50	50	50	50	50	6300.821.02
1.651	1.550	3.550	2.550	2.550	2.550	2.550	6300.821.03
16	-	-	-	-	-	-	6300.821.04
1.300	525	2.525	1.525	1.525	1.525	1.525	6300.821.05
9	-	-	-	-	-	-	6300.821.06
112	50	50	50	50	50	50	6300.821.11
591	250	250	50	50	50	50	6300.821.13
642	-	-	-	-	-	-	6300.821.15
-	300	320	-	-	-	-	6300.821.16
-	1.000	-	-	-	500	-	6300.821.23
70	70	70	70	70	70	70	6300.862.01
74.447	-	-	-	-	-	-	6300.863.01
4	2.100	2.100	2.100	2.100	2.100	2.100	6300.881.05
-	13.500	13.500	13.500	13.500	13.500	13.500	6300.891.02
639	-	-	-	-	-	-	6300.891.04
115	10.226	10.226	10.226	10.226	10.226	10.226	6300.891.05
500	500	500	500	500	500	500	6300.891.06
1.144	-	-	-	-	-	-	6300.891.07
74.095	-	-	-	-	-	-	6300.891.08

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
	6300.891.09	Zuwendungen an die Verkehrsunternehmen für den Bau von neuen Zugängen zu Schnellbahnhaltestellen	-	200	-
	6300.891.10	Kostenbeiträge zu verschiedenen Baumaßnahmen der Verkehrsunternehmen	-	4.083	33
	6300.891.12	Aufhebung der Bahnübergänge Chrysanderstraße und Möörkenweg	-	-	-
	6300.891.14	Zuschüsse zur Beschaffung von Linienomnibussen und Schienenfahrzeugen	-	8.068	-
*	6300.891.17	Zuschüsse gemäß § 8 Regionalisierungsgesetz für den Bau der S-Bahn-Strecke Neugraben - Stade	-	-	-
	6300.891.18	Kostenanteil Hamburgs am Bau der Schnellbahn-anbindung Flughafen	-	20.990	12.880
*	6300.891.19	Kostenanteil Hamburgs am Bau der U-Bahn HafenCity - Bramfeld	-	-	-
	6300.891.20	Kostenanteil Hamburgs an der Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek	-	12.550	1.500
	6300.891.21	Kostenanteil Hamburgs am Ausbau der AKN in Eidelstedt	-	5.675	3.045
	6300.891.24	Zuweisungen an die Hamburger Hochbahn AG für den Ausbau des Hafenbahntunnels Altona	-	-	1.790
	6300.892.01	Zuschuss für den Neubau des Zentralen Omnibus-bahnhofs (ZOB) Hauptbahnhof	-	6.766	-
*	6300.892.10	Förderung von Projekten zur Einführung von Fiskal-taxametern	-	200	-
	6300.893.01	Erstattungen für Maßnahmen zum Schutz gegen Straßenlärm (passiver Lärmschutz bei Neubau oder wesentlicher Änderung von Straßen)	-	1.149	500
**	6300.AUS.01	Grundinstandsetzung und Ausbau der Sengel-mannstraße	-	-	-
**	6300.AUS.02	Umbau des Horner Kreisels	-	-	-
**	6300.AUS.03	Rückstellung für Maßnahmen nach der Verkehrsent-wicklungsplanung für den ÖPNV	-	-	-
**	6300.AUS.04	Verlängerung der Sengelmannstraße nach Süden	-	-	-
**	6300.AUS.05	Bau des Rings 3 zwischen Rahlstedt und der A1	-	-	-
		Summe Ausgaben Bereich 06004			117.985
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			117.985
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-
		Ausgaben für neue Investitionen			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
212	-	-	-	-	-	-	6300.891.09
3.832	850	1.100	1.300	1.500	1.500	1.500	6300.891.10
-	-	-	-	-	-	-	6300.891.12
-	-	-	-	-	-	-	6300.891.14
-	-	-	-	-	-	-	6300.891.17
22.306	9.375	31.500	9.250	4.245	4.361	600	6300.891.18
-	-	-	-	32.000	35.000	43.200	6300.891.19
10.014	1.600	1.500	1.800	613	-	-	6300.891.20
382	2.000	1.285	450	-	-	-	6300.891.21
-	-	-	-	-	-	-	6300.891.24
3.303	-	-	-	-	-	-	6300.892.01
200	-	-	-	-	-	-	6300.892.10
29	500	500	500	500	500	500	6300.893.01
-	-	2.250	2.450	925	-	-	6300.AUS.01
-	-	1.000	4.000	-	-	-	6300.AUS.02
-	-	270	7.260	7.260	7.260	-	6300.AUS.03
-	-	-	1.000	3.000	2.000	-	6300.AUS.04
-	-	-	1.000	4.000	5.000	6.000	6300.AUS.05
205.114	96.421	128.914	114.799	140.374	141.952	136.431	
204.914	93.621	124.044	99.089	93.189	92.192	87.231	
-	2.800	1.350	-	32.000	35.500	-	
-	-	3.520	15.710	15.185	14.260	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		EINNAHMEN			
	6420.331.01	Zuweisungen des Bundes für die Verbesserung des Hochwasserschutzes einschließlich der Binnenentwässerung			18.600
	6420.341.01	Kostenbeiträge Dritter zur Anpassung an den Hochwasserschutz			-
	6420.341.04	Kostenbeiträge Dritter für Planung Umgestaltung und Neubau von Hamburger Gewässern			-
	6420.341.10	Zuschuss Dritter zum Bau von Lichtsignalanlagen			-
		Summe Einnahmen Bereich 06005			18.600
		davon			
		Einnahmen im Zusammenhang mit Investitionsvorbelastungen einschl. Aufstockungen			18.600
		Erstmalig veranschlagte Einnahmen			-
		AUSGABEN			
	6420.741.01	Wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen	-	5.744	5.920
	6420.741.10	Bau von Lichtsignalanlagen und Anlagen der öffentlichen Beleuchtung, soweit nicht im Zusammenhang mit anderen Straßenbaumaßnahmen veranschlagt	-	1.139	1.400
	6420.741.11	Grundinstandsetzung und Ersatz von Anlagen der Lichtsignalsteuerung und der öffentlichen Beleuchtung	-	4.394	7.600
	6420.746.01	Verbesserung des Hochwasserschutzes einschließlich der Binnenentwässerung	-	47.049	35.051
	6420.799.01	Vergütungen an Vertragsarchitektinnen,-architekten, -ingenieurinnen, -ingenieure, Sachverständige u.dgl. sowie sächliche Bauaufsichtskosten	-	-	-
	6420.811.01	Ersatz- und Neubeschaffung von Fahrzeugen und Geräten	-	110	200
	6420.812.56	Neu- und Ersatzbeschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen für IuK-Technik	-	28	-
	6420.821.01	Grunderwerb für die Verbesserung des Hochwasserschutzes einschließlich der Binnenentwässerung	-	1.579	1.250
	6420.821.02	Grunderwerb für sonstige wasserwirtschaftliche Maßnahmen	-	61	153
	6420.891.01	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Autobahn- und Tunnelbetrieb für Geräte und Fahrzeuge	-	22	10
	6420.891.56	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Autobahn- und Tunnelbetrieb für IuK-Maßnahmen	-	20	125
	6420.893.01	Erstattung von Vorsorgeaufwendungen für den Hochwasserschutz	-	-	-
**	6420.AUS.01	Wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen	-	-	-
		Summe Ausgaben Bereich 06005			51.709
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			51.709
		~~Erstmalig veranschlagte Ausgaben~~			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
	18.600	18.600	18.600	18.600	18.600	-	6420.331.01
	-	-	-	-	-	-	6420.341.01
	-	-	-	-	-	-	6420.341.04
	-	-	-	-	-	-	6420.341.10
	18.600	18.600	18.600	18.600	18.600	-	
	18.600	18.600	18.600	18.600	18.600	-	
	-	-	-	-	-	-	
14	5.620	4.620	4.620	4.620	4.620	-	6420.741.01
0	2.500	2.500	2.800	2.800	2.800	-	6420.741.10
-1.700	8.340	7.000	8.000	8.000	8.000	-	6420.741.11
-8.416	35.051	34.796	28.750	23.750	22.000	-	6420.746.01
-	7.725	7.780	7.838	7.950	7.950	-	6420.799.01
26	-	-	-	-	-	-	6420.811.01
-	-	-	-	-	-	-	6420.812.56
817	1.250	1.250	1.250	1.250	1.000	-	6420.821.01
-	153	153	153	153	153	-	6420.821.02
22	10	10	10	10	10	-	6420.891.01
20	125	125	125	125	125	-	6420.891.56
-	-	-	-	-	-	-	6420.893.01
-	-	800	800	800	800	-	6420.AUS.01
-9.216	60.774	59.034	54.346	49.458	47.458	-	
-9.216	60.774	58.234	53.546	48.658	46.658	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Ausgaben für neue Investitionen			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
-	-	800	800	800	800	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		EINNAHMEN			
	6610.341.01	Einnahmen aus Beteiligung von Planungsbegünstigten an durch Bauleitplan-Verfahren ausgelösten Kosten			-
		Summe Einnahmen Bereich 06006			-
		davon			
		Einnahmen im Zusammenhang mit Investitionsvorbelastungen einschl. Aufstockungen			-
		Erstmalig veranschlagte Einnahmen			-
		AUSGABEN			
	6610.791.01	Ausgaben im Zusammenhang mit der Beteiligung von Planungsbegünstigten an Kosten in Folge oder als Voraussetzung von Bauleitplanung	-	-	-
	6610.882.01	Kostenbeitrag zu Fördermaßnahmen von überregionaler Bedeutung mit Schleswig-Holstein	-	2.450	900
	6610.882.02	Kostenbeitrag zu Fördermaßnahmen von überregionaler Bedeutung mit Niedersachsen	-	1.359	416
		Summe Ausgaben Bereich 06006			1.316
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			1.316
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
	-	-	-	-	-	-	6610.341.01
	-	-	-	-	-	-	
	-	-	-	-	-	-	
	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	-	6610.791.01
1.051	700	921	921	921	921	921	6610.882.01
805	600	716	716	716	716	716	6610.882.02
1.856	1.300	1.637	1.637	1.637	1.637	1.637	
1.856	1.300	1.637	1.637	1.637	1.637	1.637	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		EINNAHMEN			
	7200.342.02	Finanzierungsanteil des Bundes für Sicherungsmaßnahmen im Zuge der Fahrrinnenanpassung			-
	7400.331.30	Zuweisungen des Bundes für Investitionen (Gemeinschaftsaufgabe Art. 91a GG)			487
	7400.346.01	Zuschüsse der EU zur Förderung von Investitionen der Fischwirtschaft			-
	7400.346.10	Zuweisung aus dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft - Abteilung Garantie			-
	7400.346.30	Zweckgebundene Leistungen der EU aus dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (Gemeinsch. Aufg. Art. 91a GG)			-
	7400.346.32	Zuschüsse der EU zur Förderung von Strukturmaßnahmen der Fischwirtschaft			-
		Summe Einnahmen Bereich 07001			487
		davon			
		Einnahmen im Zusammenhang mit Investitionsvorbelastungen einschl. Aufstockungen			487
		Erstmalig veranschlagte Einnahmen			-
		AUSGABEN			
	7000.812.01	Ersatzbeschaffung für die Kantine im Dienstgebäude Alter Steinweg/Wexstraße	-	65	-
	7000.812.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung	-	72	-
	7000.812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in der Behörde für Wirtschaft und Arbeit	-	294	-
	7100.741.01	Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur im Zusammenhang mit dem Ausbau der Hamburg-Messe	-	-	-
	7100.742.84	Sanierung des Heiligengeistfeldes, 4. Bauabschnitt Teilbetrag, Einzelzuweisung an das Bezirksamt Hamburg - Mitte	-	-	475
	7100.892.02	Maßnahmen zur Förderung von Telekommunikation und Multimedia am Standort Hamburg	-	3.420	1.885
	7200.701.01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Hochbau	-	93	63
	7200.742.48	Fahrrinnenanpassung der Unter- und Außenelbe	15.441	23.347	-
	7200.791.05	Erneuerung des Este-Sperrwerks	-	756	-
	7200.812.01	Neu- und Ersatzbeschaffung von Prüfeinrichtungen für die Eichdirektion	-	32	48
	7200.831.01	Hamburgische Beteiligung an einer Güterverkehrszentrums - Gesellschaft (GVZ) in Altenwerder	-	-	12
	7200.881.01	Kostenanteil Hamburgs für den Ausbau der Oststrecke des Mittellandkanals	38.170	28.319	1.076
	7200.881.02	Kostenanteil Hamburgs für den Bau des Elbe-Seitenkanals	257.129	256.667	153
	7200.893.06	Investitionszuschuss an die Internationale Schule e.V	4.857	4.890	-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
	-	-	-	-	-	-	7200.342.02
	480	540	559	559	521	-	7400.331.30
	-	-	-	-	-	-	7400.346.01
	-	-	-	-	-	-	7400.346.10
	-	-	-	-	-	-	7400.346.30
	-	-	-	-	-	-	7400.346.32
	480	540	559	559	521	-	
	480	540	559	559	521	-	
	-	-	-	-	-	-	
65	-	-	-	-	-	-	7000.812.01
33	-	-	-	-	-	-	7000.812.54
10	-	-	-	-	-	-	7000.812.56
-	3.000	3.000	3.000	13.200	-	-	7100.741.01
-	270	187	-	-	-	-	7100.742.84
2.020	1.300	1.600	1.600	1.600	1.600	-	7100.892.02
1	-	-	-	-	-	-	7200.701.01
645	-	-	-	-	-	-	7200.742.48
53	-	-	-	-	-	-	7200.791.05
1	38	38	38	38	38	-	7200.812.01
-	-	-	-	-	-	-	7200.831.01
-	1.028	1.000	1.000	1.000	1.000	-	7200.881.01
162	153	107	-	-	-	-	7200.881.02
33	-	-	-	-	-	-	7200.893.06

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
	7300.742.01	Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen (Bauwerk)	-	12.867	5.675
	7300.821.01	Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen (Grunderwerb)	-	1.683	639
	7300.861.01	Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen (Darlehen für die Vorfinanzierung von Leitungsverlegungen)	-	818	409
	7300.871.01	Ausgaben für Inanspruchnahmen aus einem der Hamburgischen Landesbank erteilten Auftrag	-	250	-
	7300.891.03	Förderung der Mikroelektronik-Anwendung	-	2.166	1.071
	7300.892.01	Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen (Kostenerstattung an Dritte)	-	-	-
	7300.892.02	Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft (soweit nicht anderweitig veranschlagt)	-	4.668	3.514
	7300.892.03	Förderung von FuE- sowie IuK-Vorhaben im Handwerk und Mittelstand	-	1.421	1.400
	7300.892.04	Investitionszuschüsse für Vorhaben des EFRE-Programms im Fördergebiet St. Pauli	-	90	-
	7300.892.06	Errichtung und Förderung eines Kompetenzzentrums Medizintechnik	-	1.923	1.023
	7300.892.11	Wettbewerbshilfen für die Werften	-	8.436	8.181
	7300.892.12	Förderung der Luftfahrtforschung und - technologie	-	5.690	3.493
	7300.892.15	Aktivierung von Gewerbebrachen/Herrichtung von Industrieanlagen für neue gewerbliche Nutzung	-	2.824	250
	7300.892.17	Projektförderung für Modernisierung von Kleingewerbe an problematischen Standorten	-	364	190
	7400.701.01	Kleine Neu-,Um- und Erweiterungsbauten auf städtischen Pachthöfen aufgrund der JGS-Verordnung	-	692	818
	7400.701.02	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Hochbau	-	713	77
	7400.742.01	Investive Maßnahmen für den hamburgischen Staatswald	-	212	109
	7400.811.01	Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen, Geräten und Ausstattungsgegenständen im Forstbetrieb	-	291	180
	7400.812.01	Beschaffung eines Satelliten-Überwachungssystems für Fischereifahrzeuge	-	29	-
	7400.821.01	Grunderwerb für Wald und Naturschutz	-	-	95
	7400.862.03	Darlehen für die Eingliederung der aus der Landwirtschaft stammenden Vertriebenen und Flüchtlinge	-	62	-
	7400.892.02	Investitionszuschüsse zur Verbesserung umwelt- und ressourcenschonender Bewirtschaftungsformen sowie Umstellung auf ökologischen Landbau	-	181	46
	7400.892.08	Zuschüsse zur Förderung von Investitionen für Verarbeitungs- und Vermarktungseinrichtungen in der Fischwirtschaft im Rahmen von EU-Programmen	-	1.601	-
	7400.892.10	Zuschüsse für die Anlage von Reit-, Wander- und Erlebnispfaden	-	15	9
	7400.892.30	Zuschüsse zur Förderung von Investitionen in der Ernährungs-, Land- und Forstwirtschaft (Gemeinschaftsaufgabe Art. 91a GG)	-	1.408	811
	7400.892.31	Verwendung zweckgebundener Einnahmen aus dem EAGFL (Gemeinschaftsaufgabe Art. 91a GG)	-	0	-
	7400.894.01	Investitionszuschüsse für die Erweiterung von Wasserspeicherkapazitäten zum Zwecke der	-	1.125	-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
646	4.450	8.310	7.670	7.670	7.670	-	7300.742.01
1.445	345	677	511	383	383	-	7300.821.01
634	-	510	260	260	260	-	7300.861.01
250	-	-	-	-	-	-	7300.871.01
2.166	260	-	-	-	-	-	7300.891.03
-	-	-	-	-	-	-	7300.892.01
3.400	3.150	2.850	2.650	2.650	2.650	-	7300.892.02
227	1.507	1.800	1.800	1.800	1.800	-	7300.892.03
90	-	-	-	-	-	-	7300.892.04
1.064	667	-	-	-	-	-	7300.892.06
-	8.181	2.400	-	-	-	-	7300.892.11
5.490	2.620	4.000	4.000	-	-	-	7300.892.12
2.821	1.201	2.200	1.200	300	500	-	7300.892.15
208	190	190	190	190	190	-	7300.892.17
3	567	200	-	-	-	-	7400.701.01
638	194	50	-	-	-	-	7400.701.02
53	136	206	256	256	256	-	7400.742.01
54	62	62	62	62	62	-	7400.811.01
29	-	-	-	-	-	-	7400.812.01
-	95	95	95	95	95	-	7400.821.01
62	-	-	-	-	-	-	7400.862.03
181	23	46	46	46	46	-	7400.892.02
90	-	-	-	-	-	-	7400.892.08
15	9	9	9	9	9	-	7400.892.10
456	800	900	931	931	869	-	7400.892.30
-	-	-	-	-	-	-	7400.892.31
1.125	-	-	-	-	-	-	7400.894.01

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		~~Frostschutzberegnung im Obstbau~~			
	7450.863.01	Darlehen zur Existenzgründung kleinerer Betriebe	-	422	-
	7450.892.18	Maßnahmen innovativer Strukturpolitik	-	1.450	2.511
**	7300.AUS.01	Rückstellung Wirtschaftsförderung	-	-	-
		Summe Ausgaben Bereich 07001			34.213
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			34.213
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-
		Ausgaben für neue Investitionen			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
403	-	-	-	-	-	-	7450.863.01
784	2.050	500	500	500	500	-	7450.892.18
-	-	511	511	511	511	-	7300.AUS.01
25.357	32.296	31.448	26.329	31.501	18.439	-	
25.357	32.296	30.937	25.818	30.990	17.928	-	
-	-	-	-	-	-	-	
-	-	511	511	511	511	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		EINNAHMEN			
	7500.341.07	Kostenbeteiligung an den Baggerarbeiten Hundebalje			-
	7500.341.08	Zuschuss Dritter für die Erschließung Südwest-/ Indiahafen			-
	7500.342.01	Zuschuss für Untersuchungen zur Anpassung von Hochwasserschutzanlagen			-
		Summe Einnahmen Bereich 07002			-
		davon			
		Einnahmen im Zusammenhang mit Investitionsvorbelastungen einschl. Aufstockungen			-
		Erstmalig veranschlagte Einnahmen			-
		AUSGABEN			
	7500.701.01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Hochbau	-	258	200
	7500.741.01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Tiefbau	-	313	-
	7500.742.04	Unterbringung von Baggergut und Trockenaufhöhungen	-	30.299	28.051
	7500.742.45	Flächenherrichtung für Exportabfertigung Waltershof einschließlich Verbesserung Grenzdurchlasssituation	5.624	3.694	1.533
	7500.742.47	Altenwerder - 1. Vorbereitung für Hafenzwecke einschl. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen	87.942	45.123	9.204
	7500.742.49	Umstrukturierung Südwest-/Indiahafen, Aufhöhung/Erschließung 2. Stufe	10.993	3.780	428
	7500.742.51	Anpassung der wasserseitigen Zufahrt zu den Waltershofer Häfen	-	-	-
	7500.742.52	Umstrukturierung Toller Ort-Terminal, 2. Stufe: Restverfüllung Vulkanhafen	15.850	5.585	3.036
	7500.742.53	Aufweitung der Köhlbrandinnenkurve	7.158	5.040	1.279
	7500.742.57	Fahrwasseranpassung Vorhafen	6.650	-	-
	7500.742.60	Umstrukturierung Kohlenschiffhafen	-	1.972	2.000
	7500.743.69	Grundinstandsetzung der St. Pauli Landungsbrücken, 2. Baustufe	6.851	6.424	-
	7500.743.70	Grundinstandsetzung der St.Pauli Landungsbrücken, 3. Bauabschnitt	5.624	643	2.200
	7500.743.72	Umstrukturierung Griesenwerder Hafen, Neubau Liegeplatz 7	14.827	13.181	-
	7500.743.73	Ausbau einer Kaimauer am Kamerunkai	6.272	4.069	1.534
	7500.743.76	Ersatz eines Dalbenliegeplatzes für die Grossschifffahrt	5.113	79	2.557
	7500.743.77	Umstrukturierung Griesenwerder Hafen, Predöhlkai, Arrondierung LP 5-7 (LP 7a)	7.669	5.053	5.102

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
	-	-	-	-	-	-	7500.341.07
	-	-	-	-	-	-	7500.341.08
	-	-	-	-	-	-	7500.342.01
	-	-	-	-	-	-	
	-	-	-	-	-	-	
	-	-	-	-	-	-	
15	200	-	-	-	-	-	7500.701.01
-	-	-	-	-	-	-	7500.741.01
160	32.000	32.000	32.000	32.000	32.000	-	7500.742.04
-	-	-	-	-	-	-	7500.742.45
32	6.991	6.891	-	-	-	-	7500.742.47
29	514	614	1.880	2.445	-	-	7500.742.49
-	-	-	-	-	-	-	7500.742.51
-	2.171	2.007	-	-	-	-	7500.742.52
1	-	-	-	-	-	-	7500.742.53
-	2.250	4.400	-	-	-	-	7500.742.57
-	1.602	-	-	-	-	-	7500.742.60
-	-	-	-	-	-	-	7500.743.69
-	1.000	1.000	914	-	-	-	7500.743.70
-	-	-	-	-	-	-	7500.743.72
-	-	-	-	-	-	-	7500.743.73
0	-	-	-	-	-	-	7500.743.76
-	-	-	-	-	-	-	7500.743.77

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
	7500.743.78	Ausbau Predöhlkai, Liegeplatz 1	28.100	-	-
	7500.743.79	Neubau 2. Dalbentiefwasserliegeplatz	5.000	-	-
	7500.744.29	Bedarfsgerechte landseitige Anbindung Containerterminal Waltershofer Hafen	17.895	17.620	1.534
	7500.744.31	Bau eines Straßendammes im Marktkanal	2.301	19	1.023
	7500.744.32	Bau eines Verkehrsdammes im Leichterkanal	1.636	703	511
*	7500.744.33	Verfüllung der Müggenburger- und der Niedernfelder Durchfahrt, 1. Stufe	5.400	-	-
	7500.744.34	Umbau des Knotens Waltershofer Str./Finkenwerder Straße	39.000	-	-
	7500.745.19	Modernisierung der Hafenbahn einschl. Bau einer Umschlagsanlage für den kombinierten Verkehr	114.478	65.885	1.558
	7500.746.13	Grundinstandsetzung der Köhlbrandbrücke	7.669	6.127	2.045
	7500.746.14	Grundinstandsetzung der Köhlbrandbrücke, 3. Baustufe	7.669	-	767
	7500.746.21	Erneuerung der Ellerholzrampe	7.130	5.846	1.250
	7500.791.01	Kleine Neu-,Um-und Erweiterungsbauten (sonstige Baumaßnahmen)	-	-	-
	7500.791.20	Sammeltitel für Plafondmaßnahmen: Grundinstandsetzung, Ersatz und Verbesserung der Hafeninfrastruktur ohne bei 791.25 veranschl. Einzelmaßnahm.	-	28.038	15.000
	7500.791.25	Sammeltitel für Plafondeinzelmaßnahmen bis zu 2,5 Mio. EUR im Einzelfall (soweit nicht bei 7500.791.20 global veranschlagt)	-	1.207	560
	7500.792.02	Projektförderung Durchführbarkeitstudie zur Optimierung der Schienenanbindung an Skandinavien und den Ostseeraum	-	78	-
	7500.797.01	Verbesserung der Datenkommunikation im Hafen	18.253	15.495	-
	7500.799.01	Vergütungen an Vertragsarchitekten, -ingenieure, Sachverständige u. dgl. (Tiefbau)	-	5.859	2.557
	7500.812.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung	-	4	-
	7500.812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik beim Strom- und Hafenbau	-	35	-
	7500.821.01	Sammeltitel für Grunderwerb	-	56	51
	7500.821.28	Entschädigung im Zusammenhang mit der Umstrukturierung Kohlenschiffhafen	1.023	347	511
	7500.831.01	Kapitaleinlage der Projektierungsgesellschaft Finkenwerder mbH & Co KG	214.743	62.889	54.709
	7500.862.02	Darlehen an Dritte zum Ausgleich von Nachteilen bei Aufbaumaßnahmen im Zusammenhang mit der Räumung von Moorburg/ Francop-Ost	-	307	-
	7500.891.01	Ersatz von Aufwendungen der Realisierungsgesellschaft DA-Erweiterung mbH für den öffentlichen Hochwasserschutz	46.016	32.035	983
	7500.892.03	Hilfen bei Anpassungsinvestitionen der Obstbauern beiderseits der Alten Süderelbe	-	134	-
	7500.892.06	Zuschüsse für Untersuchungen zur Anpassung der privaten Hochwasserschutzanlagen im Hafen	4.090	576	500
	7500.893.02	Umsiedlungszuschüsse für Wohngrundstücke	-	147	-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
-	5.000	10.000	13.100	-	-	-	7500.743.78
-	2.500	2.500	-	-	-	-	7500.743.79
-	-	-	-	-	-	-	7500.744.29
-	-	-	-	-	-	-	7500.744.31
-	-	-	-	-	-	-	7500.744.32
-	2.000	3.400	-	-	-	-	7500.744.33
-	6.800	8.000	17.000	7.200	-	-	7500.744.34
2	1.500	3.750	10.000	17.103	4.938	-	7500.745.19
-	-	-	-	-	-	-	7500.746.13
-	1.000	1.550	2.653	1.699	-	-	7500.746.14
-	-	-	-	-	-	-	7500.746.21
-	-	-	-	-	-	-	7500.791.01
5	15.000	14.500	16.500	20.000	23.000	-	7500.791.20
64	807	100	100	100	100	-	7500.791.25
78	-	-	-	-	-	-	7500.792.02
117	-	-	-	-	-	-	7500.797.01
1	2.888	2.537	1.537	1.588	1.897	-	7500.799.01
4	-	-	-	-	-	-	7500.812.54
35	-	-	-	-	-	-	7500.812.56
57	1.000	51	51	1.000	1.900	-	7500.821.01
347	-	-	-	-	-	-	7500.821.28
-	46.528	7.669	-	-	-	-	7500.831.01
307	-	-	-	-	-	-	7500.862.02
14.110	1.754	8.000	-	-	-	-	7500.891.01
134	-	-	-	-	-	-	7500.892.03
34	500	688	-	-	-	-	7500.892.06
147	-	-	-	-	-	-	7500.893.02

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
**	7500.AUS.01	Ausbau Liegeplatz 2, Predöhlkai	16.300	-	-
**	7500.AUS.03	Ausbau Liegeplatz 2, Burchardkai	23.000	-	-
**	7500.AUS.04	Fahrrinnenanpassung	20.000	-	-
**	7500.AUS.05	Flächenerschießung Altenwerder West	5.200	-	-
**	7500.AUS.06	Grundinstandsetzung der Köhlbrandbrücke, 4. Stufe	7.000	-	-
**	7500.AUS.07	Neubau Rethe Hubbrücke	55.000	-	-
		Summe Ausgaben Bereich 07002			140.683
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			140.683
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-
		Ausgaben für neue Investitionen			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
-	-	-	-	-	8.000	8.300	7500.AUS.01
-	-	-	-	-	7.000	16.000	7500.AUS.03
-	-	-	5.000	7.000	8.000	-	7500.AUS.04
-	-	-	-	-	2.200	3.000	7500.AUS.05
-	-	-	-	1.500	1.500	4.000	7500.AUS.06
-	-	-	-	-	5.000	50.000	7500.AUS.07
15.678	134.005	109.657	100.735	91.635	95.535	81.300	
15.678	132.005	106.257	95.735	83.135	63.835	-	
-	2.000	3.400	-	-	-	-	
-	-	-	5.000	8.500	31.700	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	8000.710.01	Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Modernisierungen und dgl.	-	14	-
*	8000.710.56	Baumaßnahmen für Iuk-Vorhaben	-	-	-
	8000.812.16	Beschaffung eines bundesweit einheitlichen digitalen Sprech- und Datenfunksystems für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS)	38.300	7.000	3.000
	8000.812.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung	-	342	-
	8000.812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in der Behörde für Inneres	-	4.219	-
		Summe Ausgaben Bereich 08101			3.000
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			3.000
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
14	-	-	-	-	-	-	8000.710.01
-	15	15	-	-	-	-	8000.710.56
7.000	6.285	10.000	8.000	4.015	-	-	8000.812.16
241	-	-	-	-	-	-	8000.812.54
-2.451	-	-	-	-	-	-	8000.812.56
4.805	6.300	10.015	8.000	4.015	-	-	
4.805	6.285	10.000	8.000	4.015	-	-	
-	15	15	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	8010.711.56	Kleine Baumaßnahmen im Zusammenhang mit IuK-Technik	-	12	-
*	8010.811.01	Erwerb von Fahrzeugen für den Städtischen Ordnungsdienst	-	-	-
*	8010.812.03	Erstausstattung des Städtischen Ordnungsdienstes	-	-	-
	8010.821.02	Grunderwerb für das Grundstück Amsinckstraße 34	22.705	22.492	-
		Summe Ausgaben Bereich 08102			-
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			-
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
12	-	-	-	-	-	-	8010.711.56
-	36	36	-	-	-	-	8010.811.01
-	48	48	-	-	-	-	8010.812.03
-	-	-	-	-	-	-	8010.821.02
12	84	84	-	-	-	-	
12	-	-	-	-	-	-	
-	84	84	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	8020.710.01	Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Modernisierungen und dgl. (Hochbau)	-	149	67
	8020.710.56	Baumaßnahmen für IuK-Vorhaben	-	57	57
		Summe Ausgaben Bereich 08103			124
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			124
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
59	80	27	20	-	-	-	8020.710.01
57	-	-	-	-	-	-	8020.710.56
116	80	27	20	-	-	-	
116	80	27	20	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		EINNAHMEN			
	8520.332.04	Investitionskostenanteile der Länder			357
		Summe Einnahmen Bereich 08105			357
		davon			
		Einnahmen im Zusammenhang mit Investitionsvorbelastungen einschl. Aufstockungen			357
		Erstmalig veranschlagte Einnahmen			-
		AUSGABEN			
	8500.710.01	Sanierung, Modernisierung u. Erweiterung der Baulichen Infrastruktur der Polizei (Hochbau)	-	754	-
	8500.710.02	Neubau des Polizeipräsidiums einschließlich Folgemaßnahmen	-	11.426	6.596
	8500.710.03	Verbesserung der baulichen Infrastruktur von Polizeiunterkünften in Alsterdorf	-	1.942	1.935
	8500.710.04	Gemeinsame räumliche Unterbringung von Polizeirevieren und Kriminalkommissariaten	-	7.575	10.058
	8500.710.56	Baumaßnahmen für IuK-Vorhaben	-	709	345
	8500.811.01	Beschaffung von Dienstfahrzeugen	-	4.069	3.327
	8500.811.02	Ersatz von Hubschraubern	-	629	1.738
	8500.811.04	Ersatz von Wasserfahrzeugen	-	1.119	-
	8500.812.02	Beschaffung von Fernmelde- und Fernsehanlagen	-	1.564	885
	8500.812.05	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen	-	191	60
	8500.812.06	Beschaffung eines automatischen Fingerabdruckidentifizierungssystems (AFIS)	-	68	-
	8500.812.13	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen im Zusammenhang mit Baumaßnahmen u.dgl.	-	229	195
	8500.812.23	Technische Ausstattung für den Neubau der Polizeieinsatzzentrale	-	582	-
	8500.812.30	Beschaffungen i.R. des Konzepts Innere Sicherheit und Strukturanpassungen	-	11	-
	8500.812.31	Beschaffungen/Aufwendungen i.R. der Umorganisation	-	-	-
	8500.812.61	Erwerb von Spezialgeräten	-	1.796	700
	8520.710.01	Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Modernisierungen und dgl. (Hochbau)	-	210	359
	8520.812.01	Erwerb von Geräten und Ausstattungsgegenständen	-	317	64
**	8500.AUS.01	Kleine Investitionen - Polizei -	614	-	-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
	240	258	303	413	-	-	8520.332.04
	240	258	303	413	-	-	
	240	258	303	413	-	-	
	-	-	-	-	-	-	
2	-	-	-	-	-	-	8500.710.01
3.413	6.596	6.596	6.596	6.596	6.596	-	8500.710.02
703	256	-	-	-	-	-	8500.710.03
4.228	371	1.800	-	-	-	-	8500.710.04
428	345	209	154	200	200	-	8500.710.56
1.050	3.446	3.421	4.000	4.000	4.000	-	8500.811.01
629	7.235	-	-	-	-	-	8500.811.02
572	753	1.442	1.487	100	923	-	8500.811.04
724	971	546	891	1.011	1.100	-	8500.812.02
191	60	10	10	10	10	-	8500.812.05
68	-	-	-	-	-	-	8500.812.06
182	462	154	154	-	154	-	8500.812.13
209	-	-	-	-	-	-	8500.812.23
11	-	-	-	-	-	-	8500.812.30
-	-	-	-	-	-	-	8500.812.31
865	2.049	594	559	700	1.500	-	8500.812.61
76	100	100	51	251	51	-	8520.710.01
122	184	277	307	238	270	-	8520.812.01
-	-	-	-	-	614	-	8500.AUS.01

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Summe Ausgaben Bereich 08105			26.262
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			26.262
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-
		Ausgaben für neue Investitionen			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
13.475	22.828	15.149	14.209	13.106	15.418	-	
13.475	22.828	15.149	14.209	13.106	14.804	-	
-	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	614	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	8550.710.01	Hochbaumaßnahmen für die Berufsfeuerwehr und die Freiwilligen Feuerwehren	-	1.189	201
	8550.710.03	Hochbaumaßnahmen für die Berufsfeuerwehr und die Freiwilligen Feuerwehren Landesfeuerwehrschule und zentraler Betriebsdienst	6.904	8.517	-
	8550.710.56	Baumaßnahmen für IuK-Vorhaben	-	3	-
	8550.811.01	Beschaffung von Feuerlöschfahrzeugen (einschl. Wasserfahrzeugen)	-	12.052	4.686
	8550.811.02	Beschaffung von Rettungsdienstfahrzeugen	-	3.866	1.534
	8550.812.10	Beschaffung von Geräten für den Kampfmittelräumdienst	-	135	51
	8550.812.14	Fernmelde-, Alarmierungstechnik und Lichtsignal-anlagen	-	726	400
	8550.812.17	Beschaffung von Feuerwehrhelmen	-	202	223
	8550.812.22	Alarmierungstechnik an Feuer- und Rettungswachen	-	101	-
	8550.812.23	Ersatzbeschaffung und Umrüstung von Atemschutzgeräten	-	1.576	-
	8550.812.27	Einrichtungen für Feuerwachen	-	2	-
	8550.812.29	Ersatzbeschaffungen unterschiedlicher Einsatzgeräte	-	135	467
		Summe Ausgaben Bereich 08106			7.562
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			7.562
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
91	-	-	-	-	-	-	8550.710.01
387	-	-	-	-	-	-	8550.710.03
3	-	-	-	-	-	-	8550.710.56
6.690	5.469	8.344	6.036	6.036	6.036	-	8550.811.01
438	1.534	1.534	1.534	1.534	1.534	-	8550.811.02
99	51	51	51	51	51	-	8550.812.10
145	450	450	500	500	500	-	8550.812.14
202	-	-	-	-	-	-	8550.812.17
2	-	-	-	-	-	-	8550.812.22
953	-	-	-	-	-	-	8550.812.23
2	-	-	-	-	-	-	8550.812.27
135	476	420	110	110	110	-	8550.812.29
9.147	7.980	10.799	8.231	8.231	8.231	-	
9.147	7.980	10.799	8.231	8.231	8.231	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	8590.812.01	Erwerb v. Geräten u. sonst. bewegl. Sachen	-	57	95
		Summe Ausgaben Bereich 08107			95
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			95
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
1	110	100	100	100	100	-	8590.812.01
1	110	100	100	100	100	-	
1	110	100	100	100	100	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	8580.812.02	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen für den Katastrophenschutz	-	274	85
	8580.812.03	Beschaffung von Sirenenanlagen für die Warnung der Bevölkerung im Tidegebiet der Elbe	-	133	133
		Summe Ausgaben Bereich 08108			218
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			218
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
42	120	100	100	100	100	-	8580.812.02
133	133	133	133	133	133	-	8580.812.03
175	253	233	233	233	233	-	
175	253	233	233	233	233	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	8600.701.01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Hochbau	-	380	100
*	8600.812.01	Ersatz und Erweiterung der Kantineneinrichtung in der Billstraße	-	-	-
	8600.812.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung	-	84	-
	8600.812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in der Behörde für Umwelt und Gesundheit	-	1.408	-
	8600.821.01	Grunderwerb für Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege	-	120	570
	8600.823.01	Jahresleistungsrate für das Verwaltungsgebäude Billstraße	-	5.816	4.738
	8600.893.01	Rückstellung für Freibäder	-	19	50
		Summe Ausgaben Bereich 08201			5.458
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			5.458
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
367	350	50	50	50	50	-	8600.701.01
-	132	-	-	-	-	-	8600.812.01
61	-	-	-	-	-	-	8600.812.54
-114	-	-	-	-	-	-	8600.812.56
51	570	570	570	365	365	-	8600.821.01
839	5.052	5.058	5.064	5.070	5.076	-	8600.823.01
13	50	50	50	50	50	-	8600.893.01
1.217	6.154	5.728	5.734	5.535	5.541	-	
1.217	6.022	5.728	5.734	5.535	5.541	-	
-	132	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		EINNAHMEN			
	8700.341.02	Erstattung von Kosten im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen			26
	8700.341.06	Kostenbeteiligungen Dritter im Rahmen des Altlastensanierungsprogramms			-
	8700.341.36	Sielbau- und Sielanschlussbeiträge gemäß § 8 Abs.1 Sielabgabengesetz			409
	8700.341.37	Sielbau- und Sielanschlussbeiträge für Maßnahmen der Anstalt Hamburger Stadtentwässerung			-
		Summe Einnahmen Bereich 08202			435
		davon			
		Einnahmen im Zusammenhang mit Investitionsvorbelastungen einschl. Aufstockungen			435
		Erstmalig veranschlagte Einnahmen			-
		AUSGABEN			
	8700.701.02	Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Grundinstandsetzungen öffentlicher Toiletten	-	100	100
	8700.742.02	Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der Gewässergüte	-	591	500
	8700.742.84	Wasserwirtschaftliche und naturschutzfachliche Maßnahmen am Neuländer See Einzelzuweisung an das Bezirksamt Harburg	147	-	127
	8700.787.01	Untersuchungs-, Vorbereitungs- und Nachsorgemaßnahmen bei Untergrundverunreinigungen	-	4.752	3.500
	8700.787.02	Aufwendungen im Zusammenhang mit Untergrundverunreinigungen durch Munition und Kampfstoffe	-	2.225	1.600
	8700.787.06	Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen	-	1.600	1.020
	8700.787.07	Baudurchführung von Sanierungsmaßnahmen	-	12.865	10.000
	8700.787.25	Sanierung der Bille-Siedlung	-	-	-
	8700.787.32	Sanierung der Deponie Brümmer	-	2.294	-
	8700.787.46	Sanierung Moorfleeter Brack	-	4.933	-
	8700.787.59	Sanierung Curslacker Neuer Deich 70/AAB	-	-	-
	8700.787.71	Sanierung Am Grasbrookhafen - HafenCity -	-	-	2.550
	8700.787.90	Fortlaufende Sicherung,Überwachung sowie Unterhaltung und Erneuerung von Sanierungsanlagen und -bauwerken	-	2.430	2.311
	8700.811.01	Neu- und Ersatzbeschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen	-	879	15
	8700.891.01	Sielbau- und Sielanschlussbeiträge für Maßnahmen der Anstalt Hamburger Stadtentwässerung	-	4.570	-
	8700.891.02	Kosten für Regen- und Mischwassersiele im Rahmen der Erstbesielung (Straßenentwässerungsanteil)	-	387	108

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
	16	16	16	16	16	-	8700.341.02
	-	-	-	-	-	-	8700.341.06
	400	360	300	200	200	-	8700.341.36
	-	-	-	-	-	-	8700.341.37
	416	376	316	216	216	-	
	416	376	316	216	216	-	
	-	-	-	-	-	-	
100	160	200	180	180	180	-	8700.701.02
342	297	693	480	480	480	-	8700.742.02
-	-	-	-	-	-	-	8700.742.84
806	3.400	4.100	3.500	3.500	3.500	-	8700.787.01
197	2.000	1.800	1.800	1.800	1.800	-	8700.787.02
142	1.000	1.040	1.020	1.020	1.020	-	8700.787.06
2.185	3.800	9.088	8.000	8.000	7.000	-	8700.787.07
-	-	-	-	-	-	-	8700.787.25
379	-	-	-	-	-	-	8700.787.32
2.701	-	-	-	-	-	-	8700.787.46
-	-	-	-	-	-	-	8700.787.59
-	7.700	1.550	-	-	-	-	8700.787.71
412	2.000	2.750	2.500	2.500	2.500	-	8700.787.90
11	15	15	15	15	15	-	8700.811.01
407	-	-	-	-	-	-	8700.891.01
294	158	50	50	50	50	-	8700.891.02

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
	8700.891.03	Erneuerung und Grundinstandsetzung von Straßenentwässerungsanlagen	-	2.094	1.600
	8700.896.02	Zuschüsse zur Verringerung der Schadstoffbelastung der Elbe	-	859	-
		Summe Ausgaben Bereich 08202			23.431
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			23.431
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
-	2.200	2.000	2.000	2.000	2.000	-	8700.891.03
700	-	-	-	-	-	-	8700.896.02
8.674	22.730	23.286	19.545	19.545	18.545	-	
8.674	22.730	23.286	19.545	19.545	18.545	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		EINNAHMEN			
	8800.341.01	Kostenbeitrag Dritter für Kleingartenersatzland			-
	8800.341.02	Zuweisungen Dritter aufgrund vertraglicher Verpflichtungen			-
	8800.341.03	Einzahlungen für naturschutzrechtlich verbindliche Ausgleichsmaßnahmen einschl. Entwicklungspflege aufgrund von Bauleitplänen			-
		Summe Einnahmen Bereich 08203			-
		davon			
		Einnahmen im Zusammenhang mit Investitionsvorbelastungen einschl. Aufstockungen			-
		Erstmalig veranschlagte Einnahmen			-
		AUSGABEN			
	8800.702.84	Neubau des Betriebsstützpunktes Planten un Blomen, Einzelzuweisung an das Bezirksamt Hamburg-Mitte	-	-	-
	8800.710.01	Neubau der Revierförsterei Volksdorf	-	25	-
	8800.720.01	Neueindeckung des Reetdaches Schafstall Fischbeker Heide	-	-	69
*	8800.720.02	Grundinstandsetzung des Gebäudes Turmwurt 12 auf der Insel Neuwerk "Ottos Gartenlokal"	-	-	-
	8800.741.01	Planung, Instandsetzung, Neuanlage und Umgestaltung von Grünanlagen und Spielplätzen	-	30	3.718
	8800.741.05	Herrichtung und Umgestaltung von Kleingartenanlagen, Aufschließungsmaßnahmen in Kleingarten- und Behelfsheimgebieten, vorbereitende Untersuchungen	-	10	1.000
	8800.741.10	Vorbereitung von Straßenbaumpflanzungen und Instandsetzungsmaßnahmen einschl. digitaler Erfassung	-	60	500
	8800.741.81	Investitionen für Grün- und Erholungsanlagen, Pflanzung von Straßenbäumen, Ausstattung der Gartenbauabteilungen,Rahmenzuweisungen an die Bezirke	-	-	1.700
	8800.741.86	Planung, Instandsetzung, Neuanlage und Umgestaltung von Grünanlagen und Spielplätzen, Zweckzuweisungen an die Bezirke	-	-	771
	8800.741.87	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Tiefbau, Herrichtung von Belegungsflächen, Zweckzuweisungen an die Bezirke	-	-	170
	8800.742.02	Naturschutzrechtlich verbindliche Ausgleichsmaßnahmen einschl. Entwicklungspflege aufgrund von Bauleitplänen	-	806	-
	8800.742.03	Verbesserung der Lebensbedingungen für Pflanzen und Tiere in und an Gewässern	-	102	130
	8800.742.04	Ökologische Ausgleichsmaßnahmen für Baggergutunterbringung sowie Vergütungen an Vertragsarchitekten, -ingenieure und dgl. für Planung und Entwurf	-	364	150
	8800.742.06	Herrichtung der Außenanlagen der Infostationen Duvenstedter Brook und Boberger Niederung für Lehrzwecke	-	50	-
	8800.742.08	Erweiterung des Naturschutzinformationshauses Duvenstedter Brook	-	148	-
	8800.742.09	Bau eines Informationszentrums für den Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer auf Neuwerk	938	1.565	-
	8800.742.84	Ausgleichsmaßnahmen für die Wohnerschließung von Neu-Allermöhe-West, Einzelzuweisung an das Bezirksamt Bergedorf	-	-	307

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
	-	-	-	-	-	-	8800.341.01
	-	-	-	-	-	-	8800.341.02
	-	-	-	-	-	-	8800.341.03
	-	-	-	-	-	-	
	-	-	-	-	-	-	
	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	-	8800.702.84
24	-	-	-	-	-	-	8800.710.01
-	-	-	-	-	-	-	8800.720.01
-	-	100	-	-	-	-	8800.720.02
-	3.850	3.900	3.900	3.221	3.215	-	8800.741.01
10	450	750	500	700	700	-	8800.741.05
0	850	850	850	850	850	-	8800.741.10
-	1.300	1.300	1.300	1.300	1.300	-	8800.741.81
-	-	-	-	-	-	-	8800.741.86
-	180	180	180	180	180	-	8800.741.87
806	50	50	50	50	50	-	8800.742.02
102	-	135	60	60	60	-	8800.742.03
242	155	330	255	300	220	-	8800.742.04
50	-	-	-	-	-	-	8800.742.06
-	-	-	-	-	-	-	8800.742.08
627	-	-	-	-	-	-	8800.742.09
-	307	-	-	-	-	-	8800.742.84

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
	8800.748.84	Städt. Grünplanung im Neubaugebiet Allermöhe II, Einzelzuweisung an das Bezirksamt Bergedorf	-	-	355
	8800.749.84	Rückbau- und Sanierungsmaßnahmen in Planten un Blomen/Wallringpark, Einzelzuweisung an das Bezirksamt Hamburg-Mitte	-	-	410
	8800.750.84	Umgestaltung der Grünanlage Wandsbeker Markt, Einzelzuweisung an den Bezirk Wandsbek	1.995	-	1.120
	8800.791.01	Ökologische Pflegemaßnahmen, Verbesserungs- und Sanierungsmaßnahmen im öffentlichen Grün und auf bezirklichen Friedhöfen	-	165	850
	8800.811.02	Erstausstattung des Nationalpark-Hauses auf der Insel Neuwerk	-	-	-
	8800.811.03	Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen, Geräten und Ausstattungsgegenständen	-	-	-
	8800.811.81	Investitionen für die Gartenbauabteilungen - Bereich Friedhöfe -, Rahmenzuweisungen an die Bezirke	-	-	340
	8800.812.01	Aufbau Fachinformationssysteme Forsten, Grün und Naturschutz	-	85	-
	8800.821.01	Grunderwerb für Grünanlagen, Spielplätze und Kleingarten-Ersatzflächen	-	2.381	1.325
	8800.821.02	Grunderwerb für naturschutzrechtlich verbindliche Ausgleichsflächen aufgrund von Festsetzungen in Bebauungsplänen	-	86	230
	8800.821.06	Abbau von Schulden beim Grundstock für Grunderwerb	-	2.923	510
	8800.821.25	Grunderwerb für die Grünflächen im Neubaugebiet Allermöhe II	8.436	2.100	670
	8800.821.26	Grunderwerb für den Stadtpark Rothenburgsort	-	204	-
**	8800.AUS.04	Kleine Investitionen fuer den Naturschutz	-	-	-
**	8800.AUS.06	Internationale Gartenschau 2013	-	-	-
**	8800.AUS.07	Grünanlage des Neubaugebietes Neugraben - Fischbek 65	-	-	-
		Summe Ausgaben Bereich 08203			14.325
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			14.325
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-
		Ausgaben für neue Investitionen			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
-	-	830	300	-	-	-	8800.748.84
-	910	210	50	350	350	-	8800.749.84
-	600	275	-	-	-	-	8800.750.84
0	750	750	750	750	750	-	8800.791.01
-	20	-	-	-	-	-	8800.811.02
-	80	-	-	-	-	-	8800.811.03
-	307	307	307	307	307	-	8800.811.81
31	-	-	-	-	-	-	8800.812.01
2.293	893	1.159	1.025	1.319	25	-	8800.821.01
86	150	200	150	100	100	-	8800.821.02
2.923	510	510	510	560	560	-	8800.821.06
1.072	700	1.200	800	800	800	-	8800.821.25
204	-	-	-	-	-	-	8800.821.26
-	-	-	100	100	100	-	8800.AUS.04
-	-	200	200	-	6.000	-	8800.AUS.06
-	-	-	-	500	1.000	1.500	8800.AUS.07
8.472	12.062	13.236	11.287	11.447	16.567	1.500	
8.472	12.062	12.936	10.987	10.847	9.467	-	
-	-	100	-	-	-	-	
-	-	200	300	600	7.100	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	8900.702.01	Grundinstandsetzung der Ölauffanganlage	-	210	-
	8900.791.10	Maßnahmen zur Reduzierung des Heizenergie-,Strom- und Wasserverbrauchs der öffentl. Einrichtungen, u.a. Thermostatventile	-	2.677	4.602
	8900.811.01	Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen, Geräten und Ausstattungsgegenständen	-	71	40
	8900.881.03	Zuweisung a.d. Wasser- u. Schifffahrtsamt Cuxhaven bzw. Land Schl.- Hol. f. d. Beschaffung von Schadstoffbekämpfungsgeräten und -einrichtungen	-	717	450
	8900.892.10	Förderung von Maßnahmen zur Energie- und Wassereinsparung und zur Nutzung regenerativer Energiequellen sowie von Umwelttechnologien	-	6.716	6.000
	8900.893.02	Technische Lärmminderungsmaßnahmen auf Container-Terminals	-	43	66
		Summe Ausgaben Bereich 08204			11.158
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			11.158
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
187	-	-	-	-	-	-	8900.702.01
669	3.610	3.964	3.602	3.602	3.102	-	8900.791.10
41	44	66	50	50	50	-	8900.811.01
336	550	530	490	490	490	-	8900.881.03
365	6.565	7.435	7.000	7.000	7.000	-	8900.892.10
43	-	-	-	-	-	-	8900.893.02
1.641	10.769	11.995	11.142	11.142	10.642	-	
1.641	10.769	11.995	11.142	11.142	10.642	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		EINNAHMEN			
	8620.342.02	Zuschüsse aus dem Sondervermögen Ausgleichsabgabe			-
		Summe Einnahmen Bereich 08205			-
		davon			
		Einnahmen im Zusammenhang mit Investitionsvorbelastungen einschl. Aufstockungen			-
		Erstmalig veranschlagte Einnahmen			-
		AUSGABEN			
	8620.701.25	Kleinere Baumaßnahmen im Bereich des Amtes für Gesundheit und Verbraucherschutz	-	-	66
	8620.812.01	Beschaffung größerer ärztlicher und wissenschaftlicher Geräte	-	37	65
	8620.812.03	Einrichtung von Arbeitsplätzen aus den Mitteln des Sondervermögens Ausgleichsabgabe	-	57	8
	8620.812.04	Beschaffung größerer wissenschaftlicher Apparaturen, Geräte und dgl. für das Zentralinstitut für Arbeitsmedizin	-	147	60
	8620.812.75	Beschaffung größerer Geräte für die Abteilung Schifffahrtsmedizin aus Zuweisungen Dritter	-	-	-
	8620.812.76	Beschaffung größerer Geräte für die Durchführung von medizinischen Kursen für Schiffsoffiziere	-	-	-
	8620.812.86	Beschaffung größerer Geräte, Zweckzuweisungen an die Bezirke	-	7	-
	8620.891.10	Zuweisungen an den Wirtschaftsplan Landesbetrieb Krankenhäuser Hamburg für substanzerhaltende und heizenergie- sowie wassersparende Maßnahmen	-	27	-
	8620.893.01	Ambulante geriatrische Rehabilitationseinrichtung am Albertinen-Krankenhaus	-	15	-
	8620.893.05	Ausbau der Einrichtung des Maßregelvollzuges gem §§ 63, 64 StGB am Klinikum Nord - Betriebsteil Ochsenzoll	-	3.889	1.502
	8620.893.06	Investitionsausgaben für eine Interimsmaßnahme für den Vollzug der Maßregel gemäß § 64 StGB bei Abhängigen illegaler Drogen	-	170	-
	8620.893.62	Fördermittel nach § 22 HmbKHG für die Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter für Krankenhäuser	-	31.394	30.490
	8620.893.79	Fördermittel nach §§ 21, 23, 24 und 27 HmbKHG für Krankenhäuser	-	53.588	33.000
*	8620.FFP.13	Kleine Investitionen	-	-	-
	8660.702.61	Baumaßnahmen für Suchthilfeeinrichtungen in den Bezirken	-	192	-
*	8660.790.07	Globale Minderausgaben für den Grunderwerb Wüstenrothaus	-	-	-
	8660.812.61	Errichtung von Räumlichkeiten in Containerbauweise für den Bereich Drogen und Sucht	-	9	-
*	8660.821.01	Grunderwerb zur Errichtung eines Gesundheits- und Beratungszentrums für Drogenabhängige	-	-	-
	8660.893.61	Zuschüsse für Investitionen im Bereich Drogen und Sucht	-	2.287	-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
	-	-	-	-	-	-	8620.342.02
	-	-	-	-	-	-	
	-	-	-	-	-	-	
	-	-	-	-	-	-	
-	373	660	259	400	400	-	8620.701.25
27	28	211	211	150	150	-	8620.812.01
57	8	-	-	-	-	-	8620.812.03
62	70	71	65	65	65	-	8620.812.04
-	-	-	-	-	-	-	8620.812.75
-	-	-	-	-	-	-	8620.812.76
7	-	115	110	75	75	-	8620.812.86
-	-	-	-	-	-	-	8620.891.10
15	-	-	-	-	-	-	8620.893.01
-900	-	-	-	-	-	-	8620.893.05
-	-	-	-	-	-	-	8620.893.06
16	30.662	33.000	32.438	31.000	31.000	-	8620.893.62
21.941	40.000	63.000	77.000	75.000	79.000	11.500	8620.893.79
-	-	-	-	-	-	-	8620.FFP.13
173	-	-	-	-	-	-	8660.702.61
-	-850	-850	-850	-850	-850	-950	8660.790.07
-	-	-	-	-	-	-	8660.812.61
-	850	850	850	850	850	950	8660.821.01
1.978	-	-	-	-	-	-	8660.893.61

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Summe Ausgaben Bereich 08205			65.191
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			65.191
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
23.376	71.141	97.057	110.083	106.690	110.690	11.500	
23.376	71.141	97.057	110.083	106.690	110.690	11.500	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		EINNAHMEN			
	8650.331.02	Zuweisungen des Bundes nach Art. 91b GG für Investitionen			2.306
	8650.332.01	Zuweisungen der Länder nach Art. 91b GG für Investitionen			46
		Summe Einnahmen Bereich 08206			2.352
		davon			
		Einnahmen im Zusammenhang mit Investitionsvorbelastungen einschl. Aufstockungen			2.352
		Erstmalig veranschlagte Einnahmen			-
		AUSGABEN			
	8630.891.01	Investitionskostenzuschuss für das Institut für Hygiene und Umwelt	-	323	1.186
*	8630.891.56	IuK-Investitionskostenzuschuss für das Institiut für Hygiene und Umwelt	-	-	-
	8640.812.02	Ersatz von zwei Personendosimetriesystemen zur Modernisierung der Personendosimessverfahren in der Messstelle für Strahlenschutz	-	82	-
	8640.812.64	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Bereich Arbeitnehmerschutz	-	262	27
	8650.891.01	Zuweisungen für Investitionen an das Bernhard-Nocht-Institut	-	1.256	4.611
		Summe Ausgaben Bereich 08206			5.824
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			5.824
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
	2.306	2.629	2.413	368	368	-	8650.331.02
	46	46	47	47	47	-	8650.332.01
	2.352	2.675	2.460	415	415	-	
	2.352	2.675	2.460	415	415	-	
	-	-	-	-	-	-	
50	1.376	1.136	993	993	993	-	8630.891.01
-	-	-	-	-	-	-	8630.891.56
13	-	-	-	-	-	-	8640.812.02
210	18	94	77	51	51	-	8640.812.64
-	4.611	5.256	4.826	736	736	-	8650.891.01
272	6.005	6.486	5.896	1.780	1.780	-	
272	6.005	6.486	5.896	1.780	1.780	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	8670.701.62	Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Durchführung der HundeVO	-	30	15
	8670.811.01	Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen	-	47	-
	8670.812.01	Beschaffung wissenschaftlicher Apparaturen, Geräte u. dgl. im Inland	-	15	-
	8670.812.02	Beschaffung wissenschaftlicher Apparaturen, Geräte und dgl. zur Förderung von Alternativen zu Tierversuchen	-	8	-
	8670.812.03	Errichtung und Ausstattung des Kontrollzentrums Altenwerder	-	325	-
	8670.891.62	Kostenerstattung an die SpriAG für Baumaßnahmen an einer Auffangstation für gefährliche Hunde im Zusammenhang mit der Durchführung der HundeVO	-	32	-
	8670.893.62	Beschaffung eines Fahrzeuges für den Hamburger Tierschutzverein von 1841 e.V.	-	41	-
		Summe Ausgaben Bereich 08207			15
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			15
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
30	-	-	-	-	-	-	8670.701.62
-	-	-	-	-	-	-	8670.811.01
15	-	-	-	-	-	-	8670.812.01
8	-	-	-	-	-	-	8670.812.02
325	-	-	-	-	-	-	8670.812.03
63	-	-	-	-	-	-	8670.891.62
-	-	-	-	-	-	-	8670.893.62
441	-	-	-	-	-	-	
441	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	9000.701.01	Kleine Baumaßnahmen (Hochbau)	-	115	142
	9000.701.56	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten -Hochbau- im Zusammenhang mit der IuK-Technik	-	57	77
	9000.812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegen-ständen	-	6	-
	9000.812.54	Ausbau der Iuk-Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung	-	75	-
	9000.812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in der Finanzbehörde	-	6.339	-
		Summe Ausgaben Bereich 09101			219
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			219
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
64	134	134	134	134	134	-	9000.701.01
25	62	77	77	77	77	-	9000.701.56
-	15	-	-	-	-	-	9000.812.01
24	-	-	-	-	-	-	9000.812.54
-3.852	-	-	-	-	-	-	9000.812.56
-3.739	211	211	211	211	211	-	
-3.739	211	211	211	211	211	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		EINNAHMEN			
	9010.341.01	Einnahmen vom Grundstock für Grunderwerb für Kostenerstattungsbeträge nach dem Kostenerstattungsgesetz			-
	9010.341.02	Einnahmen vom Grundstock für Grunderwerb für Altlastensanierungsmaßnahmen des städtischen Grundbesitzes			-
		Summe Einnahmen Bereich 09104			-
		davon			
		Einnahmen im Zusammenhang mit Investitionsvorbelastungen einschl. Aufstockungen			-
		Erstmalig veranschlagte Einnahmen			-
		AUSGABEN			
	9010.703.01	Bauliche Maßnahmen an stadteigenen Wohngebäuden	-	3.913	1.800
	9010.741.01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Tiefbau	-	206	102
	9010.741.02	Aufwendungen im Zusammenhang mit Untergrundverunreinigungen städtischen Grundbesitzes	-	306	-
	9010.821.01	Ausübung von Vorkaufsrechten in Gebieten sozialer Erhaltungsverordnungen nach § 172 Baugesetzbuch	-	6.809	-
		Summe Ausgaben Bereich 09104			1.902
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			1.902
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
	-	-	-	-	-	-	9010.341.01
	-	-	-	-	-	-	9010.341.02
	-	-	-	-	-	-	
	-	-	-	-	-	-	
	-	-	-	-	-	-	
1.045	2.000	2.200	2.000	2.000	2.000	2.000	9010.703.01
137	102	102	102	102	102	-	9010.741.01
-	-	-	-	-	-	-	9010.741.02
6.266	-	-	-	-	-	-	9010.821.01
7.447	2.102	2.302	2.102	2.102	2.102	2.000	
7.447	2.102	2.302	2.102	2.102	2.102	2.000	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	9100.701.56	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten im Zusammenhang mit der IuK-Technik	-	308	57
	9100.710.01	Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Hochbau)	-	1.132	58
	9100.710.03	Sanierung des Bieberhauses	5.847	5.894	-
	9100.812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen (soweit nicht anderweitig veranschlagt)	-	295	51
	9100.812.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung	-	51	-
	9100.812.55	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik am Bildungszentrum der Steuerverwaltung	-	5	36
	9100.812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in der Finanzbehörde	-	2.515	-
		Summe Ausgaben Bereich 09105			202
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			202
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Veränderungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
-	65	61	61	61	61	-	9100.701.56
571	452	564	106	106	106	-	9100.710.01
47	-	-	-	-	-	-	9100.710.03
153	51	51	51	51	51	-	9100.812.01
51	-	-	-	-	-	-	9100.812.54
1	26	-	-	-	-	-	9100.812.55
9	-	-	-	-	-	-	9100.812.56
831	594	676	218	218	218	-	
831	594	676	218	218	218	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	9090.791.10	Massnahmen zur Reduzierung der Heizenergie	-	-	-
	9090.811.01	Beschaffung von Fahrzeugen, soweit nicht anderweitig veranschlagt - Ersatzbedarf	-	2.132	1.950
	9090.812.01	Rationalisierungsbeschaffungen für die Reinigung öffentlicher Gebäude einschl. Folgemaßnahmen	-	98	50
	9090.812.56	Global veranschlagte Investitionsausgaben für Informations- u. Kommunikationstechnik-Maßnahmen	-	2.637	44.816
	9090.891.56	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Landesamt für Informationstechnik	-	19.225	16.617
		Summe Ausgaben Bereich 09106			63.433
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			63.433
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
-	-	-	-	-	-	-	9090.791.10
272	1.860	1.900	1.995	1.990	1.960	-	9090.811.01
60	-	35	50	45	20	-	9090.812.01
2.637	61.978	65.503	55.177	55.052	50.052	-	9090.812.56
-	-	-	-	-	-	-	9090.891.56
2.969	63.838	67.438	57.222	57.087	52.032	-	
2.969	63.838	67.438	57.222	57.087	52.032	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		EINNAHMEN			
	9110.331.01	Zuweisung des Bundes für den Einsatz von IuK-Technik			-
	9110.331.02	Zuweisungen des Bundes für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Hochbau)			-
		Summe Einnahmen Bereich 09107			-
		davon			
		Einnahmen im Zusammenhang mit Investitionsvorbelastungen einschl. Aufstockungen			-
		Erstmalig veranschlagte Einnahmen			-
		AUSGABEN			
	9110.710.01	Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Hochbau)	-	-	-
	9110.812.56	Investitionsaufwand für den Einsatz von IuK-Technik	-	17	-
		Summe Ausgaben Bereich 09107			-
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			-
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
	-	-	-	-	-	-	9110.331.01
	-	-	-	-	-	-	9110.331.02
	-	-	-	-	-	-	
	-	-	-	-	-	-	
	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	-	9110.710.01
-	-	-	-	-	-	-	9110.812.56
-	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	9650.871.01	Bedingungsgemäße Zahlungen aus Sicherheitsleistungen	-	1.892	-
		Summe Ausgaben Bereich 09201			-
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			-
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
-	-	-	-	-	-	-	9650.871.01
-	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	-	

neu	Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Gesamt-Betrag	Ist bis 2002 einschl. Rest	2003
			1	2	3
		Keine Einnahmen in diesem Bereich			
		AUSGABEN			
	9890.791.01	Zwangsläufige Mehrausgaben im investiven Bereich	-	-	2.500
	9890.791.02	Globale Minderausgabe zum Ausgleich zwangsläufiger Mehrausgaben im investiven Bereich	-	-	-2.500
	9890.821.01	Zahlung von Grunderwerbsteuer für hamburgische Grundstücksgeschäfte	-	791	767
*	9900.884.01	Zahlungen Hamburgs an den Fonds "Aufbauhilfe" nach dem Flutopfersolidaritätsgesetz - Investitionen -	107.000	-	71.300
		Summe Ausgaben Bereich 09205			72.067
		davon			
		Investitionsvorbelastung einschl. Aufstockungen			767
		Erstmalig veranschlagte Ausgaben			-

Soll-Verände-rungen (gerundet)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Titel-Nr.
4	5	6	7	8	9	10	
-	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500	-	9890.791.01
-	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500	-	9890.791.02
189	767	767	767	767	767	-	9890.821.01
-	-	-	-	-	-	-	9900.884.01
189	767	767	767	767	767	-	
189	767	767	767	767	767	-	
-	-	-	-	-	-	-	

2300.AUS.01 Kosten für baubegleitende Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Neubau der Justizvollzugsanstalt Billwerder

Der Bebauungsplan Billwerder 23 sieht als Ausgleichsmaßnahme für den o. g. Neubau u. a. eine Fläche vor, auf dem sich eine seit 1999 stillgelegte Kläranlage befindet. Sie soll im Zuge der Vorbereitung der Renaturierung abgerissen werden. Dafür werden Mittel in Höhe von rd. 1,5 Mio. EUR bereitgestellt.

3420.AUS.01 Sanierung Physik Bahrenfeld

Neben der notwendigen Grundinstandsetzung von Dach, Fassade und Fenster einschl. einer verbesserten Wärmedämmung sollen funktionelle und strukturelle Verbesserungen in den Praktikums- und Laborbereichen durch die Modernisierung der gesamten Gebäudetechnik und durch Zusammenlegung zentraler Bereiche erzielt werden.

3420.AUS.07 Sicherheitsmaßnahmen in den Botanischen Instituten Klein-Flottbek

Bei den durch den Zuzug des Instituts für Angewandte Botanik erforderlich gewordenen Umbauarbeiten wurden im Bestandsgebäude in Klein-Flottbek (rd. 11.000 m² HNF) sicherheitsrelevante und technische Mängel im Bereich des Brandschutzes und der Gasleitungen festgestellt, deren Beseitigung nicht auf die vom Umbau betroffenen Bereiche begrenzt werden kann.

3800.AUS.02 Bebauung Domplatz / Internationales Archäologie-Zentrum (IAZ)

Es ist beabsichtigt, den historischen Bereich des Domplatzes mit Hilfe privater Investoren zu bebauen. Nutzungsvorgaben sind die Unterbringung der Zentralbibliothek der Stiftung Hamburger Öffentliche Bücherhallen, Büros und Sitzungssäle für die Bürgerschaft ("Bürgerforum") sowie ein Internationales Archäologie-Zentrum, für das ein auf die Jahre 2006 und 2007 verteilter Zuschuss an den Investor von insgesamt bis zu 10 Mio. EUR bereitgestellt werden soll. Das Archäologie-Zentrum soll nicht nur die Geschichte der Stadt mit Schwerpunkt Hammaburg darstellen, sondern auch die Möglichkeit bieten, attraktive archäologische Sonderausstellungen von nationaler und internationaler Bedeutung durchzuführen. Angestrebt wird u. a. die Kooperation mit Universitätsinstituten und anderen Forschungseinrichtungen vor allem im Ostseeraum.

6300.AUS.01 Grundinstandsetzung und Ausbau der Sengelmannstraße/

6300.AUS.04 Verlängerung der Sengelmannstraße

Die Sengelmannstraße ist eine wichtige innerstädtische Verbindung zum Flughafen. Es ist Bestandteil des Regierungsprogramms, die Ortsumgehung Fuhlsbüttel bis zum Ring 2 nach Süden weiterzuführen. Die Realisierung erfolgt abschnittsweise. Abschnitt 1, die Grundinstandsetzung und der Umbau ab Umgehung Fuhlsbüttel bis Dorothea-Kasten-Straße, ist fertig gestellt. Bei 6300.AUS.01 ist Abschnitt 2 von Dorothea-Kasten-Straße bis Hebebrandstraße nach B-Plan-Aufstellung ab 2005 berücksichtigt. Abschnitt 3, der Einmündungsbereich in die Hebebrandstraße, wird 2002/2003 umgebaut (aus Titel 6300.741.01). Bei 6300.AUS.04 ist Abschnitt 4, die Verlängerung von Hebebrandstraße bis Ring 2 (Jahnring) durch die Kleingartenkolonie nach B-Plan-Aufstellung ab 2006, eingeplant.

6300.AUS.02 Umbau des Horner Kreisels

Es sind ein höhengleicher Umbau zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit und eine Grundinstandsetzung vorgesehen.

6300.AUS.03 Rückstellung für Maßnahmen nach der Verkehrsentwicklungsplanung und für den öffentlichen Personennahverkehr

Mit der Rückstellung sollen Maßnahmen zur Verbesserung der Attraktivität und Leistungsfähigkeit des öffentlichen Personennahverkehrs finanziert werden. Ab 2006 sind davon jährlich 7 Mio. EUR für die Finanzierung der U-Bahn Bramfeld – HafenCity eingeplant (vgl. Bürgerschaftsdrucksache 17/2019 vom 7.1.2003).

6300.AUS.05 Ausbau des Ring 3 im Osten zwischen Rahlstedt und der A1

Es soll eine Verbindung zwischen den nordöstlichen Stadtteilen Hamburgs und dem Raum Bergedorf geschaffen werden, um Wohngebiete und die schon heute hoch belastete Sieker Landstraße / Alte Landstraße (B 435) zu entlasten. Die neue Verbindung kann bis zu 20.000 Kfz./Tag aufnehmen.

6420.AUS.01 Wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen

Die Uferwände des Alsterlaufes und der Kanäle des Alsterreviers sind sanierungsbedürftig. Sie haben überwiegend eine Nutzungsdauer von 100 Jahren erreicht. Wasserwirtschaftlich gesehen ist das Alsterrevier Vorfluter für das aus dem Stadtbereich abfließende Niederschlagswasser. Es stellt aber auch attraktive Möglichkeiten für Freizeit, Tourismus und Wassersport zur Verfügung. Die Ufer laden zum spazieren gehen und wandern ein. Insbesondere die Ufer des Alsterreviers werden somit vielfältig genutzt. Manche dieser Nutzungen müssten zukünftig eingeschränkt werden, wenn nicht rasch Instandsetzungsmaßnahmen durchgeführt werden. Zu diesem Zweck werden beim Titel 6420.AUS.01 entsprechende Prioritäten gesetzt und ab 2005 die Mittel um 0,8 Mio. € jährlich aufgestockt.

7300.AUS.01 Rückstellung Wirtschaftsförderung

Diese Rückstellung dient der bedarfsgerechten Aufstockung verschiedener Titel der allgemeinen und sektoralen Wirtschaftsförderung. Angesichts vorgesehener gezielter Maßnahmen und Initiativen werden für die Jahre 2005-2008 über 2 Mio. EUR zur Verfügung gestellt.

7500.AUS.01 Ausbau Predöhlkai, Liegeplatz 2,

Nach Fertigstellung und Inbetriebnahme des 1. Liegeplatzes Predöhlkai soll in dessen westlicher Verlängerung ein weiterer leistungsfähiger Liegeplatz für Großcontainerschiffe der jüngsten Generation hergestellt werden. Dies erfordern die prognostizierten Zuwachsraten des Containerumschlags in Verbindung mit der zunehmenden Größe der Containerschiffe.

7500.AUS.03 Ausbau Burchardkai, Liegeplatz 2,

Den hohen Zuwachsraten des Containerverkehrs sollen die Kaikapazitäten des Containerterminals Burchardkai schrittweise angepasst werden. In der nächsten Baustufe wird in westlicher Verlängerung des bereits modernisierten Liegeplatzes 1 ein älterer Kaiabschnitt ausgebaut und vertieft.

7500.AUS.04 Fahrrinnenanpassung

Angesichts der Entwicklung der Tiefgänge in den vorwiegend eingesetzten Container-Schiffsgrößen hat der Senat beim Bund die Anpassung der Fahrrinne der Unter- und Außenelbe an die Erfordernisse der modernen Containerschifffahrt beantragt. Hamburg ist für die Anpassung der Fahrrinne innerhalb der Landesgrenze zuständig.

7500.AUS.05 Erschließung Altenwerder West

Der Bedarf an Hafengewerbeflächen für Lagerei, Distribution und Dienstleistungen steigt mit zunehmendem Umschlag und der Bindung logistischer Funktionen an den Hafen. Deshalb soll eine ca. 40 ha große Fläche im Hafenerweiterungsgebiet Altenwerder West an den Vollhöfner Weiden für Ansiedlungen schrittweise erschlossen werden.

7500.AUS.06 Grundinstandsetzung der Köhlbrandbrücke, 4. Stufe
Aktuelle Brückenprüfungen haben ergeben, dass erhebliche Grundinstandsetzungsarbeiten an den Spannbetonüberbauten (Ost- und Westrampe) der Köhlbrandbrücke erforderlich sind. Diese mittelfristig notwendigen Maßnahmen sollen in der 4. Stufe der Grundinstandsetzung durchgeführt werden.

7500.AUS.07 Neubau Rethe-Hubbrücke

Die Rethe-Hubbrücke hat für den Straßen-, Schienen- und Schiffsverkehr im Hafen große Bedeutung. Auf die durch sie ermöglichten Verbindungen kann der Hafenverkehr nicht verzichten. Die Brücke ist abgängig und muss erneuert werden.

8500.AUS.01 Kleine Investitionen Polizei

Kleinere Investitionen werden fortgeführt.

8800.AUS.04 Kleine Investitionen im Naturschutz

Für kleinere Investitionen des Naturschutzes werden in den Jahren 2006 bis 2008 jeweils 0,1 Mio. EUR bereitgestellt. Aus der Rückstellung können Hoch- und Tiefbaumaßnahmen einschließlich ggf. notwendigem Grunderwerb sowie Beschaffungen finanziert werden.

8800.AUS.06 Internationale Gartenschau 2013

Im Jahr 2013 wird auf den Elbinseln Wilhelmsburg und Veddel eine Internationale Gartenschau stattfinden. Die Investitionsausgaben für Architektenwettbewerbe, den Erwerb und die Herrichtung von Flächen, den Bau von Ausstellungshallen u.a. werden Investitionsmittel in Höhe von 78 Mio. EUR aufzuwenden sein.

Als erste konkrete Maßnahmen sind in den Jahren 2005 und 2006 jeweils 0,2 Mio. EUR für Architektenwettbewerbe eingestellt. Für das Jahr 2008 wird eine Rate von 6,0 Mio. EUR für Grunderwerb und den Beginn der Herrichtung von Dauernutzungs- und Ausstellungsflächen bereitgestellt.

8800.AUS.07 Grünflächen im Neubaugebiet Neugraben-Fischbek 65

Im Bebauungsplanentwurf Neugraben-Fischbek 65 ist der Bau von 1.250 Wohneinheiten vorgesehen. Für die Grün- und Spielplatzversorgung auf einer 5,7 ha großen Fläche werden 3,0 Mio. EUR benötigt, davon rd. 1,4 Mio. EUR für den Grunderwerb und rd. 1,6 Mio. EUR für die bauliche Herrichtung.
Erste Teilbeträge werden in den Jahren 2007 und 2008 mit zusammen 1,5 Mio. EUR bereitgestellt.

Übersicht: Private Vorfinanzierungen öffentlicher Baumaßnahmen

(Leasing, Ratenkauf, Mietkauf sowie vergleichbare Modelle)

Maßnahme	Gesamt-ausgaben (Sp. 3-9) Tsd. EUR	Finanzierungsverlauf (in Tsd. EUR)							Lauf-zeit (Ver-trags-ende)	Kaufpreis bei Vertrags-ende [d]
		Veraus-gabt bis 2002	Voraus-sichtl. Ist 2003	Veran-schlagt 2004	Fällig 2005	Fällig 2006	Fällig 2007	Folgejahre insges.		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
I. Hochbaumaßnahmen										
A. Lfd. Maßnahmen:										
Neubau Polizeipräsi-dium	[a]129.570	[b]19.788 [b]7.977	[b]6.596 [b]2.659	[b]6.596 [b]2.659	[b]6.596 [b]2.659	[b]6.596 [b]2.659	[b]6.596 [b]2.659	[b]39.576 [b]15.954	2013	0
Neubau/Zentralisierung Umweltbehörde im Verwaltungsgebäude Billstr. einschl. Unter-bringung des LIT	206.998	66.555	9.529	8.982	8.988	8.994	8.900	94.960	2017	9.646
Erweiterung der Hoch-schule für angewandte Wissenschaften (HAW) am Standort Berliner Tor	[c]37.275	3.624	4.289	4.293	4.293	4.293	4.293	12.189	2010	0
Neubau des AK Barmbek	[e]101.119					10.150	10.150	80.819	2025	0
B. Neue Maßnahmen:										
II. Tiefbaumaßnahmen										
A. Lfd. Maßnahmen:	0	0	0	0	0	0	0	0	--	0
B. Neue Maßnahmen: (erstmalig veran-schlagt)	0	0	0	0	0	0	0	0	--	0
III. Insgesamt	474.962	97.944	23.073	22.530	22.536	32.692	32.598	243.498		9.646

a) Gesamtfinanzierungsvolumen: Basis Kreditaufnahme 83,3 Mio. EUR;
Abweichung Summe in Sp. 2 ggü. Darstellung im Finanzbericht 2003 durch Rundung.

b) Finanzierung in den Jahren 2000-2013 (Überprüfung im Jahr 2009): Investitionshaushalt 6,6 Mio. EUR p. a., Betriebshaushalt 2,7 Mio. EUR p. a. (einschließlich Betreuungs- und Verwaltungskosten, Feuerkasse und Haftpflicht).

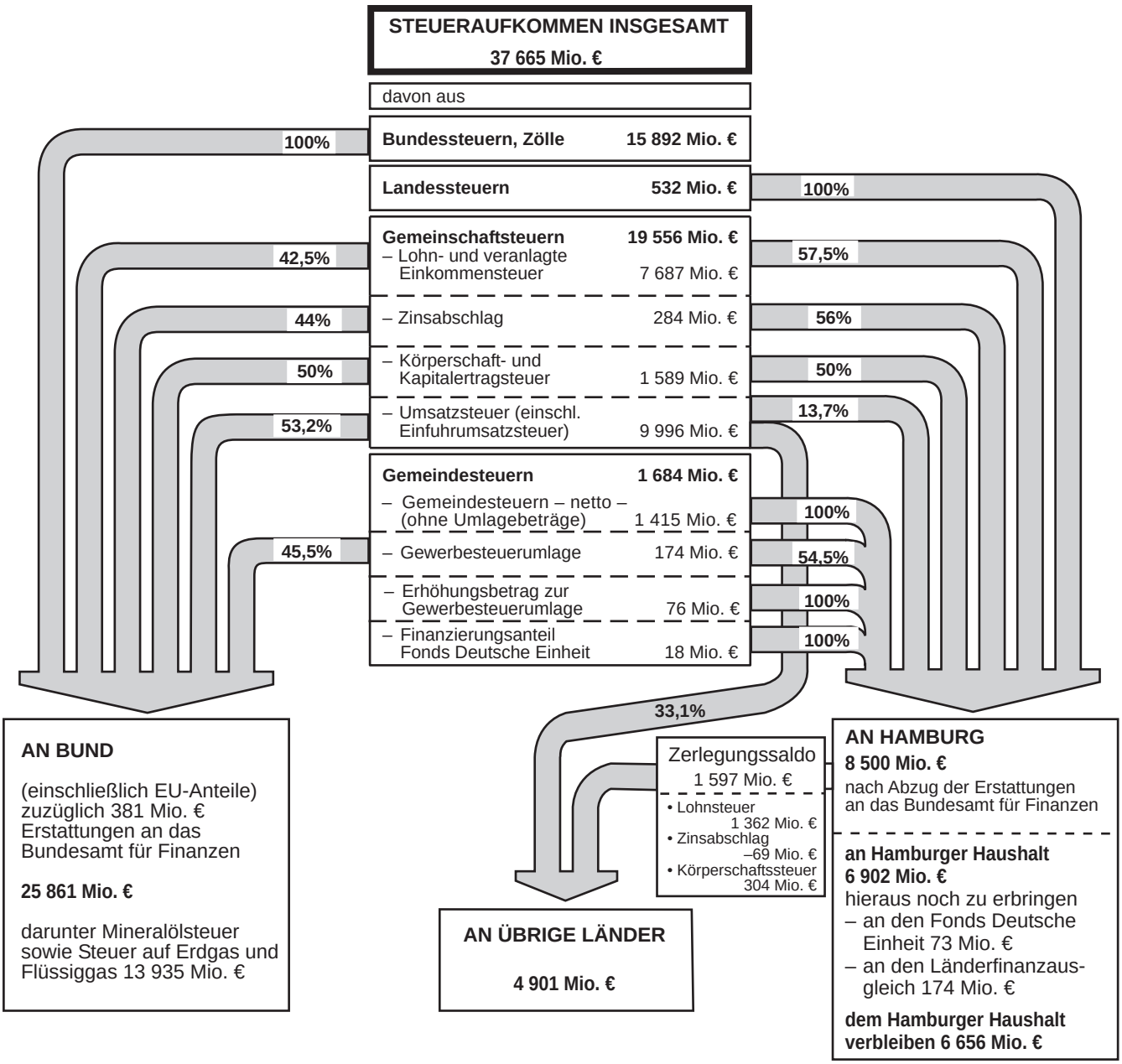
c) Ohne Einrichtungskosten (1,7 Mio. EUR) und Kosten für Folgemaßnahmen (1,5 Mio. EUR), da diese nicht Gegenstand der privaten Vorfinanzierung sind, sondern gesondert aus dem Haushalt finanziert werden; 9,5 Mio. EUR Verkaufserlös durch Verkauf eines f. d. HAW nicht mehr benötigten Grundstücksanteils an den Investor für die Mantelbebauung sind gegengerechnet.

d) Option

e) Anteil des Haushalts an den Kosten für die Erstellung des Neubaus – ohne Finanzierungskosten. Die Rate in 2006 schließt erste Finanzierungskosten mit ein.

Steueraufkommen und Steuereinnahmen in Hamburg 2002

Steueraufkommen und Steuereinnahmen Hamburgs 2002



Zwischen dem Steueraufkommen einer Gebietskörperschaft und deren haushaltswirksamen Steuereinnahmen bestehen in der Regel beachtliche Unterschiede. Diese rühren daher, dass das Aufkommen von dem zweckmäßigsten Verfahren bei der Erhebung bestimmt wird, während die Einnahmen der einzelnen Gebietskörperschaften – Bund/Land/Gemeinde – nach der verfassungsmäßigen Funktionszuordnung bzw. gesetzlichen Aufgabenstellung erfolgen. Entsprechend wird zwischen reinen Bundes-, Landes- oder Gemeindesteuern und Gemeinschaftsteuern unterschieden. Das vorstehende Schaubild zeigt am Beispiel Hamburgs für das Jahr 2002, wie sich das regionale Steueraufkommen von insgesamt 37,7 Milliarden € auf diese vier Grundkategorien aufteilt (Gemeinschaftsteuern 19,6 Milliarden €, Bundessteuern 15,9 Milliarden €, Gemeindesteuern 1,7 Milliarden € und Landessteuern 0,5 Milliarden €) und wie sich diese Ströme auf die einzelnen Ebenen verteilen (Bundes- und EU-Haushalt 25,9 Milliarden €, übrige Landeshaushalte 4,9 Milliarden € und Hamburger Haushalt 6,9 Milliarden €). Eine Hamburger Besonderheit ist, dass Landes- und Gemeindehaushalt nicht getrennt werden. Dementsprechend sind auch bei den Einnahmen, die dem Hamburger Haushalt zufließen, Landes- und Gemeindeanteile zusammengefasst dargestellt.

Quelle: Statistisches Landesamt Hamburg

Bericht über Zuwendungen im Haushaltsplan-Entwurf 2004

Zum Zuwendungsbegriff

Es wird nicht auf den subventionsrechtlichen Begriff nach § 12 StWG (Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft) und eine entsprechende Berichterstattung Bezug genommen, sondern auf die weitergehende Begrifflichkeit der Zuwendung im Sinne des § 23 LHO als Ausgabe für

> *Leistungen an Stellen außerhalb der Verwaltung, an deren Erfüllung ein erhebliches Interesse besteht, das ohne die Zuwendung nicht oder nicht im notwendigen Umfang befriedigt werden kann.*

Keine Zuwendungen sind insbesondere

- Sachleistungen;
- gesetzliche oder vertraglich geschuldete Leistungen, auf die der Empfänger einen dem Grund oder der Höhe nach unmittelbaren Rechtsanspruch hat;
- Leistungen an Landesbetriebe nach § 26 LHO oder als Ausnahme vom Bruttoprinzip nach § 15 LHO netto veranschlagte Einrichtungen, weil diese Stellen rechtlich Bestandteil der Freien und Hansestadt Hamburg und damit keine Stellen „außerhalb der Verwaltung“ sind;
- Entgelte aufgrund von Verträgen, die den Preisvorschriften für öffentliche Aufträge unterliegen;
- satzungsgemäße Mitgliedsbeiträge einschließlich Pflichtumlagen.

Bürgerschaftliche Ersuchen zu Zuwendungen

Das Thema „Zuwendungen“ genießt besondere Aufmerksamkeit. In der Vergangenheit hat die Bürgerschaft hierzu mehrere Ersuchen an den Senat gerichtet.

Mit Mitteilung des Senats (Drs. 17/1330) an die Bürgerschaft beantwortete der Senat ein Ersuchen der Bürgerschaft aus dem April 2002 (Drucksache 17/678), besondere Kontrollmechanismen einzurichten und berichtete über Zuwendungsverfahren, Zuwendungsrecht und Zuwendungen ab 20.000 DM für das Haushaltsjahr 2001 detailliert nach Empfängern, Aufgabenbereichen und Konkretisierung des Zuwendungswecks.

Mit einer weiteren Unterrichtungsdrucksache (Drs. 17/3108) vom 22.7.2003 geht der Senat auf ein erneutes bürgerschaftliches Ersuchen aus dem Dezember 2002 (Drucksache 17/1892) ein, mit dem die Bürgerschaft für detailliertere Vorgaben und Regelungen eintrat. Die für die Bewilligung von Zuwendungen in ihren Zuständigkeitsbereichen jeweils selbst verantwortlichen Behörden und Ämter sind vom Senat mit der Ersuchensantwort auf Grund der Ergebnisse einer zuvor auf Amtsleiterebene eingesetzten Behörden übergreifenden Arbeitsgruppe beauftragt worden,

- den Zuwendungsbedarf bei den hamburgischen öffentlichen Unternehmen zu reduzieren bzw. deren Ablieferungen zu erhöhen und dabei den Maßstab der für die öffentliche Verwaltung geltenden Ordnungskriterien anzulegen.
- Zuwendungen und Förderprogramme künftig grundsätzlich zu befristen und nach dem Prinzip der Beweislastumkehr die Konsequenzen einer Einstellung oder Reduzierung der Förderung darzustellen.
- die Möglichkeit von zuwendungsspezifischen Erfolgskontrollen zu verbessern und das erhebliche Interesse der Freien und Hansestadt Hamburg an den Zuwendungen deutlicher zu dokumentieren.
- zu prüfen, ob Effizienzsteigerungen bei Zuwendungen durch Zusammenlegung bzw. Kooperation von Einrichtungen erreicht werden können.

Über Zuwendungen zu den jeweiligen Haushaltstiteln wird seit langem berichtet, zurückgehend auf das Ersuchen der Bürgerschaft (Drucksache 13/6509 vom 5./6.9.1990). Hierzu werden die in den Einzelplänen jeweils gekennzeichneten Zuwendungen mit dem jährlichen Finanzbericht zusammenfassend dargestellt. Weitere Hinweise enthalten die Vorworte und die Erläuterungen zu den Einzelplänen. Zu den Halbjahresberichten über den Haushaltsverlauf werden bedeutsamere Entwicklungen für die Ausschüsse der Bürgerschaft dargestellt.

Die Zuwendungsanteile einzelner Titel wurden aufgrund der Erfahrungen der Vorjahre geschätzt und beim jeweiligen Titel angegeben. Die bis 2003 vorgenommene Kennzeichnung und Kategorisierung der Titel im gedruckten Haushaltsplan als „ausschließlich Zuwendungen“, „überwiegend Zuwendungen“ und „auch Zuwendungen“ entfällt ab 2004. Dafür enthält jeder Titel, aus dem voraussichtlich Zuwendungen gezahlt werden, Angaben zum voraussichtlichen prozentualen Umfang.

Zuwendungsausgaben im Vergleich 2004/2003:

		2004	2003	Veränderungen	
		- in Mio. EUR -		- in Mio. EUR	- in % -
Als Zuwendungstitel gekennzeichnet		1.205,3	1.204,8	+ 46,3	+ 4,1
Davon Zuwendungsvolumen	(Tabelle 1)	**846,8**	**840,7**	**+ 6,1**	**+ 0,7**
und zwar					
– im Betriebshaushalt	(Tabelle 2)	**(694,1)**	**(707,7)**	**(– 13,6)**	**(– 1,9)**
– bei den Investitionen	(Tabelle 3)	**(152,7)**	**(133,0)**	**(+ 19,7)**	**(+14,8)**

Als Anhang ist eine vollständige Übersicht aller in den Einzelplänen als Zuwendungstitel gekennzeichneten und in den Einzelplänen i.d.R. näher erläuterten Haushaltstitel beigefügt. Für die mit über 100.000 EUR p.a. institutionell geförderten Einrichtungen enthalten die Erläuterungen in den Einzelplänen gesonderte Anlagen mit Wirtschaftsplänen und Zuwendungszweck in verkürzter Form.

Die Veränderungen 2004 gegenüber der im Haushaltsplan-Entwurf ausgewiesenen Vergleichszahl 2003 betreffen im Wesentlichen folgende Einzelpläne:

Betriebshaushalt

a) ausschließlich Zuwendungen

Alle Einzelpläne **- 30,1 Mio. EUR**

Davon z.B.

Einzelplan 3.2 +1,7 Mio. EUR

Darunter: Zuschuss an die HMS Hamburg Media School GmbH (+ 1,3 Mio. EUR)

Einzelplan 3.3 + 1,6 Mio. EUR

Darunter: Zuschüsse an die Stiftung Hamburger Museen (+ 0,4 Mio. EUR), Zuschüsse an Theater und Staatsoper (Neues Schauspielhaus + 0,1;Thalia-Theater +0,6 Mio. EUR; Privattheater +0,3 Mio. EUR; Hamburgische Staatsoper + 0,2 Mio. EUR), Zuschuss an die Stiftung „Hamburger öffentliche Bücherhallen“ (+ 0,4 Mio. EUR) Förderung von Geschichtswerkstätten (- 0,6 Mio. EUR)

Einzelplan 6 + 2,3 Mio. EUR

Darunter: Betriebskostenzuschüsse für die DB AG (+ 2,7 Mio. EUR)

Einzelplan 7 - 31,7 Mio. EUR

Darunter: Zuschüsse zur Förderung der arbeitsmarktpolitischen Infrastruktur [inklusive Qualifizierung] (– 15,0 Mio. EUR), Förderung der Integration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt (– 14,6 Mio. EUR), dazu siehe aber den Zuwachs der Förderung unter b) überwiegend Zuwendungen zum Epl. 7. Innovative Elemente in arbeitsmarktpolitischen Programmen (– 1,6 Mio. EUR) sowie Kofinanzierung der Zuschüsse an private Unternehmen im Rahmen des Programms "Qualifizierung und Arbeit für Schulabgänger" [QUAS] (– 0,7 Mio. EUR), Zuschüsse für die Durchführung von Programmen im Rahmen des Europäischen Sozialfonds [ESF] (+ 1,1 Mio. EUR), Existenzgründungsberatung und -coaching (+ 0,5 Mio. EUR)

Einzelplan 9.2 - 4,7 Mio. EUR

Verlustabdeckung bei der HGV (- 4,7 Mio. EUR)

b) überwiegend Zuwendungen (mehr als 50 v.H. bis 99 v.H. Zuwendungen)

Alle Einzelpläne	**+ 17,1 Mio. EUR**
Davon z.B.	
Einzelplan 3.1	- 4,5 Mio. EUR
Darunter: Förderung außerbetrieblicher Berufsausbildungsplätze (- 6,3 Mio. EUR), Förderung betrieblicher Berufsausbildung (+ 2,1 Mio. EUR)	
Einzelplan 4	+ 3,2 Mio. EUR
Darunter: Betriebsausgaben für sozialraumorientierte Angebote der Jugend- und Familienhilfe Rahmenzuweisung gem. § 27 BezVG (+ 3,2 Mio. EUR), Betriebsausgaben für die Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit –Rahmenzuweisung– gemäß § 27 BezVG (+ 0,8 Mio. EUR), Förderung von Modellprojekten der flexiblen, familiären Krisenintervention (- 0,4 Mio. EUR), Förderung von Projekten der integrativen Kinder- und Jugendhilfe im Stadtteil (- 1,0 Mio. EUR)	
Einzelplan 7	+ 27, 0 Mio. EUR
Darunter: Maßnahmen zur Integration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt (+ 27,1 Mio. EUR)*, siehe auch Reduzierung der Förderung unter a) ausschließlich Zuwendungen zum Einzelplan 7*	
Einzelplan 9.2	- 8,3 Mio. EUR
Zentrale Ausweisung des Mehrbedarfs für Landesbetriebe, Zuwendungsempfänger u.a. aufgrund von Tarif- und Besoldungsänderungen.	

c) auch Zuwendungen (1 v.H. bis 50 v.H. Zuwendungen)

Alle Einzelpläne	**- 0,6 Mio. EUR**

Investitionen

(ausschließlich Zuwendungen)

Alle Einzelpläne	**+ 20,8 Mio. EUR**
Davon z.B.	
Einzelplan 3.1	– 1.5 Mio. EUR
Darunter: Zuwendungen für Bauinvestitionen und Infrastrukturmaßnahmen allgemeine Schulen in freier Trägerschaft (– 1,5 Mio. EUR)	
Einzelplan 3.2	+ 13,5 Mio. EUR
Darunter: Zuweisung für Investitionen nach dem HBFG an das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (+ 10,2 Mio. EUR), Zuweisung für sonstige Investitionen an das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (+ 2,0 Mio. EUR), Zuschuss an das Heinrich-Pette-Institut für einen Ersatz- und Erweiterungsbau (+ 1,9 Mio. EUR), Zuschuss an DESY für Investitionen (– 0,6 Mio. EUR)	
Einzelplan 3.3	+ 12,3 Mio. EUR
Darunter: Sicherung der Sammlung „Schifffahrts- und Marinegeschichte Peter Tamm“ (+ 15,0 Mio. EUR), Zuschüsse für Bauinvestitionen (+ 2,4 Mio. EUR), Zuschuss an die Hamburgische Kulturstiftung zur Erhöhung des Kapitalgrundstocks (+ 1,0 Mio. EUR), Neubau eines Betriebsgebäudes für die Hamburgische Staatsoper (– 6,0 Mio. EUR), Grundsanierung von Gebäude und Technik des Thalia Theaters (– 0,3 Mio. EUR)	
Einzelplan 4	+ 0,5 Mio. EUR
Darunter: Zuschuss an p&w -Anstalt öffentlichen Rechts- für Investitionen im Wohnunterkunfts- und Obdachlosenbereich (+ 0,5 Mio. EUR)	
Einzelplan 6	– 1,9 Mio. EUR
darunter: Zuweisungen an die Hamburger Hochbahn AG für den Ausbau des Hafenbahntunnels (– 1,8 Mio. EUR)	
Einzelplan 7	– 0,7 Mio. EUR
Darunter: Förderung der Mikroelektronikanwendung (– 0,8 Mio. EUR), Förderung von FuE- sowie IuK-Vorhaben im Handwerk und Mittelstand	
Einzelplan 8.2	– 1,5 Mio. EUR
Darunter: Ausbau der Einrichtung des Maßregelvollzuges gem. §§ 63, 64 StGB am Klinikum Nord - Betriebsteil Ochsenzoll (– 1.5 Mio. EUR).	

Eine Aufgliederung nach Einzelplänen und eine Zuordnung nach Produktbereichen enthalten die nachfolgenden Tabellen 1-4:

Tabelle 1 Zuwendungsausgaben insgesamt (Hauptgruppen 5 - 9) in Mio. EUR Haushaltsjahr 2004

Einzelplan		**Zuwendungs-**volumen		Veränderung 2004 zu 2003	Titelvolumen mit Zuwendungen		Veränderung 2004 zu 2003
		2004	2003		2004	2003	
1		*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
1.0	Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof						
1.1	Senat und Senatsämter	1,5	1,5	– 0,1	2,9	3,1	- 0,2
1.2	Bezirksamt Hamburg-Mitte	0,1	0,1		0,1	0,1	
1.3	Bezirksamt Altona	0,2	0,2		0,2	0,2	
1.4	Bezirksamt Eimsbüttel	0,2	0,2		0,2	0,2	
1.5	Bezirksamt Hamburg-Nord	0,5	0,5		0,5	0,5	
1.6	Bezirksamt Wandsbek	0,5	0,5		0,5	0,5	
1.7	Bezirksamt Bergedorf	0,1	0,1		0,1	0,1	
1.8	Bezirksamt Harburg	1,3	1,2	0,1	1,3	1,2	+ 0,1
2	Justizbehörde	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	
3.1	Behörde für Bildung und Sport	43,0	48,4	– 5,5	323,1	327,1	– 4,0
3.2	Behörde für Wissenschaft und Forschung	226,6	211,4	15,2	226,6	211,4	+ 15,2
3.3	Kulturbehörde	193,7	179,9	13,8	194,3	180,6	+ 13,7
4	Behörde für Soziales und Familie	126,7	123,6	3,0	162,1	166,4	– 4,3
6	Behörde für Bau und Verkehr	141,1	141,9	– 0,8	163,6	166,1	– 2,5
7	Behörde für Wirtschaft und Arbeit	69,6	75,0	-5,4	79,1	78,9	+ 0,2
8.1	Behörde für Inneres	0,5	0,5	0,0	0,5	0,5	
8.2	Behörde für Umwelt und Gesundheit	32,5	33,8	– 1,2	38,4	40,5	– 2,1
9.1	Finanzbehörde						
9.2	Allgemeine Finanzverwaltung	8,9	21,9	– 13,0	11,7	27,4	– 15,7
Summen		**846,8**	**840,7**	**+ 6,1**	**1.205,3**	**1.204,8**	**+ 0,5**

Differenzen in den Summen ggf. durch Runden der Einzelwerte

Tabelle 2 Zuwendungsausgaben Betriebshaushalt insgesamt (Hauptgruppen 5, 6, 9) in Mio. EUR Haushaltsjahr 2004

Einzelplan	**Zuwendungs-**volumen		Veränderung 2004 zu 2003	Titelvolumen mit Zuwendungen		Veränderung 2004 zu 2003
	2004	2003		2004	2003	
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
1.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof						
1.1 Senat und Senatsämter	1,4	1,4		2,7	2,9	- 0,2
1.2 Bezirksamt Hamburg-Mitte	0,0	0,0		0,0	0,0	0,0
1.3 Bezirksamt Altona	0,2	0,2		0,2	0,2	0,0
1.4 Bezirksamt Eimsbüttel	0,1	0,1		0,1	0,1	0,0
1.5 Bezirksamt Hamburg-Nord	0,5	0,4	– 0,1	0,5	0,5	0,0
1.6 Bezirksamt Wandsbek	0,4	0,4		0,4	0,4	0,0
1.7 Bezirksamt Bergedorf	0,1	0,1		0,1	0,1	0,0
1.8 Bezirksamt Harburg	1,3	1,2		1,3	1,2	0,1
2 Justizbehörde	0,1	0,1		0,1	0,1	0,0
3.1 Behörde für Bildung und Sport	37,2	41,6	– 4,5	317,3	320,2	– 3,0
3.2 Behörde für Wissenschaft und Forschung	174,9	173,2	1,7	174,9	173,2	1,7
3.3 Kulturbehörde	162,5	161,0	1,5	163,2	161,7	1,4
4 Behörde für Soziales und Familie	122,6	120,4	2,2	155,7	161,4	– 5,8
6 Behörde für Bau und Verkehr	107,5	105,4	2,1	109,0	106,9	2,1
7 Behörde für Wirtschaft und Arbeit	49,5	53,1	– 3,6	56,6	54,0	2,6
8.1 Behörde für Inneres	0,5	0,5	0,0	0,5	0,5	0,0
8.2 Behörde für Umwelt und Gesundheit	26,5	26,6	– 0,1	28,2	28,3	– 0,1
9.1 Finanzbehörde						
9.2 Allgemeine Finanzverwaltung	8,9	21,9	– 13,0	11,7	27,4	– 15,7
Summen Titelvolumina	**694,1**	**707,7**	**– 13,6**	**1.022,3**	**1.039,2**	**– 16,9**

Differenzen in den Summen ggf. durch Runden der Einzelwerte; ausgewiesene Werte mit 0,0 = unter 50 T€

Tabelle 3 Zuwendungsausgaben im Investitionshaushalt (Hauptgruppen 7 und 8) in Mio. EUR Haushaltsjahr 2004

Einzelplan	**Zuwendungs-**volumen		Veränderung 2004 zu 2003	Titelvolumen mit Zuwendungen		Veränderung 2004 zu 2003
	2004	2003		2004	2003	
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
1.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof						
1.1 Senat und Senatsämter	0,1	0,1	0,0	0,2	0,2	0,0
1.2 Bezirksamt Hamburg-Mitte	0,0	0,0		0,0	0,0	
1.3 Bezirksamt Altona	0,0	0,0		0,0	0,0	
1.4 Bezirksamt Eimsbüttel	0,0	0,0		0,0	0,0	
1.5 Bezirksamt Hamburg-Nord	0,0	0,0		0,0	0,0	
1.6 Bezirksamt Wandsbek	0,0	0,0		0,1	0,1	
1.7 Bezirksamt Bergedorf	0,0	0,0		0,0	0,0	
1.8 Bezirksamt Harburg	0,0	0,0		0,0	0,0	
2 Justizbehörde						
3.1 Behörde für Bildung und Sport	5,8	6,8	– 1,0	5,8	6,8	– 1,0
3.2 Behörde für Wissenschaft und Forschung	51,6	38,1	13,5	51,6	38,1	+ 13,5
3.3 Kulturbehörde	31,2	18,8	12,3	31,2	18,8	+ 12,3
4 Behörde für Soziales und Familie	4,0	3,3	0,8	6,4	4,9	+ 1,5
6 Behörde für Bau und Verkehr	33,6	36,5	– 2,9	54,6	59,2	– 4,6
7 Behörde für Wirtschaft und Arbeit	20,1	21,9	– 1,8	22,5	24,9	– 2,4
8.1 Behörde für Inneres						
8.2 Behörde für Umwelt und Gesundheit	6,0	7,2	– 0,8	10,2	12,2	– 2,0
9.1 Finanzbehörde						
9.2 Allgemeine Finanzverwaltung						
Summen	**152,7**	**133,0**	**+ 19,7**	**182,9**	**165,6**	**+ 17,3**

Differenzen in den Summen ggf. durch Runden der Einzelwerte; ausgewiesene Werte mit 0,0 = unter 50 T€

Tabelle 4 Zuwendungsausgaben ausgewählter Produktbereiche in Mio. EUR
Haushaltsjahr 2004

Produktbereich	**Zuwendungs-**volumen		Veränderung 2004 zu 2003	Titelvolumen mit Zuwendungen		Veränderung 2004 zu 2003
	2004	2003		2004	2003	
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
im Einzelplan 3.1						
Kapitel 3200 **03 Produktbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung**	17,5	21,9	– 4,4	20,3	21,9	– 1,6
Kapitel 3330 **15 Produktbereich Kindertagesbetreuung**	11,5	10,9	– 0,6	287,2	281,4	+ 5,8
Einzelplan 3.2 **Produktbereiche Hochschulamt und UKE**	226,6	211,4	+ 15,2	226,6	211,4	+ 15,2
Einzelplan 3.3 **02, 04 Produktbereiche Allgemeine Kulturförderung, Musik und Theater**	144,1	146,5	– 2,4	144,7	147,2	– 2,5
im Einzelplan 4						
Kapitel 4200 – 4230 **02 Produktbereich Arbeit und Sozialordnung**	59,8	60,0	– 0,2	59,8	60,0	– 0,2
Kapitel 4430 – 4470 **03 Produktbereich Jugendhilfe und Familienförderung**	39,3	34,9	+ 4,4	53,6	46,5	+ 7,1
Kapitel 4600 – 4800 **04 Produktbereich Soziales und Rehabilitation**	27,3	28,6	– 1,3	48,5	59,7	– 11,2
im Einzelplan 6						
Kapitel 6300 **07 Verkehr**	132,0	132,1	– 0,1	142,6	143,8	– 1,2
Einzelplan 7						
Kapitel 7000 – 7400, 7500 **01 bis 04, 06 Produktbereiche**	38,6	39,9	– 1,3	41,6	42,6	– 1,0
Kapitel 7450 **05 Produktbereich Arbeitsmarkt und Strukturpolitik**	30,9	35,1	– 4,1	37,5	36,2	+ 1,2
im Einzelplan 8.2						
Kapitel 8620 – 8670 **05 Produktbereich Gesundheit und Verbraucherschutz**	25,5	27,0	– 1,5	25,8	27,3	– 1,5
Übrige Produktbereiche der Einzelpläne	93,7	92,4	+ 1,3	117,1	126,8	– 9,7
Summen	**846,8**	**840,7**	**+ 6,1**	**1.205,3**	**1.204,8**	**+ 0,5**

Differenzen in den Summen ggf. durch Runden der Einzelwerte

Einzel-plan	Kapitel	Titel	Zweck	Zuwendungs-anteil	Zuordnung	Titelvolumen 2004 -inTsd. EUR-	Zuwendungs-volumen 2004 -inTsd. EUR-	Titelvolumen 2003 -inTsd. EUR-	Zuwendungs-volumen 2003 -inTsd. EUR-	Zuwendungs-volumen 2004 ./. 2003 -inTsd. EUR-
01.1	1100	534.03	Pflege der Beziehungen zu jüdischen ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern Hamburgs sowie ehemaligen Zwangs-arbeiterinnen und Zwangsarbeitern	45	Betriebs-haushalt	332	149	332	149	0
01.1	1100	541.80	Maßnahmen der Ostseekooperation	75	Betriebs-haushalt	375	281	275	206	75
01.1	1100	547.01	Städtepartnerschaften	43	Betriebs-haushalt	522	224	522	224	0
01.1	1100	632.01	Europapolitische Interessenvertretung	21	Betriebs-haushalt	479	101	479	101	0
01.1	1100	681.03	Förderung der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern	85	Betriebs-haushalt	502	427	602	512	-85
01.1	1100	686.05	Tagungen und sonstige Veranstaltungen	29	Betriebs-haushalt	435	126	619	180	-54
01.1	1150	685.01	Zuwendung an den Verein für Hamburgische Geschichte	100	Betriebs-haushalt	2	2	2	2	0
01.1	1180	684.01	Förderung von Frauenverbänden	100	Betriebs-haushalt	50	50	70	70	-20
01.1	1180	971.01	Projekte von zentraler Bedeutung für die Gleichstellungspolitik in Hamburg	40	Betriebs-haushalt	240	96	209	84	12
01.1 Ergebnis						**2.937**	**1.456**	**3.110**	**1.528**	**-72**
01.2	1200	529.02	Mittel zur Förderung von Initiativen in den Bezirken -Sondermittel der Bezirksversammlung - ohne Investitionen	75	Betriebs-haushalt	35	26	35	26	0
01.2	1200	791.02	Mittel zur Förderung von Initiativen in den Bezirken -Sondermittel der Bezirksversammlung- für Investitionen	75	Investition	44	33	44	33	0
01.2 Ergebnis						**79**	**59**	**79**	**59**	**0**
01.3	1300	529.02	Mittel zur Förderung von Initiativen in den Bezirken -Sondermittel der Bezirksversammlung- ohne Investitionen	80	Betriebs-haushalt	36	29	36	29	0
01.3	1300	684.05	Zuwendungen an Dritte	100	Betriebs-haushalt	1	1	1	1	0
01.3	1300	684.64	Betriebszuschuss für den Bürgertreff Altona-Nord	100	Betriebs-haushalt	152	152	150	150	2
01.3	1300	791.02	Mittel zur Förderung von Initiativen in den Bezirken -Sondermittel der Bezirksversammlung- für Investitionen	80	Investition	44	35	44	35	0
01.3 Ergebnis						**233**	**217**	**231**	**215**	**2**
01.4	1400	529.02	Mittel zur Förderung von Initiativen in den Bezirken -Sondermittel der Bezirksversammlung- ohne Investitionen	90	Betriebs-haushalt	36	32	36	32	0
01.4	1400	684.64	Betriebszuschüsse -Bürgerhäuser	100	Betriebs-haushalt	92	92	90	90	2
01.4	1400	791.02	Mittel zur Förderung von Initiativen in den Bezirken -Sondermittel der Bezirksversammlung- für Investitionen	100	Investition	44	44	44	44	0
01.4 Ergebnis						**172**	**168**	**170**	**166**	**2**
01.5	1500	529.02	Mittel zur Förderung von Initiativen in den Bezirken -Sondermittel der Bezirksversammlung- ohne Investitionen	75	Betriebs-haushalt	37	28	37	28	0
01.5	1500	684.02	Zuschüsse an Stadtteilbüros	100	Betriebs-haushalt	428	428	420	420	8
01.5	1500	791.02	Mittel zur Förderung von Initiativen in den Bezirken -Sondermittel der Bezirksversammlung- für Investitionen	75	Investition	45	34	45	34	0
01.5 Ergebnis						**510**	**490**	**502**	**482**	**8**
01.6	1600	529.02	Mittel zur Förderung von Initiativen in den Bezirken -Sondermittel der Bezirksversammlung- ohne Investitionen	75	Betriebs-haushalt	40	30	40	30	0
01.6	1600	684.02	Zuschüsse an Stadtteilbüros	100	Betriebs-haushalt	110	110	108	108	2
01.6	1600	684.64	Betriebszuschüsse -Bürgerhäuser	100	Betriebs-haushalt	291	291	285	285	6
01.6	1600	791.02	Mittel zur Förderung von Initiativen in den Bezirken -Sondermittel der Bezirksversammlung- für Investitionen	75	Investition	50	38	50	38	0
01.6 Ergebnis						**491**	**469**	**483**	**461**	**8**
01.7	1700	529.02	Mittel zur Förderung von Initiativen in den Bezirken -Sondermittel der Bezirksversammlung- ohne Investitionen	75	Betriebs-haushalt	32	24	32	24	0
01.7	1700	684.64	Betriebszuschüsse.-Bürgerhäuser	100	Betriebs-haushalt	66	66	65	65	1
01.7	1700	791.02	Mittel zur Förderung von Initiativen in den Bezirken -Sondermittel der Bezirksversammlung- für Investitionen	75	Investition	38	29	38	29	0
01.7 Ergebnis						**136**	**119**	**135**	**118**	**1**
01.8	1800	529.02	Mittel zur Förderung von Initiativen in den Bezirken -Sondermittel der Bezirksversammlung- ohne Investitionen	49	Betriebs-haushalt	34	17	34	17	0

Einzel-plan	Kapitel	Titel	Zweck	Zuwendungs-anteil	Zuordnung	Titelvolumen 2004 -inTsd. EUR-	Zuwendungs-volumen 2004 -inTsd. EUR-	Titelvolumen 2003 -inTsd. EUR-	Zuwendungs-volumen 2003 -inTsd. EUR-	Zuwendungs-volumen 2004 ./. 2003 -inTsd. EUR-
01.8	1800	684.06	Zuschüsse an das Frauenkulturhaus Harburg e.V.	100	Betriebs-haushalt	68	68	0	0	68
01.8	1800	684.64	Betriebszuschüsse - Bürgerhäuser	100	Betriebs-haushalt	1.187	1.187	1.172	1.172	15
01.8	1800	791.02	Mittel zur Förderung von Initiativen in den Bezirken -Sondermittel der Bezirksversammlung- für Investitionen	49	Investition	42	21	42	21	0
01.8 Ergebnis						**1.331**	**1.293**	**1.248**	**1.210**	**83**
02.0	2000	684.69	Zuwendungen an Dritte für soziale Zwecke	100	Betriebs-haushalt	69	69	69	69	0
02.0 Ergebnis						**69**	**69**	**69**	**69**	**0**
03.1	3010	893.01	Zuwendungen für Bauinvestitionen und Infrastrukturmaßnahmen an allgemeinen Schulen in freier Trägerschaft	100	Investition	1.556	1.556	3.068	3.068	-1.512
03.1	3010	893.13	Zuschüsse an den Hamburger Schulverein und an Schullandheime und Schulzelteinrichtungen für kleine Investitionen	100	Investition	300	300	300	300	0
03.1	3010	893.19	Zuwendung an Schulvereine und Vereine für kleine Investitionen an Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen	100	Investition	150	150	150	150	0
03.1	3020	684.05	Zuschuss an die Arbeitsgemeinschaft "Eltern für Integration e.V."	100	Betriebs-haushalt	7	7	7	7	0
03.1	3020	684.06	Hilfen für die schulische Versorgung spezieller Hamburger Schülerinnen und Schüler, ihrer Eltern und ihrer Lehrer	2	Betriebs-haushalt	620	12	805	16	-4
03.1	3020	684.07	Freiluftschulaufenthalte für Schulkinder	100	Betriebs-haushalt	537	537	527	527	10
03.1	3020	685.01	Zuschüsse zu den laufenden Kosten an Träger der Drogenhilfe	100	Betriebs-haushalt	78	78	76	76	2
03.1	3050	685.78	Zuwendungen	100	Betriebs-haushalt	10	10	0	0	10
03.1	3100	685.61	Zuwendungen und außerunterrichtliche Veranstaltungen	46	Betriebs-haushalt	803	369	997	459	-90
03.1	3160	684.17	Zuschuss zu den laufenden Kosten für die Beschäftigung eines Pförtners in der kath. Grund- und Realschule Schmilinskystraße	100	Betriebs-haushalt	23	23	23	23	0
03.1	3200	685.02	Ausbildung im Medienbereich	99	Betriebs-haushalt	31	31	31	31	0
03.1	3200	685.03	Straffälligenhilfe in der Berufsbildung	99	Betriebs-haushalt	618	612	607	601	11
03.1	3200	685.04	Fortbildung von Hafenarbeitern	99	Betriebs-haushalt	14	14	14	14	0
03.1	3200	685.05	Zuschüsse zu laufenden Kosten im Rahmen des Hamburger Aktionsprogramms Weiterbildung	99	Betriebs-haushalt	680	673	667	660	13
03.1	3200	685.06	Zuschüsse an die Handwerkskammer Hamburg zur Abwicklung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes	99	Betriebs-haushalt	121	120	119	118	2
03.1	3200	685.08	Zuschuss zu den laufenden Kosten der Koordinierungsstelle Weiterbildung und Beschäftigung	99	Betriebs-haushalt	198	196	195	193	3
03.1	3200	685.09	Förderung der Weiterbildungs-werbung, -information und -beratung sowie Qualitätssicherung	90	Betriebs-haushalt	1.001	901	983	885	16
03.1	3200	685.11	Förderung von Weiterbildungsmaß-nahmen für ältere Menschen	99	Betriebs-haushalt	230	228	225	223	5
03.1	3200	685.15	Förderung von Alphabetisierungs-projekten für deutschsprachige Analphabeten und Weiterbildung für Menschen mit Behinderungen	99	Betriebs-haushalt	154	152	151	149	3
03.1	3200	685.22	Förderung von Weiterbildungsmaß-nahmen für ausländische Arbeitnehmer/-innen	99	Betriebs-haushalt	188	186	185	183	3
03.1	3200	685.23	Förderung von Frauen-Initiativen	99	Betriebs-haushalt	716	709	703	696	13
03.1	3200	685.25	Zuschuss zu den laufenden Kosten der Stiftung Berufliche Bildung	99	Betriebs-haushalt	3.924	3.885	4.353	4.309	-424
03.1	3200	685.37	Förderung der betrieblichen Berufsausbildung	99	Betriebs-haushalt	2.431	2.407	287	284	2.123
03.1	3200	685.38	Förderung außerbetrieblicher Berufsausbildungsplätze	*65*	Betriebs-haushalt	7.416	4.797	17.213	11.133	-6.336
03.1	3200	685.39	Förderung außerschulische Berufsvorbereitung	99	Betriebs-haushalt	1.727	1.710	1.695	1.678	32
03.1	3200	893.01	Zuschüsse für Investitionen zur Durchführung überbetrieblicher Lehrgänge	100	Investition	150	150	150	150	0
03.1	3200	893.07	Zuschüsse zu Investitionen in der Weiterbildung	100	Investition	210	210	200	200	10
03.1	3200	893.16	Zuschüsse zu Investitionen für Ausbildungsprogramme und Berufsbildungsmaßnahmen	100	Investition	200	200	200	200	0

Einzel-plan	Kapitel	Titel	Zweck	Zuwendungs-anteil	Zuordnung	Titelvolumen 2004 -inTsd. EUR-	Zuwendungs-volumen 2004 -inTsd. EUR-	Titelvolumen 2003 -inTsd. EUR-	Zuwendungs-volumen 2003 -inTsd. EUR-	Zuwendungs-volumen 2004 ./. 2003 -inTsd. EUR-
03.1	3200	893.18	Investitionszuschüsse für Ausbildungswerkstätten	100	Investition	300	300	221	221	79
03.1	3290	685.19	Förderung der politischen Weiterbildung	99	Betriebs-haushalt	1.324	1.311	1.308	1.295	16
03.1	3290	686.63	Förderung der politischen Bildung	100	Betriebs-haushalt	190	190	188	188	2
03.1	3330	671.01	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen	1	Betriebs-haushalt	276.292	2.570	271.063	2.521	49
03.1	3330	671.04	Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen	10	Betriebs-haushalt	2.160	216	2.138	214	2
03.1	3330	682.01	Zuschüsse an den Landesbetrieb Krankenhäuser Hamburg -Anstalt des öffentlichen Rechts- für den Betrieb der Kinderstuben	100	Betriebs-haushalt	2.473	2.473	2.425	2.425	48
03.1	3330	684.01	Betreuung von Kindern in pädagogischen Mittagstischen	100	Betriebs-haushalt	4.252	4.252	4.179	4.179	73
03.1	3330	684.02	Beratung von Tagespflegepersonen	100	Betriebs-haushalt	16	16	16	16	0
03.1	3330	684.03	Ausbildung von Einwanderinnen zu Erzieherinnen	100	Betriebs-haushalt	38	38	87	87	-49
03.1	3330	893.41	Investitionen im Bereich der Kindertagesbetreuung	98	Investition	1.976	1.936	1.500	1.470	466
03.1	3370	682.01	Betriebszuschuss an die Sprinkenhof AG für den Betrieb der Eissporthalle Farmsen	100	Betriebs-haushalt	103	103	102	102	1
03.1	3370	684.01	Sportförderung	80	Betriebs-haushalt	2.741	2.193	2.736	2.189	4
03.1	3370	684.03	Zuschüsse zur allgemeinen Sportförderung durch die Verbände aus den Erträgen der Staatslotterien	100	Betriebs-haushalt	6.136	6.136	6.136	6.136	0
03.1	3370	893.02	Zuschüsse für Vereinssportstätten u.dgl.	100	Investition	1.000	1.000	1.000	1.000	0
03.1	3380	893.02	Zuschüsse für den Bau von Sportplatzgebäuden u.Ä. durch Sportvereine	100	Investition	0	0	50	50	-50
03.1 Ergebnis						**323.094**	**42.957**	**327.080**	**48.426**	**-5.469**
03.2	3410	632.02	Zuschuss zu einem von Bund und Ländern gemeinsam finanzierten Akademienprogramm (Art. 91 b GG)	100	Betriebs-haushalt	622	622	592	592	30
03.2	3410	685.03	Zuschuss an die Stiftung Deutsches Elektronen Synchrotron (DESY)	100	Betriebs-haushalt	11.171	11.171	10.955	10.955	216
03.2	3410	685.04	Zuschuss an die Stiftung Hans-Bredow-Institut für Medienforschung an der Universität Hamburg	100	Betriebs-haushalt	179	179	179	179	0
03.2	3410	685.05	Zuschüsse an verschiedene Vereine	100	Betriebs-haushalt	114	114	114	114	0
03.2	3410	685.06	Zuschuss an die Stiftung Heinrich-Pette-Institut	100	Betriebs-haushalt	6.573	6.573	6.488	6.488	85
03.2	3410	685.10	Zuschuss an das UNESCO-Institut für Pädagogik zu Unterbringungskos-ten und zu den Kosten des UNVEC	100	Betriebs-haushalt	215	215	215	215	0
03.2	3410	685.12	Zuschuss an die Stiftung Institut für die Geschichte der deutschen Juden	100	Betriebs-haushalt	462	462	454	454	8
03.2	3410	685.15	Zuschuss an die GKSS-Forschungs-zentrum Geesthacht GmbH	100	Betriebs-haushalt	1.136	1.136	1.052	1.052	84
03.2	3410	685.16	Zuschuss an die Hamburgische Schiffbauversuchsanstalt GmbH für Mietkosten	100	Betriebs-haushalt	426	426	426	426	0
03.2	3410	685.20	Zuschuss an die Stiftung Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg	100	Betriebs-haushalt	1.107	1.107	1.090	1.090	17
03.2	3410	685.21	Zuschuss an das Institut für Friedensforschung und Sicherheits-politik an der Universität Hamburg	100	Betriebs-haushalt	1.323	1.323	1.298	1.298	25
03.2	3410	685.32	Zuschuss an die Deutsche For-schungsgemeinschaft zur Finanzie-rung von Graduiertenkollegs (Art. 91 b GG)	100	Betriebs-haushalt	463	463	747	747	-284
03.2	3410	685.33	Zuweisung für die von Bund und Län-dern gemeinsam finanzierten For-schungseinrichtungen (Art. 91b GG)	100	Betriebs-haushalt	2.835	2.835	2.783	2.783	52
03.2	3410	685.34	Zuweisung an die von Bund und Ländern gemeinsam finanzierte Deutsche Forschungsgemeinschaft (Art. 91 b GG)	100	Betriebs-haushalt	12.854	12.854	12.840	12.840	14
03.2	3410	685.35	Zuweisung an die von Bund und Ländern gemeinsam finanzierte Max-Planck-Gesellschaft (Art. 91 b GG)	100	Betriebs-haushalt	10.300	10.300	10.609	10.609	-309
03.2	3410	685.36	Zuschuss für die Fortführung der Max-PlanckArbeitsgruppe "Zytoskelett"	100	Betriebs-haushalt	1.074	1.074	1.060	1.060	14
03.2	3410	685.38	Zuschuss an die Stiftung Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA)	100	Betriebs-haushalt	8.949	8.949	8.920	8.920	29

Einzel-plan	Kapitel	Titel	Zweck	Zuwendungs-anteil	Zuordnung	Titelvolumen 2004 -inTsd. EUR-	Zuwendungs-volumen 2004 -inTsd. EUR-	Titelvolumen 2003 -inTsd. EUR-	Zuwendungs-volumen 2003 -inTsd. EUR-	Zuwendungs-volumen 2004 ./. 2003 -inTsd. EUR-
03.2	3410	685.40	Zuschuss an die Stiftung Hamburgisches Weltwirtschafts-Archiv (HWWA) für ein Gastwissenschaftlerprogramm	100	Betriebs-haushalt	200	200	0	0	200
03.2	3410	893.01	Zuschuss an DESY für Investitionen	100	Investition	2.704	2.704	3.297	3.297	-593
03.2	3410	893.03	Zuschuss an die Stiftung Heinrich-Pette-Institut für Investitionen	100	Investition	282	282	282	282	0
03.2	3410	893.04	Zuschuss an das Heinrich-Pette-Institut für einen Ersatz- und Erweiterungsbau	100	Investition	5.050	5.050	3.200	3.200	1.850
03.2	3410	893.11	Zuschuss an die GKSS-Forschungszentrum Geesthacht GmbH für Investitionen	100	Investition	315	315	303	303	12
03.2	3600	682.01	Zuschuss an das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf	100	Betriebs-haushalt	93.757	93.757	93.738	93.738	19
03.2	3600	682.02	Zuschuss für den Versorgungsaufwand an das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf	100	Betriebs-haushalt	13.325	13.325	13.325	13.325	0
03.2	3600	891.01	Zuweisung für Investitionen nach dem HBFG an das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf	100	Investition	23.751	23.751	13.531	13.531	10.220
03.2	3600	891.02	Zuweisung für sonstige Investitionen an das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf	100	Investition	18.800	18.800	16.781	16.781	2.019
03.2	3660	685.01	Anteil Hamburgs an den Personal- und Sachkosten des Wissenschaftsrates	100	Betriebs-haushalt	57	57	52	52	5
03.2	3660	685.29	Anteil Hamburgs nach dem Abkom-men über die Finanzierung der Hoch-schul-Informations-System GmbH	100	Betriebs-haushalt	143	143	137	137	6
03.2	3660	685.31	Zuschuss an die Stiftung Diakonenanstalt des Rauhen Hauses zu den Kosten der Evangelischen Fachhochschule für Sozialpädagogik	100	Betriebs-haushalt	699	699	692	692	7
03.2	3660	686.03	Zuschuss an die HMS Hamburg Media School GmbH zu den Kosten der "Hamburg Media School"	100	Betriebs-haushalt	1.300	1.300	0	0	1.300
03.2	3690	684.01	Erbbauzinsen für Wohnheime freier Träger	100	Betriebs-haushalt	31	31	31	31	0
03.2	3690	684.10	Zuschuss an den Wirtschaftsplan des Studentenwerks Hamburg - Erfolgsplan	100	Betriebs-haushalt	5.548	5.548	5.386	5.386	162
03.2	3690	685.17	Zuschuss an die Studienstiftung des deutschen Volkes	100	Betriebs-haushalt	62	62	62	62	0
03.2	3690	893.01	Zuschüsse für Investitionen an freie Träger von Studentenwohnheimen	100	Investition	102	102	102	102	0
03.2	3690	893.05	Zuschuss an den Wirtschaftsplan des Studentenwerkes Hamburg - Finanzplan	100	Investition	141	141	141	141	0
03.2	3690	893.16	Sanierung von Studentenwohnheimen einschließlich energiesparender Maßnahmen	100	Investition	500	500	500	500	0
03.2 Ergebnis						**226.570**	**226.570**	**211.382**	**211.382**	**15.188**
03.3	3720	682.33	Zuschuss an die FilmFörderung Hamburg GmbH	100	Betriebs-haushalt	8.026	8.026	1.012	1.012	7.014
03.3	3720	683.01	Zuschüsse für Bauunterhaltung	100	Betriebs-haushalt	51	51	51	51	0
03.3	3720	686.01	Förderung der bildenden, angewandten und medialen Kunst	75	Betriebs-haushalt	521	391	521	391	0
03.3	3720	686.02	Förderung von Kulturzentren	100	Betriebs-haushalt	589	589	589	589	0
03.3	3720	686.03	Förderung literarischer Aktivitäten	75	Betriebs-haushalt	378	284	378	284	0
03.3	3720	686.04	Zuschuss an die Stiftung "Hamburger öffentliche Bücherhallen"	100	Betriebs-haushalt	24.887	24.887	24.481	24.481	406
03.3	3720	686.06	Zuschuss an die Norddeutsche Blindenhörbücherei e.V. und an die Stiftung Centralbibliothek für Blinde	100	Betriebs-haushalt	844	844	836	836	8
03.3	3720	686.07	Förderung der Kinder- und Jugendkultur	100	Betriebs-haushalt	1.116	1.116	1.116	1.116	0
03.3	3720	686.16	Kulturaustauschprojekte	75	Betriebs-haushalt	256	192	256	192	0
03.3	3720	686.18	Veranstaltungen im Rahmen des Hamburger Sommers	75	Betriebs-haushalt	148	111	148	111	0
03.3	3720	686.27	Zuschuss an den Landesverband Soziokultur Hamburg e.V	100	Betriebs-haushalt	83	83	83	83	0
03.3	3720	686.29	Sonstige Kulturförderung	100	Betriebs-haushalt	63	63	63	63	0
03.3	3720	686.30	Besondere Kulturförderung	100	Betriebs-haushalt	450	450	450	450	0
03.3	3720	686.31	Förderung von Filmzentren	100	Betriebs-haushalt	484	484	484	484	0
03.3	3720	686.34	Sonstige Filmförderung	100	Betriebs-haushalt	165	165	61	61	104
03.3	3720	686.35	Zuschüsse für Filmfestivals	100	Betriebs-haushalt	727	727	471	471	256
03.3	3720	686.50	Förderung von Filmprojekten	100	Betriebs-haushalt	0	0	7.158	7.158	-7.158

Einzel-plan	Kapitel	Titel	Zweck	Zuwendungs-anteil	Zuordnung	Titelvolumen 2004 -inTsd. EUR-	Zuwendungs-volumen 2004 -inTsd. EUR-	Titelvolumen 2003 -inTsd. EUR-	Zuwendungs-volumen 2003 -inTsd. EUR-	Zuwendungs-volumen 2004 ./. 2003 -inTsd. EUR-
03.3	3720	686.57	Abspiel- und Vertriebsförderung von Filmen	100	Betriebshaushalt	0	0	216	216	-216
03.3	3720	686.81	Institutionelle Förderung sozio-kultureller Stadtteilzentren, Rahmenzuweisungen an die Bezirke	100	Betriebshaushalt	4.241	4.241	4.241	4.241	0
03.3	3720	686.82	Förderung von Stadtteilkulturprojekten, Rahmenzuweisungen an die Bezirke	100	Betriebshaushalt	256	256	256	256	0
03.3	3720	831.01	Zuschuss an die hamburgische Kulturstiftung zur Erhöhung des Kapitalgrundstocks	100	Investition	1.000	1.000	0	0	1.000
03.3	3720	892.02	Zuschuss an die Stiftung "Hamburger Öffentliche Bücherhallen" und die Blindenbüchereien für Investitionen	100	Investition	767	767	767	767	0
03.3	3720	893.01	Zuschüsse für kleine Investitionen	100	Investition	407	407	102	102	305
03.3	3800	682.01	Zuschuss an die Deichtorhallen-Ausstellungs GmbH	100	Betriebshaushalt	1.345	1.345	1.331	1.331	14
03.3	3800	682.02	Zuschuss an die Stiftung Hamburger Kunsthalle	100	Betriebshaushalt	8.987	8.987	8.584	8.584	403
03.3	3800	682.03	Zuschuss an die Stiftung Museum für Kunst und Gewerbe	100	Betriebshaushalt	4.952	4.952	5.095	5.095	-143
03.3	3800	682.04	Zuschuss an die Stiftung Museum für Völkerkunde	100	Betriebshaushalt	2.926	2.926	2.730	2.730	196
03.3	3800	682.05	Zuschuss an die Stiftung Museum für Hamburgische Geschichte	100	Betriebshaushalt	3.334	3.334	3.409	3.409	-75
03.3	3800	682.06	Zuschuss an die Stiftung Altonaer Museum	100	Betriebshaushalt	2.844	2.844	2.695	2.695	149
03.3	3800	682.07	Zuschuss an die Stiftung Helms Museum	100	Betriebshaushalt	2.146	2.146	2.077	2.077	69
03.3	3800	682.08	Zuschuss an die Stiftung Museum der Arbeit	100	Betriebshaushalt	2.120	2.120	2.067	2.067	53
03.3	3800	682.10	Zuschüsse an Museumsstiftungen für die Unterhaltung der Grundstücke	100	Betriebshaushalt	0	0	393	393	-393
03.3	3800	682.11	Zentral veranschlagte Zuschüsse an Museumsstiftungen	100	Betriebshaushalt	266	266	150	150	116
03.3	3800	686.02	Förderung von Kunst- und Kommunikationszentren	100	Betriebshaushalt	557	557	557	557	0
03.3	3800	686.05	Zuschüsse für nichtstaatliche Museen	100	Betriebshaushalt	57	57	57	57	0
03.3	3800	686.06	Förderung von Geschichtswerkstätten	100	Betriebshaushalt	34	34	539	539	-505
03.3	3800	891.01	Zuschüsse an Museumsstiftungen für Sammlungs- und Ausstattungsgegenstände	100	Investition	1.483	1.483	1.652	1.652	-169
03.3	3800	893.02	Zuschüsse für Bauinvestitionen	100	Investition	3.546	3.546	2.046	2.046	1.500
03.3	3800	893.03	Sicherung der Sammlung "Schifffahrts- und Marinegeschichte Peter Tamm"	100	Investition	15.000	15.000	0	0	15.000
03.3	3920	682.01	Zuschuss an die Hamburgische Staatsoper GmbH	100	Betriebshaushalt	40.886	40.886	40.666	40.666	220
03.3	3920	682.05	Zuschuss an die Neue Schauspielhaus GmbH	100	Betriebshaushalt	18.531	18.531	18.414	18.414	117
03.3	3920	682.07	Zuschuss an die Thalia-Theater GmbH	100	Betriebshaushalt	15.788	15.788	15.141	15.141	647
03.3	3920	686.01	Zuschüsse für die Unterhaltung der Grundstücke	100	Betriebshaushalt	333	333	333	333	0
03.3	3920	686.02	Förderung besonderer Theateraktivitäten	75	Betriebshaushalt	504	378	604	453	-75
03.3	3920	686.05	Zuschuss an die Kampnagel GmbH	100	Betriebshaushalt	3.682	3.682	3.682	3.682	0
03.3	3920	686.06	Zuschüsse an Privattheater	100	Betriebshaushalt	5.109	5.109	4.856	4.856	253
03.3	3920	686.10	Zuschuss für das Musikfest Hamburg	100	Betriebshaushalt	153	153	153	153	0
03.3	3920	686.11	Sonstige Musikpflege	75	Betriebshaushalt	442	332	442	332	0
03.3	3920	686.12	Zuschuss an die Hamburger Symphoniker e.V	100	Betriebshaushalt	2.953	2.953	2.850	2.850	103
03.3	3920	686.13	Zuschüsse an die Kommunikationszentren Fabrik und Markthalle	100	Betriebshaushalt	971	971	971	971	0
03.3	3920	686.15	Kulturelle Zielgruppenarbeit	75	Betriebshaushalt	324	243	437	328	-85
03.3	3920	686.21	Zuschuss an das Hamburger Konservatorium	100	Betriebshaushalt	627	627	627	627	0
03.3	3920	891.03	Zuschüsse an Theater und Orchester für größere Beschaffungen	100	Investition	665	665	665	665	0
03.3	3920	893.01	Zuschüsse für Bauinvestitionen	100	Investition	1.411	1.411	500	500	911
03.3	3920	893.02	Neubau eines Betriebsgebäudes für die Hamburgische Staatsoper -Teilbetrag-	100	Investition	6.113	6.113	12.073	12.073	-5.960
03.3	3920	893.03	Grundsanierung von Gebäude und Technik des Thalia Theaters	100	Investition	767	767	1.023	1.023	-256
03.3 Ergebnis						**194.315**	**193.673**	**180.559**	**179.864**	**13.809**

Einzel-plan	Kapitel	Titel	Zweck	Zuwendungs-anteil	Zuordnung	Titelvolumen 2004 -inTsd. EUR-	Zuwendungs-volumen 2004 -inTsd. EUR-	Titelvolumen 2003 -inTsd. EUR-	Zuwendungs-volumen 2003 -inTsd. EUR-	Zuwendungs-volumen 2004 ./. 2003 -inTsd. EUR-
04.0	4210	682.32	Kofinanzierung der Zuschüsse für die Beschäftigung von schwer vermittel-baren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit (SAM)	100	Betriebs-haushalt	2.000	2.000	3.300	3.300	-1.300
04.0	4210	682.36	Beschäftigung nach § 19 f. BSHG bei freien Trägern	100	Betriebs-haushalt	4.160	4.160	3.960	3.960	200
04.0	4210	682.37	Zuschuss an die Hamburger Arbeit - Beschäftigungsgesellschaft mbH-HAB	100	Betriebs-haushalt	38.878	38.878	38.000	38.000	878
04.0	4210	682.43	Zuschüsse für Qualifizierungsmaßnahmen	100	Betriebs-haushalt	3.827	3.827	3.750	3.750	77
04.0	4210	682.50	Förderung sozialpolitischer Beschäftigungsmaßnahmen	100	Betriebs-haushalt	8.493	8.493	8.363	8.363	130
04.0	4210	684.07	Zuschuss für aufsuchende Sozial-arbeit zur Bekämpfung von Jugend-arbeitslosigkeit im Stadtteil Jenfeld	100	Betriebs-haushalt	0	0	105	105	-105
04.0	4210	684.10	Zuschuss an die Frauenhandwerkstatt e.V.	100	Betriebs-haushalt	0	0	159	159	-159
04.0	4210	684.12	Beratungsangebote für Arbeitslose	100	Betriebs-haushalt	999	999	984	984	15
04.0	4210	685.01	Zuschuss an die "Johann-Daniel-Lawaetz-Stiftung"	100	Betriebs-haushalt	859	859	838	838	21
04.0	4210	685.02	Zuschuss an die "Stattbau Hamburg-Stadtentwicklungsgesellschaft mbH" für alternative Baubetreuung	100	Betriebs-haushalt	440	440	428	428	12
04.0	4210	685.04	Zuschuss an die Johann-Daniel-Lawaetz-Service-GmbH	100	Betriebs-haushalt	137	137	133	133	4
04.0	4240	685.01	Zuschüsse an Körperschaften, Verbände und Organisationen	100	Betriebs-haushalt	23	23	27	27	-4
04.0	4240	685.02	Gräberfürsorge	100	Betriebs-haushalt	151	151	100	100	51
04.0	4440	684.01	Zuschuss an die Elbe-Werkstätten GmbH zum Betrieb eines Zeltmateriallagers	100	Betriebs-haushalt	82	82	82	82	0
04.0	4440	684.11	Förderung der überregionalen Jugendverbände	100	Betriebs-haushalt	2.556	2.556	2.504	2.504	52
04.0	4440	684.12	Förderung der Jugendarbeit, der Jugendberatung und des erzieherischen Jugendschutzes	75	Betriebs-haushalt	5.701	4.276	5.292	3.969	307
04.0	4440	684.64	Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe	75	Betriebs-haushalt	615	461	531	398	63
04.0	4440	684.81	Betriebsausgaben für die Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit -Rahmenzuweisung gemäß § 27 BezVG-	75	Betriebs-haushalt	22.669	17.002	21.576	16.182	820
04.0	4440	701.81	Investitionen für die Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit - Rahmenzuweisung gemäß § 27 BezVG -	40	Investition	2.572	1.029	1.500	600	429
04.0	4440	893.01	Zuschüsse für Investitionen im Bereich der Kinderund Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit	75	Investition	1.562	1.172	1.678	1.259	-87
04.0	4450	671.86	Betriebsausgaben für die Förderung der Erziehung in der Familie -Zweckzuweisung gemäß § 27 BezVG-	40	Betriebs-haushalt	3.605	1.442	2.415	966	476
04.0	4450	684.02	Zuschüsse für Frauenberatung	100	Betriebs-haushalt	511	511	546	546	-35
04.0	4450	684.13	Zuschüsse für Familienförderung und sonstige Maßnahmen an Träger der freien Jugendhilfe	100	Betriebs-haushalt	1.610	1.610	1.196	1.196	414
04.0	4450	684.81	Betriebsausgaben für die Förderung der Erziehung in der Familie -Rahmenzuweisung gemäß § 27 BezVG -	75	Betriebs-haushalt	4.593	3.445	4.348	3.261	184
04.0	4450	684.82	Betriebsausgaben für sozialraumorientierte Angebote der Jugend- und Familienhilfe -Rahmenzuweisung gemäß § 27 BezVG-	75	Betriebs-haushalt	4.324	3.243	0	0	3.243
04.0	4450	701.81	Investitionen für die Förderung der Erziehung in der Familie -Rahmenzuweisung gemäß § 27 BezVG-	40	Investition	532	213	261	104	109
04.0	4450	893.01	Zuschüsse für Investitionen für die Förderung der Erziehung in der Familie	75	Investition	31	23	31	23	0
04.0	4460	534.81	Betriebsausgaben für Hilfen zur Erziehung -Rahmenzuweisung gemäß § 27 BezVG-	75	Betriebs-haushalt	46	35	46	35	0
04.0	4460	684.04	Zuschüsse für Wohnraumbeschaffung	100	Betriebs-haushalt	309	309	305	305	4
04.0	4460	684.05	Zuschüsse für Werbung und Betreuung von Pflege und Bereitschaftspflegestellen sowie Adoptiveltern	100	Betriebs-haushalt	604	604	590	590	14
04.0	4460	684.06	Förderung von Modellprojekten der flexiblen, familiären Krisenintervention	80	Betriebs-haushalt	0	0	453	362	-362
04.0	4460	684.07	Förderung von Projekten der integrativen Kinderund Jugendhilfe im Stadtteil	80	Betriebs-haushalt	0	0	1.243	994	-994

Einzel-plan	Kapitel	Titel	Zweck	Zuwendungs-anteil	Zuordnung	Titelvolumen 2004 -inTsd. EUR-	Zuwendungs-volumen 2004 -inTsd. EUR-	Titelvolumen 2003 -inTsd. EUR-	Zuwendungs-volumen 2003 -inTsd. EUR-	Zuwendungs-volumen 2004 ./. 2003 -inTsd. EUR-
04.0	4460	893.01	Zuschüsse zu Investitionen im Bereich der Hilfen zur Erziehung und Hilfen für junge Volljährige	75	Investition	599	449	846	635	-186
04.0	4470	684.02	Förderung von Maßnahmen zur Vermeidung von Kindesaussetzungen	100	Betriebs-haushalt	42	42	42	42	0
04.0	4470	684.03	Zuschüsse im Bereich der Jugendstraffälligenhilfe	75	Betriebs-haushalt	464	348	499	374	-26
04.0	4470	684.04	Privatvormünder für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge	100	Betriebs-haushalt	118	118	58	58	60
04.0	4470	684.81	Betriebsausgaben für andere Aufgaben der Jugendhilfe -Rahmenzuweisung gemäß § 27 BezVG-	75	Betriebs-haushalt	501	376	494	371	5
04.0	4600	684.05	Förderung der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege	100	Betriebs-haushalt	430	430	418	418	12
04.0	4610	684.02	Zuschuss für die psychosoziale Betreuung für Opfer von Gewalt	100	Betriebs-haushalt	462	462	200	200	262
04.0	4610	684.03	Zuschuss an die Stiftung "Täter-Opfer-Ausgleich"	100	Betriebs-haushalt	4	4	3	3	1
04.0	4610	684.05	Durchführung der Schuldnerberatung nach § 17 Abs. 1 BSHG	100	Betriebs-haushalt	445	445	0	0	445
04.0	4620	671.02	Finanzierung der Einrichtungen und Wohnunterkünfte für Wohnungslose von p&w -Anstalt öffentlichen Rechts-	40	Betriebs-haushalt	5.416	2.166	5.350	2.140	26
04.0	4620	684.01	Zuschüsse für den Betrieb von Tagesaufenthaltsstätten und Bahnhofsmissionen	100	Betriebs-haushalt	818	818	828	828	-10
04.0	4620	684.02	Zuschüsse für den Betrieb von Frauenhäusern	100	Betriebs-haushalt	2.230	2.230	2.436	2.436	-206
04.0	4620	684.03	Zuschüsse zur Förderung geschlechtsspezifischer Beratungs-, Selbsthilfe- und sonstiger Angebote	100	Betriebs-haushalt	345	345	337	337	8
04.0	4620	684.05	Zuschüsse an nichtstaatliche Stellen für Hilfen an Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten	100	Betriebs-haushalt	2.688	2.688	2.627	2.627	61
04.0	4620	684.06	Zuschuss für den Betrieb einer Kranken-wohnung für obdachlose Menschen	100	Betriebs-haushalt	307	307	300	300	7
04.0	4620	684.07	Zuschuss für das Wohnprojekt "Mistralbunker"	100	Betriebs-haushalt	108	108	105	105	3
04.0	4620	891.01	Zuschuss an p&w -Anstalt öffentlichen Rechts- für Investitionen im Wohnunterkunfts- und Obdachlosenbereich	100	Investition	500	500	0	0	500
04.0	4640	684.01	Zuschüsse zur Förderung von Beratung und Betreuung hilfs- und pflegebedürftiger Menschen und deren Angehörigen	100	Betriebs-haushalt	274	274	336	336	-62
04.0	4640	684.02	Betreuungsangebote und Modellvorhaben für Pflegebedürftige mit erheblichem allgemeinem Betreuungsbedarf	100	Betriebs-haushalt	256	256	0	0	256
04.0	4640	684.03	Zuschüsse zur Förderung pflegerischer Versorgungsstrukturen	100	Betriebs-haushalt	273	273	482	482	-209
04.0	4640	891.01	Investitionsförderung Tagespflege	100	Investition	650	650	630	630	20
04.0	4650	684.01	Zuschüsse an nichtstaatliche Stellen für Hilfen an psychisch Kranke	100	Betriebs-haushalt	2.267	2.267	2.212	2.212	55
04.0	4650	684.02	Zuschüsse für den Spezialbeförderungsdienst für Schwerst- und Schwerstmehrfachbehinderte	100	Betriebs-haushalt	495	495	489	489	6
04.0	4650	684.03	Zuschüsse für den Behindertensport	100	Betriebs-haushalt	134	134	136	136	-2
04.0	4650	684.04	Zuschüsse an nichtstaatliche Stellen für sonstige Hilfen für Behinderte	100	Betriebs-haushalt	618	618	604	604	14
04.0	4670	518.81	Betriebskosten der Altentagesstätten Rahmenzuweisung an die Bezirke	15	Betriebs-haushalt	1.774	266	1.749	262	4
04.0	4670	684.63	Zuschüsse an nichtstaatliche Stellen zum Betrieb von Altentagesstätten und für sonstige soziale Maßnahmen	100	Betriebs-haushalt	1.431	1.431	1.420	1.420	11
04.0	4670	684.65	Zuschüsse an Betreuungsvereine für Querschnittsaufgaben	100	Betriebs-haushalt	829	829	810	810	19
04.0	4670	685.65	Zuschüsse für die Sockelfinanzierung von Betreuungstätigkeit in Betreuungsvereinen	100	Betriebs-haushalt	90	90	88	88	2
04.0	4700	671.61	Erstattung an p&w -Anstalt öffentlichen Rechtsfür die Unterbringung von Aussiedlern und Zuwander ern	17	Betriebs-haushalt	19.395	3.297	31.427	5.343	-2.046
04.0	4700	681.03	Beihilfen zur Eingliederung junger Zuwanderer (Garantiefonds)	100	Betriebs-haushalt	1.539	1.539	1.500	1.500	39
04.0	4700	684.01	Zuschüsse an Verbände für Integrationshilfen für ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien	100	Betriebs-haushalt	425	425	403	403	22

Einzel-plan	Kapitel	Titel	Zweck	Zuwendungs-anteil	Zuordnung	Titelvolumen 2004 -inTsd. EUR-	Zuwendungs-volumen 2004 -inTsd. EUR-	Titelvolumen 2003 -inTsd. EUR-	Zuwendungs-volumen 2003 -inTsd. EUR-	Zuwendungs-volumen 2004 ./. 2003 -inTsd. EUR-
04.0	4700	684.03	Zuschüsse an Integrationszentren und Vereine zur Integrationsförderung ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien	100	Betriebs-haushalt	1.767	1.767	1.727	1.727	40
04.0	4700	684.06	Zuschüsse an Körperschaften, Verbände und Organisationen	37	Betriebs-haushalt	462	171	454	168	3
04.0	4700	684.61	Zuschüsse an Verbände für die Beratung und Betreuung ausländischer Flüchtlinge sowie die Unterbringung von Zuwanderern	100	Betriebs-haushalt	2.056	2.056	2.616	2.616	-560
04.0 Ergebnis						**162.101**	**126.654**	**166.370**	**123.623**	**3.031**
06.0	6100	526.02	Wettbewerbe, Einzeluntersuchungen, Modelle und dgl.	80	Betriebs-haushalt	253	202	53	42	160
06.0	6100	893.05	Soziale Stadtteilentwicklung in Sanierungsgebieten	26	Investition	10.338	2.688	10.403	2.705	-17
06.0	6100	893.11	Soziale Stadtteilentwicklung in STEP-Gebieten (Hamburgisches Stadtteilentwicklungsprogramm)	60	Investition	10.400	6.240	11.833	7.100	-860
06.0	6300	682.01	Betriebskostenzuschüsse für den ÖPNV (ohne DB AG)	90	Betriebs-haushalt	8.034	7.231	8.435	7.592	-361
06.0	6300	682.06	Zuschuss an die Eisenbahn-Aktiengesellschaft Altona-Kaltenkirchen-Neumünster zur Abdeckung von Verlusten aus dem Güterverkehr	100	Betriebs-haushalt	1.855	1.855	2.215	2.215	-360
06.0	6300	682.13	Betriebskostenzuschüsse für die DB AG	100	Betriebs-haushalt	92.700	92.700	90.000	90.000	2.700
06.0	6300	682.17	Sonstige Zuschüsse aus Regionalisierungsmitteln für den ÖPNV	90	Betriebs-haushalt	6.154	5.539	6.193	5.574	-35
06.0	6300	741.02	Förderung des Radverkehrs	5	Investition	600	30	600	30	0
06.0	6300	741.82	Förderung des Radverkehrs, Rahmenzuweisungen an die Bezirke	10	Investition	500	50	500	50	0
06.0	6300	788.01	Allgemeine Erschließungen	10	Investition	7.700	770	9.763	976	-206
06.0	6300	891.02	Zuschüsse zum Bau oder Ausbau von Anlagen des öffentlichen Personennahverkehrs	100	Investition	13.500	13.500	13.500	13.500	0
06.0	6300	891.05	Investitionszuschüsse an die Hamburger Hochbahn AG	100	Investition	10.226	10.226	10.315	10.315	-89
06.0	6300	891.06	Telematik - Förderung von Projekten zur Verkehrsinformation in Hamburg	10	Investition	500	50	500	50	0
06.0	6300	891.10	Kostenbeiträge zu verschiedenen Baumaßnahmen der Verkehrsunternehmen	5	Investition	850	43	33	2	41
06.0	6300	891.24	Zuweisungen an die Hamburger Hochbahn AG für den Ausbau des Hafenbahntunnels Altona	100	Investition	0	0	1.790	1.790	-1.790
06.0 Ergebnis						**163.610**	**141.124**	**166.133**	**141.941**	**-817**
07.0	7100	536.01	Maßnahmen zur Medienstandort- und Designförderung	40	Betriebs-haushalt	1.275	510	475	190	320
07.0	7100	682.01	Zuschüsse an die Träger der Hamburg-Werbung zur Durchführung von Werbemaßnahmen	100	Betriebs-haushalt	2.887	2.887	2.887	2.887	0
07.0	7100	685.01	Förderung der Entwicklung und Anwendung von Telekommunikation und Multimedia sowie von IuK-Technik zur Ergänzung und Umsetzung des Handlungsprogramms	75	Betriebs-haushalt	223	167	223	167	0
07.0	7100	685.05	Kongressförderung	90	Betriebs-haushalt	282	254	282	254	0
07.0	7100	687.01	Zuschüsse für Auslandsaktivitäten der Hamburg - Werbung	85	Betriebs-haushalt	293	249	293	249	0
07.0	7100	892.02	Maßnahmen zur Förderung von Telekommunikation und Multimedia am Standort Hamburg	90	Investition	1.300	1.170	1.885	1.697	-527
07.0	7200	537.01	Maßnahmen zur Erschließung ausländischer Märkte	40	Betriebs-haushalt	201	80	201	80	0
07.0	7200	684.01	Zuschuss an die Internationale Schule e.V	100	Betriebs-haushalt	1.176	1.176	1.176	1.176	0
07.0	7200	684.06	Zuschuss an die Betreuungsstation für Seeleute	100	Betriebs-haushalt	253	253	253	253	0
07.0	7200	685.01	Zuschuss an die Stiftung "Deutsches Übersee-Institut"	100	Betriebs-haushalt	5.500	5.500	5.694	5.694	-194
07.0	7200	685.03	Zuschuss an den Verein zur Förderung des Kurzstreckenseeverkehrs	100	Betriebs-haushalt	15	15	15	15	0
07.0	7200	686.04	Mittelstandsorientierte überbetriebliche Förderung im Handels- und Dienstleistungsbereich	100	Betriebs-haushalt	85	85	89	89	-4
07.0	7200	686.07	Zuschuss an den Hafen Hamburg Marketing e. V	100	Betriebs-haushalt	3.086	3.086	2.966	2.966	120
07.0	7300	685.02	Zuschuss an das Technologieberatungszentrum Hamburg (TBZ)	100	Betriebs-haushalt	311	311	295	295	16
07.0	7300	685.08	Zuschuss an die HWF Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH	100	Betriebs-haushalt	3.258	3.258	3.374	3.374	-116

Einzel-plan	Kapitel	Titel	Zweck	Zuwendungs-anteil	Zuordnung	Titelvolumen 2004 -inTsd. EUR-	Zuwendungs-volumen 2004 -inTsd. EUR-	Titelvolumen 2003 -inTsd. EUR-	Zuwendungs-volumen 2003 -inTsd. EUR-	Zuwendungs-volumen 2004 ./. 2003 -inTsd. EUR-
07.0	7300	686.06	Zuschuss zur Beratung von Arbeitnehmern über die Anwendung bzw. Auswirkung neuer Technologien	100	Betriebs-haushalt	53	53	106	106	-53
07.0	7300	686.07	Präsentation Hamburgs auf Technologiemessen und technologieorientierten Veranstaltungen	100	Betriebs-haushalt	90	90	90	90	0
07.0	7300	686.12	Maßnahmen zur Förderung des Handwerks, anderer kleiner und mittlerer Unternehmen sowie von Existenzgründungen	50	Betriebs-haushalt	946	473	566	283	190
07.0	7300	891.03	Förderung der Mikroelektronik-Anwendung	100	Investition	260	260	1.071	1.071	-811
07.0	7300	892.02	Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft (soweit nicht anderweitig veranschlagt)	93	Investition	3.150	2.930	3.514	3.268	-338
07.0	7300	892.03	Förderung von FuE- sowie IuK-Vorhaben im Handwerk und Mittelstand	100	Investition	1.507	1.507	1.400	1.400	107
07.0	7300	892.06	Errichtung und Förderung eines Kompetenzzentrums Medizintechnik	68	Investition	667	454	1.023	696	-242
07.0	7300	892.11	Wettbewerbshilfen für die Werften	100	Investition	8.181	8.181	8.181	8.181	0
07.0	7300	892.12	Förderung der Luftfahrtforschung und -technologie	73	Investition	2.620	1.913	3.493	2.550	-637
07.0	7300	892.15	Aktivierung von Gewerbebrachen/Herrichtung von Industrieanlagen für neue gewerbliche Nutzung	95	Investition	1.201	1.141	250	238	903
07.0	7300	892.17	Projektförderung für Modernisierung von Kleingewerbe an problematischen Standorten	100	Investition	190	190	190	190	0
07.0	7400	662.30	Zinsverbilligungszuschüsse für Kapitalmarktdarlehen zur Förderung von Investitionen in der Landwirtschaft (Gemeinschaftsaufg. Art. 91a GG)	100	Betriebs-haushalt	587	587	587	587	0
07.0	7400	683.01	Förderung der Vermarktung ökologischer Agrarerzeugnisse	70	Betriebs-haushalt	50	35	132	92	-57
07.0	7400	683.03	Förderung und Schutz der Lebensräume wild lebender Tierarten	40	Betriebs-haushalt	13	5	14	6	-1
07.0	7400	683.30	Zuschüsse für verschiedene Förderungsmaßnahmen in der Landwirtschaft (Gemeinschaftsaufgabe Art. 91a GG)	95	Betriebs-haushalt	233	221	233	221	0
07.0	7400	683.32	Förderung von Modulationsmaßnahmen in der Landwirtschaft	100	Betriebs-haushalt	25	25	0	0	25
07.0	7400	685.01	Zuschüsse zur Förderung der Landwirtschaft	91	Betriebs-haushalt	80	73	82	75	-2
07.0	7400	685.02	Zuschuss an das Bildungs- und Informationszentrum des Gartenbaus Hamburg (BIG)	100	Betriebs-haushalt	230	230	230	230	0
07.0	7400	686.11	Verwendung zweckgebundener Einnahmen aus Jagdscheingebühren zur Förderung von Jagd und Hege	75	Betriebs-haushalt	62	47	0	0	47
07.0	7400	892.02	Investitionszuschüsse zur Verbesserung umweltund ressourcenschonender Bewirtschaftungsformen sowie Umstellung auf ökologischen Landbau	100	Investition	23	23	46	46	-23
07.0	7400	892.10	Zuschüsse für die Anlage von Reit-, Wander- und Erlebnispfaden	100	Investition	9	9	9	9	0
07.0	7400	892.30	Zuschüsse zur Förderung von Investitionen in der Ernährungs-, Land- und Forstwirtschaft (Gemeinschaftsaufgabe Art. 91a GG)	100	Investition	800	800	811	811	-11
07.0	7450	534.01	Maßnahmen zur Unterstützung des Strukturwandels	10	Betriebs-haushalt	41	4	41	4	0
07.0	7450	682.27	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen für die Durchführung von ESF-Programmen	100	Betriebs-haushalt	0	0	450	450	-450
07.0	7450	682.29	Innovative Elemente in arbeitsmarktpolitischen Programmen	100	Betriebs-haushalt	0	0	1.600	1.600	-1.600
07.0	7450	682.50	Zuschüsse zur Förderung der arbeitsmarktpolitischen Infrastruktur (inklusive Qualifizierung)	100	Betriebs-haushalt	0	0	15.000	15.000	-15.000
07.0	7450	682.51	Förderung der Integration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt	100	Betriebs-haushalt	0	0	14.560	14.560	-14.560
07.0	7450	683.01	Integration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt	60	Betriebs-haushalt	5.956	3.574	0	0	3.574
07.0	7450	683.30	Kofinanzierung der Zuschüsse an private Unternehmen im Rahmen des Programms "Qualifizierung und Arbeit für Schulabgänger" (QUAS)	100	Betriebs-haushalt	0	0	700	700	-700
07.0	7450	684.01	Integration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt durch Fördermaßnahmen	90	Betriebs-haushalt	26.097	23.487	0	0	23.487
07.0	7450	684.02	Innovative und flankierende Maßnahmen	50	Betriebs-haushalt	1.180	590	0	0	590

Einzel-plan	Kapitel	Titel	Zweck	Zuwendungs-anteil	Zuordnung	Titelvolumen 2004 -inTsd. EUR-	Zuwendungs-volumen 2004 -inTsd. EUR-	Titelvolumen 2003 -inTsd. EUR-	Zuwendungs-volumen 2003 -inTsd. EUR-	Zuwendungs-volumen 2004 ./. 2003 -inTsd. EUR-
07.0	7450	684.03	Existenzgründungsberatung- und coaching	100	Betriebshaushalt	526	526	0	0	526
07.0	7450	684.27	Zuschüsse für die Durchführung von Programmen im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF)	100	Betriebshaushalt	1.600	1.600	550	550	1.050
07.0	7450	685.01	Zuschuss an die "Johann-Daniel-Lawaetz-Stiftung"	100	Betriebshaushalt	0	0	276	276	-276
07.0	7450	685.27	Zuschuss an die "Joann-Daniel-Lawaetz-Stiftung" im Zusammenhang mit der Durchführung von Programmen im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF)	100	Betriebshaushalt	0	0	532	532	-532
07.0	7450	892.18	Maßnahmen innovativer Strukturpolitik	55	Investition	2.050	1.128	2.511	1.381	-253
07.0	7500	892.06	Zuschüsse für Untersuchungen zur Anpassung der privaten Hochwasserschutzanlagen im Hafen	80	Investition	500	400	500	400	0
07.0 Ergebnis						**79.072**	**69.557**	**78.856**	**74.989**	**-5.432**
08.1	8500	684.70	Zuschuss an die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft (DLRG), Landesverband Hamburg e.V.	100	Betriebshaushalt	3	3	3	3	0
08.1	8580	684.77	Zuschüsse an Hilfsorganisationen	100	Betriebshaushalt	453	453	448	448	5
08.1 Ergebnis						**456**	**456**	**451**	**451**	**5**
08.2	8600	547.10	Förderung internationaler Zusammenarbeit auf den Feldern Umwelt und Gesundheit	10	Betriebshaushalt	15	2	20	2	0
08.2	8600	684.01	Förderung von Maßnahmen der Umweltberatung u.a.	100	Betriebshaushalt	71	71	69	69	2
08.2	8600	684.02	Zuschuss an den Zukunftsrat Hamburg	100	Betriebshaushalt	26	26	26	26	0
08.2	8600	684.40	Zuschüsse für Betrieb und Unterhaltung des Hamburger Umweltzentrums Karlshöhe	100	Betriebshaushalt	44	44	44	44	0
08.2	8600	893.01	Rückstellung für Freibäder	100	Investition	50	50	50	50	0
08.2	8620	534.81	Gesundheitsschutz, Rahmenzuweisung an die Bezirke	28	Betriebshaushalt	351	98	351	98	0
08.2	8620	682.03	Zuschüsse an den Landesbetrieb Krankenhäuser Hamburg -Anstalt öffentlichen Rechts- für die Zentralambulanz für Betrunkene (ZAB)	100	Betriebshaushalt	0	0	415	415	-415
08.2	8620	682.04	Zuschüsse an den Landesbetrieb Krankenhäuser Hamburg -Anstalt öffentlichen Rechts- für den Betrieb der Massageschule im AK Eilbek	100	Betriebshaushalt	110	110	108	108	2
08.2	8620	684.71	Zuschüsse an Vereine, Institute u. dgl. zur Gesundheitsförderung und AIDS-Prävention	100	Betriebshaushalt	4.034	4.034	3.948	3.948	86
08.2	8620	893.05	Ausbau der Einrichtung des Maßregelvollzuges gem §§ 63, 64 StGB am Klinikum Nord - Betriebsteil Ochsenzoll	100	Investition	0	0	1.502	1.502	-1.502
08.2	8660	684.01	Modellversuch akupunkturgestützte Suchtbehandlung	100	Betriebshaushalt	56	56	56	56	0
08.2	8660	684.61	Zuschüsse an Vereine und dgl.	100	Betriebshaushalt	17.834	17.834	17.791	17.791	43
08.2	8660	685.61	Nationale Erprobung der ärztlichen Heroinvergabe	100	Betriebshaushalt	2.763	2.763	2.511	2.511	252
08.2	8670	685.08	Zuschuss an die Verbraucher-Zentrale Hamburg e.V.	100	Betriebshaushalt	578	578	568	568	10
08.2	8670	686.61	Zuschuss an den Hamburger Tierschutzverein von 1841 e.V.	100	Betriebshaushalt	38	38	38	38	0
08.2	8700	671.02	Maßnahmen zur Stadtteilpflege durch Förderung zusätzl. Reinigungsarbeiten u. and. Vorhaben z. Verbesserung der Sauberkeitssituation (z.B. Graffiti)	45	Betriebshaushalt	738	332	911	410	-78
08.2	8800	541.01	Allgemeine Betriebsausgaben für den Naturschutz	5	Betriebshaushalt	452	23	452	23	0
08.2	8800	541.81	Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen für den Naturschutz, Rahmenzuweisungen an die Bezirke	5	Betriebshaushalt	49	2	49	2	0
08.2	8800	541.86	Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen für den Naturschutz, Zweckzuweisungen an die Bezirke	5	Betriebshaushalt	20	1	20	1	0
08.2	8800	681.02	Vertragsnaturschutz (Programm Biotopschutz durch Einschränkung der Bewirtschaftung von Flächen Extensivierungsprogramm)	5	Betriebshaushalt	414	21	409	20	1
08.2	8800	684.01	Zuschüsse und Zuwendungen an den Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge	100	Betriebshaushalt	7	7	13	13	-6
08.2	8800	684.03	Zuschuss an die Stiftung Naturschutz Hamburg und Stiftung zum Schutz gefährdeter Pflanzen	100	Betriebshaushalt	95	95	93	93	2
08.2	8800	684.08	Zuwendungen an die Naturschutzverbände	100	Betriebshaushalt	145	145	142	142	3

Einzel-plan	Kapitel	Titel	Zweck	Zuwendungs-anteil	Zuordnung	Titelvolumen 2004 -inTsd. EUR-	Zuwendungs-volumen 2004 -inTsd. EUR-	Titelvolumen 2003 -inTsd. EUR-	Zuwendungs-volumen 2003 -inTsd. EUR-	Zuwendungs-volumen 2004 ./. 2003 -inTsd. EUR-
08.2	8800	684.10	Zuwendungen an Naturschutzverbände für die Übernahme auslaufender AB-Maßnahmen	100	Betriebs-haushalt	240	240	234	234	6
08.2	8900	541.02	Förderung der UmweltPartnerschaft	20	Betriebs-haushalt	100	20	0	0	20
08.2	8900	685.01	Zuweisung an das Deutsche Institut f. Bautechnik (DIBt) f. die Durchführung der Bauartzulassung von Abwasserbehandlungsanlagen	100	Betriebs-haushalt	7	7	7	7	0
08.2	8900	791.10	Maßnahmen zur Reduzierung des Heizenergie-,Stromund Wasserverbrauchs der öffentl. Einrichtungen, u.a. Thermostatventile	10	Investition	3.610	361	4.602	460	-99
08.2	8900	892.10	Förderung von Maßnahmen zur Energie- und Wassereinsparung und zur Nutzung regenerativer Energiequellen sowie von Umwelttechnologien	85	Investition	6.565	5.580	6.000	5.100	480
08.2	8900	893.02	Technische Lärmminderungsmaßnahmen auf Container-Terminals	75	Investition	0	0	66	50	-50
08.2 Ergebnis						**38.412**	**32.538**	**40.495**	**33.781**	**-1.243**
09.2	9590	682.01	Zuschuss an die Asset-Management-Consulting GmbH	100	Betriebs-haushalt	672	672	672	672	0
09.2	9590	682.10	Zuschuss an die Hamburger Gesellschaft für Beteiligungsverwaltung mbH (HGV) zum Verlustausgleich	100	Betriebs-haushalt	0	0	4.734	4.734	-4.734
09.2	9700	682.02	Mehrbedarf für Landesbetriebe, Zuwendungsempfänger u.a. aufgrund von Tarif- und Besoldungsänderungen	75	Betriebs-haushalt	11.000	8.250	22.000	16.500	-8.250
09.2 Ergebnis						**11.672**	**8.922**	**27.406**	**21.906**	**-12.984**
Gesamtergebnis						**1.205.260**	**846.791**	**1.204.759**	**840.671**	**6.120**

Mittel für Forschungs- und Gutachtenaufträge an Dritte

Im Haushaltsplan-Entwurf 2004 sind folgende Mittel für Forschungs- und Gutachtenaufträge veranschlagt:

Titel	Zweckbestimmung	Ansatz	VE
		- in Tsd. EUR -	
Einzelplan 1.0			
1030.526.61	Hinzuziehung von Sachverständigen	18	-
Einzelplan 1.1			
1140.541.65	Sachmittel des Personalärztlichen Dienstes	110 *	*
1140.541.66	Sachmittel des Arbeitsmedizinischen Dienstes	120 *	*
1180.526.01	Gutachten, Untersuchungen und dgl.	10	33
Einzelplan 2			
2000.534.69	Mittel für wissenschaftliche Untersuchungen	49	-
2300.526.69	Kosten für Gutachten (Strafvollzug)	20	-
Einzelplan 3.1			
3000.526.75	Gutachten und Untersuchungen	156	102
Einzelplan 3.2			
3400.526.61	Kosten für Gutachten und Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	199	-
Einzelplan 3.3			
3730.526.61	Kosten für Gutachten (Denkmalschutz/Denkmalpflege)	94	50
Einzelplan 4			
4000.526.01	Untersuchungen und Gutachten zur Vorbereitung familien- und sozialpolitischer Maßnahmen	280	83
4000.526.61	Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten	136 *	-
4000.526.86	Untersuchungen und Gutachten zur Vorbereitung familien- und sozialpolitischer Maßnahmen	4	
	- Zweckzuweisung an die Bezirke -		-
4440.526.01	Prozessbegleitung im Rahmen des Vorhabens Weiterentwicklung der Jugendhilfe	15	-
4650.526.02	Prüfungen von Qualität und Wirtschaftlichkeit gem. § 93 Abs.3 BSHG und Gutachten in Zusammenhang mit der Umsetzung der Neuregelung der §§ 93ff. BSHG	12	-
Einzelplan 6			
6100.526.01	Mietenspiegel und Wohnlagenverzeichnis	46	364
6100.526.02	Wettbewerbe, Einzeluntersuchungen, Modelle und dgl.	253 *	102 *
6100.547.10	Stadterneuerungsmaßnahmen (Soziale Stadtteilentwicklung)	(1603) *	(103) *
6300.526.03	Wissenschaftliche Beratungsleistungen und Gutachten	136	50
6300.537.01	Verkehrsdatenerfassung und -aufbereitung sowie Einrichten einer Verkehrsdatenbank	250 **	50
6300.799.01	Vergütung an Vertragsarchitektinnen, -architekten und dgl.	-	100
6610.526.01	Planungsmittel auf den Gebieten der Landes- und Landschaftsplanung sowie des Städtebaus	(1.073) *	(1.050) *
6610.526.81	Planungsleistungen, Beteiligung der Öffentlichkeit		
	- Rahmenzuweisung an die Bezirke -	(700) *	(700) *
Einzelplan 7			
7200.526.01	Externe Beratungsleistungen auf den Gebieten der Logistik, Dienstleistungen und Wirtschaftsinfrastruktur	714	220
7200.538.01	Förderung der Entwicklung und Anwendung von Datenkommunikation	(40) *	(200) *
7300.526.02	Externe Beratungsleistungen sowie Maßnahmen zur Vorbereitung innovativer Projekte	46	200
7450.526.03	Aufträge an wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute und Beratungseinrichtungen	91	180
7450.534.01	Maßnahmen zur Unterstützung des Strukturwandels	(41) *	-
7500.526.61	Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten	(6) *	-
7500.742.04	Unterbringung von Baggergut und Trockenaufhöhungen	500 **	-
7500.791.20	Sammeltitel für Plafondmaßnahmen: Grundinstandsetzung, Ersatz und Verbesserung der Hafeninfrastruktur ohne bei 791.25 veranschlagte Einzelmaßnahmen	750 **	-
7500.799.01	Vergütungen an Vertragsarchitekten, Sachverständige u. dgl. (Tiefbau)	200 **	-

Titel	Zweckbestimmung	Ansatz	VE
		- in Tsd. EUR -	
Einzelplan 8.1			
8000.526.66	Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten	7 **	-
8500.526.70	Blutuntersuchungen, Sachverständigen-, Zeugen-, Gerichts- und ähnliche Kosten	664 **	-
Einzelplan 8.2			
8600.526.50	Gutachten und Untersuchungen	(375) *	(375) *
8600.526.81	Gutachten und Untersuchungen - Rahmenzuweisungen an die Bezirke -	(15) *	(-) *
8600.547.20	Sächliche Verwaltungsausgaben - Verwaltung und allgemeiner Umweltschutz -	(1.330) *	(-) *
8620.526.71	Sachverständigen- und ähnliche Kosten	3	-
8700.547.01	Sächliche Verwaltungsausgaben - Amt für Umweltschutz -	(80) *	(-) *
8700.742.02	Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der Gewässergüte	(297) *	(910) *
8700.787.01	Untersuchungs-, Vorbereitungs- und Nachsorgemaßnahmen bei Untergrundverunreinigungen	(3.400) *	(4.100) *
8700.787.02	Aufwendungen im Zusammenhang mit Untergrundverunreinigungen durch Munition und Kampfstoffe	(2.000) *	(1.800) *
8700.787.06	Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen	(1.000) *	(1.040) *
8700.787.07	Baudurchführung von Sanierungsmaßnahmen	(3.800) *	(9.088) *
8700.787.71	Sanierung Am Grasbrookhafen - HafenCity -	(7.700) *	
8700.787.90	Fortlaufende Sicherung, Überwachung sowie Unterhaltung und Erneuerung von Sanierungsanlagen und -bauwerken	(2.000) *	(2.750) *
8900.547.01	Sächliche Verwaltungsausgaben für Immissionsschutz und Betriebe	(119) *	(-) *
8900.791.10	Maßnahmen zur Reduzierung des Heizenergie-, Strom- und Wasserverbrauchs der öffentlichen Einrichtungen, u.a. Thermostatventile	(3.610) *	(3.964) *
8900.892.10	Förderung von Maßnahmen zur Energie- und Wassereinsparung und zur Nutzung regenerativer Energiequellen sowie von Umwelttechnologien	(6.565) *	(7.435) *
Einzelplan 9.1			
9090.534.01	Maßnahmen zur Organisationsentwicklung	289	250
Gesamtsumme (ohne Beträge in Klammern, da Anteil der Gutachtenaufträge nicht quantifizierbar)		***5.169***	***1.784***

*) teilweise (Anteil für Forschungs- und Gutachtenaufträge an Dritte nicht quantifizierbar)
**) Teilansatz

Darüber hinaus sind im KRS beim Festtitel „Sachverständige, Gerichts- und andere Kosten“ 243 Tsd. EUR veranschlagt, die für kleinere Maßnahmen vorgesehen sind. Die hierin enthaltenen Beträge für Forschungs- und Gutachtenaufträge an Dritte können nicht aufgeschlüsselt werden, da diese Maßnahmen noch nicht im Einzelnen festgelegt worden sind.

BETRIEBLICHE ENTWICKLUNGSZAHLEN VON LANDESBETRIEBEN
UND GRÖßEREN NETTOVERANSCHLAGTEN EINRICHTUNGEN 2002 - 2004 SOWIE SONDERVERMÖGEN

BETRIEB	JAHR	AUFWENDUNGEN					ERTRÄGE			ERGEBNIS		FINANZBEDARF			STELLEN
		Gesamtaufwand	darunter Personalaufwand	darunter Sachaufwand	darunter Abschreibungen	darunter Außerordentlicher Aufwand	Gesamtertrag	darunter Betriebsertrag	darunter Außerordentlicher Ertrag	Jahresgewinn	Jahresverlust/ Ausgleichsbedarf	Investitionen	Ablieferung an den Haushalt	Zuführung aus dem Haushalt	
		in Mio. EUR													
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
§ 15 LHO															
Wirtschaftspläne der Staatlichen Hochbaudienststellen (HB):		Ab 2004 zusammengefasst als Behörde für Bau und Verkehr - Landesbau													
HB Bezirksamt Hamburg-Mitte	2002	2,9	2,3	0,6	-	-	2,9	2,9	-	-	-	-	-	-	54
	2003	2,9	2,3	0,6	-	-	2,9	2,9	-	-	-	-	-	-	55
	2004	2,9	2,3	0,6	-	-	2,6	2,6	-	-	0,4	-	-	-	55
HB Planen + Bauen Hamburg	2002	4,7	3,6	1,1	-	-	4,8	4,8	-	0,1	-	0,1	-	-	78
	2003	5,0	3,9	1,1	-	-	5,3	5,3	-	0,3	-	-	-	-	78
	2004	4,1	3,0	1,1	-	-	4,2	4,2	-	0,1	-	-	-	-	78
HB Bezirksamt Hamburg-Nord	2002	2,8	2,3	0,5	-	-	3,9	3,9	-	1,1	-	-	-	-	52
	2003	3,1	2,5	0,6	-	-	3,3	3,3	-	0,2	-	-	0,1	-	52
	2004	2,7	2,2	0,5	-	-	3,2	3,2	-	0,5	-	-	0,2	-	52
HB Bezirksamt Wandsbek	2002	2,7	2,5	0,2	-	-	3,1	3,1	-	0,4	-	0,1	0,1	-	45
	2003	3,1	2,5	0,6	-	-	3,5	3,5	-	0,4	-	0,1	0,1	-	47
	2004	2,6	2,0	0,6	-	-	3,1	3,1	-	0,5	-	-	0,2	-	47
HB Bezirksamt Bergedorf	2002	1,2	0,9	0,2	-	-	0,9	0,9	-	-	0,2	-	-	-	17
	2003	1,2	0,9	0,2	-	-	1,3	1,3	-	-	-	-	-	-	17
	2004	1,1	0,9	0,2	-	-	1,3	1,3	-	0,2	-	-	-	-	17
HB Behörde für Bau und Verkehr	2002	1,9	1,5	0,4	-	-	1,8	1,8	-	-	-	-	-	-	29
	2003	1,9	1,5	0,4	-	-	1,9	1,9	-	-	-	-	-	-	29
	2004	1,4	1,1	0,3	-	-	1,5	1,5	-	-	-	-	-	-	23
HB Behörde für Wissenschaft und Forschung/ Hochschulen	2002	3,1	2,7	0,4	-	-	4,4	4,4	-	1,3	-	-	-	-	49
	2003	3,8	3,2	0,6	-	-	4,3	4,3	-	0,5	-	-	0,2	-	55
	2004	3,8	3,2	0,6	-	-	4,1	4,1	-	0,3	-	-	0,2	-	55
Universität Hamburg	2002	274,6	202,0	72,6	-	-	51,3	51,3	-	-	223,3	36,1	-	259,4	3.394
	2003	258,1	200,1	58,0	-	-	44,4	44,4	-	-	213,7	32,1	-	245,8	3.402
	2004	256,6	198,7	57,9	-	-	44,4	44,4	-	-	212,2	25,5	-	237,7	3.389
Staats- und Universitätsbibliotkek	2002	14,1	9,2	4,9	-	-	2,3	2,3	-	-	11,8	3,2	-	15,0	211
	2003	13,2	9,0	4,2	-	-	1,0	1,0	-	-	12,2	2,9	-	15,1	211
	2004	13,2	9,0	4,2	-	-	1,0	1,0	-	-	12,2	1,4	-	13,6	213
HWP - Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik	2002	11,2	9,4	1,8	-	-	0,9	0,9	-	-	10,3	0,9	-	11,2	135
	2003	9,8	8,5	1,3	-	-	0,1	0,1	-	-	9,7	0,1	-	9,8	133
	2004	9,8	8,5	1,3	-	-	0,1	0,1	-	-	9,7	0,1	-	9,8	136
Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg	2002	73,7	59,3	14,4	-	-	4,6	4,6	-	-	69,1	10,2	-	79,3	920
	2003	68,7	56,9	11,8	-	-	0,6	0,6	-	-	68,1	8,3	-	76,4	980
	2004	68,9	57,0	11,9	-	-	0,6	0,6	-	-	68,3	8,9	-	77,2	980
Hochschule für bildende Künste	2002	9,9	7,8	2,1	-	-	0,4	0,4	-	-	9,5	1,0	-	10,5	122
	2003	9,6	8,0	1,6	-	-	-	-	-	-	9,6	0,2	-	9,8	123
	2004	9,6	8,0	1,6	-	-	-	-	-	-	9,6	0,2	-	9,8	122
Hochschule für Musik und Theater	2002	13,6	11,4	2,2	-	-	1,0	1,0	-	-	12,6	0,5	-	13,1	173
	2003	13,2	12,0	1,2	-	-	0,2	0,2	-	-	13,0	0,2	-	13,2	176
	2004	13,2	12,0	1,2	-	-	0,2	0,2	-	-	13,0	0,2	-	13,2	175
Technische Universität Hamburg-Harburg	2002	74,5	61,7	12,8	-	-	16,3	16,3	-	-	58,2	6,8	-	75,0	1.095
	2003	72,7	59,9	12,8	-	-	11,6	11,6	-	-	61,1	5,8	-	66,9	1.068
	2004	72,7	59,9	12,8	-	-	11,6	11,6	-	-	61,1	9,8	-	70,9	1.068
Institut für Hygiene und Umwelt	2002	12,2	8,4	3,8	-	-	2,3	2,0	0,3	-	9,9	0,6	-	11,2	239
	2003	20,6	14,3	6,3	-	-	2,7	2,4	0,3	-	17,9	1,2	-	19,1	346
	2004	20,9	14,6	6,3	-	-	2,7	2,4	0,3	-	18,2	1,4	-	19,5	343
Bernhard-Nocht-Institut	2002	10,5	7,6	2,9	-	-	1,8	1,4	0,4	-	8,7	1,6	-	14,3	225
	2003	10,8	7,9	2,9	-	-	1,5	1,5	-	-	9,3	4,6	-	13,9	225
	2004	10,9	8,0	2,9	-	-	1,5	1,5	-	-	9,4	4,6	-	14,0	225
Autobahn- und Tunnelbetrieb der Behörde für Bau und Verkehr - Tiefbauamt -	2002	6,6	5,6	1,0	-	-	4,2	4,2	-	-	2,5	0,1	-	2,5	119
	2003	6,1	5,1	1,0	-	-	3,6	3,6	-	-	2,6	0,1	-	2,6	119
	2004	6,3	5,1	1,2	-	-	3,6	3,6	-	-	2,7	0,1	-	2,7	105
Landesfeuerwehrschule	2002	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	2003	5,7	4,2	1,5	-	-	0,6	0,6	-	-	-	-	-	5,0	70
	2004	6,2	4,5	1,6	-	-	0,7	0,7	-	-	-	-	-	5,5	72
Wassergütestelle Elbe	2002	1,1	0,6	0,5	-	-	1,1	1,1	-	0,1	-	-	-	-	10
	2003	1,2	0,6	0,5	-	-	1,2	1,2	-	-	-	-	-	-	10
	2004	1,0	0,6	0,3	-	-	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	10

Anlage 5.1

BETRIEB	JAHR	AUFWENDUNGEN					ERTRÄGE			ERGEBNIS		FINANZBEDARF			STELLEN
		Gesamt-aufwand	darunter				Gesamt-ertrag	darunter		Jahres-gewinn	Jahres-verlust/ Ausgleichs-bedarf	Investitionen	Ablieferung an den Haushalt	Zuführung aus dem Haushalt	
			Personal-aufwand	Sach-aufwand	Abschreibungen	Außerordentlicher Aufwand		Betriebsertrag	Außerordentlicher Ertrag						
		in Mio. EUR													
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
§ 26 LHO															
Landwirtschaft der Jugend- und Frauenvollzugsanstalt Hahnöfersand	2002	0,4	0,1	0,2	0,1	-	0,4	0,4	-	-	-	0,1	-	-	3
	2003	0,4	0,1	0,2	0,1	-	0,4	0,4	-	-	-	0,1	-	-	3
	2004	0,4	0,1	0,2	0,1	-	0,4	0,4	-	-	-	0,1	-	-	3
Hamburger Volkshochschule	2002	13,8	10,4	3,1	0,4	-	7,6	7,4	0,2	-	6,3	0,5	-	7,5	257
	2003	14,5	11,0	3,0	0,5	-	8,2	8,2	-	-	6,4	1,2	-	7,5	259
	2004	15,0	11,2	3,1	0,7	-	8,6	8,6	-	-	6,4	-	-	7,2	259
Landesbetrieb Erziehung- und Berufsbildung	2002	49,5	35,9	10,3	1,4	1,9	48,6	46,0	2,6	-	0,9	1,6	-	0,7	760
	2003	53,7	36,6	11,1	1,3	4,6	53,5	48,8	4,5	-	0,5	1,6	-	0,5	759
	2004	48,4	36,5	10,2	1,4	0,2	48,1	48,0	0,1	-	0,3	1,6	-	0,3	799
Musikhalle	2002	1,6	0,5	1,0	0,1	-	1,7	1,7	-	0,1	-	-	-	-	11
	2003	1,5	0,5	0,9	0,1	-	1,6	1,6	-	0,1	-	-	-	-	11
	2004	1,6	0,5	1,0	0,1	-	1,7	1,7	-	0,1	-	-	-	-	11
Philharmonisches Staatsorchester	2002	14,1	13,0	1,0	0,1	-	9,1	9,0	0,1	-	5,0	0,1	-	4,9	145
	2003	14,3	13,4	0,8	0,1	-	9,3	9,2	0,1	-	5,0	0,1	-	4,9	145
	2004	14,4	13,5	0,8	0,1	-	9,4	9,3	0,1	-	5,0	0,1	-	5,1	145
Winterhuder Werkstätten	2002	14,3	10,1	3,4	0,7	0,1	14,7	13,7	1,0	0,3	-	0,3	-	-	156
	2003	13,9	10,6	2,6	0,7	0,1	13,9	13,8	0,1	-	-	0,5	-	-	156
	2004	14,1	10,7	2,7	0,7	0,1	14,1	14,0	0,1	-	-	0,5	-	-	157
Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung	2002	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	2003	25,2	20,3	4,9	-	-	8,9	8,9	-	-	16,3	1,9	-	18,2	458
	2004	27,3	21,8	5,4	-	-	9,9	8,9	1,0	-	17,4	1,3	-	18,7	434
Hamburgische Münze	2002	8,2	3,2	3,7	1,0	-	9,7	9,7	-	1,5	-	1,4	2,0	-	87
	2003	6,0	2,4	2,1	1,2	-	6,0	6,0	-	-	-	0,2	2,8	-	87
	2004	8,2	2,9	3,7	1,3	-	8,6	8,6	-	-	-	1,0	2,3	-	65
Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen	2002	12,8	2,5	8,4	1,7	0,2	11,5	11,1	0,5	-	1,2	1,1	1,3	-	72
	2003	12,8	2,8	8,4	1,5	-	11,3	11,1	0,1	-	1,4	1,2	1,6	-	72
	2004	10,9	2,7	5,8	1,6	-	11,7	11,6	0,1	0,9	-	0,6	1,7	-	57
Sondervermögen Stadt und Hafen	2002	11,8	1,3	0,6	-	9,9	15,0	5,5	9,5	3,2	-	62,8	-	-	12
	2003	25,6	3,2	0,4	-	22,0	3,2	5,8	-2,5	-	22,4	77,8	-	-	13
	2004	28,1	2,7	0,5	-	25,0	7,6	6,8	0,8	-	20,6	58,2	-	-	15
Sondervermögen Naturschutz und Landschaftspflege	2002	0,1	0,1	-	-	-	5,4	-	5,4	5,3	-	1,2	-	1,2	4
	2003	0,4	0,3	0,1	-	-	8,7	-	8,7	8,3	-	4,3	-	4,3	4
	2004	0,4	0,3	0,1	-	-	3,8	-	3,8	3,4	-	3,2	-	3,2	4
Landesbetrieb Verkehr	2002	27,1	18,1	7,6	1,4	-	28,2	28,2	-	1,1	-	0,3	1,3	-	427
	2003	27,6	18,2	7,8	1,6	-	29,2	29,2	-	1,5	-	1,1	2,0	-	431
	2004	28,0	18,1	8,4	1,5	-	29,0	29,0	-	1,0	-	1,1	1,0	-	434
Zentrale Personaldienste	2002														
	2003														
	2004	21,6	15,1	2,1	-	-	2,2	0,8	1,4	-	19,5	1,4	-	20,9	250

Einnahmen und Ausgaben 2004

der Sondervermögen

(§ 26 Abs. 2 LHO)

Vermerk

Die Kapitalien der Sondervermögen werden in der Haushaltsrechnung ausgewiesen.

Diese Übersicht zeigt nur die voraussichtlichen Geldbewegungen. Beträge unter 5 Euro sind fortgelassen.

Anlage 5.2

I. Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Zweck	Einnahmen Euro				Ausgaben Euro			
			Erträge	Kapitalrückflüsse	Sonstige	insgesamt	Verwendung der Erträge	Anlage v. Kapitalrückflüssen	Sonstige	insgesamt
	Behörde für Bildung und Sport (BBS)									
1	Maria-Wolters-Stiftung	Pflege der deutschen Sprache in Hamburger Gymnasien	100			100	100			100
2	Richard-Bruns-Stiftung	Zur Freude der Kinder bei Schulfesten, Ausflügen u.dgl. der Schule Mittlerer Landweg	210			210	210			210
3	Claus-Ramm-Stiftung	Förderung sozialschwacher Schüler des Johanneums	960			960	960			960
4	Nachlasssache Ebba Wittke	Zur Freude der Schüler der Sonderschule Karlshöhe	600			600	600			600
BBS insgesamt			1.870			1.870	1.870			1.870
	Bezirksamt Harburg									
5	Ludwig-Peters-Stiftung	Zuwendungen an alte, alleinstehende, im Bereich des Bezirksamtes Harburg wohnende Personen	750			750	750			750
6	Stiftung Harburg	Erfüllung gemeinnütziger Zwecke im Bezirk Harburg	3.580			3.580	3.580			3.580
7	Luise-Gothmann-Stiftung	Förderung ev. oder freireligiöser Minderjähriger aus dem Bezirk Harburg	238			238	238			238
Bezirksamt Harburg insgesamt			4.568			4.568	4.568			4.568
	Finanzbehörde									
8	Vermächtnis „Borsteler Jäger“	Unterhaltung des Gehölzes „Borsteler Jäger“ u. für Bildungs- u. Wohltätigkeitszwecke	12.000			12.000	12.000			12.000
Stiftungen, Summe			**18.438**			**18.438**	**18.438**			**18.438**

II. Rücklagen

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Sondervermögens	Zweck	Zuführungen Euro [a)]	Entnahmen Euro [b)]
1	Schuldendienstrücklage	Ansammlung von Mitteln zur Bedienung von Schulden und zur Sicherung gegen unerwartete Inanspruchnahme aus Bürgschaften oder Verpflichtungen aus Gewähr oder ähnlichen Verträgen	1.720.000	–
2	Rücklage der Tierseuchenkasse	Ansammlung nicht verbrauchter Mittel, die nach § 8 des Hamburgischen Gesetzes zur Ausführung des Viehseuchengesetzes vom 13.9.1976 mit der Änderung vom 4.10.1989 der Rücklage zuzuführen sind. (Die Mittel sind zweckgebunden)	–	–
Rücklagen, Summe			**1.720.000**	**–**

a) **Zu lfd. Nr. 1** 9650.913.01 1.720.000 Euro
Zu lfd. Nr. 2 8670.919.01 – Euro

b) **Zu lfd. Nr. 1** 9650.353.01 – Euro

Anlage 5.2

III. Vorratslager

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Sondervermögens	Zweck	Einnahmen Euro			
			Zuführungen aus dem Haushalt	Erlöse aus der Abgabe von Waren	Skonti, Mengenrabatte u.dgl.	Sonstige
	Behörde für Wirtschaft und Arbeit					
1	Vorratslager Strom- und Hafenbau	Bereitstellung von Bau- u. Betriebsstoffen		3.000.000		

IV. Grundstock für den Grunderwerb

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Sondervermögens	Zweck	Einnahmen Euro			
			Zuführungen aus dem Haushalt	Erlöse aus dem Grundstücksverkauf	Rückflüsse aus Restkaufgeldhypotheken	Ersatz von Grunderwerbskosten aus dem Haushalt
1	Grundstock für den Grunderwerb	Erlöse aus der Veräußerung von Grundvermögen und Erwerb gleichartigen Vermögens		70.000.000	25.000	10.000.000

V. Sondervermögen

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Sondervermögens	Zweck	Einnahmen Euro			
			Zuführungen aus dem Haushalt	Zahlungen durch Arbeitgeber	Sonstige Einnahmen	Sonstige
1	**Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch IX**	Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben einschl. der begleitenden Hilfe		21.600.000	1.823.000	
			Einnahmen Euro			
			Zuführungen aus dem Haushalt	Mieteinnahmen Innerstädtischer Hafenrand	Mieteinnahmen Altenwerder	Sonstige Einnahmen
2	**Sondervermögen Stadt und Hafen**	Finanzierung der Umgestaltung des Gebietes „Innerstädtischer Hafenrand“ u. der „Hafenerweiterung Altenwerder“		1.700.000	5.120.000	760.000

Anlage 5.2

(noch III. Vorratslager)

Einnahmen Euro		Ausgaben Euro					Verbindlichkeiten Euro	
Insgesamt	Außenstände		Waren-einkauf	Abführung v. Überschüs-sen an d. Haushalt	Sonstige	Insgesamt		
3.000.000			3.000.000					3.000.000

(noch IV. Grundstock für Grunderwerb)

Einnahmen Euro		Ausgaben Euro					Verbindlichkeiten Euro	
Sonstige	Insgesamt	Kosten für Grund-stücksver-käufe	Grund-erwerbs-kosten	Abführung an den Haushalt	Sonstige	Insgesamt	aus Verträgen	aus lfd. Ankaufsver-handlungen
12.500.000	92.525.000	7.000.000	55.000.000		2.000.000	64.000.000	5.000.000	100.000.000

(noch V. Sondervermögen)

Einnahmen Euro		Ausgaben Euro					Verbindlichkeiten Euro	
	Insgesamt	Abführun-gen an den Bund	Leistungen an Berechtigte	Abführung an den Haushalt	Sonstige	Insgesamt	gesetzliche Abfüh-rungen	Leistungs-zusagen
	23.432.000	13.520.000	19.297.000			32.817.000		
Einnahmen Euro		**Ausgaben Euro**					**Verbindlichkeiten Euro**	
	Insgesamt	Geschäfts-führung, In-standhaltung	Kreditzin-sen	Abführung an den Haushalt	Jahres-überschuss	Insgesamt	aus Kredit-aufnahme bis 2003	aus Kredit-aufnahme 2004
	7.580.000	3.150.000	24.990.000		-20.560.000	28.140.000	360.001.679	13.920.000

Anlage 5.2

Wirtschaftsplan 2004

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Sondervermögens	Zweck	Einnahmen Euro			
			Zuführungen aus dem Haushalt	Zuführungen sonstiger juristischer Personen	Zinserträge	Sonstige Einnahmen
3	**Sondervermögen Versorgungsrücklage der Freien und Hansestadt Hamburg**	Das per Gesetz vom 30.11.1999 errichtete Sondervermögen ist ab dem 1. Januar 2014 (nach § 14a Abs. 2 BBesG i.d.F des Versorgungsänderungsgesetzes 2001 ab dem Jahr 2014) über einen Zeitraum von mehreren Jahren zur schrittweisen Entlastung von Versorgungsaufwendungen einzusetzen	12.680.000	7.000	1.724.000	

Veranschlagt und nachgewiesen werden fast ausschließlich Zuführungen der Freien und Hansestadt Hamburg, Die Anlage der Mittel erfolgt zu marktüblichen Bedingungen in handelbaren Schuldverschreibungen des Bundes, der Länder oder der Mitgliedstaaten der EU mit unterschiedlichen Laufzeiten und Renditen. Für die Verzinsung auf den Geschäftskonten ist ein Zinssatz von 3 %, für die Zinserträge aus Wertpapieren wurde ein durchschnittlicher Zinssatz von 4 % zugrunde gelegt.

Rechnungsabschluss 2002

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Sondervermögens	Zuführung aus den Titeln	Einnahmen Euro			
				Zuführungen sonstiger juristischer Personen	Zinserträge	Sonst. Einn., (Übertrag Geschäftskonto)
3	**Sondervermögen Versorgungsrücklage der Freien und Hansestadt Hamburg**	*9750.424.01* *9750.434.01*	8.573.522,80 4.073.813,74	7.206,05	807.175,12	96.635,78

Wirtschaftsplan 2004

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Sondervermögens	Zweck	Einnahmen Euro			
			Zuführungen von Beschäftigten	Zinserträge	Sonstige Einnahmen	
4	**Sondervermögen Zusatzversorgung der Freien und Hansestadt Hamburg**	Das per Gesetz vom 14.7.1999 errichtete Sondervermögen ist nach Ablauf von 5 Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes kontinuierlich zur Finanzierung von Zusatzversorgungsaufwendungen einzusetzen	9.500.000	2.150.000		

Veranschlagt und nachgewiesen werden Zuführungen der Freien und Hansestadt Hamburg aus Eigenbeiträgen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an ihrer Zusatzversorgung (derzeit unveränderter Beitragssatz von 1,25 % der monatlichen Bezüge). Die Anlage der Mittel erfolgt zu marktüblichen Bedingungen in handelbaren Schuldverschreibungen des Bundes, der Länder oder der Mitgliedstaaten der EU mit unterschiedlichen Laufzeiten und Renditen. Für die Verzinsung auf den Geschäftskonten ist ein durchschnittlicher Zinssatz von 3% und für die Zinserträge aus Wertpapieren ein durchschnittlicher Zinssatz von 4 % zugrunde gelegt.

Rechnungsabschluss 2002

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Sondervermögens	Zuführung aus dem Titel	Einnahmen Euro			
				Zinserträge	Sonstige Einnahmen	Übertrag Geschäftskonto
4	**Sondervermögen Zusatzversorgung der Freien und Hansestadt Hamburg**	*9750.916.01*	9.480.335,58	1.964.198,25		931.714,88

(noch Sondervermögen **„Versorgungsrücklage“**)

Einnahmen Euro		**Ausgaben Euro**					**Verbindlichkeiten Euro**	
	Insgesamt	Wertpapier-käufe	Gebühren für Wertpa-pierkäufe	Abführung an den Haushalt	Sonsti-ge	Insgesamt		
	14.411.000	14.411.000				14.411.000		

Forderungen und Verbindlichkeiten bestanden nicht.

Für die Jahre 2003 bis 2010 wird nach dem Versorgungsänderungsgesetz 2001 die Rücklagenaufstockung prinzipiell ausgesetzt und der bisher erreichte Stand von 0,6% jährlich zugeführt.

(noch Rechnungsabschluss 2002)

Einnahmen Euro		**Ausgaben Euro**			**Stand am Schluss des Haushaltsjahres 2002 Euro**		
	Insgesamt	Wertpapier-käufe	Transaktions-kosten	Insgesamt	Geschäfts-konto	Wertpapiere	Insgesamt
	13.558.353,49	13.516.796,71		13.516.796,71	41.556,78	28.410.795,46	28.452.352,24

(noch Sondervermögen **„Zusatzversorgung“**)

Einnahmen Euro		**Ausgaben Euro**					**Verbindlichkeiten Euro**	
	Insgesamt	Wertpapierkäu-fe	Gebühren für Wertpa-pierkäufe	Abführung an sonstige juristische Personen aus Beteili-gungen am Sonderver-mögen	Sons tige	Insgesamt	aus Kredit-aufnahme bis 2003	Aus Kre-ditauf-nahme 2004
	11.650.000	6.010.000		5.640.000		11.650.000		

Forderungen und Verbindlichkeiten bestanden nicht.

(noch Rechnungsabschluss 2002)

Einnahmen Euro		**Ausgaben Euro**			**Stand am Schluss des Haushaltsjahres 2002 Euro**		
	Insgesamt	Wertpapier-käufe	Transaktions-kosten	Insgesamt	Geschäfts-konto	Wertpapiere	Insgesamt
	12.376.248,71	11.183.151,30		11.183.151,30	1.193.097,41	40.601.012,27	41.794.109,98

Anlage 5.2

Wirtschaftsplan 2004

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Sondervermögens	Zweck	Einnahmen Euro			
			Zuführungen aus dem Haushalt	Zuführungen sonstiger juristischer Personen	Zinserträge	Sonstige Einnahmen
5	**Sondervermögen „Zusätzlicher Versorgungsfonds für die Bediensteten der Freien und Hansestadt Hamburg**	Das per Gesetz vom 19.12.2000 errichtete Sondervermögen dient dem Zweck, ab dem Jahr 2010 nach Maßgabe des Haushaltsplanes zur Finanzierung von Versorgungsaufwendungen beizutragen und damit langfristig den Haushalt zu entlasten.	9.000.000		23.000	

Zinserträge (Annahme 3 %) ergeben sich aus den Zuführungen an das Sondervermögen auf dem Geschäftskonto bei der Landeshauptkasse. Die Mittel des Sondervermögens werden in einem Spezialfonds angelegt unter den Gesichtspunkten Sicherheit und Ertrag nach Maßgabe des 54 a Abs. 2 i.V.m § 54 a Abs. 4 VAG. Die Anlage und Bestandsverwaltung wurde auf die Kapitalanlagegesellschaft Nordinvest übertragen. Erwirtschaftete Zinserträge und Kursgewinne aus der Anlage im Spezialfonds werden nicht ausgeschüttet, sondern reinvestiert und daher nicht ausgewiesen. Sie sind in der Wertentwicklung des Fonds enthalten.

Rechnungsabschluss 2002

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Sondervermögens	Zuführung aus dem Titel	Einnahmen Euro			
				Zuführungen sonstiger juristischer Personen	Zinserträge	Sonstige Einnahmen Übertrag Geschäftskonto
5	**Sondervermögen „Zusätzlicher Versorgungsfonds für die Bediensteten der Freien und Hansestadt Hamburg**	*9750.429.01*	9.015.735,77		319.135,72	13.301.347,73

(noch Sondervermögen **„Zusätzlicher Versorgungsfonds“**)

Einnahmen Euro		**Ausgaben Euro**					**Verbindlichkeiten Euro**	
	Insgesamt	Wertpapierkäufe Anlage im Spezialfonds	Verwaltungsvergütung u.a. Kosten	Abführung an den Haushalt	Sonstige	Insgesamt		
	9.023.000	8.968.000	55.000			9.023.000		

Forderungen und Verbindlichkeiten bestehen nicht.

(noch Rechnungsabschluss 2002)

Einnahmen Euro		**Ausgaben Euro**			**Stand am Schluss des Haushaltsjahres 2002 Euro**		
	Insgesamt	Übertrag in Spezialfonds	Verwaltungsvergütung u.a. Kosten	Insgesamt	Geschäftskonto	Wertpapierdepot (Kurswert)	Insgesamt
	22.636.219,22	20.488.500,65	23.420,39	20.511.921,04	2.147.718,57	21.004.401,51	23.152.120,08

Anlage 5.2

Wirtschaftsplan 2004

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Sondervermögens	Zweck	Einnahmen Euro			
			Zuführungen von Abgeordneten	Übertragung aus der Kasse des Vorjahres	Zinserträge	
6	**Sondervermögen Versorgungsfonds für die Abgeordneten der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg**	Das per Gesetz vom 17.12.2002 mit Wirkung zum 1.1.2002 errichtete Sondervermögen dient dem Zweck, im Wege der Rücklagenbildung zur späteren Finanzierung bzw. Entlastung der künftigen Versorgungsleistungen der Abgeordneten beizutragen und damit langfristig den Haushalt zu entlasten.	179.000	190.000	10.000	

Veranschlagt und nachgewiesen werden Zuführungen der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg aus Verzichtsbeträgen der Abgeordneten in Höhe von 50 % des aktuellen Rentenversicherungsbeitragssatzes bezogen auf ihr Entgelt. Seit 1.1.2003 beträgt der Rentenversicherungsbeitragssatz 19,5 %. Die Zuführungen werden zunächst temporär bei der Landeshauptkasse zu Tageszinsen für Kassenkredite angelegt. Die zu Beginn des jeweiligen Folgejahres stattfindende nachträgliche, jährliche Anlage der Mittel erfolgt dann zu marktüblichen Bedingungen in handelbaren Schuldverschreibungen des Landes Hamburg mit unterschiedlichen Laufzeiten und Renditen. Für die Verzinsung auf den Geschäftskonten wurde ein Zinssatz von 2,5%, für die Zinserträge aus Wertpapieren ein durchschnittlicher Zinssatz von 4% zugrunde gelegt. In 2002 wurden keine Einnahmen und Ausgaben realisiert, da die Errichtung des Sondervermögens am 17.12.2002 rückwirkend zum 1.1.2002 erfolgte und das Geschäftskonto bei der Landeshauptkasse erst im Mai 2003 eröffnet worden ist.

Rechnungsabschluss 2002

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Sondervermögens	Zuführung aus dem Titel	Einnahmen Euro			
				Zinserträge		
6	**Sondervermögen Versorgungsfonds für die Abgeordneten der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg**	1000.429.01	0,00	0,00		

(noch Sondervermögen **„Versorgungsfonds“**)

Einnahmen Euro		**Ausgaben Euro**					**Verbindlichkeiten Euro**	
	Insgesamt	Wertpapier-käufe	Gebühren für Wertpa-pierkäufe	Abführung an den Haushalt	Zufüh-rung zur Kasse	Insgesamt		
	379.000	190.000			189.000	379.000		

Forderungen und Verbindlichkeiten bestehen nicht.

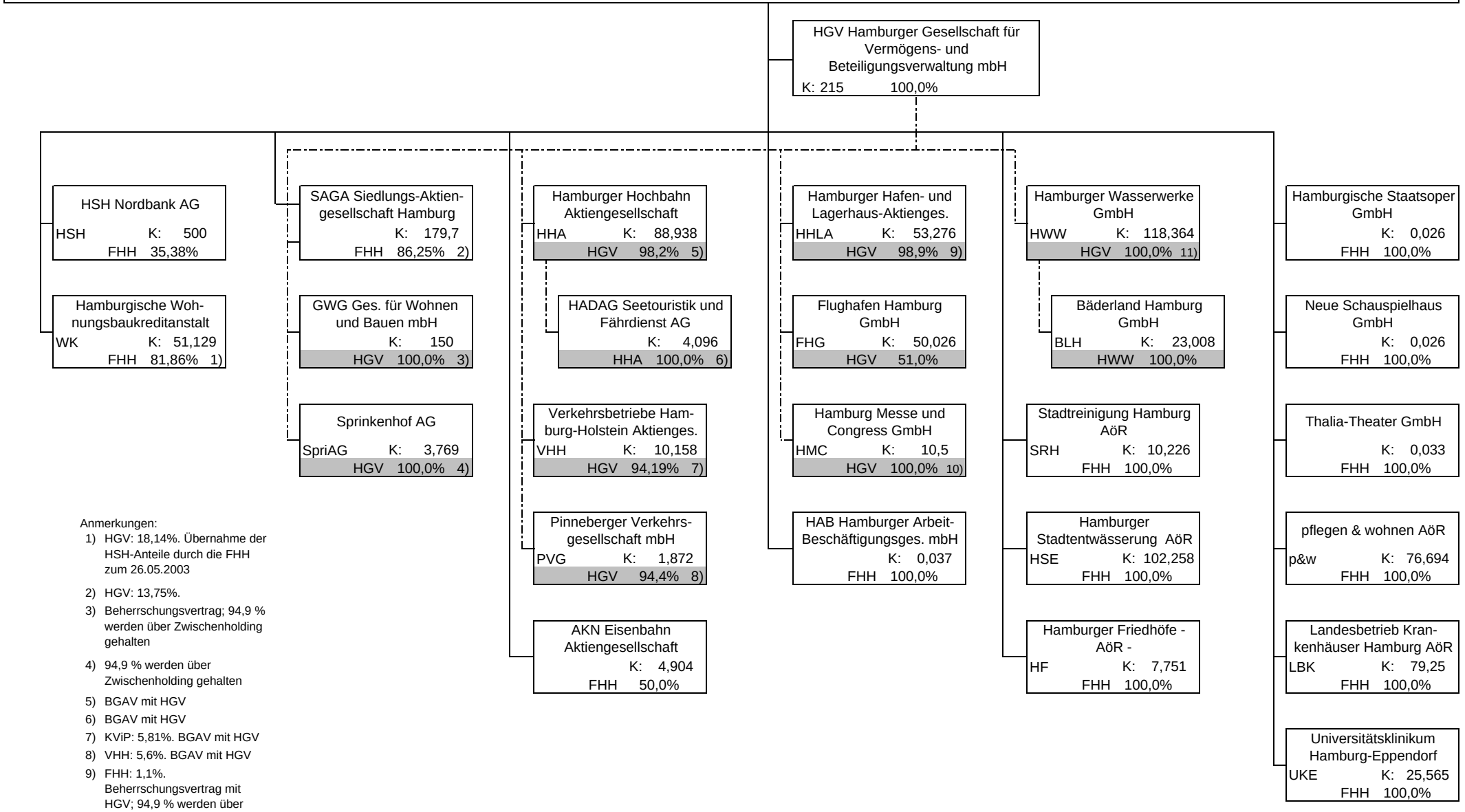
(noch Rechnungsabschluss 2002)

Einnahmen Euro		**Ausgaben Euro**			**Stand am Schluss des Haushaltsjahres 2002 Euro**		
	Insgesamt	Wertpapier-käufe	Transaktions-kosten	Insgesamt	Geschäfts-konto	Wertpapiere	Insgesamt
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Übersicht über die Unternehmensbeteiligungen der Freien und Hansestadt Hamburg (Stand: 1.1. 2003)

Freie und Hansestadt Hamburg

Überblick über die Holdingstruktur mit einer Auswahl der wichtigsten Beteiligungen



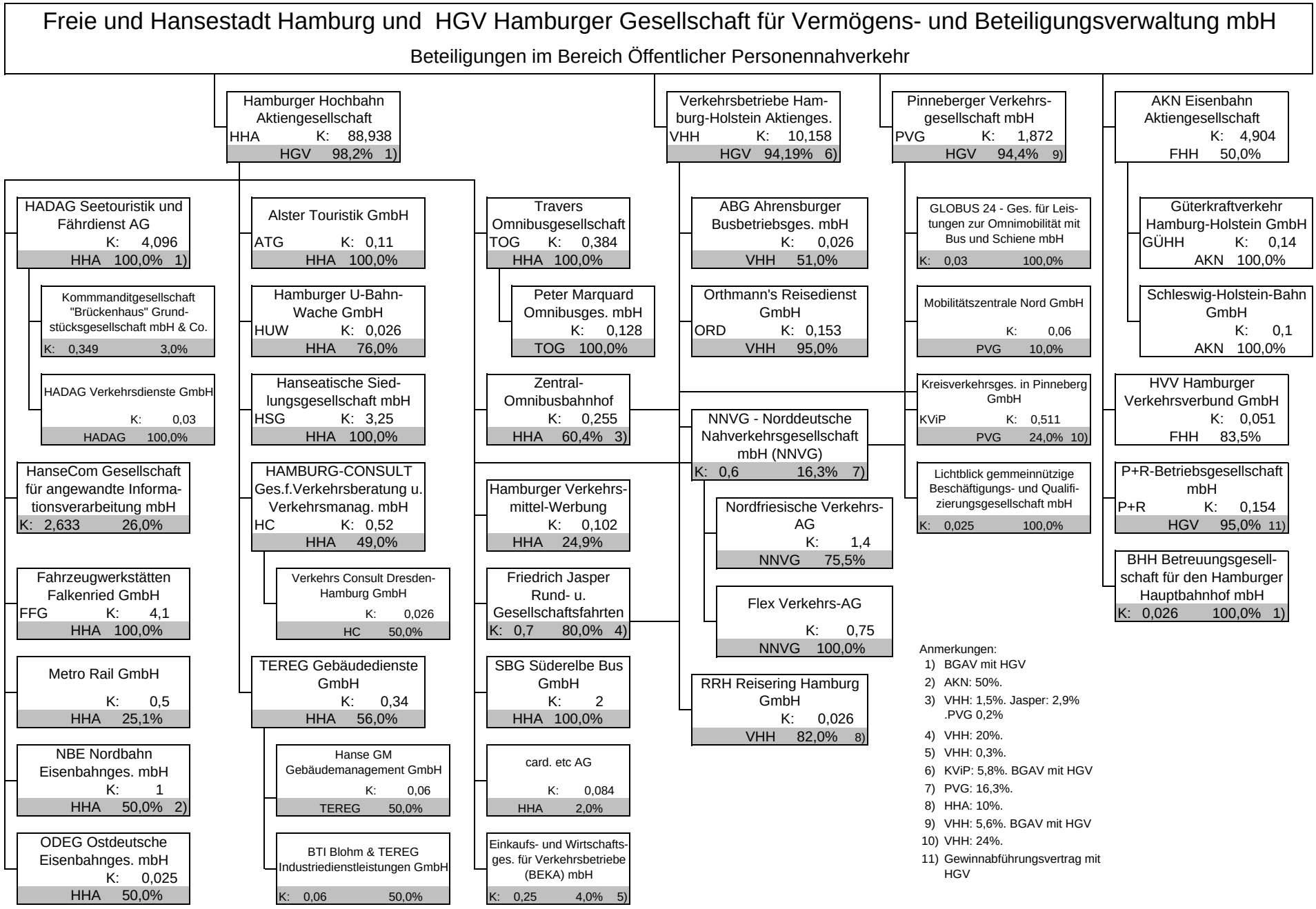
Anmerkungen:

1) HGV: 18,14%. Übernahme der HSH-Anteile durch die FHH zum 26.05.2003
2) HGV: 13,75%.
3) Beherrschungsvertrag; 94,9 % werden über Zwischenholding gehalten
4) 94,9 % werden über Zwischenholding gehalten
5) BGAV mit HGV
6) BGAV mit HGV
7) KViP: 5,81%. BGAV mit HGV
8) VHH: 5,6%. BGAV mit HGV
9) FHH: 1,1%. Beherrschungsvertrag mit HGV; 94,9 % werden über Holding gehalten
10) BGAV mit HGV
11) BGAV; 94,9 % werden über Zwischenholding gehalten

Erläuterungen: Streifen am unteren Rand = unmittelbare oder mittelbare Beteiligung der HGV; K = gezeichnetes Kapital in Mio. EUR (ggf. umgerechnet und gerundet);
BGAV = Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag; Stand 1.01.2003

Freie und Hansestadt Hamburg und HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsverwaltung mbH

Beteiligungen im Bereich Öffentlicher Personennahverkehr



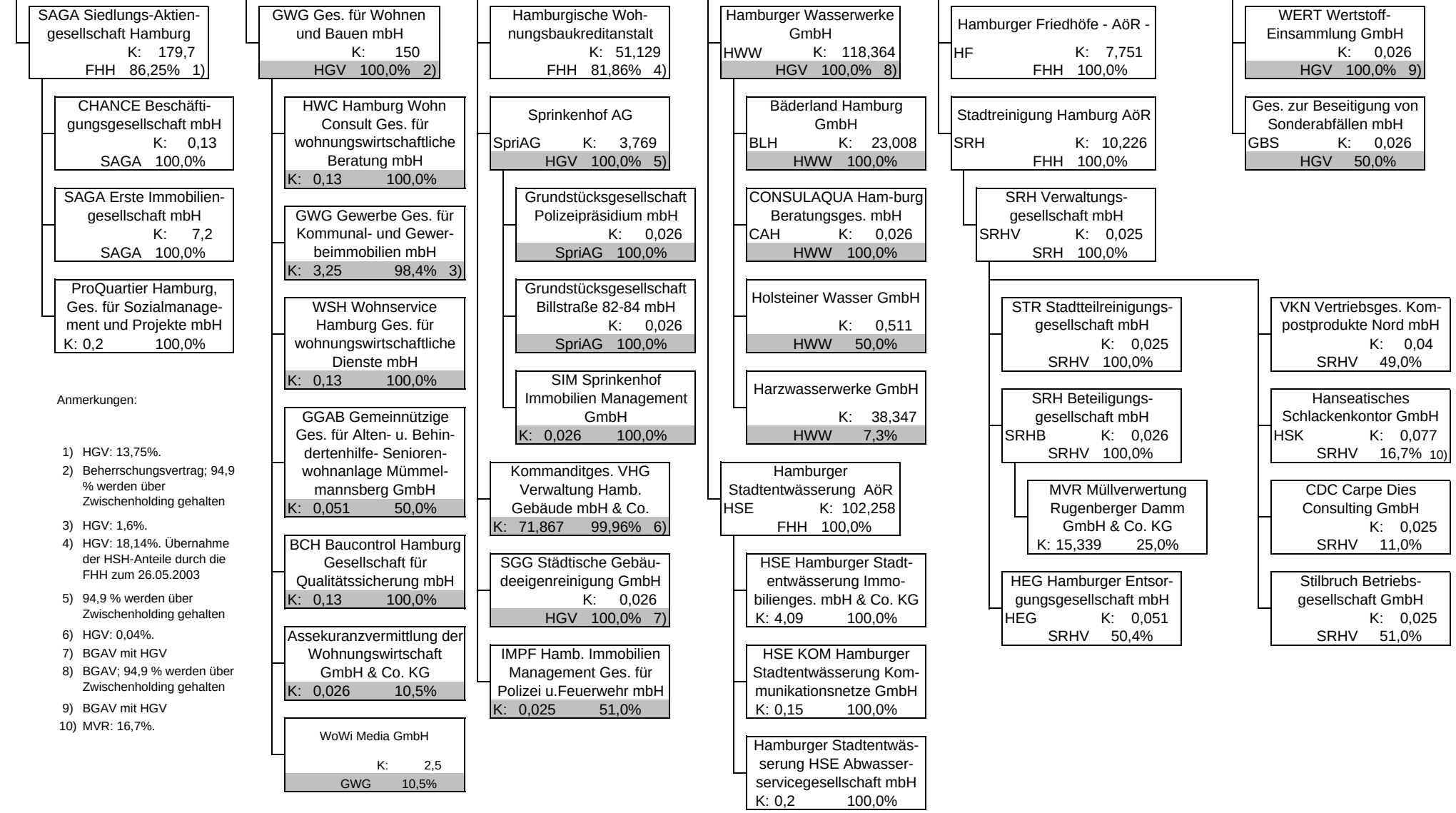
Anmerkungen:

1) BGAV mit HGV
2) AKN: 50%.
3) VHH: 1,5%. Jasper: 2,9% .PVG 0,2%
4) VHH: 20%.
5) VHH: 0,3%.
6) KViP: 5,8%. BGAV mit HGV
7) PVG: 16,3%.
8) HHA: 10%.
9) VHH: 5,6%. BGAV mit HGV
10) VHH: 24%.
11) Gewinnabführungsvertrag mit HGV

Erläuterungen: Streifen am unteren Rand = unmittelbare oder mittelbare Beteiligung der HGV; K = gezeichnetes Kapital in Mio. EUR (ggf. umgerechnet und gerundet);
BGAV = Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag; ohne Uni-Beteiligungen, GbRs, Vorrats-GmbHs., Komplementär-GmbHs, Poldergemeinschaften;
Stand 1.01.2003

Freie und Hansestadt Hamburg und HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsverwaltung mbH

Beteiligungen in den Bereichen Wohnen, Gebäudemanagement, Ver- und Entsorgung



Anmerkungen:

1) HGV: 13,75%.
2) Beherrschungsvertrag; 94,9 % werden über Zwischenholding gehalten
3) HGV: 1,6%.
4) HGV: 18,14%. Übernahme der HSH-Anteile durch die FHH zum 26.05.2003
5) 94,9 % werden über Zwischenholding gehalten
6) HGV: 0,04%.
7) BGAV mit HGV
8) BGAV; 94,9 % werden über Zwischenholding gehalten
9) BGAV mit HGV
10) MVR: 16,7%.

Erläuterungen: Streifen am unteren Rand = unmittelbare oder mittelbare Beteiligung der HGV; K = gezeichnetes Kapital in Mio. EUR (ggf. umgerechnet und gerundet);
BGAV = Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag; mittelbare Beteiligungen nur, soweit die Mutter Mehrheitsbeteilung der FHH oder der HGV ist;
ohne Uni-Beteiligungen, GbRs, Vorrats-GmbHs., Komplementär-GmbHs, Poldergemeinschaften; Stand 1.01.2003

Freie und Hansestadt Hamburg und HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsverwaltung mbH

Beteiligungen im Bereich Wirtschaft, Vermögen, Hafen, Luftverkehr

- HSH Nordbank AG — HSH K: 500; FHH 35,4%
- Nordwest Lotto und Toto Hamburg Verwaltungsgesellschaft mbH — NWLT K: 0,026; FHH 100,0%
- Kreditanstalt für den Wiederaufbau — KfW K: 511,29; FHH 0,2%
- FISCUS GmbH — K: 0,032; FHH 6,3%
- HaGG Hamburger Ges. für Gewerbebauförderung mbH — K: 0,051; 60,0%
  - Hamburger Ges. für Grundstücksverwaltung u. Projektplanung mbH — K: 0,026; HaGG 100,0%
  - Erste HaGG Hamburger Immobilienbeteiligung GmbH & Co. KG — K: 6,6; 100,0%
- HWF Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH — K: 0,051; 31,0%
- Hamburg Tourismus GmbH — TZH K: 0,055; FHH 40,0% 1)
  - HMT Hamburg Musikhalle Ticket GmbH — K: 0,026; 50,0%
  - KHG Konzertkasse Hauptbahnhof GmbH — K: 0,025; 50,0%
- Hamburg Messe und Congress GmbH — HMC K: 10,5; HGV 100,0% 2)
  - CCH Gastronomie GmbH — CGG K: 0,051; HMC 100,0%
  - Société Civile Immobiliere Foires Internationales, Paris — 1,1% 3)
  - HWD Hanseatische Wirtschaftsdienste AG — K: 51200; HMC 10,0%
- hamburg.de GmbH & Co. KG — K: 0,1; FHH 20,0%
- HGL Hamburger Gesellschaft für Luftverkehrsanlagen mbH — K: 0,025; 100,0% 4)
- Verwaltungsgesellschaft Finkenwerder mbH — VGF K: 0,025; HGV 100,0% 5)
- PGF Planungsges. Finkenwerder mbH — K: 0,026; HGV 100,0%
- Projektierungsges. Finkenwerder mbH & Co. KG — ProFi K: 603,324; FHH 100,0%
- Realisierungsgesellschaft Finkenwerder mbH — ReFi K: 0,025; FHH 100,0%
- DaimlerChrysler Luft- und Raumfahrt Holding AG — K: 1030; 5,95% 6)
- GHS Gesellschaft für Hafen- und Standortentwicklung mbH — K: 0,05; 100,0%
- c : channel business services gmbh — cbs K: 0,051; FHH 100,0%
- MAZ level one GmbH — K: 0,25; FHH 22,5%
- Hamburger Hafen- und Lagerhaus-Aktienges. — HHLA K: 53,276; HGV 98,9% 7)
  - Unikai Hafenbetrieb GmbH — K: 12,271; HHLA 100,0%
  - TCT Tollerort Container-Terminal GmbH — K: 7,669; HHLA 100,0%
  - Hansaport Hafenbetriebs GmbH — K: 5,113; HHLA 49,0%
  - Cellpap Terminal Hamburg Umschlags- und Transport GmbH — K: 2,301; 100,0%
  - HHLA Container-Terminal Altenwerder GmbH — K: 10; HHLA 74,9%
  - HCCR Hamburger Container- und Chassis-Reparatur-Ges. mbH — K: 0,767; 100,0%
  - combispeed Fachspedition für Containerverkehre GmbH — K: 1; 74,8%
  - weitere Beteiligungen
- Flughafen Hamburg GmbH — FHG K: 50,026; HGV 51,0%
  - AHS Aviation Handling Services GmbH — K: 0,13; FHG 40,0%
  - AHS Hamburg Aviation Handling Services GmbH — K: 0,55; FHG 49,0%
  - ANG Airport Networks GmbH — K: 0,025; FHG 100,0%
  - CATS Cleaning and Aircraft Technical Services GmbH & Co. KG — K: 0,205; 100,0%
  - CSP Commercial Services Partner GmbH — K: 0,025; FHG 100,0%
  - GAC German Airport Consulting GmbH — K: 0,102; FHG 100,0%
  - GroundSTARS GmbH & Co. KG — K: 1; FHG 100,0%
  - AIRSYS Airport Business Information Systems GmbH — K: 0,025; 100,0%
  - SAEMS Special Airport Equipment and Maintenance Services GmbH & Co. KG — K: 0,3; 60,0%
  - SecuServe Aviation Security and Services Holding International GmbH — K: 0,25; 100,0%
    - SecuServe Aviation Security and Services Hamburg GmbH — K: 0,15; 100,0%
    - AviaSec Aviation Security GmbH — K: 0,1; SECUH 51,0%
  - STARS - Special Transport and Ramp Services GmbH & Co. KG — K: 0,5; 51,0%

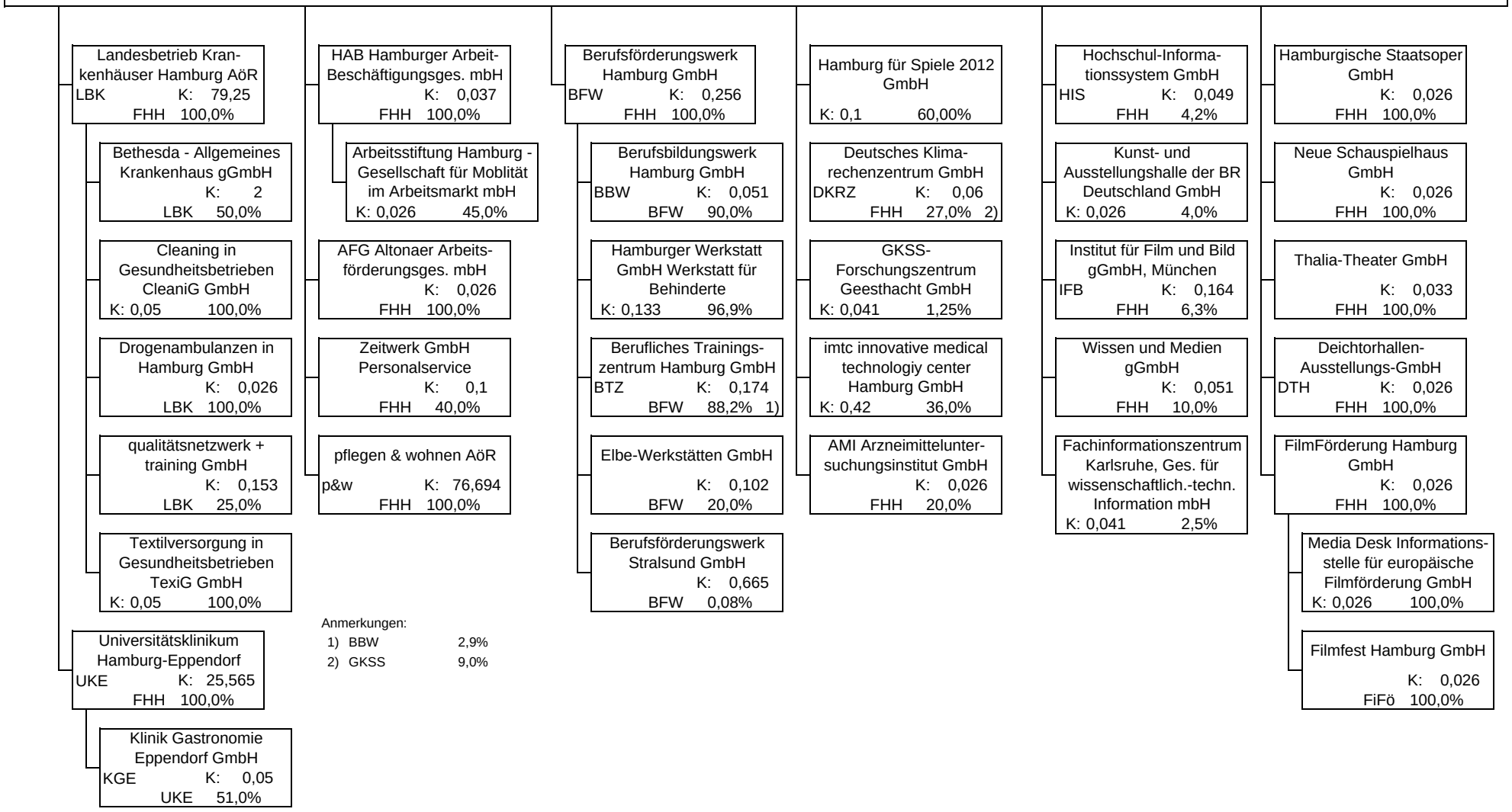
Anmerkungen:

1) HMC: 11%.
2) BGAV mit HGV
3) K: 0,89 Mio. FF
4) Beherrschungsvertrag mit HGV
5) Komplementärin der ProFi
6) Beteiligung wird über Zwischenholding gehalten
7) FHH: 1,1%. Beherrschungsvertrag mit HGV; 94,9 % werden über Holding gehalten

Erläuterungen: Streifen am unteren Rand = unmittelbare oder mittelbare Beteiligung der HGV; K = gezeichnetes Kapital in Mio. EUR (ggf. umgerechnet und gerundet);
BGAV = Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag; ohne Uni-Beteiligungen, GbRs, Vorrats-GmbHs., Komplementär-GmbHs, Poldergemeinschaften;
mittelbare Beteiligungen nur, soweit die Mutter Mehrheitsbeteilung der FHH oder der HGV ist; Stand 1.01.2003

Freie und Hansestadt Hamburg und HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsverwaltung mbH

Beteiligungen im Bereich Gesundheit, Soziales, Kultur, Wissenschaft



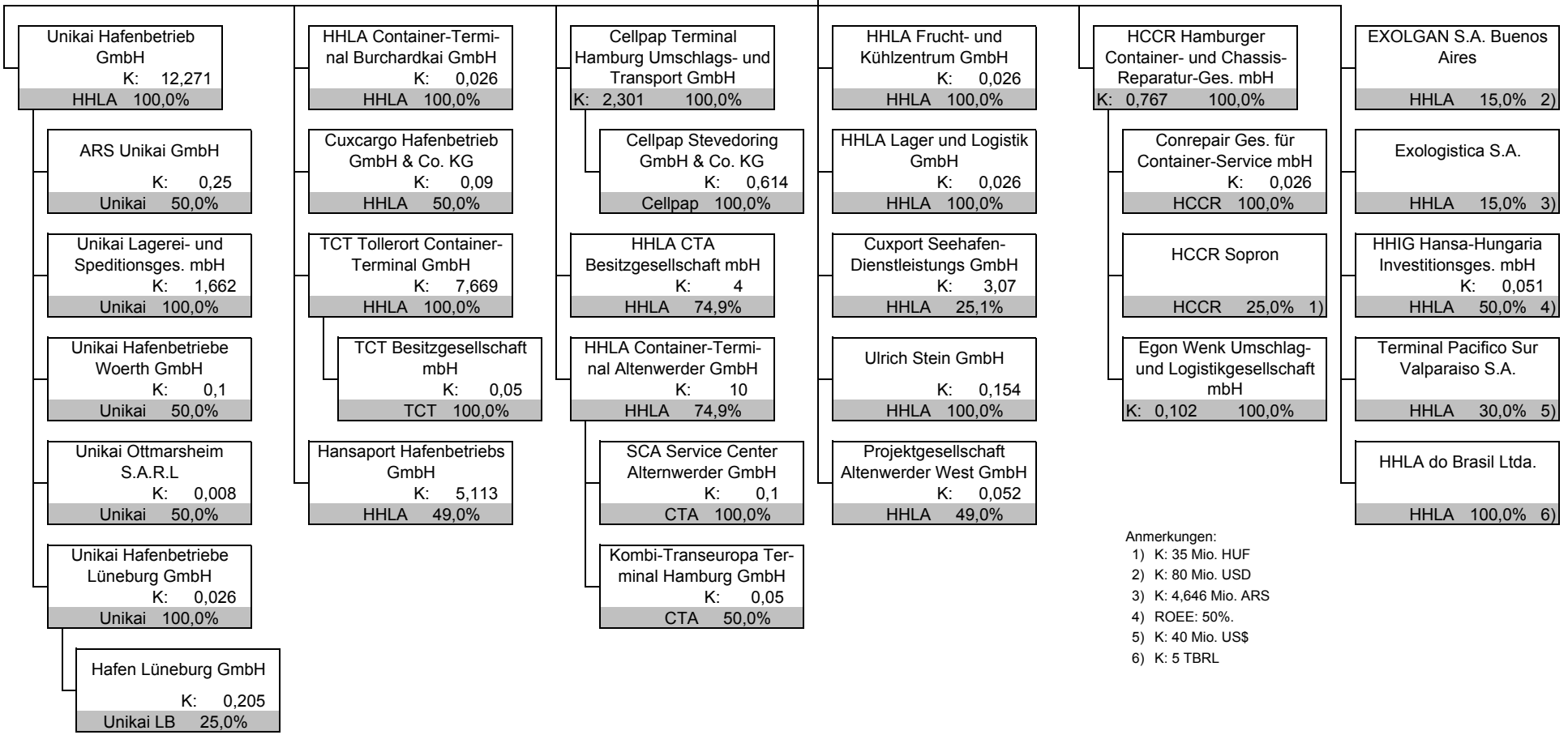
Anmerkungen:

1) BBW 2,9%
2) GKSS 9,0%

Erläuterungen: Streifen am unteren Rand = unmittelbare oder mittelbare Beteiligung der HGV; K = gezeichnetes Kapital in Mio. EUR (ggf. umgerechnet und gerundet);
BGAV = Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag; mittelbare Beteiligungen nur, soweit die Mutter Mehrheitsbeteilung der FHH oder der HGV ist;
ohne Uni-Beteiligungen, GbRs, Vorrats-GmbHs., Komplementär-GmbHs, Poldergemeinschaften; Stand 1.01.2003

Hamburger Hafen- und Lagerhaus-Aktiengesellschaft

Beteiligungen I



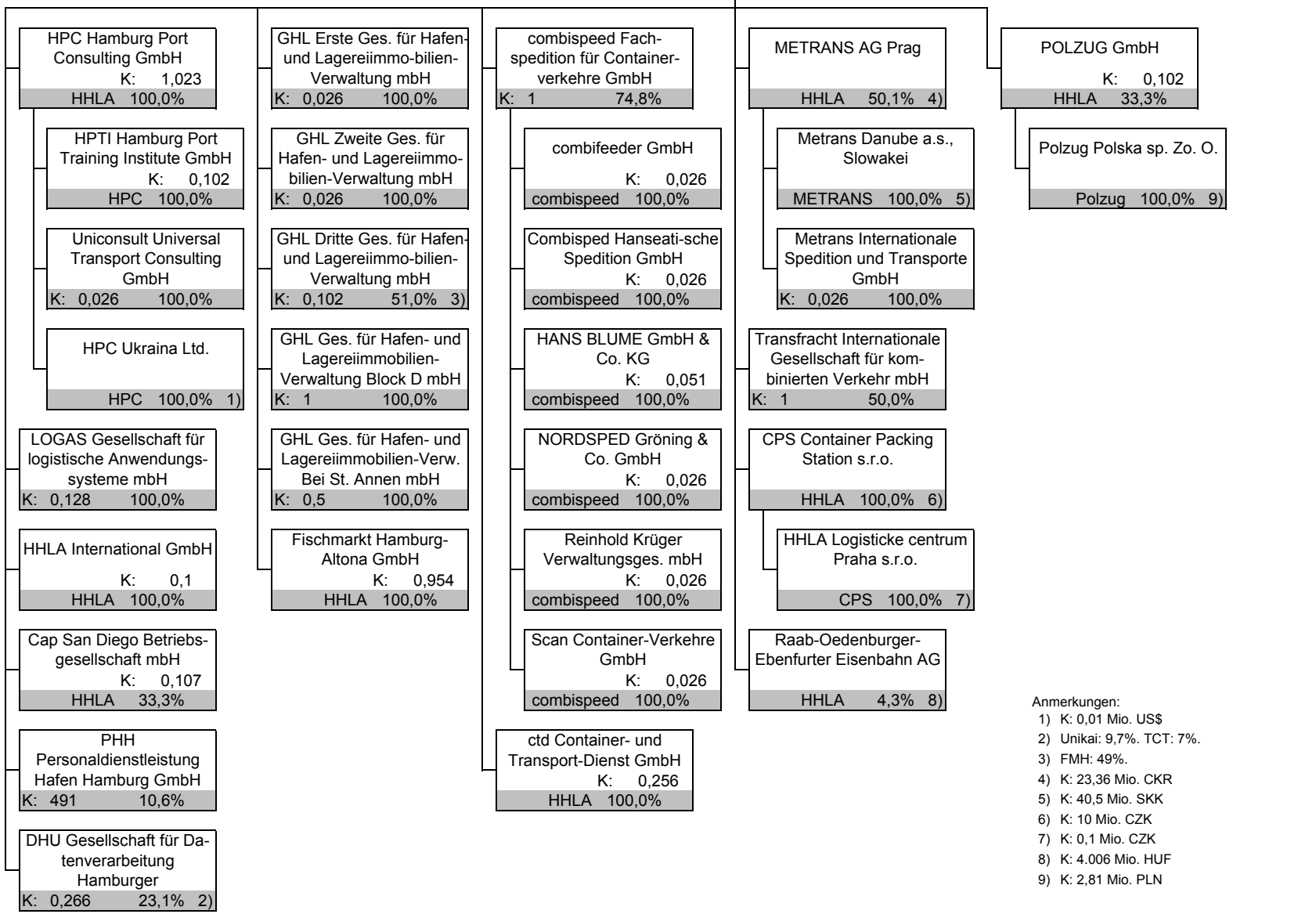
Anmerkungen:

1) K: 35 Mio. HUF
2) K: 80 Mio. USD
3) K: 4,646 Mio. ARS
4) ROEE: 50%.
5) K: 40 Mio. US$
6) K: 5 TBRL

Erläuterungen: Streifen am unteren Rand = unmittelbare oder mittelbare Beteiligung der HGV; K = gezeichnetes Kapital in Mio. EUR (ggf. umgerechnet und gerundet);
BGAV = Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag; ; ohne Uni-Beteiligungen, GbRs, Vorrats-GmbHs., Komplementär-GmbHs, Poldergemeinschaft;
Stand 1.01.2003

Hamburger Hafen- und Lagerhaus-Aktiengesellschaft

Beteiligungen II



Anmerkungen:

1) K: 0,01 Mio. US$
2) Unikai: 9,7%. TCT: 7%.
3) FMH: 49%.
4) K: 23,36 Mio. CKR
5) K: 40,5 Mio. SKK
6) K: 10 Mio. CZK
7) K: 0,1 Mio. CZK
8) K: 4.006 Mio. HUF
9) K: 2,81 Mio. PLN

Erläuterungen: Streifen am unteren Rand = unmittelbare oder mittelbare Beteiligung der HGV; K = gezeichnetes Kapital in Mio. EUR (ggf. umgerechnet und gerundet);
BGAV = Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag; ohne Uni-Beteiligungen, GbRs, Vorrats-GmbHs., Komplementär-GmbHs, Poldergemeinschaften; Stand 1.01.2003

Übersicht über die Haushaltseinnahmen und -ausgaben mit Bezug zu den hamburgischen öffentlichen Unternehmen in den Jahren 2002 - 2004

Unternehmen Titel Zweck	**2002** Ergebnisse - Mio. EUR -			**2003** Ansätze - Mio. EUR -			**2004** Ansätze - Mio. EUR -		
	Ein-nahmen	Betriebs-Ausgaben	Inv.-Ausgaben	Ein-nahmen	Betriebs-Ausgaben	Inv.-Ausgaben	Ein-nahmen	Betriebs-Ausgaben	Inv.-Ausgaben
GKSS Forschungszentrum Geesthacht GmbH									
3410.685.15/893.11 Betriebs-/Inv.-Zuschuss		1,0	0,2		1,1	0,3		1,1	0,3
Deutsches Klimarechenzentrum GmbH									
3420.685.01 tlw. Kostenerstattung		1,0			1,0			1,0	
Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf									
3600.682.01 Zuschuss an das UKE		98,2			93,7			93,8	
3600.682.02 Zuschuss Versorgungsaufwand UKE		13,3			13,3			13,3	
3600.891.01 Investitionen nach dem HBFG			32,5			13,5			27,4
3600.891.02 Sonstige Investitionen			21,4			16,8			20,8
Summen		111,5	53,9		107,0	30,3		107,1	48,2
Hochschul-Informations-System GmbH									
3660.685.29 Kostenanteil FHH		0,1			0,1			0,1	
Film-Förderung Hamburg GmbH									
3720.682.33 Betriebszuschuss		1,3			1,0			1,0	
Hamburgische Staatsoper GmbH									
3920.682.01 Betriebszuschuss		43,2			40,7			40,9	
3920.684.01 Zuschuss zu Pensions-zahlungen an die ehem. Mitglieder der liquidierten Pensionskasse		0,01			0,01			0,01	

Unternehmen Titel Zweck	**2002** Ergebnisse - Mio. EUR -			**2003** Ansätze - Mio. EUR -			**2004** Ansätze - Mio. EUR -		
	Ein-nahmen	Betriebs-Ausgaben	Inv.-Ausgaben	Ein-nahmen	Betriebs-Ausgaben	Inv.-Ausgaben	Ein-nahmen	Betriebs-Ausgaben	Inv.-Ausgaben
3920.893.02 Neubau Betriebsgebäude			8,9			12,1			6,1
Summen		43,2	8,9		40,7	12,1		40,9	6,1
Neue Schauspielhaus GmbH 3920.682.05 Betriebszuschuss		21,5			18,4			18,5	
Thalia-Theater GmbH 3920.682.07 Betriebszuschuss		15,2			15,1			15,5	
3920.893.03 Grundsanierung Gebäude und Technik			0,8			1,0			0,8
Deichtorhallen-Ausstellungs GmbH 3800.682.01 Betriebszuschuss		1,3			1,3			1,3	
Institut für Film und Bild GmbH 3050.685.01 Beitrag zu den Produktions- und Verwaltungskosten		0,02			0,02			0,02	
Hamburger Arbeitbeschäftigungs-gesellschaft mbH 4210.682.37 Betriebszuschuss		42,9			38,0			38,9	
Landesbetrieb Krankenhäuser Hamburg - AöR 8600.261.01 Erstattung von Verwaltungskosten durch die Anstalten HSE, SRH, HF und LBK				0,03			0,03		
3330.682.01 Zuweisung Kinderstuben					2,4				
8620.682.01 Zuschuss Notfallambulanz					-			-	
8620.682.02 Zuweisung Maßregelvollzug		10,9			11,9			12,1	
8620.682.03 Zuweisung Zentralambulanz		0,7			0,6			-	

Anlage 6.2

Unternehmen Titel Zweck	**2002** Ergebnisse - Mio. EUR -			**2003** Ansätze - Mio. EUR -			**2004** Ansätze - Mio. EUR -		
	Ein-nahmen	Betriebs-Ausgaben	Inv.-Ausgaben	Ein-nahmen	Betriebs-Ausgaben	Inv.-Ausgaben	Ein-nahmen	Betriebs-Ausgaben	Inv.-Ausgaben
8620.682.04 Zuweisung Massageschule		0,1			0,1			0,1	
8620.682.05 Zuweisung Schwerbehinder-tenprogramm		0,4			-			-	
9010.281.05 Ersatz von Aufwendungen für die Vermarktung ehemaliger Grund-stücke des LBK Hamburg	0,4			-			-		
9010.547.01 Aufwendungen im Zusammenhang mit der Vermarktung ehemaliger Grundstücke des LBK Hamburg		0,2			-			-	
Summen		12,3		0,03	15,0		0,03	12,2	
Arzneimittel-untersuchungsinstitut Nord GmbH									
8620.632.02 Kostenerstattung		0,2			0,2			0,2	
Pflegen & Wohnen - Anstalt öffentl. Rechts									
4000.671.02 Erstattung des Personalauf-wandes der Ärzte		0,8			0,4			0,2	
4620.671.02 Finanzierung der Einrichtungen und Wohnnuterkünfte für Wohnungslose von pflegen & wohnen		5,7			5,4			5,4	
4620.891.01 Zuschuss für Investitionen im Wohnunterkunfts- und Obdachlosenbereich			0,4			-			0,5
4640.891.05 Inv.-Zuschuss im Pflege- und Behindertenbereich			-			-			-
4700.671.61 Kostenerstattungen (Einrich-tungen für Aussiedler und Zuwanderer)		31,8			31,5			19,4	
8010.671.62 Erstattung für den Betrieb der Zentralen Erstaufnahme (ZEA)		4,0							
Summen		42,3			37,3			25,0	

Anlage 6.2

Unternehmen Titel Zweck	2002 Ergebnisse - Mio. EUR -			2003 Ansätze - Mio. EUR -			2004 Ansätze - Mio. EUR -		
	Ein-nahmen	Betriebs-Ausgaben	Inv.-Ausgaben	Ein-nahmen	Betriebs-Ausgaben	Inv.-Ausgaben	Ein-nahmen	Betriebs-Ausgaben	Inv.-Ausgaben
Hamburgische Electricitäts-Werke AG									
8900.122.01 Konzessionsabgabe	90,5			87,0			86,0		
Hamburger Gaswerke GmbH									
8900.122.02 Konzessionsabgabe	2,8			2,9			3,8		
Hamburger Wasserwerke GmbH									
8900.122.03 Konzessionsabgabe	26,8			26,7			37,3		
Stadtreinigung Hamburg AöR									
8600.261.01 Kostenerstattungen SRH an FHH für Dienstleistungen	0,1			0,1			0,1		
8700.671.01 Kostenerstattungen FHH an SRH für nicht gebühren- pflichtige Leistungen		25,2			24,5			24,5	
8700.671.02 Maßnahmen zur Stadtteilpflege durch Förderung zusätzlicher Reinigungsarbeiten und anderer Vorhaben zur Verbesserung der Sauberkeitssituation		0,5			0,9			0,8	
8700.671.05 Erstattungen der FHH an SRH für den Winterdienst		7,5			5,4			5,4	
9090.261.02 Verwaltungskostenentschädigung für die Durchführung des Beitreibungsverfahrens für die Stadtreinigung (AÖR)	0,1			0,2			0,2		
Summen	0,2	33,2		0,3	30,8		0,3	30,7	
Hamburger Stadtentwässerung AöR									
8600.261.01 Personalkostenerstattungen	0,1			0,1			0,1		
8700.535.04 Abwasserbeseitigungskosten (öffentlicher Anteil)		23,8			24,0			24,0	

Anlage 6.2

Unternehmen Titel Zweck	**2002** Ergebnisse - Mio. EUR -			**2003** Ansätze - Mio. EUR -			**2004** Ansätze - Mio. EUR -		
	Ein-nahmen	Betriebs-Ausgaben	Inv.-Ausgaben	Ein-nahmen	Betriebs-Ausgaben	Inv.-Ausgaben	Ein-nahmen	Betriebs-Ausgaben	Inv.-Ausgaben
8700.671.04 Kosten für Betrieb und Unterhaltung d. Straßenentwässerungsanlagen (öffentl. Anteil)		1,9			2,6			2,4	
8900.671.05 Erstattung an HSE f. Einziehungskosten (Kleineinleiter)		-			0,02			-	
8700.891.02 Kosten der Erstbesielung (öffentl. Anteil)						0,1			0,2
8700.891.03 Erneuerung und Grundinstandsetzung von Straßenentwässerungsanlagen			2,5			1,6			2,2
Summen	0,1	25,7	2,5	0,1	26,6	1,7	0,1	26,4	2,4
Hamburger Friedhöfe AöR									
8600.261.01 Personalkostenerstattungen	0,03			0,04			0,03		
8800.685.02 Unterhaltung des öffentlichen Grüns etc. durch die Anstalt		2,4			2,4			2,4	
Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt									
4640.891.13 Zuschuss für Darlehen an p&w (Altmaßnahmen)			0,9			-			-
4640.891.14 tlw. Zuschuss für Darlehen an p&w (neue Maßnahmen)			4,6			4,5			3,4
6100.571.01 Zinsausgaben an die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt		2,5			2,0			1,5	
6100.571.02 Zinsausgaben zur Finanzierung investiver Zuschüsse		7,2			7,8			7,5	
6100.661.50 Zinsausgleichszahlungen		70,1			78,4			70,0	
6100.663.50 Verlustausgleich		26,3			23,6			26,0	

Unternehmen Titel Zweck	**2002** Ergebnisse - Mio. EUR -			**2003** Ansätze - Mio. EUR -			**2004** Ansätze - Mio. EUR -		
	Ein-nahmen	Betriebs-Ausgaben	Inv.-Ausgaben	Ein-nahmen	Betriebs-Ausgaben	Inv.-Ausgaben	Ein-nahmen	Betriebs-Ausgaben	Inv.-Ausgaben
6100.893.05 tlw. Sanierungsmaßnahmen, vorrangig in sozial benachteiligten Stadtteilen (soz. Stadtteilentwicklung)			1,6			2,5			2,5
9990.321.01 Kreditaufnahme bei der WK für Maßnahmen nach § 17 II WoBauG an städtischen Grundstücken	0,5			0,5			0,5		
Summen	0,5	106,1	7,1	0,5	111,8	7,0	0,5	105,0	5,9
SAGA Siedlungs AG Hamburg									
6100.893.05 tlw. Sanierungsmaßnahmen, vorrangig in sozial benachteiligten Stadtteilen (soz. Stadtteilentwicklung)			0,2			-			-
6100.893.11 tlw. Stadterneuerungsmaßnahmen, vorrangig in sozial benachteiligten Stadtteilen (soziale Stadtteilentwicklung)			1,6			4,1			4,4
9010.124.04 Mietabführungen für stadteigene Wohnungen	0,6			-			-		
9010.281.10 Ersatz von Schuldendienstlasten für Kredite zur Modernisierung einschl. Instandsetzung stadteigener Wohnungen durch die SAGA	0,6			0,41			0,3		
9590.121.02 Gewinnausschüttung							5,5		
Summen	1,2		1,8	0,4		1,5	5,8		4,4
Sprinkenhof AG									
8200.682.01 Betriebszuschuss für die Eissporthalle Farmsen					0,1				
9010.124.05 Mietabführungen für stadteigene Grundstücke mit gewerblicher Nutzung	9,5			9,9			9,9		

Unternehmen Titel Zweck	**2002** Ergebnisse - Mio. EUR -			**2003** Ansätze - Mio. EUR -			**2004** Ansätze - Mio. EUR -		
	Ein-nahmen	Betriebs-Ausgaben	Inv.-Ausgaben	Ein-nahmen	Betriebs-Ausgaben	Inv.-Ausgaben	Ein-nahmen	Betriebs-Ausgaben	Inv.-Ausgaben
Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesell-schaft Hamburg mbH									
6100.891.02 Zuschuss für Modernisierungs- und Grundinstandsetzungs-maßnahmen an in Treuhand-vermögen übertragene Wohngebäude			1,2			2,5			2,2
9010.124.08 Mietabführungen für stadteigene Wohnungen	-			0,1			0,1		
Öffentlicher Personen-nahverkehr (ÖPNV)									
4220.682.15 (bis 2001: 4210.682.15) Aufwendungen für die unent-geltliche Beförderung Schwer-behinderter		12,1			12,5			12,5	
6300.741.04 Maßnahmen zur Förderung des ÖPNV auf der Straße			1,0			-			0,5
6300.891.05 Investitionszuschuss an die HHA			10,9			10,3			10,2
6300.231.02 Zuweisungen des Bundes gem. § 8 RegG	67,2			105,3			108,1		
6300.231.03 Zuweisungen des Bundes gem. § 8 RegG zur Minde-rung des Zuschussbedarfes an die HGV für Verlustaus-gleiche bei Verkehrsunter-nehmen	-			4,7			-		
6300.233.01 Beteiligung des Umlandes an den Kosten des Verkehrs im HVV-Verbundraum	12,4			10,0			5,5		
6300.682.01 Betriebskostenzuschüsse an Unternehmen gem. § 8 RegG		6,9			8,4			8,0	
6300.682.03 Ausgleichszahlung nach dem Personenbeförderungsgesetz für Belastungen aus dem Ausbildungsverkehr		49,1			49,1			49,1	

Unternehmen Titel Zweck	**2002** Ergebnisse - Mio. EUR -			**2003** Ansätze - Mio. EUR -			**2004** Ansätze - Mio. EUR -		
	Ein-nahmen	Betriebs-Ausgaben	Inv.-Ausgaben	Ein-nahmen	Betriebs-Ausgaben	Inv.-Ausgaben	Ein-nahmen	Betriebs-Ausgaben	Inv.-Ausgaben
6300.682.06 Zuschuss an die AKN zur Abdeckung von Verlusten aus dem Güterverkehr		1,6			2,2			1,9	
6300.682.07 Dividendengarantie für die A-Aktien der HHA		0,1			0,1			0,1	
6300.682.08 Ausgleichszahlung nach § 6b EisenbahnverkehrsG für betriebsfremde Aufwendungen		0,2			0,2			0,2	
6300.891.02 Zuschuss zum Bau oder Ausbau von Anlagen des ÖPNV			18,4			13,5			13,5
6300.891.24 Zuweisung an die HHA für den Ausbau des Hafenbahntunnels Altona			-			1,8			-
Summen	79,6	70,0	30,3	120,0	72,5	25,6	113,6	71,8	24,2
Tourismus-Zentrale Hamburg GmbH 7100.682.01 Zuschüsse an die Träger der Hamburg-Werbung zur Durchführung v. Werbemaßnahmen		2,9			2,9			2,9	
7100.687.01 tlw. Zuschüsse für Auslandsaktivitäten		0,2			0,3			0,3	
Summen		3,2			3,2			3,2	
HWF Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH 7300.685.08 Betriebszuschuss		3,2			3,4			3,3	
Mikroelektronik-Anwendungszentrum Hamburg GmbH (MAZ) 7300.891.03 Förderung der Mikroelektronik-Anwendung			0,8			1,1			0,3

Unternehmen Titel Zweck	**2002** Ergebnisse - Mio. EUR -			**2003** Ansätze - Mio. EUR -			**2004** Ansätze - Mio. EUR -		
	Ein-nahmen	Betriebs-Ausgaben	Inv.-Ausgaben	Ein-nahmen	Betriebs-Ausgaben	Inv.-Ausgaben	Ein-nahmen	Betriebs-Ausgaben	Inv.-Ausgaben
innovative medical technology center Hamburg GmbH (imtc)									
7300.892.06 Errichtung und Förderung eines Kompetenzzentrums Medizin-technik			1,2			1,0			0,7
Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG									
7500.671.02 Kostenerstattung für Leis-tungen im Hafenbahnbetrieb		0,2			0,2			0,2	
Projektierungsgesellschaft Finkenwerder mbH									
7500.682.01 Zuschuss an die Projektierungs-gesellschaft Finkenwerder mbH und Co. KG		16,9			12,6			12,6	
7500.831.01 Kapitaleinlage der Projektierungs-gesellschaft Finkenwerder mbH			43,0			54,7			46,5
Realisierungsgesellschaft DA-Erweiterung mbH									
7500.891.01 Kapitaleinlage der Realisierungs-gesellschaft DA-Erweiterung mbH			13,5			1,0			1,8
Nordwestdeutsche Klassenlotterie									
9500.123.01 Ablieferungen	3,7			3,5			3,6		
Nordwest Lotto und Toto Hamburg									
9500.123.02 Ablieferungen	51,2			52,0			50,0		
9500.123.05 Einnahmen aus der Durch-führung von Lotterien	0,1			0,1			0,1		
Summen	55,0			52,1			53,7		

Unternehmen Titel Zweck	**2002** Ergebnisse - Mio. EUR -			**2003** Ansätze - Mio. EUR -			**2004** Ansätze - Mio. EUR -		
	Ein-nahmen	Betriebs-Ausgaben	Inv.-Ausgaben	Ein-nahmen	Betriebs-Ausgaben	Inv.-Ausgaben	Ein-nahmen	Betriebs-Ausgaben	Inv.-Ausgaben
HSH Nordbank AG									
9590.121.01 Gewinnausschüttung	16,9			17,8			17,8		
Verwaltung Hamburgischer Gebäude GmbH & Co.									
9590.161.04 Zinsen aus Gesellschafter-darlehen	42,0			42,0			39,4		
Asset-Management-Consulting GmbH									
9590.682.01 Betriebszuschuss		0,7			0,7			0,7	
HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungs-verwaltung mbH									
9590.161.03 Zinsen aus Gesellschafterdarlehen der HGV	2,1			-			-		
9590.161.05 Zinsen aus Gesellschafterdarlehen der HGV für die Übertragung von Ge-bäuden von Polizei und Feuerwehr	9,3			3,2			3,5		
9590.161.06 Zinsen aus Gesellschafterdarlehen der HGV für die Übertragung von Gebäuden der Museumsstiftungen	-			4,2			4,0		
9590.161.07 Zinsen aus Gesellschafterdarlehen der HGV für die Übertragung von weiteren Grundstücken 3. Tranche	-			0,1			-		
9590.181.01 Darlehensrückfluss der HGV aus Gesellschafterdarlehen GWG/WVN	7,7			3,8			5,1		
9590.181.03 Darlehensrückfluss der HGV aus Gesellschafterdarlehen für die Übertragung der Gebäude von Polizei und Feuerwehr	2,7			-			-		
9590.181.04 Darlehensrückfluss der HGV aus Gesellschafterdarlehen für die Übertragung der Gebäude der Museumsstiftungen	-			4,2			3,2		

Anlage 6.2

Unternehmen Titel Zweck	**2002** Ergebnisse - Mio. EUR -			**2003** Ansätze - Mio. EUR -			**2004** Ansätze - Mio. EUR -		
	Ein-nahmen	Betriebs-Ausgaben	Inv.-Ausgaben	Ein-nahmen	Betriebs-Ausgaben	Inv.-Ausgaben	Ein-nahmen	Betriebs-Ausgaben	Inv.-Ausgaben
9590.181.05 Darlehensrückfluss der HGV aus Gesellschafterdarlehen für die Übertragung von weiteren Gebäuden der 3. Tranche	-			-			-		
9590.682.10 Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich		-			4,7			-	
Summen	21,8			15,5	4,7		15,8		